L 70000
10
1916
20./IX.-24./XI
Volkswirtschaft
B.
Öffentl. Finanzen-Börse
5.

Neues Wiener Tagblatt
20./IX. 1916



5

**(Der Stand der Bank von England.)** Nach dem vorliegenden Medioausweis hat das englische Notenînstitut in der zweiten Septemberwoche von seinem Barvorrat 0·64 Millionen Pfund Gold an den Verkehr abgegeben und in Ansehung der Abnahme des Notenumlaufes um 0·14 Millionen Pfund eine Schmälerung der Totalreserve um 0·5 Millionen Pfund erfahren. Die Ansprüche im Wechselportefeuille waren um 1·28 Millionen Pfund geringer als in der Vorwoche. Der Staatsschatz hat seine Guthaben bei der Bank um 6·93 Millionen Pfund vermehrt, dagegen wurden seitens der privaten Klientel 8·71 Millionen Pfund abgehoben. In Uebereinstimmung mit diesen Veränderungen ist die Notenreserve um 0·46 Millionen Pfund zurückgegangen; das Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven hat sich von 23·86 auf 23·80 verschlechert. — Nachstehend der detaillierte Ausweis pro 14. d. in Pfund Sterling: Totalreserve 37,025,000 (— 503,000), Notenumlauf 36,121,000 (— 143,000), Barvorrat 54,696,000 (— 646,000), Portefeuille 94,460,000 (— 1,279,000), Guthaben der Privaten 96,383,000 (— 8,711,000), Guthaben des Staatsschatzes 59,147,000 (+ 6,928,000), Notenreserve 35,298,000 (— 468,000), Regierungssicherheiten 42,188,000 (unverändert).

Neues Wiener Tagblatt
20./IX. 1916



**(Stand der Russischen Staatsbank.)** Aus Petersburg, 12. d., wird telegraphiert: Der Ausweis der Russischen Staatsbank stellt sich (in Millionen Rubel): Aktiva: Bestand an Gold 1552·1, Gold im Ausland 2054·9, Silber- und Scheidemünzen 92·6, Wechsel 264·1, kurzfristige Schatzscheine 4420·3, Vorschüsse, sichergestellt durch Wertpapiere, 455·1, Vorschüsse, sichergestellt durch Waren, 35, Vorschüsse an Anstalten des kleinen Kredits 64·7, Vorschüsse an Landwirte 19·1, Vorschüsse an Industrielle 7·3, Guthaben bei den Filialen der Bank 504·1. Passiva: Betrag der umlaufenden Noten 7122·3, Bankkapital 55, Einlagen 18·6, laufende Rechnung des Staatsschatzes 207·2, laufende Rechnung der Privaten 1318·6.

Neue Freie Presse

20./IX. 1916



[Die Halbjahresbilanz der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank.] Aus Budapest wird uns geschrieben: Die Direktion der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank hat in ihrer am 18. d. abgehaltenen Sitzung die Bilanz für das erste Semester des laufenden Jahres festgestellt: Das Gewinn- und Verlustkonto weist im Vergleiche mit demjenigen des ersten Semesters des Vorjahres folgende Veränderungen auf:

Einnahmen: Zinsenkonto 2,688.894 (+ 366.319) K., Provisionskonto 850.029 (+ 144.670) K., Gewinn an Pfandbriefen und Kommunaldarlehensgeschäften 307.012 (+ 4602) K., Gewinn an Effekten im Effektenkommissions- und Konsortialgeschäfte 194.050 (+ 129.477) K., Ertrag der Filialen 327.870 (— 82.391) K., Gewinn an Devisen und Valuten 102.984 (— 43.695) K., Ertrag der Lagerhäuser in Budapest und in der Provinz 257.245 (— 70.491) K., Ertrag des Institutsgebäudes 56.140 (+ 1500) K., zusammen 4,784.224 (+ 590.973) K.

Ausgaben: Steuern 363.440 (+ 68.590) K., Gehalte und sonstige Spesen 1,738.946 (+ 369.277) K., Abschreibungen und Dubiosen 215.000 (— 30.000) K., zusammen 2,317.386 (+ 415.867) K.

Gewinn im ersten Semester 2,466.838 (+ 175.106) K., zuzüglich Vortrag vom Jahre 1915 1,110.173 (+ 598.140) K., daher Totalgewinn 3,577.011 (+ 773.246) K.

Hiezu wird noch folgendes mitgeteilt: Aus den angeführten Ziffern geht hervor, daß das verflossene Halbjahr inklusive des Gewinnvortrages mit einem Gewinn von 3,577.011 K. gegen 2,803.765 K. im Vorjahre schließt. Ohne Berücksichtigung des heuer um 598.139 K. größeren Gewinnvortrages beträgt der Gewinn diesmal 2,466.838 K. und übersteigt somit das Ergebnis des ersten Halbjahres 1915 um 175.106 K. Bei Durchsicht der einzelnen Posten des Gewinn- und Verlustkontos ergibt sich, daß der Gewinn auch diesmal überwiegend aus dem laufenden Geschäft resultiert. Mit Ausnahme des Devisenkontos und der Filialen weisen sämtliche Posten des Gewinn- und Verlustkontos erhöhte Ziffern auf. Das Zinsenkonto erfuhr dem Jahre 1915 gegenüber bei einem Resultat von 2,688.894 K. eine Steigerung von 366.319 K. und auch das Provisionskonto erhöhte sich von 705.358 K. auf 850.028 K. Die gesteigerten Ertragsziffern dieser beiden Konti sind auf die durch die bedeutende Zunahme des Einlagenstandes bedingten gesteigerten Umsätze zurückzuführen. In Effekten, im Effektenkommissions- und Konsortialgeschäft erscheint heuer ein Gewinn von 194.050 K. ausgewiesen gegen 64.572 K. im Vorjahre. An der Bewertung der Effekten- und Konsortialbestände des Instituts wurde trotz der inzwischen erfolgten wesentlichen Wertsteigerungen auch diesmal keine Aenderung vorgenommen. Das Ergebnis der Hypothekarabteilung blieb in den letzten Jahren im großen und ganzen auf derselben Höhe und weist dem Vorjahre gegenüber eine kleine Steigerung auf, indem der bisher erworbene ansehnliche Hypothekardarlehensstock der Bank auch ohne Abschluß größerer neuerer Geschäfte einen jährlich rentenmäßig wiederkehrenden Gewinn sichert. Nach den Pfandbriefen des Instituts bestand insbesondere in den letzten Monaten regere Nachfrage, so daß sich der Vorrat an eigenen Emissionen auf ein Minimum reduzierte. Ebenso wie die Einnahmen haben sich auch die Ausgaben des Instituts im abgelaufenen Semester wesentlich erhöht. Insbesondere erfuhr das Konto der Gehalte und sonstigen Spesen eine Zunahme von 377.297 K. Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß die Bank die Bezüge der zum Militärdienst eingerückten Angestellten nach wie vor ungeschmälert flüssig macht und gleichzeitig für die stetig zunehmenden Kosten der Vertretung aufzukommen hat. Ferner wurden den Angestellten infolge der Teuerung mehrfach Kriegszulagen bewilligt. Schließlich wurden auch für Kriegsfürsorgezwecke in diesem Semester beträchtliche Summen gewidmet. Als ein wesentliches Merkmal der Kriegswirtschaft tritt in den Bilanzen der großen Geldinstitute die beträchtliche Zunahme des Einlagenstandes in die Erscheinung, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß ein großer Teil dieser Einlagen wohl nur vorübergehend bei Banken Anlage sucht und denselben bei Wiedereintritt normaler wirtschaftlicher Verhältnisse alsbald wieder entzogen werden dürfte. Während die Ungarische Eskompte- und Wechslerbank in der Semestralbilanz 1915 einen Einlagestand von 176½ Millionen Kronen ausgewiesen hat, betrug er Ende Juni 1916 über 300 Millionen Kronen. Die Bank nahm im verflossenen Halbjahr Anteil an der Emission der vierten ungarischen Kriegsanleihe, wodurch sich der Betrag der durch die Bank bisher placierten ungarischen Kriegsanleihetitres auf annähernd eine halbe Milliarde erhöhte. Außerdem beteiligte sich die Bank im abgelaufenen Halbjahr an dem Konsortium für die Uebernahme von 150 Millionen Mark 5prozentiger ungarischer Staatskassenscheine, dem Vorschuß an die Haupt- und Residenzstadt Budapest im Betrage von 30 Millionen Kronen, während die Anleihetransaktion der Hauptstadt im Betrag von 80 Millionen Kronen sowie die Konversion der im Jahre 1913 emittierten königlich ungarischen Staatskassenscheine im Betrage von 250 Millionen Kronen bereits in das zweite Semester fällt. Ferner beteiligte sich das Institut an der Gründung der Ungarischen Erdgas-Aktiengesellschaft und der Zentrale der Ungarischen Geldinstitute und führte schließlich gemeinsam mit der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank die Kapitalserhöhung der Königlich ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts-Aktiengesellschaft durch. Von den Lagerhausunternehmungen des Instituts konnten die hauptstädtischen und Barcser Lagerhäuser bei entsprechenden Umsätzen ein befriedigendes Resultat erzielen. Der Verkehr der Fiumaner öffentlichen Lagerhaus-Aktiengesellschaft war diesmal etwas größer als im Vorjahre, und diese Unternehmung wird dementsprechend voraussichtlich ein etwas günstigeres Erträgnis liefern. Die Warenabteilung der Bank betätigte sich auch diesmal ausschließlich im Rahmen des Kommissionsgeschäftes und hat, trotz mancherlei Beschränkungen, welche ihr die durch den Krieg bedingten Ausnahmsverfügungen auferlegten, durch intensive Pflege ihres laufenden Geschäftes bei entsprechenden Umsätzen günstigere Resultate erzielt als in der gleichen Periode des Vorjahres. Der durch den Krieg verursachte Stillstand in den Fiumaner und Triester Geschäften der Ungarischen Verkehrsbank-Aktiengesellschaft hält weiter an, wogegen das Budapester Haus eine regere Tätigkeit entfaltet hat und hiedurch dem im abgelaufenen Semester um 3 Millionen Kronen erhöhten Aktienkapital eine günstige Verzinsung gesichert war.

Neue Freie Presse

20./IX. 2916



[Rückgang des Notenumlaufes der Deutschen Reichsbank.] Die Deutsche Reichsbank hat zum Medio September eine stärkere Inanspruchnahme erfahren. Ihr Portefeuille an Wechseln, Schecks und Schatzanweisungen ist um 411 Millionen Mark gestiegen und hat die Höhe von 7½ Milliarden erreicht. Der Betrag ist aber in voller Höhe unbehoben und auf dem Konto der sonstigen täglichen Verbindlichkeiten geblieben, so daß der Notenumlauf eine Entlastung um 296·6 Millionen Mark erfahren hat. Die neuen Erfordernisse hängen allem Anscheine nach mit Bedürfnissen der Heeresleitung, vielleicht auch mit Vorbereitungen auf die im Zuge befindliche fünfte Kriegsanleihe zusammen. An Gold ist der Reichsbank wieder eine halbe Million Mark zugeflossen und die von ihr ausgegebenen Banknoten sind mit rund 36 Prozent in Gold bedeckt. Der Ausweis vom 15. September lautet:

Aktiven: Metallbestand 2.492,420.000 (— 1,062.000) Mark, darunter Gold 2.470,202.000 (+ 503.000) Mark, Reichsbank- und Darlehenskassenscheine 287,443.000 (— 86,429.000) Mark, andere Banknoten 12,818.000 (+ 3,361.000) Mark, Wechsel, Schecks und diskontierte Schatzanweisungen 7.554,055.000 (+ 411,835.000) Mark, Lombardforderungen 12,079.000 (+ 1,537.000) Mark, Effekten 77,831.000 (— 15,228.000) Mark, sonstige Aktiven 551,310.000 (+ 55,609.000) Mark. Passiven: Grundkapital 180,000.000 Mark (unverändert), Reservefonds 85,471.000 Mark (unverändert), Notenumlauf 6.878,486.000 (— 296,619.000) Mark, sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 3,466.808.000 (+ 588,912.000) Mark, sonstige Passiven 377,191.000 (+ 77,330.000) Mark.

Die recht erheblichen Veränderungen im Reichsbankausweis vom 15. d. gegenüber dem Ausweis vom 7. d. hängen mit dem großen Bedarf an Zahlungsmitteln wegen des Herannahens des Ultimos und der Vierteljahrswende sowie besonders mit dem Rückfluß deutscher Banknoten aus Belgien zusammen. Ist die neue Zunahme des Goldbestandes um rund 500.000 Mark auch nicht sehr groß, so ist es doch erfreulich, daß der Goldvorrat sich noch immer ohne Unterbrechung vermehrt. Der stärkere Bedarf an Zahlungsmitteln spiegelt sich auch bei der Bewegung des Bestandes an Darlehenskassenscheinen und des Notenumlaufes wieder. Bei den Darlehenskassen verminderten sich die Ausleihungen um 16·1 auf 2122·5 Millionen Mark, bei der Reichsbank verminderte sich der Bestand an Darlehenskassenscheinen um 84·4 auf 254·6 Millionen Mark. Ein erheblicher Teil des vermehrten Notenumlaufes ist die Folge des durch die Finanzierung der großen Ernte verstärkten Bedarfes an Zahlungsmitteln. Da mit dem ersten Transport von Reichsbanknoten aus Belgien 331·9 Millionen eingegangen sind, die Einschränkung des Notenumlaufes der Reichsbank aber nur auf 296·6 Millionen Mark berechnet war, sind mithin 35·3 Millionen Reichsbanknoten vom Verkehr aufgenommen. Für die Reichsbank mußte die Umwandlung der bisher in Belgien ruhenden Reichsbanknoten in Giroforderungen bewirken, daß neben der Abnahme des Notenumlaufes eine starke Vermehrung der fremden Gelder eintrat. Von dieser Vermehrung von 588·9 Millionen entfallen 331·9 Millionen auf das neuentstandene Giroguthaben der belgischen Notenbanken und 257 Millionen hängen mit der beträchtlichen Erhöhung der Kapitalsanlage zusammen. Die Deckung hat infolgedessen um 411·8 auf 7554 Millionen Mark zugenommen. Die Golddeckung des Notenumlaufes beträgt 35·9 gegen 34·4 Prozent, die Deckung der sämtlichen täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold beträgt infolge des großen Anwachsens der fremden Gelder 23·9 Prozent gegen 24·6 Prozent. Bei den Darlehenskassen sind von den für die vierte Kriegsanleihe gegebenen Darlehen 21·2 Millionen zurückgezahlt, so daß sich die Darlehen für die vierte Kriegsanleihe auf 473·5 Millionen gleich 4·4 Prozent verringerten. Am 15. September haben die Darlehenskassen von den für die vier ersten Kriegsanleihen ausgeliehenen Geldern nur 912 Millionen gleich 2½ Prozent von den insgesamt gezeichneten voll gezahlten 36½ Milliarden ausstehen.

Neues Wiener Tagblatt
Abendblatt
20/IX. 1916


# Der Staatsrechnungsabschluß für das Verwaltungsjahr 1915/16.

Den Staatsausgaben und Staatseinnahmen im Verwaltungsjahre 1915/16 (1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916) lag kein Staatsvoranschlag zugrunde. Die beiden für diese Perioden erlassenen Budgetprovisorien — kaiserliche Verordnung vom 28. Juni 1915, RGB. Nr. 180, und kaiserliche Verordnung vom 30. Dezember 1915, RGB. Nr. 404 — ermächtigen nur die Regierung, die Einnahmen einzuheben und die Ausgaben für Rechnung eines seinerzeit festzustellenden Finanzgesetzes zu bestreiten. Hiebei sollten für die ordentlichen Ausgaben im allgemeinen die Ansätze des Voranschlages für das Jahr 1914/15 maßgebend sein.

Da das in Aussicht genommene Finanzgesetz wegen Nichttagung des Reichsrates nicht erlassen wurde, fehlt es bisher an einer Grundlage für den Staatsrechnungsabschluß des Verwaltungsjahres 1915/16. Eine heute im Reichsgesetzblatt zur Veröffentlichung gelangende kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916 soll diese Grundlage schaffen. Die Ziffernansätze der ihr beigedruckten Aufstellung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen decken sich größtenteils und nur mit den durch die besonderen Verhältnisse gebotenen Ausnahmen mit den Voranschlagsansätzen des Vorjahres. Die Aufstellung gewährt daher keinen Aufschluß über die wirklichen Ausgaben und Einnahmen; sie ist vielmehr nur ein technischer Rahmen, um allen Behörden die Möglichkeit zu geben, ihre tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben nach einem bestimmten Rechnungsschema formal richtig zu verbuchen. Erst der vom Obersten Rechnungshof zu verfassende Staatsrechnungsabschluß wird ein vollkommenes und übersichtliches Bild über den Staatshaushalt im zweiten Kriegsjahr geben.

## Die kaiserliche Verordnung.

Die kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916 über den Staatsrechnungsabschluß des Verwaltungsjahres 1915/16 hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, RGB. Nr. 141, finde Ich zuordnen, wie folgt:

1. Die beigedruckte Aufstellung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen für das Verwaltungsjahr 1915/16 bildet an Stelle des Finanzgesetzes die Grundlage für den gemäß kaiserlicher Verordnung vom 21. November 1866, RGB. Nr. 140, zu verfassenden Staatsrechnungsabschluß des Verwaltungsjahres 1915/16.

In diesem Staatsrechnungsabschlusse kann, falls es die besonderen Verhältnisse erheischen, der Oberste Rechnungshof auf Grund der im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zu treffenden Bestimmungen die Ergebnisse der Gebarung in den durch den Krieg unmittelbar berührten Verwaltungsgebieten (Küstenland, Tirol, Galizien, Bukowina und Dalmatien) vorläufig abgesondert und in vereinfachter Art darstellen. Diese Ergebnisse sind den aus den Ziffernansätzen der beigedruckten Aufstellung auszuscheidenden, entsprechenden Teilbeträgen gegenüberzustellen.

Ungeachtet der Erstellung eines im Sinne der vorstehenden Ermächtigung verfaßten Staatsrechnungsabschlusses hat der Oberste Rechnungshof in einem späteren Zeitpunkte einen den Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung vom 21. November 1866, RGB. Nr. 140, vollkommen entsprechenden, der beigedruckten Aufstellung sich vollständig anschließenden Staatsrechnungsabschluß zu erstellen.

Die Bestimmungen des zweiten und dritten Absatzes sind auch bei Verfassung des Staatsrechnungsabschlusses des Verwaltungsjahres 1914/15, dessen Grundlage die kaiserliche Verordnung vom 28. Juni 1915, RGB. Nr. 179, festgestellt hat, sinngemäß anwendbar.

§ 2. Mit dem Vollzuge dieser kaiserlichen Verordnung, die sofort wirksam wird, ist der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Obersten Rechnungshofe betraut.

Wien, am 15. September 1916.

Franz Josef m. p.,

Stürgkh m. p. — Georgi m. p.
Hochenburger m. p. — Forster m. p.
Hussarek m. p. — Trnka m. p.
Zenker m. p. — Morawski m. p.
Leth m. p. — Spitzmüller m. p.
Handel m. p."

Der Abend
20./IX. 1916

6

Wie die Wiener Tagespresse ihre Pflicht gegenüber den verbrauchenden Ständen auffaßt, geht bezeichnend aus ihrer Haltung gegenüber dem „Communique" des Herrn Kestranek hervor. Die meisten Blätter drucken es ohne jeden Zusatz ab. Die „Neue Freie Presse" findet an dem ganzen nur eines zu tadeln: daß die Prager Eisenindustrie nicht durch Rücklagen für die Stetigkeit in der Entwicklung sorgt. Überflüssig zu sagen, daß die „N. Fr. Pr." damit Stetigkeit in der Entwicklung der Dividende versteht. Wortlos geht das Börsenblatt über die Tatsache hinweg, daß die Höchstziffer der Rechnungssumme des Jahres 1915/16 fast zur Gänze eine Folge der höheren Preise ist. Wenn nur eine Aktiengesellschaft recht hohe Dividende bezahlt — alles andere ist dem leitenden Börsenblatte gleichgültig und selbstverständlich, auch den kleineren. Wie sollten diese auch irgend etwas daran finden, da sie ja doch in der Mehrzahl der Bodenkreditanstalt gehören und selbstverständlich das eigene Nest nicht beschmutzen dürfen. Ein solches Nest aber beschmutzt man, wenn man etwas daran auszusetzen findet, daß das arbeitslose Einkommen dem arbeitenden die Haut über die Ohren zieht.

Neue Freie Presse Abendbl 23/IX. 1916 8

# Die Kriegsausgaben Oesterreichs bis Ende Dezember 1915.

## Gesamte Kriegsschulden 14·1 Milliarden. Davon Kriegsanleihen 9·1 Milliarden.

Wien, 23. September.

Die Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates veröffentlicht heute als Beilage zum amtlichen Teile der „Wiener Zeitung" die Nachweisung über den Stand der Staatsschulden Oesterreichs am 31. Dezember 1915. Daraus ergibt sich die Höhe der Kriegsausgaben Oesterreichs während der ersten anderthalb Jahre des Krieges zugleich ist damit die Anleihensgebarung ziffermäßig gekennzeichnet. Die Höhe der Kriegsschulden und der sonstigen Staatsschulden sowie das Zinsenerfordernis sind aus der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

| Gläubiger und Art der Schuld | Betrag | Zinsenerfordernis per Jahr |
|---|---|---|
| | Kronen | |
| **Oesterreichisch-ungarische Bank:** | | |
| Lombarddarlehen (bedeckt mit 2½-jährigen 5prozentigen Schatzscheinen im Nominale von 600,000.000 K.) | 510,000.000 | 25,500.000 |
| Lombarddarlehen (bedeckt mit 5jährigen 5prozentigen Schatzscheinen im Nominale von 1.696,000.000 K.) | 1.272,000.000 | 12,720.000 |
| Solawechsel (jeder Wechsel lautet auf 63,600.000 K.) | 826,800.000 | 8,268.000 |
| Solawechsel (jeder Wechsel lautet auf 63,600.000 K.) | 445,200.000 | 4,452.000 |
| Solawechsel (jeder Wechsel lautet auf 25,400.000 K.) | 508,800.000 | 5,088.000 |
| Darlehen gegen Schuldschein | 391,156.601 | 3,911.566 |
| **Oesterreichisches Konsortium:** | | |
| Kontokorrentvorschuß | 300,000.000 | 13,500.000 |
| Darlehen gegen Schuldschein | 200,000.000 | 9,000.000 |
| **Konsortium im Deutschen Reiche:** | | |
| Schatzwechsel per 200,000.000 Mark (¾ Prozent Provision per 1,764.000 Kronen. 1 Promille deutscher Wechselstempel per 235.200 K., Umrechnung nach der gesetzlichen Relation) | 235.200.000 | 14,112.000 |
| Schatzwechsel per 180,000.000 Mark (⅞ Prozent Provision per 1,323.000 Kronen. 1 Promille deutscher Wechselstempel per 211.680 K., Umrechnung nach der gesetzlichen Relation) | 211,680.000 | 10,584.000 |
| Schatzwechsel per 125,000.000 Mark (⅞ Prozent Provision per 918.750 Kronen. 1 Promille deutscher Wechselstempel per 147.000 K., Umrechnung nach der gesetzlichen Relation) | 147,000.000 | 7,350.000 |
| **Kriegsanleihen:** | | |
| Erste Kriegsanleihe vom Jahre 1914 | 2.200,746.900 | 121,041.079 |
| Zweite Kriegsanleihe vom Jahre 1915 | 2.688,321.800 | 147,857.699 |
| Dritte Kriegsanleihe vom Jahre 1915 | 4.203,061.900 | 231,168.404 |
| Gesamtsumme der Kriegsschulden | 14.139,967.201 | 614,552.748 |
| Gesamtsumme der Staatsschulden ohne Kriegsschulden | 12.908,840.439 | 510,948.430 |
| Zusammen | 27.048,807.641 | 1,125.501.179 |

Die Kriegsschulden Oesterreichs betrugen am 31. Dezember 1915 insgesamt 14·14 Milliarden Kronen. Davon sind etwa zwei Drittel, nämlich 9·1 Milliarden die ersten drei Kriegsanleihen, welche durch Begebung in der gesamten Bevölkerung fundiert sind. Der geringere Teil, nämlich fünf Milliarden sind schwebende Vorschüsse bei der Notenbank, beim Konsortium der österreichischen Banken und im Deutschen Reiche. Am Ende des ersten Semesters 1915 hatten die gesamten Kriegsschulden Oesterreichs (ohne Ungarn) 9498 Millionen Kronen betragen. Im zweiten Halbjahre 1915 sind sie durch die dritte Kriegsanleihe, durch einen neuen Vorschuß bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank und ein neues Valutaanlehen in Deutschland auf 14·139 Milliarden angewachsen und somit um 4·7 Milliarden höher. Von dieser Steigerung um 4·7 Milliarden entfallen 4·2 Milliarden auf die dritte Kriegsanleihe, 391 Millionen auf eine Schuldscheinverpflichtung bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank und 147 Millionen auf eine Valutaanleihe in Deutschland. Anderseits wurden 100 Millionen an das österreichische Konsortium zurückgezahlt.

Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank hat die österreichische Finanzverwaltung bis 31. Dezember 1915 insgesamt 3·95 Milliarden Kronen in Lombarddarlehen, Wechselvorschüssen und Darlehen gegen einen Schuldschein aufgenommen. Zu den früheren Kreditaufnahmen (Lombarddarlehen und Darlehen gegen Solawechsel), die mit 3·56 Milliarden unverwendet geblieben sind, ist im zweiten Semester 1915 ein neues Darlehen gegen Schuldschein mit 391,156.601 Kronen dazu getreten, der wieder mit einem Prozent verzinst wird. Von dem Kontokorrentvorschuß bei den Finanzinstituten, der am 30. Juni 1915 die Höhe von 600 Millionen Kronen hatte, ist im zweiten Semester 1915 die Hälfte mit 300 Millionen Kronen zurückgezahlt worden, so daß er noch mit 300 Millionen Kronen aushaftet. Außerdem hat die Finanzverwaltung gegen Schatzwechsel im zweiten Semester 1915 noch 200 Millionen Kronen bei dem Oesterreichischen Konsortium aufgenommen, so daß sie den Banken 500 Millionen Kronen zu Ende Dezember 1915 schuldete. Dazu kamen schließlich die Valutaanlehen in Schatzwechseln, die in Deutschland begeben worden sind. Sie hatten am 30. Juni 1915 446·8 Millionen Kronen betragen und sind im zweiten Semester des Jahres 1915 auf 593·88 Millionen Kronen angewachsen. In dem Ausweise der Staatsschulden-Kontrollkommission sind die Valutaanlehen selbstverständlich nach dem Umrechnungskurs der gesetzlichen Relation eingestellt.

Bis Ende Dezember 1915 waren an drei fundierten Kriegsanleihen 9·09 Milliarden Kronen begeben. Das jährliche Zinsenerfordernis ist in der Nachweisung der Staatsschuldenkontrollkommission mit 500·06 Millionen Kronen eingestellt. Das ergibt eine Verzinsung von 5½ Prozent. Die nicht fundierten Kriegsschulden verzinsen sich wesentlich niedriger. Das erste Lombarddarlehen von 510 Millionen Kronen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank ist zum jeweiligen Eskomptezinsfuße, also jetzt mit 5 Prozent, zu verzinsen, weil es in Schatzscheinen realisiert wurde, deren Betrag sich noch in der Emissionsgrenze des damaligen steuerfreien Kontingents des Notenumlaufes hielt. Bei den übrigen Vorschüssen, welche die Notenbank gewährte, bei den Darlehen gegen Solawechsel und bei dem neuen Darlehen gegen Schuldschein ist zu berücksichtigen, daß die fünfprozentige Notensteuer in Wegfall gekommen ist, so daß sich die effektive Verzinsung, die der Staat zahlt, mit einem Prozent berechnet. Der Kontokorrentvorschuß und das Schatzwechseldarlehen bei den Banken ist mit 4½ Prozent zu verzinsen. Für die in Deutschland begebenen Schatzwechsel ist der Eskomptezinsfuß der Reichsbank maßgebend, welcher für die erste Emission 6 Prozent, für die folgenden 5 Prozent betrug.

Zu den Kriegsschulden von 14·14 Milliarden Kronen kommen die älteren Staatsschulden von 12·9 Milliarden Kronen. In der Höhe dieser älteren Staatsschulden ergaben sich keine übermäßig großen Veränderungen. Der Stand der rückzahlbaren Schulden, namentlich der Losanleihen und der Eisenbahnschulden hat sich durch die vorgenommenen Verlosungen um rund 46 Millionen Kronen vermindert. Von den letzten im Jahre 1914 begebenen Staatsschatzanweisungen wurde die erste Serie mit 26·44 Millionen Kronen, von den Staatseisenbahnschulden 17·24 Millionen Kronen, von den Losen 9·3 Millionen Kronen aus dem Umlaufe gezogen; ein Teil der verlosten ersten Serie der Schatzanweisungen ist noch nicht ausbezahlt, sondern erst heuer fällig geworden. Die älteren Schatzscheine sind durch die Rückzahlung von 904.000 Kronen vermindert und haften noch mit 59·19 Millionen Kronen aus.

Die ganze Staatsschuld Oesterreichs stellte sich zu Ende Dezember 1915 auf 27·048 Milliarden Kronen gegen 17·96 Milliarden Kronen am Ende des Jahres 1914 und rund 13 Milliarden Kronen vor dem Ausbruch des Krieges. Das Verzinsungserfordernis bezifferte sich mit 1125·5 Millionen Kronen jährlich oder rund 4·16 Prozent.

Neue Freie Presse

23./IX. 1916

10

# Die Goldreserven der Entente.

Zürich, 22. September.

Die „Züricher Post" schreibt unter der Ueberschrift: „Letzte Reserven" unter anderm: Aus London traf die Meldung ein, daß Frankreich, Italien und Rußland gewillt seien, einen Teil der Goldreserven dem englischen Schatzamte zur Verfügung zu stellen, um damit Englands Goldwährung zu halten und dessen Kredit in Amerika zu verbessern. Man ist gezwungen, die letzten Reserven anzugreifen, die man besitzt, das Gold. Daß man sich dazu entschließen mußte, ist ein Beweis dafür, wie prekär die finanzielle Lage nachgerade geworden ist und wie schwer es fällt, den Krieg weiterhin zu finanzieren. Man ist heute tatsächlich bei der vielerörterten letzten Milliarde angelangt. Die Goldreserven der Verbündeten mögen heute rund zehn Milliarden ausmachen, was indessen zehn Milliarden ausmachen, kann man sich leicht vorstellen, wenn man bedenkt, daß der Krieg in den zwei Jahren rund 250 Milliarden gekostet hat. Die Annahme, daß die Verbündeten wegen des Goldmangels in den nächsten Monaten auf die amerikanische Einfuhr von Munition und Lebensmitteln werden verzichten müssen, erscheint demnach unabweisbar. Der Versuch, das Gold, das ausschließlich für die Notendeckung reserviert bleiben sollte, für Kriegszwecke zu verwenden, mahnt übrigens alle Neutralen zur Vorsicht. Daß sich ein Land durch derartige Manipulationen seinen Kredit auf Jahre und Jahrzehnte völlig vernichtet, steht außer allem Zweifel.

Pester Lloyd

23/12

23./IX. 1916

# Oesterreichische Kreditanstalt.

(Telegramm des „Pester Lloyd".)

Wien, 22. September.

Der Verwaltungsrat der Oesterreichischen Kreditanstalt hat in seiner heutigen Sitzung die Semestralbilanz pro 1916 festgestellt. In den letzten zwei Jahren ist eine Veröffentlichung des Halbjahrsabschlusses nicht erfolgt. Erst im Zusammenhange mit der diesjährigen Semestralbilanz gelangen bei den Details auch die entsprechenden Bilanzziffern für das erste Semester 1915 zur Veröffentlichung, so daß eigentlich nur mehr das Semestralergebnis, das die Kreditanstalt im ersten Semester 1914 gebracht hat, nicht separat publiziert wurde.

Die Semestralbilanz weist inklusive des Vortrages von k 1,278.549 ein Bruttoerträgnis von k 24,477.512 gegen k 18,537.726 aus. Nach Abzug der Lasten verbleibt ein Reingewinn von k 12,342.752 gegen k 9,102.970.

Der Stand der Geschäfte weist im Gewinn- und Verlustkonto folgende Posten auf:

| Erträgnisse: | Kronen |
|---|---|
| Gewinn an Effekten- und Konsortialgeschäften | 2,073.297 |
| Zinsen | 14,987.045 |
| Provisionen (inklusive des Gewinnes an Waren) | 5,366.898 |
| Devisen | 584.619 |
| Realitätenerträgnis | 183.080 |
| Nachträgliche Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen | 2.552 |
| Unbehobene Dividenden | 1.472 |
| Gewinnvortrag | 1,278.549 |
| Bruttogewinn | 24,477.512 |
| **Lasten:** | |
| Gehälter | 4,742.435 |
| Spesen | 1,610.769 |
| Spenden aus Anlaß des Krieges | 320.787 |
| Abschreibungen von Realitäten und Inventar | 232.904 |
| Steuern und Gebühren | 4,708.262 |
| Pensionsfondsbeitrag | 310.000 |
| Erlittene Verluste an Forderungen | 209.602 |
| Reingewinn pro I. Semester 1916 | 12,342.752 |
| Gegen das Vorjahr von | 9,102.971 |

Die Halbjahresbilanz pro 1916 zeigt überraschend günstige Ziffern, durchweg Rekordeinnahmen, die beweisen, daß die Oesterreichische Kreditanstalt sich an der Spitze der Wiener Institute befand und trotz des Krieges eine namhafte Erweiterung ihres Geschäftsumfanges erzielte. Die Semestralbilanz zeigt einen Reingewinn von 12·34 Millionen gegen 9·43 Millionen im Vorjahre, demnach eine Erhöhung des Ertrages um 2·9 Millionen, wobei nur die Resultate der Konsortialgeschäfte berücksichtigt sind, soweit letztere am 30. Juni l. J. vollständig abgewickelt waren.

Abgerechnet in der Bilanz sind nämlich nur das Syndikat für die fünfeinhalbprozentigen Wiener Kassenscheine von 1916 und das der vierprozentigen Prioritäten der Kassa-Oderberger Eisenbahn, welches Syndikat aus dem Jahre 1907 stammt und einen Verlust gebracht hat, ferner der Abverkauf der Ostrauer Bergbauaktien, die an die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft übergegangen sind, der Verkauf eines Teiles der Mitterberger Kupferaktien und einige kleinere Effektengeschäfte, sowie kleine Effektenverkäufe.

Die Direktion der Kreditanstalt konnte dem Verwaltungsrate mitteilen, daß sie auf Grund der Ergebnisse, die im ersten Halbjahre erzielt wurden, glaubt, eine mäßige Erhöhung der Dividende in Aussicht stellen zu können, und zwar für das erhöhte Aktienkapital von 170 Millionen. Wahrscheinlich wird die Dividende auf 34 gegen 32 Kronen im Vorjahre erhöht werden.

Wie in Friedenszeiten hat auch diesmal das Zinsengeschäft der Kreditanstalt die größten Einnahmen geliefert. Hier ist eine Einnahme von 14·98 Millionen erzielt worden, um 2·2 Millionen mehr als im Jahre 1915. Eine gleich hohe Ziffer hat die Kreditanstalt bisher noch nie erreicht, wobei der Zinsengewinn aus der Kapitalsvermehrung nicht verrechnet erscheint. Das Zinsenplus ergibt sich aus dem wesentlich erhöhten Erträgnis der dem Konzern der Kreditanstalt angehörenden Industriegesellschaften, namentlich der Rothschen Kapselfabrik, der Berndorfer Metallwarenfabrik, der Hirtenberger Patronenfabrik und des Vereines der mährischen Zuckerfabriken. Die Erträgnisse dieser Unternehmungen sind nur mit der halbjährigen Quote in Rechnung gestellt. Die Kreditoren und Debitoren sind namhaft gestiegen und damit in Verbindung auch die Zinsengewinste. Ferner lieferten die Vorschüsse auf die Kriegsanleihen ein namhaftes Zinsenplus. Der Durchschnittszinsfuß, der im Vorjahre in Geltung war, betrug 4·875 Prozent gegen 5·015 Prozent im Report und 3·481 Prozent gegen 3·643 Prozent im Eskompte.

Fremdenblatt
23./IX. 1916



# Kapitalserhöhung der Anglo-Oesterreichischen Bank.

Die Anglo-Oesterreichische Bank beruft für den 11. Oktober 1916 eine außerordentliche Generalversammlung ein, um für den Generalrat die Ermächtigung einzuholen, im geeignet erscheinenden Augenblicke das Aktienkapital von 100 auf 130 Millionen Kronen durch Ausgabe von 125.000 neuen, volleingezahlten Aktien a 240 Kronen Nominale zu erhöhen.

Diese Erhöhung erscheint wünschenswert, um ein entsprechendes Verhältnis zwischen dem eigenen Vermögen und dem seit der letzten Kapitalserhöhung vom Jahre 1911, insbesonders aber seit Kriegsausbruch stark gestiegenen Geschäftsumfange herzustellen. Mit Rücksicht auf den Kursstand der Aktien ist bei einer Aktienemission eine namhafte Erhöhung der Reservefonds zu erwarten, während in den letzten Jahren die Reserven in besonders hohem Maße aus den Reingewinnen dotiert wurden, um der Erweiterung des Geschäftsumfanges zu entsprechen. Die Steigerung des Geschäftsumfanges wird durch folgende Ziffern illustriert: Im Jahre 1910 betrug die Bilanzsumme 508 Millionen Kronen. Die Bilanz des Geschäftsjahres 1913 wies einschließlich der Ziffern der Londoner Niederlassung eine Summe von 750 Millionen auf, und am Ende des Jahres 1915 war die Bilanzsumme auf 947 Millionen Kronen, dies jedoch ohne die Abschlußziffern der Londoner Anstalt, angewachsen.

Die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zur Beschlußfassung über die Kapitalserhöhung erfolgt aus dem Grunde, weil der Generalrat in der Generalversammlung vom 30. April 1915 die Erklärung abgegeben hat, daß er von der im Jahre 1914 erteilten Ermächtigung zur Erhöhung um 20 Millionen Kronen wegen der internationalen Lage keinen Gebrauch mache und sich vorbehalte, im Bedarfsfalle der Generalversammlung neuerliche Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen.

Daß die Verwaltung der Anglo-Oesterreichischen Bank in der Lage ist, inmitten der Kriegszeit an die Erhöhung des Aktienkapitales zu schreiten, spricht ebenso beredt für die Leistungen und Erfolge, die diesem Institute unter seiner Verwaltung und da wieder unter dem Präsidenten seines Generalrates, Dr. Landesberger, beschieden waren, beschieden trotz aller Schwierigkeiten und Störungen der Volkswirtschaft, wie sie die lange Fortdauer des Krieges zuerst befürchten lassen mußte, wie für die Ergebnisse des laufenden Jahres und seiner Vorgänger. Offenbar verschließt sich die Anglo-Oesterreichische Bank nicht der Ueberzeugung, daß dem so imposant angewachsenen Geschäfte des Institutes auch dessen Mittel entsprechen müssen, dessen Aktienkapital. Hier einen Einklang herbeizuführen, erschien offenbar umso wichtiger und dringlicher, als es ja schon jetzt, noch während des Krieges, gilt, den Uebergang zu der einstigen Friedenswirtschaft vorzubereiten. Und dieser Uebergang wird unzweifelhaft am sichersten und erfolgreichsten vollzogen, wenn die Kapitalserhöhung des Institutes jenen großen Aufgaben angepaßt wird, zu deren Erfüllung dereinst auch die Anglo-Oesterreichische Bank, deren Leitung gerade in dieser schweren Zeit des Krieges so Glänzendes erreicht hat, berufen sein wird.

Die stimmberechtigten Aktionäre werden eingeladen, ihre Aktien für die außerordentliche Generalversammlung vom 11. Oktober d. J. samt den nichtfälligen Coupons bis inklusive 4. Oktober d. J. an den Schaltern des Institutes, beziehungsweise seiner Zweiganstalten zu hinterlegen.

Arbeiterzeitung
24./IX. 1916



## Die Staatsschulden bis Ende 1915.

Die Staatsschuldenkontrollkommission veröffentlicht heute einen Ausweis über die Höhe der Staatsschulden am 31. Dezember 1915. Ohne Kriegsschulden war der Schuldenstand 12.908,840.439 Kronen, also etwas weniger als dreizehn Milliarden. Die Kriegsschulden waren Ende des vorigen Jahres schon höher als alle übrigen Staatsschulden, zu denen auch die Schulden für die Eisenbahnen gehören. Die Kriegsschulden betrugen mehr als vierzehn Milliarden, nämlich 14.139,967.201 Kronen, so daß die ganze Staatsschuld mehr als 27 Milliarden, das sind 27.000 Millionen betrug.

Von den Kriegsschulden besteht ein Teil aus Kriegsanleihe, bis Ende Dezember 1915 wurden nur die ersten drei Kriegsanleihen aufgenommen, sie betragen zusammen 9.092,130.600 Kronen. Die übrigen fünf Milliarden der damaligen Kriegsschuld bestehen aus Darlehen der Oesterreichisch-ungarischen Bank (3.953.956.000 Kronen), des Konsortiums der anderen österreichischen Banken (500 Millionen) und eines deutschen Bankenkonsortiums (593,880.000 Kronen). Die drei Kriegsanleihen kosten jährlich 500,067.182 Kronen, werden also rechnungsmäßig mit etwas mehr als 5 Prozent verzinst (tatsächlich ist bekanntlich die Verzinsung höher). Von den Schulden an die Oesterreichisch-ungarische Bank werden 510 Millionen mit 5 Prozent verzinst, der Rest von fast $3^1/_2$ Milliarden aber vorläufig nur mit einem Prozent, so daß die jährlichen Zinsen an die Bank 59,939.566 Kronen betragen. Die halbe Milliarde der österreichischen Banken kostet teils $4^1/_2$, teils $4^1/_4$ Prozent und erfordert jährlich $22^1/_2$ Millionen. Die Schuld an die deutschen Banken kostet jährlich 32,046.000 Kronen, also etwa 5·4 Prozent. Die Schulden aus der Zeit vor dem Kriege erfordern 510,948.430 Kronen, kosten also etwa 4 Prozent. Insgesamt machte die Zinsenlast Oesterreichs am 1. Jänner 1.125,501.179 Kronen aus. Ueber die Kriegskosten auch nur der ersten sechzehn Monate sagen alle diese Zahlen sehr wenig aus, da sich Schulden und Kriegskosten nicht decken müssen und da auch die Kriegsschulden Ungarns in Betracht kommen.

Neue Freie Presse
24./IX. 1916



[Bevorstehende Ermäßigung des Einlagenzinsfußes.] Heute mittag hat beim Giro- und Kassenverein eine Sitzung der Vertreter der Wiener Banken stattgefunden, um zu der Frage der Ermäßigung des Einlagenzinsfußes Stellung zu nehmen. In der Sitzung waren alle Wiener Banken und die hier etablierten Filialen auswärtiger Institute vertreten. Seitens des Komitees wurde angeregt, den Zinsfuß für Spareinlagen und für Kontokorrenteinlagen mit zweimonatiger Bindung, der bisher 3¾ Prozent beträgt, auf 3½ Prozent zu ermäßigen. Der Zinsfuß für freie Einlagen im Kontokorrent soll unverändert mit 3 Prozent belassen werden. Dieser Antrag wurde von allen Anwesenden prinzipiell genehmigt, der Vertreter der Zivnostenska Banka erklärte aber, erst die Zustimmung seines Zentralinstituts einholen zu müssen, so daß die formelle Beschlußfassung erst am Montag erfolgen wird. Es wird nicht bezweifelt, daß eine Ermäßigung des Einlagenzinsfußes beschlossen werden wird. Bei den Sparkassen bestehen in dieser Richtung noch keine einheitlichen Absichten. Seitens einzelner Kommunalsparkassen werden gegen die Ermäßigung des Zinsfußes auf Einlagen Bedenken geäußert. In der nächsten Woche soll eine Sitzung des Kuratoriums der Wiener Zentralsparkasse stattfinden, in welcher die entscheidenden Beschlüsse gefaßt werden sollen. Bei der Ersten Oesterreichischen Sparkasse werden die Beratungen über diese Frage fortgesetzt. Die Ermäßigung des Einlagenzinsfußes wird zunächst damit motiviert, daß die Rentensteuer auf Spareinlagen, welche die Banken und Sparkassen aus Eigenem tragen, durch das neue Steuergesetz um 1½ auf 3 Prozent erhöht worden ist.

Österr. Volkszeitung
24/IX. 1916



# Die österreichischen Kriegsschulden.

Die Staatsschuldenkontrollkommission hat gestern den Ausweis über den Stand der Staatsschulden Oesterreichs am 31. Dezember 1915 veröffentlicht. Daraus ergibt sich die Höhe der Kriegsausgaben in den ersten anderthalb Jahren des Krieges.

Die bis Ende 1915 durch den Krieg verursachten Schulden Oesterreichs (ohne Ungarn) sind aus folgender Aufstellung ersichtlich:

| Gläubiger und Art der Schuld | Betrag | Zinsenerfordernis per Jahr in Millionen Kronen |
|---|---|---|
| **Oesterreichisch-ungarische Bank:** | | |
| Lombarddarlehen } bedeckt mit 2296 Millionen Kronen | 510 | 25·5 |
| Lombarddarlehen } 5proz. Schatzscheinen | 1,272 | 12·7 |
| Solawechsel . . . . . | 826·8 | 8·2 |
| Solawechsel . . . . . | 445·2 | 4·4 |
| Solawechsel . . . . . | 508·8 | 5 |
| Darlehen gegen Schuldschein . | 391·1 | 3·9 |
| **Oesterreichisches Konsortium:** | | |
| Kontokorrentvorschuß . . . . | 300 | 13·5 |
| Schatzwechsel . . . . . | 200 | 9 |
| **Konsortium im Deutschen Reich:** | | |
| Schatzwechsel per 200,000.000 Mark . . . . . | 235·2 | 14·1 |
| Schatzwechsel per 180,000.000 Mark . . . . . | 211·6 | 10·5 |
| Schatzwechsel per 125,000.000 Mark . . . . . | 147 | 7·3 |
| **Kriegsanleihen:** | | |
| Erste Kriegsanleihe v. J. 1914 . | 2,200·7 | 121 |
| Zweite Kriegsanleihe v. J. 1915 | 2,688·3 | 147·8 |
| Dritte Kriegsanleihe . . . . | 4,203 | 231·1 |
| Summe der Kriegsschulden | 14,139·9 | 614·5 |
| Gesamtsumme der Staatsschulden ohne Kriegsschulden . . . . . | 12,908·8 | 510·9 |
| Zusammen | 27,048·8 | 1,125·5 |

Die Kriegsschulden Oesterreichs betrugen am 31. Dezember 1915 insgesamt 14·14 Milliarden Kronen. Davon sind etwa zwei Drittel, nämlich 9·1 Milliarden, die ersten drei Kriegsanleihen, fundiert. Der geringere Teil, nämlich 5 Milliarden, sind schwebende Vorschüsse bei der Notenbank, beim Konsortium der österreichischen Banken und im Deutschen Reich. Am Ende des ersten Semesters 1915 hatten die gesamten Kriegsschulden Oesterreichs (ohne Ungarn) 9498 Millionen Kronen betragen. Im zweiten Halbjahre 1915 sind sie durch die dritte Kriegsanleihe, durch einen neuen Vorschuß bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank und ein neues Valutaanlehen in Deutschland auf 14·139 Milliarden angewachsen und somit um 4·7 Milliarden höher.

Die ganze Staatsschuld Oesterreichs stellte sich zu Ende Dezember 1915 auf 27·048 Milliarden Kronen gegen 17·96 Milliarden Kronen am Ende des Jahres 1914 und rund 13 Milliarden Kronen vor dem Ausbruch des Krieges. Das Verzinsungserfordernis bezifferte sich mit 1125·5 Millionen Kronen jährlich oder rund 4·16 Prozent.

Österr. Volkszeitung
24./IX. 1916



# Der Einlagenzinsfuß der Banken.

## Bevorstehende Herabsetzung.

Die Wiener Banken vergüten gegenwärtig bekanntlich 3¾ Prozent auf Einlagen gegen Sparbücher und Kassenscheine. Für diese Einlagen zahlten sie bisher die 2proz. Einlagszinsengebühr und weiter entrichteten sie die 2proz. Rentensteuer für die Einlagszinsen aus eigenem. Durch die neuen Steuer- und Gebührenerhöhungen werden nunmehr beide Abgaben verdoppelt, so daß die Banken statt wie bisher zusammen 4 Prozent von nun ab 8 Prozent an Abgaben zu entrichten hätten. Angesichts dieser erhöhten Belastung und in der Absicht, es bei der bisherigen Uebung, die Rentensteuer für die Einleger zu zahlen, zu belassen, planen die im Konditionenkartell vereinigten Banken eine Ermäßigung des Zinsfußes für Spareinlagen, der wahrscheinlich auf 3½ Prozent herabgesetzt werden wird. Wenngleich eine derartige Verringerung ihres Zinseneinkommens eine Beeinträchtigung jener weiten Kreise bedeutet, die gegenwärtig ihre Spargelder in Sparbücheln der Banken angelegt haben — nach einer hier jüngst veröffentlichten Zusammenstellung beträgt dieser Einlagenstand derzeit mehr als eineinhalb Milliarden — so wäre eine solche auch mit den Verhältnissen des Geldmarktes übereinstimmende Maßnahme als wirksamste Werbearbeit für die nächste Kriegsanleihe zu begrüßen.

Es ist naheliegend, daß im Hinblick auf die Geldverhältnisse auch die Herabsetzung des Zinsfußes für gebundene Kontokorrenteinlagen seitens des Bankenkartells in Erwägung gezogen wird.

Pester Lloyd 26./IX. 1916

# Berliner Finanzbrief.

(Von unserem Korrespondenten.)

Berlin, 23. September.

Das finanzielle Leben Deutschlands steht seit einigen Wochen wieder im Zeichen der Kriegsanleihezeichnung. Bis zum Schlusse der Zeichnung vergehen noch zwei Wochen, so daß also ein abschließendes Urteil über das Ergebnis verfrüht wäre. Indessen kann man schon heute mit voller Bestimmtheit erklären, daß das Endresultat wiederum außerordentlich glänzend zu werden verspricht. Von Banken und Bankiers wird übereinstimmend versichert, daß die bei ihnen eingehenden Zeichnungen keinen Rückgang gegenüber den Zeichnungssummen bei der vorigen Anleihe zeigen; die Großindustrie hat sich, wie die öffentlich bekanntgegebenen Zeichnungsbeträge erkennen lassen, in noch stärkerem Umfange beteiligt als bei der dritten und vierten Emission; in den breiten Schichten des Kleinbürgertums ist das Interesse für die Anleihe stärker und lebhafter als jemals vorher, und unter diesen Umständen erscheint bereits jetzt der Erfolg der Zeichnung voll gesichert, besonders wenn in den bevorstehenden zwei Wochen die Säumigen noch ihre Pflicht erfüllen.

Eine sehr bemerkenswerte Begleiterscheinung bildet es diesmal, daß eine Anzahl von Industriegesellschaften ihren Obligationsbesitzern den Umtausch ihrer Titel in die neue Kriegsanleihe angeboten haben, das heißt also eine vorzeitige Einlösung der noch nicht fällig gewordenen Schuldverschreibungen und ihre Rückzahlung in Kriegsanleihe; letztere natürlich zum Zeichnungskurse von 98 Prozent berechnet. Für die Obligationsinhaber ist dieses Angebot ganz allgemein sehr günstig; denn sie erhalten an Stelle der mit 4 oder 4½ Prozent verzinslichen Titel die fünfprozentige Kriegsanleihe, und unter diesen Umständen ist es sicher, daß ein sehr weitgehender Gebrauch von dem Umtauschangebot der betreffenden Gesellschaften gemacht wird. Begreiflicherweise sind nur sehr kapitalkräftige Unternehmungen, denen zurzeit erhebliche flüssige Mittel zur Verfügung stehen, in der Lage, solche Umtauschoperationen in größerem Maßstabe vorzunehmen; so haben bisher die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf, die Deutsche Gasglühlicht-Gesellschaft (Auer-Gesellschaft), die Kontinental Kautschuk- und Guttapercha-Komp., die Lederfabrik Adler u. Oppenheimer in Straßburg und das Eisenhüttenwerk Thale, kurzum eine Anzahl der allerreichsten Industriegesellschaften ihren Obligationsbesitzern einen derartigen Umtausch vorgeschlagen, und es werden auf diesem Wege ganz erhebliche Millionenbeträge für die Zeichnung der neuen Kriegsanleihe gewonnen.

Zugleich wird hiedurch auch ein Licht auf die glänzende geldliche Lage geworfen, die zurzeit in der deutschen Industrie herrscht. In der Tat beweist jeder neu erscheinende Jahresabschluß in der Industrie, jeder Geschäftsbericht eines industriellen Unternehmens, daß wir uns inmitten einer sich immer noch steigernden Hochkonjunkturperiode befinden. Wenn man von ganz wenigen Ausnahmen absieht, die für die Gesamtbeurteilung keine Rolle spielen, kann man sagen, daß es heute in ganz Deutschland keine einzige Industriegesellschaft gibt, die ohne Nutzen arbeitet oder die eine nur sehr bescheidene Rente abwürfe. Der Umstellungsprozeß in der deutschen Industrie ist vielmehr derart gründlich und mit solchem Erfolge durchgeführt worden, daß zahlreiche Unternehmungen, die im vorigen Jahre beispielsweise noch dividendenlos waren, heute mit sehr guten Gewinnen arbeiten und entsprechende Dividenden verteilen. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, welche für die Geschäftsjahre 1913/14 und 1914/15 ihren Dividendenschein notleidend werden lassen mußte, jetzt dagegen eine Dividende von 7 Prozent zur Verteilung bringen wird. Ebenso haben ja auch die Hohenlohewerke kürzlich 6 Prozent Dividende nach zwei dividendenlosen Jahren verteilt, und eine ganze Anzahl mittlerer und kleiner Werke, so das Baroper Walzwerk, die Westfälischen Stiftwerke in Bochum und andere, die Jahre hindurch notleidend waren, haben in diesem Jahre die Dividendenzahlung wieder aufgenommen, teilweise sogar Sätze zwischen 10 und 15 Prozent zur Ausschüttung gebracht.

Wenn man in späteren Friedensjahren rückschauend die Entwicklung in der deutschen Industrie betrachten wird, so wird man bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die Industrie technisch ganz gewaltige Fortschritte in der Kriegszeit gemacht hat. Eine Anzahl dieser technischen Neuerungen, etwa die Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft, die Verwendung von Zellulose anstatt Schießbaumwolle, der Ersatz von Jute durch Papierfaser, sind bereits allgemein bekannt. Ueber andere wichtige Erfindungen kann aus begreiflichen Gründen heute nichts mitgeteilt werden; wohl aber kann man über eine technische Frage sprechen, die zurzeit in hohem Grade weite Kreise beschäftigt. Es handelt sich um die Verwertung der Braunkohle zur Oelgewinnung. Schon seit einiger Zeit hat hierüber das in Berlin ansässige Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung bemerkenswerte Versuche angestellt, die zu wichtigen Ergebnissen geführt haben, und man ist nunmehr allmählich zur praktischen Lösung dieses Problems übergegangen. Im Zusammenhang damit steht die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft im Begriff, einen Teil der Kohlenfelder der Rositzer Braunkohlenwerke zu erwerben, da sie nach einem ihr gehörenden Verfahren die stark fetthaltigen Kohlen der genannten Gesellschaft zur Oelgewinnung verwenden will. Fast gleichzeitig ist bekanntgeworden, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen ein mitteldeutsches Braunkohlenwerk, die Gewerkschaft Elise, für den stattlichen Preis von etwa zehn Millionen Mark in ihren Besitz gebracht hat. Die Badische Anilin- und Sodafabrik ist bekanntlich eine der größten chemischen Fabriken Deutschlands und steht in enger Interessengemeinschaft mit den Elberfelder Farbenfabriken Bayer und der Berliner Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation. Die drei Gesellschaften haben schon vor Jahren zur Deckung ihres gewaltigen Brennstoffbedarfes ein eigenes Kohlenbergwerk in Westfalen erworben, so daß also der eben erwähnte Ankauf eines Braunkohlenwerkes nicht etwa mit der Beschaffung eigener Kohlen zu Brennzwecken zusammenhängt. Es dürfte sich vielmehr um eine technische Ausbeutung der Braunkohle, wahrscheinlich zur Oelgewinnung, handeln. Welche Bedeutung diese Verwertung unserer Braunkohlenschätze für die Zukunft besitzt, läßt sich heute natürlich nicht voraussagen; ebensowenig läßt sich beurteilen, wie sich dieses Verfahren von finanziellem Gesichtspunkte aus stellt. Jedenfalls aber bringt man der Angelegenheit in den Kreisen der Industrie das größte Interesse entgegen, und im Zusammenhang damit sind auch an der Börse alle Braunkohlenaktien in den jüngsten Tagen ganz erheblich im Kurse gestiegen.

Was im übrigen die Börsenlage betrifft, so ist die Tendenz im allgemeinen außerordentlich zuversichtlich. Sowohl die jüngsten militärischen Erfolge, vor allem die großen Siege in der Dobrudscha, haben dazu beigetragen, als auch die fortlaufend eingehenden Industrienachrichten günstigster Natur. Zu den letzteren gehört auch die, daß die jüngste Versammlung der Zechenbesitzer des Kohlensyndikats gute Hoffnungen auf eine weitere Verlängerung des Syndikats ohne staatlichen Zwang eröffnet. Binnen kurzem sind ferner verschiedene Jahresabschlüsse großer Gesellschaften, so der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft und einiger Hüttenwerke zu erwarten, die sämtlich im Zeichen ansehnlicher Gewinnsteigerungen stehen werden. Unter diesen Umständen nehmen die Kurse der Industriewerte wieder den höchsten Stand ein, den sie bisher hatten, und die Rückgänge, die nach der rumänischen Kriegserklärung eingetreten waren, sind größtenteils wieder ausgeglichen; teilweise stehen die Kurse sogar ansehnlich höher als vor vier Wochen. Von bedeutenden Umsätzen kann allerdings an der Börse zurzeit keine Rede sein; das Geschäft ist vielmehr aufs äußerste eingeschränkt und trägt einen so soliden Charakter wie nur denkbar, da jede Spekulation auf Kredite gänzlich ausgeschaltet ist. Diese Beschränkung der Börsentätigkeit hat sich im Laufe der verflossenen Wochen, seitdem die neuen Bestimmungen hierüber in Kraft sind, auch durchaus bewährt, und angesichts dessen steht erfreulicherweise nicht mehr zu befürchten, daß irgendwelche Eingriffe gesetzgeberischer Art in bezug auf die Börse bevorstehen.

Die Zeit
26./IX. 1916



— (Die Herabsetzung des Einlagenzinsfußes der Wiener Banken.) Ueber die bereits gemeldete Herabsetzung des Einlagenzinsfußes der Wiener Banken erhalten wir folgende ergänzende Mitteilung: Die Wiener Bankinstitute haben beschlossen, den Zinsfuß für Einlagebücher und für auf mindestens zwei Monate gebundene Einlagen im Kontokorrent auf 3½ Prozent festzusetzen. — Der Zinsfuß für Kontokorrenteinlagen ohne gebundene Termine wurde unverändert mit 3 Prozent gelassen.

Neues Wiener Tagblatt
27./IX. 1916


# Die Staatsschulden mit Ende 1915.

Vom Abg. Dr. **Otto Steinwender.**

Nach dem vor einigen Tagen veröffentlichten Bericht der Staatsschuldenkontrollkommission betrug die Summe der österreichischen Staatsschulden mit Schluß 1915 27,048·8 Millionen Kronen und das Zinsenerfordernis 1125·5 Millionen Kronen. Die Summe der Schulden zerfällt in zwei große Hälften, in die alten Staatsschulden mit 12,908·8 Millionen und in die Kriegsschulden mit 14,140 Millionen Kronen. Das Zinsenerfordernis der ersteren Hälfte, also der Friedensschulden, beträgt 511, jener der Kriegsschulden 614·5 Millionen Kronen.

Die alten Staatsschulden waren Ende 1913 mit 12,608·6 Millionen Kronen ausgewiesen worden. Durch die Begebung von Schatzscheinen erreichten sie Mitte 1914 den Betrag von 13,004 Millionen, Ende 1914 waren sie durch Tilgungen auf 12,916·9 Millionen gefallen; der weitere Abfall bis Ende 1915 auf die oben angeführten 12,908·8 Millionen Kronen ist gering, weil die Tilgungen durch die Begebung von Rente an die Postsparkasse zum größten Teil kompensiert wurden. Doch ist im ganzen die Minderung des Schuldenstandes nur eine provisorische, weil zur Deckung des Abganges bisher keine besonderen Anlehen ausgegeben wurden. Erst durch die kaiserliche Verordnung vom 28. Juni 1916 wurde die Regierung ermächtigt, auch für die Bedeckung der aus Staatseinnahmen der Verwaltungsjahre 1914/15 und 1915/16 nicht bedeckten nichtmilitärischen Staatsausgaben die notwendigen Mittel durch Kreditoperationen zu beschaffen.

Die alte Staatsschuld erfährt jedoch durch zwei notwendige Korrekturen eine Herabminderung unter die Hälfte. Zunächst ist jener Teil, für den die ungarische Reichshälfte die Verzinsung trägt, der sogenannte „ungarische Block", mit 1389 Millionen abzuziehen. Ebenso ist abzuziehen der Anlagewert der Staatseisenbahnen; dieser war mit Ende 1913 auf 5826·7 Millionen berechnet und kann Ende 1915 mit 6 Milliarden eingesetzt werden, so daß nur mehr eine Nettoschuld von rund 5½ Milliarden erübrigt. Ebenso vermindert sich das Zinsenerfordernis von 511 Milliarden durch den Zinsenertrag Ungarns mit 58 und den Betriebsüberschuß der Staatseisenbahnen von rund 200 Millionen (nach den bisherigen Ergebnissen normaler Jahre) auf 253 Millionen Kronen. Es liegt also weder in der Höhe der alten Verschuldung noch in der Zinsenlast etwas Bedenkliches, obgleich es gewiß besser gewesen wäre, in der langen Friedenszeit Schulden und Zinsen herabzusetzen.

Die Kriegsschulden von 14,140 Millionen Kronen mit Ende 1915 setzten sich zusammen:

1. aus den drei ersten Kriegsanleihen von 2200·7, 2688·3 und 4203 Millionen Kronen, zusammen 9092 Millionen Kronen,
2. den Darlehen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank von 3954 Millionen Kronen,
3. den Vorschüssen bei dem österreichischen Bankenkonsortium von 500 Millionen Kronen,
4. den Wechseln bei dem reichsdeutschen Konsortium im Betrage von 594 Millionen Kronen.

Im laufenden Jahre ist die vierte Kriegsanleihe mit rund 4500 Millionen Kronen hinzugekommen; ebenso haben sich die schwebenden Schulden entsprechend vermehrt. Die eigentlichen Kriegsanleihen allein betragen also jetzt 13·6 Milliarden mit einem Zinsenerfordernis von 748 Millionen.

Für die Bedeckung dieses dauernden Erfordernisses kommt selbstverständlich die Kriegsgewinnsteuer als einmalige Einnahme nicht in Betracht, sondern es dienen dazu die Zuschläge zu den direkten Steuern und den Gebühren, die Erhöhung der Tabakpreise, die Zündmittel- und Totalisateursteuer und die demnächst in Wirksamkeit tretende Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife, während aus den Erhöhungen der Spiritus- und der Biersteuer angesichts des Konsumrückganges eine Steigerung der Staatseinnahmen gegenüber dem Erfolge der Friedensjahre nicht zu erwarten ist. Jedenfalls ist durch diese Verfügungen der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert, ohne zu Aenderungen im Steuersystem, die einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben müssen, zu greifen und ohne Erwerb und Verbrauch übermäßig zu belasten.

Wien, 27. September.

Neue Freie Presse
28./IX. 1916



# Oesterreichische Bodenkreditanstalt.

Wien, 27. September.

Der Verwaltungsrat der Allgemeinen Oesterreichischen Bodenkreditanstalt hat in seiner heutigen Sitzung den Abschluß für das erste Halbjahr genehmigt. Die Bodenkreditanstalt hat bereits im vorigen Jahre mit der Veröffentlichung der Semestralbilanz begonnen, so daß nur im ersten Kriegsjahre eine Unterbrechung eingetreten war. Heute wird der Halbjahrsabschluß für die Monate Januar bis Juni 1916 festgestellt, dessen Ziffern im Vergleich mit dem vorigen Jahre aus der folgenden Aufstellung des Gewinn- und Verlustkontos zu entnehmen sind:

| | 30. Juni 1916 | gegen 30. Juni 1915 |
|---|---|---|
| | Kronen | |
| **Einnahmen:** | | |
| Einnahme des Darlehensgeschäftes ..... | 10,504.652 | + 293.313 |
| Einnahme des Bankgeschäftes ..... | 11,397.338 | + 1,906.151 |
| Gewinnvortrag vom Jahre 1915 ..... | 824.616 | + 3.992 |
| Summe der Einnahmen .. | 22,726.606 | + 2,203.456 |
| **Ausgaben:** | | |
| Ausgaben des Darlehensgeschäftes ..... | 9,202.014 | + 202.849 |
| Verwaltungskosten ..... | 2,408.186 | + 308.808 |
| Steuern ..... | 1,702.866 | + 72.878 |
| Summe der Ausgaben ... | 13,313.066 | + 584.526 |
| Summe der Einnahmen .. | 22,726.606 | + 2,203.456 |
| Ueberschuß der Einnahmen .. | 9,413.540 | + 1,618.930 |

Die Bodenkreditanstalt hat im laufenden Jahre ihr Aktienkapital von 54 auf 63 Millionen Kronen erhöht; die neu ausgegebenen 30.000 Aktien nehmen am Erträgnisse des heurigen Jahres teil und es sind dem Institut nebst der Einzahlung des Kapitals auch die fünfprozentigen Zinsen vom Jahresbeginne zugeflossen, die in die Bilanz aufgenommen sind. Die fünfprozentigen Zinsen vom eingezahlten Betrage, der 1220 Kronen für jede Aktie ausmacht, beziffern sich für ein halbes Jahr mit 915.000 Kronen. Diese Summe ist den Zinsen des laufenden Bankgeschäftes zugeflossen, dessen Ertrag um 1·9 Millionen Kronen höher als im ersten Semester des vorigen Jahres ausgewiesen wird. Die Einnahmen der Bodenkreditanstalt setzen sich, abgesehen vom Gewinnvortrag, der unverändert geblieben ist, aus zwei Gruppen zusammen: den Erträgnissen des Darlehensgeschäftes und jenen des Bankgeschäftes. Das Hypothekardarlehensgeschäft hat eine Bruttoeinnahme von 10·5 Millionen Kronen geliefert, die um rund 300.000 Kronen höher war als im vorigen Jahre. Die Ausgaben bezifferten sich mit 9·2 Millionen Kronen und waren um rund 203.000 Kronen gesteigert. Das Erträgnis stellte sich also um 100.000 Kronen besser. Die Erteilung von Hypothekar- und Kommunaldarlehen ist vom Institut heuer seit geraumer Zeit wieder aufgenommen worden. Der Absatz der von der Bodenkreditanstalt emittierten Pfandbriefe und Obligationen war, wie mitgeteilt wird, zu steigenden Kursen sehr lebhaft, die Nachfrage konnte zeitweise nicht befriedigt werden. Im ersten Semester hat die Bodenkreditanstalt an eigenen Titres 15 Millionen Kronen verkauft. Der Reinertrag des Hypothekargeschäftes im ersten Semester wird ohne Rücksicht auf den Anteil an den allgemeinen Verwaltungskosten und an den Steuern mit 1·3 Millionen Kronen ausgewiesen.

Die Einnahmen des Bankgeschäftes betrugen 11·397 Millionen Kronen gegen 9·49 Millionen Kronen im Vorjahre. Auf diesem Konto sind in der Semestralbilanz ausschließlich Zinsen und Provisionen, dagegen nicht Konsortialgewinne verrechnet worden. Der Zinsfuß war im Durchschnitte des ersten Semesters etwas niedriger als im vorigen Jahre. Auf die Provisionen wirkte der Umstand ein, daß viele Kunden, namentlich die großen Industrieunternehmungen, ihre Kontokorrentkredite mit bedeutenden Beträgen zurückgezahlt haben, so daß Provisionen für diese Außenstände wegfielen; das Institut hat wie auch die übrigen Banken seine freien Mittel für die Lombardierung von Kriegsanleihezeichnungen verwendet, welche provisionsfrei verrechnet werden. Der Entfall solcher Provisionen und der niedrigere Zinsfuß schufen gegen die Ausdehnung des Bankgeschäftes, welche in dem Zuwachse zahlreicher neuer Konten zum Ausdrucke kommt, ein teilweises Gegengewicht. Syndikatsgewinne sind nicht abgerechnet, die neuen und die alten Geschäfte sind abermals vorgetragen worden. Im ersten Semester war die Anstalt an folgenden Operationen beteiligt: Der vierten österreichischen und ungarischen Kriegsanleihe, der Emission der neuen ungarischen Staatskassenscheine, der Wiener Kassenscheine, der Oesterreichischen Roten-Kreuz-Lose, endlich an den Garantiesyndikaten für die Kapitalsvermehrung der Creditanstalt und der Depositenbank. Von industriellen Geschäften wurden neu abgeschlossen: Die Automobilfabrik der Steyrer Waffenfabriksgesellschaft, die Kalkstickstoffabriken, die Vergrößerung des Petroleumkonzerns und die Erwerbung der Kohlengruben des Fürsten Salm.

Die Verwaltungsausgaben sind um 308.000 Kronen gestiegen und erforderten im ersten Semester 2·4 Millionen Kronen. Hier werden die Erfordernisse für die Fortzahlung der Gehalte der eingerückten Angestellten und für die Besoldung der Aushilfsangestellten, die Gewährung von Kriegsteuerungszulagen und die fortlaufenden Spenden für Kriegsfürsorgezwecke verrechnet. Die Steuer beträgt 1·7 Millionen Kronen und ist um 73.000 Kronen höher als im vorigen Jahre. Die Vermehrung der Steuerlast ist eine Folge des Umstandes, daß das vorige Jahr mit einem größeren Reingewinne abgeschlossen hat. Die vor kurzem neu eingeführten Kriegssteuerzuschläge sind hiebei nicht berücksichtigt, es ist jedoch für diesen Zweck vom Reingewinne ein der Erhöhung entsprechender Betrag vorweggenommen. Ebenso wurde eine interne Reserve für die Coupons und Tilgungen der in Francs zahlbaren Obligationen angelegt, indem der Gewinn um diese beiden Erfordernisse vorweg gekürzt wurde.

Das Ergebnis der Bilanz ist ein Reingewinn von 8,588.924 Kronen gegen 6,973.986 Kronen im ersten Semester des vorigen Jahres. Auf das erhöhte Aktienkapital berechnet sich der Nettoertrag mit 27·27 Prozent oder 81 Kronen 80 Heller für die Aktie. Im ersten Semester des Vorjahres hatte der Gewinn auf das Kapital in der alten niedrigeren Höhe eine Rentabilität von 25·84 Prozent oder 77 Kronen 50 Heller per Aktie ergeben. Im vorigen Jahre hatte die Bodenkreditanstalt eine Dividende von 60 Kronen bezahlt. Wenn die Entwicklung des zweiten Semesters die nämliche wie jene des ersten Halbjahres bleiben sollte, ist damit zu rechnen, daß für das Jahr 1916 die gleiche Dividende wie für das Jahr 1915 gezahlt werden dürfte.

Der Abend
28/IX. 1916

28
24

# Wieder ein Halbjahrsabschluß.

Die Bodenkreditanstalt weist ihren Gewinn für das erste Halbjahr aus; er ist selbstverständlich erheblich höher als im Vorjahre, wie dies bei einer Bank, die sich selbst achtet, nicht anders sein kann. Was wäre das auch für eine Geschäftsleitung, die nicht im Weltkrieg unausgesetzt mehr verdiente? Der Mehrgewinn ist dieses Mal 1,618.930 Kronen. Wir verweisen bezüglich der Einzelheiten auf die begeisterten Schilderungen der Tagespresse. Die Bodenkreditanstalt hat es sich so bequem eingerichtet, daß sie nicht mehr darüber sagt, als sie für zweckmäßig erachtet, also natürlich so wenig wie möglich, das Existenzminimum von Rechenschaftsbericht. Wozu auch die Öffentlichkeit mehr hinter die Karten sehen lassen, als unbedingt notwendig ist? Wer mehr wissen will, kann seine Neugierde einzig und allein in den Vorzimmern der Unterdirektoren befriedigen; dort Einzelheiten aufzuschnappen, stünde uns aber auch dann nicht an, wenn selbst unser Verhältnis zu Banken im allgemeinen und dieser, die wir für die gefährlichste von allen halten, im besonderen uns den Aufenthalt in solchen Vorzimmern so anständig erscheinen ließe, wie er unanständig ist.

Wir beschränken uns deshalb darauf, an dem Beispiele der Bodenkreditanstalt wieder einmal zu zeigen, wie unerlaubt die Kapitalserhöhungen die Wahrheit über die Gewinne verschleiern. Die Bodenkreditanstalt hat bekanntlich ohne jede äußere Nötigung ihr Kapital um neun Millionen hinaufgesetzt. Der Reingewinn beträgt 27·27 v. H. des erhöhten Kapitals; wäre es in seiner früheren Höhe geblieben, so hätte er 31¾ v. H. ausgemacht. Man sieht daraus deutlich die Verschleierung: 31¾ v. H. ist ungleich aufreizender als 27·27, ganz abgesehen davon, daß sich an den neun Millionen, die mit ungeheurem Aufgeld ausgegeben wurden, sehr angenehme Börsengewinne erzielen ließen, die den Beteiligten gewiß kein Loch in die Brieftasche gerissen haben.

Wahrlich, Bankdirektoren müßten Toren sein, wenn sie ihre Rosen nicht pflückten, solange sie blühen, Rosen, die sich von anderen dadurch sehr vorteilhaft entscheiden, daß die einen den süßen Duft einatmen, während sich die anderen die Finger an den Dornen zerstechen. Die anderen, das sind die, aus deren Arbeit die Dividenden und Tantièmen herausgeschunden werden, an denen sich Aktionäre, Gouverneure usw. mit wenig Arbeit bereichern.

Ob der Profit aus dem Masseurinnenteil des „N. Wr. Tagbl." in dem Reingewinn enthalten ist, ist aus dem Ausweis nicht ersichtlich.

Neues Wiener Tagblatt
28./IX. 1916



# Bodenkreditanstalt.

## Semestralbilanz.

Der Verwaltungsrat der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt hat in seiner gestrigen Sitzung den Abschluß für das erste Halbjahr 1916 genehmigt.

Das Gewinn- und Verlustkonto per 30. Juni 1916 stellt sich im Vergleiche zum 30. Juni 1915 wie folgt:

**Einnahmen.**

| | 30. Juni 1916 | gegen 30. Juni 1915 Kronen |
|---|---|---|
| Einnahmen des Darlehensgeschäftes | 10,504,652 | + 293,314 |
| Einnahmen des Bankgeschäftes | 11,397,337 | + 1,906,150 |
| Gewinnvortrag v. J. 1915 | 824,616 | + 3,992 |
| | 22,726,606 | + 2,203,456 |

**Ausgaben.**

| | 30. Juni 1916 | gegen 30. Juni 1915 Kronen |
|---|---|---|
| Ausgaben des Darlehensgeschäftes | 9,202,013 | + 202,839 |
| Verwaltungskosten | 2,408,186 | + 308,808 |
| Steuern | 1,702,866 | + 72,879 |
| Ueberschuß der Einnahmen | 9,413,540 | + 1,618,930 |
| | 22,726,606 | + 2,203,456 |

Die Einnahmen aus dem Darlehensgeschäft zeigen ein Plus von zirka 0·29 Millionen Kronen bei einer gleichzeitigen Steigerung der Ausgaben um beinahe den gleichen Betrag. Die Einnahmen des Bankgeschäftes erhöhten sich gegen das erste Semester 1915 um 1·9 Millionen Kronen. Die Einnahmen sind jedoch, was zur richtigen Beurteilung hervorzuheben ist, nicht im vollen Betrag verrechnet, vielmehr wurde ein entsprechender Betrag für Erwerbsteuer samt Zuschlägen reserviert, ferner eine Reserve für die in Franken zahlbaren Obligationen, die gegenwärtig begreiflicherweise nicht einzulösen sind, ausgeschieden. Um diese beiden Reserven sind sonach die Einnahmen gekürzt ausgewiesen. Die Erträgnisse aus dem Bankgeschäft resultieren zur Gänze aus dem laufenden Geschäft, dessen zunehmende Ausdehnung aus dem Semestralabschluß ersichtlich ist. Dem Bankgeschäft sind in der letzten Geschäftsperiode zahlreiche neue Konten zugewachsen. Das Erträgniskonto im Bankgeschäft umfaßt lediglich Zinsen und Provisionseinnahmen, wobei die Steigerung in den Einnahmen ausschließlich auf Zinsenkonto entfällt. Auf diesem sind auch die 5prozentigen Zinsen verrechnet, welche die Aktionäre beim Bezuge der neuen Aktien für die Zeit vom 1. Jänner d. J. bis zum Bezugstag zu vergüten hatten. Auf die Erträgnisse aus Provisionen übte der Umstand Einfluß, daß die Kundschaft im Bankgeschäft vielfach in die Lage kam, Kontokorrentschulden zu tilgen, wogegen zum Teil Kriegsanleihezeichnungen zum Lombard kamen; diese Lombardforderungen werden jedoch provisionsfrei behandelt. Das Darlehensgeschäft brachte, die Ausgaben von den Einnahmen abgezogen, 1·3 Millionen Kronen; hiezu die Einnahmen des Bankgeschäftes mit 11·4 Millionen Kronen, ergibt ein Einnahmensaldo von 12·7 Millionen Kronen, das sind um 2 Millionen Kronen mehr als gleichzeitig im Vorjahr. Davon sind abzurechnen die allgemeinen Ausgaben, die Verwaltungskosten und Steuern mit zusammen 4·11 Millionen Kronen, so daß ein Reingewinn von 8·58 Millionen Kronen, beziehungsweise, unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages von 0·82 Millionen Kronen, ein solcher von 9·41 Millionen Kronen resultiert, das sind um 1·62 Millionen Kronen mehr als am 30. Juni 1915. Bezüglich des Darlehensgeschäftes ist zu bemerken, daß die Erteilung von Hypothekar- und Kommunaldarlehen, die während des Krieges eine Zeitlang so gut wie sistiert war, seit geraumer Zeit wieder aufgenommen ist. Die Pfandbriefe und Obligationen der Bodenkreditanstalt sind zu steigenden Kursen in lebhaftem Absatz; zeitweise konnte sogar die Nachfrage nicht befriedigt werden.

Die Bodenkreditanstalt hat im ersten Semester an folgenden Emissionsgeschäften mitgewirkt: Vierte österreichische und ungarische Kriegsanleihe, Emission von 150 Millionen Mark 5prozentiger ungarischer Staatskassenscheine vom 1915, 100 Millionen Kronen 5½prozentiger Wiener Kassenscheine und 40 Millionen Kronen der neuen österreichischen Roten-Kreuz-Lose. Ferner fällt in das erste Semester die Partizipation der Bodenkreditanstalt am Garantiesyndikat für die Uebernahme der neuen Aktien der Oesterreichischen Kreditanstalt und der Allgemeinen Depositenbank.

Die Bodenkreditanstalt hat, wie bekannt, ihr Aktienkapital von 54 auf 63 Millionen Kronen erhöht. Auf das erhöhte Aktienkapital gerechnet, bedeutet der Nettoertrag ein Erträgnis von 27·27 Prozent oder 81 K. 80 H. pro Aktie gegen 25·84 Prozent oder 77 K. 50 H. pro Aktie im Vorjahr.

Das zweite Semester zeigt, soweit bisher zu übersehen, die gleich günstige Entwicklung wie das erste Halbjahr, und ist hienach auf das erhöhte Aktienkapital zumindest die gleiche Dividende wie im Vorjahr in Aussicht zu nehmen.

Neues Wiener Tagblatt
28. IX. 1916



Wien, 28. September.

(**Der Einlagenzinsfuß der Sparkassen.**) Die Bankinstitute haben, wie gemeldet, den Zinsfuß für Einlagebücher ermäßigt und mit 3½ Prozent festgesetzt. Auch im Kreise der Sparkassen beschäftigt man sich, wie wir hören, mit der gleichen Frage, doch ist eine Entscheidung noch nicht getroffen und auch nicht als unmittelbar bevorstehend zu erwarten. Die Sparkassen müssen eine eventuelle Herabsetzung des Zinsfußes für die Spareinlagen einen Monat vorher verlautbaren. Eine Entschließung steht jedoch weder bei der Ersten österreichischen Sparkasse, noch bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in Sicht, zumal bei den Sparkassen mancherlei besondere Rücksichten obwalten, welche die Zinsfußfrage beeinflussen. Wie wir vernehmen, dürfte, wenn überhaupt eine Veränderung des Einlagenzinsfußes beschlossen werden sollte, die Ermäßigung kaum vor Beginn des nächsten Jahres in Kraft gesetzt werden.

Fremdenblatt Abendbl
28./IX. 1916



# Verlautbarung des Verlustes von Wertpapieren.

Eine heute verlautbarte Verordnung des Justizministers im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Finanzen vom 26. September 1916 über die Verlautbarung des Verlustes und des Aufgebotes von Wertpapieren und ähnlichen Urkunden verfügt:

An Stelle der Absätze 2 und 3 des § 1 der Verordnung vom 31. August 1915 treten die nachfolgenden Bestimmungen: Jedes Stück des Anzeigers hat ein Verzeichnis aller Wertpapiere und der übrigen in den §§ 6, Abs. 2, und 14 der kaiserlichen Verordnung bezeichneten Urkunden zu enthalten, deren Verlust oder Aufgebot der Schriftleitung von den Sicherheitsbehörden oder den Gerichten seit dem Abschlusse des zuletzt erschienenen Stückes mitgeteilt worden ist, ebenso ein Verzeichnis aller Wertpapiere und sonstigen Urkunden, für die eine weitere Verlautbarung der Verlustanzeige oder des Aufgebotes infolge Unwirksamkeit der Verlustanzeige oder Einstellung des Aufgebotverfahrens oder Kraftloserklärung zu entfallen hat. Außerdem hat der Anzeiger monatlich einmal ein vollständiges Verzeichnis aller Wertpapiere und sonstigen Urkunden zu enthalten, deren Verlust oder Aufgebot der Schriftleitung mitgeteilt worden ist, soweit nicht die Verlustanzeige inzwischen unwirksam oder das Aufgebotsverfahren durch Einstellung oder Kraftloserklärung beendet ist.

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1916 in Wirksamkeit.

Österr. Volkszeitung
1/X. 1916


# Das Zinsengeschäft der Banken.

Von den österreichischen Banken veröffentlichen nur die Kreditanstalt und die Bodenkreditanstalt Halbjahrsabschlüsse. Sie bieten damit der Oeffentlichkeit nicht nur ein Bild ihrer eigenen Geschäftsentwicklung, sondern auch einen Einblick in das gesamte Bankwesen Oesterreichs und damit ein Bild unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die beiden Großbanken können darauf hinweisen, daß der Umfang ihrer Geschäfte neuerlich wesentlich gewachsen ist, daß sich ihre Umsätze in ungewöhnlichem Maße vermehrt haben und daß in allen Zweigen ihrer geschäftlichen Tätigkeit die Erträgnisse im Kriege eine außerordentliche Steigerung erfahren haben. Eine besonders charakteristische Post der Bankbilanzen, in der sich das Auf und Ab der Konjunktur deutlich spiegelt, ist das Zinsenkonto. Es setzt sich je nach der Eigenart der Bank aus einer mehr oder minder großen Zahl von Einzelposten zusammen und das Ergebnis dieser Kleinarbeit im Großen kommt in Riesensummen zum Ausdruck. Kreditanstalt und Bodenkreditanstalt haben diesmal Zinsenerträgnisse von nie zuvor erreichter Höhe ausgewiesen. Das hat seinen Grund in den ungeheuren Mitteln, die ihnen unaufhörlich in steigendem Maße zuströmen und für die sie trotz aller Geldflüssigkeit immer gute Verwendung zu finden wissen. Allerdings hat die Kriegswirtschaft zu tiefgreifenden Verschiebungen im Leihgeschäft der Banken geführt. Ein großer Teil der Bankkundschaft aus allen Zweigen der Industrie und des Handels, der sich vor dem Krieg kreditwerbend allen Bedingnissen für die Darlehensgewährung unterwerfen mußte, ist heute Gläubiger der Banken geworden. Anderen wieder, die nach wie vor auf den Kredit angewiesen sind, kommt die herrschende enorme Geldfülle zustatten. Ihr und der Konkurrenz im Geldangebot haben sie es zu danken, daß in der Zeit der riesigen Steigerung aller Produktionskosten wenigstens das Leihkapital ihnen nicht verteuert wurde. Von der wirklichen Konjunktur des Geldmarktes, die sich in einem Privatdiskont von unter zwei Prozent ausdrückt, bekommt freilich die Mehrzahl jener, die Kredit in Anspruch nehmen, nichts zu spüren. Der Zinssatz, den die Banken seit Jahr und Tag ihren kaufmännischen Kunden im Debet berechnen, ist unverändert geblieben und entspricht der Lage des Geldmarktes und der Zinsfußkonjunktur längst nicht mehr. Aber das Konditionenkartell der Banken weiß Disziplin zu halten und beeilt sich gar nicht, in den Bedingungen des Leihgeschäftes den tatsächlichen Geldmarktverhältnissen Rechnung zu tragen.

Anders halten es unsere Kreditinstitute, wenn es sich um die Zinsen handelt, die sie zu vergüten haben. Sie haben erst vor wenigen Tagen den Beschluß gefaßt, den Zinsfuß für Spareinlagen um ein viertel Prozent auf dreieinhalb Prozent herabzusetzen. Begründet wird diese Maßnahme von den Banken mit dem Hinweis auf die Verdoppelung der von ihnen getragenen Rentensteuer und der Gebühr von den Einlagezinsen. Die Erhöhung der Rentensteuer ist bekanntlich rückwirkend schon für das laufende Steuerjahr wirksam, die Verdoppelung der Gebühr von den Einlagezinsen tritt erst mit Beginn des nächsten Jahres ein. Diese Steigerung der das Einlagengeschäft treffenden Steuern und Gebühren wollen die Banken nicht tragen. Durch die Ermäßigung des Einlagenzinsfußes um ein viertel Prozent geht die Steuer- und Gebührenerhöhung ganz zu Lasten der Einleger und die Banken erzielen überdies an Zinsen eine Ersparnis von über eins v. T. Nach dem heutigen Einlagenstand der Wiener Banken bedeutet die beschlossene Zinsfußermäßigung für die Einleger einen jährlichen Zinsenentgang von nicht viel weniger als vier Millionen Kronen. Auch für zeitlich gebundene Gelder wurde der Zinsfuß auf dreieinhalb Prozent herabgesetzt, alle anderen Guthabungen in laufender Rechnung verzinsen die Banken schon seit langer Zeit mit drei Prozent. Wenn auch im abgelaufenen Halbjahr der durchschnittliche Zinsfuß im Wechseleskompte und im Lombard einen Rückgang erfahren hat, so ist bei den Banken der Abstand zwischen den Zinssätzen im Soll und jenen im Haben trotz der Konjunktur des Geldmarktes nach wie vor sehr groß, und es wäre ein Gebot der Billigkeit, wenn die Banken, welche den Zinsfuß auf der Habenseite ermäßigten, ihn auch auf der Sollseite entsprechend herabsetzen würden.

Ob die Sparkassen, die nur von der Erhöhung der von ihnen getragenen Rentensteuer getroffen werden, dem Beispiel der Banken folgen und den Zinsfuß für Spareinlagen ihrerseits auch ermäßigen werden, ist noch ungewiß. Die niedrigere Verzinsung, die die Spareinlagen bei den Banken nun genießen, würde eine verstärkte Nachfrage auf dem Anlagemarkt erklärlich machen. Zum Teil mag die lebhafte Kauflust, die sich in den letzten Tagen für Renten, Kriegsanleihen, Prioritäten und Pfandbriefe zeigte, schon auf die Zinsfußermäßigung zurückzuführen sein, die die Banken für Spareinlagen und gebundene Gelder vorgenommen haben. Ein Bankzinsfuß von fünf Prozent, ein Zinsfuß von dreidreiviertel Prozent für Spareinlagen, von drei Prozent für Guthaben in laufender Rechnung, ein Privatdiskont von eindreiviertel Prozent — solche Zinssätze, solche Geldmarktverhältnisse sind ein guter Nährboden für den Erfolg der nächsten Kriegsanleihe. Im allgemeinen wird man annehmen dürfen, daß sich die Banken bei ihren geschäftlichen Maßnahmen nur von ihrem geschäftlichen Interesse leiten lassen; bei der Herabsetzung des Zinsfußes für Spareinlagen waren sie vielleicht auch von dem Gedanken geleitet, unserer nächsten Kriegsanleihe damit in dem Kreis der Sparer die Wege zu ebnen. Dann haben sie in der Tat das für sie Angenehme der Zinsfußermäßigung mit dem Nützlichen der Förderung der nächsten Kriegsanleihe verbunden.

Fremdenblatt 1./X. 1916



# Oesterreichische Länderbank.

Wir erhalten die nachstehende Mitteilung:

Unter dem Vorsitz des Gouverneurs Geheimer Rat Graf Montecuccoli hat gestern eine Sitzung des Verwaltungsrates der Länderbank stattgefunden, in welcher der Vorsitzende zur Kenntnis brachte, daß Herr Generaldirektor Ludwig August Lohnstein mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand und sein vorgeschrittenes Alter den Entschluß gefaßt habe, seine Stelle als Generaldirektor der Länderbank zurückzulegen. Dieser Beschluß sei leider unabänderlich, und der Verwaltungsrat könne daher nur mit dem Ausdrucke des tiefsten Bedauerns diese Demission zur Kenntnis nehmen. Graf Montecuccoli würdigte sodann in ausführlicher Weise die hervorragenden Verdienste, die sich Lohnstein um die Länderbank erworben hat, und stellte den Antrag, den scheidenden Generaldirektor zum ersten Vizepräsidenten des Verwaltungsrates zu ernennen. Der bisherige erste Vizepräsident, Herr Otto von Seybel, hat sich in Würdigung der großen Verdienste des scheidenden Generaldirektors aus eigenem Antriebe erbötig gemacht, diese seine Stelle niederzulegen, unter der Voraussetzung, daß dieselbe durch Herrn Lohnstein besetzt werde.

Es wurden sodann entsprechend diesem Antrage Herr Ludwig August Lohnstein zum ersten und Herr Otto v. Seybel zum zweiten Vizepräsidenten ernannt.

Zum Generaldirektor der Länderbank wurde hierauf gemäß dem Antrage des Vorsitzenden der bisherige Generaldirektor-Stellvertreter Herr Markus Rotter einstimmig ernannt.

* * *

## Vizepräsident Ludwig August Lohnstein.

In wenigen Wochen, am 26. Oktober 1916, wird Vizepräsident L. A. Lohnstein sein 73. Lebensjahr vollenden und mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand und sein vorgeschrittenes Alter hat er sich nun entschlossen, von der durch fast ein Jahrzehnt eingenommenen Stellung eines Generaldirektors der Länderbank zurückzutreten. Durch eigene Kraft, durch seine hervorragende kaufmännische Begabung und seine unermüdliche Tätigkeit hat sich Lohnstein zu einem der bedeutendsten Finanzmänner Oesterreichs emporgearbeitet. Schon in jungen Jahren war er Leiter einer Waffenfabrik in Kiew, wo er durch sein organisatorisches Talent, sein energisches und zielbewußtes Auftreten die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Von dort kam er im Jahre 1880 zur Ersten Brünner Maschinenfabriksgesellschaft und erreichte dort in verhältnismäßig kurzer Zeit die Stelle des leitenden Direktors. In dieser Position gelang es ihm, dank seiner glänzenden Sachkenntnis die Erste Brünner Maschinenfabriksgesellschaft zu einer der größten Maschinenfabriken Oesterreichs auszugestalten. In die Zeit von Lohnsteins Tätigkeit bei dieser Gesellschaft fällt 1895 der bekannte Konkurs der Chropiner Zuckerfabrik, in dem Lohnstein zum Massevervalter ernannt wurde. Durch seine von allen Interessenten anerkannte außerordentlich geschickte und verdienstvolle Wirksamkeit als Massevervalter lenkte Lohnstein die Aufmerksamkeit jener Kreise, die für das wirtschaftliche Leben in Betracht kommen, auf sich, und dieser Tätigkeit verdankte er auch seine Berufung in die Direktion der Länderbank im Jahre 1898. Vor seinem Eintritte in die Direktion der Länderbank stand er eigentlich dem Bankfache vollkommen fern. Nichtsdestoweniger entfaltete er in seiner neuen Stellung nicht nur eine rege, sondern auch außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit. Selbst der Industrie entsprossen, strebte er die Industrialisierung der Bank an und operierte mit ebenso viel Glück als Geschick. Seine Freundschaft mit dem damaligen Bürgermeister Dr. Karl Lueger brachte es mit sich, daß ihn Dr. Lueger bei allen geschäftlichen Transaktionen der Kommune Wien zu Rate zog und ihm das unbegrenzte Vertrauen entgegenbrachte, so daß binnen kurzem die Länderbank der Bankier der Kommune Wien wurde. In diese Aera seiner geschäftlichen Tätigkeit fällt die Errichtung der städtischen Elektrizitätswerke, die Elektrifizierung der Tramway, die Uebernahme der Gaswerke in städtischen Betrieb 2c. Seine intimen Beziehungen zur Kommune Wien, um deren finanzielle Gebarung er sich hohe Verdienste erwarb, ebenso wie seine hervorragenden Leistungen auf bankechnischem Gebiete waren die Veranlassung zu seiner Berufung als Generaldirektor der Länderbank im Jahre 1907. In den abgelaufenen neun Jahren hat Lohnstein seine auf die Prosperität der Länderbank gerichteten Bemühungen erfolgreich fortgesetzt, die materielle und geschäftliche Basis der Länderbank befestigt, verbreitert und vertieft und für das Institut überaus wertvolle neue Verbindungen angeknüpft. Seit längerer Zeit leidend, hat sich Lohnstein nunmehr entschlossen, von seiner Stellung als Generaldirektor zurückzutreten und der Verwaltungsrat hat den Scheidenden durch die Verleihung der Würde eines ersten Vizepräsidenten der Länderbank in besonderer Weise geehrt.

## Generaldirektor Markus Rotter.

In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates der Oesterreichischen Länderbank ist, wie aus dem vorstehenden Communiqué ersichtlich, der bisherige Generaldirektor-Stellvertreter Herr M. Rotter zum Generaldirektor ernannt worden.

Wie noch erinnerlich, wurde Generaldirektor Rotter im März laufenden Jahres vom Verwaltungsrat der Länderbank mit der Stellvertretung des Generaldirektors Lohnstein betraut. Generaldirektor Rotter, der vor siebenundzwanzig Jahren in den Beamtenstand der Länderbank eingetreten und in dieser langen Zeit in aufopfernder, nimmerrastender Arbeit immer enger mit dem Institute verwachsen ist, hat es in diesem Zeitraum dank seiner allgemein anerkannten Begabung, seiner Energie und dank der Rastlosigkeit seiner Arbeit zur höchsten Stelle in der Direktion des Institutes gebracht.

Neue Freie Presse
1/X. 1916
81

# Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Kriegsanleihen. Industrie. Hypothekenmarkt.

Wien, 30. September.

Am nächsten Donnerstag wird die Zeichnung auf die fünfte deutsche Kriegsanleihe abgeschlossen werden, unmittelbar darauf wird die zweite Kriegsanleihe Frankreichs folgen, das reiche England tritt mit einer sechsprozentigen kurzfälligen Schuld auf den Plan. Das große Ringen der Völker Europas hat seinen Schauplatz auch auf finanziellem Gebiete; nicht bloß der letzte Mann, auch das letzte Geldstück wird aufgeboten, um die Entscheidung im Weltkriege zu sichern. Wären wir selbst nicht mit unserem ganzen Lebensinteresse, mit unserer politischen und wirtschaftlichen Existenz an dem Ausgange beteiligt, so wäre für jeden von uns der finanzielle Wettkampf der Weltmächte ein Schauspiel, das wie kein zweites die Aufmerksamkeit fesseln müßte. Deutschland hat bisher 36 Milliarden Mark in vier Anleihen aufgebracht. Auch auf die fünfte Kriegsanleihe sind bereits Milliarden angemeldet worden. Die Listen, die im Verlaufe der Zeichnung alltäglich veröffentlicht werden, enthalten gewaltige Ziffern, aber beiweitem noch nicht die ganze Leistung des deutschen Nationalkapitals. Viele bedeutende Zeichnungen vollziehen sich in der Stille und wollen nicht mit ihrem Namen erscheinen. Die Banken und sonstigen großen Zeichenstellen werden zumeist erst am Schlusse der Frist mit ihren Gesamtergebnissen hervortreten, die riesigen Summen in gegenseitiger Ueberbietung auf den Tisch schlagen. Noch jede Subskription hat in Deutschland eine Ueberraschung gebracht. Der Rekord der dritten Kriegsanleihe galt als eine unerreichbare, nur einmal zu erzielende Leistung, bei der vierten Anleihe schienen anfangs die Kräfte zu erlahmen und doch war das schließliche Ergebnis abermals 10½ Milliarden, nur um einige hundert Millionen weniger als in der berühmten dritten Subskription, die im vorigen Herbst unmittelbar unter dem Eindruck der Siege in Polen, Kurland, Serbien vollzogen worden war. Ein großer Erfolg der neuen Anleihe ist gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo die Feinde in brutalster Weise die Losung von der Vernichtung

In neuester Zeit sind ganz unerwartet Aufträge für Maschinen zum Ersatze solcher Anlagen dazugekommen, die vom Staate für Heereszwecke in Anspruch genommen werden. In vielen großen Betrieben mußten alle Maschinen und Bestandteile aus Kupfer, Nickel und Messing, namentlich Kessel, Zylinder und andere Einrichtungsstücke aus solchen beschlagnahmten Metallen, abgeliefert werden; die Ersatzstücke werden aus Eisen und Stahl angefertigt und müssen schleunigst angeschafft werden, damit die Arbeit keine Unterbrechung erleide. Die Maschinenindustrie hat auf diese Art erhöhte Aufträge erhalten, die sie oft unter schwierigen Verhältnissen vollziehen muß. Auch sie hat viele Arbeiter verloren, ein namhafter Teil ihres Personals ist zu den Fahnen berufen, und nur die allerunentbehrlichsten Qualitätsarbeiter sind den Fabriken wieder freigegeben worden. Ersatzkräfte, auch Frauen, werden herangezogen, allmählich ausgebildet, können aber selbstverständlich nicht die gleiche Leistung wie die Scharen bewährter alter Arbeiter aufbringen. Die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung sind beträchtlich; Bleche und die anderen benötigten Sorten werden zumeist erst fünf oder sechs Monate nach dem Tage der Bestellung geliefert, und nur dort, wo direkte Heeresaufträge in Frage kommen, ist das Material sofort erhältlich. Die Teuerung der Roh- und Hilfsstoffe erhöht die Gestehungskosten; die Fabriken haben aber zumeist die Ueberwälzung auf das Fabrikat durchgeführt, dort, wo sie rascher liefern können, auch namhaft höhere Preise verlangt, die ihnen in solchen Fällen ohne Einwendungen bewilligt werden. Für die Prosperität der Industrie ist die Größe des Umsatzes entscheidend, weil die volle Ausnützung der Anlagen die Zentralregie und die Gesamtspesen verbilligt; die meisten Maschinenfabriken haben die höchsten je erreichten Fakturensummen, eine Erscheinung, die zum Teil in den erhöhten Materialpreisen begründet ist, aber doch auch eine Aufbesserung des verbleibenden Reinertrages zulassen wird. Noch tief in das nächste Jahr hinein ist die Maschinenindustrie mit Aufträgen versehen; da jetzt nur das Allerdringendste ausgeführt werden kann, wird es ihr auch in der ersten Friedenszeit an Arbeit nicht fehlen.

Die lange Dauer des Krieges hat dazu geführt, daß Bedürfnisse der wirtschaftlichen Betätigung, die am Beginne auf unabsehbare Zeit bis nach dem Frieden zurückgestellt wurden, jetzt doch allgemach auf der Bildfläche erscheinen. Der Hypothekarkredit war während des ersten und auch noch am Beginne des zweiten Kriegsjahres ganz unterbunden, in den letzten Monaten sind wieder Hypotheken in bescheidenem, aber allgemach wachsendem Umfange gewährt worden. Die Bautätigkeit in den großen Städten verharrt zwar auf ihrem noch nie dagewesenen Tiefstand, was jetzt gebaut wird, ist ausschließlich der Anlage des im Kriege neuentstandenen Kapitals gewidmet. Auch dieses nimmt aber, um sich für andere Zwecke, für einzelne nicht vorausgesehene Bedürfnisse beweglich zu erhalten, jetzt des öfteren mäßige Hypotheken auf. Seit dem Frühjahr ist die Nachfrage nach Pfandbriefen wieder hervorgetreten, die Sicherheit, welche Grund und Boden bietet, findet im Kriege erhöhten Anwert. Die Bodenkreditanstalt hat im ersten Halbjahre von ihren Pfandbriefen und Kommunalobligationen 15 Millionen Kronen abgesetzt, die Zentralbodenkreditbank heuer seit dem Beginne des zweiten Semesters etwa 2 Millionen, auch die Pester Kommerzialbank hat

---

**Wien**, 30. September. [Drig.-Ber.] Die Zage hat sich kaum geändert. Getreide, Futterstoffe und Mühlenfabrikate standen weiter in guter Frage und bedangen volle Preise.

**Mehl.**

**Wien**, 29. September. [Drig.-Ber.] Die Gesamtausfuhr beträgt auf 16.380 Mtto bisheriger Stellungnahmen, worunter sich 6730 Mtto Getreide- und 9650 Mtto Mehle befinden. Im Vergleiche zur Vorwoche war eine Mindereinfuhr von 17.980 Mtto, an der Ausfuhrmehle mit 9630 Mtto und Getreide mit 8340 Mtto partizipierten, zu konstatieren. Von ersteren reklamierte bei Zarifen die in der Vorwoche in ziemlich großen Quantitäten eingelangten Ausfuhr von 9000 Mtto. Die gehegten Erwartungen, daß die Belastung bei einer Preisherabsetzung merklich zunehmen dürften, wurden nicht realisiert, nachdem, wie aus vorliegenden Meldungen hervorgeht, die meisten Produzenten ihre nicht unbedeutenden Vorräte nach der Provinz verlagert haben, wo die Preise höher sein sollten als auf dem Wiener Markte. Da auch der Import an Getreide zonstant im Abnehmen ist und der Stillstonsum seit Einführung des Brotmehles Tages im Steigen sich befindet, so wäre es im Interesse der Wiener Approvisionierung angezeigt, Mittel und Wege zu finden, um, wenn es nicht wird, die Mühlbelage auf das frühere Niveau zu bringen. Wie verlautet, dürfte die Einfuhr von Zabelsbrunn eine temporäre Unterbrechung erfahren, nachdem die Beschlagnahmeorten Getreide und Mehle in Betracht. Es erzielten: Ungarische: 90 Mtto Gerste à K. 4.—, 430 Mtto Hafer à K. 4.40 bis K. 5.—, 5900 Mtto Gerste à K. 4.40 bis K. 4.60 (en gros), K. 4.80 bis K. 5.20, lebende Karpfen K. 4.40 bis K. 4.60 (en gros), K. 4.80 bis K. 5.20, 70 Mtto Schafe (je nach Provenienz) K. 7.— bis K. 12.—, 200 Mtto Schafe K. 1.60, 40 Mtto Ferkel à K. 9.20 per Mtto; Serbische: 4600 Mtto Kadeljau K. 4.80 bis K. 5.60, 250 Mtto Makrelen K. 5.—, 2100 Mtto Dorsche K. 4.— und 1860 Mtto Schellfische K. 3.— bis K. 3.60. Auf dem Zentralfischmarkte 1100 Mtto Zadeljaue ebenso groß sein dürfte als jene am letzten Montag.

**Zinkmarkt.**

**Wien**, 30. September. [Drig.-Ber.] Nach den bis heute abend hier eingelaufenen Anmeldungen sieht für den Monat Oktober Zinkmaterial ein Quantum an Mark verladung von 700 Mtto in Aussicht. Ein solcher Auftrieb würde um ungefähr 200 Mtto schwächer sein als der vorwöchige. Im Beginn dürfte eine Zufuhr von ungefähr 400 Mtto vorhanden sein, welche demnach ebenso groß sein dürfte als jene am letzten Montag.

**Londoner Börse.**

London, 29. September.

2½% prozentige englische Konsols 59.62, 5prozentige Argentinische Goldanleihe 1886 101, 4½prozentige Argentinische Goldanleihe 1900 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1910 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1911 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1912 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1914 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1915 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1916 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1917 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1918 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1919 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1920 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe 1921 100, 4prozentige Argentinische Goldanleihe

Der Morgen 2/X. 1916

33

# Bodenkreditanstalt.

Die gegenwärtige Leitung der Bodenkreditanstalt hat als Neuerung für ihr Institut die Veröffentlichung von Halbjahrsbilanzen beschlossen. Das war sehr dankenswert, weil es der berechtigten und hier wiederholt vertretenen Forderung entspricht, daß die Aktionäre und der weite Kreis der finanziell Interessierten doch in angemessenen Zeiträumen verläßliche Aufklärungen über die Lage der einzelnen Gesellschaften erhalten. Aber die sonst Reformen nicht abgeneigte gegenwärtige Leitung der Bodenkreditanstalt unterrichtet ihre Aktionäre jetzt wohl doppelt so oft, aber leider ebenso unvollständig wie früher über die Verhältnisse des Institutes. Denn was die Bodenkreditanstalt als Gewinn- und Verlustkonto ausweist, vermag die Bedürfnisse des Aktionärs nach einem mehr minder genauen Bilanzbild doch nur in einem höchst bescheidenem Maße zu befriedigen. Die aus der Ära Taussig übernommene und dem Beispiele der anderen Banken widersprechende Übung ihrer Bilanzaufmachung über Bord zu werfen, konnte sich die Bodenkreditanstalt bisher nicht entschließen. Gerade im Kriege hierin keinen Wandel eintreten zu lassen, mag man begreiflich finden — aber man darf es wohl als Absicht der Bank voraussetzen, daß sie bei Wiederkehr gewöhnlicher Verhältnisse in ihren Ertragsrechnungen größere Mitteilsamkeit wird walten lassen!

Was nun den vorliegenden Halbjahrsabschluß anbelangt, so ist dieser noch mit einem ganz besonders hohen — Verschwiegenheitskoeffizienten belastet. Die Ertragsrechnung der Bodenkreditanstalt unterscheidet sich von der Halbjahrsbilanz der Kreditanstalt dadurch, daß das Steuerkonto nicht die Veranschlagung der gesamten künftigen für die betreffende Bilanzperiode und ihre Ergebnisse zu entrichtenden Steuerlast darstellt. Die Bodenkreditanstalt, der wahrhaftig niemals ein Mangel an übergroßer Bilanzvorsicht vorgeworfen werden kann, diese für das System der internen Rücklagen geradezu klassische Bank, verabsäumt es natürlich auch nicht, in ihrer Ertragsrechnung die künftige Steuerlast zu berücksichtigen. Aber in ihrer alten Schwärmerei für die interne Rücklagenstellung nimmt sie auch die zu gewärtigende Steuermehrleistung zum Anlaß, eine nicht ausgewiesene Reserve zu schaffen, um die die Einnahmen vorweg gekürzt werden. Da es sich hier nur um eine interne Reserve handelt, weiß der Aktionär natürlich nichts über die Höhe der kommenden Belastung aus dem Titel der neuen Steuern — worauf er gerade bei der Bodenkreditanstalt aus manchen Gründen sehr gespannt gewesen wäre. Er hat nur das Gefühl, daß innerhalb aller diesmal angelegten internen Reserven — Wertpapier- und Gemeinschaftsgeschäfte sind ja heuer im Konto: „Einnahme aus Bankgeschäft „überhaupt nicht enthalten — gerade diese Steuerreserve besonders stattlich sein dürfte und noch mehr als die vorläufig nicht genau übersehbaren Steuermöglichkeiten bei diesem Institute berücksichtigt. Denn das ausgewiesene Erträgnis des Bankgeschäftes entspricht nicht jenem hohen Flug der Erwartungen, die man diesmal in die Halbjahrsbilanz der Bodenkreditanstalt gesetzt hatte. Die Steigerung der Einnahmen des Bankgeschäftes werden insgesamt mit 1·9 Millionen ausgewiesen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß, wenn auch zu einem etwas niedrigeren Zinsfuß, wesentlich mehr Mittel dem Institute zur Verfügung standen, daß ihm an 5prozentigen Zinsen für die neuen 30.000 Aktien bis zum Begebungstermin an 800.000 Kronen zugeflossen, und daß weiters die Zinsenpost durch die erhöhten Didendeneingänge aus dem voraussichtlich beträchtlichen eigenen Wertpapierbesitze der Anstalt namhaft gestärkt worden sein mußten. Dabei ist auf der anderen Seite nicht zu übersehen, wie der Bodenkreditanstalt gerade unter den jetzigen Verhältnissen ihre zentralistische Geschäftsführung zustatten kommt, der relativ kleine, an einer einzigen Stelle vereinigte Beamtenkörper. Dieser Tatsache hat sie es zu danken, daß ihre gesamten Verwaltungskosten (darunter Gehalte für die Eingerückten und für Ersatzkräfte, Teuerungszulagen und Kriegswidmungen) im ganzen um bloß 300.000 Kronen gestiegen sind und die Tendenz einer mäßigen Steigerung hinsichtlich dieser Auslagen auch für die Zukunft fortdauern dürfte.

Bei Berücksichtigung dieser Umstände und der Beurteilung der tatsächlich ausgewiesenen Ziffern gewinnt man den Eindruck, daß sich die Leitung der Bodenkreditanstalt diesmal von einem noch größeren Maße von Vorsicht und Zurückhaltung leiten ließ, als man dies sonst an ihr gewohnt ist, um nicht gegenwärtig Dividendenhoffnungen zu erwecken, die dann nicht erfüllt werden. Die Festsetzung des Halbjahrsabschlusses der Bodenkreditanstalt stand offenbar unter dem Einflusse all jener unberechenbaren Momente, welche in der weiteren ungewissen Gestaltung der Kriegs- und kriegswirtschaftlichen Ereignisse gelegen sind. An dieser Zurückhaltung ist eigentlich nichts auszusetzen — umso weniger wenn mit ihr auch im allgemeinen die der Bodenkreditanstalt näher- oder fernerstehenden finanziellen Kreise einigermaßen ernüchtert und zu jener ruhigen Besonnenheit zurückgeleitet werden, die der Wertpapiermarkt, zeitweise alle Besorgnisse und Rücksichten auf die Zukunft über Bord werfend, wieder zuweilen vermissen läßt.

Der Abend
2./X. 1916

34

# Herr Kestranek und die nicht käufliche Presse.

Die angesehene finanzielle Zeitschrift „Der Volkswirt", so ziemlich die einzige, die bei uns diesen Namen verdient, bekämpft den verwegenen Plan, die Prager Eisenindustrie und die Alpine Montangesellschaft zu einer Unternehmung zu vereinigen und dadurch die Beherrschung des Eisenmarktes durch die Gruppe Kestranek—Eskomptegesellschaft zu einer dauernden zu machen. Heute ist sie es noch nicht, da ja doch noch immer die Möglichkeit besteht, daß die öffentlichen Interessen über die der Eisenbarone siegen könnten. Herrn Kestranek ist der sachlich geführte Kampf des „Österreichischen Volkswirt" begreiflicherweise unangenehm, und da er es bei diesem Blatte nicht mit den gewohnten Mitteln richten kann, so versucht er es, wie das Blatt mitteilt, mit der Verdächtigung, daß der Kampf unlautere Beweggründe habe. Das ist so das Verfahren der Leute vom Schlage Kestranek, und es ist schließlich auch nicht verwunderlich; wer so viele Gewissen kauft, mag leicht glauben, daß alle käuflich seien. Zumindest aber weiß er, daß solche Ausstreuungen willig Gläubige finden. Zum Glück kommen sie aber doch hie und da an den Unrechten, der sich durch die Kasse irgendeines Industriebarons oder Ritters nicht einschüchtern läßt und Hinz Hinz nennt, auch wenn Hinz Millionen und der andere nichts als sein bißchen Ehre im Vermögen hat. Wer den Herrn Kestranek und den „Österr. Volkswirt" kennt, weiß ohneweiters, was er von den Ausstreuungen des großen Pressekäufers zu halten hat.

Eines soll aber bei dieser Gelegenheit doch wieder gesagt werden: Es ist gewiß schwer, eine Zeitung unter Verzicht auf Inserate zu führen, und wir vom „Abend" wissen das am allergenauesten; auch eine recht erfreuliche Auflage reicht keineswegs hin, um die Kosten zu decken, und nur ganz außerordentliche Opferfähigkeit — das dürfen wir ruhig sagen — ermöglicht die Weiterführung eines Blattes, das diese Art Einnahmen in keiner Form hat. Aber besser ist es doch, man verzichtet ganz und gar auf das Geld der Leute vom Schlage der Kestranek. Tut man es, so kann man ihren Verdächtigungen doch mit ganz anderem Nachdruck entgegentreten. Auch der „Abend" kämpft gegen die Kestranek und was sonst in der Schwerindustrie und der Hochfinanz des Bekämpfens wert ist; aber keiner von ihnen, auch der verwegenste nicht, wird irgendeinen Zusammenhang zwischen diesem Kampfe und irgendeiner Anzeige herzustellen wagen, weil es zur Genüge bekannt ist, daß der „Abend" ihre Anzeigen und ihr Geld unter gar keinen Umständen und Vorbehalten nimmt. Wir machen niemand einen Vorwurf daraus, daß er Anzeigen bringt, vorausgesetzt, daß es, wie beim „Österr. Volkswirt", wirklich nicht den geringsten Einfluß auf die Haltung des Blattes hat; manches Blatt glaubt ganz ehrlich, ein solcher Einfluß bestehe nicht, während er in Wirklichkeit doch besteht, nur daß es die das Blatt machen, selbst nicht wissen. Aber unvergleichlich besser wäre es doch, es gelänge den paar Blättern, die hier in Betracht kommen, auf Finanzanzeigen ganz und gar zu verzichten. Ihr Kampf gegen die Ausschreitungen des Finanzkapitals wäre dann ungleich wirkungsvoller. Wir wollen keineswegs sagen, daß er unbefangener geführt würde, wohl aber ist es sicher, daß er bei den Lesern dann diesen Eindruck machen würde. Man mag von der Anständigkeit eines Blattes noch so überzeugt sein, so macht es doch einen sonderbaren Eindruck, wenn man auf den rückwärtigen Seiten Anzeigen von Gesellschaften findet, deren Gebarung vorne kritisch besprochen wird. Im gesteigerten Maße aber ist dies dann der Fall, wenn die Kritik gänzlich unterbleibt. Es muß leider immer und immer wieder gesagt werden: die Wiener Presse im allgemeinen ist so tief unsittlich und hat dadurch ihr Ansehen so heruntergebracht, daß es notwendig ist, sich nicht nur inhaltlich, sondern auch durch die deutlichsten äußeren Kennzeichen von ihr zu unterscheiden.

Indem wir in dem Streite mit Herrn Kestranek rückhaltlos von dem guten Recht des Angegriffenen überzeugt sind, wünschen wir, daß sich die paar anständigen Blätter die volle Unabhängigkeit im Sinne dieser Ausführungen erringen mögen. Es gehört nicht gar so viel dazu: nur der Entschluß, den der „Abend" gefaßt hat, lieber mühsam ohne dieses Geld, als etwas leichter mit ihm die Aufgaben der anständigen Presse zu erfüllen.

Die Zeit
3./X. 1916



— (Fortgesetzte Zunahme der Spareinlagen.) Die günstige Einlagenbewegung hat auch im Monat September bei den großen Sparkassen angehalten. Bei der Postsparkasse wurden 10·86 Millionen Kronen eingelegt und 8·62 Millionen Kronen rückgezahlt. Der Spareinlagensaldo hat sich demnach um 2·23 Millionen auf 224·62 Millionen Kronen erhöht. Im Scheckverkehr wurden 3222·2 Millionen eingelegt und 3205·8 Millionen Kronen zurückgezahlt. Der Einlagensaldo ist in diesem Geschäftszweig um 16·38 Millionen auf 1155·6 Millionen Kronen gestiegen. Das Wertpapiergeschäft der Postsparkasse war im abgelaufenen Monat sehr lebhaft. Für Rechnung der Rentenbuchbesitzer wurden Wertpapiere im Nominalbetrag von 11·2 Millionen Kronen angekauft, so daß sich der Betrag der für 503.691 Rentenbuchbesitzer in Verwahrung der Postsparkasse erliegenden Wertpapiere auf 1179·5 Millionen Kronen erhöht hat. Für Rechnung der Einleger wurden im September Wertpapiere für 12·5 Millionen Kronen und seit Bestand des Amtes für 647 Millionen Kronen gekauft und an sie abgesendet. — Bei der Ersten österreichischen Sparkasse wurden im September von 14.710 Parteien K. 18,756.405 eingelegt und von 22.856 Parteien K. 13,267.776 behoben. Ende des Monats betrug der Einlagenstand K. 596,256.539. Hypothekardarlehen wurden, und zwar ausschließlich zur Zeichnung der vierten Kriegsanleihe K. 905.815 zugezählt und K. 718.474 zurückgezahlt. Am 30. September waren Hypothekardarlehen im Betrage von K. 326,146.759 ausständig. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 30. September auf K. 18,683.269, an 60jährigen Pfandbriefen waren K. 18,873.200 im Umlauf. Wechsel wurden K. 9,834.582 eskomptiert und K. 9,155.259 einkassiert. Ende des Monats betrug der Stand des Wechsel- und Salinenportefeuilles K. 49,012.193. — Bei der Währinger Kommunalsparkasse wurden im September 1·89 Millionen eingelegt und 1·54 Millionen Kronen abgehoben; bei der Döblinger Kommunalsparkasse betrugen die Einzahlungen K. 667.027 und die Abhebungen K. 273.828.

Reichspost
3./X. 1916



# Die Geldlasten des Weltkrieges.

Wien, 2. Oktober.

Der Ausweis für das zweite Halbjahr 1915, den die Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates vor einer Woche veröffentlicht hat, brachte eine Reihe von Angaben, aus denen nicht bloß der Stand der österreichischen Staatsschuld per Ende Dezember 1915, sondern auch der ungefähre Umfang der bis zu diesem Termin aufgelaufenen Kriegskosten zu ersehen war. Setzt man die Kreditoperationen den Kriegsausgaben gleich — ein Vorgehen, das den tatsächlichen Verhältnissen, wenn auch nicht vollkommen, so doch im großen und ganzen gerecht werden dürfte, so ergibt sich für die ersten 17 Kriegsmonate (August 1914 bis Ende Dezember 1915) einschließlich der Mobilisierung ein Kriegsaufwand von 12·91 Milliarden. Diese Summe stellt die auf Oesterreich allein entfallende Quote (63·6%) dar. Die Gesamtausgabe der Monarchie vermehrt sich noch um den quotenmäßigen Anteil Ungarns von 36·4%, also um die Summe von 7·39 Milliarden, so daß der Gesamtaufwand der beiden Reichshälften bis Ende 1915 20·3 Milliarden beträgt. Auf den Monat berechnet ergibt dies durchschnittlich 1·2 Milliarden Kronen. Mittlerweile haben sich die Kriegskosten, ähnlich wie dies auch bei unseren Gegnern der Fall ist, schon durch die Teuerung der Rohstoffe in der Kriegsindustrie erhöht, so daß sich mit 1. Oktober 1916 ein Gesamtaufwand Oesterreich-Ungarns von ruud 30 Milliarden ergeben dürfte.

Nicht anders vollzieht sich die Kriegswirtschaft Deutschlands. Die rund 40 Milliarden Kronen, die Deutschland in seinen ersten vier Kriegsanleihen aufgebracht hat, reichten nach einer Erklärung Doktor Helfferichs bis September d. J. Da sich die täglichen Kriegsausgaben des Deutschen Reiches auf rund 70 Millionen Mark belaufen, so kann man annehmen, daß die deutsche Reichsregierung gegenwärtig mit ungefähr 2 bis $2^1/_2$ Milliarden Mark bei den Banken in der Kreide steht, ein Betrag, der jetzt mit Hilfe der fünften Kriegsanleihe wieder rasch getilgt werden wird. Deutschlands Gesamtkostenaufwand für kriegerische Zwecke kann sonach für den Beginn des letzten Vierteljahres 1916 mit 47 Milliarden Kronen veranschlagt werden.

Ungleich schwerer lassen sich die Kriegskosten bei unseren Gegnern feststellen. Bei den kleinen Bundesgenossen des Vierverbandes, wie Serbien, Montenegro und Portugal, die schon vor Kriegsbeginn nicht gerade durch solide Finanzgebarung berühmt waren, ist eine ziffermäßige Erfassung der Kriegslasten um so weniger möglich, als England und Frankreich die finanzielle Wirtschaft der kleinen Mitläufer im Krieg so ziemlich ganz auf sich genommen haben. Diese werden wie Landsknechte aus der großen Kasse der hohen Herren, denen

Pester Lloyd 5./X. 1916



(Die Finanzlage der Hauptstadt.) Wir haben bereits gemeldet, daß die Leitung der Hauptstadt sich intensiv mit dem schweren Problem beschäftigt, auf welche Weise und durch welche Mittel das stark erschütterte Gleichgewicht im Haushalte der Kommune wieder hergestellt und ihre desolate Finanzlage verbessert werden könnte. Seit Monaten sind die leitenden kommunalen Faktoren bestrebt, neue Einnahmsquellen für die Hauptstadt ausfindig zu machen, damit sie imstande sei, auch ohne Inanspruchnahme teuerer Anlehen die großen Lücken in ihrer Kasse auszufüllen. Mit Anlehen kann man nicht ewig operieren, die Finanzpolitik der Hauptstadt muß endlich auf realere Grundlagen gelegt werden. Die Erfüllung ihrer großen sozialen Aufgaben legten der Hauptstadt von Jahr zu Jahr steigende materielle Opfer auf, denen aber ihre Einnahmen nicht gewachsen waren; unter solchen Umständen war das Defizit unausbleiblich, und während des Krieges hat sich dieses Defizit noch verfielfacht. Unter solchen Umständen ist das Bestreben der Leitung der Hauptstadt, neue Einnahmsquellen zu erschließen, nur natürlich. Anfangs wußte man bei der Stadt keinen anderen Ausweg, als der Bevölkerung der Hauptstadt neue Steuerlasten aufzubürden. Man dachte daran, wie wir bereits geschrieben haben, unter verschiedenen Titeln mehrere neue Steuern einzuführen, von deren Ertrag man sich eine Besserung der Finanzlage der Hauptstadt versprach. Die Finanzsektion der Hauptstadt hat auch bereits eine ganze Reihe von Steuervorlagen ausgearbeitet, die sich auf folgende neue Steuern beziehen: auf die Lustbarkeits-, Champagner-, Automobil-, Beleuchtungs-, Verkehrs-, Grundwert- und Grundzuwachssteuer usw. Zur Besprechung der Steuervorlagen, besonders der auf die Beleuchtungs- und Verkehrssteuer bezüglichen, fanden im Zentralstadthause schon mehrere vertrauliche Konferenzen statt, die jedoch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Heute nachmittag wurde zu diesem Zwecke abermals eine vertrauliche Beratung abgehalten, an der außer dem Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, dem Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy und mehreren Magistratsräten die führenden Persönlichkeiten der Stadtrepräsentanz teilgenommen haben. Die Konferenz beschäftigte sich eingehend mit den einzelnen Steuerprojekten und es entwickelte sich ein lebhafter Ideenaustausch über die Vorteile und Nachteile der einzelnen Projekte. Das Resultat der Beratung war, daß sich die Teilnehmer an der Konferenz dafür entschieden, vorläufig nur jene Steuern einzuführen, die von den breiteren Schichten kaum empfunden werden, die übrigen Steuervorlagen aber bis zur Budgetverhandlung ruhen zu lassen. Man wird versuchen, bei der Zusammenstellung des Budgets das finanzielle Gleichgewicht so weit als möglich herzustellen, die Ausgaben möglichst zu restringieren und die bereits vorhandenen Einnahmsquellen ergiebiger zu machen. Gelingt dieser Versuch nicht, so wird eben nichts anderes übrig bleiben, als das unpopuläre, doch sichere Mittel der neuen Kommunalsteuern anzuwenden. Falls es hiezu kommen sollte, wird die Hauptstadt sich bemühen, die Nachteile jener Steuern, durch die die breiten Schichten empfindlich berührt werden, nach Möglichkeit abzuschwächen, damit die minder bemittelten Klassen die neuen Lasten je weniger drückend empfinden. — Wir können diesen Standpunkt der Konferenz nur billigen; man muß eben alles versuchen, um die Bevölkerung, an die ohnehin schon die stärksten Anforderungen gestellt werden, mit neuen Lasten zu verschonen.

Tägliche Rundschau
7. IX. 1916



## „Gold gab ich zur Wehr, Eisen nahm ich zur Ehr."

Unter diesem Wahrspruch hat sich in Berlin und seinen Nachbarstädten ein Ehrenausschuß gebildet, der es sich zur hohen vaterländischen Aufgabe gemacht hat, den Goldschatz der Reichsbank durch Ankauf goldenen Schmuckes zu verstärken. Dieser Ehrenausschuß hielt gestern nachmittag unter regster Anteilnahme seine erste Sitzung im Bürgersaale des Berliner Rathauses ab.

Oberbürgermeister Wermuth, der den Vorsitz führte, gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß, wenn das jetzige Vorgehen geschickt und nachdrücklich eingerichtet werde, es dem Goldschatz der Reichsbank eine Summe von Millionen, ja von Hunderten von Millionen zuführen würde. Mit diesem Werke sei nicht beabsichtigt, an die äußerste Grenze zu gehen. Es sei nicht an die Gegenstände gedacht, bei denen der Goldwert hinter den Kunstwert zurücktrete. Wenn es nur gelinge, die großen massiven Massenartikel zusammenzutragen, so sei vieles erreicht. Vor allem sollten beispielsweise unsere goldenen Uhrketten sämtlich dem eisernen Zierrat weichen, den wir mit Stolz unseren Kindern und Kindeskindern vererben wollen. Groß-Berlin sei bei dieser bereits über das ganze Reich sich erstreckenden Organisation als ein besseres Stück bisher noch zurückgestellt worden. Nun werde es, des sei er gewiß, in bekannter vorbildlicher Weise sich betätigen, und wir alle wollen unser Bestes tun, damit Groß-Berlin in der Reihe der deutschen Städte würdig dastehe.

Hierauf nahm der Reichsbankdirektor Gartenschläger das Wort. Er führte etwa folgendes aus: Der bei Ausbruch des Krieges 1250 Mill. M. betragende Goldbestand der Reichsbank sei durch den bekannten im Juliusturm aufbewahrten Goldschatz und weitere noch vorhandene Kriegsreserven, besonders aber durch die Ablieferung von Goldmünzen aus allen Schichten der Bevölkerung — ein in der Bank- und Münzgeschichte aller Zeiten und Völker beispielloser Vorgang — bis heute auf annähernd 2,5 Milliarden M. angewachsen. Dieser Goldbestand der Reichsbank sei im Vergleich zu den Beständen früherer Jahre außerordentlich hoch, immerhin aber noch nicht so beträchtlich, daß man sich bei seiner jetzigen Höhe begnügen und im Hinblick auf die sich täglich steigernden Ansprüche, die Krieg und Wirtschaftsleben an unser Zentralnoteninstitut, die Reichsbank, stellen, völlig sorglos in die Zukunft blicken könnte. Es ist ohne Zweifel, so schließt Reichsbankdirektor Gartenschläger, daß dasjenige Volk die Schäden dieses furchtbaren Krieges am ehesten überwinden wird, das imstande ist, nach Friedensschluß seine gesamte Wirtschaft am schnellsten wieder in Gang zu bringen. Dazu ist ein hoher Goldbestand der Reichsbank eine unerläßliche Voraussetzung. Zu seiner Verstärkung bedarf es deshalb auch der Mitarbeit aller!

Nach eingehender Besprechung wurde hierauf beschlossen, einen Aufruf an die Groß-Berliner Bevölkerung zu erlassen, welcher in den nächsten Tagen ergehen soll. Zugleich wurde der Arbeitsausschuß gebildet, der aus den Vertretern der sechs Groß-Berliner Städte und einigen Mitgliedern des Ehrenausschusses besteht und von dem Staatsminister Exzellenz Dr. v. Schönstedt geleitet wird.

Der Vorsitzende schloß unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Beratung mit der Versicherung, daß auch hier, wie in allen kriegswirtschaftlichen Dingen, auf das Wort „Wir müssen" in ganz Groß-Berlin die freudige Antwort erteilt werde: „Wir wollen und wir werden."

# Sozialpolitische Wochenplauderei.

## Kartelle unter sich.

Es ist ein wahres Unglück, daß die verehrten Leser (Sie, verehrter Leser, selbstverständlich ausgenommen) so wenig von Volkswirtschaft verstehen. Ein wahres Unglück, denn wie könnten sonst ein paar Handvoll Menschen auf unser aller Kosten reich und immer reicher, mächtig und immer mächtiger, angesehen und immer angesehener, einflußreich und immer einflußreicher werden; wie könnten die Tageszeitungen, käufliche Diener dieser Mächtigen, die wahren Ursachen unserer Not so völlig beiseite lassen, und — vor allem — wie könnte ich die Frage wagen: Wissen Sie, was die Konvention der österreichischen Superphosphatfabriken in Prag ist? Nicht wahr, Sie wissen es nicht? Sie haben keine Ahnung, und doch, wie nützlich wäre es, wüßten Sie es.

Wir wissen selbstverständlich, was Superphosphat ist. Wozu gäbe es Meyers oder Brockhaus' nie versagende Quelle alles Wissens? Superphosphat ist das unentbehrlichste aller Düngemittel, und da es ohne Dünger keine Nahrung gibt, für unser Leben unentbehrlich. Es hat nur eine schlechte Eigenschaft: daß es nicht wie der Regen unentgeltlich vom Himmel fällt, sondern erzeugt werden muß. Wie alles Üble hat aber auch das sein Gutes. Man verdient Geld daran, und wenn die Einfuhr ausländischer Düngemittel unmöglich ist und man die Preise nach Belieben hinaufsetzen kann, viel Geld. Um dem geehrten Leser die Mühe des Nachschlagens zu ersparen, sollte ich nun sagen, woraus und wie Superphosphat erzeugt wird. Es hat aber wirklich nichts mit dem eigentlichen Gegenstande dieser Plauderei zu tun, denn was vom Superphosphat erzählt wird, könnte ebenso gelten und gilt ebenso von allem, was für unser Leben unentbehrlich ist.

Superphosphat also wird erzeugt, und damit sind wir nun mitten in den Geheimnissen der Volkswirtschaft, denn selbstverständlich bilden die, die es erzeugen, ein Kartell. Wer erzeugte irgend etwas, das wir zum Leben nicht entbehren können, ohne daß er mit den anderen, die dasselbe erzeugen, ein Kartell bildete? Man gründet ja schon Fabriken nur des Kartells wegen, nicht um Erzeugnisse an Verbraucher, sondern um die Fabrik an das Kartell zu verkaufen. Sie nennen es, offenbar weil es unverfänglich klingt, eine Konvention. In Wirklichkeit ist es aber ein Kartell, nicht besser und nicht schlechter als alle anderen, und Sie, geehrter Leser, wissen nun selbstverständlich, was das ist, denn man hat Ihnen ja oft genug erzählt, was so ein Kartell und sein Zweck sei: Kartelle sind eine äußerst wertvolle volkswirtschaftliche Einrichtung, nach den angesehensten Professoren der Volkswirtschaft, Zierden jeder Hochschule, wie nicht minder nach den angesehensten Zeitungen, sogar die wertvollste, weil sie einerseits die Erzeugung regeln und dadurch verbilligen, anderseits aber auch die Preise vor Schwankungen bewahren. Was schwankt, schwankt einmal nach unten, das andere Mal aber nach oben. Ist es ein Preis, der nach unten schwankt, so schadet es dem Erzeuger, schwankt er nach oben, so schadet es dem Käufer. Die Preise vor Schwankungen zu bewahren, ist also eine Tat der ausgleichenden wirtschaftlichen Gerechtigkeit; sie schützt den Erzeuger wie nicht minder den Verbraucher. Das, geehrter Leser, ist Zweck und Aufgabe der Kartelle. So haben Sie es, wenn Sie sich mit diesem nicht übermäßig erheiternden Gegenstand überhaupt befaßt haben, in jedem besseren Lehrbuch der Volkswirtschaft gelesen.

Und nun wollen wir, denen nichts heilig ist, nicht einmal die angesehensten Professoren, Zierden jeder Hochschule, und ihre Lehrbücher, und die wir es für unsere Aufgabe halten, Autoritäten auf ihren wirklichen Gehalt zu prüfen, auch wenn es noch so allgemein anerkannte Autoritäten wären; nun wollen wir einmal betrachten, wie Zweck und Aufgabe eines solchen Kartells in Wirklichkeit aussehen. In der Wirklichkeit, wie sie sich nicht in der rosafarbigen Beleuchtung der offiziellen Volkswirtschaft, sondern in dem unbarmherzigen Licht des Gerichtssaales darstellt, wo man mit dem Geschäftsfreund von gestern und Konkurrenten von heute um den größeren Teil der Beute kämpft, wo es keine Beschönigung vor naiven Außenstehenden gibt, sondern wo die Wahrheit bekannt werden muß, die da lautet: Kartelle sind eine Vereinigung von Leuten, die nicht Superphosphat, sondern Geld haben wollen und zu diesem Zwecke Superphosphat erzeugen. Da Superphosphat außer der Eigenschaft, den Boden zu düngen, auch die hat, daß man daran um so mehr verdient, je teurer man es verkaufen kann, und da man es um so teurer verkaufen kann, je weniger andere da sind, die einem Konkurrenz machen und die Preise drücken, so hört man auf, sich mit diesen anderen herumzuschlagen, sondern erinnert sich eines bewährten Sprichworts und verträgt sich mit ihnen zu dem menschenfreundlichen Zwecke, den Wettbewerb aus der Welt zu schaffen, und da es Superphosphatfabriken diesseits und jenseits der Grenzen gibt, die von jenseits der Grenzen aber billiger erzeugen — warum sie billiger erzeugen können, tut hier nichts zur Sache — so schließt die Konvention der österreichisch-ungarischen Superphosphatfabriken mit dem Syndikat der reichsdeutschen Superphosphatfabriken einen Vertrag, der diese verpflichtet, nach Österreich-Ungarn jährlich nicht mehr als hundert Eisenbahnwagen Phosphat zu liefern. Sie könnten natürlich viel mehr liefern. Dafür, daß sie es nicht tun, hatte das österreichisch-ungarische Kartell dem reichsdeutschen Zahlung von zehntausend Mark versprochen.

Es gehört eigentlich nicht zur Sache und ich erzähle nur der Vollständigkeit halber, warum das österreichisch-ungarische Kartell die Zahlung dieser zehntausend Mark verweigert. Die deutsche Regierung hat ein Ausfuhrverbot für Superphosphat erlassen und deshalb meinte das Kartell, es brauchte die Entschädigung nicht mehr zu bezahlen, weil ja nun das deutsche Kartell kraft jenes Gesetzes ohnehin nicht mehr nach Österreich-Ungarn liefern dürfe. Oder mit anderen Worten: da ihm das deutsche Kartell die Preise nicht mehr verderben kann, will es die angenehmen zehntausend Mark in der Tasche behalten.

Ebenfalls nicht zur Sache gehört es und ich erzähle es ebenfalls nur der Vollständigkeit halber, daß die deutschen Gerichte bis zum Reichsgericht hinauf die Klage des deutschen Kartells auf Zahlung der zehntausend Mark abgewiesen haben, aber nicht, wie man leicht glauben möchte, weil sie etwa die ganze Abmachung unsittlich gefunden hätten, sondern weil sie mit allem Ernste, den Juristen an jeden Vertrag wenden, die Rechtslagen geprüft und dabei gefunden haben, daß



Der Abend
Z. f. T. 1916
39

Fremdenblatt
9/X. 1916



# Immobilisierung rumänischer Wertpapiere.

Die Inhaber rumänischer Wertpapiere wird eine Mitteilung interessieren, die die rumänische Gesandtschaft in Bern soeben den eidgenössischen Behörden zur Kenntnis gebracht hat. Es wird darauf hingewiesen, daß die rumänische Regierung sich veranlaßt sieht, alle Rententitel, Obligationen und Zinsscheine (Coupons) der verschiedenen rumänischen Staatsanleihen, sowie alle Aktien, Obligationen, Coupons und Dividenden irgendwelcher Art rumänischer Unternehmungen und Firmen, die sich in Händen österreichisch-ungarischer und deutscher Staatsangehöriger befinden, zu immobilisieren. Diese werden nur dann als rechtmäßige Besitzer solcher Wertpapiere anerkannt und es werden nur dann Zahlungen auf diese Titel gestattet, wenn die österreichisch-ungarischen und deutschen Besitzer durch regelmäßige Aktenstücke und Verzeichnisse (Bordereaux) den Beweis erbringen, daß sie diese Wertpapiere vor dem 14./27. August 1916 besaßen. Diese Tatsache soll mit Bezug auf die Rententitel, Aktien und Obligationen noch durch den Beweis erhärtet werden, daß der letzte Zinsschein oder die letzte Dividende vor dem 14./27. August an sie ausbezahlt wurde. Das nämliche Verfahren soll auf die übrigen Forderungstitel sowie auf alle Wechsel Anwendung finden.

Fremdenblatt 10./X. 1916



# Der börsenmäßige Handel in nichtkotierten Effekten.

In den letzten Tagen war die Tatsache, daß auch börsenmäßig bisher nichtkotierte Effekten Gegenstand des Handels im Börsensaale bilden, der Anlaß von Erörterungen, bei welchen verschiedenartige Momente ins Treffen geführt wurden.

Die hinsichtlich dieser Frage in maßgebenden Kreisen der Wiener Börse überwiegenden Auffassungen lassen sich wie folgt wiedergeben:

Es ist sicherlich nicht zu leugnen, daß in formaler Hinsicht manches gegen den börsenmäßigen Handel in nichtkotierten Effekten einzuwenden ist. Nun aber muß festgehalten werden, daß ein offizieller Börsenverkehr überhaupt nicht besteht und der Handel an der Börse bis jetzt einen rein privaten Charakter trägt, ein Moment, das auch von amtlicher Seite bei jedem Anlaß besonders hervorgehoben wurde. Gegen die Zulassung bisher nicht kotierter Werte zum privaten Effektenverkehr ist natürlich nichts einzuwenden, denn diese Effekten wurden bereits früher im Privatverkehr gehandelt. Und der Umstand, daß der Privatverkehr in den Börsensaal verlegt wurde, kann nicht als stichhältiger Grund der Ausschließung dieser Werte aus dem privaten Effektenverkehr angeführt werden.

Dagegen erscheint es für den Handel in nichtkotierten Effekten von außerordentlicher Wichtigkeit, daß dieser tunlichst im Bereiche und unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit sich vollziehe. Der Privatverkehr in nichtkotierten Effekten, der früher außerhalb des Börsensaales abgewickelt wurde, hat zwischen Geld und Ware des öfteren so bedeutende Spannungen gezeitigt, daß dieser private Effektenhandel für den Verkäufer mitunter ebenso kostspielig war wie für den Käufer. Denn der zwischen beide Parteien sich einschiebende Zwischenhandel war gewohnt, sich zeitweise beträchtliche Zwischenkursgewinne zuzueignen, während sich jetzt, wo dieser Handel unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit stattfindet, dieser Zwischengewinn nur auf die übliche Courtage beschränkt. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es sicherlich nur zu begrüßen, daß der beeidete Sensal, soferne er dazu in die Lage kommt, auch die Vermittlung von Käufen und Verkäufen nichtkotierter Effekten übernimmt.

Sachliche Gründe gegen diese Vorgangsweise können also nicht ins Treffen geführt werden. Da die Börse offiziell nicht funktioniert, ist auch die Kotierung von Effekten aus formellen Gründen unmöglich. Daß aber die emissionsreifen Effekten in den Portefeuilles der Banken nicht auf unbestimmte Zeit gebunden bleiben können, liegt auf der Hand. Denn die künftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens wird der Liquidität der Banken neue, große Aufgaben stellen, und auch aus diesem Grunde ist es nicht wünschenswert, daß die Banken die Effekten, die emissionsreif sind, nur deshalb in ihrem Portefeuille behalten, weil die Kotierung gegenwärtig nicht möglich ist. Das liegt gewiß nicht im Interesse der Allgemeinheit, zumindest ist es kein Gebot der Oeffentlichkeit, den Banken zu untersagen, die Begebung dieser Effekten durchzuführen, die sie gestützt und gezeichnet durch ihren Emissionskredit auf den Markt bringen. Erachtet man diese Begebung als zulässig, beziehungsweise als nicht zu verhindern, dann liegt es im Interesse des Publikums, daß diese Begebung, beziehungsweise die Kursfestsetzung sich unter Aufsicht eines wenn auch nur privaten Marktes vollziehe. Denn nur so sind Ausschreitungen zu verhindern, die sonst unvermeidlich wären.

Wenn Kursexzesse in den sonst führenden Aktien, die so oft den Anlaß zu gerechtfertigter Kritik gegeben haben, bis jetzt nicht in dem Maße hervorgetreten sind, wie das sonst bei Börsenkonjunkturen der Fall war, so ist das zum großen Teil sogar gerade darauf zurückzuführen, daß dem freien Markte eine Reihe neuer Werte zur Verfügung gestellt worden sind; daß sonach jene Kreise des Publikums, die einen Teil ihres Kapitals in Aktien zu elozieren gewohnt sind, sich nicht mehr auf die wenigen führenden Banken-, Eisenbahn- und Industriewerte konzentrieren müssen, bei denen infolge Mangels an Material schon geringe Kauforders Kursübertreibungen mit sich bringen, sondern daß sie auch Effekten erwerben können, in denen ein ausreichendes Anbot eine normale Preisbildung ermöglicht.

Alle diese Momente waren für die Gestaltung des Handels in nichtkotierten Werten durch die beeideten Sensale maßgebend und vorerst scheint es nicht, daß diese auf praktischen Erwägungen gestützte Maßnahme durch marktpolizeiliche Intervention eine Aenderung erfahren könnte.

Fremdenblatt
10./X. 1916



# Internationale Handelsbank.

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelsbank in Oesterreich hat in seiner letzten Sitzung seinen Vorstand gewählt und Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät wirklichen Geheimen Rat Sektionschef a. D. Dr. Adolf Müller zum Präsidenten, den Geheimen Justizrat und k. k. Regierungsrat Dr. Adolf Edlen v. Bachrach zum Vizepräsidenten und Direktor A. Müller zum geschäftsführenden Verwaltungsrat bestellt.

Gleichzeitig hat der Verwaltungsrat Herrn Eugen Singer in die Direktion berufen.

Die Internationale Handelsbank in Oesterreich, die sich allen Zweigen des Bank- und Kreditgeschäftes widmet, wird insbesondere sämtlichen mit dem Import und Export zusammenhängenden Fragen im Interesse des Handels, des Gewerbes und der Industrie die besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Das Institut beginnt seine Tätigkeit 1. Bezirk, Schottenring 21 (gegenüber der Börse) in den allernächsten Tagen und wird bis zur Herstellung der in Ausgestaltung befindlichen Bankräume vorerst im gleichen Hause in provisorischen Räumlichkeiten amtieren.

Der Abend
13./X. 1916

44

## Was für Leute spekulieren.

Schon am frühen Vormittag füllt sich der kleine Parteienraum dieser Wechselstube mit Leuten, denen auch geringere Menschenkenntnis leicht vom Äußern abzulesen vermag, woher sie kamen der Fahrt und wes ihr Nam' und Art. Es sind meist Flüchtlinge aus dem Osten, die teils ganz bescheidene Mittel mitgebracht, teils solche erst hier durch allerlei Kriegsgeschäfte erworben haben. Es sind Preistreiber und Kettenhändler, Menschen, die nur einen Trieb haben: Bereicherung, Menschen, für deren abstoßendes Tun Tausende ihrer armen Volksgenossen, die im bittersten Elend leben, den Haß tragen müssen. Viele unter ihnen sind nicht einmal des Lesens kundig und lassen sich von gelehrteren Landsleuten die Weltereignisse aus den Morgenblättern vorlesen, die dann eifrig besprochen und ausgedeutet werden. Kurz vor Beginn der Börsenzeit beginnt dann das wilde Treiben. Es wird geschrien und gestoßen, alles drängt zum Schalter, wo die Aufträge entgegengenommen werden, jeder will früher drankommen, jeder sein Geschäft abwickeln. Von Zeit zu Zeit werden die Kurse bekanntgegeben, und ihre Höhe erzeugt dann neues hitziges Drängen.

Tausende von Stücken werden von diesem Kontor aus in Umlauf gebracht von einer Gruppe von Leuten, die nicht die Mittel besitzen, auch nur einen geringen Bruchteil davon wirklich zu Gesicht zu bekommen und die ohne unerlaubte „Versorgung" durch verbotenes Kostgeschäft nicht einen Schluß handeln könnten. Nicht selten mag es vorkommen, daß von dieser oder einer der anderen gleichwertigen Spielbuden aus die Stimmung im Börsenverkehr mächtig beeinflußt und die Kurse gemacht werden.

Es gibt nämlich außer dieser Wechselstube noch eine zweite auf dem Schottenring, in der es genau so zugeht, nur daß man dort einheimische Spekulanten in der Mehrheit sieht. Kaufleute, Industrielle, viele Frauen mit Vermögen sammeln sich hier. Die Firma ist alt, war stets unmittelbar neben der Börse, ein Freund der kleinen

---

Spekulanten, bei dem man mit ganz kleinen Deckungen arbeitet, so daß mit 500 Kronen Kapital schon Geschäfte gemacht werden können, und hatte deshalb seit jeher großen Zulauf, der sich jetzt noch beträchtlich vermehrt hat. In diesen beiden Börsenspielbuden kann man gar zu leicht die Vorgänge beobachten. Sie sind von der Straße aus zugänglich, wie ein Greislerladen, jeder kann ein- und ausgehen, ohne besonders bemerkt zu werden, und viele sind schon vom Menschenandrang angelockt worden und haben wenige Tage darauf ihre bescheidenen Ersparnisse in eine Spekulation gesteckt, die augenblicklich vielleicht geglückt ist, sicher aber zum Ruin führen muß. Auf die Dauer muß nämlich jeder Spekulant, der nicht selbst auf der Börse ist, sein Geld verlieren. Und auf diese Dauer rechnet eine ganz besondere Gruppe von Börsenkontors, nämlich die „Bukettshops", die dem Staatsanwalt schon viel Arbeit gegeben haben und seine Aufmerksamkeit immer wieder verdienen.

Der Abend
13./X. 1916

45

# Sittenbilder vom Schottenring und Umgebung.

So vorsichtig die Börsenberichte auch abgefaßt sein müssen — eine strenge behördliche Verordnung verbietet die Angabe von Kursen und die genaue Benennung von Aktien — so ist dennoch aus ihnen deutlich zu ersehen, daß an der Börse ganz unzeitgemäß lebhaftes Geschäft ist. Die Freigabe des Saales der Warenbörse als Treffpunkt für die Vertreter der Banken und Wechselstubeninhaber zur Abwicklung tatsächlicher Käufe und Verkäufe war wohl notwendig, damit die Möglichkeit geboten werde, Besitzwechsel in den Anteilscheinen der unterschiedlichen Gesellschaften unter entsprechender Aufsicht zu vollziehen. Eine Reihe von Verboten, die mit dieser Freigabe des Börsensaales verbunden waren, sind aber heute für die beteiligten Kreise Luft. Luftgeschäfte sind es auch, die den überwiegend größeren Teil des Börsenverkehres ausfüllen. Nicht Angebot und Nachfrage nach Wertpapieren führen hier zu Umsätzen und bestimmen die Kurse, es werden Umsätze gemacht, bloß um der Kurse willen. Die Differenz ist das Ziel und Zweck des Geschäftes, nicht der Besitzwechsel. Es wird einfach spekuliert, wie in den hitzigsten Börsentagen der Friedenszeit und alte, erfahrene Börsenmänner erklären, daß die Zustände heute nicht minder ungesund sind als in den Jahren 1873, 1898 und 1907. Sie erklären aber auch, daß die Ursachen des ungesunden Zustandes dieselben sind, wie damals: Leute, die ihre Hand ganz von der Börse lassen sollten, spekulieren mit Mitteln, die gänzlich unzureichend sind. Trotz aller behördlichen Verbote werden kleine Deckungen bis herunter zu 10 v. H. des Kurses angenommen, trotz ausdrücklicher Verbote werden Kostgeschäfte gemacht, obwohl es weder Aufgabe, noch Erklärung, nach Arrangement gibt, werden sogar Prämiengeschäfte abgewickelt.

## Alte und neue Schleppbuden.

Es sind ganz neue Schichten, die heute das goldene Kalb umtanzen, wegen des schon ihre Ahnen in der Wüste büßen mußten, und es sind neben den alten Börsenkontors, deren Anreißertätigkeit der Börsenkammer schon früher gleich oft die Gelegenheit zum Einschreiten und — Zudrücken eines Auges gegeben hat, auch einige ganz neue Firmen, deren Tätigkeit sich zu einer öffentlichen Gefahr entwickelt hat. Seit das Geschäft aus dem „Café Adler" auf dem Schottenring verbannt, sich vor dem Auge der Öffentlichkeit in das Börsengebäude versteckt, seit die Polizei die Ansammlungen vor der Börse, vor dem Vorgarten des Kaffeehauses und unter dem Vorbau des Börsengebäudes zerstreut hat, ist die Spekulationswut eher noch gestiegen. Die Räume der Börsenkontors dienen jetzt als Versammlungsort, wo sich Leute in Massen drängen, um reine Spekulationsgeschäfte abzuwickeln.

In der Wipplingerstraße gleich neben der Börse ist ein solcher Spekulationsherd, der Eigentümer dieser Wechselstube, ein ehemaliger Schneidergehilfe, hat erst als kleiner Agent an der Börse gearbeitet und nebstbei allerlei hochprozentige Eskomptegeschäfte gemacht, indem er Geldangenten bereits sichergestellte Provisionsforderungen mit Nachlässen bis zu 10 v. H. bei oft ganz kurzer Fälligkeit abkaufte.

Österr. Volkszeitung
14./X. 1916



# „Gold gab ich für Eisen."

**2,300.000 Kronen bisheriges Gesamtergebnis.**

Seitens der Aktion „Gold für Eisen" war eine Schulsammlung eingeleitet worden, die, wie wir nunmehr erfahren, bisher ein reiches Resultat ergeben hat. Von über 6000 zur Sammlung angemeldeten Schulen haben bereits 3500 die gesammelten Schülerspenden eingeschickt. Seit April dieses Jahres ergab diese „Schulsammlung" bisher die Summe von mehr als 200.000 Kronen. In allen Schulen wurden Sammelbücher angelegt und die gesammelten Gegenstände nach Wien geschickt, wo sie vom Schätzmeister des Münzamtes eingeschätzt und die Befunde den Spendern mitgeteilt wurden, worauf sie die Eisenringe erhalten. Ketten, Ringe, Ohrgehänge und viele andere Wertsachen sind gespendet worden. Die Sammlung schreitet mit Erfolg weiter.

Im Hauptlokal in der Bäckerstraße findet nach wie vor ein reger Zuspruch der Spender statt. Insgesamt beläuft sich das bisherige Erträgnis der Aktion „Gold gab ich für Eisen" auf die Summe von 2,300.000 Kronen.

Die Zeit 18/X. 1916



— (Kapitalsvermehrungen industrieller Gesellschaften.) In der gestern abgehaltenen Verwaltungsratssitzung der Vereinigten Elektrizitäts-A.-G. wurde die Bilanz für das Geschäftsjahr 1915/16 vorgelegt; die Ergebnisse sind bedeutend günstiger als im Vorjahre und gestatten nach reichlichen Abschreibungen und Reservierungen die Verteilung einer 7prozentigen Dividende. Es wurde beschlossen, in Ausführung der von der vorjährigen Generalversammlung erteilten Ermächtigung das Aktienkapital um K. 3,000.000 auf den Betrag von K. 13,000.000 zu erhöhen, hiervon 10.000 Stück Aktien den bisherigen Aktionären im Verhältnis von einer neuen zu fünf alten Aktien zum Kurs von 250.— plus laufende Zinsen ab 1. Juli d. J. zum Bezuge anzubieten und den Rest an ein Konsortium, bestehend aus der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft und der Pester Ungarischen Kommerzialbank, zu verkaufen. — Die 21. ordentliche Generalversammlung der A.-G. der Emaillierwerke und Metallwarenfabriken „Austria" wurde gestern abgehalten. Der Präsident kais. Rat Rudolf Kitschelt widmete dem plötzlich verstorbenen Zentraldirektor der Gesellschaft Julius Angel einen warmen Nachruf, in dem er dessen Wirken im Interesse der Gesellschaft rühmend gedachte. Nach dem vorgelegten Bericht schloß das abgelaufene Jahr trotz der mannigfachen Schwierigkeiten, die bei den bestehenden Verhältnissen eine regelmäßige Produktion behindern, mit einem Gewinn von K. 1,829.370. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurde diesmal die Erzeugung des Unternehmens fast ausschließlich im Inland abgesetzt, um den direkten und indirekten Anforderungen der Heeresverwaltung voll zu entsprechen. — Die Ungarische Email- und Metallwarenfabriks-A.-G. Ligetfalu, deren sämtliche Aktien sich im Besitz der Gesellschaft befinden, hat für das abgelaufene Jahr ein so befriedigendes Resultat geliefert, daß nicht nur die Verluste dieses Unternehmens aus früheren Jahren hereingebracht sind, sondern daß auch zum erstenmal eine 5prozentige Dividende ausgeschüttet werden kann. Von dem Gewinn wurden K. 214.000 dem Reservefonds zugewiesen, K. 50 pro Aktie als Dividende verteilt und K. 469.473 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Versammlung genehmigte schließlich den Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um eine Million Kronen zum Zwecke des Ankaufes aller Anteile der Blechemballagen- und Maschinenfabrik Adolf Hahn & Komp., G. m. b. H. In den Verwaltungsrat wurde der ausscheidende kais. Rat Rudolf Kitschelt wiedergewählt. In der darauffolgenden Sitzung des Verwaltungsrates wurde Herr Rudolf Kitschelt zum Präsidenten und Herr Ludwig August Lohnstein zum Vizepräsidenten wiedergewählt, Herr Hubert Petritsch zum Zentraldirektor, Herr Robert Langer zum Direktor ernannt und beide letzteren Herren in den Vorstand der Gesellschaft berufen. — Aus Budapest, 17. d., wird telegraphiert: In der heute abgehaltenen Direktionssitzung der Oberungarischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft wurde beschlossen, der am 28. d. abzuhaltenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals vorzuschlagen, und zwar sollen 100.000 Stück neue Aktien zum Nominalwert von K. 450 ausgegeben werden. Das Bezugsrecht besitzen die Aktionäre der Gesellschaft, und zwar entfällt auf je zwei alte Aktien eine neue. Der Uebernahmskurs der neuen Aktien beträgt K. 400; da die neuen Aktien bereits des vollen Erträgnisses des laufenden Jahres teilhaftig werden, daher an laufenden Zinsen, Stempeln und anderen Gebühren K. 20 erlegt werden müssen, sind im Falle der Ausübung des Vorzugsrechtes insgesamt K. 420 zu bezahlen. Ferner sollen weitere 10.000 Stück Vorzugsaktien zum Nominalwert von K. 150 ausgegeben werden, die jedoch bloß auf eine 6prozentige Maximaldividende Anspruch haben. Die Direktion wird um die Ermächtigung ansuchen, im Falle der Notwendigkeit der Beschaffung neuen Kapitals diese Aktien keineswegs unter Parikurs in Verkehr bringen zu dürfen.

Der Abend 18/X. 1916

49

# Sittenbilder vom Schottenring und Umgebung.

(Siehe „Der Abend" vom 13. Oktober.)

## Die Hyänen der Börse.

Ist schon das Treiben jener Wechselstuben und Börsenkontors, die wahllos die Aufträge jedes Kunden übernehmen und durch Ausführung von reinen Spekulationskäufen gegen allerkleinste Deckung ungesunde Börsengeschäfte förmlich züchten, höchst gefährlich und verwerflich, so ist das Treiben der sogenannten Buckettshops geradezu verbrecherisch. Die Gefahr, die der leichtfertige Kommissionär heraufbeschwört, ist eine dreifache. Der geringe Betrag, den er als Deckung anfordert, reicht in der Regel kaum zur Bestreitung der auflaufenden Zinsen, wenn nicht eine größere Kurssteigerung eintritt. Zum „Versorgen" gehört eine weit größere Summe als der Kunde des Börsenkontors erlegt hat, und dieses muß daher eigene Mittel als „Deckungszuschuß" beisteuern. Solange die Kurssteigerung andauert, wäre ja weiter nichts dabei, wenn der Inhaber der Spielbude, um der Zinsendifferenz, seiner Vermittlungsgebühr (Courtage genannt) und des Zwischengewinnes („Schnitt" heißt man's am Schottenring) willen eigenes Geld wagt. Anders aber gestaltet sich die Sache, wenn die geringste Gefahr einer Erschütterung des Kursgebäudes droht. Während stark unterlegte Geschäfte aufrechterhalten werden können, bis bessere Tage kommen, müssen schwach gedeckte Posten rasch verkauft werden, was natürlich nur eine Vermehrung des Anbotes und weiteres Fallen der Kurse zur Folge hat.

## Das Wesen des Spekulationskaufes.

Da der Laie keine klare Vorstellung von der Abwicklung eines Börsengeschäftes hat, sei hier ganz knapp eine solche gegeben. Jedes Börsengeschäft wird nämlich letzten Endes wirklich durch einen Besitzwechsel in dem betreffenden Papier abgeschlossen. Es will z. B. jemand 100 Stück Alpineaktien zum Kurse von 1030 kaufen, um an einer Kurssteigerung zu verdienen. Er müßte, um die Aktien zu erhalten, 103.000 Kronen bar erlegen und hätte an Kosten zu bezahlen: ½ v. T. Courtage (Vermittlungsgebühr) und ½ v. T. Provision, ferner die gesetzliche Stempelgebühr, was zusammen mit allen Kosten etwa 125 Kronen ausmacht. Während der Zeit, innerhalb welcher der Spieler die Akten liegen hat, erhält er den für diese Zeit entfallenden Teil der Dividenden, die ungefähr das angelegte Kapital verzinsen. Eine Kurssteigerung käme in diesem Falle dem Käufer bis auf den geringen Betrag der Kosten, K 1·25 für das Stück, zugute. Anders bei einem Kaufe gegen Deckung. Da leistet der Käufer bloß eine „Anzahlung" und der Kommissionär, der das Geschäft der Börse ausführt, muß die dort gekauften Aktien „in Kost geben". Das heißt, er muß jemanden finden, der den über die Deckung ausstehenden Betrag gegen Übernahme der Aktien herleiht, indem er die Aktien vom Vorbesitzer übernimmt und voll ausbezahlt. Koststücke heißen solche belehnte Aktien, Kostgeld die Zinsen, Kostgeschäft der Vorgang, alles wohl deshalb, weil Zinsen aufgezehrt werden, die man bezahlen muß wie die Kost in einem Speisehause. Die Börse ist aber, wie aus der vorstehenden Erklärung ersichtlich ist, ein sehr teures Speisehaus. Wer da mitessen will, muß sich den wirtschaftlichen Magen verderben. Deshalb soll ihm jeder möglichst weit fernbleiben. Jeder Außenstehende muß schließlich mit Verlust abschneiden. Warum dies der Fall ist, beweist nachstehende Berechnung, die für jedes Geschäft gleich ist, sei nun der Vermittler eine Großbank oder das kleinste Winkelbörsenkontor.

## Kosten und Gewinnmöglichkeit.

Wenn aber jemand auf den Kursgewinn von hundert Alpine spekulieren will, der 100.000 Kronen nicht besitzt, so macht er ein Geschäft gegen Deckung. Banken fordern regelmäßig 20 v. H., das wären bei 100 Stück Alpine 20.000 Kronen Barerlag. Je kleiner die Deckung aber ist, desto größer werden, wegen des hohen Zinsfußes, die Kosten und bei Geschäften mit 10 v. H. Deckung ist stets die Gefahr vorhanden, daß der erlegte Betrag von Haus aus verloren ist, namentlich wenn ein Kursrückgang eintritt, der besonders bei Aktien mit hohem Kurse beträchtlich ist. Hat der Spekulant nicht die Mittel zur Vergrößerung der Deckung, so muß er verkaufen, drückt durch sein Anbot weiter auf den Kurs und viele „schwache Hände", wie man diese Art Spieler nennt, können eine völlige Panik hervorrufen. Darin liegt die Gefahr und Verwerflichkeit derartiger Geschäfte. Augenblicklich ist es verboten, Aktien von der Börse weg in Kost zu nehmen. Der Riesenumfang von Spekulationsgeschäften gegen kleinste Deckung beweist aber, daß dieses Verbot nicht eingehalten wird. Da wird ein entschiedenes Vorgehen der Behörden mit Bücherprüfung und empfindlichen Strafen dringend notwendig sein, ehe die Spielpest weiter um sich greift und Vermögen zerstört werden, die besser in anderer Art volkswirtschaftlich fruchtbar angelegt werden sollen, als dem Moloch Spiel geopfert zu werden.

## Das Wesen der Buckettshops.

So leichtfertig es nun sein mag, fremde Leute in Gefahren zu stürzen, deren Größe ihnen gar nicht bekannt ist, bloß um 1 vom Tausend an gesetzlichen Vermittlergebühren von jedem Geschäft und ½ v. H. vom eigenen Kapital Zinsen, bei günstigem Kurslauf beim Kauf und Verkauf etwa je eine Krone Zwischenverdienst am Kurse zu erzielen, so verbrecherisch ist es, Leute zum Börsenspiel zu verlocken, um darauf auszugehen, den ganzen Verlust des Spielers einzustecken. Das tun nämlich die Buckettshops. Sie schreiben die Geschäfte, die man ihnen aufträgt, in ihre Bücher ein, führen sie aber gar nicht aus. Gesetzlich sind sie hiezu berechtigt, da der § 376 H. G. B. ausdrücklich besagt, daß der Kommissionär auch dem Auftraggeber gegenüber selbst als Käufer oder Verkäufer eintreten kann.

## Ratgeber und Spielgegner zugleich.

Der Buckettshop ist immer der Spielgegner seines Kunden. Macht er Geschäfte an der Börse, so tut er dies, um sein Risiko zu verringern oder aufzuheben, nie um die Aufträge der Kunden auszuführen. Er spekuliert darauf, daß die hohen Kosten die ohnehin geringe „Deckung" bald aufzehren und daß der erste Stimmungsumschwung an der Börse den Rest verschlingt, so daß er zum Zwangsverkauf schreiten kann, wobei ihm die Deckung ganz im Sacke bleibt. Um dies leichter zu erreichen, bedient er sich der Dienste von Zutreibern, die einen sehr hohen Anteil am Raube erhalten, teils durch Ratschläge die Kunden irreführen, teils durch Vollmachten seitens der Kunden sich ermächtigen lassen, nach eigenem Gutdünken im Namen der Kunden über die Geschäfte zu verfügen. Wir hatten in Wien eine Reihe von Buckettshops, deren wirkliche Eigentümer die Anreißer waren, während der Firmaträger bloß den Namen hergab.

Unter dem Druck der Börsensperre haben diese Hyänen der Börse ihre „Geschäfte" geschlossen. Jetzt, wo die Börse wieder frisches Leben zeigt, beginnen sie ihre Tätigkeit aufs neue.

Auf dem Kohlmarkt hat der Neffe des berüchtigtesten Buckettshops, eines Mannes, der sich rühmen kann, aus allen Börsen Europas ausgewiesen zu sein, soeben ein Bankgeschäft eröffnet. In der Wollzeile hat sich eine „Firma" wieder aufgetan, deren Seele ein zweiter Neffe dieses Mannes ist und am Graben regt sich ein Börsenkontor, dem der dritte Neffe des Vaters aller Buckettshops Geld und „Geist" zur Verfügung stellt.

Weiß der Staatsanwalt schon davon? Wenn nicht, empfehlen wir ihm, seine alten Akten durchzusehen und sich um die Zusammenhänge zwischen den alten ihm bekannten Buckettshops und den Neugründungen zu kümmern, ehe der beginnende Raubzug gelungen ist.

Neue Freie Presse
19/X. 1916



# Eintritt der Creditanstalt und der Ungarischen Kreditbank in die Deutsche Orientbank.

Wien, 18. Oktober.

Die Creditanstalt und die Ungarische Allgemeine Kreditbank sind in das Konsortium der Deutschen Orientbank eingetreten. Die Deutsche Orientbank ist eine Gründung der Dresdner Bank, des A. Schaaffhausenschen Bankvereines und der Nationalbank für Deutschland. Sie hat ihren Sitz in Berlin und besteht seit dem Anfange des Jahres 1906. Der Schaaffhausensche Bankverein, der jetzt einen Bestandteil der Diskontogesellschaft bildet, ist aus dem Konsortium ausgetreten. An seine Stelle tritt die Deutsche Bank in Berlin, die Oesterreichische Creditanstalt in Wien und die Ungarische Kreditbank in Budapest. Die Führung der Deutschen Orientbank wird also in Hinkunft bei der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Nationalbank für Deutschland, der Creditanstalt und der Ungarischen Kreditbank liegen. Der Aktienbesitz des A. Schaaffhausenschen Bankvereines, der mehrere Millionen Kronen beträgt, wird von der Creditanstalt und der Ungarischen Kreditbank übernommen. Diese beiden Institute werden in der Verwaltung der Gesellschaft vertreten sein; voraussichtlich werden die Banken die Stelle je eines Vizepräsidenten und eines Vertreters im Exekutivkomitee besetzen.

Durch diesen Wechsel in der finanziellen Kontrolle der Deutschen Orientbank wird eine weitere engere Verbindung zwischen dem Finanzkapitale der Monarchie und der Türkei angebahnt werden. Die Creditanstalt hatte seit Jahren die Absicht, eine Filiale in Konstantinopel zu errichten und dadurch ihrem bestehenden Geschäfte mit dem Orient eine finanzielle Grundlage zu geben. Von dieser Absicht ist aber die Creditanstalt jetzt abgekommen, weil sie durch die Verbindung mit der Deutschen Orientbank eine bereits bestehende und ausgebaute finanzielle Organisation erhält, die einen festen Kundenkreis besitzt, zahlreiche Filialen betreibt und daher einen Apparat für neue Geschäfte darstellt. Die Deutsche Orientbank hat ihren Sitz in Berlin und Zweigniederlassungen in Hamburg, Konstantinopel, Brussa, Mersina, Adana, Adrianopel, Aleppo, Alexandrien, Kairo und anderen Orten Aegyptens. Ihr Zweck ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, insbesondere die Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Orient sowie die Finanzierung des ägyptischen Baumwollgeschäftes. Während des Krieges wurden die Filialen der Bank in Aegypten unter englische Zwangsverwaltung gestellt. In der Türkei arbeitet die Bank selbstverständlich fort. Das Aktienkapital beträgt 32 Millionen Mark, wovon die Hälfte voll, die andere Hälfte mit 25 Prozent eingezahlt ist, so daß tatsächlich 20 Millionen Mark im Geschäfte arbeiten. Die letzte Bilanz ist vom 31. Dezember 1913. Für die Kriegsjahre wurde die Gesellschaft von der Aufstellung von Bilanzen befreit, weil sie über die ägyptischen Filialen keine Nachrichten besitzt. Die Dividenden der Jahre vor dem Kriege betrugen je 5 Prozent. Die Deutsche Orientbank hat zahlreiche Einleger, insbesondere unter den in der Türkei arbeitenden deutschen und österreichischen Kaufleuten. Sie besorgt auch den Kassen- und Zahlungsdienst für die in türkische und ägyptische Häfen einlaufenden deutschen Schiffe, und demgemäß sind der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie in ihrer Verwaltung vertreten. Die Bareinlagen sind in starker Entwicklung gewesen und gegenwärtig verwaltet die Bank ein Einlagenkapital von 55 Millionen Mark. Sie hat ausschließlich das laufende Kreditgeschäft in der Türkei, Kleinasien und Aegypten gepflegt; ihre Filiale in Hamburg war für die Vermittlung des Schiffsverkehres nach dem näheren Orient errichtet worden. Die Bilanzsumme betrug zu Ende 1913 insgesamt 119·7 Millionen Mark, der Reingewinn 1·3 Millionen Mark, die Reserven 2 Millionen Mark.

Der Eintritt der Oesterreichischen Creditanstalt und der Ungarischen Kreditbank verfolgt den Zweck, nach dem Kriege nähere finanzielle und industrielle Verbindungen mit der Türkei und Kleinasien anzubahnen und für diese eine finanzielle Grundlage in einer schon bestehenden Bank zu erhalten. Man erwartet, daß diese Geschäftsverbindung nach dem Frieden eine wesentliche Belebung erfahren und daß dabei die Monarchie und ihre Finanzinstitute eine größere Rolle spielen werden. Voraussichtlich werden Direktor Neurath von der Creditanstalt und ein Vertreter der Ungarischen Kreditbank zu Vizepräsidenten bestellt. Ferner wird Direktorstellvertreter Regendanz in das Exekutivkomitee gewählt werden.

Ueber den Besitzwechsel in der Deutschen Orientbank wird die folgende Mitteilung versendet:

Aus dem unter Führung der Dresdner Bank stehenden Konsortium ist der A. Schaaffhausensche Bankverein A.-G. in Köln nach Verkauf seines Aktienbesitzes ausgeschieden. An seine Stelle sind die Deutsche Bank, Berlin, die Oesterreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien, und die Ungarische Allgemeine Kreditbank, Budapest, in das Konsortium eingetreten. Die Nationalbank für Deutschland, Berlin, wird dem Konsortium wie bisher angehören. Ueber die aus dieser Neuregelung sich ergebenden Aufsichtsratswahlen wird in einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung Beschluß zu fassen sein.

Fremdenblatt
19/X. 1916



# Die Kapitalserhöhung der Anglo-Oesterreichischen Bank.

Auf Grund des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. d. M. und der Vollmachten, die dem Generalrate erteilt wurden, schreitet die Anglo-Oesterreichische Bank nunmehr zur Durchführung der Kapitalserhöhung. Das Aktienkapital, das derzeit 100,000.080 Kronen beträgt, wird durch Ausgabe von 125.000 neuen, mit je 240 Kronen volleingezahlten Aktien auf 130,000.080 Kronen erhöht. Den Inhabern der derzeit im Umlaufe befindlichen 416.667 Aktien wird das Bezugsrecht auf zwei Dritteile, d. i. auf 83.334 Stück neue Aktien eingeräumt, während das restliche Drittel an das der Bank nahestehende Konsortium, das bei den letzten Kapitalserhöhungen mehr als 50 Prozent der neu auszugebenden Aktien übernommen hat, mit langdauernder Sperrverpflichtung begeben wurde. Auf Grund des den Aktionären eingeräumten Bezugsrechtes entfällt auf je fünf alte Aktien eine neue Aktie, welche an den Erträgnissen des Geschäftsjahres 1916 zur Hälfte partizipiert und zum Kurse von 400 Kronen, zuzüglich 5 Prozent Zinsen von diesem Betrage seit 1. Juli 1916, ausgegeben wird. Die Anmeldung hat in der Zeit vom 20. bis inkl. 30. Oktober 1916 zu erfolgen und kann bei der Hauptanstalt der Anglobank sowie bei sämtlichen Filialen und Wechselstuben vorgenommen werden. Bei der Anmeldung sind auf jede zu beziehende neue Aktie 200 Kronen, zuzüglich 5 Prozent Zinsen vom 1. Juli 1916, einzuzahlen; der Rest von 200 Kronen zuzüglich 5 Prozent Zinsen ist bis spätestens 11. Dezember 1916 zu entrichten.

Reichspost
19/X. 1916



will. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Kerker. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß der Angeklagte aus der Tatsache, daß seine Entlassung aus dem österreichischen Staatsverbande noch nicht erfolgt war, hätte entnehmen müssen, daß der von ihm abgelegte Eid noch nicht die Bedeutung der Aufnahme in den amerikanischen Staatsverband hatte.

# Volkswirtschaft.

## Die Kursausschreitungen an der Börse.

Die Verhältnisse an der hiesigen Börse nehmen seit einiger Zeit wieder Formen an, die lebhaft an die Vorgänge erinnern, die im vorigen Jahre Anlaß zu den bekannten Verwarnungen von offizieller Seite gegeben haben. Damals wurde das Fehlen eines Effektenmarktes von der Finanzpresse für die Ausschreitungen der Spekulation verantwortlich gemacht. Die Forderung nach Schaffung eines Platzes, wo sich Angebot und Nachfrage treffen und wo zu gleicher Zeit die notwendige Kontrolle ausgeübt werden kann, ist seither schon längst erfüllt und trotzdem haben jetzt die Kurse der führenden Eisen- und Rüstungswerte eine schwindelnde Höhe erreicht. Freilich, das wilde Auf und Ab aus der Zeit vor der Wiederherstellung des Börsenhandels ist jetzt in der Hauptsache verschwunden. Die Kurstreibereien, die jedes vernünftige Maß weit überschreitende Aufwärtsbewegung sind dagegen geblieben; geblieben trotz der seinerzeitigen Verordnung der Regierung, die dem Treiben der Spekulanten Einhalt tun wollte. Das ganze Interesse der Börsebesucher konzentriert sich heute auf ein paar Spekulationswerte, unter die vor allem Eisen-, Kanonenfabriks- und Petroleumwerte zu zählen sind. Ein Gerücht genügt da schon, um die Kurse in kurzer Zeit um 10 bis 20 Punkte in die Höhe steigen zu lassen und als unlängst von angeblichen großen Aufträgen Bulgariens und der Türkei die Rede war, setzte eine stürmische Hausse in Skoda-Aktien ein, die noch vor rund einem Monat mit zirka 980 Kronen gekauft wurden und die heute mit 1064 Kronen gehandelt werden. Die gleichen Aktien kosteten Ende Juli 1914 nur 614 Kronen 50 Heller, d. h. um rund 450 Kronen weniger als heute. Noch viel stärker ist die Aufwärtsbewegung bei anderen Papieren gewesen, so zum Beispiel bei den Aktien der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, die man bei Ausbruch des Krieges um 1029 Kronen per Stück bekam, und die heute nicht unter 1765 Kronen zu haben sind; ferner bei der Oesterreichischen Waffenfabriksgesellschaft, deren Aktien im Kriege von 727 Kronen auf 2320 Kronen gestiegen sind.

Kurssteigerungen um 100, ja 200 Prozent sind heute beinahe zur Regel geworden, eine Folge der glänzenden

Österr. Volkszeitung

19/X. 1916



# Die Ausbreitung der Wertpapierspekulation.

Im freien Wertpapierverkehr der Wiener Börse sind seit einigen Wochen, ganz besonders in der allerletzten Zeit außerordentliche Kurssteigerungen an der Tagesordnung. Die lebhafte Kauflust dürfte zum großen Teil auf die zunehmende Ausbreitung der Spekulation in weiteren Kreisen des Publikums zurückzuführen sein, wobei Käufe gegen entsprechende oder auch nicht entsprechende Deckung wieder erheblich ins Gewicht fallen. Die Dividendenerhöhungen, die eine Folge der Kriegskonjunktur sind, werden von der Spekulation kapitalisiert, und zwar auf einer Zinsfußgrundlage, die an die der Kriegsanleihen nicht heranreicht.

Die sprunghaften Kurssteigerungen locken immer neue spekulative Käufer an, und insbesondere die starke Beteiligung mancher der Börse beruflich fernstehenden Kreise an der Wertpapierspekulation ist geeignet, mannigfache Bedenken hervorzurufen.

Aehnlich scheinen die Dinge in Budapest zu liegen, wie aus folgender Meldung des Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus über den gestrigen Verkehr an der Budapester Börse hervorgeht:

Der Verkehr machte den Eindruck, als hätten der Börse fernstehende Elemente ihre Tätigkeit dorthin verlegt, wodurch die gesunde Zirkulation des Geschäftes gefährdet werden könnte. Der Börsenrat wird sich daher mit dieser wichtigen Frage befassen und alles tun, um solchen Zuständen ein Ende zu machen.

Reichspost
19./X. 1916



# Auflösung der Staatsschuldenkasse.

## Ein Ergebnis des bargeldlosen Zahlungsverkehres.

Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund Allerhöchster Entschließung vom 8. August 1916 wird die Staatsschuldenkasse mit 21 Oktober 1916 aufgelöst und werden ihre Agenden mit Wirksamkeit vom 23. Oktober d. J. an die Staatszentralkasse übertragen.

Die Auflösung der Staatsschuldenkasse ist eine jener Maßnahmen, welche die Finanzverwaltung im Zuge der derzeit in Durchführung begriffenen Reform des Kassen- und Verrechnungswesens in Aussicht genommen hat. Diese Maßnahme wurde ermöglicht durch die vom Finanzministerium durch die Staatskassen systematisch geförderte Benützung des bargeldlosen Zahlungsverkehres, insbesondere durch den Anschluß der staatlichen Kassenorganisationen an bargeldsparende Bankinstitutionen, wie an den Giroverkehr der Oesterreichisch-ungarischen Bank sowie des Giro- und Kassenvereines und an den Scheck- und Clearingverkehr des Postsparkassenamtes.

Für die Parteien selbst tritt anläßlich der Auflösung der Staatsschuldenkasse eine Aenderung in den bisherigen Modalitäten der Einreichung und Auszahlung nicht ein. Die Einreichung von Coupons, Quittungen und Obligationen sowie die Auszahlung der Geldbeträge findet nach wie vor im Bankogebäude, Wien, I. Singerstraße Nr. 17, 1. Stock, und zwar bei denselben Schaltern wie bisher statt.

Pester Lloyd
20./X. 1916



(Die Kursgestaltungen an der Budapester Börse.) In seinem nach dem Auslande telegraphierten Berichte über den privaten Effektenverkehr an der Budapester Börse hat das „Ungarische Tel.-Korr.-Bureau" gestern die Bemerkung gemacht, es bestehe hier der Eindruck, als hätten der Börse fernstehende Elemente ihre Tätigkeit dahin verlegt, wodurch die gesunde Zirkulation des Geschäftes gefährdet werden könnte. Hinzugefügt wurde noch, daß der Börsenrat sich mit dieser wichtigen Frage befassen und alles tun werde, um solchen Zuständen ein Ende zu machen. In hiesigen Finanzkreisen hat diese Bemerkung unliebsames Aufsehen erregt. Zunächst wurde festgestellt, daß die Leitung der hiesigen Waren- und Effektenbörse an eine Maßregelung des Privatverkehrs schon deshalb nicht denken könne, weil eine Beaufsichtigung des Privatverkehrs außerhalb ihres Wirkungskreises liegt. Ferner wurde geltend gemacht, daß zwar seit einiger Zeit im hiesigen privaten Effektenverkehr in der Tat starke Wertsteigerungen sich bemerkbar machen, daß aber die Anregung dazu nachweisbar von der Wiener Börse ausgegangen ist. Schon vor Wochen sind in ernsten Wiener Kapitalistenkreisen Bedenken über einen Sanguinismus geäußert worden, der sich in Hochkursen zur Geltung brachte, wie sie selbst in den höchsten Börsenkonjunkturen der Friedenszeiten selten zu verzeichnen waren. Es hat in Wien weder an Mahnungen gefehlt, noch an Anregungen, ob nicht angesichts dieser Anzeichen einer zu stürmischen Aufwärtsentwicklung der Kurse auf den Grundsatz zurückgegriffen werden sollte, der anläßlich der Wiedereröffnung der Börsen zu beschränkenden Maßnahmen geführt hatte. Wie dem auch sei, Tasache ist, daß die Hochkurse auf dem Budapester Effektenmarkte nicht etwa isolierte Erscheinungen, sondern vielmehr als Folgen des Umstandes anzusehen sind, daß die von Wien ausgehende Bewegung sich auf den Budapester Markt herüberverpflanzt hat. Es mutet daher seltsam an, daß ein Teil der Wiener Presse die Bemerkungen im gestrigen Tagesbericht des „Ungarischen Tel.-Korr.-Bureaus" in einem Tone behandelt, als ob Kursausschreitungen lediglich auf dem hiesigen Markte vorkämen und in Wien die Besorgnis angebracht wäre, daß der Wiener Markt durch eine von Budapest ausgehende Bewegung affiziert werden könnte. Jedenfalls wird das Anlage suchende Kapital in unserem Lande nicht erst auf Wiener Ermahnungen angewiesen sein in der Hinsicht, daß ein besonnenes Maßhalten nicht außer acht gelassen werden und das Publikum in der Suche nach lohnender Anlage auch die bewährten fix verzinslichen Anlagewerte nicht vernachlässigen soll.

Wir haben in dieser Angelegenheit den Präsidenten der Budapester Waren- und Effektenbörse Magnatenhausmitglied und Ministerialrat Elemér v. Horváth um eine Aeußerung ersucht und von ihm die folgende Auskunft erhalten:

„Der sich gegenwärtig an der Budapester Börse abwickelnde Effekten-Kassenverkehr trägt einen vollständig privaten Charakter. Das Börsenpräsidium übt auf diesen keinerlei Ingerenz aus, wiewohl wir naturgemäß auch die Vorgänge im Börsenprivatverkehr stets mit wachsamen Augen verfolgen. Das ist unsere Pflicht, um im gegebenen Augenblick, wenn sich Ausschreitungen irgendwelcher Art ergeben, die notwendigen Verfügungen unverzüglich treffen zu können. Nun kann ich aber auf das bestimmteste versichern, daß auf Grund der uns vorliegenden Berichte in der jüngsten Zeit absolut nichts geschehen ist, was uns auch nur den geringsten Anlaß zu einem Einschreiten bieten könnte. Es ist mithin die Nachricht vollständig aus der Luft gegriffen, daß der Börsenrat irgendeine Maßnahme gegen den Privatverkehr der Budapester Börse in Erwägung zieht."

Von anderer maßgebender Stelle wird uns mitgeteilt:

Im Budapester Effekten-Privatverkehr war wohl in den letzten Tagen die Stimmung sehr fest, doch erreicht die Kursentwicklung hier bei weitem nicht das Maß jener Steigerung, die in den jüngsten Tagen in den an der Wiener Börse notierten Effekten wahrzunehmen war. Im übrigen erhält der hiesige Effektenmarkt zumeist die Impulse von der Wiener Börse und im Ausfluß der dortigen namhaften Steigerung der jüngsten Tage hat sich eben wieder einmal auch hier eine allerdings sehr feste Tendenz etabliert. Es ist ganz und gar unverständlich, aus welcher Quelle die vom „Ung. Tel.-Korr.-Bur." nach Wien gemeldete Information über Ausschreitungen der Budapester Effektenbörse und über ihre bevorstehende Maßregelung stammt, da doch hier in Budapest hievon absolut niemand Kenntnis besitzt. Der hiesige Effektenverkehr hat einen ganz privaten Charakter und es gibt natürlich auch keine amtliche Notierung und auch keinerlei amtliche Verlautbarungen. Die Berichte über den Verlauf des Börsen-Privatverkehrs sind daher ebenfalls nur Privatberichte, mag welche Stelle sie immer verbreiten. Die Wiener Blätter veröffentlichen die erwähnte Mitteilung als offiziellen Bericht. Das ist umso weniger angebracht, als kein amtlicher Börsenverkehr stattfindet und offizielle Berichterstatter zum Börsenverkehr auch nicht zugelassen werden.

Fremdenblatt
20/X. 1916



# Sammlung von Goldschmuck und Goldgerät.

Am 8. Jänner d. J. hat kaiserl. Rat Adolf Wachtel an dieser Stelle in ausführlicher Darlegung die Einleitung einer Aktion zur Einsammlung von Goldschmuck und Goldgerät angeregt. Hiebei empfahl er, die einzuliefernden Goldgegenstände zu einem entsprechend höheren Preise als dieser jetzt beim Münzamte gelte, zu übernehmen, um so die Einlieferer wenigstens teilweise für den Kostenwert der Fasson des Goldgeräles zu entschädigen und ihnen überdies auch noch einen gewissen Anreiz für die Einlieferung zu bieten. Bei Beträgen von 100 Kronen und darüber solle der Staat berechtigt sein, den Gegenwert für die eingelieferten Goldgegenstände auch in Kriegsanleihe-Titres zu entrichten.

Seit kaiserl. Rat Wachtel diese Vorschläge in unserem Blatte erstattet hat, sind mehr als drei Vierteljahre verstrichen und man ist jetzt in Deutschland an die Verwirklichung dieses Gedankens geschritten. Das begeisterte Zusammenwirken vieler Tausende im deutschen Volke hat durch eifriges Einsammeln und Ablieferung der bisher im Verkehr gewesenen Goldmünzen den Goldbestand der Deutschen Reichsbank auf rund 2½ Milliarden Mark vermehrt. Deutschland will es aber dabei nicht bewenden lassen. Da die Zuflüsse von Goldgeld aus der Bevölkerung allmählich abebben, weil die im Volke vorhandenen Bestände an gemünztem Golde sich naturgemäß verringert haben, ist die Reichsbank auf Anregung vieler vaterlandsliebender Frauen und Männer ans Werk gegangen, für die Vermehrung ihres Goldschatzes eine neue Quelle zu erschließen, indem sie den Ankauf von Goldschmuck und Goldgeräten aller Art zu ihrem reinen Goldwerte über das ganze Land hin organisiert hat. Ueberall sind unter Leitung der Verwaltungsbehörden aus den Vertretern aller Berufskreise und unter Führung der angesehensten Persönlichkeiten Ehrenausschüsse gebildet, die die Goldsachen zum Ankauf annehmen, abschätzen lassen, ihren Wert auszahlen und sie an die Reichsbank abführen, die sie einschmelzen läßt und das gewonnene Feingold ihren Beständen hinzufügt. Diese Organisation ist zunächst in den westlichen Landesteilen eingeleitet und allmählich nach Süden und Osten ausgebreitet worden, dergestalt, daß nunmehr mit der Eröffnung von Goldankaufsstellen in Großberlin die Organisation im ganzen Reichsgebiet vollendet ist.

Die von den Goldankaufsstellen gezahlten Vergütungen sind nach dem Goldgehalt in sieben Abstufungen eingeteilt. Es werden für je 1 Gramm 8karätiges Gold 75 Pfennig gezahlt, für 12karätiges 1.20 Mark, 13karätiges 1.30 Mark, 14karätiges 1.50 Mark, 18karätiges 2.— Mark, 21½karätiges 2.20 Mark und Feingold 2.70 Mark. Ferner sei darauf hingewiesen, daß die Ankaufsstellen die Gegenstände gegen Bescheinigung annehmen, und daß dann der Einlieferer nach Verlauf von acht Tagen das ihm dafür zustehende Geld in Empfang nehmen kann. Auf diese Weise kann längeres Warten vermieden werden.

Für Oesterreich-Ungarn, wo ja der Landesgoldmünzenumlauf oder deren Thesaurierung nie besonders groß war — man schätzt ihn nur auf etwa 25 Millionen Kronen — käme selbstverständlich weit mehr als die Landesgoldmünzeneinsammlung eine Aktion für die Einlieferung von Goldschmuck und Goldgerät in Betracht.

20/X. 1916

60

# Valutastand und internationale Eisenbahntarife.

— Ein Schlußwort. —

Von Dr. Eugen Rapoch.

Budapest, 19. Oktober.

Der Widerhall*), den mein in Nr. 276 dieses Blattes veröffentlichter Aufsatz erweckt hat, zeugt für die besondere Tragweite und hervorragende Aktualität der aufgerollten Frage. Wenn ich nun nach den Regeln eines publizistischen Waffenganges das Schlußwort in Anspruch nehmen möchte, tue ich es deshalb, weil mir daran gelegen ist, daß insbesondere die Konsequenzen meiner Ausführungen nicht verdunkelt werden.

Meinen Erörterungen habe ich lediglich die Untersuchung der Frage zum Ziele gesetzt, in welcher Weise der ungarische Kaufmann im internationalen Transportverkehr den derzeit infolge der Valutaverhältnisse bestehenden materiellen Vorteil der gebrochenen Frachtberechnung mit voller Sicherheit erreichen kann. Wenn mir nun in der in Nr. 285 dieses Blattes erschienenen Entgegnung zum Vorwurf gemacht wird, ich hätte den wirtschaftlichen Teil der Frage außer acht gelassen und ihren Kernpunkt, „ob die Eisenbahnen verpflichtet sind, ihre allgemein gültigen Lokaltarife den Verfrachtern auch dann zur Verfügung zu stellen, wenn die Beförderung mit internationalen Frachtbriefen erfolgt", nicht beachtet, so ist mir dieses völlige Nichteingehen auf meinen Gedankengang eigentlich nicht recht begreiflich. Die soeben gekennzeichnete Fragestellung und die daraus gezogenen Konsequenzen führen nämlich auf ein Gebiet, das niemals bestritten war. Ich habe doch gewiß keinen Zweifel aufkommen lassen, daß die Lokaltarife im Wege der Umkartierung im internationalen Transportverkehr ebenso angewendet werden können wie die direkten Tarife und gerade als Folge dieser feststehenden Prämisse die Streitfrage dahin formuliert, welcher von den erwähnten, gleich anwendbaren Tarifen im Konkurrenzfalle heranzuziehen und in welcher Weise die Auswahl zu treffen sei. Auf Grund dieser Fragestellung war nun zu untersuchen, ob die Eisenbahn die derzeit billigeren Lokaltarife auch ohne Vorschrift des Absenders von Amts wegen anzuwenden verpflichtet ist, oder ob es hiezu einer entsprechenden Willenserklärung des Verfrachters bedarf. Nun ist diese Frage zweifelsohne eine Rechtsfrage, die nicht auf Grund bloßer wirtschaftlichen Erwägungen, sondern nur in juristischer Erfassung ihres Wesens, mit Hilfe der Auslegung der maßgebenden Rechtsnormen zu lösen ist. Auch der Verfasser des oben erwähnten Artikels sieht sich ja hiezu veranlaßt, indem er die einschlägigen Artikel des B. Ue. zur Rechtfertigung seines Standpunktes heranzieht.

Was nun das Meritum meiner Ausführungen betrifft, so habe ich bereits in meinem Aufsatze hervorgehoben, daß ich mich in vollem Einklange mit der Auffassung sowohl der eisenbahnrechtlichen Wissenschaft als auch der internationalen Rechtsprechung befinde. Es seien mir nur folgende Hinweise — einige für viele — gestattet. Ernst Rundnagel, der jüngst verstorbene hervorragende Vertreter der neueren eisenbahnrechtlichen Wissenschaft, äußert sich in seinem posthumen Werke „Beförderungsgeschäfte" (1915, S. 379) folgendermaßen: „Die (in bezug auf Artikel 6, Absatz 1, lit. A, B. Ue.) erörterten Grundsätze sind sinngemäß anzuwenden, wenn mehrere Tarife auf die Sendung Anwendung finden können. Unterläßt der Absender im Frachtbrief die erforderlichen Angaben zu machen, dann hat die Eisenbahn ... die Abfertigungsart zu wählen, die ihr für den Absender am zweckmäßigsten erscheint und hiebei für grobes Verschulden einzustehen. Verschieden hievon ist die unrichtige Anwendung eines Tarifs, insbesondere die Anwendung eines solchen, der für die Sendung gar nicht zur Wahl stand. Hier greift Art. 12 B. Ue. ein." Denselben Standpunkt vertreten die bedeutendsten Schriftsteller des Eisenbahnrechtes, so Eger (Kommentar zum B. Ue., S. 66), Rosenthal (Internationales Eisenbahnfrachtrecht), Gerstner (dasselbe S. 221) und in unserer Literatur Ferdinand Baumgarten (Nemzetközi vasuti fuvarozási jog, S. 92). In besonderer Schärfe tritt uns die auch von mir vertretene Ansicht in einem Urteile des österreichischen Obersten Gerichtshofes entgegen, laut dessen „will der Absender die billigere Umkartierung bei Versendung eines Gutes auf internationalem Frachtbriefe erreichen, so ist es seine Sache, die billigere gebrochene Frachtberechnung im Frachtbrief ausdrücklich vorzuschreiben; unterläßt er dies, so kann die Eisenbahn annehmen, daß die Anwendung des direkten Tarifs seinem mutmaßlichen Willen und Interesse entspricht". (Entscheidung vom 16. Dezember 1913, Rv. I 1014/13.) Dieselben Grundsätze spiegeln sich auch in den Urteilen des Berner Obergerichtes (Nr. 806 ex 1916) und des Budapester Gerichtshofes (14 P. 31497/1916 in erster Instanz; 32 P. 4593/1915 als Appellationsgericht). Wie ersichtlich, befinde ich mich mit meiner „verfehlten Argumentation" in ziemlich guter Gesellschaft und die im erwähnten Artikel herangezogenen Argumente sind es vielmehr, die Literatur und Rechtsprechung gewogen und für leicht befunden haben.

Wie dem aber auch sein mag, eines steht fest: die Pflicht der Eisenbahn, die billigere, gebrochene Frachtberechnung auch ohne Vorschrift anzuwenden, und das Recht der nachträglichen Reklamation sind — wollen wir uns euphemistisch ausdrücken — zumindest sehr problematisch; das Recht der Tarifvorschrift wird hingegen von jeder maßgebenden Seite anerkannt. Liegen aber die Dinge so, dann können für den Kaufmann die Konsequenzen dieser Sachlage gewiß nicht fraglich sein. Für ihn kann es sich ja nicht um die schwankenden Möglichkeiten eines vielleicht noch interessanten Prozesses handeln; er braucht bei seinen Berechnungen festen Boden unter den Füßen, er muß wissen, woran er ist, was er gewärtigen kann. Nun, daß seine Tarifvorschriften nicht nur vom Gerichte geschützt, sondern auch von der Eisenbahn unumwunden befolgt werden, kann auch die Entgegnung nicht in Abrede stellen, muß sie doch selbst zugeben, daß die Eisenbahn die Vorschriften „toleriere". Die nachträglichen Reklamationen werden jedoch — wie es eben die Prozesse schlagend beweisen — nicht einmal „toleriert". Ob es nun angesichts dieser Sachlage ökonomisch überflüssig war, die Aufmerksamkeit der interessierten Kreise auf einen Weg zu lenken, der ohne Prozeß, ohne das Risiko eines problematischen Erfolges mit Sicherheit zum Ziele führt, kann ich vielleicht dahingestellt sein lassen.

Zum Schlusse möchte ich noch ganz kurz auf die Bemerkungen „eines hervorragenden Fachmannes" in Nr. 278 dieses Blattes eingehen. In denselben wird das Bestehen des Vorschriftsrechtes in keiner Weise bezweifelt, sondern nur darauf hingewiesen, daß die mit der direkten Abfertigung verbundene beschleunigte Beförderung den materiellen Vorteil der gebrochenen Frachtberechnung aufwiegt und demnach die Ausübung des Vorschriftsrechtes nicht wünschenswert sein kann. Wenn ich auch der Behauptung, daß die direkte Abfertigung die Lieferfrist immer verkürzt, schon aus dem Grunde nicht vollinhaltlich beipflichten kann, weil ja die Lieferfristen für beide Abfertigungsarten die gleichen sind und gewisse Transportmißgeschicke die direkt abgefertigte Sendung auch ereilen können, so will ich die mit der direkten Abfertigung verbundenen Vorteile gewiß nicht in Abrede stellen. Ich habe auf sie in meinem Aufsatze ausdrücklich verwiesen und insbesondere hervorgehoben, daß sie „die Vereinfachung und Beschleunigung der Manipulation und in vielen Fällen der Beförderung selbst zur Folge hat". Diese Vorteile muß und soll der Kaufmann bei seiner Entscheidung gewiß in Erwägung ziehen. Es wird sich eben im konkreten Falle immer darum handeln, was für seine Kalkulation von größerer Bedeutung ist: das mögliche Minus in der Lieferfrist oder das zu erwartende Plus an Frachtspesen. Es ist ohne weiteres klar, daß — selbst heute — je nach Art, Gegenstand und anderen Umständen des Geschäftes der eine oder der andere Gesichtspunkt ausschlaggebend sein wird. Entschließt sich jedoch die Partei für die billigere Frachtberechnung, so kann sie sich dieselbe nur durch entsprechende Vorschrift der Tarife in unverrückbarer Weise sichern. Quod erat demonstrandum.

---

*) Siehe Pester Lloyd Nr. 278.

Neue Freie Presse
21./X. 1916

61

# Der Verkehr der Budapester Börse.

## Aeußerungen der Leiter Budapester Finanzinstitute.

### Julius v. Walder.
Generaldirektor des Pester Ersten Vaterländischen Sparkassenvereines.

Budapest, 20. Oktober.

Eine Klage über Auswüchse an der Budapester Effektenbörse wäre meiner Ansicht nach in keiner Richtung hin begründet. Die Erscheinungen, welche auf dem hiesigen Platze bemerkbar sind, decken sich ganz genau mit den Vorgängen auf den übrigen Effektenmärkten. Der einzige Hauptgrund der Bewegung ist und bleibt die in allen kriegführenden Staaten bemerkbare Geldüberfülle und die damit im Zusammenhang stehende Goldüberfülle der neutralen Staaten. Hüben und drüben hat das viele Geld, sei es Papier oder Gold, volkswirtschaftliche Erscheinungen gezeitigt, deren Resultat sich in den steigenden Effektenkursen offenbart. Aber nicht allein die Effektenkurse sind es, die hiedurch eine Erhöhung erfuhren, sondern alle jene Werte, welche einen effektiven inneren Materialwert und eine damit im Zusammenhange stehende Produktionskraft in sich bergen. Klar gesprochen sind demnach Grund und Boden, Immobilien aller Art und vor allem jene Werte, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, einer Steigerung teilhaftig geworden, während dies bei anderen Werten schon viel weniger oder sozusagen gar nicht der Fall gewesen ist. Außerdem ist nicht außer acht zu lassen, daß aus dem erwähnten Grunde im allgemeinen eine fortwährend steigende Anlagetätigkeit auf allen Märkten hervortritt, wogegen die Anlagemöglichkeiten speziell auch beim Aktienmarkte nicht in dem Maße sich steigerten, wie es die Anhäufung von flüssigen Mitteln einzelner Gesellschaftsklassen gefordert hätte. Selbstverständlich sind daher die altehrwürdigen Unternehmungen und Institute in den Vordergrund getreten, wobei naturgemäß jene Papiere vor allem mit einer Kurserhöhung bedacht waren, die mit dem Kriege selbst in organischem Zusammenhang gestanden sind. Man kann also wohl sagen, daß es unseren an die geänderten Verhältnisse noch nicht gewohnten Vorstellungen fremdartig vorkommt, daß die neueste Erscheinung der Fülle der Zahlungsmittel eine so wuchtige Aenderung in den Bewertungen der einzelnen Effekten hervorgebracht hat. Doch muß dies um so mehr zur Erscheinung kommen, je länger der Krieg dauert und je mehr Geldmittel durch die Kriegführung in die Gesellschaft gebracht werden. Ein Unterschied bei sämtlichen kriegführenden Staaten besteht nach dieser Richtung hin überhaupt nicht. Nur bei den neutralen Staaten gibt es im Wesen eine Unterscheidung, welche dahin geht, daß der Geldüberfluß ein Goldüberfluß ist und daß dieser Goldüberfluß nach Beendigung des Krieges hinsichtlich der Ableitung des Ueberflusses nach den Gold suchenden kriegführenden Staaten von einer ersprießlichen finanziellen Wirkung für die ersteren sein wird.

Eine Eindämmung des Privatverkehres an den Börsen würde nur eines zur Folge haben, daß die einheitliche Uebersicht des Marktes verloren gehen und sich die Spekulation anderen Gebieten zuwenden würde, so daß wahrscheinlicherweise gegenüber einer Effektenüberspekulation, deren Vorhandensein ich unbedingt bezweifle, eine ganz kolossale Ueberspekulation in Hypotheken und sonstigen Immobilien in die Erscheinung treten würde.

Neue Freie Presse
21/X. 1916



**Simon v. Strauß.**

**Generaldirektor der Ungarischen Bank- und Handels-Aktiengesellschaft, Ehrenpräsident des Vereines der Effektenhändler und Mitglied des Budapester Börserates.**

Die Budapester Effektenbörse hat bisher keine Auswüchse gezeigt und infolgedessen hatten weder der Verein der Effektenhändler noch der Börserat Veranlassung, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob irgendwelche Maßregeln zu ergreifen seien. Im Zusammenhang mit dem gesteigerten Kapitalsverkehr überragt auch der Verkehrsumfang an der Börse die Ziffern der Vergangenheit. Was die Börsetendenz betrifft, so muß einerseits festgestellt werden, daß die Grundstimmung hinsichtlich des Kriegsausganges außerordentlich zuversichtlich ist, anderseits der Budapester Effektenmarkt in seiner Richtlinie stets der großen Wiener Börse folgt. Die Wertsteigerungen, welche dort in erster Reihe in den Eisen- und Munitionspapieren und im allgemeinen in den Industriewerten eingetreten sind, sowie die Bewegungen, die mit den Kapitalserhöhungen der Wiener Bankinstitute im Zusammenhang stehen, haben auch auf die Budapester Börse eine Rückwirkung ausgeübt, welche ohnedies stets jenen Auffassungen folgte, die von der viel kapitalskräftigeren Wiener Börse ausgegangen sind. Bei dem stark anwachsenden Geldverkehr hat sich das Publikum bereits darauf eingerichtet, in gewissen Zwischenräumen sein Geld in **Kriegsanleihen** anzulegen. Nachdem hinsichtlich der Kriegsanleihen jetzt eine Pause eingetreten ist, so sucht die Geldfülle in dem Ankauf von Immobilien, Häusern und Grundbesitz einen Ausweg, und zwar in erster Reihe auf jenem Markte, auf dem größere Summen in der einfachsten Form in Umlauf gebracht werden können. Keineswegs darf hieraus gefolgert werden, daß die Wertsteigerungen, in welch geringem Maße immer, den Kriegsanleihen zum Nachteil gereichen könnten, denn es ist bekannt, daß jene Stimmungen, welche im Zusammenhange mit den Wertsteigerungen gerade bei dem Kapitalsbesitz entstehen, auf die Zeichnung von Kriegsanleihen nur fördernd wirken können. Ein solcher Zustand ist günstiger, als wenn sich auf dem Geldverkehrsmarkte eine Stagnation zeigen würde.

Was nun den vielerwähnten Hinweis betrifft, daß manche Papiere gegenüber den Zeiten vor dem Kriege eine abnormale Höhe in der Bewertung erreicht haben, so muß man sich wundern, weshalb gerade Wertpapiere herausgegriffen werden und man gerade auf diese Besitzkategorie den Wertmesser der normalen Zeiten anwenden will. Jedes einzelne Wertpapier ist als ein Quotient eines Unternehmens zu betrachten, von dem jedermann weiß und auch annimmt, daß es den Anforderungen des Krieges entsprechend gegenüber den normalen Zeiten ein Vielfaches im Verkehre erzielt hat und damit unserer Kriegführung dient. Während man bei den einzelnen Firmen von den Ergebnissen des gesteigerten Verkehres an Industrieerzeugnissen als von einer selbstverständlichen Erscheinung spricht, wundert man sich, so oft von Unternehmungen die Rede ist, deren Inhaber auf Grund des Aktienrechtes sich aus der Reihe des Kapitals rekrutieren. Ich will nicht behaupten, daß ein etwas langsameres Tempo und eine ruhigere Bewegung an der Börse der allgemeinen Stimmung nicht würdiger wäre. Doch irren sich jene, die glauben, daß einzelne die Börse beeinflussen oder gar regulieren können. Endlich müssen ja diejenigen, deren ganzes Vermögen, sämtliche Güter, alte Vorräte oder ganze Einrichtung während des Krieges zu barem Geld wurden und die nicht in der Lage sind, ihren früheren Betrieb infolge der Materialfrage oder wegen anderer Rücksichten zu erneuern, wie zum Beispiel in der Getreidebranche, für diese Gelder eine Placierung suchen. Da sie in der Regel gewohnt sind, zu unternehmen, so suchen sie im Wege des Effektenverkehrs die Möglichkeit, an einzelnen Betrieben zu partizipieren. Der wichtigste Umstand ist die Tatsache, daß, während die Placierung suchenden Kapitalien sich vervielfacht haben, die Menge der an der Börse notierten Effekten kaum um einige Prozente zugenommen hat. So finden denn auch die Effekten infolge des Auseinanderlizitierens vieler Hände ebenso wie die anderen Güter und Werte unter höherer Bewertung Absatz.

Neues Wiener Tagblatt 22./X. 1916



## „Worum steigt man?"

Eine Frage, die in weiten Kreisen, welche ihr Interesse oft mehr, als sie sollten, den Schwankungen des Wertpapiermarktes zuwenden, jetzt täglich mit mehr oder weniger — häufig weniger — Sachkenntnis und Erfahrung erwogen wird.

Aus den täglichen Berichten über den Börsenverkehr ist zu entnehmen, daß fast alle Papiere seit Wochen und Monaten steigen. Es ist nicht gestattet, Kurse zu nennen. Da aber fast kein Tag vergeht, an dem nicht die einen oder die andern Effekten eine Wertsteigerung erfahren würden, so ist es klar, daß die Kurse schon sehr hoch sein müssen. Und sie sind es auch. Eine Hochkonjunktur der Börse, wie sie im Frieden noch nie da war, hat sich im Weltkrieg durchgesetzt. Man fragt jetzt nicht nach der Rentabilität, sondern kauft, weil der andre kauft oder weil das betreffende Papier von einem, den man für gut unterrichtet hält, empfohlen wird. Die Höhe des Kurses schreckt den, der sich gern zum Tanz um das goldene Kalb aufspielen lassen möchte, nicht ab.

Um die Motive des Steigens ist man nicht verlegen. Man legt sich die Gründe zurecht, die die Wertsteigerung als vollständig gerechtfertigt erscheinen lassen sollen. Selbstverständlich ist der erste dieser Gründe die günstige Lage auf den Kriegsschauplätzen. Es ist nicht zu verwundern, daß jede gute Nachricht von der einen oder von der andern Front mit einer Kurssteigerung begrüßt wird. Aber auch in den allergünstigsten Fällen hat jede Werterhöhung eine Grenze. Man steigt ferner, weil man die Theorie aufstellt, wegen der gegenwärtig geringeren Kaufkraft des Geldes müsse man mehr davon geben, um ein Papier zu erwerben. Aber selbst wenn man diese Theorie gelten lassen wollte, so ist doch nicht zu übersehen, daß auch die Dividenden in diesem angeblich minderwertigen Geld gezahlt werden. Neben diesen allgemeinen Gesichtspunkten hat man für jedes einzelne Papier einen konkreten Erklärungsgrund der nicht endenwollenden Kurssteigerung in Bereitschaft. Man verweist auf die hohen Erträgnisse der Kriegszeit, auf die bei vielen Papieren noch nie dagewesene Höhe der Dividenden. Bezüglich der Aussichten in der Zukunft geht die sich immer erneuernde und sich erweiternde Käuferschicht noch weit über die letzten Bilanzen hinaus. Ja es werden Papiere hinaufgewirbelt, bezüglich deren Geschäftsganges man ganz im Finstern tappt. Viele sind auf die Bilanzen überhaupt nicht neugierig, es genügt ihnen, zu wissen, daß diese oder jene Gesellschaft stark beschäftigt ist, um daraus ohne weiteres den Schluß zu ziehen, sie werde mindestens dieselbe oder eine noch weit höhere Dividende zahlen können. Diese Schätzung ist schon darum sehr voreilig, weil die nächste Bilanz belastet sein wird mit höheren Steuern, höher wegen des vermehrten Reingewinnes, dann wegen der Kriegszuschläge und der Kriegsgewinnsteuer. Außerdem fühlt jede Gesellschaft, die Kriegsgewinne erzielt, die moralische Verpflichtung, Kriegsfürsorgezwecken, Pensionsfonds und allerlei Rücklagen größere Summen aus ihrem Reingewinn zuzuwenden. Nicht außer acht zu lassen bei der Wertbestimmung eines jeden Papieres ist weiter der veränderte Rentabilitätsmaßstab. Die Kriegsanleihe trägt 6 Prozent und darüber. Soll man sich bei Konjunkturpapieren, deren Dividende großen Schwankungen unterliegt, mit 5 Prozent oder gar 4 Prozent begnügen? Alle Vernunftgründe vermögen aber nichts gegen die Tatsache, daß, wenn die Kauflustigen auf Zurückhaltung der Verkäufer stoßen, der Mangel an Angebot die Kurse weiter steigert. Wir sehen ja genau dasselbe auf dem Warenmarkt. Auch die Geldflüssigkeit ist eine der Ursachen des Steigens. Viele Kriegsgewinne werden mangels einer andern aussichtsvollen Verwendung im Augenblick vorläufig in Papieren angelegt. Endlich ist als Hauptmotor der jeweiligen Börsenbewegung auch ein unwägbares Fluidum, die Stimmung, die gute oder schlechte Laune, in der sich der Effektenmarkt befindet, anzusehen. Die Stimmung ist oft alles, die das einemal Sonnenglanz auf allen Gebieten des Verkehres verbreitet, das andremal alles verdirbt.

An Warnungen vor Uebertreibungen, auch von offizieller Seite, hat es nicht gefehlt. Allein sie konnten schon darum keinen Erfolg haben, weil bisher diejenigen recht behalten haben, die zu billigeren Kursen ankauften und sich nun für die Klügeren halten. Es ist auch allezeit ein undankbares Geschäft gewesen, zur Vorsicht zu mahnen. Die Bewegung geht fast ausschließlich von dem außerhalb der Börse stehenden Publikum und im allergeringsten Maße von der Börse selbst aus, die sich mehr mit der Vermittlung beschäftigt und damit eine Aufgabe erfüllt, die in ihrem Beruf und in ihrer Existenzgrundlage gegeben ist. Seitens der Finanzinstitute wird schon in ihrem eigenen Interesse beim Einkauf für Rechnung des Publikums große Vorsicht geübt. Sie müssen darauf sehen, daß die Effekten, wenn schon nicht zur Gänze bar ausbezahlt, so doch genügend stark bedeckt sind.

Wie weit eine Bewegung geht, wann sie ihr Ende finden oder gar ins Gegenteil umschlagen wird, das ist stets unberechenbar gewesen. So viel ist klar, daß sie selbst bei allergünstigsten Umständen nicht ins Endlose, Uferlose fortgesetzt werden kann und die Bäume, wie das Sprichwort sagt, nicht in den Himmel wachsen. Es kann daher nicht genug Vorsicht und Besonnenheit empfohlen werden, wenn die stürmische Aufwärtsbewegung, bei der den Käufern kein Kurs hoch genug erscheint, nicht eines Tages ein Ende mit Schrecken nehmen soll. Allerdings läßt eine sachliche Erwägung erfreulicherweise ersehen, daß trotz hoher Kurse nicht jene Erscheinungen vernunftloser Ueberspekulation sich aufdrängen, wie sie in historischen Schwindelperioden rapiden verheerenden Wertzerstörungen voranzugehen pflegen. Die Kriegskonjunktur vor allem bringt es mit sich, daß im vorteilhaften Gegensatz zu früheren ähnlichen Börsenbewegungen keine Nonvaleurs, Aktien ohne inneren Wert, in die Höhe gewirbelt werden. Es wird also insbesondere darauf ankommen, mit der Kurssteigerung in rationellen Grenzen zu bleiben, und weiter, daß Unberufene ferngehalten werden.

Neue Freie Presse
22./X. 1916



[Eintritt der Creditanstalt in die Verwaltung der Königs- und Laura-Hütte.] Wie man uns aus Berlin meldet, wird in der am 31. d. stattfindenden Generalversammlung der Vereinigten Königs- und Laura-Hütte Direktor Ludwig Neurath der Oesterreichischen Creditanstalt in den Aufsichtsrat gewählt werden. Mit dem Eintritt eines Vertreters der Creditanstalt in die Verwaltung der Laura-Hütte werden alte Beziehungen zwischen den beiden Gesellschaften, welche vor Jahren bestanden haben, wieder angeknüpft. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1871 aus dem dem Grafen Henckel v. Donnersmarck gehörigen Kohlen- und Eisenerzgruben gegründet und der damalige Direktor der Creditanstalt Theodor Ritter v. Hornbostel gehörte dem ersten Verwaltungsrat an. Auf dem im Jahre 1871 veröffentlichten Prospekte figurierte die Creditanstalt als Zeichenstelle für die damals auch an der Wiener Börse eingeführten Aktien und es wurde auch ein bedeutender Betrag dieser Aktien damals in Oesterreich placiert. Die Königs- und Laura-Hütte gehört zu den bedeutendsten Eisen- und Kohlenunternehmungen Deutschlands. Die Produktion der Werke an Steinkohlen betrug im Geschäftsjahre 1915/16 zirka 33,000.000 Meterzentner, an Roheisen 1,600.000 Meterzentner, an Walzeisen 2,500.000 Meterzentner. Im Jahre 1913/14, in welchem die Produktion eine normale war, wurden an Steinkohlen 37,000.000 Meterzentner, an Roheisen 2,519.000 Meterzentner und an Walzeisen zirka 3,230.000 Meterzentner produziert. Für das Geschäftsjahr 1915/16 wurde eine Dividende von 10 Prozent gegen 4 Prozent in den beiden vorhergehenden Jahren deklariert.

Österr. Volkszeitung
22./X. 1916



# Aktienhunger und Börsenhausse.

Die Wiener Börse sah in der abgelaufenen Woche wieder einmal stürmische, geradezu beängstigende Kurssteigerungen. Die Effekten wurden wild in die Höhe gewirbelt und in den kurzen einundeinhalb Stunden, über die sich der offizielle Wertpapierverkehr eines Tages erstreckt, ist eine in viele Millionen gehende Höherbewertung des Aktienkapitals zahlreicher Gesellschaften eingetreten, deren Aktien jetzt so heiß begehrte Kaufobjekte geworden sind. Worin liegen die Gründe derartiger Erscheinungen, die Ursachen solch fröhlichster Börsenlaune, die doch eigentlich in recht scharfem Gegensatz zu dem vielen menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Leid unserer Tage stehen?

Der hohe und immer höher steigende Kursstand unserer Dividendenpapiere hat gewiß auch seine innerlich berechtigten Ursachen. Das zu übersehen, hieße Tatsachen verkennen. Die Kriegswirtschaft, die Kriegskonjunktur hat einer großen Zahl von Industrieunternehmungen reiche Beschäftigung und reichste Gewinne gebracht. Sie haben sich auch für die Zukunft voraussichtlich durch starke Thesaurierungen, wie man die Zurücklegung und Ansammlung vornehmlich nicht ausgewiesener Gewinne in der Finanzsprache zu nennen pflegt, und durch Ausgestaltung ihrer Erzeugungsanlagen finanziell und betriebstechnisch gestärkt. Vermögen, die schon vor dem Kriege bestanden, sind gewachsen, neue Vermögen entstanden. Das Kapital, das Anlage seiner Mittel suchte, wie der Kreis der Kapitalisten ist größer geworden. Der Aktienmarkt lockte mit verführerischen Versprechungen: mit günstigen Dividenden- und noch günstigeren Kurschancen, deren Verwirklichung nicht nur den Ertrag, sondern namentlich das Vermögen selbst in ganz anderem Maße vermehren kann, als die begrenzten Kursmöglichkeiten der festverzinslichen Papiere. Die Nachfrage nach Aktien wuchs immer mehr, und die Banken und Industriegesellschaften sahen jetzt den Zeitpunkt gekommen, auch das Angebot zu erhöhen. Sie nützten die willkommene Gelegenheit, um ihre finanzielle Grundlage zu verbreitern, und führten und führen Kapitalserhöhungen durch, die, wie sich zeigt, schlankweg abgewickelt werden können. Und speziell die Banken öffneten auch die Schränke, in denen die bis dahin dem Publikum nicht zugänglichen Aktien jener Gesellschaften lagen, die vor Jahren unter Mitwirkung der Finanzinstitute gegründet wurden, zuweilen nur recht bescheidene Erwartungen erfüllt oder selbst diese enttäuscht hatten, und jetzt mit einem Male unter dem Segen von Kriegsbestellungen und Kriegspreisen sehr rentable Unternehmungen wurden. Mit einem Wort: das Emissionsgeschäft kam in Schwung, blühte und erreichte einen selten verzeichneten Höhepunkt. In fünf Kriegsmonaten haben die Wiener Banken aus Syndikatsbesitz mehr Aktien begeben als sonst in fünf Friedensjahren.

Der Aktienhunger und die durch ihn erzeugten enormen Aktienpreise haben ihren Ursprung auch in der Lage des Geldmarktes. Billiger Geldstand, außerordentliche Geldfülle und, wenn man von den Kriegsanleihen absieht, eine ziemliche Beschränkung in den Verwendungsgelegenheiten des Geldes — Bautätigkeit und Friedensinvestitionen müssen aus Arbeiter- und Materialmangel vorläufig fast gänzlich stocken — drängen große Kapitalien gerade der Aktie zu. Und dann tritt als wichtiges Moment hinzu, daß der finanzielle Wert des Geldes, der sich in seiner Kaufkraft ausdrückt und, wenn man so sagen darf, die psychologische Bewertung, die es als Vermögensbestandteil bei seinem Besitzer findet, beträchtlich gesunken sind. Die niedrige Kaufkraft des Geldes mußte naturgemäß wie den Preis aller Waren, so auch den der Aktie, die selbst eine Ware ist und meistens andere Waren repräsentiert, verteuern, und das hat jene zahlreichen Kauflustigen nicht zurückgeschreckt, die ihrem Gelde geringere Schätzung angedeihen ließen.

Das sind die inneren Gründe, die Wurzeln jener Bewegung, die die hohen Aktienkurse mitschaffen half. Daß auch sie teilweise ungesund, übertrieben und schädlich wirkt, weil sie den Kapitalverteilungsprozeß zwischen den verschiedenen Anlageformen zu einseitig beeinflußt, steht außer Frage. Aber besonders bedauerlich erscheint es, daß gerade die Kursausschreitungen der jüngsten Tage zweifellos das Werk einer blindwütigen Spekulation sind, deren Ziel nur der Kursgewinn, nur die mühelose Erlangung eines möglichst fetten Brocken Geldes aus einem einträglichen Differenzgeschäft war. Zu solchem Treiben ist heute weniger denn je die Zeit. Die Börse wurde nach Kriegsausbruch geschlossen, weil dies moralische und wirtschaftliche Interessen zu verlangen schienen. Sie wären wieder gefährdet, wenn der — es sei daran erinnert! — nur mit gewissen Begrenzungen wiedereröffnete Wertpapierverkehr bloß dem Börsenspiel und nicht dem wirklichen Kauf und Verkauf von Aktien diente. Ein Markt sollte wieder gebildet werden, auf dem jener zeitweise notwendige Besitzwechsel sich gültig und nach geregelten Preisen zu vollziehen vermag, wie ihn der Bestand und die Entwicklung des geschäftlichen und finanziellen Lebens selbst im Kriege erfordern können. Doch die Börsenhausse der vergangenen Woche war wohl das Zerrbild eines solchen Verkehrs, das Unmut auch bei jenen Stellen hervorrufen muß, die sonst der Börse gegenüber sehr viel Verständnis und Nachsicht walten lassen. Die Spekulation darf heute nicht die Führung des Wertpapiermarktes an sich reißen. Das würde nicht nur der Börse, sondern unserer ganzen finanziellen Verfassung schwer schaden!

* * *

## Die Börsekammer und die Kursausschreitungen.

In der gestrigen Vollversammlung der Börsekammer wurden unter anderem auch die gegenwärtige Börsenbewegung erörtert. Man beschloß, das bei der Wiedereröffnung des gegenwärtigen Wertpapierverkehres eingesetzte Ueberwachungskomitee für die Kursfestsetzungen zu erweitern und mit schärferen Vollmachten auszustatten.

Pester Lloyd
22./X. 1916

72
68

(Hauptstädtische Finanzkommission.) Die Kommission hielt heute vormittag unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bódy eine Sitzung. Vor der Tagesordnung beschloß die Kommission, eine aus 20 Mitgliedern bestehende Subkommission zu entsenden, die die Aufgabe haben wird, die der Generalversammlung zu unterbreitenden Magistratsvorlagen betreffend das nächstjährige Budget, die Vermehrung der Einnahmen der Hauptstadt, die Regelung der Verwaltung der kommunalen Betriebe sowie die Regelung der Benützung der hauptstädtischen Automobile zur Verhandlung vorzubereiten. Die Mitglieder der Subkommission werden in der nächsten Sitzung der Finanzkommission gewählt.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete das bekannte Reskript des Ministers des Innern in Angelegenheit der Familienzulage der hauptstädtischen Angestellten. Nachdem Magistratsrat-Obernotär Aladár Marher das Reskript verlesen hatte, ergriff Dr. Béla Feleki zu dem Reskript das Wort. Er kann den Standpunkt des Ministers nicht begreifen, daß bezüglich der Dotierung die Angestellten der Hauptstadt genau so behandelt werden, wie die staatlichen Angestellten, denn es gehe doch nicht an, daß die hauptstädtischen Angestellten in dieser Hinsicht z. B. mit den Staatsangestellten der Provinz, wo ja die Existenzverhältnisse nicht so schwierig seien, als in Budapest, in eine Kategorie gestellt werden. Für die Zukunft könne sich die Hauptstadt eine solche Vorschrift nicht gefallen lassen, da auch hiedurch die Autonomie benachteiligt werde. (Zustimmung.) Im übrigen nimmt Redner das Reskript des Ministers zur Kenntnis. Auch die Kommission tat dies. Sodann unterbreitete Referent Marher die Magistratsvorlage in Angelegenheit der neuen Kriegsunterstützung der hauptstädtischen Angestellten und des ihnen zu gewährenden Vorschusses zur Beschaffung von Lebensmitteln. Der Magistrat will den Vorschuß erst im Januar den Angestellten anweisen. Demgegenüber stellte Béla Perczel den Antrag, daß der Vorschuß schon am 1. November angewiesen werde. Nachdem noch Oberbuchhalter Árpád Szimély, Dr. Alexander Pető, Dr. Béla Feleki, Dr. Salomon Eulenberg und Oberfiskal Dr. Emerich Szabó gesprochen hatten, wurde der Antrag Béla Perczels einstimmig angenommen. Die übrigen Vorlagen wurden unverändert akzeptiert.

Der Morgen

23./X. 1916

69

# Spekulation.

Von Budapest her ertönte ein Warnungsruf über das Treiben an der dortigen Börse. Der Ruf ist auch hier gehört worden, teils mit Befriedigung, teils mit Mißvergnügen, je nach der, sagen wir: Parteirichtung, die man der gegenwärtigen Haussebewegung gegenüber einnimmt. Aber es zeigte sich, daß die Stimmungen und Verstimmungen über Budapest recht überflüssig waren, denn Budapest hat den ihm wesensfremden Warnungsruf sofort, um uns strategisch auszudrücken, „zurückgenommen" und von verschiedenen Stellen, die man als die berufenen Vetreter der Budapester Börse anzusehen verpflichtet ist, wurde mehr minder erklärt, daß alles so, wie es ist, sein und bleiben soll, die gegenwärtige Bewegung begründet ist, keinen Anlaß zu irgendwelchen Maßnahmen bietet usw. usw. Natürlich fehlte auch nicht in diesem Chorus die Stimme des Herrn v. Krausz, den man sich allerdings als Gegner spekulativer Betätigungen schwer vorstellen kann ... Immerhin, auch die Aufrichtigkeit ist eine schöne Eigenschaft, und wir wissen jetzt wenigstens, daß die „maßgebenden" Börsenkreise mit den jetzigen Zuständen im Wertpapierverkehr, mit diesem tollen Hinaufwirbeln der Kurse, das ja nur das Werk einer ebenso temperamentvollen wie geschickten Spekulation sein k a n n, mit dem Börsen s p i e l als solchem, dem Kursgewinn Selbstzweck und die wahre Bestimmung des Wertpapiermarktes: Vermittlung von wirklichem Besitzwechsel und Vermittlung wirklicher Kapitalsanlage, bloße Chimäre bedeuten, völlig einverstanden sind.

In Budapest — natürlich! Denn bei uns wagen sich solche unerschrockene Äußerungen nicht hervor. Man ist schamhafter, findet auch so ganz mühelos die Kundschaft, die einem die notierten und nichtnotierten Werte — wer kann sich dessen erwehren? — aus den Händen reißt, selbstverständlich zu „dauernder Kapitalsanlage" und nimmt nur dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, Börsenaufträge und Kostgeschäfte entgegen. Schließlich tut man's ja auch dem staatsfinanziellen Wohle zuliebe, denn wer wüßte nicht — Herr v. Krausz hat es ja jetzt sogar bündig erklärt — daß die Belebungen des Wertpapierverkehrs den Kriegsanleihen zustatten kommen. Er hat es als „bekannt" vorausgesetzt, „daß jene Stimmungen, welche im Zusammenhange mit den Wertsteigerungen gerade bei dem Kapitalsbesitz entstehen, auf die Zeichnungen von Kriegsanleihen nur fördernd wirken können". Vom „Ehrenpräsidenten des Vereins der Budapester Effektenhändler" ist das etwas verschwommen ausgedrückt. Mit Stimmungen wird nicht gezeichnet oder nicht bezahlt — „bekanntlich" — sondern nur mit Geld. Gemeint war also wahrscheinlich von ihm, daß die vom Kapitalsbesitz realisierten Wertsteigerungen (deutsch: Kursgewinne) flugs Verwendung bloß oder vornehmlich in Kriegsanleihen suchen. Diese Anschauung wird übrigens nicht nur von Herrn v. Krausz, sondern auch hier mit ganz besonderem Eifer (mit welchen Absichten, merkt man und wird dadurch verstimmt) geäußert und verbreitet, weshalb wir uns auch mit ihr mehr beschäftigen. Nun, zur Erhärtung ihrer Wahrheit schlagen wir die schleunige A n l e g u n g e i n e s S p e k u l a n t e n k a t a s t e r s, wenigstens zum intimen Gebrauch der Finanzverwaltung, vor, aus dessen Blättern man weniger über die „Stimmungen" der Spekulanten anläßlich der Kriegsanleihezeichnungen, aber sehr genau sowohl über die Höhe der von der Spekulation erzielten Wertsteigerungen des Kapitalsbesitzes (deutsch: Kursgewinn) als auch über die Verwendungen ihres Kapitals unterrichtet werden kann. Dann wird man wenigstens die patriotische Bereitwilligkeit der Spekulation im Dienste der Kriegsanleihen schwarz auf weiß haben. Bis dahin sind Zweifel erlaubt.

Reichspost 24./X. 1916



# Der Hausse-Rummel.

In einer in der letzten Woche abgehaltenen Plenarsitzung der Börsekammer wurde bestimmt, daß vom 1. Dezember ab alle nicht kotierten Aktien nur dann an der Börse gehandelt werden dürfen, wenn hiezu eine besondere Bewilligung im Verordnungsblatt der Wiener Börsekammer kundgemacht wird. Desgleichen wurde beschlossen, ein Ueberwachungskomitee mit dem Vetorecht gegen Kursübertreibungen einzusetzen. Der Alarmruf aus Budapest — der übrigens auf das Betreiben der dortigen Finanzgewaltigen, denen die Wiener Börsenpresse liebevoll ihre Spalten zur Verfügung stellte, alsobald wieder zurückgenommen worden ist — hat den hiesigen Börsenleuten und ihrem Anhang, der sich alltäglich zur Mittagstunde auf dem Schottenring aufhält, etwas Furcht eingejagt und um unliebsamen Ueberraschungen, wie sie etwa von der Himmelpfortgasse her vielleicht doch kommen könnten, vorzubeugen, führt man jetzt eine kleine Maskerade auf. Es ist das alte Spiel vom Bock, den man zum Gärtner macht und bei der Gerissenheit der Akteure kann man sicher sein, daß sie ihre Rolle tadellos ausfüllen werden. Die Außenwelt muß wieder einmal ordentlich getäuscht werden. Zur Beruhigung der öffentlichen Meinung, die mit Recht entrüstet ist über das Treiben der Spekulanten, setzt die Börsenkammer ein Ueberwachungskomitee ein, in dem sich Bankdirektoren und Effektenhändler verständnisinnig die Hand zu „ehrenamtlicher Arbeit" reichen werden. Ueber die Zulassung der nichtkotierten Effekten werden also jene entscheiden, die persönlich das größte Interesse daran haben, daß diese Sorte von Papieren auf den Markt gebracht wird. Der Widersinn, der in dieser Einrichtung liegt, scheint an den zuständigen Stellen nicht weiter aufgefallen zu sein oder sind wir bereits so weit gekommen, daß es eine Grenze für die Machtansprüche unserer Großbanken überhaupt nicht mehr gibt?

Was für einen Sinn hat denn heute noch die Einrichtung eines Börsekommissariates, wenn die Banken, deren ganze Tätigkeit auf die Entfachung der Spielwut und des Haussetaumels eingestellt ist, zu Richtern über ihre eigene Tätigkeit gemacht werden?

---

Die Börse, die kraft ihrer Eigenschaft als Sammelpunkt des nationalen Kapitals jetzt im Kriege vorzugsweise der Kriegsfinanzierung dienen sollte, ist zu einem Herd verwirrender Unruhe für unser ganzes Wirtschaftsleben geworden. Die hochgespannten Erwartungen, die die Finanzpresse seinerzeit an die Wiederherstellung des Börseverkehres geknüpft hat, haben sich in keiner Weise erfüllt. Im Gegenteil. Das wüste Treiben, das sich jetzt alle Tage um die Mittagsstunde abspielt, läßt selbst die Ausschreitungen der Effektenspekulation, die im vorigen Jahr zweimal Anlaß zur offiziellen Verwarnung gegeben haben, beinahe als harmlos erscheinen. Der Effektenhandel hat wieder legitimen Charakter angenommen, er ist sozusagen behördlich abgestempelt und die Verlegung des Geschäftes in den Börsesaal gab noch obendrein den Banken die Möglichkeit, eine breitere Grundlage für ihre Unternehmungen zu schaffen. Die rasche Neubildung von großen anlagesuchenden Kapitalien und die Kauf- und Spielwut der einstigen Spekulanten von der Produktenbörse, die jetzt ihr Arbeitsfeld nach dem Gebäude am Schottenring verlegt haben, erzeugen eine fieberhafte Nachfrage, die zu Kurssprüngen führen muß, wie wir sie an dieser Stelle bereits hinlänglich gekennzeichnet haben.

Es ist gar keine Aussicht auf eine Wendung zum Besseren gegeben, solange die Banken, die den Effektenmarkt beherrschen, nicht zu einer Aenderung in den Methoden veranlaßt werden, wie sie vor allem beim Effektenkommissionsgeschäft üblich sind. Die geringe Einschußquote, die hiebei von den Banken gefordert wird, reizt das Publikum und trägt das Spekulationsfieber in die breitesten Schichten der Bevölkerung. Hier ist der Hebel anzusetzen.

Der Abend
24./X. 1916

# Sittenbilder von der Fruchtbörse.

## Der schwimmende Reis. — Die Verurteilung des Herrn Federbusch.

In engem Zusammenhang mit dem wilden Spiel auf dem Wertpapiermarkte steht die Preistreiberei an der Fruchtbörse. Die Mehrzahl der Personen, die durch ihre Spekulationskäufe augenblicklich die Börse zu einem wahren Spielsaal herabdrücken, schafft sich die Mittel jenseits des Donaukanals, in dem Prachtbau in der Taborstraße, wo Bodenfrüchte auf den Weg über den Großhandel zum Verbrauch gelenkt werden sollen. Dort gehen schon fast seit Kriegsbeginn Dinge vor, die es klarmachen, daß die gesamte Bevölkerung die Zeche für das Festessen auf dem Schottenring bezahlen muß. In der Taborstraße, nicht bloß im Börsengebäude, sondern in allen Kaffeehäusern von der Marienbrücke bis zur Augartenstraße werden Geschäfte mit Lebensmitteln gemacht, die bloß der Erzielung von Zwischengewinnen dienen, Zwischengewinnen, die fast zur Gänze die Grundlage für Spekulationen in Wertpapieren geben. Die seit Kriegsbeginn aufgetauchten Preistreiber an der Fruchtbörse sind fast ausnahmslos die besten Kunden der Börsenkontore. Sie wirken also doppelt schädlich, erstens indem sie einen großen Teil der Teuerung verursachen und die solcherart erworbenen Summen volkswirtschaftlich schädlich zu weiteren Spekulationen verwenden.

Kaum hatte der Krieg begonnen und kaum wurde der Getreidehandel eingeschränkt, als schon in der Umgebung der Fruchtbörse die ersten Kettenhändler auftauchten. Das erste Lebensmittel, dem sie ihre Aufmerksamkeit zuwandten, war der Reis. Große Firmen, die sich seit Jahren mit dem Reishandel befaßten, hatten im August 1914 noch beträchtliche Vorräte an Reis, der sie auf K 23·50 für mindeste bis K 37 für beste Ware zu stehen kam. Da tauchten die ersten Kettenhändler auf und boten für ganze Waggonladungen Preise von K 25 bis K 40 an. Der berufsmäßige Reishändler, der gewohnt war, an einem Waggon Reis K 50 zu verdienen, sah ohne sein Dazutun plötzlich den für ihn ungeheuren Nutzen von K 150 bis K 300 an einem Waggon und zögerte nicht, die Ware abzustoßen. Kaum war aber der Reis, ohne die Lagerstätte zu wechseln, aus dem Verfügungsrecht des erbgesessenen Handels in das der neuen Händlergruppen übergegangen, als der wilde Handel mit den Schlußbriefen einsetzte. Diese wurden wie ein Fußball zwischen einer kleinen Gruppe von Spielern hin- und hergeschleudert, bis der Preis von K 600 für den Zentner erreicht war, der heute gilt. Dabei ist der Reis, der bereits damals lagerte, noch immer nicht im Handelsverkehr. Noch wandern die Schlußbriefe, noch wird der Preis getrieben, wofür der kürzlich abgeführte Prozeß gegen einen Herrn Federbusch, Grundbesitzer aus Ostgalizien und gleichzeitig Mitglied der Fruchtbörse, der brüderlich mit dem bekannten christlichsozialen Parteigänger Kerzendacht aus Weidling zur gleichen Stunde verurteilt wurde, den Beweis erbrachte, denn der Staatsanwalt war nicht in der Lage, herauszubringen, wo der von Herrn Federbusch verteuerte Reis jetzt „weiterschwimmt". Daß die Ware „schwimmt", ist die Hauptsache, da diese Art Handel nur den Zwischengewinn, nicht die Verteilung an den Verbrauch zum Ziel hat. Zur Ehre der Mehrheit der alten Wiener Fruchthändler sei hier festgestellt, daß kaum einer von ihnen dieses Treiben mitgemacht hat, ja daß viele jeden Handel eingestellt haben und teils als Beamte der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt ihr Fortkommen finden, teils von ihren Mitteln leben. Die Leute, die die Fruchtbörse zu einem Mittelpunkt der Preistreiberei gemacht haben, sind alle erst durch den Kriegssturm hinaufgeweht worden. Da ist ein ehemaliger Möbeltrödler aus Döbling, dort ein berüchtigter Geldagent, hier ein Händler mit Alteisen, dann viele Gutsbesitzer und Kaufleute aus Galizien. Teils verstanden sie es, sich Börsekarten zu verschaffen, bei deren Ausstellung der Börserat der Fruchtbörse durchaus nicht engherzig war, teils begnügen sie sich, ihre Geschäfte im Hofe des Börsengebäudes und in den Kaffeehäusern in der Taborstraße vor den Augen aller Welt abzuwickeln, was nur möglich ist, weil gar keine Überwachung dieses Bodens vorgesehen ist. Dabei nimmt dieses Treiben, trotzdem gelegentlich einzelne Fälle dem Staatsanwalt zur Kenntnis kommen und auch Schuldige zu lächerlich geringen Strafen verurteilt werden, noch immer zu. Was ficht's einen Verdiener vom Schlage des Reisverteuerers Federbusch an, wenn er einen Monat strengen Arrest absitzen muß, da man doch an der Fruchtbörse seinen Nutzen auf mindestens eine halbe Million Kronen — ein Fachmann sprach sogar von einer ganzen Million — veranschlagt?

Erst war's der Reis, dann kam der Kaffee und jetzt sind's Bohnen, Brein, Erbsen und Hafer, die den Gegenstand der Preistreiberei bilden.

Neue Freie Presse Abendbl
26./X. 1916

## Oesterreichisch-ungarische Bank.

Wien, 26. Oktober.

Heute wurde in Wien unter dem Vorsitz des Gouverneurs Geheimen Rates Dr. Popovics eine Sitzung des Generalrats der Oesterreichisch-ungarischen Bank abgehalten. Der Generalsekretär v. Schmid erstattete einen Bericht über die Lage des Geldmarktes, in dem er hervorhob, daß gegenwärtig eine noch niemals dagewesene Geldflüssigkeit vorhanden sei. In Wien sei der Zinsfuß auf 1½ Prozent gesunken. In Budapest sei das Geld ebenfalls sehr flüssig. Der Satz hält sich unverändert auf 2¾ Prozent, wobei kein Geschäft zu verzeichnen ist. In Berlin hält sich der Satz auf offenem Markte bei flüssigem Gelde auf 4⅝ Prozent. In London hat dagegen der Zinsfuß eher etwas angezogen, und zwar auf 5⅜ Prozent für zweimonatiges und 5 19/32 Prozent für dreimonatiges Papier. Bemerkenswert sei die große Festigkeit auf dem Anlagemarkte, die sowohl bei uns als auch in Deutschland vorhanden ist, während die englischen Konsols einen scharfen Rückgang bis auf 56½ erfahren haben und auch die 3prozentige französische Rente auf 61.10 zurückgegangen ist. Nach dem jetzigen Kurse verzinsen sich die 2½prozentigen englischen Konsols mit 4·42 Prozent, die 3prozentige französische Rente mit 4·91 Prozent. Der Rückgang der englischen Konsols hänge mit dem Uebergang Englands zu einem 6prozentigen Staatsschuldentitres, der in Form von Schatzanweisungen ausgegeben werde, zusammen.

In der Sitzung wurde beschlossen, die statutenmäßig vorgeschriebene Kundmachung für den Erlag der Aktien zur Generalversammlung am 29. Oktober zu publizieren.

Neues Wiener Tagblatt Abend
26./X. 1916

VI
26
75

## Oesterreichisch-ungarische Bank.

In der heute abgehaltenen Generalratssitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank erstattete Generalsekretär v. Schmid den üblichen Bericht über den Geldmarkt und betonte, daß eine Geldflüssigkeit, wie sie noch nie erlebt worden sei, zu verzeichnen ist. Der Privatdiskont ist auf 1½ Prozent gesunken.

In der Sitzung wurde ferner beschlossen, die Kundmachung für die Devonierung der Aktien für die Generalversammlung am 29. d. zu publizieren. Es entspricht dies den Bestimmungen des Statuts, nach welchem in der letzten Woche des Monats Oktober diese Publikation erfolgen muß.

Der Abend
26./X. 1916

76

# Sittenbilder vom Schottenring und Umgebung.

## Der Kundenfang.

(Siehe „Der Abend" vom 13. und 18. Oktober 1916.)

Der Name der Räubernester, die man als Buckettshops bezeichnet, stammt aus Amerika, die Kunst des Ausplünderns der gewinnlüsternen Spieler aus Paris, wo das Prämiengeschäft erfunden wurde, und die Herrschaften, die sie bei uns ausüben, zumeist aus Budapest und Umgebung. Ursprünglich bestand nämlich der ganze Witz des In-sich-Geschäftes darin, Leute zum Börsenspiel zu verleiten und dann den Kurs des Papieres durch Käufe oder Abgaben so zu beeinflussen, daß die Käufer mit Verlust abschnitten. Das ließ sich natürlich an einer kleinen Börse, wie es die Budapester vor Jahren noch war, leicht bewerkstelligen und deshalb entstand der erste Buckettshop der Monarchie in Budapest. Nachdem eine Mache in Aktien der Siebenbürger Holzverkohlungsgesellschaften zur Strafuntersuchung geführt hatte und der Leiter des Geschäftes sich mit Leuchtgas vergiftet hatte, waren seien Werber, etwa zwanzig an der Zahl, gewohnt auf fremde Kosten üppig zu leben, plötzlich brotlos. Sie gründeten teils in Budapest, teils in Berlin, teils in Wien neue Börsenfirmen, die durchwegs auf dem Weisheitssatz ihres Herren und Meisters aufbauten: „Auf die Dauer muß jeder Börsenspieler sein Geld verlieren."

Das Gründungskapital der Firmen, die sich in Wien auftaten, war meist lächerlich gering. Es reichte gerade aus, die Miete, die Drucksorten und Briefmarken für die Schlepperrundschreiben der ersten Tage zu bezahlen. Gelder als Zuschuß für wirkliche Ausführung der Aufträge der angeworbenen Kundschaft waren nicht vorhanden. Jedes Geschäft mußte daher In-Sich gemacht werden. Und dabei ist's geblieben bis auf den heutigen Tag.

An der Wiener Börse ist es bei dem großen Verkehr nicht gut möglich — wenigstens für einen mittellosen Winkelbankgeschäftsinhaber — die Kurse künstlich zu beeinflussen. Er muß daher darauf bedacht sein, die Entschließungen seiner Kunden irrezuleiten. Hiezu hat er den Remissier. So nennt man im Handelsdeutsch den Mann, der dem Börsenkontor einen Kunden zuführt. Er schaltet unter allen erdenklichen Vorwänden Anzeigen in die Tageszeitungen Wiens und der Provinz ein, die ihm Zuschriften von Besitzern flüssiger Gelder einbringen sollen. Die solcher Art erlangten Adressen bleiben einige Zeit liegen. Dann geht eines der Rundschreiben, meist unter Briefumschlag ohne Firmaauftrag, an den „Mann" in der Provinz ab. Es stellt einen scheinbar unabhängigen Tagesbericht eines Bankhauses dar. Oft ist es auch ein scheinbar unabhängiges finanzielles Fachblatt, das schrecklich gut unterrichtet tut, das den Leuten zugeschickt wird. Diese Blätter, heißen sie nun „Economist" oder „Kapitalist", „Börsenwoche", „Finanzrundschau" oder ähnlich, haben alle einen „Briefkasten" der Schriftleitung. Die Antworten darin sind zu Neunzehntel erfunden, gemacht. Sie haben den Zweck, Anfragen hervorzulocken. Wer wirklich anfragt, hat bald den „Remissier" auf dem Halse. Dieser meldet sich aber auch ohne Anfrage. Meist genügt die Annahme der regelmäßig zugesendeten Tagesberichte in Briefform dazu. Zur Warnung lassen wir einen, aus dem Mai dieses Jahres im Worlaute folgen, dessen Lockspeise in den gesperrt gedruckten Stellen liegt. Das Schreiben, das von einer berüchtigten Schlepperbude herrührt, lautet:

> „Die Börse verfolgt zwar die deutsch-amerikanische Krise mit großer Spannung, ohne daß eine ernste Beunruhigung etwa eingetreten wäre; im Gegenteil, der Unterton des Effektenmarktes ist bei auffallender Widerstandsfähigkeit überraschend zuversichtlich."

Hier folgt nun eine außerordentlich rosige Darstellung der Marktlage, deren Schluß jedoch die Möglichkeit eines Kursrückganges als besonderen Vorteil einer günstigen Gelegenheit zum billigen Kaufe offen läßt. Weiter heißt es dann:

> „Das Resultat solcher Erwägungen kann aber nur dazu führen, daß eine Beteiligung an so prosperierenden Industrieunternehmungen durch Aktienkauf nennenswerte Vorteile verspricht und deshalb vertreten wir die Ansicht, daß eine Aufwärtsbewegung auf dem Effektenmarkte aufflammen müßte, denn der siegreiche Ausgang des Kampfes ist für die Zentralmächte zweifellos.
>
> Es würde uns freuen, wenn unsere Anregungen bei Ihnen die verdiente Beachtung finden würden und wir sind gerne bereit, Ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, damit bei einer Verbindung mit uns entsprechend günstige Resultate für Sie gefördert werden können.
>
> Teilen Sie uns mit, wenn Sie bei Unternehmungen, deren Aktien stark profitieren müßten, sich durch Kauf derselben beteiligen wollen, damit Sie im entscheidenden Augenblicke einen raschen Entschluß fassen können, der Ihnen beträchtliche Vorteile bringen würde.
>
> Wir ersuchen Sie, uns mit Ihren gesch. Nachrichten umgehend zu beehren, um Sie rechtzeitig informieren zu können, damit die vorteilhafteste Ausnützung Ihnen ermöglicht wird und zeichnen, stets gerne zu Ihren Diensten, . . ."

Man sollte nun glauben, daß der edle Menschenfreund unmittelbar mit dem Empfänger des Briefes in Geschäftsverbindung treten würde. Weit gefehlt! Es gilt ja, dem Staatsanwalt ein Schnippchen zu schlagen, der einmal so eigensinnig ist, auf dem Standpunkt zu stehen, daß jemand, der Ratschläge für Börsengeschäfte erteilt, die Aufträge aber In-Sich macht, d. h. nicht wirklich auf der Börse ausführt, einen gewöhnlichen Betrug begeht. Die Ratschläge muß daher der „Remissier" erteilen. Er erhält zwar meist ein Viertel oder ein Drittel vom Raub und den Ersatz der sehr hohen Anderkosten, aber er ist ja nur der Agent, der den besten Willen hatte, sich aber „geirrt" hat und bei großer Geschicklichkeit dem Strafgesetz leicht entgehen kann. Tatsächlich sind in den letzten Jahren vor dem Kriege mehrere dieser Herren in Strafuntersuchung gewesen. Der lückenlose Nachweis des Betruges war aber nicht zu erbringen und da auch Schadensgutmachung erfolgte, wurden die Untersuchungen nach monatelanger Dauer leider eingestellt.

(Fortsetzung folgt.)

Reichspost
27. IX. 1916



**Ein Mißbrauch bei den hiesigen Banken.** Aus Leserkreisen wird uns geschrieben: „Zu den ‚Usancen' der hiesigen Banken, die bekanntlich in einem Konditionenkartell vereinigt sind, gehört auch die Gewohnheit, fällige Zinsscheine (Coupons) nicht etwa mit dem Tage der Fälligkeit im Kontokorrent gutzuschreiben, sondern den Gutschriftstermin stets um 5 Tage später anzusetzen. Da sich nun gegenwärtig Millionen von Kriegsanleihestücken in den Depots der Banken befinden und die Banken ihrerseits die Zinsen vom Staate nicht nur pünktlich am ersten, sondern in vielen Fällen bis zu acht Tage vor der Fälligkeit bezahlt erhalten, so fallen den Banken Beträge, die in die vielen Tausende gehen, als unverdienter Zinsengewinn in den Schoß. Die rechtmäßigen Eigentümer hievon sind jedoch die vielen Deponenten, die auf solche Weise um einen Teil ihrer Renten gebracht werden. Mag sein, daß es sich da um eine Vereinbarung handelt, die im Konditionenkartell, und zwar vor Beginn des Krieges getroffen worden ist. Heute, wo sich die Verhältnisse gerade in bezug auf den Umfang der bei den Banken deponierten Gelder vollkommen verändert haben, ist jedoch kein Grund mehr gegeben, um eine derartige, auf eine simple Uebervorteilung der Kunden hinauslaufende Usance noch weiterhin aufrecht zu erhalten."

Der Abend
27./X. 1916

78

# Sittenbilder von der Produktenbörse.

Vom Generalsekretär der Börse für landwirtschaftliche Produkte, Reg.-Rat Dr. Alexander Horowitz, erhalten wir die nachstehende Zuschrift, die wir um so lieber vollinhaltlich veröffentlichen, als sie zeigt, daß die Leitung der Fruchtbörse den von uns festgestellten Mißständen gegenüber unseren Standpunkt einnimmt. Es sind dies Zustände, unter deren unerträglichen Folgen die Allgemeinheit empfindlich leiden muß. Ernstes Befremden und lebhaftes Bedauern aber muß es erwecken, wenn wir hören, daß die für den geregelten Marktverkehr verantwortlichen Staatsorgane selbst in dieser überaus schweren Zeit nicht die Kraft aufbringen, die Bevölkerung von dem Unwesen des Winkelbörsentums und dessen Parasiten zu befreien.

Reg.-Rat Dr. Horowitz schreibt uns:

„Gestatten Sie mir, zu Ihrer, in der Nummer vom 24. Oktober unter der Spitzmarke „Sittenbilder von der Fruchtbörse" gebrachten Schilderung von Preistreiberei und Kettenhandel in Verkehrsgegenständen der Produktenbörse, einige aufklärende Bemerkungen:

Kein Einsichtiger kann sich der Erkenntnis verschließen, daß abscheuliche Ausartungen und sträfliche Preistreibereien leider auch in Verkehrsgegenständen der Produktenbörse, demnach in den unentbehrlichen Lebensmitteln der Bevölkerung, vorkommen, die nicht nur mit Worten zu bekämpfen, sondern mit rücksichtsloser Tat zu unterdrücken, das Interesse der Allgemeinheit gebieterisch erfordert. Aber es ist verfehlt, die unleugbaren Übelstände auf diesem Gebiet unserer Lebensmittelversorgung der Leitung der Wiener Produktenbörse oder den an dieser Börse berufstätigen Kaufleuten zur Last zu legen. Die Wurzel dieses Übels liegt im „Winkelbörsentum"; abseits vom offenen Markte werden in der nächsten Umgebung der Produktenbörse in Kaffee- und Gasthäusern in der Taborstraße und am Franz Josefs-Kai zumeist von ganz berufsfremden Personen Geschäfte in großem Umfange geschlossen, die ebenso das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, wie die Personen, die sie schließen. Seit fast zwanzig Jahren bemüht sich die Börsenleitung unablässig, alle in Betracht kommenden Instanzen der Staatsgewalt eindringlichst aufmerksam zu machen, daß durch die Zulassung dieses gesetzwidrigen Zustandes, der volkswirtschaftliche Zweck des geregelten öffentlichen Börsenverkehrs vereitelt und eine der wesentlichsten Aufgaben der Börse, für die wichtigsten Volksnahrungsmittel eine verläßliche Preisbildung zu schaffen, unmöglich gemacht wird. Wenn nun alle diese Vorstellungen niemals zu einem entsprechenden oder dauernden Erfolge führten, muß die Börsenleitung die Verantwortung für alle, durch den Fortbestand dieser gesetzwidrigen Verhältnisse hervorgerufenen und jetzt im Kriege besonders empfindlich fühlbaren Mißstände ablehnen. Um diese berüchtigten Ansammlungen von berufsfremden Elementen zumindest im Durchhaus des Börsengebäudes zu verhüten, hat die Börsenleitung seit Kriegsausbruch auf eigene Kosten durch Polizeiorgane einen Überwachungsdienst eingeleitet und den Zutritt zum Börsenkaffeehause allen berufsfremden Elementen versperrt.

Bevor jemandem durch Erteilung einer Jahreskarte die Börsenmitgliedschaft verliehen oder durch Gewährung einer Tageskarte das Recht zum Besuche der Börse an einem einzelnen Tage zugebilligt wird, muß die Berufszugehörigkeit des Bewerbers und seine kaufmännische Ehrenhaftigkeit in einwandfreier Weise festgestellt sein. Daß trotzdem bei der Anzahl von nahezu tausend ständigen Börsenmitgliedern und vielen Tausenden von gelegentlichen Börsenbesuchern, zuweilen ein bedauerlicher Mißgriff geschieht, kann, selbst bei strengster Prüfung, leider niemals vermieden werden, aber die Börsenleitung läßt es sich stets angelegen sein, den begangenen Fehler rasch gutzumachen. So hat der in Ihrem Aufsatz genannte „Federbusch" im Jahre 1915 eine Börsenkarte erhalten, weil er den Nachweis erbrachte, daß er Ökonom und Besitzer von drei Spiritusbrennereien sei und eine Wiener erstrangige Bank ihn als vertrauenswürdigen und anständigen Kaufmann bezeichnete, im Jahre 1916 hat er überhaupt keine Börsenkarte besessen. Dem weiter angeführten „Möbelhändler" wurde bereits im Frühjahre 1915, einige Monate nach Erteilung der Börsenkarte, die Börsenmitgliedschaft wieder entzogen, jedoch über Verfügung der Aufsichtsbehörde im Sommer 1916 wieder verliehen, bis ihm schließlich auf Grund einer allerdings noch nicht rechtskräftigen Verurteilung wegen Preistreiberei, der Börsenbesuch neuerdings untersagt wurde.

Der volkswirtschaftliche Zweck der Börse, als eines großen, offenen Marktes liegt darin, daß er eine richtige und verläßliche Preisbildung gewährleisten, das Zusammenströmen von Angebot und Nachfrage fördern, dem Verkäufer den wahren Wert seiner Ware sichern, den Käufer vor Übervorteilung schützen soll; dieser Zweck kann aber nur dann erreicht werden, wenn alle Geschäftsabschlüsse im Lichte der Öffentlichkeit sich vollziehen und zur geschäftlichen Betätigung nur Berufsangehörige zugelassen werden, die sich damit begnügen und begnügen müssen, daß sie für die Hinüberleitung der Ware von den Absatzquellen in die Verbrauchsgebiete und für das Näherbringen der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher eine ihrer Arbeitsleistung angemessene Vergütung erhalten. Wenn dieser volkswirtschaftliche Zweck der Produktenbörse erreicht werden soll, dann müßten die darauf gerichteten Bestrebungen der Börsenleitung in erster Reihe durch die hiezu gesetzlich berufenen staatlichen Instanzen gefördert, nicht aber, wie bisher, durchkreuzt werden."

Pester Lloyd
29./X. 1916

(Feststellung der Effektenkurse zum Jahresschlusse.) Seitdem die deutsche Regierung beschlossen hat, dem Reichstag ein Gesetz zu unterbreiten, durch das der Bundesrat ermächtigt werden soll, für die Veranlagung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer die Kurse der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere auf den 31. Dezember dieses Jahres festzusetzen, beschäftigt man sich auch in Wien und in Budapest mit der Idee einer authentischen Wertfeststellung der an den Börsen der beiden Hauptstädte der Monarchie notierten Effekten. In Wien würde eine solche Verfügung wohl nicht steuertechnische Gesichtspunkte erfordern, sondern man hält sie vornehmlich nur aus dem Grunde für wünschenswert, weil man immer mehr das Bedürfnis nach einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bewertung der Wertpapiere für Bilanzzwecke empfindet; bei uns in Ungarn erweist sich eine solche Maßnahme aber, abgesehen davon, daß die letzten amtlichen Kurse vom 25. Juli 1914 infolge der seither eingetretenen erheblichen Kurssteigerungen nicht mehr als Grundlage einer realen Bilanzierung dienen können, auch deshalb als notwendig, weil bei der Bemessung der neuen Vermögenssteuer auch hinsichtlich der Gegenstand des Börsenverkehrs bildenden Effekten eine verläßliche Basis geschaffen werden muß. In den jüngsten Tagen war denn auch hier das Gerücht verbreitet, daß man sich an maßgebender Stelle bereits mit dieser Frage eingehend beschäftige und daß schon für die nächste Zeit eine Regierungsverordnung betreffend die Festsetzung der Kurse der an der hiesigen Börse gehandelten Werte am letzten Tage dieses Jahres zu gewärtigen sei. Wie wir dem gegenüber erfahren, eilt dieses Gerücht den Tatsachen weit voraus. An maßgebender Stelle ist man über diese Frage noch nicht schlüssig geworden und es sind auch nach keiner Richtung hin Schritte unternommen worden, um eine solche Entscheidung zu provozieren. Gleichwohl beschäftigt diese Frage auch bei uns sowohl die Interessenten, wie die maßgebenden Kreise. Was speziell die ersteren betrifft, so halten sie zur Lösung der Frage einer Feststellung der Effektenkurse zum Jahresschlusse zwei Modalitäten für möglich. Der erste Modus wäre die Freigebung des offiziellen Börsenverkehrs für den 31. Dezember dieses Jahres, der zweite die Festsetzung der Kurse durch eine Regierungsverordnung. Als wahrscheinlicher wird es angesehen, daß der letztere Modus gewählt wird, da die Wiedereröffnung des offiziellen Börsenverkehrs für einen einzigen Tag verschiedene Unzukömmlichkeiten imGefolge hätte. Zunächst könnte es leicht vorkommen, daß an diesem einen Tag nicht in allen an der Börse notierten Effekten Abschlüsse zustande kommen, so daß die festzustellende Kursliste keine vollkommene sein könnte. Außerdem könnten sich aber auch in bezug auf die Kursgestaltung an diesem einen Tage Einflüsse geltend machen, die eine reale Feststellung des Wertes der Effekten unmöglich machen würden. Man hält daher auch in Kreisen der Interessenten eine behördliche Feststellung der Effektenkurse am letzten Tage des Jahres für richtiger, nur hält man es für zweckmäßiger, daß sie nicht wie in Deutschland provisorisch durch den Reichskanzler und endgültig durch den Bundesrat, also durch Regierungsstellen, sondern durch den Börsenrat, beziehungsweise durch eine, von ihm zu betrauende, aus Fachmännern der Börse bestehende Spezialkommission erfolgen soll, die am berufensten wäre, eine nach jeder Richtung einwandfreie Festsetzung der Kurse vorzunehmen. Das sind jedoch, wie gesagt, nur Meinungen und Anregungen, über die momentan hinauszugehen derzeit, da die Frage noch nicht ganz aktuell ist, keine Veranlassung vorliegt.

Der Morgen

30./X. 1916

83

# Dividendenpolitik.

Die jüngste Generalversammlung der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft gab ihren Machthabern, Kestranek und Feilchenfeld, Gelegenheit, sich über die Dividenden- (und die damit in Zusammenhang stehende Steuer-) politik des Unternehmens zu äußern. Sie haben gegen ihre Gegner polemisiert, indem sie Anschauungen und Forderungen bekämpften, die in solcher Form und in solchem Sinne niemals von dieser Gruppe der Unzufriedenen aufgestellt wurden. Auch bei uns zu Lande sind die Aktionäre nicht so unvernünftig und unwissend, daß ihnen der Wesensunterschied zwischen einem festverzinslichen und einem Dividendenpapier fremd wäre. Wenn sie auf eine „Stetigkeit der Dividende" Wert legen, so verlangen sie damit nicht ein immer gleichbleibendes Einkommen aus ihrem Aktienbesitz, der dann in einen Rentenbesitz umgewandelt schiene, sondern ein vor übergroßen Schwankungen bewahrtes Erträgnis, das eine vorausschauende Verwaltung nivellieren und dessen Wechsel nach oben wie nach unten sie bloß durch sanftere Übergänge weniger schroff gestalten soll. Das wollen jene Aktionäre, die nach einer Stetigkeit der Dividende rufen, ein Wunsch, dessen Erfüllung auch den Interessen der Aktiengesellschaften entspricht, nicht zuletzt darum, weil die Stetigkeit der Dividende am ehesten die Stetigkeit der Aktionäre verbürgt. Wenn der Generaldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft es den Aktionären anheimstellt, den Dividendenvorschlag der Verwaltung abzuändern, so weiß er, daß er — ganz abgesehen von der Verteilung der Machtverhältnisse innerhalb der Aktionäre — die Generalversammlung da vor eine Aufgabe stellt, die sie unbedingt richtig nicht zu lösen vermag. Denn ihr ist Allzuvieles, was als Richtschnur für die Anlegung der Bilanz, für die Veröffentlichung und Verteilung der ausgewiesenen Gewinne und namentlich für die Beurteilung der nächsten Zukunftsaussichten dient, unbekannt, während es dem Generaldirektor und den wirklich leitenden Verwaltungsräten bekannt ist oder sein soll. Und aus Respekt vor dieser Überlegenheit, den doch Kestranek nicht entrüstet von sich abzuweisen braucht, finden die Dividendenvorschläge der Verwaltung die Zustimmung der Generalversammlung.

Die Dividenden der Prager Eisen waren in den letzten Jahren besonders veränderlich: 190, 40, 120 und jetzt wieder 190 Kronen. Wären da nicht, wie wir sagten, „sanftere Übergänge" möglich gewesen? Kestranek hat die niedrige Dividende von 40 Kronen für 1913/14 zu rechtfertigen gesucht und an die wenig glückliche Zeit erinnert, in der diese Dividende festgesetzt wurde. Aber während er sonst, wenn wir ihn recht verstehen, die Auffassung vertritt, daß aus der Geschäftsführung eines Jahres den Aktionären das gebürt, was nach den faktischen Ausgaben ihnen faktisch verbleibt, hat er gerade aus dem minder befriedigenden Erträgnis für 1913/14 noch überdies 4 Millionen, also rund 55 Kronen für jede Aktie zurückbehalten. War das und in solchem Umfang nötig?

Und nun das zweite Kapital: die Steuerfrage. Feilchenfeld und neben ihm Kestranek beharren hartnäckig auf dem Grundsatz, der Ertragsrechnung die Steuer anzulasten, die das Berichtsjahr „trifft", d. i. also jene Steuer, für die das abgelaufene Geschäftsjahr die Bemessungs-

---

grundlage bildet. (Ein „Irrtum der Kritiker" liegt hier nicht vor, wie Herr Feilchenfeld meinte; sie wissen, daß z. B. das Jahr 1916 „getroffen" wird von der Steuer für 1915, d. h. in diesem Jahre gezahlt werden muß die auf der Grundlage des vorangegangenen Jahres erhobene Steuer.) Würden sie von dieser unseres Erachtens unrichtigeren und unbilligeren Übung, die heute bereits der größte Teil unserer großen Aktiengesellschaften verlassen hat, abgehen, dann würden sie auch damit nur höchst natürlich mehr im Interesse der „Stetigkeit der Dividende" wirken. Und es wäre vermieden worden, daß aus dem verhältnismäßig zusammengeschrumpften Erträgnis des Depressionsjahres 1913 bis 1914 eine Steuer bezahlt werden mußte, für deren Höhe der Gewinn eines Rekordjahres bestimmend war. Die Dividendenpolitik jeder großen Gesellschaft soll, soweit es auf ihre Leitung ankommt, ein zu starkes Auf und Nieder des Aktienerträgnisses zu vermeiden trachten.

Neues Wiener Tagblatt
31./X. 1916



## Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe.

Wir erhalten das nachstehende Communiqué:

„Behufs einheitlicher und wirksamer Betätigung des österreichischen und ungarischen Kapitals im Orient, insbesondere behufs intensiver Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei, haben sich die Kreditanstalt und der Wiener Bankverein mit der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank und der Pester Ungarischen Kommerzialbank zur gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung von Geschäften größeren Umfanges zusammengeschlossen. Der Wirkungskreis der neuen Gruppe, welche den Namen „Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe" führen wird, erstreckt sich vorerst auf die Türkei und umfaßt ausschließlich die Konsortialgeschäfte auf dem Gebiete der Staatsfinanzen, des Verkehrswesens, der öffentlichen Bauten, der Landwirtschaft und der Industrie. Die einzelnen Teilnehmer an der Gruppe behalten für die Pflege des laufenden Bankgeschäftes und für die Gründung von Filialen oder affiliierten Banken in der Türkei freie Hand. Zwischen der Orientgruppe und dem Hause S. M. von Rothschild wurden Abmachungen getroffen, laut welchen das genannte Haus bei einer Betätigung im Orient mit der Gruppe Hand in Hand vorgehen wird. Die vorbereitende Tätigkeit dieses neuen Konsortiums, welche in die ersten Monate des laufenden Jahres zurückreicht, hat bereits zur Anknüpfung mannigfacher geschäftlicher Verhandlungen in der Türkei geführt."

* * *

Die militärische Bundesgenossenschaft mit der Türkei wird zweifellos zur Folge haben, daß nach dem Kriege Oesterreich-Ungarn sowohl als Deutschland mit ihrem Kapital der wirtschaftlichen Aufrichtung und Modernisierung der Produktion in der Türkei erhöhtes Interesse zuwenden werden. Die Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts und bis auf die jüngste Zeit enthält [illegible]

[illegible] Konsortium für die Deutsche Orientbank, dem unter Führung der Dresdner Bank auch die Deutsche Bank in Berlin und die Nationalbank für Deutschland in Berlin angehören, eingetreten seien. Die Deutsche Orientbank hat sich in der Türkei während ihres elfjährigen Bestandes gut eingeführt und hat mit ihrem Kapital die Produktion im Orient mannigfach befruchtet und weitreichende Wertschätzung erlangt. Der Beitritt der Kreditanstalt und der Kreditbank hätte es gerechtfertigt, die Bezeichnung „Deutsche Orientbank" in „Deutsch-österreichisch-ungarische Orientbank" umzuändern. Hiedurch wäre schon in der Benennung die Partizipation österreichischen und ungarischen Kapitals erkennbar zum Ausdruck gekommen. Es blieb indes bei der alten Firma „Deutsche Orientbank"; was ja im Hinblick auf den Umstand, daß eine renommierte Firma nicht geändert werden soll, begreiflich erscheint.

Nunmehr kommt es indes zu einem selbständigen Auftreten österreichischen und ungarischen Kapitals im Orient, indem sich die genannten Institute und das Haus Rothschild für Bildung einer „Oesterreichisch-ungarischen Orientgruppe" verbunden haben, wobei jedoch in bezug auf die Pflege des laufenden Bankgeschäftes, unbeschadet des sonstigen Einverständnisses, jeder Bank freie Hand gelassen wird; Filialen jedes einzelnen Instituts werden sonach wie bisher errichtet werden können.

In Oesterreich wie in Ungarn bricht sich wohl immer kraftvoller die Erkenntnis Bahn, daß das staatliche Bewußtsein es erheischt, nicht immer unter fremder Flagge zu segeln, wenn es sich darum handelt, im Ausland in ökonomischen Belangen Fuß zu fassen. Dies gilt besonders, wenn der Balkan und die Türkei, der nahe und selbst der fernere Orient in Frage kommen. Schon die geographische Lage weist die Monarchie darauf hin, sich in freundschaftlichsten Handelsbeziehungen mit dem Orient und insbesondere mit der Türkei unmittelbar zu halten. Dies ist seit vielen Jahrzehnten geschehen, und die Beziehungen sollen in Hinkunft womöglich viel inniger gestaltet werden. Das ist offenbar auch die Richtschnur für die neugebildete „Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe", welche sich anschickt, [illegible]

Fremdenblatt 31/X. 1916



# Oesterreichisch-Ungarische Orientgruppe.

Wir erhalten die nachstehende Mitteilung: Behufs einheitlicher und wirksamer Betätigung des österreichischen und ungarischen Kapitals im Orient, insbesondere behufs intensiver Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei, haben sich die Kreditanstalt und der Wiener Bankverein mit der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank und der Pester Ungarischen Kommerzialbank zur gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung von Geschäften größeren Umfanges zusammengeschlossen. Der Wirkungskreis der neuen Gruppe, welche den Namen „Oesterreichisch-Ungarische Orientgruppe" führen wird, erstreckt sich vorerst auf die Türkei und umfaßt ausschließlich die Konsortialgeschäfte auf dem Gebiete der Staatsfinanzen, des Verkehrswesens, der öffentlichen Bauten, der Landwirtschaft und der Industrie. Die einzelnen Teilnehmer an der Gruppe behalten für die Pflege des laufenden Bankgeschäftes und für die Gründung von Filialen oder affiliierten Banken in der Türkei freie Hand. Zwischen der Orientgruppe und dem Hause S. M. v. Rothschild wurden Abmachungen getroffen, laut denen das genannte Haus bei einer Betätigung im Orient mit der Gruppe Hand in Hand vorgehen wird. Die vorbereitende Tätigkeit dieses neuen Konsortiums, die in die ersten Monate des laufenden Jahres zurückreicht, hat bereits zur Anknüpfung mannigfacher geschäftlicher Verhandlungen in der Türkei geführt.

* * *

Aus der vorstehenden Mitteilung ist ersichtlich, daß der Zusammenschluß der neuen Gruppe behufs einheitlicher und wirksamer Betätigung des österreichischen und des ungarischen Kapitals im Orient erfolgt. Man ist sich in finanziellen Kreisen bewußt, daß der Weltkrieg eine Neuorientierung der österreichischen und der ungarischen Banken auf dem Balkan notwendig macht, und mit erfreulicher Aktivität gehen unsere großen, an dem Balkangeschäft interessierten Institute daran, rechtzeitig für eine planmäßige finanzielle Organisation Sorge zu tragen. Mit Wiederherstellung normaler Verhältnisse wird ja sicherlich eine Unzahl von Projekten auftauchen, und die Gründung der neuen Gruppe erfolgt offenbar in der Absicht, eine unwirtschaftliche Konkurrenzierung von Institut zu Institut zu verhindern, vielmehr durch ein Zusammenwirken aller derjenigen Banken, die schon langjährige ausgezeichnete Beziehungen in der Türkei haben, eine erfolgreiche Tätigkeit zu entfalten. Die Kreditanstalt ist an der Dette Publique und an der türkischen Tabakregie, der Bankverein an den türkischen Eisenbahnen beteiligt, die Ungarische Kreditbank und die Pester Ungarische Kommerzialbank haben andere Verbindungen.

Es kann gewiß nur von Vorteil nicht bloß für die Institute, sondern auch für die gesamte heimische Volkswirtschaft sein, wenn es gelingt, diese schon bestehenden Beziehungen nutzbringend in gemeinsamer Arbeit auszugestalten und überhaupt gemeinsam vorzugehen. Bei Errichtung der neuen Gruppe wurde eine solche Konstruktion gewählt, welche die gemeinsame Tätigkeit auf ein allerdings weites und wichtiges Gebiet, nämlich auf das der Konsortialgeschäfte staatsfinanzieller Natur, des Verkehrswesens, der öffentlichen Bauten, der Landwirtschaft und der Industrie beschränkt, im übrigen aber die Expansionspolitik der einzelnen dem Konsortium angehörigen Institute unberührt läßt. Denn alle Mitglieder behalten sich freie Hand hinsichtlich der Pflege des laufenden Bankgeschäftes und für die Gründung von Filialen oder affiliierten Banken in der Türkei vor.

Vor einigen Tagen erst wurde gemeldet, daß die Kreditanstalt und die Ungarische Kreditbank in die Deutsche Orientbank eingetreten sind, um die Basis für eine umfassende Vertretung der österreichischen und ungarischen Interessen im nahen Osten zu schaffen. Mitglieder der neu geschaffenen österreichisch-ungarischen Orientgruppe sind, wie erwähnt, die Kreditanstalt und der Wiener Bankverein, die Ungarische Allgemeine Kreditbank und die Pester Ungarische Kommerzialbank, durch ein besonderes Abkommen tritt auch das Haus S. M. v. Rothschild dieser Gruppe bei. Beide Transaktionen lassen die Tendenz der heimischen Institute erkennen, von nun ab in erhöhtem Maße das Geschäft im nahen Orient zu kultivieren. Was insbesondere die „Oesterreichisch-Ungarische Orientgruppe" anbelangt, so ist diese, deren Aufgabe die Vorbereitung und Durchführung von Geschäften größeren Umfanges hauptsächlich die Türkei ist, bereits mit dem Studium einer Reihe von größeren Projekten beschäftigt, und es ist auch die Einsetzung von Spezialkomitees für besonders bedeutungsvolle Transaktionen in Aussicht genommen. Diese Rührigkeit unserer Banken im nahen Orient ist auf das lebhafteste zu begrüßen.

Österr. Volkszeitung
31./X. 1916



# Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe.

## Ein Bankenkonsortium für Finanzgeschäfte in der Türkei.

Behufs einheitlicher und wirksamer Betätigung des österreichischen und ungarischen Kapitals im Orient, insbesondere behufs intensiver Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei, haben sich die Kreditanstalt und der Wiener Bankverein mit der Ungarischen allgemeinen Kreditbank und der Pester ungarischen Kommerzialbank zur gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung von Geschäften größeren Umfanges zusammengeschlossen. Der Wirkungskreis der neuen Gruppe, welche den Namen „Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe" führen wird, erstreckt sich vorerst auf die Türkei und umfaßt ausschließlich die Konsortialgeschäfte auf dem Gebiete der Staatsfinanzen, des Verkehrswesens, der öffentlichen Bauten, der Landwirtschaft und der Industrie. Die einzelnen Teilnehmer an der Gruppe behalten für die Pflege des laufenden Bankgeschäftes und für die Gründung von Filialen oder assoziierten Banken in der Türkei freie Hand.

Zwischen der Orientgruppe und dem Hause S. M. v. Rothschild wurden Abmachungen getroffen, laut welchen das genannte Haus bei einer Betätigung im Orient mit der Gruppe Hand in Hand vorgehen wird.

Die vorbereitende Tätigkeit dieses neuen Konsortiums, welche in die ersten Monate des laufenden Jahres zurückreicht, hat bereits zur Anknüpfung mannigfacher geschäftlicher Verhandlungen in der Türkei geführt.

Neue Freie Presse
31./X. 1916



# Eine österreichisch-ungarische Finanzgruppe für die Türkei.

Wien, 30. Oktober.

Vier österreichische und ungarische Banken, nämlich die Creditanstalt, der Bankverein, die Ungarische Kreditbank und die Pester Kommerzialbank, haben sich zu einer Gruppe vereinigt, um Industrie- und Finanzgeschäfte in der Türkei gemeinsam durchzuführen. Diese Gruppe wird den Namen „Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe" führen und in der Türkei eine Organisation der österreichischen und ungarischen Kapitalsinteressen in die Wege leiten. In der Oesterreichisch-ungarischen Orientgruppe werden jene vier Banken vereinigt sein, die schon bisher in der Türkei sich in hervorragendem Maße betätigt haben. Die Oesterreichische Creditanstalt ist seit vielen Jahren am türkischen Geschäfte als Vertreterin der österreichischen und ungarischen Besitzer türkischer Staatswerte in der Verwaltung der öffentlichen Staatsschuld, ferner als Gründerin und Hauptinteressentin der türkischen Tabakregiegesellschaft interessiert. Sie hat ferner vor kurzem gemeinsam mit der Ungarischen Kreditbank eine kommerzielle Vertretung durch ihren Eintritt in die Deutsche Orientbank erhalten. Der Wiener Bankverein hat seit Jahren eine Filiale in Konstantinopel, der eine Niederlassung in Smyrna angegliedert ist. Der Bankverein hat gemeinsam mit der Deutschen Bank die Betriebsgesellschaft der orientalischen Bahnen, die anatolischen Bahnen und die Bagdadbahn finanziert und führt seit dem Jahre 1913 die Orientbahnen gemeinsam mit den österreichischen und ungarischen Konsorten. Die Ungarische Allgemeine Kreditbank hat in Konstantinopel eine Elektrizitätsunternehmung errichtet, welche namentlich die dortige Tramway erbaut hat, und hat sich eine bedeutende Stellung im industriellen Leben der Türkei verschafft. Die Pester Ungarische Kommerzialbank war auf verschiedenen Punkten des Balkans, namentlich in Saloniki, tätig. Diese vier Institute haben sich schon bisher auf dem Boden von Bulgarien zusammengefunden, da in die seinerzeit vom Bankverein und der Kommerzialbank gegründete Banque Balcanique in neuester Zeit die Creditanstalt und die Ungarische Kreditbank eingetreten sind. Jetzt wird die gemeinsame Tätigkeit auf das Gebiet der europäischen und der asiatischen Türkei ausgedehnt. Das Haus Rothschild ist an der Gruppe selbst nicht durch bindende Vereinbarungen beteiligt, wird aber von Fall zu Fall an Geschäften, welche die Gruppe unternimmt, teilnehmen, namentlich soweit dieselben staatliche Kredite und die Placierung von Anlagewerten betreffen werden.

Die Errichtung einer österreichisch-ungarischen Finanzgruppe auf dem Balkan ist eine Vorsorge für die Zukunft nach dem Friedensschlusse. Die Lage in der Türkei wird ja ohne Zweifel eine radikale Verschiebung der kommerziellen und wirtschaftlichen Einflußsphäre erfahren. Für diese und für die sich dann bietenden Geschäfte soll jetzt die notwendige Organisation geschaffen werden. Hiebei ist als Grundsatz aufgestellt, daß die Pflege des laufenden kommerziellen Bankgeschäftes jedem Mitgliede der Gruppe nach wie vor freigegeben ist. Die bisher bestehenden Niederlassungen werden unverändert tätig sein und jedes Mitglied der Gruppe kann neue Filialen errichten. Dagegen soll in Finanz- und Konsortialgeschäften eine Konkurrenz ausgeschlossen sein und diese Geschäfte sollen gemeinsam vorbereitet, übernommen und durchgeführt werden. Mit der deutschen Finanzgruppe, an deren Spitze die Deutsche Bank steht, wird eine Kooperation von Fall zu Fall angestrebt. Der Türkei wird aber neben der deutschen auch die österreichisch-ungarische Gruppe zur Verfügung stehen, damit die Finanzkraft der Monarchie und die Erfahrungen auf landwirtschaftlichem und industriellem Gebiete in der Türkei Verwendung finden können.

Die Gruppe wird zunächst zwei Studiensyndikate errichten. Das eine dieser Syndikate wird Industrie- und Minengeschäfte, das andere Bau- und Transportgeschäfte zum Gegenstande seiner vorbereitenden Erhebungen machen. Schon jetzt ist eine Reihe von Plänen in Bearbeitung, welche, noch bevor an die Durchführung geschritten werden kann, eingehend studiert werden. Gelegenheit zur vollen Entfaltung der Tätigkeit wird sich sowohl auf dem europäischen Gebiete der Türkei wie namentlich in Kleinasien in großer Menge geben. Hier ist ein noch fast unerschlossenes Arbeitsfeld, ein von der Natur mit Bodenschätzen und fruchtbaren Besiedelungsmöglichkeiten reich ausgestattetes Land, das größte Entwicklungsmöglichkeiten in Aussicht stellt. Die österreichischen und ungarischen Banken haben sich zu diesem Zwecke vereinigt, damit das Kapital und die Industrie der Monarchie die Gelegenheit zur Betätigung in vollem Maße ausnützen können. Auch für die Türkei wird es ein Vorteil sein, daß neben der deutschen Gruppe ein österreichisch-ungarisches Syndikat daselbst arbeitet und daß der innige politische Anschluß der verbündeten Monarchie auch in einer finanziellen Organisation zum Ausdrucke kommt.

Ueber die Errichtung der österreichisch-ungarischen Orientgruppe wird folgende Mitteilung veröffentlicht:

„Behufs einheitlicher und wirksamer Betätigung des österreichischen und ungarischen Kapitals im Orient, insbesondere behufs intensiver Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei, haben sich die Creditanstalt und der Wiener Bankverein mit der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank und der Pester Ungarischen Kommerzialbank zur gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung von Geschäften größeren Umfanges zusammengeschlossen. Der Wirkungskreis der neuen Gruppe, welche den Namen „Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe" führen wird, erstreckt sich vorerst auf die Türkei und umfaßt ausschließlich die Konsortialgeschäfte auf dem Gebiete der Staatsfinanzen, des Verkehrswesens, der öffentlichen Bauten, der Landwirtschaft und der Industrie. Die einzelnen Teilnehmer an der Gruppe behalten für die Pflege des laufenden Bankgeschäftes und für die Gründung von Filialen oder affiliierten Banken in der Türkei freie Hand. Zwischen der Orientgruppe und dem Hause S. M. v. Rothschild wurden Abmachungen getroffen, laut welchen das genannte Haus bei einer Betätigung im Orient mit der Gruppe Hand in Hand vorgehen wird. Die vorbereitende Tätigkeit dieses neuen Konsortiums, welche in die ersten Monate des laufenden Jahres zurückreicht, hat bereits zur Anknüpfung mannigfacher geschäftlicher Verhandlungen in der Türkei geführt."

Neues Pester Journal
31./X. 1916

88

## Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe.

Eine Aktion von weittragender wirthschaftlicher Bedeutung, die berufen ist, das Band, das uns an die Türkei und den Orient überhaupt knüpft, noch inniger und fester zu gestalten, geht ihrer Verwirklichung entgegen. Es handelt sich um die Schaffung einer Gruppe, der die mächtigsten Finanzinstitute der Monarchie angehören, und die den Zweck hat, mit dem Orient und speziell mit der Türkei finanzielle und industrielle Transaktion größeren Stils durchzuführen und uns ein Gebiet zu erschließen, welches bisher hauptsächlich durch Frankreich okkupirt war. Es geht uns in dieser Angelegenheit die folgende Mittheilung zu:

Behufs einheitlicher und wirksamer Bethätigung des österreichischen und ungarischen Kapitals im Orient, insbesondere behufs intensiver Pflege der wirthschaftlichen Beziehungen zur Türkei haben sich die Kreditanstalt und der Wiener Bankverein mit der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank und der Pester Ungarischen Kommerzialbank zur gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung von Geschäften größeren Umfanges zusammengeschlossen. Der Wirkungskreis der neuen Gruppe, welche den Namen „Oesterreichisch-ungarische Orientgruppe" führen wird, erstreckt sich vorerst auf die Türkei und umfaßt ausschließlich die Konsortialgeschäfte auf dem Gebiete der Staatsfinanzen, des Verkehrswesens, der öffentlichen Bauten, der Landwirthschaft und der Industrie. Die einzelnen Theilnehmer an der Gruppe behalten für die Pflege des laufenden Bankgeschäftes und für die Gründung von Filialen oder affiliirten Banken in der Türkei freie Hand. Zwischen der Orientgruppe und dem Hause S. M. v. Rothschild wurden Abmachungen getroffen, laut welchen das genannte Haus bei einer Bethätigung im Orient mit der Gruppe Hand in Hand vorgehen wird. — Die vorbereitende Thätigkeit dieses neuen Konsortiums, welche in die ersten Monate des laufenden Jahres zurückreicht, hat bereits zur Anknüpfung mannigfacher geschäftlicher Verhandlungen in der Türkei geführt.

Die Gruppirung bedeutet die Zusammenfassung der Bestrebungen jener vier Banken, welche sich bisher am meisten in den Balkanstaaten und speziell in der Türkei bethätigt haben und daher auch für die Zukunft in Betracht kommen. Von der bisherigen wirthschaftlichen Bethätigung der einzelnen Mitglieder der Orientgruppe in der Türkei verweisen wir vornehmlich auf die auf mehrere Jahrzehnte zurückreichende Vertretung der Interessen Oesterreich-Ungarns in der türkischen Dette Publique, auf die Gründung und Führung der türkischen Tabakregie-Gesellschaft, auf das Geschäft der Orientbahnen, auf das Interesse in den anatolischen und Bagdadbahnen, auf die maßgebende Mitwirkung an dem die Konstantinopler Beleuchtungs- und Straßenbahngeschäfte in sich schließenden internationalen Konsortium, sowie endlich an das laufende Bankgeschäft, welches die genannten Banken theils direkt, theils im Wege von eigenen Filialen oder affiliirten Banken auf dem Balkan und speziell in der Türkei lebhaft bearbeiteten. Es ist zweifellos, daß durch das Zusammengehen dieser vier Institute die Theilnahme Oesterreich-Ungarns an der wirthschaftlichen Arbeit in der Türkei auf das werkthätigste gefördert wird.

Für das selbstverständlich in vielen Fällen in Aussicht zu nehmende Zusammenwirken mit Finanzgruppen und Industriekonzernen anderer Staaten erscheinen die Vorbedingungen durch diesen Zusammenschluß verbessert. Die einzelnen Banken bleiben für die Pflege des laufenden Geschäftes in der Türkei frei und können sich dortselbst nach Belieben zu diesem Behufe Niederlassungen schaffen; nur für Konsortialgeschäfte größeren Umfanges ist das gemeinsame Vorgehen vereinbart. Die Führung der einzelnen Geschäfte wird je nach der Natur derselben den einzelnen Mitgliedern der Gruppe übertragen. Die Gruppe hat bereits mit dem Studium mehrerer Projekte begonnen.

In maßgebenden türkischen Kreisen, welche von dem Programm der Gruppe bereits entsprechend unterrichtet sind, wurde dasselbe sympathisch aufgenommen. Dies ist umso natürlicher, als die Türkei schon aus der bisherigen Thätigkeit der einzelnen Mitglieder der Gruppe mit Sicherheit darauf schließen kann, daß auch der Zusammenschluß derselben nicht verfehlen wird, in jeder Hinsicht auf die wirthschaftlichen Interessen der Türkei eine nützliche, fördernde Wirkung auszuüben.

Neue Freie Presse
1./XI. 1916



[Der Kassaverkehr der Wiener Börse.] Die Wiener Börsekammer erläßt folgende Kundmachung: In Ergänzung der Kundmachung vom 8. März 1916, Verordnungsblatt Nr. 31, wird bestimmt, daß die nach dem 1. November 1916 im beschränkten Privatverkehr der Wiener Börse abgeschlossenen Kassageschäfte in Effekten am dritten auf den Abschluß folgenden Werktage zu erfüllen sind. Für die Räumung des Saales nach Schluß des Geschäftsverkehres haben folgende Vorschriften zu gelten: Um ½2 Uhr wird ein einmaliges Glockenzeichen gegeben, 5 Minuten später ein zweimaliges und weitere 5 Minuten später ein dreimaliges Glockenzeichen. Wer bei diesem letzten Glockenzeichen den Saal noch nicht verlassen hat, macht sich einer mit Geldstrafen zu ahndenden Ordnungswidrigkeit schuldig. — Die Abwicklung der Kassageschäfte in Effekten erfolgte seitens des Giro- und Kassenvereines bisher am zweiten auf den Abschluß folgenden Werktage. Es zeigte sich aber, daß trotz Anspannung aller Kräfte es unmöglich war, Rückstände zu vermeiden, und man hofft nun, durch die Erfüllung der Geschäfte am dritten Tage eine Erleichterung und Vereinfachung der Manipulation herbeizuführen.

Die Zeit
3./VI. 1916



## Wiener Börse.

Im Vordergrund des Interesses der Börsenkreise standen heute wieder Friedenswerte, die lebhafter und höher gefragt wurden. In der Kulisse war die Tendenz unter dem Eindruck der vorliegenden amtlichen Meldungen aus dem Westen und Südwesten anfangs etwas schwächer, doch gewann bald wieder eine recht zuversichtliche Auffassung der Gesamtlage die Oberhand, so daß sich die Kurse einzelner Bankenwerte und Kanonenfabriksaktien befestigen konnten. Unter dem Drucke der zunehmenden Geschäftsstille bröckelten die Kurse in der Kulisse schließlich wieder ab. Im Schranken notierten eine größere Anzahl von Zement- und Bauwerten, ferner Magnesit- und Lokomotivwerte höher, dagegen namentlich einzelne Tabakwerte und Eisenwerte niedriger. Auf dem Anlagemarkt hielt die Nachfrage nach gut fundierten Werten an.

Reichspost 5./XI. 1916



# Zu den Kapitalserhöhungen der Banken.

Noch ist es nicht lange her, daß Kreditanstalt und Anglobank ihr Aktienkapital um ein Beträchtliches erhöht haben, und schon kündigt wieder ein anderes Finanzinstitut, die Allgemeine Depositenbank, die bevorstehende Ausgabe neuer Aktien an. In ihrem gestrigen Communiqué ist von der Höhe des neu auszugebenden Betrages nicht die Rede; doch glaubt man in Finanzkreisen mit einer Hinaufsetzung des Aktienkapitals von 40 auf 60 Millionen Kronen rechnen zu dürfen. Im Grunde bleibt es sich für die Oeffentlichkeit auch vollkommen gleichgültig, ob ein paar Millionen mehr oder weniger ausgegeben werden. Unendlich wichtiger, vom Standpunkt der Allgemeinheit aus betrachtet, ist dagegen die Tatsache, daß die Zahl der ihr Aktienkapital erhöhenden Großbanken immer größer wird. Die Versuchung, aus der die Börse beherrschenden Haussetendenz möglichst viel Kapital herauszuschlagen, ist freilich groß, und ohne viel Bedenken benützt man die Gunst des Augenblickes, um möglichst hohe Agiogewinne zu erzielen. Um was für Summen es sich da handelt, das erhellt aus dem Beispiel der Kreditanstalt. Diese erhöhte ihr Aktienkapital um 20 Millionen Kronen und gab zu diesem Zwecke 62.500 Aktien zu 320 Kronen (Nominalwert) aus, welche sie den Inhabern der alten Aktien zum Satze von 575 Kronen anbot. Damit gewährte sie ihren alten Aktionären ein recht wertvolles Bezugsrecht, denn die Aktien der Kreditbank werden heute an der Börse mit 659 Kronen gekauft. Eine Handvoll von Kapitalisten, unter ihnen das Haus Rothschild an der Spitze, hat da wieder einmal einen reichen Fischzug gemacht und dabei die hübsche Summe von rund 5 Millionen ergattert, ohne auch nur die geringste Arbeit zu leisten. Noch viel größer ist natürlich der Gewinn, den die Bank selbst einstreicht. Für die 20 Millionen Kronen (Nominale), die sie neu ausgegeben hat, erhielt sie rund 35 Millionen Kronen, d. h. der Verdienst am Agio belief sich auf volle 15 Millionen. Diese 15 Millionen — bei der Anglobank macht der Agiogewinn sogar 20 Millionen aus, bedeuten für die Bank ein neues Betriebskapital, bei dem der Zwang zur Zinszahlung vollkommen in Wegfall kommt. In den Communiqués, die die Banken zur Begründung ihrer Kapitalserhöhungen veröffentlichen wird diese Tatsache begreiflicherweise übergangen und man bekommt nur von den großen Aufgaben zu hören, die der Bankwelt nach dem Kriege harren und für die man sich bei Zeiten rüsten müsse. Damit haben sie nun allerdings nicht Unrecht, denn es ist einleuchtend, daß der gegenwärtige Zustand der Geldflüssigkeit mit Eintritt des Friedens alsbald verschwinden wird. Die Industrieunternehmungen, die im Kriege aus Schuldnern zu Gläubigern der Banken geworden sind, werden in kürzester Zeit nicht bloß ihr Guthaben wieder abheben, sondern voraussichtlich noch umfangreiche Kredite in Anspruch nehmen müssen, um ihren Bedarf an Rohmaterial auch nur einigermaßen zu decken. Das Gleiche gilt, wenn auch in weitaus kleinerem Maßstabe, von den Kaufleuten und Gewerbetreibenden, deren Betriebskapital gegenwärtig, wenigstens zum Teil, in Form von Einlagen bei den Banken deponiert ist. Die Liquidität der Geldinstitute wird dadurch einer großen Belastungsprobe unterworfen werden, und wenn ihre Kriegsbilanzen durch den unerhörten Umfang der fremden Gelder gekennzeichnet sind, so werden dafür die nächsten Friedensbilanzen durch ein um so stärkeres Zusammenschrumpfen des Einlagenkapitales auffallen. Am stärksten wird dann sein, wer über das größere Eigenkapital verfügt. Dieses ist freilich bei allen Banken zu einem erheblichen Prozentsatz in Kriegsanleihestücken angelegt und die Regierung wird geeignete Maßregeln treffen müssen, um die Millionen, die jetzt gebunden sind, wieder zu mobilisieren und dem Wirtschaftsleben zuzuführen. Dies ist um so notwendiger, als eine ganze Reihe geldsuchender Klienten geben wird, deren Kreditbedarf jetzt im Interesse der Kriegsfinanzierung künstlich zurückgehalten wird und die dafür nach dem Kriege in dicht gedrängter Reihe bei den Banken anklopfen werden. Gemeint sind damit in erster Linie die Länder und die Kommunen, deren Investitionsprogramm in manchen Fällen, so z. B. bei der Stadt Wien, den Aufwand von Hunderten von Millionen notwendig machen. Zu einem großen Teil handelt es sich dabei um unaufschiebbare Arbeiten, die auch schon im Interesse der heimkehrenden Krieger in Angriff genommen werden müssen, um für diese eine Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Neben den Gemeinden und Ländern wird noch der Staat als Wettbewerber am Geldmarkte auftreten und auf Jahre hinaus die Mitarbeit und den Kredit der Banken bei der Konsolidierung der Anleihen und beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Anspruch nehmen. Es handelt sich da um Geschäfte, die in die Milliarden gehen und die für sich allein schon ein Programm darstellen, das die stärkste Anspannung aller finanziellen Kräfte bedingt. Darüber darf natürlich die Förderung der Privatwirtschaft nicht zu kurz kommen. Die Industrie wird die Hilfe der Banken beim Ein- und Ausfuhrgeschäft schon mit Rücksicht auf die vielen Schwierigkeiten, die sie bei der Wiederanknüpfung der durch den Krieg unterbrochenen Handelsbeziehungen zu überwinden haben wird, mehr noch als bisher benötigen. An dieser Tatsache ändern auch die starken Betriebsreserven nichts, die jetzt im Kriege aufgespeichert werden und die vorzugsweise für Neuanlagen usw. in Betracht kommen. Die Gefahr einer übergroßen Inanspruchnahme der Banken durch die Industrie zum Zwecke von Betriebserweiterungen ist daher kaum gegeben. Bei den innigen Beziehungen, wie sie zwischen den Banken und den großen Fabriksunternehmungen bestehen, muß allerdings immer mit einer einseitigen Bevorzugung der Großindustrie durch die Geldwelt gerechnet werden. Gerade mit Rücksicht auf das schwer kämpfende Gewerbe, das sich noch nie der Gunst der Banken erfreut hat und auch in Zukunft wohl nicht erfreuen wird, ist daher zu bedauern, daß die jetzige Geldflüssigkeit wieder nur und ausschließlich den großen Finanzinstituten zugute kommt, in deren Händen sich heute mehr als je das gesamte mobile Kapital sammelt. In den Direktionen der Banken rüstet man sich für die Zukunft; die Millionen, die jetzt so leicht hereinfließen, werden nach dem Kriege von Staat und Kommune hoch genug verzinst werden müssen, und wenn daneben für das Gewerbe vielleicht etwas abfällt, so kommt das nur daher, weil sich die Industrie im Kriege hinlänglich bereichert hat, um sich wenigstens für die erste Zeit nach dem Kriege auch ohne die Hilfe der Banken noch mehr ausdehnen zu können, wie bisher.

Neue Freie Presse
5./XI. 1916


# Kapitalserhöhung der Pester Ungarischen Kommerzialbank.

Budapest, 4. Dezember.

Die Direktion der Pester Ungarischen Kommerzialbank hat in ihrer heute abgehaltenen Sitzung beschlossen, in der für den 21. d. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 65 Millionen auf 80 Millionen Kronen zu beantragen. Die Bank hat ihr Aktienkapital zuletzt im Jahre 1912 von 50 Millionen auf 65 Millionen Kronen erhöht, und es wurde seinerzeit die Direktion ermächtigt, 2500 Stück von den damals emittierten Aktien freihändig zu verkaufen. Die Direktion machte von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch, als sie zu Anfang des heurigen Jahres 1500 Stück Aktien zum Tageskurse placiert hat, demzufolge sich die eigenen Mittel der Bank auf 64 Millionen Kronen Aktienkapital und 110,200.000 Kronen Reserven, also ohne Hinzurechnung der latenten Reserven auf insgesamt 174 Millionen Kronen erhöhten. Bei der nunmehrigen Kapitalserhöhung gelangen 15.000 neue Aktien zur Ausgabe, welche zusammen mit den von der letzten Kapitalserhöhung übriggebliebenen 1000 Stück Aktien den Aktionären derart zum Bezuge angeboten werden, daß auf je vier alte Aktien das Bezugsrecht auf eine neue Aktie entfällt. Es resultiert hieraus eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 80 Millionen Kronen, die offenen Reserven dürften sich auf zirka 152 Millionen Kronen erhöhen und die eigenen Mittel der Bank werden insgesamt ungefähr 232 Millionen Kronen betragen. Hinsichtlich des Emissionskurses der neuen Aktien sowie über die Termine der ratenweisen Einzahlung desselben wird die Direktion in einer vor der außerordentlichen Generalversammlung abzuhaltenden Direktionssitzung Beschluß fassen.

Zur Begründung der vorgeschlagenen Kapitalserhöhung wird seitens der Gesellschaft folgendes mitgeteilt:

„Das offizielle Communiqué der Pester Ungarischen Kommerzialbank, welches eine Kapitalserhöhung dieses Instituts ankündigt, bestätigt nun in vollem Maße die diesbezüglich in Finanzkreisen schon seit einiger Zeit verbreitet gewesenen Gerüchte. Die Gründe, welche die Direktion zu diesem Schritte bewogen haben, sind naheliegend. Die Entwicklung der Pester Ungarischen Kommerzialbank seit ihrer letzten Kapitalserhöhung kann als eine ganz außerordentliche bezeichnet werden und zufolge des Weltkrieges sah sich die Bank im Interesse der ungarischen Volkswirtschaft neueren großen Aufgaben gegenübergestellt. Das Entwicklungsstadium wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß die Summe der durch die Bank verwalteten Einlagen und der diversen Kreditoren, welche in der Schlußabrechnung des Jahres 1911 mit 368·2 Millionen Kronen figurierte und deren einjähriger Zuwachs damals 56 Millionen Kronen betrug, derzeit den Betrag von 1100 Millionen Kronen beträchtlich übersteigt. Die Erhöhung dieser Post im laufenden Jahre macht nahezu ebensoviel aus, als im Jahre 1911 der gesamte Stand der Einlagen und Kreditoren betragen hat. Der Umsatz des Instituts hat zufolge des Zuwachses an Kunden, Vergrößerung des Filialnetzes, ferner zufolge neuer Affiliationen und rapider Ausdehnung des Interessenkreises solche Dimensionen angenommen, daß der Gesamtverkehr, welcher für das ganze Jahr 1911 19·4 Milliarden Kronen betragen hat, in diesem Jahre bereits Ende Oktober 30 Milliarden Kronen überstieg.

Hiebei ist noch zu berücksichtigen, daß der Umlauf der durch die Bank emittierten Pfandbriefe, Kommunalobligationen und Rentenscheine seit dem Jahre 1911 von 545 Millionen auf 610 Millionen Kronen angewachsen ist. Auch kann nicht außer acht gelassen werden, in welch hervorragender Weise sich die Kommerzialbank auch in allerletzter Zeit auf dem Gebiete der Industrie durch Gründung neuer, sowie durch Uebernahme und Rekonstruktion bereits bestehender Unternehmungen, ferner auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens betätigt hat. In letzterer Zeit ist die Bank auch bestrebt, zwecks Erhöhung der Intensivität der ungarischen Landwirtschaft und zur Förderung der Mehrproduktion Kapitalien zur Verfügung zu stellen. Auch die Anteilnahme der Bank an der Befriedigung der staatlichen Kreditbedürfnisse ist eine bedeutend regere geworden. In welchem Maße der Geschäftsumfang der Bank angewachsen ist, geht am deutlichsten aus der Tatsache hervor, daß die von der Bank verwalteten Aktiven den Betrag von zwei Milliarden Kronen übersteigen, gegenüber ungefähr einer Milliarde im Jahre 1911.

Angesichts dieser bedeutsamen Entwicklung sieht die Direktion vor der unabweislichen Pflicht, die eigene innere Kraft und Mobilität dem großen Umsatze und der ansehnlichen Höhe der der Bank anvertrauten fremden Kapitalien entsprechend zu erhöhen, und zwar derart, daß die Kommerzialbank durch Kapitalserhöhung die eigenen Mittel wesentlich vermehrt; nach Durchführung der Kapitalsvermehrung dürfte die Bank — die latenten Reserven nicht gerechnet — über ein eigenes Kapital von ungefähr 232 Millionen Kronen verfügen.

Die Bank bereitet sich hiedurch auf die großen Aufgaben vor, welche ihrer für die Friedenszeiten harren, und indem sie sich zur Mitarbeit an den großen volkswirtschaftlichen Problemen dieserart rüstet, stärkt sie nicht nur ihre eigene Position, sondern erweist auch dem allgemeinen Kredit des Landes einen großen Dienst. Auf diese Weise werden auch jene wertvollen Beziehungen fester gefügt, welche von seiten der maßgebenden Faktoren des heimischen Geldmarktes im allgemeinen Interesse von jeher mit dem Auslande aufrechterhalten werden und welche gleichzeitig berufen sind, bei der Lösung des Valutaproblems in ihrer Sphäre im Interesse des Landes mitzuwirken. Die Kommerzialbank hat Zeugnis davon abgelegt, daß die vor langer Zeit aufgebauten Grundlagen ihrer Rentabilität derart feste sind, daß angesichts der großzügigen Entwicklung ihres laufenden Geschäftes und ihrer erprobten Geschäftspolitik auch nach der Kapitalserhöhung nicht nur das bisherige Erträgnis der Aktien als gesichert angesehen werden kann, sondern daß nach wie vor gewiß mit einer steigenden Rentabilität gerechnet werden darf."

Der Abend
6./XI. 1916

93

# Glossen vom Tage.

Noch einmal sei auf das Wort des Ministerpräsidenten an den Bürgermeister zurückgekommen. Herr von Koerber hat erklärt, daß er die Widerstände des Egoismus der einzelnen gegen die Volksernährung brechen werde. Dr. v. Koerber macht nicht den Eindruck, als wäre er einer von denen, die den Mund voll nehmen; wenn er vom Brechen der Widerstände spricht, so scheint er entschlossen zu sein und einen Plan zu haben: er wird die Widerstände brechen. Es ist schade, daß wir Außenstehende nicht wissen dürfen, wie die Börsenkurse stehen; wenn die Börse wirklich die Witterung für das Kommende hat, deren sie sich so oft rühmt, so dürfte es einen Kurssturz geben, wie schon lange nicht, einen Kurssturz des Wuchers. Man wird in Zukunft nicht mehr so ungestört wie bisher aus unserer Not Dividenden herausschlagen und die Nutznießer des Krieges werden sich mit geringeren Tantièmen begnügen müssen. Wir denken, die „beliebtesten" Papiere werden in der nächsten Zeit flau sein und es dürfte Stadthäuser und Landsitze geben, die ihre noch nicht recht warm gewordenen Besitzer wechseln. Auch hübsche junge Damen und andere Luxusgegenstände werden billiger erhältlich sein.

*

Einigermaßen schwieriger wird auch die Aufgabe der Buchhalter erfolgreicher Industriegesellschaften werden; man wird neue Verstecke für etwas üppig gewordene Reingewinne ersinnen müssen; es wird nicht mehr so leicht sein, vertrauensvollen Behörden Rechnungen vorzulegen, aus denen klar hervorgeht, daß das Unternehmen oder das Kartell zugrunde gehen müsse, wenn ihm nicht höhere Preise bewilligt werden, um dann, wenn man in der Generalversammlung hübsch unter sich ist, mit den doppelt und dreifachen Gewinnen herauszurücken. Es scheint, daß von jetzt angefangen ein wenig schärfer als bisher auf die grifftüchtigen Finger geschaut werden wird. Bis jetzt war es unvergleichlich angenehmer Gebrauchsgegenstände zu erzeugen und verkaufen, als sie zu brauchen und zu bezahlen. Es dürfte nun ein wenig anders werden.

Der Abend
7./11. 1916

94

# Der Wucher der Banken.

Amtlich wird gemeldet:

In der gestrigen Sitzung der Staatsschuldenkommission machte der Finanzminister Mitteilungen über die Form der bevorstehenden fünften Kriegsanleihe, welche in 5½prozentigen, in vierzig Jahren amortisierbaren Schuldverschreibungen und in 5½prozentigen Schatzscheinen von 5½jähriger Laufzeit bestehen wird. Die Kontrollkommission hat hinsichtlich der langfristigen Anleihe einstimmig, rücksichtlich der Schatzscheine mit allen gegen eine Stimme die Kontrasignierung beschlossen, wobei in der Debatte bei der Erörterung der mit der Begebung der fünften Anleihe in Zusammenhang stehenden Verhältnisse auf dem Geldmarkte die überaus große Spannung zwischen den Aktiv- und Passivzinsen, welche bei den Banken in Geltung, bei den Sparkassen in Aussicht gestellt ist, als außerordentlich auffällig zur Sprache kam.

Somit wurde auch an dieser Stelle gerügt, was im „Abend" schon so oft besprochen worden ist: das wucherische Vorgehen, von den Geldbedürftigen das Doppelte und mehr von dem zu nehmen, was man den Einlegern bietet. Es ist zu erwarten, daß man nach den Verheißungen des Ministerpräsidenten und des Justizministers auch hier die Widerstände brechen und dem empörten Rechtsgefühle Genugtuung schaffen werden. Noch wünschenswerter wäre es allerdings, wenn sich die Einleger Selbsthilfe schüfen, indem sie ihre Gelder zurückziehen und nur dorthin legen, wo sie gegen wucherischen Mißbrauch geschützt sind.

Der Abend
7/XI. 1916

96

# Eine gerichtliche Untersuchung gegen die Bank-A.-G. „Mercur".

Wie wir erfahren, findet seit einigen Tagen bei der k. k. priv. Bank- und Wechselstuben-A.-G. „Mercur" eine Untersuchung der Bücher durch eine Gerichtskommission statt. Anlaß hiezu gab die Anzeige eines Beamten einer Filiale, der wegen einer Unterschlagung im Betrage von einigen tausend Kronen entlassen wurde. Dieser Beamte zeigte dem Gerichte an, daß die Bank ihre Kunden, für die sie Wertpapiere auf der Börse ein- und verkaufte, dadurch geschädigt habe, daß sie ihnen andere als die wirklich an der Börse vorgekommenen Kurse aufrechnete. Die Gerichtskommission, die beim „Mercur" erschien, ließ sich sämtliche auf den Börsenverkehr der Kunden bezügliche Bücher vorlegen. Wie wir vernehmen, ist die Prüfung der Bücher noch nicht abgeschlossen, und es steht deshalb noch nicht fest, was das weitere Schicksal der Angelegenheit sein wird.

•

Der hier endlich einmal zum Gegenstande einer Untersuchung gewordene Vorgang steht leider keineswegs allein da. Im Börsenrotwelsch mit dem Namen „Schnitt" bezeichnet, besteht er im wesentlichen darin, daß man den Kunden beim Einkaufe höhere als die wirklich bezahlten Preise, beim Verkauf dagegen niedrigere aufrechnet. Dieses offenbar betrügerische Vorgehen wird selbstverständlich von anständigen Banken nicht geübt, womit aber keineswegs etwa gesagt werden soll, daß es nicht bei Banken vorkomme. Der „Abend" hat diesbezüglich in seiner Ausgabe vom 7. September Ausführlicheres mitgeteilt und namentlich auch das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die sogenannten Filialen, die im wesentlichen Börsenkontors der Banken sind, zu Geschäften dieser Art mißbraucht werden. Es ist bezeichnend, daß der eingangs erwähnte Beamte langjähriger Leiter einer solchen Filiale des „Mercur" war.

Da es unter der neuen Regierung nicht verboten ist, über gewisse Vorgänge bei Banken zu berichten, werden wir selbstverständlich den weiteren Verlauf der Angelegenheit mitteilen, insofern etwas darüber bekannt wird. Wir erblicken in dem Vorgehen gegen den „Mercur" ein erfreuliches Zeichen des neuen Geistes, der in der Antrittsrede des Justizministers in so viel verheißender Weise angekündigt wurde. Die Gleichheit vor dem Gesetze wird nun auch für das Finanzkapital Tatsache.

Pester Lloyd Abendbl.
7./XI. 1916



(Budapester Effekten-Privatverkehr.) Von Zuversicht getragen, bekundete der Markt heute wieder eine sehr feste Haltung. Von Bankwerten kamen vornehmlich Kommerzialbank, Ungarische Kredit, Eskomptebank, Ungarische Bank, Vaterländische Bank, Agrarbank, Parzellierungsbank und Holzbank in den Verkehr. Von Sparkassen machte sich das bereits seit Tagen wahrnehmbare Interesse für die Aktien der Vaterländischen Sparkasse diesmal in erhöhtem Maße geltend. Innerstädtische, sowie Ungarische Allgemeine Sparkasse ließen eine unverändert feste Veranlagung erkennen. Von Verkehrspapieren begegneten Stadtbahn größerer Aufmerksamkeit; hingegen schienen Straßenbahn und Staatsbahn etwas matter. Von Eisen- und Maschinenaktien erzielten Rimamuránver und besonders Schlick-Nicholson nennenswerte Avancen; Waffen gingen anfangs höher, fielen jedoch zum Schluß auf ihr gestriges Niveau zurück; Liptak blieben unverändert. Kohlenpapiere vermochten einen bescheidenen Rahmen auch heute nicht zu überschreiten und waren infolgedessen gedrückt. Einiges Geschäft hat in Industriepapieren stattgefunden, wobei Klotild Einbußen erlitten, Brassóer Zellulose keine Veränderung erfuhren, Nasicer Tannin einer kräftigen Aufwärtsbewegung teilhaftig wurden. Das letztere gilt auch von Oberungarischen Berg- und Hüttenaktien. Zu registrieren erübrigt schließlich das Geschäft in Drasche-Ziegelei, die nach einer festen Eröffnung einen ziemlich unvermittelten, schärferen Rückgang erfahren haben.

Arbeiterzeitung
8./XI.1916



## Die Aufgaben der Staatsschulden-Kontrollkommission.

In der heutigen Sitzung der Staatsschulden-Kontrollkommission erschien der neue Finanzminister; Herr Marek hielt dabei sozusagen eine Programmrede. Sie dünkt uns die denkbar stärkste Verkennung der Aufgabe der Staatsschulden-Kontrollkommission. Der Finanzminister führte aus:

> Ich glaube, daß das durch die Verfassung umschriebene Verhältnis zwischen Regierung und Kontrollkommission dann am gedeihlichsten in den Dienst des Staates gestellt werden kann, wenn wir einander mit voller männlicher Aufrichtigkeit begegnen. Sehe ich doch in der Kontrollkommission nicht den Wächter, sondern das mahnende Gewissen des Finanzministers. Die Zeiten sind nicht danach, daß wir Arbeit und Mühe zwecklos opfern, um über Kompetenzen zu hadern. Das Staatsschiff steuert scharf gegen den Wind; da will mich bedünken, daß alle Mann an Bord müssen und daß es gemeinsame Pflicht ist, unser Bestes zu geben. Ich habe in meinen bisherigen Tätigkeiten immer daran festgehalten, daß der sicherste Weg zum Erfolg Aufrichtigkeit und Vertrauen sind. Ich weiß daher sehr wohl, daß ich in diesem Kreise von Männern, denen das Vertrauen des Reichsrates Amt und Stimme gegeben, dann Vertrauen finden werde, wenn ich ihnen mit aller Offenheit entgegentrete. Ich bitte, mir Vertrauen mit Vertrauen zu lohnen. Dankbar sind wir uns alle bewußt, daß die ständige Kontrolle des Schuldenwesens durch Organe der Legislative dem Staatskredit Oesterreichs förderlich gewesen ist ... Unsere Volkswirtschaft braucht nach dem Kriege vor allem Auslandskredit, um dem Rohstoffbedarf zu entsprechen. Sie wird diesen Kredit nur dann finden, wenn das Ausland die Ueberzeugung hat, daß der Staatskredit Oesterreichs in dem furchtbaren Sturme, in dem unser Vaterland mutig ausharrt, unerschütterlich geblieben ist. Was haben wir nun vorzukehren? Alles das, was geeignet ist, den Zinsendienst unter allen Umständen zu sichern. Ich stimme daher vollkommen mit der Kommission überein, daß beständig an die Erhöhung der Staatseinnahmen gedacht werden muß.

Der Finanzminister schilderte dann ein neues Verhältnis zwischen Staat und Bürger: „Das Abgabeleisten darf nicht mehr als eine unbehagliche, in das Individualrecht eingreifende Maßnahme empfunden werden, sondern als eine selbstverständliche und freudige Pflicht, als etwas, das der einzelne Bürger nicht als ein Opfer empfindet, sondern als eine Leistung im eigenen Interesse." Doch das sind sozusagen Berufsutopien des Mannes, der Steuern heischt. Schließlich machte er, und das war ja der Zweck der Uebung, Mitteilungen über die Form der bevorstehenden fünften Kriegsanleihe, die in 5½prozentigen in 40 Jahren amortisablen Schuldverschreibungen und in 5½prozentigen Schatzscheinen von 5½jähriger Laufzeit bestehen wird. Die Kontrollkommission hat für die langfristige Anleihe einstimmig, für die Schatzscheine mit allen gegen eine Stimme die Kontrasignierung beschlossen — was bei diesen Kommissionsmitgliedern ja weiter nicht auffällig ist. Die haben ja für ihre verfassungsmäßige Aufgabe schon längst das Empfinden verloren und reden sich und der Welt ein, daß eine Anleihe von vielen Milliarden und auf vierzig Jahre erstreckt — eine schwebende Schuld sei. Mit den Herren Czedik und Konsorten versparen wir uns die Abrechnung auf spätere Zeiten.

Dem Herrn Finanzminister möchten wir aber doch ins Bewußtsein rufen, was nach der Verfassung die Aufgabe der Staatsschuldenkontrollkommission wirklich ist. Die Herren Mitglieder, weil sie ihre wahre Aufgabe längst preisgegeben haben, gebärden sich nun allen Ernstes als die Sachwalter und Verwalter des Staatskredits, und der Herr Finanzmininer hat, indem er seine Zustimmung zu ihrer Ansicht dahin ausdrückte, „daß beständig an eine Erhöhung der Staatseinnahmen gedacht werden muß", diesen ihren vorgespiegelten Beruf anerkannt: daß die Kommission staatsfinanzielle Aufgaben zu erfüllen habe. Aber das ist ganz falsch! Die Staatsschuldenkontrollkommission hat, wie schon ihr Name sagt, die Kontrolle der Staatsschuld auszuüben, und ihre Aufgabe ist (§ 10 des Gesetzes), darüberzuwachen (zu wachen, Herr Minister, daher ist sie tatsächlich ein Wächter!), „daß die bestehende Staatsschuld nur im verfassungsmäßigen Wege vermehrt werde und daß mit der Staatsschuld gesetzmäßig gebart werde"; in dieser fest bestimmten Aufgabe ist für den Anspruch der Kommission, als eine Art finanzieller Beirat zu fungieren, kein Raum. Aber da die Kommission zu wachen hat, so hat sie, wie jeder Wächter, nicht blindes Vertrauen zu haben, sondern im Gegenteil ist schärfstes Mißtrauen ihre Pflicht. Wenn der Herr Finanzminister die Verweisung auf die verfassungsmäßige Aufgabe der Kommission damit erledigen will, daß man nicht „über Kompetenzen hadern soll", so möchten wir ihn schon fragen, wozu diese Kontrollkommission sein soll, wenn es ein zweckloses Opfer an Mühe und Arbeit sein soll, daß sie kontrolliere ... In Wahrheit ist ja die Kommission längst keine Kontrollkommission, sondern das Feigenblatt für § 14-Anleihen.

Es handelt sich nicht darum, daß die Kommission ein Mehr über ihre Aufgabe leistet, sondern die Sache ist die, daß sie ihre eigentliche und einzige Aufgabe, darauf zu achten, daß die bestehende Staatsschuld nur im verfassungsmäßigen Wege vermehrt werde, ganz aufgegeben hat und die Täuschung, sich um die Bewahrung des Staatskredits zu sorgen, nur vorsteckt, um zu vertuschen, daß sie nicht wacht und nicht kontrolliert ...

Pester Lloyd 9./XI. 1916



# Der ausländische Effektenbesitz Englands und Frankreichs.

Budapest, 8. November.

Haben Kapitalinvestitionen im Ausland in normalen Zeiten keine andere Bedeutung als die durch ihre Erträgnisse bewirkte Verbesserung der Zahlungsbilanz, so ist ihre Funktion im Kriege eine wesentlich andere geworden. Sowohl England wie Frankreich haben seit längerer Zeit ihre Bestände an ausländischen Effekten zur Regulierung der Wechselkurse unter gleichzeitiger Schonung ihrer Goldreserven und in jüngster Zeit überdies als Pfandunterlage für ihre Anleihen in Amerika benützt, durch welche Sicherstellung naturgemäß günstigere Bedingungen erzielt werden können. Unter diesen Umständen ist es demnach von Interesse, festzustellen, welche Höhe diese finanziellen Ressourcen Englands und Frankreichs erreichen und wo etwa die Grenzen der Erschöpfung dieser Bestände liegen.

In England gilt als landläufige Ziffer für den Wert der in englischem Besitz befindlichen Auslandseffekten die Schätzung von 3500 Millionen Pfund Sterling, auf die auch der Premierminister Asquith schon wiederholt verwiesen hat. Die Ziffer beruht auf den vom bekannten Londoner Finanzpolitiker und Herausgeber des „Statist" Sir George Paish im Jahre 1911 angestellten Untersuchungen, der das im Ausland investierte englische Kapital mit 3192 Millionen Pfund Sterling berechnete. Mit Hinzurechnung der Auslandinvestitionen in den Jahren 1911—1914 ergäbe sich danach die Summe von 3·5 Milliarden Pfund Sterling. Nach Paish verteilen sich diese englischen Investitionen im Ausland folgendermaßen:

| | Millionen Pfund Sterling | Prozente |
|---|---|---|
| Amerika | 1700 | 53 |
| Asien | 500 | 16 |
| Afrika | 455 | 14 |
| Australien | 387 | 12 |
| Europa | 150 | 5 |

Es unterliegt jedoch kaum einem Zweifel, daß diese Ziffern ganz bedeutend zu hoch gegriffen sind und jüngere Berechnungen, die auf den Nachweisungen der „Reports of the Commissioner of Inland Revenue" beruhen, die bei Zinseneinkommen zwischen in- und ausländischen unterscheiden, für verläßlicher gelten müssen. Der letzte zur Verfügung stehende Bericht der englischen Steuerbehörde vom Jahre 1912 ergibt für England ein Jahreserträgnis an Auslandszinsen in der Höhe von 101 Millionen Pfund Sterling, das nach den genauen Berechnungen, denen die entsprechenden Zins- und Dividendensätze zugrunde liegen, einem Kapital von 2044 Millionen Pfund Sterling entspricht. In den Jahren 1912—1914 hat England nach den vorliegenden Nachweisungen in den Kolonien und im Ausland insgesamt 513 Millionen Pfund Sterling investiert, so daß sich der englische Besitz an Auslandsdeffekten — private Gründungen sind in der Statistik nicht inbegriffen — bei Kriegsausbruch auf 2557 Millionen Pfund Sterling gestellt haben dürfte. Um wie viel die von Asquith und Paish angegebene Ziffer zu hoch gegriffen ist, erhellt übrigens auch aus amerikanischen Berechnungen, die im vorigen Jahre eine Gesamtverschuldung der Vereinigten Staaten in der Höhe von 3 bis 3·5 Milliarden Dollar ergaben, wovon etwa die Hälfte, das sind rund 300 Millionen Pfund Sterling, auf England entfiel, wogegen Paish das englische Kapital in den Vereinigten Staaten mit 688 Millionen Pfund Sterling bezifferte.

Seinen Bestand an amerikanischen Effekten, deren Eigentümer durch eine Straffsteuer von zehn Prozent zur Abgabe an das Schatzamt gezwungen wurden, hat England bereits erschöpft und bei Bereitstellung der Pfandunterlage für das letzte Anlehen in New York wurde schon auf südamerikanische, holländische und skandinavische Werte gegriffen, deren Besitzern gleichfalls eine Spezialsteuer von zwei Schilling auf das Pfund Sterling vom Einkommen aus diesen Wertpapieren angedroht wurde, falls sie sie nicht gutwillig ausliefern. Lang dürften auch diese neutralen Effekten nicht vorhalten, wenn die englische Regierung die Auslandszahlungen, die sich täglich auf zwei Millionen Pfund Sterling belaufen, ausschließlich oder doch vorwiegend mit diesen Wertpapieren bestreitet. Die englischen Kriegskosten belaufen sich bereits auf mehr als 2500 Millionen Pfund Sterling, mit Ablauf des Jahres wird die dritte Milliarde schon erheblich überschritten sein, wovon nahezu die Hälfte ins Ausland geflossen sein wird. Ein volles drittes Kriegsjahr müßte nicht bloß den gesamten englischen Besitz an Auslandseffekten erschöpfen, sondern es würde England bereits aus einem Gläubigerstaat in einen Schuldnerstaat verwandeln. Vor wenigen Jahren noch schrieben die „Times" einmal im Hinblick auf finanzpolitische Aspirationen der Vereinigten Staaten in Südamerika: „Wir haben Amerika so viel Geld geliehen, daß sie sich einbilden, reich zu sein." In diesem Stand der Dinge hat der Krieg gründlich Wandel geschafft.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in Frankreich. Ein allerdings ganz bedeutend in die Wagschale fallender Unterschied liegt jedoch darin, daß die französischen Kriegskosten zwar etwas geringer sind als jene Englands, aber der Besitz Frankreichs an ausländischen Effekten um vieles kleiner ist als der englische. Die französischen Kriegskosten bis Ende laufenden Jahres sind mit etwas über 50 Milliarden Francs zu veranschlagen. Damit dürften sie auch die Höhe des gesamten französischen Besitzes an ausländischen Wertpapieren erreicht haben. Es fehlt allerdings nicht an Schätzungen, die diesen Besitz auf 60 bis 70 Milliarden veranschlagen, die anscheinend verläßlicheren Berechnungen gehen indessen nicht über 50 Milliarden hinaus. Vicomte v. Avenel beziffert in seinem Werke „Découvertes d'histoire sociale" das französische Vermögen in mobilen Werten mit insgesamt 110 Milliarden. Wenngleich seit 1900 die ausländischen Emissionen in Frankreich die inländischen Jahr für Jahr stark übertrafen, so dürfte doch zumindest die Hälfte der Effekten im französischen Besitz auf französische Werte entfallen, denn die starke Beteiligung des französischen Kapitals an ausländischen Anleihen und Gründungen reicht ja nicht allzu tief in das vorige Jahrhundert zurück.

Wird der Abfluß der ausländischen Effekten in Frankreich auch nicht durch eine Straffsteuer wie in England erzwungen, so dürften die Verhältnisse doch ungefähr das gleiche Resultat wie in England herbeiführen. Die von der französischen Regierung gebotenen Vorteile, der Nutzen aus dem hohen Kursstand und dem Tiefstand der französischen Wechselkurse bieten ja hinlänglichen Anreiz für diesen Effektenabfluß, so weit es sich um gute neutrale Wertpapiere, namentlich um Dollarwerte handelt. Anders liegt freilich die Sache hinsichtlich des starken französischen Besitzes an russischen Werten, den man auf mehr als 25 Milliarden Francs schätzt, und jenes an südamerikanischen Werten, der gleichfalls sehr hoch veranschlagt wird. Diese Werte sind während des Krieges kaum realisierbar, ein großer Teil des französischen Großkapitals ist in diesem Besitz immobilisiert und hat hiebei mit schwerwiegenden Verlusten zu rechnen. Dieser Besitz an Auslandswerten wird Frankreich auch über den Krieg hinaus verbleiben, aber er wird ohne Zweifel durch die inzwischen eingetretene Verschuldung Frankreichs an das Ausland, insbesondere an England und Amerika, zum größten Teile kompensiert werden. Frankreich hat für das laufende Jahr allein mit einem Passivum der Handelsbilanz von rund fünfzehn Milliarden Francs zu rechnen und dabei dürften die enormen Regierungslieferungen nicht inbegriffen sein. Nach dem Kriege wird auch Frankreich nicht mehr derselbe Gläubigerstaat sein, der es vor dem Kriege war.

Dr. E. L.

Neues Wiener Tagblatt
9./XI. 1916



Wien, 9. November.

**(Finanzpolitiker des Deutschen Nationalverbandes zu den schwebenden Finanzfragen.)** Zahlreichen Aeußerungen deutscher Abgeordneter zu den schwebenden Finanzfragen aus Anlaß der Rede des Finanzministers Marek vor der Staatsschuldenkontrollkommission entnimmt die Zeitungskorrespondenz „Pol. Tagebücher" folgende zusammenfassende Darstellung: Die Mitteilung des Finanzministers über die bevorstehende Begebung der fünften Kriegsanleihe hat bei den deutschen Abgeordneten insofern freundliche Aufnahme gefunden, als die Befriedigung des staatlichen Geldbedürfnisses während des Krieges durch Anleihen gewiß jeder andern Kreditoperation vorzuziehen ist, wenn schon nicht die Möglichkeit besteht, den durch den Krieg bedingten Aufwand ganz oder zum Teil aus erhöhten laufenden Einnahmen zu bestreiten. Der Beschluß der Staatsschuldenkontrollkommission, die fünfte Kriegsanleihe ebenfalls zu kontrasignieren, wird als logische Folgerung ihres bei den früheren Kriegsanleihen eingenommenen Standpunktes betrachtet. Die sonstigen Ausführungen des Finanzministers haben einen günstigen Eindruck hinterlassen, insbesonders darum, weil auch der neue Chef der Finanzverwaltung sich zu seiner Aufgabe, für den Zinsendienst der Kriegsanleihen die Bedeckung zu schaffen, in vollem Umfang bekennt und die Stärkung und Erhaltung des Staatskredits als sein höchstes Ziel aufgestellt hat, so daß mit voller Zuversicht auf ein sehr günstiges Ergebnis der bevorstehenden fünften Kriegsanleihe gerechnet werden kann. Ueber die Wege, die zur Erhöhung der Staatseinnahmen führen, sind allerdings die Meinungen unter den deutschen Abgeordneten einigermaßen geteilt. Während einzelne Finanzpolitiker der Meinung des Finanzministers, daß Kriegszuschläge zu den bestehenden Steuern zwar nicht das idealste, aber doch derzeit ausschließliche Mittel darstellen, uneingeschränkt zustimmen, wird von andern die Inangriffnahme eines großzügigen Finanzprogramms gewünscht. Da der neue Finanzminister mit seinen Plänen noch nicht hervorgetreten ist, so lasse sich naturgemäß ein abschließendes Urteil nicht erwarten. Es wird jedoch von Fachleuten auf dem Gebiete der Finanzwissenschaften darauf verwiesen, daß die notwendige, gewaltige Steigerung unsrer Staatseinkünfte nicht durch ein System zahlreicher, im einzelnen aber wenig ertragreicher Steuern zu erreichen sein wird, um so weniger, als der Ertrag der bestehenden indirekten Steuern nicht ins Ungemessene gesteigert werden kann, zumal ja die Steuersätze für Bier und Branntwein und die Preise der Monopolsartikel bei einer wenigstens vorläufig kaum mehr steigerungsfähigen Grenze angelangt seien. Von vielen Seiten wird auch auf die unausbleiblichen volkswirtschaftlichen Folgen der Erschließung zahlreicher, aber wenig ergiebiger Steuerquellen hingewiesen, die bei der naturgemäß eintretenden Ueberwälzung auf den Konsum Teuerungsverhältnisse hervorrufen, die in gar keinem Verhältnisse zum Steuerertrage und zu den Steuersätzen stehen. Einmütig sei man in der Anschauung, daß es nicht angehe, eine allzu ferne Zukunft mit den durch den Krieg bedingten Ausgaben zu belasten. Man neigt vielmehr dazu, nicht allein die finanziellen Maßnahmen auf die Deckung des Zinsenerfordernisses zu erstrecken, sondern auch auf die Beschaffung der Mittel für eine in verhältnismäßig kurzer Zeit durchzuführende Tilgung auszudehnen. Da der neue Finanzminister zu diesen Fragen, wie es ja in der Natur des Forums der Staatsschuldenkontrollkommission gelegen ist, sich noch nicht geäußert habe, wird angenommen, daß er mit einem organisierten Finanzplan in Kürze vor die Oeffentlichkeit treten werde, wofür sich allerdings ein Ausschuß des Abgeordnetenhauses am besten eignen würde. Da nach den Erklärungen andrer Kabinettsmitglieder bei der Regierung die Absicht bestehen müsse, die Volksvertretung ehestens wieder zur Arbeit im Interesse des Staates aufzurufen, dürfte sich also auch dem Finanzminister bald die Gelegenheit bieten, sich darüber zu äußern, wie er sich die künftige Gestaltung der österreichischen Finanzen vorstellt.

Neues Wiener Tagblatt
10/XI. 1916



**(Projekt einer „Balkanbörse" in Wien und Budapest.)** Eine hiesige, vor nicht langer Zeit gegründete kleinere Bank plant die Errichtung einer „Balkanbörse" mit dem Sitze in Wien und Budapest. Die Aufgabe dieser Balkanbörse soll nach dem Entwurf des Projektes eine dreifache sein: sie soll vor allem als Mittelpunkt des Handels für alle aus dem Balkan und dem Orient einzuführenden Rohstoffe fungieren; ferner soll die Balkanbörse eine Einkaufsstelle für alle in der Monarchie produzierten oder gehandelten Artikel darstellen, welche nach dem Balkan und dem Orient ausgeführt werden; als dritte Aufgabe käme die Pflege und Förderung des Fremdenverkehrs in Betracht. Der Balkanbörse soll ein Warenlager angegliedert und ihr die mit der Warenprüfung zusammenhängenden Aufgaben übertragen werden. Die Räume der Balkanbörse sollen einen Sammelpunkt der Interessenten für die Abwicklung von Orientgeschäften jeder Art abgeben. Die Bank, von welcher das Projekt herrührt, beabsichtigt, selbst sich im Warengeschäft nicht zu betätigen, sondern will sich darauf beschränken, eine Filiale am Sitze der Warenbörse in Wien und Budapest zu errichten, um sich hier das Kredit- und Wechselgeschäft zu sichern. Die Balkanbörse soll als Aktiengesellschaft konstituiert werden mit einem Kapital von einer Million Kronen, wobei der größere Teil des Aktienkapitals durch die angesuchte Regierungssubvention, ein kleinerer Teil aus privaten Mitteln aufgebracht werden soll. Der Ueberschuß über die 5prozentige Verzinsung des Kapitals soll zur Rückzahlung der Staatssubventionen, die in doppelter Form: einmaliger Betrag und Jahressubvention, angesprochen werden, Verwendung finden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Warenbörse sollen zur Hälfte von der Regierung ernannt und zur Hälfte von den Mitgliedern der Börse frei gewählt werden.

Österr. Volkszeitung
10./XI. 1916



**(Die Bewegung der Spareinlagen.)** Die Zunahme der Spareinlagen hat bei den Wiener Banken auch im Monat Oktober angehalten. Allerdings war der Einlagenzuwachs kleiner als im September, wie denn überhaupt seit Juli jeder folgende Monat eine kleinere Einlagensteigerung aufweist als der vorangegangene. Das mag zum Teil auf die gleichzeitige Belebung des Anlagemarktes zurückzuführen sein, im Monat Oktober wohl auch schon darauf, daß die Banken den Zinsfuß der Einlagen um ein halbes Prozent herabgesetzt haben, während die Sparkassen ihren Zinssatz zunächst noch unverändert ließen. Ende Juni betrugen die Spareinlagen bei den Wiener Banken 1254·4 Millionen Kronen. Die Zunahme belief sich im Juli auf 87·2, im August auf 52·7, im September auf 41·6 Millionen. Der Ausweis der Kreditanstalt liegt für den Monat Oktober noch nicht vor. Falls die Spareinlagen bei dieser Bank im abgelaufenen Monat etwa in derselben Weise zugenommen haben wie im vorangegangenen, würde sich der Einlagenzuwachs bei den Wiener Banken im Oktober auf 34 Millionen, falls aber der Einlagenstand bei der Kreditanstalt keine Veränderung erfuhr, auf 27 Millionen belaufen. Insgesamt haben die Einlagen bei den Wiener Banken in den ersten vier Monaten des zweiten Halbjahres um mehr als 200 Millionen zugenommen.

Neue Freie Presse
10./VI. 1916

105

## Die Finanzfragen.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Finanzielle Zukunftsfragen unter besonderer Berücksichtigung der Preisbildung nach dem Kriege" erstatteten Berichte die Abgeordneten Dr. Steinwender, Dr. Mataja, Dr. Urban, Doktor Bodirsky, Dr. Freiherr v. Fuchs und Dr. Waldner. Dann ergreift zu diesem Punkte noch Abg. Hummer das Wort.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

1. Für den Staatskredit und zur Einschränkung weiterer Verschuldung volle Deckung der Zinsenerfordernisse zunächst durch Maßregeln vorwiegend provisorischer Natur, wie durch eine neue weitgehende Kriegsgewinnsteuer, durch einen weiteren Ausbau der Kriegszuschläge durch Erschließung neuer Einnahmen unter starker Heranziehung der besonders Leistungsfähigen und scharfe Kontroll- und Strafbestimmungen;

2. eine endgültige Regelung der Finanzen nach dem Kriege, die allerdings ohne Verminderung des Schuldenstandes durch eine einmalige Vermögensabgabe unmöglich erscheint;

3. bei allen neuen Maßnahmen sozial-politische Rücksichten. Diese Maßnahmen dürfen weder den Abbau der Teuerung hindern, noch die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung herabdrücken und müssen der Aufsaugung des Mittelstandes und der selbständigen Unternehmungen überhaupt und der Herrschaft des Finanzkapitales entgegenwirken;

4. die schärfste Bekämpfung der mit der Herrschaft d. Finanzkapitales gestiegenen Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Fremdenblatt
12./II. 1916



# Erweiterung des Komitees des Rothschild-Konsortiums.

## Eintritt der Pester Ungarischen Kommerzialbank.

Das Konsortium für ungarische Anlehen (Rothschild-Konsortium) hat am 11. d. M. unter Vorsitz des Barons Louis v. Rothschild in Wien eine Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, die Pester Ungarische Kommerzialbank in das Komitee des Konsortiums aufzunehmen. Die bisherigen Mitglieder des Komitees sind: das Bankhaus S. M. v. Rothschild, die k. k. priv. Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, die k. k. privilegierte allgemeine österreichische Boden-Kreditanstalt, Wien, die Ungarische Allgemeine Kreditbank, Budapest, und die Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Berlin.

Diese Erweiterung des Komitees ist auf die erfreuliche Erscheinung zurückzuführen, daß Ungarn bereits in den letzten Jahren vor dem Kriegsausbruche, vornehmlich jedoch während der Kriegsdauer, an der Abwicklung der staatlichen finanziellen Transaktionen einen anhaltend zunehmenden Anteil genommen hat. Die sonstige Zusammensetzung des Konsortiums bleibt in jeder Hinsicht unverändert und speziell werden die sämtlichen Verhandlungen und Verrechnungen mit dem kön. ung. Finanzministerium und mit den Konsortialmitgliedern nach wie vor ausschließlich von der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, als Leiterin und Vertreterin des Konsortiums, geführt werden. Das Konsortium besteht bekanntlich außer den Obgenannten aus folgenden weiteren Mitgliedern, und zwar: Wiener Bank-Verein, Kais. königl. privilegierte Oesterreichische Länderbank, Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft, Union-Bank, Anglo-Oesterreichische Bank, Wien, kön. ung. Postsparkassa, Pester Erster Vaterländischer Sparkassa-Verein, Ungarische Eskompte- und Wechslerbank, Budapest, Mendelssohn & Co., S. Bleichröder, Berlin.

Fremdenblatt
12./IV. 1916



# Aktiv- und Passivzinsen der Banken.

Im Berichte über die letzte Sitzung der Staatsschuldenkontrollkommission wurde mitgeteilt, daß bei der Erörterung der mit der Begebung der fünften Kriegsanleihe zusammenhängenden Verhältnisse des Geldmarktes die überaus große Spannung zwischen den Aktiv- und Passivzinsen, welche bei den Banken in Geltung und bei den Sparkassen in Aussicht gestellt ist, als außerordentlich auffällig zur Sprache kam.

Aus Bankkreisen wird uns dazu geschrieben:

Die Banken haben bekanntlich vor kurzem den Zinsfuß für Einlagen ermäßigt, die Sparkassen werden ihnen voraussichtlich in dieser Woche mit der gleichen Maßnahme nachfolgen. Der Beschluß, den Einlagenzinsfuß herabzusetzen, ist zunächst aus der Erwägung zu erklären, daß Geld heute tatsächlich nicht anbringlich ist. Die riesigen Beträge, die schon seit vielen Monaten den Banken zufließen, können unter den heutigen Verhältnissen zu lohnenden Zinssätzen weder kurzfristig, noch auf andere Weise Veranlagung finden. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die disponiblen Beträge zu Voreinzahlungen auf die kommende Kriegsanleihe verwendet werden. Da überdies gegenwärtig auch noch die Rentensteuer in Betracht zu ziehen ist, so kann die Verwendung dieser Gelder gewiß nicht als sehr lohnend angesehen werden. Die Zinsfußherabsetzung erscheint daher unter dem Gesichtspunkte der Verwertung der verfügbaren Gelder vollkommen begründet. Die Maßnahme ist aber auch deshalb erfolgt, weil man angenommen hat, daß sie die Subskription auf die bevorstehende Kriegsanleihe günstig beeinflussen wird. Wenn daher der Zinsfuß für Einlagen bei den Banken mit 3½ Prozent festgesetzt wurde, so waren dafür zwei Momente maßgebend: die Unmöglichkeit, die vorhandenen Kapitalien lukrativ zu verwerten, und die Erwägung, daß diese Maßnahme der Propaganda auf die Kriegsanleihe Vorschub leisten wird.

Was den Debetzinsfuß anbelangt, so ist es eine Usance, die sich bewährt hat, daß er etwas über dem Banksatz notiert. Da herrscht also der Grundsatz, daß der Bankzinsfuß maßgebend ist, und daran hat sich auch in Kriegszeiten nichts geändert. Da nun gegenwärtig ein Bankzinsfuß von 5 Prozent in Geltung ist, während der Zinsfuß im Debet usuell mit 1¼ und 1½ Prozent, manchmal auch mit größerer Spannung über dem offiziellen Banksatz festgestellt wird, so ist es dahin gekommen, daß sich zwischen dem Kredit- und Debetzinsfuß eine ziemlich erhebliche Spannung ergeben hat. Im Kredit stellt sich der Zinsfuß auf 3 bis 3½ Prozent, im Debet auf 6¼ bis 6½ Prozent und mehr.

Es wäre aber, wie sich aus Vorstehendem ergibt, verfehlt, diese Spannung lediglich auf eine Maßnahme der Banken zurückzuführen. Die Spannung ist dadurch entstanden, daß bei Geltung der Usance, die früher hinsichtlich der Erstellung des Debetzinsfußes angeführt wurde, unter der Herrschaft eines fünfprozentigen Zinsfußes, anderseits infolge des Umstandes, daß Geld selbst zu minimalen Sätzen nicht anbringlich ist, der große Unterschied in den Zinssätzen sich mechanisch ergeben mußte. Wie schon erwähnt, ist die einzige Stelle, bei der gegenwärtig größere Kapitalien Veranlagung finden können, der Staat, denn die bankmäßigen Debitoren weisen ja in allen Banken Rückgänge auf, so daß zu dem hohen Debetzinsfuß nur eine relativ geringe Anzahl von Debitoren in Frage kommt, in der Erhöhung der Kassenbestände und in den Erlägen bei der Regierung vielmehr vor allem die Geldflüssigkeit zum Ausdruck kommt.

Gleichwohl soll nicht geleugnet werden, daß der durchschnittliche Kursnutzen auch bei dieser Mischung von höheren und niedrigeren Spannungen sehr befriedigend ist. Wenn man aber auch zugibt, daß die Spannung nicht unerheblich ist, so ist doch gleichzeitig festzustellen, daß z. B. in Deutschland und England die Verhältnisse noch viel auffälliger sind. Im Deutschen Reiche bewegt sich die Spannung zwischen 1½ und 6½ Prozent, in England sind die Konvokrentanleihen unverzinslich bei einer Bankrate von 6 Prozent.

Bei den Sparkassen verhält sich die Sache anders. Ihre Aktiv-Anlagen bestehen nicht wie bei den Banken, in Debitoren, sondern in Wertpapieren und Hypothekenanleihen. Die mit 6¼ Prozent befriedigend rentierende Kriegsanleihe spielt unter den Wertpapieren nicht die entscheidende Rolle, doch ergibt sie ein ziemliches Mehrerträgnis gegenüber dem Erträgnis der gewohnten Anlagen. Allerdings könnte insoferne Anlaß zu einer Bemängelung gegeben sein, als einzelne Sparkassen bei Kriegsbeginn die Sätze für Hypotheken erhöht oder zumindest die Fälligkeitstermine benützt haben, um solche Erhöhungen eintreten zu lassen. Da sich nun im weiteren Verlaufe der Dinge gezeigt hat, daß die Einlagen trotz der großen Kriegsanleihezeichnungen immer weiter steigen und eine Verteidigung des Einlagenstandes durch hohe Anlagenzinssätze sich als unnötig erweist, so wird in den Kreisen der Hypothekenschuldner vielleicht die Erwartung auftauchen, daß die Erhöhungen der Sätze, soweit sie überhaupt vorgekommen sind, rückgängig gemacht werden.

Reichspost
12./XI. 1916



# Mängel im Devisenverkehr.

Die Erwartungen, die man an die Gründung der Devisenzentrale allgemein geknüpft hat, haben sich nur zum Teil erfüllt. Soweit damit eine Stabilisierung des Kronenkurses beabsichtigt war, kann man wohl sagen, daß das angestrebte Ziel im großen und ganzen erreicht worden ist. In der letzten Zeit beginnen sich jedoch Schwierigkeiten einzustellen, die sich nur aus einer mangelhaften Organisation der Zentrale einerseits und aus einer laxen Handhabung der die Einfuhrverbote betreffenden Vorschriften anderseits erklären lassen. Die Eingänge an fremden Zahlungsmitteln reichen bei weitem nicht mehr hin, um die starke Nachfrage zu decken, so daß selbst berechtigte Ansprüche in vielen Fällen ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben. Was das in der Praxis für Folgen hat, ersieht man am besten aus dem Fall eines hiesigen Bankhauses, das sich viel mit der Uebermittlung von Geldern befaßt, die für Kriegsgefangene in Rußland bestimmt sind. Seit mehr als einer Woche bemüht es sich vergeblich um die hiezu unbedingt notwendige fremde Valuta und einer ganzen Reihe von Personen wird es dergestalt unmöglich gemacht, ihren oft in der größten Not befindlichen Angehörigen eine Unterstützung zukommen zu lassen. Eine scharfe Sichtung in den Devisenansprüchen, wie sie alle Tage an die Zentrale herantreten, ist ein Gebot der Stunde und es ist nur zu begrüßen, daß sich die Regierung jetzt endlich entschlossen hat, die Vorprüfung dieser Ansprüche in die Hände von Vertretern des Finanz-, Handels- und Ackerbauministeriums sowie des Ministeriums des Innern zu legen. Eine schärfere Kontrolle wäre schon längst notwendig gewesen und es zeigt nicht gerade von Weitblick, daß man erst jetzt in der letzten Stunde, wo das Wasser sozusagen an den Mund reicht, den Einfuhrhändlern und den Banken stärker auf die Finger sieht. Erst spät scheint man in der Oesterreichisch-ungarischen Bank, die ja mit der Leitung der Devisenzentrale betraut ist, dahinter gekommen zu sein, daß die Einfuhr von Luxusartikeln allen Verordnungen zum Trotz ruhig ihren Gang weitergeht und daß die Banken zu Vermittlern dieses unerlaubten Einfuhrgeschäftes geworden sind. Ob letztere ihre Rolle bewußt oder unbewußt gespielt haben, ist natürlich nicht leicht zu entscheiden. Tatsache ist auf jeden Fall, daß die Einfuhr von Juwelen, Kleidern, Hüten und so weiter, also von lauter Artikeln, wie sie nur für die vielen im Kriege reich Gewordenen in Betracht kommen, mehr denn je in Schwung ist, daß alle Hinweise in der Presse auf das Unpatriotische dieser Handlung, daß alles Höhnen der Pariser, die sich über unsere Modepuppen lustig machen, nichts gefruchtet hat. Man wende nicht ein, daß es sich da nur um Summen handeln könne, die in dem Rahmen unserer Gesamteinfuhr nicht weiter in Frage kommen. Was jetzt allein an Diamanten alle Monate eingeführt wird, das geht in die vielen Millionen, und das Auffälligste ist hiebei, daß diese Millionen zu einem großen Teil von der Devisenzentrale beglichen werden müssen, also gerade jenem Institut, das alle Verpflichtungen, die aus Luxusimporten entstehen, von vornherein ablehnt. Die Bezahlung der Luxuseinfuhr geht heute derart vor sich, daß der Einfuhrhändler bei einer der hiesigen Banken den an den fremdländischen Lieferanten geschuldeten und in Kronen fakturierten Betrag einzahlt und ihn dann an den Gläubiger, resp. dessen Bank überweist. Letztere hebt dann das Guthaben ab und nimmt dabei die hiesige Devisenzentrale in Anspruch. Diesem Mißbrauch kann natürlich nur gesteuert werden, wenn die Ueberweisungen von Kronenguthaben an das Ausland von der Entscheidung der Devisenzentrale abhängig gemacht und soviel wie möglich eingeschränkt wird. Diese Maßnahme bedeutet übrigens noch lange nicht die Beseitigung aller Uebelstände, die heute im Zahlungsverkehr nach dem Auslande eingerissen haben. Viele Einfuhrhändler, die die Schwierigkeiten in der Devisenbeschaffung wohl kennen, leisten ihre Zahlungen mit Kronennoten, die im neutralen Ausland nur mit einem Kurse, der stets unter der Parität der Devisen steht, berechnet werden. Die Menge der Noten, die auf solche Weise den Weg über die Grenze nimmt, wird natürlich von Monat zu Monat größer. und in gleichem Maße wird der Ruf unserer Währung untergraben. Für unnütze Dinge, für Diamanten und Perlen erwirbt jetzt das Ausland Guthaben, die in die Hunderte von Millionen gehen und die wir nach dem Kriege mit unserer Ausfuhr begleichen oder auf irgend eine andere Weise, etwa im Kreditwege decken müssen. Es ist die denkbar schlechteste Vorbereitung für die Friedenswirtschaft, wenn wir uns jetzt schon gegenüber dem Ausland verschulden, nur um Luxusbedürfnisse der Kriegsverdiener und ihres weiblichen Anhanges zu befriedigen. Der Mangel an Rohstoffen, der nach dem Kriege beseitigt werden muß, um die Friedensindustrie überhaupt wieder in Gang zu bringen, wird uns ohnehin in höherem Maße als uns lieb ist, dazu zwingen, die Kredithilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Wenn dann zu diesen Anleihen noch die Millionen unserer Luxuseinfuhr hinzukommen, so ergibt dies eine Verschuldung an das Ausland, die unsere ganze Währung nur zu leicht für immer in Mißkredit bringen kann. Technisch ist es nun leider schwer, wenn nicht unmöglich, einer übermäßigen Ausfuhr von Kronennoten entgegenzutreten und die weitgehendsten Kontrollrechte, mit denen man die Devisenzentrale etwa ausstatten könnte, werden die Tatsache, daß Ein- und Ausfuhr bei uns in keinem auch nur einigermaßen annehmbaren Verhältnisse mehr zueinander stehen, auch nicht aufheben können. Um eine Gesundung am Devisenmarkt herbeizuführen, bleibt schließlich nichts anderes übrig, als die Luxuseinfuhr unter genauer Spezialisierung der einzelnen in diese Rubrik fallenden Artikel und bei Androhung der schärfsten Strafen zu verbieten. Mit den Halbheiten, die für die bisherigen die Einfuhr regelnden Verordnungen kennzeichnend sind, kommen wir nicht mehr weiter. Jeder Appell an die vaterländische Gesinnung unserer Kriegsmillionäre ist — das hat die Erfahrung gezeigt — vergebens und so bleibt denn nichts anderes als der Weg der staatlichen Kraft übrig. Stärkste Einschränkung unserer Einfuhr ist heute eine Staatsnotwendigkeit, die nicht erst etwa nach dem Kriege Geltung erhält.

Fremdenblatt
14./XI. 1916

# Die Eindämmung des Goldstromes nach Amerika.

Das Haus Morgan verläßt seine Freunde nicht. England ist mit seinen amerikanischen Wertpapieren fast zu Ende, nachdem anläßlich der letzten Anleihe zur Stützung des Wechselkurses die amerikanischen Wertpapiere aus dem englischen Kapitalsmarkte herausgepumpt wurden. Um nun ungedeckte Anleihen der Alliierten beim amerikanischen Publikum populär zu machen, wird die Theorie von der Gefahr einer Uebersättigung des amerikanischen Wirtschaftslebens mit Gold seitens der Morgangruppe in allen Tonarten vertreten. Nach einer Zusammenkunft mit den Bankiers in Chicago sagte Henry Davison, der Vertreter der Firma Morgan: Wir besprachen ernsthaft die besten Mittel, um zu verhindern, daß sich das große Wirtschaftsgebäude auf einer Goldflut aufbaut, die sich über unser Land ergießt. Der Goldstrom wird uns nach dem Kriege wieder genommen werden und wird unser neues Wirtschaftsgebäude zusammenstürzen lassen. Es ist praktisch unmöglich zu verhindern, daß sich der Kredit auf dem Golde aufbaut, das wir bekommen. Unsere Aufgabe ist also offenbar die, die Goldeinfuhr zum Stillstand zu bringen. Ebenso klar ist das Mittel dazu; wir müssen den alliierten Regierungen reichlichen Kredit geben. Ich glaube, die Zeit ist gekommen, in der wir einsehen müssen, daß es für uns sicherer ist, von den großen Völkern, wie Frankreich und England, Obligationen anzunehmen, anstatt eine doppelte Sicherheit für unsere Darlehen zu verlangen. In das gleiche Horn wenn auch mit einer Variation stößt die „New-York Tribune", die über die neue englische Anleihe schreibt: Die amtliche Bekanntmachung von Morgan u. Ko. geht dahin, daß die englische Regierung die Gelder nicht sofort braucht, daß aber die hiesigen Zinssätze so niedrig sind und es so schwer ist das Geld vorteilhaft anzulegen, daß der Rat amerikanischer Bankiers angenommen wurde, mit dem Ergebnis, daß eine Anleihe von 300 Millionen Dollar zu 5½ Prozent aufgelegt werden soll. Der Artikel macht darauf aufmerksam, daß die im August aufgelegte englische Anleihe 5 Prozent Zinsen brachte. Der Kernpunkt sei aber nicht der tatsächlich gezahlte Zinssatz, sondern der effektive Ertrag für den Kapitalisten, und laut einigen Meldungen wird dieser Ertrag etwas höher sein, als bei der früheren Operation. Der wahre Zweck der amerikanischen Bankiers bei dieser Anleihe ist der, der übertriebenen Goldflüssigkeit abzuhelfen, während es natürlich für die englische Regierung als Darlehensnehmer von Vorteil ist, den Zinssatz hier so niedrig wie möglich zu halten. Infolge dessen heißt es in einigen Kreisen, daß dies der Grund ist, warum England so viel Gold nach New-York sandte, und zwar schneller, als es gebraucht wurde, so daß die Goldankünfte für Amerika fast zu einer drohenden Gefahr wurden, da es unzureichende Schutzmittel gegen eine durch Goldüberfluß entstehende übermäßige Steigerung des Kredits besitzt. Die Banken konnten die übermäßige Benutzung des Kredits nicht aufhalten, weil es nicht in ihrer Macht lag, den Zinssatz zu kontrollieren. Die „Tribune" vermutet daher, daß die amerikanischen Bankiers wahrscheinlich der englischen Regierung gesagt haben, daß sie weniger Gold haben wollen, um dadurch die Warenpreise zu drücken und die Zinssätze zu erhöhen.

Nun soll gewiß nicht geleugnet werden, daß die Besorgnisse wegen der Ueberschwemmung des amerikanischen Marktes mit Gold nicht unbegründet sind, und namentlich den Aeußerungen Davisons, „der Goldstrom werde nach dem Kriege wieder genommen werden, und werde das ganze Wirtschaftsgebäude Amerikas zusammenstürzen lassen", kann man die Richtigkeit nicht absprechen. Aehnliche Erwägungen waren ja auch für die Geldpolitik der skandinavischen Notenbanken maßgebend. Das ablehnende Verhalten dieser Länder gegenüber Goldzuführung gehört ja zu den interessantesten Erscheinungen des Weltkrieges. Während die kriegführenden Staaten mit allen Mitteln darnach streben, sich möglichst hohe Goldvorräte zu verschaffen, die sie in ihren zentralen Noteninstituten aufspeichern, und in Friedenszeiten diese Bemühungen ganz allgemein waren, wehren sich die genannten Länder dagegen, daß ihnen als Gegenwert für exportierte Waren Gold zugeführt wird. Durch diese Goldpolitik der skandinavischen Notenbanken, zu welcher die Schwedische Staatsbank die Anregung gegeben hat, beabsichtigte diese Folgendes zu erreichen: 1. Nicht mehr Gold aus dem Auslande beziehen, als man selbst zu haben wünscht, und 2. die inländische allgemeine Warenpreislage günstig zu beeinflussen . . . Die Schwedische Reichsbank ist der Meinung, daß es kein Vorteil ist, mehr Gold zu haben, als dies für die Deckung der Banknoten notwendig sei. Das Gold in den Kellern gebe keine Zinsen, und es könne für die Bank sehr verhängnisvoll werden, falls andere Banken oder Privatpersonen sich das Gold im Auslande so billig verschaffen können, daß der Verkauf an die Reichsbank einen Gewinn ausweist. Die Bank riskiere dann nicht allein, unbegrenzte Mengen Goldes annehmen zu müssen, sondern sie sei gezwungen, den Zwischenhändlern einen höheren Preis zu bezahlen, als zu welchem die Bank sich im offenen Markte eindecken könne. Infolge der sehr niedrigen ausländischen Valutakurse sei es schon jetzt möglich, solche Geschäfte mit Vorteil für den Zwischenhandel zu machen. Eine Regelung der allgemeinen Warenpreislage in Schweden erwartet man dadurch erreichen zu können, daß die schwedischen Exportwaren nicht mit Gold bezahlt würden, wenn die Reichsbank kein weiteres Gold mehr entgegennehme.

Amerika als Heereslieferant der Ententemächte war in der Lage, riesige Goldmengen an sich zu ziehen, und die Goldinflation hat die Hochkonjunktur mächtig gefördert. Davison scheint den Zusammenbruch der ganzen Herrlichkeit für den Fall zu fürchten, daß nach dem Kriege der Goldstrom in ein engeres Bett gedrängt wird. Dem Geldbedürfnisse der Entente kommen aber solche Besorgnisse sehr entgegen.

Die Zeit
15./XI. 1916



— (**Kapitalsvermehrung der Ungarischen allgemeinen Kreditbank.**) Wir erhalten folgende Mitteilung: „Die Direktion der Ungarischen allgemeinen Kreditbank hat in ihrer kürzlich abgehaltenen Sitzung beschlossen, für den 23. Dezember laufenden Jahres eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre einzuberufen, der der Antrag vorgelegt werden soll, das Aktienkapital des Instituts zu erhöhen. Betreffs des Ausmaßes, des Zeitpunktes und der sonstigen Modalitäten dieser Kapitalserhöhung wird die Direktion ihre Anträge in der kurz vor der Generalversammlung abzuhaltenden Sitzung feststellen. Im Sinne der Statuten steht den Aktionären im Verhältnis ihres Aktienbesitzes das Bezugsrecht auf die zur Ausgabe gelangenden Aktien zu." — Die Ungarische allgemeine Kreditbank hat zuletzt im März 1911 ihr Aktienkapital von 60 Millionen auf 80 Millionen erhöht und verfügt gegenwärtig über ausgewiesene Reservefonds von 63½ Millionen. Seit der letzten Kapitalsvermehrung hat die Betätigung des Instituts nach jeder Richtung eine außerordentliche Steigerung erfahren. Der Gesamtumsatz der Bank betrug im Jahre 1910 rund 15 Milliarden Kronen, überschritt im Jahre 1915 30½ Milliarden Kronen und weist im laufenden Jahre eine weitere erhebliche Erhöhung auf. Die Spar- und Kontokorrent-Einlagen, also die dem Institut anvertrauten fremden Gelder, haben Ende 1910 286 Millionen Kronen betragen. Gegenwärtig übersteigen sie die Milliarde. Die Anzahl der Filialen hat sich in demselben Zeitraum von 11 auf 15 erhöht, diejenigen der affiliierten Geldinstitute von 6 auf 29. Die durch das Institut begründeten, beziehungsweise dem Konzern desselben angehörenden Unternehmungen haben sich seit dem Jahre 1910 von 54 auf 87 vermehrt, welch letztere noch ihrerseits über 31 Subunternehmungen verfügen. Die eigenen Mittel des Instituts stehen mit diesen mächtigen Ziffern nicht mehr im Einklang, und es erscheint deshalb der Leitung der Bank notwendig, daß das Institut, das fast mit allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens in enger Beziehung steht, und dem nach Einzug des Friedens auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet große Aufgaben harren, sich für diese vorsichtsweise schon jetzt entsprechend rüstet. In finanziellen Kreisen wird damit gerechnet, daß die bisherige Dividende von K. 45 für das laufende Geschäftsjahr eine mäßige Erhöhung erfahren wird.

Pester Lloyd
15./XI. 1916



(Erhöhung des Aktienkapitals der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank.) Wir erhalten folgende Mitteilungen: „Die Direktion der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank hat in ihrer heute abgehaltenen Sitzung beschlossen, für den 23. Dezember d. J. eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre einzuberufen, welcher der Antrag vorgelegt werden soll, das Aktienkapital des Instituts zu erhöhen. Hinsichtlich des Ausmaßes, des Zeitpunktes und der sonstigen Modalitäten dieser Kapitalserhöhung wird die Direktion ihren Antrag in der kurz vor der Generalversammlung abzuhaltenden Sitzung feststellen. Im Sinne der Statuten steht den Aktionären im Verhältnisse ihres Aktienbesitzes das Bezugsrecht auf die zur Ausgabe gelangenden neuen Aktien zu." Zu dem obigen Communiqué ist zu bemerken, daß die Ungarische Allgemeine Kreditbank zuletzt im März 1911 ihr Aktienkapital von 60,000.000 auf 80,000.000 Kronen erhöhte und gegenwärtig über ausgewiesene Reservefonds von 63,500.000 Kronen verfügt. Es ist allgemein bekannt, daß seit diesem Zeitpunkte die Betätigung des Instituts in jeder Richtung eine außerordentliche Steigerung erfahren hat. Aus den uns zur Verfügung stehenden Daten ist festzustellen, daß im Jahre 1910 der Gesamtumsatz der Bank rund 15 Milliarden Kronen betragen, im Jahre 1915 30½ Milliarden Kronen überschritten hat und daß derselbe im laufenden Jahre eine weitere erhebliche Erhöhung aufweist. Die Spar- und Kontokorrenteinlagen, also die dem Institute anvertrauten fremden Gelder haben Ende 1910 286 Millionen Kronen betragen, gegenwärtig übersteigen sie die Milliarde. Die Anzahl der Filialen hat sich in demselben Zeitraume von 11 auf 15 erhöht, diejenige der affiliierten Geldinstitute von 6 auf 29. Die durch das Institut gegründeten, beziehungsweise dem Konzerne desselben angehörigen Unternehmungen haben sich seit dem Jahre 1910 von 54 auf 87 vermehrt, welch letztere ihrerseits noch über 31 Subunternehmungen verfügen. Es ist unleugbar, daß die eigenen Mittel des Instituts mit diesen mächtigen Ziffern nicht mehr im Einklange stehen, und es erscheint deshalb notwendig, daß die Bank, die fast mit allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens in enger Beziehung steht und der nach Einzug des Friedens auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete große Aufgaben harren, sich für diese vorsichtigerweise schon jetzt entsprechend rüstet. In finanziellen Kreisen wird damit gerechnet, daß die bisherige Dividende von k 45 pro Aktie für das laufende Geschäftsjahr eine mäßige Erhöhung erfahren wird.

Der Abend
16./VI. 1916
114

# Sittenbilder von der Produktenbörse.

### Fünfundzwanzig neue Millionäre.

Kaffee war neben dem Reis die erste Ware, deren Preis unerhört getrieben wurde, und wenn heute die Näherin in der Vorstadt nach langer Anstellung 1 K für das Achtel eines Kilogrammes bezahlen muß, das noch im April vorigen Jahres um 40 bis 50 Heller leicht zu haben war, so kann sie sich dafür in erster Linie bei den Kaffeepreistreibern bedanken. Die Kaffeezentrale und der Höchstpreis spielten da die Feuerwehr, die ausrückte, als der Speicher bereits auf den Grund niedergebrannt war. Am letzten Freitag des April 1916 begann die Preishetze im Café „National". Dort kauften plötzlich an diesem Abend ein paar Agenten während der üblichen „Vorbörse" im Kaffeehause jede Menge der zu K 2.70 bis 4.60 noch Vormittag leicht erhältlichen Ware zu Preisen bis K 5.— auf. Die Leerverkäufer drahteten sofort nach Holland um Ware, wo die bei allen Großhändlern gleichzeitig einlangenden Bestellungen neue beträchtliche Preissteigerungen hervorriefen. Gleichzeitig wuchs die Nachfrage nach holländischen Zahlungsmitteln derart, daß der Kurs für diese in wenigen Stunden um fast 10 v. H. stieg. Am Samstag darauf, d. i. am 29. April, kostete der Kaffee, eine Ware, die übrigens gar nicht an der Fruchtbörse gehandelt werden sollte, im Börsensaale K 6.— bis 7.—. Am Montag kam das Verkehrsverbot seitens der Börsenkammer und der Preis des Kaffees erreichte K 9.—, zu welchem die Freitag unter K 5.— waggonweise gekauften Mengen abgegeben wurden.

Sowohl beim Reis wie beim Kaffee handelt es sich nicht etwa um kleine Posten einer mangelnden Ware, sondern es wurden Tausende von Zentnern umgesetzt, die beim Erreichen des hohen Preises fast gänzlich aus dem Verkehre verschwanden. Es müssen ganz bedeutende Vorräte noch vorhanden sein, und es wird eine dankenswerte Aufgabe für das neue Ernährungsamt sein, den versteckten Reis und Kaffee aufzustöbern.

Wie groß die Umsätze waren, läßt sich daraus ermessen, daß seit etwa 1½ Jahren an der Fruchtbörse mehr als

**150 Millionen**

ins Verdienen gebracht wurden. Etwa 100 Börsenbesucher haben jeder mehr als 100.000 Kronen, etwa 100 mehr als eine halbe Million und gegen 25 mehr als eine Million verdient, worunter einige mit zwei bis drei Millionen, einer mit fünf Millionen ist.

Diese 150 Millionen sind rein aus der Haut der Verbraucher geschunden worden, denn sie haben nicht nur den Preis von Kaffee und Reis, sondern auch den von

**Erbsen, Bohnen und Hirse**

getrieben, also von ganz unentbehrlichen Volksnahrungsmitteln. Für diese drei Früchte gibt es Höchstpreise, aber für Höchstpreise keine Früchte. Es dürfen kosten:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Bohnen | im großen | K 45, | im Kleinhandel | K 100 |
| Erbsen | „ „ | „ 55, | „ „ | „ 110 |
| Hirse | „ „ | „ 110, | „ „ | „ 220 |

Tatsächlich aber werden Bohnen ganz ohne Zurückhaltung mit K 210 für den Zentner, Erbsen mit K 350 bis 375 und Hirse mit K 340 an der Fruchtbörse gehandelt. Freilich wird bei jedem dieser Nahrungsmittel ein anderer Vorwand für die Höchstpreisüberschreitung gebraucht. Bei den Bohnen heißt es, daß sie alter Ernte sind, bei Erbsen, daß sie aus dem Auslande kommen, bei der Hirse, daß es „Extraqualität" ist. Dem Bohnenmuster sieht aber jeder Laie die Jugend an und fremdländische Erbsen sind seit dem Eintritt Rumäniens in den Krieg nicht hereingekommen. Im Frieden hatten wir starke Bohnenausfuhr nach Frankreich, jetzt sind Bohnen kaum irgendwo zu finden. Sie werden offenbar aufgehoben, bis sie „alter Ernte" werden und dem Höchstpreise nicht unterliegen, genau so wie Reis und Kaffe, für die man noch höhere Seltenheitspreise abwartet. Wir wissen, daß ein sehr reiches Mitglied der Fruchtbörse im Lagerhause der Stadt Wien noch mehrere Waggons Reis liegen hat, der zu einem Preise von etwa 75 Kronen für den Zentner im Durchschnitt gekauft wurde und heute bereits zu 600 Kronen für den Zentner leicht verkäuflich wäre. Da aber heute erstrangige Stadtgasthäuser und Hotels gern 10 Kronen für das Kilogramm Reis bezahlen, kann das Lagern noch hübschen Nutzen abwerfen. Wollte man diese Reismenge beschlagnahmen und dem Lagerer noch einen bürgerlichen Nutzen lassen, so könnte man zu Weihnachten an fast 100.000 Arbeiterfamilien in Wien je ein halbes Kilo um — 50 Heller abgeben, was gewiß ein billiges Festessen wäre.

Die Millionen, die an der Fruchtbörse „gemacht" wurden, kann man kaum mehr zurückerhalten, aber es gibt Möglichkeiten, die weiteren Treibereien zu verhindern und namentlich zurückgehaltene Vorräte ans Tageslicht zu zerren. Bloß mit der Verhaftung von kleinen Händlern, die kiloweise angeblich Reichtümer erwerben wollen, wird dies aber nicht gehen.

Der Abend
16./XI. 1916

115

# Tantièmen.

Felixdorfer Weberei und Appretur.

Aktienkapital K 2,166.000, Reingewinn K 1,380.867 (im Vorjahre K 322.252), Dividende K 70 = 17½ v. H. (im Vorjahre K 24 = 6 v. H.).

Die Herren Nik. Th. Dumba, Friedrich Pacher v. Theinburg, Eduard Smidt, Max Krenn, Gustav Kirchhoff erhielten je K 25.315·89 und die Verlassenschaft nach Dr. Ernst Marbach K 11.507·22, zusammen also fünf Herren und eine Verlassenschaft K 138.086·66.

Wie schon oft erwähnt, geht es der Webwarenindustrie so gottsjämmerlich schlecht, daß sie sich nur durch unausgesetzte Preiserhöhungen kümmerlich vor dem Zusammenbruch rettet.

„Austria" Emailwerke und Metallwarenfabrik A. G.

Aktienkapital K 5,075.000, Reingewinn K 1,562.720 (im Vorjahre K 629.622), Dividende K 50 = 20 v. H. (im Vorjahre K 17½ = 7 v. H.).

Die Herren Rudolf Kitschelt, Vizepräsident der Handels- und Gewerbekammer, Ludwig August Lohnstein (Länderbank), Regierungsrat Dr. J. Th. Bannfeld, Anton Graf Bylandt-Rheydt, Ladislaus Freiherr v. Dirstay erhielten an Tantièmen je K 21.816·18 und Herr Markus Rotter K 21.816·17. Überdies die drei erstgenannten noch eine feste Gebühr als Mitglied des Exekutivkomitees, je K 4000. Ein angenehmer Zufall setzt uns in die Lage, festzustellen, wie oft sich die Herren beratend für das Gedeihen der Gesellschaft und ihre K 21.816·17 bemühen mußten: die vier erstgenannten Herren viermal im Jahre, die anderen zwei jeder dreimal. Es erhielt nämlich jeder der ersten vier 80 Kronen, jeder der letzten zwei 60 Kronen für Anwesenheitsmarken, die 20 Kronen für die Teilnahme an jeder Sitzung betragen. Wie man sieht: übermäßig zeitraubend ist das Tantièmenverdienen gerade nicht.

# Kapitalserhöhungen.

Zuerst verdoppeln und verdreifachen sie den Gewinn, den sie aus den Taschen der Verbraucher ziehen, dann erhöhen sie das Aktienkapital. Eine Bank nach der anderen geht daran, und sie kann sicher damit rechnen, daß kurzsichtige Sparer ihr das Geld dazu bereitwillig entgegenbringen werden. Kürzlich las man es von der Depositenbank, die unter der Herrschaft des — sagen wir: bekannten Dr. Kranz den Ehrgeiz empfindet, in die Reihe der Großbanken mit den großen Tantièmen und den großen Gelegenheiten zum Geldmachen emporzusteigen, wobei es allerdings möglich wäre, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht hätte. Heute wird wieder aus Budapest berichtet, daß die Ungarische Creditbank ihr Kapital um vierzig Millionen vermehren wird, von achtzig auf hundertundzwanzig, also um die Hälfte. Und da die Lorbeern des Miltiades den Themistokles nicht schlafen lassen und die Gelegenheit der Kreditbank den Herrn von Lanczy nicht, so will auch dieser hemmungsloseste aller Budapester Bankritter das Kapital seiner Ungarischen Kommerzialbank erhöhen. Wobei niemals übersehen werden darf, daß die neu einströmenden Millionen natürlich keineswegs alles oder auch nur die Hauptsache sind, sondern daß es darauf ankommt, an den neu ausgegebenen Aktien einen tüchtigen Schnitt mit dem Kursgewinn zu machen. Käme es nur darauf an, mehr Geld zur Verfügung zu haben, so hätten die Banken in einer ganz geringen Erhöhung des Einlagezinsfußes ein viel einfacheres Mittel, sich beliebig viel Geld zu verschaffen. Die Wahrheit erkennt übrigens mühelos, wenn man sich erinnert, daß bei der Verteidigung der Zinsfußherabsetzung allgemein darüber geklagt wurde, daß die Banken für das ihnen eingelegte Geld fast gar keine Verwendung haben; sie haben also für Geld keine Verwendung, erhöhen ihr Kapital aber um zahllose Millionen. Wer hier die wahre Absicht schwindelhafter Plusmacherei erkennt, muß unbedingt blind von Geburt oder durch einige vor die Augen gehaltene Tausendkronennoten geblendet sein.

Die Zeit Abendbl
18./XI. 1916

117 18

## Aenderungen bei Finanzbehörden.

Heute wird folgende Kundmachung des Finanzministeriums betreffend die Auflassung der Finanzbezirksdirektionen in Korneuburg und Stein an der Donau veröffentlicht:

Auf Grund der allerhöchsten Entschließung vom 21. September 1916 werden die Finanzbezirksdirektionen in Korneuburg und Stein an der Donau mit dem 1. Mai 1917 aufgelassen und mit jenen in Wien, beziehungsweise St. Pölten vereinigt.

Von dem gleichen Zeitpunkt angefangen werden die Steuerbezirke Atzenbrugg und Tulln aus dem Dienstbereich der Finanzbezirksdirektion in St. Pölten ausgeschieden und jenem der Finanzbezirksdirektion in Wien zugewiesen.

Die Finanzbezirksdirektion in Wien hat somit die nachbenannten Steuerbezirke zu umfassen:

Aspang, Atzenbrugg, Baden, Bruck a. d. L., Ebreichsdorf, Groß-Enzersdorf, Feldsberg, Gloggnitz, Gutenstein, Hainburg, Haugsdorf, Ober-Hollabrunn, Kirchberg a. Wagram, Kirchschlag, Klosterneuburg, Korneuburg, Laa, Liesing, Marchegg, Matzen, Mistelbach, Mödling, Neunkirchen, Wiener-Neustadt, Pottenstein, Potzsdorf, Purkersdorf, Ravelsbach, Retz, Schwechat, Stockerau, Tulln, Wolkersdorf und Zistersdorf.

Die Finanzbezirksdirektion in St. Pölten hat die Steuerbezirke Allentsteig, Amstetten, Dobersberg, Eggenburg, Gaming, Geras, Groß-Gerungs, Gföhl, Gmünd, Haag, Hainfeld, Herzogenburg, Horn, Kirchberg a. d. P., Krems, Langenlois, Lilienfeld, Litschau, Mank, Mautern, Melk, Neu-Lengbach, Ottenschlag, St. Peter i. d. Au, Persenbeug, Pöggstall, St. Pölten, Raabs, Scheibbs, Schrems, Spitz, Waidhofen a. d. Th., Waidhofen a. d. Ybbs, Weitra, Ybbs und Zwettl zu umfassen.

Weiter wird folgende Verordnung des Gesamtministeriums betreffend die Auflassung der Finanzprokuratur in Klagenfurt und die Uebertragung ihrer Geschäfte an die Finanzprokuratur in Graz verlautbart:

In Abänderung des § 3 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 9. März 1898, RGB. Nr. 41, betreffend die Dienstesinstruktion für die Finanzprokuraturen wird die Finanzprokuratur in Klagenfurt mit 1. Mai 1917 aufgelassen, und werden von diesem Tage an ihre Geschäfte an die Finanzprokuratur in Graz übertragen.

Österr. Volkszeitung
18./XI. 1916



# Die Kapitalsvermehrungen der Mittelbanken.

Es würde bereits gemeldet, daß der „Mercur" sowohl als die Depositenbank in naher Zeit Kapitalserhöhungen vornehmen wollen, und zwar die Bank u. Wechselstuben-A.-G. „Mercur" zunächst von 50 auf 60 Millionen, die Allgemeine Depositenbank, die derzeit über ein Aktienkapital von 40 Millionen verfügt, auf 80 Millionen; es ist noch nicht bekannt, ob die Depositenbank diese Kapitalsverdoppelung unter einem oder in zwei Etappen von je 20 Millionen durchführen wird.

Auch die Allgemeine Verkehrsbank folgt dem Zuge nach Erweiterung der Kapitalsgrundlage. Wie wir vernehmen, hat dieses Institut bereits in letzter Zeit, gleichsam in aller Stille, eine Kapitalserhöhung durchgeführt, indem es in Ausübung einer Ermächtigung der letzten Generalversammlung 8·9 Millionen Nominale neuer Aktien an eine Gruppe von Großaktionären begeben hat. Dadurch hat sich das Aktienkapital der Verkehrsbank, das vorher 50·4 Millionen betrug, auf 60·2 Millionen vergrößert

Der Morgen

20./XI. 1916



## Eine zweite österreichisch-ungarische Bankengruppe für den Orient.

Bekanntlich haben vor einigen Wochen Kreditanstalt, Bankverein, Ungarische Kreditbank und Pester Kommerzialbank, denen auch das Bankhaus Rothschild sich angeschlossen hat, eine „österreichisch-ungarische Orientgruppe" gegründet. Nunmehr hat sich eine zweite Vereinigung österreichischer und ungarische Finanzinstitute für gemeinsame Finanz- und Industrialisierungsgeschäfte im Orient gebildet. Wie vernehmen, gehören dieser Gruppe von Wiener Banken die Anglobank, Länderbank, Niederösterreichische Eskomptegesellschaft und Depositenbank an. Von ungarischen Anstalten sind die Ungarische Eskompte- und Wechslerbank sowie die Pester Vaterländische Sparkasse Mitglieder der Vereinigung.

Neue Freie Presse 21./XI. 1916



# Die Goldvorräte in der Monarchie.

Von Ignaz Lasus.
Hofrat des Finanzministeriums i. R.

Wien, 20. November.

Ich habe in Nr. 18455 dieses Blattes vom 7. Januar 1916 in einem Aufsatz einige Gedanken über den vermutlichen Goldbesitz der Bevölkerung in der Monarchie niedergelegt und dabei den greifbaren Bestand auf etwa 400 Millionen Kronen geschätzt. Bei den großen Ziffern, an die uns die Kriegswirtschaft gewöhnt hat, könnte diese Ziffer etwas zu gering erscheinen. Eine nähere Berücksichtigung der diesbezüglichen Verhältnisse zeigt aber, daß dies keineswegs der Fall ist. Es wurde schon in dem früheren Aufsatze erwähnt, daß aus der Zeit vor dem Jahre 1811 infolge der Durchführung des Einlösungspatents so gut wie keine Goldvorräte vorhanden sind. Nicht besser steht es um die Zeitperiode 1811 bis 1868. Die geringere Bevölkerungszahl, der durch die Folgen der Napoleonischen Kriege verringerte Wohlstand, die einfachere Lebensführung, das geringere Schmuckbedürfnis und der kleinere Einfluß der Mode haben an und für sich einer größeren Ansammlung von Schmuckgegenständen und Silbergeräten entgegengewirkt. Allerdings war damals die Einlösung und Einschmelzung von Gold- und Silbergegenständen durch Private verboten und hätte diese Maßregel eine gewisse Konservierung der Bestände bewirken können. Diese Absicht war hier aber nicht verbunden, im Gegenteil, es sollte dadurch nur den staatlichen Gold- und Silbereinlösungsämtern ein Monopol eingeräumt werden, damit diese alle aus dem Verkehr kommenden Gold- und Silberwaren den Münzämtern für die Zwecke der Münzprägung zuführen. Auf diese Weise wurde aber, wenn auch unbeabsichtigt, die Ansammlung größerer Vorräte an Edelmetallgegenständen wirksam verhindert. Die im Jahre 1868 erfolgte Einführung der obligatorischen Punzierung hat den geringen, noch vorhandenen Resten ein Ende bereitet, da dieselben unpunziert oder mit dem alten Feingehaltszeichen versehen, keine Verkehrsfähigkeit hatten und trotz der zugestandenen Vorratspunzierung den neuen Erzeugnissen Platz machen, beziehungsweise in den Tiegel wandern mußten.

Es ist also gegenwärtig lediglich mit den seit dem Jahre 1868 erzeugten oder aus dem Auslande eingeführten Waren zu rechnen. In dieser Beziehung ergibt sich aus den offiziellen Ausweisen nachfolgende Wertberechnung:

| | Inland | Ausland |
|---|---|---|
| | Kronen | |
| Für Oesterreich ..... | 366,481.745 | 199,415.406 |
| „ Ungarn ..... | 106,006.368 | 22,891.856 |
| Zusammen... | 472,488.113 | 222,310.262 |
| | 694,798.375 | |

wobei das Kilogramm Feingold mit 3280 Kronen gerechnet ist.

Von dieser Ziffer ist jedoch zunächst der Export von punzierten Goldwaren nach dem Auslande in Abzug zu bringen, welcher hier mit etwa 50 Millionen Kronen in Anschlag zu bringen wäre. Es muß weiter berücksichtigt werden, daß, obwohl im Jahre 1857 die Goldeinlösung durch Private freigegeben wurde, die früher gedachten staatlichen Einlösungsämter doch weiter bestehen blieben und ihre auffaugende Wirkung im Vereine mit der nunmehr einsetzenden analogen Tätigkeit der Privaten weitet und sogar in verstärktem Maße ausüben konnten. Obwohl über die staatliche Einlösung nur für wenige Jahre Nachweisungen vorliegen, so ist doch durch dieselben festgestellt, daß hier sehr bedeutende Ziffern in Frage kommen. Tatsächlich hat es wiederholt längere oder kürzere Perioden gegeben, in welchen die diesbezüglichen Neuprägungen des Hauptmünzamtes ausschließlich aus dieser Quelle gespeist wurden. Man kann daher mit voller Zuversicht annehmen, daß auf diese Art in den hier in Betracht kommenden 46 Jahren an 100 Millionen Kronen Feingold an Bruch aus dem Verkehre gezogen wurden. Damit Hand in Hand gehen aber die gleichfalls bereits berührten Umarbeitungen alter Gegenstände in neue und das dadurch bewirkte mehrfache Vorkommen desselben Metalles in den Punzierungsnachweisungen, was gleichfalls eine erhebliche Verminderung des faktischen Goldbestandes im Vergleiche mit den Nachweisungen zur Folge hat.

Ich kann aber bei diesem Anlasse und im Anschlusse auf vorstehende Ausführungen nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß nach Kriegsausbruch die durch die industrielle und kommerzielle Stockung frei gewordenen Kapitalien und die erzielten großen Kriegsgewinne zum Teile durch die Anschaffung von Perlen und Diamanten angelegt wurden. Dadurch ist ein nicht unerheblicher Teil der uns zur Verfügung gestandenen Devisen und Valuten absorbiert und sind die in dieser Beziehung bestehenden mißlichen Verhältnisse mitbewirkt worden.

Frankfurter Zeitung

123 71

21./XI. 1916

# Goldabgabe und Goldverarbeitung.

Von zuständiger Seite wird geschrieben:

Es ist in letzter Zeit verschiedentlich angeregt worden, die Reichsbank zu veranlassen, der Goldwarenindustrie kein Gold mehr zur Verarbeitung von Bijouteriewaren herauszugeben, es sei denn, daß diese in das Ausland ausgeführt werden, und das Gold bei den Juwelieren zu beschlagnahmen. Diese Anregungen knüpfen an eine gewisse Mißstimmung an, die sich aus Anlaß der Goldschmucksammlung im Lande gebildet hat und die in dem Gefühl wurzelt, es ginge nicht an, daß die Reichsbank das Publikum auffordert, ihr seine Goldsachen zum reinen Goldwerte zu verkaufen, wenn sie ihrerseits es noch fertig bringe, Gold an die Industrie zu geben. Dieses Gefühl gründet sich offenbar weniger darauf, daß von der Reichsbank noch Gold an die Industrie herausgegeben wird, als vielmehr darauf, daß eine große Anzahl von Juwelierläden im Lande noch geöffnet sind und Goldwaren an jedermann verkaufen. Das ist aber ein Tatsache, die mit der Goldschmucksammlung gar nichts zu tun hat. Bei der Goldschmucksammlung besteht der Wunsch, daß zur Stärkung des Goldschatzes für den Krieg und für die Zeit nach dem Kriege jedermann in möglichst großem Umfange alle irgend entbehrlichen Goldsachen den Goldankaufsstellen bringt und verkauft. Ihren großen Wert erhält die Hergabe des Goldschmuckes aber erst dadurch, daß sie freiwillig erfolgt und daß jeder Zwang und jede Beschlagnahme ausgeschlossen ist. Von beiden muß im Interesse der Sache unter allen Umständen abgesehen werden.

Man darf sich aber auch nicht daran stoßen, daß die Reichsbank scheinbar im Widerspruch mit der Goldschmucksammlung noch Gold an die Goldwarenindustrie hergibt. Berechtigt wäre eine Mißstimmung darüber nur, wenn die Abgabe in größerem Maße erfolgte oder wenn sie ohne Schädigung großer Interessen unterbleiben könnte. Beides ist indessen nicht der Fall.

Die deutsche Goldwarenindustrie hat nach den im großen und ganzen als zutreffend zu erachtenden Schätzungen eine Reihe von Jahren vor dem Kriege jährlich etwa 80 Millionen Mark Feingold verarbeitet. Demgegenüber gibt die Reichsbank heute überhaupt an Gold für die Ausfuhr, für das Inland, für Zahngold, für photographische Artikel, für Buchgold, für die keramische Industrie usw, insgesamt monatlich nur noch etwa 1 Million Mark oder etwas darüber, auf das Jahr berechnet also etwa 14 bis 15 Millionen Mark Feingold aus. Von dieser Summe kommen auf den Export und für Exportwaren schätzungsweise $^4/_5$ — und der Export von Goldwaren ist besonders vorteilhaft und unbedingt notwendig für die Gesamtheit, weil er Devisen und Auslandsguthaben im Mehrfachen des Goldwertes zur Bezahlung der Einfuhr schafft —, ein Teil kommt auf Zahngold, und nur etwa ein Siebentel wird überhaupt für die Goldwarenindustrie, die für das Inland Goldwaren herstellt, verausgabt. Nun ziehen die Industrie und die Juweliere neben dem Hauptquantum, das sie von der Reichsbank bekommen, auch noch einiges Gold an sich durch Einkauf bei den Scheideanstalten und durch Ankauf von Altgold und Bruchgold. Wenn man es hoch schätzt, kann das etwa die Hälfte dessen sein, was die Reichsbank gibt. Also insgesamt werden nach den der Reichsbank zugegangenen Schätzungen von der Goldwarenindustrie, die für das Inland bestimmt ist, überhaupt nur noch $2^1/_2$ bis 3 Millionen Mark jährlich an Feingold verarbeitet, eine minimale Summe, und von diesem Golde dürfen nach den von der Reichsbank getroffenen Maßnahmen nur noch leichte Gegenstände mit hoher Fasson, also niedrigem Gold- und hohem Arbeitswert, angefertigt werden.

Wollte man die Herstellung von Goldsachen für das Inland völlig durch ein Gesetz verbieten, so wäre die Fassung eines solchen ungemein schwierig. Und wie sollte die Durchführung kontrolliert werden? Die Goldwaren werden hergestellt in Pforzheim, Hanau und Schwäbisch-Gmünd, nicht nur als Fertigfabrikate, sondern vielfach als Halbfabrikate, die anderswo weiterverarbeitet werden und schließlich als Fertigfabrikate an die Händler gelangen oder auch direkt bei den Erzeugern von Händlern gekauft werden; diese Händler verkaufen die Halbfabrikate oder Hilfsartikel dann erst wieder an andere Fabrikanten, die sie weiterverarbeiten. Es müßten also drei- oder vierfache Kontrollen eingerichtet werden, um festzustellen, wo das Gold bleibt, und am Ende würden die Kontrollen doch versagen. Dabei kommt aber noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht, der recht ernste Interessen betrifft, und zwar die Interessen der Goldwarenindustrie. Eine Stadt wie z. B. Pforzheim hängt völlig von der Goldwarenindustrie ab. Die berufenen Vertreter dieser Industrie schätzen die Anzahl der Arbeiter in Pforzheim, die sich ganz oder überwiegend mit der Herstellung von Goldwaren für das Inland beschäftigen, auf etwa 5000. Davon sind etwa 1500 Männer, ältere, heeresuntaugliche Leute, die geschult und eingearbeitet sind, und ungefähr 3500 weibliche Arbeiter. Stellt man auch nur die Verarbeitung von Gold für das Inland ein — sei es durch Gesetz, sei es durch Vorenthalten von Gold für diesen Zweck — so wird der allergrößte Teil, nach der Behauptung verschiedener Sachverständiger sogar die Gesamtzahl dieser 5000 Arbeiter brotlos, und ihre Umschulung zu Munitionsarbeitern am Orte selbst soll im großen Maßstabe nicht möglich sein. Das wäre aber ein Preis, viel zu hoch für das, was durch die aus der erwähnten Mißstimmung entsprungenen Anregungen erreicht werden soll.

Die Reichsbank hat daher das Ihrige getan, wenn sie zur Verstärkung ihres Goldschatzes den Goldverbrauch zur Verarbeitung von Gold für das Inland durch zielbewußte und beharrliche Arbeit auf die außerordentlich geringe Summe von 3 Millionen Mark im Jahre heruntergedrückt hat. Sie wird bestrebt bleiben, diese Summe zugunsten der Verarbeitung von Gold für den Export nach Möglichkeit noch weiter zu verringern, sie glaubt es aber nicht verantworten zu können, die Verarbeitung von Gold für den Verkauf im Inland völlig zu unterbinden, und gibt sich der Hoffnung hin, daß die bedauerliche Mißstimmung dem Gewicht der hier angeführten Tatsachen weichen wird. In diesem Sinne hat sich kürzlich der Präsident des Reichsbank-Direktoriums in der Budgetkommission des Reichstages geäußert

Fremdenblatt
21./XI. 1916



# Eine neue Bankgruppe für den Orient.

Von Seite der Verkehrsbank wird mitgeteilt, daß die Nachricht von ihrem Beitritt zu einer neu gegründeten zweiten österreichischen Bankgruppe für den Orient auf einer irrtümlichen Meldung beruht. Die Verkehrsbank behält gegenüber dem Orientgeschäft vollkommen freie Hand und wird dieselben, im besonderen ihre ausgedehnten geschäftlichen Verbindungen nach Bulgarien, wie bisher so auch in Zukunft vollkommen unabhängig von jeder Gruppenzugehörigkeit pflegen.

Zu dieser Mitteilung wäre zu bemerken, daß die Verkehrsbank sofort nach der Unabhängigkeitserklärung und Erhebung Bulgariens zum Königreiche selbständig sich um das bulgarische Geschäft beworben und im Wettbewerb mit den größten ausländischen Finanzgruppen das erste Staatsgeschäft, die Emission von 30 Millionen Frank 4½prozentiger Goldpfandbriefe der bulgarischen Nationalbank und die Konvertierung der 6prozentigen Mark-Pfandbriefe durchgeführt hat. In der Folge hat die Verkehrsbank gleichfalls im Wettbewerb mit den anderen Bankgruppen die 4½prozentige Goldanleihe der Landeshauptstadt Sofia übernommen und sowohl während der Balkankriege, als auch während des letzten Krieges an wichtigen Transaktionen mitgewirkt. An der Anbahnung intimer geldwirtschaftlicher Beziehungen zwischen Bulgarien und Oesterreich hat daher die Verkehrsbank in hervorragender Weise mitgewirkt und sie wird — dank der ausgezeichneten Position, welche sie sich in Bulgarien errungen hat — in der Lage sein, in Hinkunft auf verstärkten Grundlagen an dem Ausbau dieser Beziehungen tätig zu sein.

Pester Lloyd Abendbl
23./XI. 1916

125 U 23

# Oesterreichisch-Ungarische Bank.

Budapest, 23. November.

Der Generalrat der Oesterreichisch-Ungarischen Bank hielt heute unter dem Vorsitze des Bankgouverneurs Geheimen Rates Dr. Alexander Popovics in Budapest eine Sitzung, in der Generalsekretär Friedrich Edler von Schmid über den Stand der Bank und des Geldmarktes Bericht erstattete. Als bemerkenswert hob er hervor, daß die Kurse unserer bedeutendsten Anlagewerte seit dem 24. vorigen Monats vollständig unverändert geblieben sind. Der Anlagemarkt tendiert fest, vornehmlich für Pfandbriefe. Dagegen sind die $2^1/_2$prozentigen englischen Konsols seit dem 24. v. M. neuerlich um $2^3/_8$ Prozent zurückgegangen und auf 56.12 gefallen. Sie verzinsen sich zu diesem Kurse bereits mit 4·46 Prozent, also nicht viel weniger als die deutsche dreiprozentige Reichsanleihe. Die zweite im Juli vorigen Jahres zum Parikurs ausgegebene $4^1/_2$prozentige englische Kriegsanleihe hat sich seit dem 24. v. M. um $^1/_8$ Prozent gebessert, steht aber mit ihrem gegenwärtigen Kurs von 96 immer noch 4 Prozent unter ihrem Emissionskurs. Die französische dreiprozentige Rente hat ihren am 24. des Vormonats notierten Kurs von 61·10 behauptet, dagegen ist die fünfprozentige französische Kriegsanleihe seit dem genannten Tage um 2·3 Prozent auf 87.70 gefallen. Sie verzinst sich bei diesem Kurse beinahe ebenso hoch wie die erste österreichische Kriegsanleihe. Diese trägt nämlich zu ihrem gegenwärtigen Kurs von 96.25 5·72 Prozent, während die französische Kriegsanleihe sich zu ihrem gegenwärtigen Kurse von 87.70 mit 5·70 Prozent verzinst.

Im weiteren Verlaufe seines Referates bemerkte der Generalsekretär hinsichtlich des Rubelkurses, daß der im Königreich Polen immer noch die einzige und allein begehrte Valuta bildende Rubel von Agenten aus dem Königreiche in Krakau mit einem Aufgeld bezahlt wird, das weit über dem Preis steht, den die Devisenzentralen in Wien und Budapest notieren. Es wurden am 11. d. M. Rubelnoten in Krakau mit $307^1/_2$ gekauft. In Lublin werden sie mit $312^1/_2$ für 100 Rubel gesucht. Vorgestern wurden Rubel in Wien in den Kaffeehäusern mit 315 gehandelt. Da der von dem Armeeoberkommando derzeit festgesetzte Kurs 2 k 75 h für den Rubel beträgt, so stellen selbstverständlich alle Kaufleute im Königreich Polen ihre Warenpreise in Kronen entsprechend hoch, damit sie bei der Umwechslung der eingenommenen Kronen, die sie bestrebt sind immer so rasch als möglich gegen Rubel umzutauschen, keinen Schaden erleiden. Den Nachteil haben dann die in Kronen zahlenden Käufer, also in erster Reihe unsere Offiziere und Soldaten.

Der Zinssatz auf offenem Markte ist in Wien auffallend niedrig. Er notiert dermalen $1^1/_2$ bis $1^5/_8$, für Ultimogeld jedoch $4^3/_4$ bis 5 Prozent. Auch in Budapest ist Geld flüssig, der Satz ist unverändert $2^3/_4$. Lombard für Kriegsanleihezeichnungen ist zu 4 Prozent zu haben. Auch in Berlin bleibt der Privatsatz unverändert $4^5/_8$. Ultimogeld bedingt dort 5 Prozent. In London bleibt Geld nach wie vor knapp zu $5^{19}/_{32}$ Prozent. Seit der letzten Sitzung des Generalrates haben die Banken von Norwegen und Schweden ihren Zinssatz um je $^1/_2$ Prozent auf $5^1/_2$ Prozent hinaufgesetzt, und zwar erfolgte diese Erhöhung in Norwegen am 9. November, in Schweden aber am 10. d. M. Ein Anlaß zu einem ähnlichen Antrage bei uns lag nicht vor.

Nach Kenntnisnahme des Berichtes des Generalsekretärs beschloß der Generalrat, die neuen Fünfzig-Kronen-Noten am 18. Dezember, die neuen Einkronen-Noten aber am 21. Dezember auszugeben. Die bezüglichen Kundmachungen werden am 9. Dezember erscheinen.

Fremdenblatt 26./XI. 1916



# Die Aufstellung eines Kursblattes zum Jahresschluß.

(Von besonderer Seite.)

Dem Vorgehen der deutschen Reichsregierung analog, zum Jahresschluß ein offizielles Kursblatt für Bilanzierungszwecke zu verfassen, wird auch in Oesterreich die Herausgabe eines offiziellen Kursblattes zum Jahresschlusse in Erwägung gezogen. In Deutschland, wo eine Vermögenssteuer besteht, erweist sich die Herausgabe eines amtlichen Kursblattes von größerer Bedeutung, weil die Erfassung des tatsächlichen Vermögensstandes für eine richtige Besteuerung unerläßlich ist. In Oesterreich besteht vorerst eine Vermögenssteuer nicht und die Einkommensteuer richtet sich unabhängig von der Höhe des Vermögens nur nach den tatsächlichen Erträgnissen des Vermögens oder der Arbeit. Allerdings wird in der künftigen Neuordnung unserer Steuerverhältnisse die Vermögenssteuer nicht fehlen und nicht fehlen dürfen umsoweniger, als eine solche in Ungarn bereits Gesetzeskraft erlangt hat und in beiden Reichshälften Wert darauf gelegt wird, die Steuerverhältnisse in beiden Staaten auf möglichst einheitliche Grundlage zu stellen, um für die Volkswirtschaft in beiden Reichshälften tunlichst einheitliche Produktionslasten sicherzustellen und so zu vermeiden, daß in dem einen Staate Industrie und Handel durch günstigere steuerpolitische Behandlung gegenüber dem anderen Teile der Monarchie einen Vorsprung besitzen. Unter diesem Gesichtspunkte würde die Aufstellung eines offiziellen Kursblattes es ermöglichen, für die Errichtung eines Vermögenskatasters in Oesterreich, soweit er sich auf Wertpapiere bezieht, vorbereitende Grundlagen zu schaffen. Denn die Kurse vom 25. Juli 1914, die bis jetzt die gesetzmäßigen Bilanzierungsgrundlagen bilden, müssen als im Grunde längst überholt bezeichnet werden. Die Verhältnisse sind tatsächlich anders gekommen, als zur Zeit des Kriegsausbruches befürchtet worden ist, und die Kursbewegung folgt eben der Entwicklung unseres Wirtschaftsganges. Es wäre nun geradezu unsinnig, die Angstkurse, die unter dem Schrecken des Kriegsausbruches zum Vorschein kamen, als Bewertungsgrundlage gelten zu lassen. Aber eines muß festgestellt werden: Ebensowenig wie die unter solchen Verhältnissen entstandenen Kurse vom 25. Juli 1914 eine Bewertungsgrundlage für unseren Vermögensstand bilden können, ebensowenig können die unter der Einwirkung abnormaler Geldverhältnisse entstandenen Kurse des Augenblicks einen verläßlichen Maßstab für die Bewertung des Wertpapierbesitzes bilden. Damals war es eine durch überstürzte Angstabgaben bewirkte Unterwertung — heute ist ein durch den Zulauf des mobil gewordenen Kapitals bewirktes Hinaufschrauben der Kurse, die längst den soliden Boden eines bürgerlichen Ertrages verlassen haben und die sich eben nur so lange behaupten können, wie das Kapital an diesem Besitze beschäftigungslos festhält. Ein Kursgebäude, das in dem Augenblicke wieder zusammenbrechen muß, sobald die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Tätigkeit das Kapital wieder in den Kreislauf der heimischen Produktion zurückleiten wird. Die verhältnismäßig geringe Zahl marktgängiger Effekten hat es mit sich gebracht, daß dem aktienkaufenden Kapital nur ein sehr beschränkter Markt zur Verfügung steht. Die verstärkte Nachfrage auf der einen Seite, ein geringes Effektenmaterial auf der anderen Seite haben jene Kursentwicklung begünstigt, die sich in der eigenartigen Erscheinung spiegelt, daß die Erträgnisse unserer Aktienwerte oft weit zurückbleiben hinter dem Ertrage unserer erstklassigen und fest fundierten Anlagepapiere.

Diese Verhältnisse geben auch Aufklärung darüber, warum die Verzinsung der österreichischen Aktienwerte gegenüber ihrem dermaligen Kurse so sehr zurückbleibt hinter der Verzinsung, welche die Aktien der unter weit günstigeren Produktionsbedingungen arbeitenden deutschen Unternehmungen ihren Besitzern bieten. Es liegt aber gar kein Grund vor, den Industriebesitz Oesterreichs durch eine niedrigere Verzinsungsgrundlage höher zu kapitalisieren, als die deutschen Börsen für das deutsche Industriekapital tun. Wie diese Bilanz im allgemeinen von Grund auf falsch wäre und als willkürlich zu unseren Gunsten verschoben bezeichnet werden müßte, ein ebenso falsches Bild würde die Vermögensbilanz des Einzelnen geben, wenn die dermaligen, unter außerordentlichen Verhältnissen entstandenen Hochkurse zur Grundlage des Vermögensstandes gemacht würden. Selbst in Friedenszeiten hat [illegible] Besitzer, insbesondere von Aktienwerten, sich gehütet, in Konjunkturperioden sein Vermögen nach den hohen Augenblickskursen solcher Zeitläufte einzuschätzen — eingedenk dessen, wie rasch solche kühn aufgebaute papierene Vermögen beim ersten Windhauche eintretenden Konjunkturrückganges zusammenstürzen. Sowie heute ohne Rücksicht auf den inneren Wert und auf das tatsächliche Erträgnis alles wahllos zusammengekauft wird und die unmöglichsten Kurse zum Vorschein kommen, ebenso werden die Kurse wahllos in die Tiefe gerissen, wenn die Angst vor immer höher werdenden Kapitalsverlusten zur raschen Abstoßung drängt. Die Vermögensbewertung bedarf einer mehr stetigen Grundlage, die wenigstens einigermaßen eine vernünftigr Kapitalisierung der tatsächlichen Erträgnisse zur Grundlage hat. Deshalb verdient die Anregung immerhin Beachtung, daß als Bilanzierungsgrundlage in dem auszustellenden Kursblatte nicht die vielfach auch von berufener Seite und mit Recht angefochtenen Hochkurse des Augenblicks angenommen werden, sondern Kurse festgesetzt werden, die einer etwa sechsprozentigen Durchschnittsverzinsung der letzten Jahre entsprechen, wobei der Zeitraum auf ein fünfjähriges Spatium unter Ausscheidung des höchsten und des niedrigsten Ertrages zu beschränken wäre. Gegen die Aufnahme der dermaligen Tageskurse spricht auch der Umstand, daß der gegenwärtige Börsenverkehr doch nur einen engeren Kreis von Interessenten umfaßt. Unsere Heere sind Volksheere, und Millionen selbständiger wirtschaftliche Persönlichkeiten, die den Großteil der breiten Masse unseres Wirtschaftslebens darstellen, stehen im Felde und sind physisch und geistig dem Marktverkehr entrückt, dem gegenwärtigen Börseverkehr fehlt der regulierende Einfluß des großen Marktes der Monarchie. Daß dadurch die Preisbildung am Effektenmarkte in weit stärkerem Maße den Charakter des Zufalls an sich trägt und der Stimmung unterworfen ist, liegt auf der Hand. Den Kursen fehlt deshalb die volle Legitimität eines großen Marktes, und es wäre gefährlich, diese Tatsache zu ignorieren, gefährlich auf Grund der, wie bemerkt, von berufener Seite angefochtenen Kurse eine Schichte von papierenen Millionären gewissermaßen von Amts wegen zu schaffen. Das Unglück wäre nicht so groß, wenn es sich auf Vermögen beschränken würde, die sich auf sogenannter „Büchelware" basieren. Weit ungünstiger aber wäre die Folgeerscheinung, wenn auch breite Schichten des Publikums gezwungen würden, die bisherigen Grundsätze des soliden Sparers zu verlassen und ihr Vermögen zu den Hochkonjunkturkursen einer überanimierten Börsenstimmung zu bilanzieren. Es würde in die Einzelwirtschaft ein ungesunder, wenig seriöser Zug hineingetragen werden, der auch in Zukunft von den breiten Schichten unserer Bevölkerung ängstlich ferne gehalten werden sollte. Die Vergeldlichung unseres ganzen Wirtschaftslebens, die Umwandlung von Waren, von Außenständen in flüssiges Geld hat breitere Schichten als es früher der Fall war, mit dem Effektenmarkt in Berührung gebracht, und deshalb müßte, auch mit Rücksicht auf diese Schichten, besonders bei der amtlichen Legitimierung der gegenwärtigen Börsenkurse mit einer gewissen Vorsicht vorgegangen werden.

Neue Freie Presse
26./XI. 1916



[Die Dividenden der Kabelfabriken.] Die Kabel- und Drahtfabriken sind im heurigen Jahre andauernd voll beschäftigt gewesen. Zum größten Teil waren es ärarische Aufträge, die ihre Anlagen in Anspruch nahmen. Einzelne Unternehmungen haben sich neue Fabrikationszweige angegliedert, die abgesehen von Kabel und Draht, Bedarfsartikel der Kriegszeit erzeugen. Die Dividenden der Kabelfabriksgesellschaften dürften für das heurige Jahr eine Erhöhung erfahren; man schätzt, daß die Kabel- und Drahtindustrieaktiengesellschaft, die im Vorjahre eine Dividende von 24 K. verteilte und die Kabelfabriksaktiengesellschaft Preßburg, welche 48 K. Dividende zahlte, eine Steigerung derselben um etwa ein, eventuell zwei Prozent vornehmen könnten. Die Felten & Guilleaume-Aktiengesellschaft, welche im Vorjahre die Dividende mit 50 K. bemessen hat, dürfte sie voraussichtlich für das heurige Geschäftsjahr mit 80 K. festsetzen. Die Dividende der ungarischen Aktiengesellschaft Felten & Guilleaume wird für das laufende Geschäftsjahr mit 60 K. veranschlagt.

## Bank schlägt sich, Bank verträgt sich.

Fürst Kropotkin schildert in seinem schönen Buche von der gegenseitigen Hilfe, wie Raubtiere einander bei der Jagd helfen. Ich selbst sah einmal in den steirischen Bergen, wie zwei Falken einen harmlosen Singvogel jagten; der eine trieb das Opfer, der andere stieß darauf. Wir alle haben in aufregenden Beschreibungen gelesen, wie die hungrigen Wölfe der russischen Steppe in Gesellschaft jagen. Es gibt einsame Raubtiere, aber die höher organisierten fördern sich gegenseitig; das Großkapital verbindet sich zu Kartellen und Syndikaten. Als aber der eine Falke den Singvogel in den Fängen hatte, begann der Kampf um die Beute. Von den Wölfen wissen wir, daß sie sich über dem gestürzten Opfer gegenseitig zerfleischen. Der Gesellschaftstrieb gegenseitiger Hilfe versagt, wenn der stärkste aller Urtriebe erwacht und das Raubtier zu der Erkenntnis kommt, daß selber essen die Dividende fett macht.

Man hat in den letzten paar Wochen in den Kreisen der Eingeweihten am Schottenring viel gelacht. Man lacht dort so oft über uns Uneingeweihte, daß es nur recht und billig ist, wenn wir die Gelegenheit, wo einmal wir es sind, die lachen dürfen, ausnützen. Sie ist da; wir wollen sie ausnützen.

Die Pottendorfer Baumwoll-Spinnerei und -Zwirnerei ist ein Kind — ich weiß nicht, ob ein natürliches oder ein angenommenes — des Wiener Bankvereins. Kinder auf Aktien können den Eltern auf zwei Arten Freude machen: entweder mit stattlichen Börsengewinnen oder mit schönen Dividenden. Keines von beiden geschah in der Familie Bankverein-Pottendorfer. Der „Compaß", vor dem die verborgensten Sünden offenkundig werden, zählt der dividendenlosen Jahre eine ganze Menge auf. Sogar im Geschäftsjahre 1914, wo doch die meisten Standesgenossen aus der Textilbranche schon reichen Kriegssegen einbrachten, gab es einen Verlust von 163.020 Kronen. Anders, ganz anders im Jahre des Heils 1916. Auch der Pottendorfer Gesellschaft gelang es endlich, aus dem Mangel an Rohstoff — ich folge wörtlich dem Rechenschaftsberichte — aus den großen Behinderungen im Betriebe durch die Einberufung der Arbeiter und ihren massenhaften Abzug in die benachbarten Munitionsfabriken, sowie endlich aus den den Arbeitern unter dem Selbstkostenpreise abgegebenen Lebensmitteln und den Teuerungszulagen der Angestellten einen Reingewinn von K 1,327.510·14 zu erzielen, dank dem Umstande — ich folge wieder wörtlich — daß bei der großen Nachfrage nach Garnen und Zwirnen die Verkaufspreise willig folgten — ein Preis folgt immer willig, wenn ein Erzeuger will. Den Aktionären trug dies eine Dividende von 8 v. H., genau 8 v. H. mehr als seit so manchem Jahre. Was es den Verwaltungsräten trug, daß die Verkaufspreise folgsam und willig waren, wurde kürzlich in einer der Tantièmenstudien des „Abend" in aller Ausführlichkeit mitgeteilt. Es waren 92.449 Kronen, in die sich sechs Herren teilten.

Aber diese plötzliche Üppigkeit erweckte Neid. Man weiß, daß sich die Bodenkreditanstalt mit dem volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Plane trägt, sämtliche Textilunternehmungen unter einen Hut, den Geßlerhut des Herrn Dr. Sieghart, zu bringen. Sie schickte sich an, auch in Pottendorf ein Zwinguri zu errichten, indem sie große Posten Aktien erwarb. Der Bankverein, so in seinen heiligsten Interessen bedroht, beschloß, um die Freiheit der Pottendorfer zu kämpfen. Man verteidigt die Freiheit gegen den neuen Geßler aus der Tainfaltstraße, indem man sich die Mehrheit der Aktien sichert. Aktiengesellschaften sind, wie sattsam bekannt, streng demokratisch eingerichtete Körperschaften; die Mehrheit entscheidet, wer den Profit einstreichen darf. Der Bankverein erinnerte sich also in dieser Not eines alten Beschlusses, der dem Verwaltungsrate der Pottendorfer das Recht gab, in einem ihm beliebigen Zeitpunkte 16.000 neue Aktien auszugeben. Dem Verwaltungsrate der Pottendorfer wurde mitgeteilt, daß ihm der Zeitpunkt beliebig zu sein habe, und er beschloß demnach, die neuen Aktien an seinen väterlichen Freund, den Wiener Bankverein, zu begeben, der dafür zweihundertfünfzig Kronen, also fünfzig über den Nennwert, zu zahlen bereit war. Man bringt ja gern ein kleines Opfer — nebenbei gesagt, stehen die Aktien mehr als hundert Kronen höher, so daß das Opfer nicht einmal gar so groß ist — um liebgewordene Familienbeziehungen zu erhalten und außerdem dem Herrn Gouverneur einen kleinen Strich durch die Rechnung zu machen. Mußte Herr v. Popper ihm vorher die Weiner überlassen, so wollte er dieses Mal die Lacher auf seiner Seite haben.

Das war nun aber wieder der Bodenkreditanstalt nicht recht. Es bedroht ihren Trust mit allerlei Störungen; denn es geht, wie leicht einzusehen, schwerer, eine Gesellschaft zu verschlucken, wenn sie um 16.000 Aktien dicker geworden ist. Sie entschloß sich zu der in diesen, sonst das Schweigen so hochschätzenden Kreisen seltenen Flucht in die Öffentlichkeit in Gestalt von Zeitungsanzeigen, und so erfuhr die zuerst überrascht aufhorchende und dann vergnügt lachende Welt, daß Herr Dr. Coumont über das Vorgehen des Bankverein, das den wahren Interessen der Aktionäre der Pottendorfer Baumwollspinnerei abträglich sei, sittlich entrüstet sei und den Aktionären — ohne Expensrechnung — in sehr auffallenden Zeitungsanzeigen seinen Beistand anbiete. Da man weiß, daß dieser kundige und geschätzte Rechtsanwalt das besondere Vertrauen und die Gunst des Herrn Gouverneurs der Bodenkreditanstalt genießt, und schwerlich Anlaß hätte, sich ohne

Der Abend
27/4. 1916

128

Neues Wiener Tagblatt
28/XI. 1916



**(Wechselforderungen in Montenegro.)** Das Oesterreichische Handelsmuseum macht Besitzer von Wechseln, auf welchen Akzeptanten in Montenegro domiziliert sind und die bis zum 1. November 1916 fällig waren, neuerlich darauf aufmerksam, daß ein Verzeichnis dieser Wechsel, datiert vom 1. November 1916, sofort dem k. u. k. Militär-Generalgouvernement in Cetinje vorzulegen ist. Dieser Aufstellung sind Wechselkopien, welche zum Proteste dienen, anzuschließen. Unter einem müssen solche Wechselbesitzer ihren Bevollmächtigten in Montenegro ihre Originalwechsel einsenden, welche binnen 15 Tagen bei den Gerichten eingeklagt und vorgezeigt werden müssen. Beim Einklagen des Wechsels muß gleichzeitig auch die Stempelgebühr bezahlt werden, deren Skala im Handelsmuseum aufliegt. Es wird jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Vorgang bloß für jene Wechsel bedingt ist, welche mit Giro oder Bürgschaft versehen sind. Solche Wechsel, welche nur die Unterschrift des Akzeptanten tragen und nicht giriert sind, können auch später protestiert werden.

Frankfurter Zeitung
29./XI. 1916

131 29

# Landtags-Diäten in Preußen.

Die preußische Staatsregierung hat dem Abgeordnetenhause eine Vorlage über die Neuregelung der Diäten unterbreitet. Das Parlament soll also seine eigenen Bezüge anders, als bisher, ordnen. Jetzt, mitten im Kriege? Es mutet zunächst etwas fremdartig an, daß für diese Vorlage die jetzige Zeit mit ihren gewaltigen Problemen gewählt wurde, und man könnte meinen, daß die Parlamente augenblicklich doch noch einige dringendere Aufgaben hätten, als gerade diese. Immerhin ist der Zeitpunkt für die Vorlage nicht so erstaunlich, wie es den Anschein hat. Das Abgeordnetenhaus hat vor dem Kriege, zuletzt mit steigendem Nachdruck, eine Aenderung verlangt. Ebenso ergibt sich für den Reichstag die Notwendigkeit, die dortigen Verhältnisse auszugestalten. Man möchte die Frage für beide Häuser zugleich und möglichst einheitlich lösen, und der geeignete Zeitpunkt dafür ist vor der Neuwahl. Aber abgesehen von diesen formellen Gesichtspunkten liegen doch auch — wie wir sehen werden — ernste sachliche Gründe vor, die es rechtfertigen, die Abänderung nicht länger hinauszuschieben. Der Landtag wird deshalb auch die Vorlage rein technisch zu entscheiden haben, schon um nicht den Eindruck hervorzurufen, als wollte er durch Hervorkehrung rein äußerlicher Vorwände einen an sich nicht einwandfreien Zustand auch fernerhin aufrecht erhalten.

Den Anstoß zur Einbringung der Vorlage gibt die jetzige, ziemlich gekünstelte und innerlich unhaltbare Regelung der Fahrkartenfrage. Artikel 85 der preußischen Verfassungsurkunde, der hierfür maßgebend ist, lautet: „Die Mitglieder der Zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft." Die Mitglieder der Zweiten Kammer besitzen danach einen verfassungsmäßigen Anspruch auf Ersatz der Reisekosten, die ihnen in der Ausübung ihres Mandates auf der Fahrt von ihrem Wohnsitz nach Berlin erwachsen. Ursprünglich waren die Tagungen des Parlaments recht kurz; der Abgeordnete fuhr zu Beginn nach Berlin und zum Schluß nach Hause, er erhielt demnach je eine Hin- und Rückreise vergütet. Inzwischen sind die Sessionen immer länger geworden, die Anzahl der Zwischenreisen vermehrte sich, die der Abgeordnete aus seiner Tasche bezahlen mußte. Das beeinträchtigte naturgemäß auch die Geschäfte des Parlamentes, da sich der Abgeordnete überlegte, ob sich die Ausgaben der Reise für ihn rechtfertigen. So entstand der Wunsch nach Einführung der Freifahrtkarte, die der Reichstag seinerseits bereits besaß. Die Regierung konnte sich dem Wunsche nicht versagen, seiner Erfüllung stand jedoch jener Artikel 85 entgegen, der „Reisekosten" vorschrieb, und an dessen Abänderung man ungern heranging. Man half sich nun in einer etwas eigentümlichen Weise, indem die Verfassungsbestimmung zwar formell aufrecht erhalten, aber materiell ergänzt wurde: die Reisekosten-Vergütung blieb für die erste und die letzte Reise einer Tagung bestehen, für die dazwischen fallenden Reisen jedoch erhielt der Abgeordnete eine Fahrkarte zwischen Wohnsitz und Berlin. Die Karte erhielt er, um Mißbrauch zu verhindern, bei der ersten Ankunft in Berlin, und er sollte sie vor der letzten Abreise zurückgeben. Für die Anfangs- und Schlußfahrt erhielt er nach der Vorschrift der Verfassung „Reisekosten", die nach dem alten Satz von 13 Pfennig das Kilometer, also über die tatsächlichen Aufwendungen hinaus, berechnet wurden. Befriedigend konnte dieser Zustand unmöglich genannt werden, und es ergab sich dann auch, daß die Oberrechnungskammer zu seiner Aenderung mahnte.

Inzwischen waren auch im Reichstage die Verhältnisse unhaltbar geworden. Die Reichsboten besaßen das Vorrecht der freien Fahrt in ganz Deutschland, aber dieses Vorrecht war beschränkt auf die Zeit, in welcher der Reichstag tagt, es galt also nicht nach Schluß der Session. Das Vorrecht findet seine Begründung in dem Bedürfnis der Volksvertreter, sich über die Zustände des Bereiches, für das sie Gesetze zu machen oder das sie mitzuverwalten haben, aus eigener Anschauung zu unterrichten. Es ist aus diesem Gesichtspunkt auch für die Allgemeinheit von Wert und Nutzen. Seine natürliche Begrenzung findet es in dem mit Reisen verbundenen Aufwand, so daß eine übermäßige Ausnützung dieses Rechtes nicht zu befürchten ist. Sinngemäß aber könnte man es eher während der Tagung einschränken, da der Abgeordnete dann in Berlin sein soll, als nach Schluß der Tagung, der erst die Möglichkeit zu Informationsreisen gibt. Die umgekehrte Regelung im Reichstag hat sich sehr schlecht bewähret: um den Abgeordneten die freie Fahrt zu belassen, wurde nun der Reichstag überhaupt nicht mehr geschlossen, sondern immer nur vertagt. Es mußte so der ganze Wust von Vorlagen und Anträgen von Beginn bis zum Schluß der Legislaturperiode

Neues Wiener Tagblatt
29./XI. 1916



**(Vorbereitungen für die Ausgabe eines einmaligen Kursblattes der Wiener Börse.)** Wie wiederholt gemeldet, steht in Berlin die Veröffentlichung eines amtlichen Kursblattes in Sicht, das teils die Handhabe zu steuerrechtlichen Verfügungen, teils einen Anhaltspunkt für Bilanzaufstellungen bieten soll. Der Berliner Anregung folgend, befaßt sich auch die Wiener Börsekammer in vorläufig internen Beratungen mit dem Plan der Aufstellung eines Kursblattes, um so eine Lücke im finanziellen Verkehr auszufüllen, welche, da das letzte amtliche Kursblatt vom 25. Juli 1914 datiert, bis zum Kriegsausbruch zurückreicht. Eine endgültige Entscheidung ist bisher nicht getroffen, doch ist die Ausgabe einer Liste, welche nach Art der früheren Liquidationskurse keine Geld- und Warennotierungen für die einzelnen Effekten, sondern nur einheitliche Durchschnittspreise enthalten soll, bestimmt zu gewärtigen. Als Erscheinungstag des Kursblattes ist der 27. oder 31. Dezember d. J. in Aussicht genommen.

Neues Wiener Tagblatt
29./XI 1916


(Zulassung von neuen Aktien zum Börsenhandel.) In der gestrigen Sitzung der Börsekammer wurde entsprechend den Anträgen des Notierungskomitees beschlossen, den Gesuchen der Ersten österreichischen allgemeinen Unfallversicherungsgesellschaft um Lieferbarkeitserklärung ihrer 5000 Aktien Emission 1914 a 400 K., der Rossitzer Bergbaugesellschaft um Lieferbarkeitserklärung ihrer 3000 Aktien Emission 1914 a 400 K., der Oesterreichischen Fesfabriken um Lieferbarkeitserklärung ihrer 4000 Aktien Emission 1916 a 400 K. und der Vereinigten Elektrizitäts-Aktiengesellschaft um Lieferbarkeitserklärung ihrer 15,000 Aktien Emission 1916 a 200 K. im eigenen Wirkungskreis stattzugeben, das Kotierungsgesuch der Oesterreichischen Fiatwerke-A. G. für ihre 5000 Aktien Emission 1915 a 200 K. und ihrer 7500 Aktien Emission 1916 a 200 K. und der Balkanischen Bank für ihre 10,000 Aktien Emission 1916 a 200 Goldleva befürwortend dem Finanzministerium vorzulegen. Weiter wurde beschlossen, außer den im amtlichen Kursblatt vom 25. Juli 1914 notierten Aktien zum beschränkten Privatverkehr an der Börse folgende Aktien zuzulassen: A. Gerngroß A. G., Telephonfabriks-A. G. in Budapest, Koliner Spiritus-, Pottasche-Fabriks- und Raffinerie-A. G. in Prag, Nestomitzer Zuckerraffinerie in Aussig, „Cosmanos", vereinigte Textil- und Druckfabrik, Enzesfelder Munitions- und Metallwerke-A. G, Vereinigte Lederfabriken Flesch, Gerlach, Moriz, A. G. Fröhlichs Sohn, Weberei, Samt- und Druckfabrik, Berndorfer Metallwarenfabrik Artur Krupp A. G., und zwar Stamm- und Vorzugsaktien, Vereinigte Maschinenfabriks-A. G. vormals Skoda, Ruston, Bromovsky und Ringhoffer in Prag, Schönpriesener Zuckerfabrik in Wien, Solo, Zündwaren- und Wichsfabriken-A. G. in Wien.

Die Zeit
29/XI. 1916



— (Wiener Börsekammer.) In der gestern unter Vorsitz des Präsidenten Otto v. Seybel abgehaltenen Plenarsitzung wurden die Zuschriften, die die früheren Minister Konrad Prinz von Hohenlohe, Dr. Alexander von Spitzmüller und Dr. Karl Ritter v. Leth anläßlich ihres Rücktrittes und die Minister Erwin Freiherr v. Schwartzenau, Karl Marek und Dr. Franz Stibral beim Antritt des Amtes als Minister des Innern, Finanzminister und Handelsminister an die Kammer gerichtet haben, zur Kenntnis gebracht. Sodann berichtete der Vorsitzende über die persönlichen Empfänge des Präsidiums beim Ministerpräsidenten v. Koerber, Finanzminister Marek und Handelsminister Stibral und teilte mit, daß alle diese Funktionäre die Deputation in der liebenswürdigsten Weise aufgenommen und für die Aufgaben und Ziele der Wiener Börse lebhaftes Interesse an den Tag gelegt hätten. Entsprechend den Anträgen des Notierungskomitees wurde beschlossen, den Gesuchen der Ersten Oesterreichischen Allgemeinen Unfallversicherungsgesellschaft um Lieferbarkeitserklärung ihrer 5000 Aktien Em. 1914, der Rossitzer Bergbaugesellschaft um Lieferbarkeitserklärung ihrer 3000 Aktien Em. 1914, der Oesterreichischen Fesfabriken um Lieferbarkeitserklärung ihrer 4000 Aktien Em. 1916 und der Vereinigten Elektrizitäts-A.-G. um Lieferbarkeitserklärung ihrer 15.000 Aktien Em. 1916 im eigenen Wirkungskreis stattzugeben, das Kotierungsgesuch der Oesterreichischen Fiatwerke A.-G. für ihre 5000 Aktien Em. 1915 und ihrer 7500 Aktien Em. 1916 und der Balkanischen Bank für ihre 10.000 Aktien zu je 200 Goldleva Em. 1916 befürwortend dem Finanzministerium vorzulegen. Der bisher mit der Stellvertretung des Generalsekretärs betraute Sekretär Dr. Emil Haller Edler v. Ennsleiten wurde zum Generalsekretär-Stellvertreter ernannt. Endlich wurden noch die Funktionäre der Wahl- und der Reklamationskommission für die im Dezember stattfindenden Börserats- und Schiedsrichterwahlen gewählt, und zwar in die Wahlkommission: Vizepräsident Samuel Steinhübl sowie die Börseräte Albert Hofmann, Siegfried Landesberger, Leopold Langer, Artur Lemberger, Franz H. Mayer, Gustav Sobotka, August Rath jun. und Jacques Weiß; in die Reklamationskommission: die Börseräte Alois Ritter v. Engel, Julius Stern, Felix Stransky, Alexander Weiner und Alois Weishut.

Österr. Volkszeitung
29./XI. 1916



**(Der Handel in nichtkotierten Effekten.)** Die Wiener Börsekammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Vollversammlung unter anderem auch mit der Frage der Zulassung jener zahlreichen im amtlichen Kursblatt vom 25. Juli 1914 nicht notierten Aktien, welche seit Wiedereröffnung der Börse von den Banken an ihre Kundschaft begeben wurden und von da in den Börsenhandel gelangten, wo in ihnen zuerst unter stillschweigender Duldung regelmäßige Abschlüsse durch Vermittlung der Sensale erfolgten. Die Börsekammer hat bekanntlich vor einigen Wochen diesen Handel bis zum 1. Dezember provisorisch weitergestattet, um von da ab eine endgültige Regelung zu treffen. Dies ist nun gestern nach seitheriger Ueberprüfung aller Voraussetzungen geschehen, indem zum beschränkten Privatverkehr zugelassen wurden die Aktien von A. Gerngroß, Telephonfabrik-A.-G. in Budapest, Koliner Spiritusraffinerie, Nestomitzer Zuckerraffinerie, Textilfabrik Cosmanos, Enzesfelder Munitions- und Metallwerke, Vereinigte Lederfabriken Flesch, Gerlach, Moriz, A.-G. Fröhlichs Sohn, Weberei, Samt- und Druckfabrik, Berndorfer Metallwarenfabrik Artur Krupp, Vereinigte Maschinenfabrik (Ruston), Schönpriesner Zuckerfabrik und Solo, Zündwaren und Wichsfabriken-A.-G. — Bezüglich vier nichtkotierter Aktien, der Aktien der Schokoladefabrik Manner, der Kohlenwerksgesellschaft Wolfsegg-Traunthal, der Oesterreichisch-bosnischen Bank und der Gesellschaft für elektrische Industrie, die der Wiener Bankverein begeben will, wird die Entscheidung der Börsekammer später fallen.

Pester Lloyd
30./XI. 1916

137
30

(Ungarische Allgemeine Realitätenbank.) Die Ungarische Allgemeine Realitätenbank hielt am 29. November unter dem Präsidium des leitenden Vizepräsidenten Dr. Leopold Horváth eine außerordentliche Generalversammlung. Generaldirektor Dr. Desider Halom unterbreitete den Antrag der Direktion, daß mit Rücksicht auf die ständige Entwicklung des Geschäftes das Aktienkapital erhöht werde und teilte gleichzeitig mit, daß die Uebernahme der neuen Aktien durch die bei dem Institut interessierte Ungarische Agrar- und Rentenbank, Ungarische Allgemeine Sparkasse, Ungarische Hypothekenbank, Ungarische Eskompte- und Wechslerbank und Ungarische Ansiedlungs- und Parzellierungsbank im vorhinein garantiert wurde. Die Generalversammlung beschloß, das Aktienkapital von k 3,000.000 auf das Doppelte, d. i. k 6,000.000 in der Weise zu erhöhen, daß 15.000 Stück neue Aktien im Nennwerte von k 200 emittiert werden, welche vom 1. Januar 1917 angefangen an dem Geschäftsergebnisse partizipieren. Gleichzeitig werden die im Verkehr befindlichen 7500 Stück Aktien im Nennwerte von k 400 auf 15.000 Stück Nominale k 200 eingetauscht, d. i. je eine alte Aktie auf zwei neue Aktien. Somit besteht das Atienkapital aus 30.000 Stück Aktien im Nennwerte von k 200. Die neuen Aktien werden zum Preise von k 322.50 ausgefolgt. Das Agio wird zur Erhöhung des gegenwärtig k 1,607.000 betragenden Reservefonds verwendet, der sich hiedurch ebenfalls verdoppelt und das Grundkapital und die ausgewiesenen Reserven werden k 9,000.000 übersteigen. Den Aktionären wird auf drei alte Aktien im Nennwerte von k 400 das Bezugsrecht auf zwei neue Aktien im Nennwerte von k 200 angeboten, welches Recht in dem Zeitraume vom 1. bis 6. Dezember ausgeübt werden kann.

Pester Lloyd 2./XII. 1916 138

# Die Auslandspolitik der Unionbanken.

Von Mil Richter.

Leipzig, 28. November.

Kurz nachdem der Weltkrieg in Europa ausgebrochen war, trat im November 1914 in den Vereinigten Staaten ein neues Bankgesetz in Kraft, das die Umgestaltung der dortigen Geldorganisation, insbesondere des Notenumlaufs, nach den Grundsätzen der europäischen Staaten bezweckte. Diese Reform, die inzwischen eine abermalige, den neuzeitlichen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragende Umgestaltung erfahren hat, war der Entwicklung des nordamerikanischen Bankwesens während des Weltkrieges in mehrfacher Hinsicht günstig, wurde den nordamerikanischen Banken, den sogenannten Nationalbanken, doch vor allen Dingen die Möglichkeit gegeben, sich nach dem Auslande auszudehnen. So sind sie dann auch mit den bankpolitischen Bestrebungen der europäischen Staaten in Wettbewerb getreten. Wo letztere ihre Banktätigkeit infolge des Krieges lahmgelegt sahen, streckten die nordamerikanischen Unternehmungen ihre bankpolitischen Fühler bald nach einem solchen neuen Wirkungskreis aus. In erster Linie reizte das Wirtschaftsleben Süd- und Zentralamerikas zu neuen Bankgründungen, um hier den Wettbewerb mit den Unternehmungen der europäischen, namentlich der deutschen und englischen, Großbanken erfolgreich aufzunehmen. Hier hatte sich der wirtschaftliche Wettbewerb des Deutschtums nicht nur im Export, sondern auch im Bankwesen gegenüber dem Englands und der nordamerikanischen Union infolge seiner Anpassungsfähigkeit an die eigenartig gestalteten wirtschaftspolitischen Verhältnisse der südamerikanischen Länder schon seit Jahren einen erheblichen Vorsprung gesichert. Auf diese Weise erklärt es sich, daß die nordamerikanische Geschäftswelt, insbesondere die kapitalskräftigen Bankfirmen der New-Yorker City, ihre Fühler mehr und mehr nach den kommerziellen Quellen Südamerikas auszustrecken begannen, nachdem ihnen das neue Bankgesetz hiezu die Möglichkeit gegeben hatte.

Von dem Rechte, im Auslande Filialgründungen vorzunehmen, machte vor allen Dingen die National City Bank in New York Gebrauch, die zu den kapitalskräftigsten Bankunternehmungen Nordamerikas gehört. Diese Großbank, die über ein eigenes Kapital (Aktienkapital und Reserven) von etwa 250 Millionen Mark verfügt, machte sogleich erhebliche Kapitalien für die Gründung und den Betrieb von Filialunternehmungen an den wichtigsten südamerikanischen Handelsplätzen, so in Buenos Aires, Rio de Janeiro, Santos, Sao Paulo und neuerlich auch in der Hauptstadt der Republik Kuba, in Havanna, flüssig. Nebenbei bemerkt, streckte das Unternehmen seine Arme zugleich auch nach anderen Richtungen hin aus. Nicht nur daß es sich an einer internationalen Bankgesellschaft (der International Banking Corporation) mit dem Sitze in New York und einer Anzahl Filialen, so auch in Japan, China und Indien, beteiligte, finanzierte es auch die Gründung eines einflußreichen amerikanisch-chinesischen Bankunternehmens, um sich auch dort im fernen Osten geschäftliche Erfolge zu sichern. Später hat es sich auch in Rußland und Italien aus Gründen der Kreditgewährung an notleidende Ententefirmen niedergelassen.

In der Hauptsache war aber die Geschäftspolitik der Nationalbanken darauf gerichtet, die weitere Ausdehnung des Filialnetzes europäischer, namentlich deutscher und österreichischer Großbanken zu verhindern. Neben der Deutschen Bank, die allein schon eine ganze Anzahl von Zweigniederlassungen in den südamerikanischen Ländern im Anschluß an den Banco Aleman Tansatlantico, so in Argentinien, Brasilien, Chile, Bolivia, Uruguay und Peru unterhält, haben auch andere deutsche Großbanken, die Diskonto-Gesellschaft und die Dresdner Bank, seit langem in Südamerika festen Fuß gefaßt, erstere durch ihre Tochtergründungen, die Bank für Chile und Deutschland und die Brasilianische Bank für Deutschland, letztere indem sie ihre südamerikanischen Auslandsgeschäfte durch die Deutsch-Südamerikanische Bank betrieb. Sie haben sich der englischen Konkurrenz, namentlich den einflußreichen Unternehmungen der British Bank of South America, der London and Brazilian Bank und der London and River Plate Bank gegenüber erfolgreich behauptet. Mit diesen Unternehmungen galt es also die Konkurrenz der nordamerikanischen Nationalbanken aufzunehmen, um ihrem neubegonnenen Auslandsgeschäft einen ertragreichen Boden zu sichern.

Immerhin haben bisher zwar wenige, aber doch die größten der mehr als achttausend zählenden Nationalbanken ihre geschäftspolitischen Fühler nach dem Auslande gerichtet. Das scheint seinen Grund hauptsächlich darin zu haben, daß über die Art und Weise, in der die amerikanischen Banken ihre Geschäfte nach dem Auslande ausdehnen, eine einheitliche Auffassung nicht besteht. Auf der einen Seite hat das neue Bankgesetz den Nationalbanken die Befugnis, Auslandsgeschäfte zu betreiben, im Prinzip eingeräumt, während auf der anderen Seite den Reservebanken, die als eigentliche Emissionsbanken anzusehen sind, die Führung im amerikanischen Bankwesen, namentlich über das große Heer der etwa achtzehntausend Staatenbanken, zugestanden werden soll. Aus diesem Grunde hat denn auch entgegen der ursprünglichen Auslegung der Gesetzesbestimmungen, daß die Nationalbanken auch gemeinschaftlich Auslandsgeschäfte betreiben dürfen, die über das gesamte Banksystem die Kontrolle ausübende oberste Behörde (Federal Reserve Board) neuerdings ihre Auffassung dahingehend bekanntgegeben, daß den Nationalbanken die gemeinschaftliche Ausübung von Auslandsgeschäften, somit auch die gemeinsame Errichtung von Filialunternehmungen, nicht gestattet sei. Vielmehr sollte den zwölf Federal-Reservebanken, die als Emissionsbanken zugleich die bankgeschäftliche Zentralstelle des Auslandes bilden, die eigentliche Vertretung nicht nur der Inlands-, sondern auch der Auslandsgeschäfte zugewiesen werden. Demgegenüber ist aber doch durch eine neuerliche Anordnung des Gesetzes erreicht worden, daß das ausländische Bankgeschäft Sache der Nationalbanken bleibt und daß deren Bewegungsfreiheit auch bei einem gemeinschaftlichen Betriebe von Auslandsgeschäften nicht behindert wird. So wurden dann die Nationalbanken durch die neuerliche Reform ermächtigt, ausländische Bankgeschäfte gemeinsam zu erwerben und zu betreiben.

In diesem Sinne hat sich also neuerdings eine Wandlung im nordamerikanischen Bankwesen vollzogen, die darauf gerichtet ist, das amerikanische Bankgeschäft im Auslande, besonders der europäischen Konkurrenz gegenüber, nach neuen, den bisher gemachten Erfahrungen entsprechenden Gesichtspunkten zu organisieren, um dadurch den Wettbewerb im ausländischen, deutschen und österreichischen Bankgeschäft mit besonderem Nachdruck zu betreiben und den europäischen Kreditbanken ihre bisherige tonangebende Rolle streitig zu machen. Dieser Gefahr erfolgreich zu begegnen, wird daher sowohl während des Krieges als nach Beendigung desselben eine der dringendsten und vornehmsten Aufgaben sein.

Arbeiterzeitung 3./XII. 1916

I
139

# Bankkapital und Bankfunktionäre.

Das Geld, das im Frieden die Welt beherrschte und den Weg zu allen irdischen Genüssen erschloß, ist im Kriege zwar nicht entthront worden, aber es hat sich doch manche Beschränkungen seines Glanzes und seiner Machtfülle gefallen lassen müssen. Wer hätte es für möglich gehalten, daß es Dinge gibt, die sich auch der Reichtum versagen muß, und daß Pflichten an den Bürger herantreten, von denen sich auch der Reiche nicht loskaufen kann, weil das Geld nicht in der Lage ist, die Arbeit zu ersetzen, die der um seine Existenz ringende Staat jetzt dringend benötigt? Aber während die Not des Krieges die kapitalistische Weltordnung moralisch erschüttert und der angebornen Ehrfurcht vor dem Mammon zu Leibe rückt, ist in jenen Kreisen, die das Finanzkapital repräsentieren, von einer inneren Wandlung nichts zu merken, dort gehen vielmehr die Menschen, unbekümmert um alle weltbewegenden Ereignisse, die gewohnten Wege und erblicken ihren Beruf und ihre Aufgabe ausschließlich darin, dem Gelde nachzujagen, den Einfluß, den es verleiht, zu vermehren und zu vertiefen. Während Ströme Blutes fließen, hat das Hinterland einen volkswirtschaftlichen Aufschwung und eine schwungvolle Börsenkonjunktur wie nur jemals in den Tagen friedlicher Sorglosigkeit, als noch der Bäcker die Semmeln ins Haus brachte und sich der Kaufmann vor der Kundschaft bescheiden verneigte.

Der sichtbare Ausdruck dieser Gegensätze, die so hart aneinanderstoßen, daß sie beinahe aufreizend wirken, sind die Kapitalserhöhungen der Banken. Als der Krieg ausbrach, predigte man in allen Tonarten die finanzielle Enthaltsamkeit: wohl damit die schon vorhandenen und die noch zu erwartenden Ersparnisse der Bevölkerung uneingeschränkt der Kriegführung zustatten kämen. Aber die guten Vorsätze gerieten umsomehr ins Wanken, je mehr sich zeigte, daß der Krieg für das Großkapital und die Großunternehmer nicht mit Wertzerstörungen, sondern mit unerwarteten neuen Kapitalsbildungen verbunden war. Finanzminister Engel wollte die Eröffnung der Börse nicht zulassen und war auch sonst nicht geneigt, den Banken in der Ausnützung der Geldkonjunktur für sie selbst entgegenzukommen. Erst sein Nachfolger Leth erwies sich den Wünschen der Finanzwelt zugänglicher und hatte auch nichts dagegen, daß einzelne Banken mitten im Kriege das Aktienkapital erhöhten. Seine Bedenken wurden von den Bankleitern damit beschwichtigt, daß man ihm versicherte, das neue Kapital werde ausschließlich im Dienste der Kriegführung verwendet werden. In Wirklichkeit war es aber den Banken gar nicht um die Förderung der kriegsfinanziellen Operationen zu tun, sondern nur um den schönen Agiogewinn, der sich bei den neuen Aktienbegebungen einstreichen ließ. Die Kriegsanlehen waren überhaupt für die Banken ein einträgliches Geschäft. Gerade weil sich kein unmittelbarer Nutzen ergab und nach außenhin der Eindruck erweckt wurde, als ob die Banken ihre Dienste dem Staate uneigennützig zur Verfügung stellen würden, fühlte sich der Finanzminister moralisch verpflichtet, die Banken auf anderen Gebieten schadlos zu halten. Die eigenen Kapitalserhöhungen und die noch häufigeren Kapitalserhöhungen der ihnen nahestehenden Industrieunternehmungen haben sie jedenfalls für die Opfer reichlich entschädigt, sofern überhaupt die Mitwirkung bei der Placierung der Kriegsanlehen ihnen Opfer auferlegt hat.

Es war ein Fehler, daß für die Emission der Kriegsanlehen erst der Umweg über die freiwilligen Zeichnungen gewählt worden ist, während es der Staat in seiner Macht hatte, diese Anlehen direkt zu placieren, indem er sie den Kriegslieferanten für ihre Forderungen kurzerhand in Zahlung gab. Die Kriegsanlehen sind doch so gut wie bares Geld, da sie jederzeit mit 75 Prozent belehnt werden können, und der Unternehmer, der sie in Zahlung bekommt, kann daher nicht einmal die Einwendung erheben, er könne sie nicht nehmen, weil er bares Geld brauche. Wenn der Staat — von Zwangsanlehen abgesehen — diesen Weg betreten hätte, so wäre uns auch die widerliche Schaustellung erspart geblieben, die sich bei jeder Kriegsanleihe wiederholt, nämlich die aufdringliche Veröffentlichung der Zeichnungen in den Blättern. Die Herren Kapitalisten tun gerade so, als ob sie dem Staate eine besondere Gnade erwiesen, während doch die Kriegsanlehen eine sehr gut verzinsliche Kapitalsanlage sind, da sie in einer Zeit, in welcher die Banken nur drei Prozent fürs Geld vergüten, 6½ Prozent Zinsen abwerfen. Wenn jene Kreise, die Millionen an den Kriegslieferungen und Preistreibereien gewonnen haben, einen Teil dieser Gewinne dem Staate gegen gute Zinsen borgen, so sollten sie doch so viel Taktgefühl haben, sich ob dieser Handlung nicht noch zu brüsten und bei jeder neuen Emission dem Staate vorzurechnen, welche Summen sie schon von dieser hochprozentigen Kapitalsanlage zu zeichnen so gnädig waren.

Das Finanzkapital, das in den Großbanken repräsentiert ist, ist in den letzten Jahren immer einflußreicher geworden, und seine Machtfülle hat ihren Höhepunkt erreicht, als es sich mit der Industrie zu einem Bündnis zusammenschloß. Aus den Zwischenhändlern in Geld, die die Banken einstmals waren, sind allmählich mächtige Industriekonzerne, eine Art industrieller Latifundienbesitz geworden. Von dem Wirkungskreis, für den die Banken ursprünglich gegründet waren, ist nur noch der Name übrig geblieben. Bei der Bodenkreditanstalt ist das Hypothekargeschäft schon seit langem ein verhältnismäßig bescheidener Nebenbetrieb, wie bei der Eskomptegesellschaft der Wechseleskompte und bei der Kreditanstalt die Kreditgewährung an Handel und Gewerbe. Alle Banken sind heute mit der Industrie verankert, nicht bloß als ihre Gläubiger, sondern als ihre Kompagnons, in vielen Fällen sogar als ihre Herren und Gebieter. Es gibt kaum noch einen Produktionszweig, auf den das Finanzkapital nicht seine Hand gelegt hätte. Zucker und Spiritus, Eisen und Kohle, Ziegel und Zement, Garne und Baumwollgewebe, Maschinen und Elektrizität, Zündhölzchen, Soda, Stärke, Seife, Kerzen, Oele, Papier, Leder, Jute, kurz alles und jedes, was die Bevölkerung zum täglichen Bedarf benötigt, ist ihnen untertan. Sie liefern auch die Munition für den Krieg und nehmen neben den hohen Gewinnen noch das Verdienst für sich in Anspruch, daß sie sich um die militärischen Erfolge ebenso verdient gemacht haben wie die Heerführer und die Soldaten. Die Banken sind es, welche die Fäden der industriellen Produktion in der Hand haben, Absatz und Preise regeln und die Unternehmungen zu Kartellen zusammenfügen, sofern nicht die Vereinigung gleichartiger Betriebe Kartelle überhaupt entbehrlich macht.

Wenn die Banken jetzt ihr Kapital vermehren, so geschieht es nicht etwa, weil sie kapitalsbedürftig sind, sondern weil sie wissen, daß die Höhe ihrer Mittel eines der wichtigsten Attribute ihres Einflusses ist. Selbst von der Finanzpresse wird zugegeben, daß irgend ein sachliches Motiv für die Erhöhung des Bankkapitals nicht vorhanden sei. Die Ungarische Kreditbank, die jetzt darangeht, neue Aktien im Betrag von 40 Millionen Kronen auszugeben, weist in einem Kommentar zu der Kapitalserhöhung darauf hin, daß die ihr anvertrauten fremden Gelder eine Milliarde übersteigen gegen 286 Millionen zu Ende des Jahres

Neue Freie Presse
5./XII. 1916



[Unionbank.] Der Verwaltungsrat der Unionbank beruft die Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung für den 20. d., um die Ermächtigung zur Erhöhung des Aktienkapitals der Bank von 70 auf 100 Millionen Kronen anzusprechen, für welche die staatliche Genehmigung in den Statuten bereits Ausdruck findet. Die Verwaltung beabsichtigt vorerst, zu Beginn des nächsten Jahres den Aktionären auf je fünf der zirkulierenden Aktien eine neue Aktie mit Dividendenberechtigung pro 1917 zum Bezuge anzubieten. Das Aktienkapital der Unionbank betrug ursprünglich 24 Millionen Kronen. Es wurde im Jahre 1899 auf 32, im Jahre 1905 auf 50, im Jahre 1908 auf 60 und im Jahre 1910 auf 70 Millionen Kronen erhöht. Die Kapitalserhöhung von 70 auf 85 Millionen Kronen soll nach den bestehenden Absichten unmittelbar nach der einzuberufenden Generalversammlung, eventuell noch gegen Ende des heurigen oder zu Anfang des nächsten Jahres durchgeführt werden.

Bezüglich der weiteren 15 Millionen Kronen ist noch kein Beschluß gefaßt; sie dürften wahrscheinlich nicht den Aktionären angeboten, sondern einem Konsortium angetragen werden. Die Dividende des heurigen Jahres wird mit 34 K. veranschlagt.

Pester Lloyd 5./XII. 1916



(Die Kapitalserhöhung der Pester Ungarischen Kommerzialbank.) Wir erhalten folgende Mitteilung: „Die Direktion der Pester Ungarischen Kommerzialbank hat in ihrer heute abgehaltenen Sitzung beschlossen, in der für den 21. d. M. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 65 Millionen auf 80 Millionen Kronen zu beantragen. Die Bank hat ihr Aktienkapital zuletzt im Jahre 1912 von 50 Millionen auf 65 Millionen Kronen erhöht und die Direktion wurde seinerzeit ermächtigt, 2500 Stück von den damals emittierten Aktien freihändig zu verkaufen. Die Direktion machte von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch, als sie zu Anfang des heurigen Jahres 1500 Stück Aktien zum Tageskurs placiert hat, infolgedessen sich die eigenen Mittel der Bank auf 64 Millionen Kronen Aktienkapital und 110·2 Millionen Kronen Reserven, also ohne Hinzurechnung der latenten Reserven auf insgesamt 174 Millionen Kronen erhöhten. Bei der nunmehrigen Kapitalserhöhung gelangen 15.000 neue Aktien zur Ausgabe, welche zusammen mit den von der letzten Kapitalserhöhung übriggebliebenen 1000 Stück Aktien den Aktionären derart zum Bezuge angeboten werden, daß auf je vier alte Aktien das Bezugsrecht auf eine neue Aktie entfällt. Es resultiert hieraus eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 80 Millionen Kronen, die offenen Reserven dürften sich auf zirka 152 Millionen Kronen erhöhen und es werden sodann die eigenen Mittel der Bank insgesamt ungefähr 232 Millionen Kronen betragen. Hinsichtlich des Emissionskurses der neuen Aktien, sowie über die Termine der ratenweisen Einzahlung desselben wird die Direktion in einer vor der außerordentlichen Generalversammlung abzuhaltenden Direktionssitzung Beschluß fassen. Die Direktion beabsichtigt im Zusammenhange mit der Kapitalserhöhung auch eine Abänderung der Statuten in der Weise, daß die den Direktionsmitgliedern gebührende prozentuell-e Tantieme um ein Prozent herabgesetzt und diese Ersparnis zur Erhöhung des für Beamtengratifikationen bestimmten Betrages verwendet wird." Das vorstehende Communiqué der Pester Ungarischen Kommerzialbank, das eine Kapitalserhöhung dieses Instituts ankündigt, bestätigt nun in vollem Maße die diesbezüglich in Börsen- und Finanzkreisen schon seit einiger Zeit verbreitet gewesenen Gerüchte. Die Gründe, welche die Direktion zu diesem Schritte bewogen haben, sind naheliegend. Die Entwicklung der Pester Ungarischen Kommerzialbank seit ihrer letzten Kapitalserhöhung kann als eine ganz außerordentliche bezeichnet werden, und infolge des Weltkrieges sah sich die Bank im Interesse der ungarischen Volkswirtschaft neueren großen Aufgaben gegenübergestellt. Das Entwicklungsstadium wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß die Summe der durch die Bank verwalteten Einlagen und der diversen Kreditoren, welche in der Schlußabrechnung des Jahres 1911 mit 368·2 Millionen Kronen figurierte und deren einjähriger Zuwachs damals 56 Millionen Kronen betrug, derzeit den Betrag von 1100 Millionen Kronen beträchtlich übersteigt. Die Erhöhung dieser Post im laufenden Jahre macht nahezu ebensoviel aus als im Jahre 1911 der gesamte Stand der Einlagen und Kreditoren betragen hat. Der Umsatz des Instituts hat infolge des Zuwachses an Kunden, der Vergrößerung des Filialnetzes, ferner infolge neuer Affiliationen und der rapiden Ausdehnung des Interessenkreises solche Dimensionen angenommen, daß der Gesamtverkehr, der für das ganze Jahr 1911 19·4 Milliarden betragen hat, in diesem Jahre bereits Ende Oktober 30 Milliarden Kronen überstieg. Hiebei ist noch zu berücksichtigen, daß der Umlauf der durch die Bank emittierten Pfandbriefe, Kommunalobligationen und Rentenscheine seit dem Jahre 1911 von 545 Millionen auf 610 Millionen Kronen angewachsen ist. Auch kann nicht außer acht gelassen werden, in welch hervorragender Weise sich die Kommerzialbank auch in allerletzter Zeit auf dem Gebiete der Industrie durch die Gründung neuer, sowie durch die Uebernahme und Rekonstruktion bereits bestehender Unternehmungen, ferner auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens betätigt hat, und in letzter Zeit ist die Bank auch bestrebt, zur Erhöhung der Intensität der ungarischen Landwirtschaft und zur Förderung der Mehrproduktion Kapitalien zur Verfügung zu stellen. Auch die Anteilnahme der Bank an der Befriedigung der staatlichen Kreditbedürfnisse ist eine bedeutend regere geworden. In welchem Maße der Geschäftsumfang der Bank angewachsen ist, geht am deutlichsten aus der Tatsache hervor, daß die von der Bank verwalteten Aktiven den Betrag von zwei Milliarden Kronen übersteigen gegenüber ungefähr einer Milliarde im Jahre 1911. Angesichts dieser bedeutsamen Entwicklung steht die Direktion vor der unabweislichen Pflicht, die eigene innere Kraft und Mobilität dem großen Umsatze und der ansehnlichen Höhe der der Bank anvertrauten fremden Kapitalien entsprechend zu erhöhen, und zwar derart, daß die Kommerzialbank durch eine Kapitalserhöhung die eigenen Mittel wesentlich vermehrt; nach Durchführung der Kapitalsvermehrung dürfte die Bank — die latenten Reserven nicht gerechnet — über ein eigenes Kapital von ungefähr 232 Millionen Kronen verfügen. Die Bank bereitet sich hiedurch auf die großen Aufgaben vor, welche ihrer für die Friedenszeit harren. Indem sie sich zur Mitarbeit an den großen volkswirtschaftlichen Problemen dieserart rüstet, stärkt sie nicht nur ihre eigene Position, sondern erweist auch dem allgemeinen Kredit des Landes einen großen Dienst. Auf diese Weise werden auch jene wertvollen Beziehungen fester gefügt, die von seiten der maßgebenden Faktoren des heimischen Geldmarktes im allgemeinen Interesse von jeher mit dem Auslande aufrechterhalten werden und welche gleichzeitig berufen sind, bei der Lösung des Valutaproblems in ihrer Sphäre im Interesse des Landes mitzuwirken. Die Kommerzialbank hat Zeugnis davon abgelegt, daß die vor langer Zeit aufgebauten Grundlagen ihrer Rentabilität derart fest sind, daß angesichts der großzügigen Entwicklung ihres laufenden Geschäftes und ihrer erprobten Geschäftspolitik auch nach der Kapitalserhöhung nicht nur das bisherige Erträgnis der Aktien als gesichert angesehen werden kann, sondern daß nach wie vor gewiß mit einer steigenden Rentabilität gerechnet werden darf.

Neues Pester Journal

5./XII. 1916

143

# Die Kapitalserhöhung der Pester Ungarischen Kommerzialbank.

Die Direktion der Pester Ungarischen Kommerzialbank hat in ihrer heute abgehaltenen Sitzung beschlossen, in der für den 21. d. einzuberufenden Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 65 Millionen auf 80 Millionen Kronen zu beantragen. Die Bank hat ihr Aktienkapital zuletzt im Jahre 1912 von 50 auf 65 Millionen Kronen erhöht, und wurde seinerzeit die Direktion ermächtigt, 2500 von den damals emittirten Aktien freihändig zu verkaufen. Die Direktion machte von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch, als sie zu Anfang des heurigen Jahres 1500 Stück Aktien zum Tageskurse placirt hat, demzufolge sich die eigenen Mittel der Bank auf 64 Millionen Kronen Aktienkapital und 110.2 Millionen Kronen Reserven, also ohne Hinzurechnung der latenten Reserven auf insgesammt 174 Millionen Kronen erhöhten. Bei der nunmehrigen Kapitalserhöhung gelangen 15,000 neue Aktien zur Ausgabe, welche zusammen mit den von der letzten Kapitalserhöhung übriggebliebenen 1000 Stück Aktien den Aktionären derart zum Bezuge angeboten werden, daß auf je vier alte Aktien das Bezugsrecht auf eine neue Aktie entfällt. Es resultirt hieraus eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 80 Millionen Kronen, die offenen Reserven dürften sich auf circa 152 Millionen Kronen erhöhen und werden sodann die eigenen Mittel der Bank insgesammt ungefähr 232 Millionen Kronen betragen. Hinsichtlich des Emissionskurses der neuen Aktien, sowie über die Termine der ratenweisen Einzahlung derselben wird die Direktion in einer vor der außerordentlichen Generalversammlung abzuhaltenden Direktionssitzung Beschluß fassen.

Die Direktion beabsichtigt im Zusammenhange mit der Kapitalserhöhung auch eine Abänderung der Statuten in der Weise, daß die den Direktionsmitgliedern gebührende perzentuelle Tantieme um ein Perzent herabgesetzt und diese Ersparniß zur Erhöhung des für Beamtengratifikationen bestimmten Betrages verwendet wird.

Das offizielle Communiqué der Pester Ungarischen Kommerzialbank, welches eine Kapitalserhöhung dieses Instituts ankündigt, bestätigt in vollem Maße die diesbezüglich in Börsen- und Finanzkreisen schon seit einiger Zeit verbreitet gewesenen und von uns gemeldeten Gerüchte. Die Gründe, welche die Direktion zu diesem Schritte bewogen haben, sind naheliegend. Die Entwicklung der Pester Ungarischen Kommerzialbank seit ihrer letzten Kapitalserhöhung kann als eine ganz außerordentliche bezeichnet werden und zufolge des Weltkrieges sah sich die Bank im Interesse der ungarischen Volkswirthschaft neueren großen Aufgaben gegenübergestellt. Das Entwicklungsstadium wird am besten durch die Thatsache beleuchtet, daß die Summe der durch die Bank verwalteten Einlagen und der diversen Kreditoren, welche in der Schlußabrechnung des Jahres 1911 mit 368·2 Millionen Kronen figurirte und deren einjähriger Zuwachs damals 56 Millionen Kronen betrug, derzeit den Betrag von 1100 Millionen Kronen beträchtlich übersteigt. Der Umsatz des Instituts hat zufolge des Zuwachses an Kunden, Vergrößerung des Filialnetzes, ferner zufolge neuer Affiliationen und rapider Ausdehnung des Interessentenkreises solche Dimensionen angenommen, daß der Gesammtverkehr, welcher für das ganze Jahr 1911 19·4 Milliarden Kronen betragen hat, in diesem Jahre bereits Ende Oktober 30 Milliarden Kronen überstieg.

Hiebei ist noch zu berücksichtigen, daß der Umlauf der durch die Bank emittirten Pfandbriefe, Kommunalobligationen und Rentenscheine seit dem Jahre 1911 von 545 Millionen auf 610 Millionen Kronen angewachsen ist. Auch kann nicht außer Acht gelassen werden, in welch hervorragender Weise sich die Kommerzialbank auch in allerletzter Zeit auf dem Gebiete der Industrie durch Gründung neuer, sowie durch Uebernahme und Rekonstruktion bereits bestehender Unternehmungen, ferner auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens bethätigt hat, und in letzterer Zeit ist die Bank auch bestrebt, zwecks Erhöhung der Intensität der ungarischen Landwirthschaft und zur Förderung der Mehrproduktion Kapitalien zur Verfügung zu stellen. Auch die Antheilnahme der Bank an der Befriedigung der staatlichen Kreditbedürfnisse ist eine bedeutend regere geworden. In welchem Maße der Geschäftsumfang der Bank angewachsen ist, geht am deutlichsten aus der Thatsache hervor, daß die von der Bank verwalteten Aktiven den Betrag von 2 Milliarden Kronen übersteigen, gegenüber ungefähr einer Milliarde im Jahre 1911.

Angesichts dieser bedeutsamen Entwicklung steht die Direktion vor der unabweislichen Pflicht, die eigene innere Kraft und Mobilität dem großen Umsatze und der ansehnlichen Höhe der der Bank anvertrauten fremden Kapitalien entsprechend zu erhöhen, und zwar derart, daß die Kommerzialbank durch Kapitalserhöhung die eigenen Mittel wesentlich vermehrt; nach Durchführung der Kapitalsvermehrung dürfte die Bank — die latenten Reserven nicht gerechnet — über ein eigenes Kapital von ungefähr 232 Millionen Kronen verfügen.

Die Bank bereitet sich hiedurch auf die großen Aufgaben vor, welche ihrer für die Friedenszeit harren, und indem sie sich zur Mitarbeit an den großen volkswirthschaftlichen Problemen dieserart rüstet, stärkt sie nicht nur ihre eigene Position, sondern erweist auch dem allgemeinen Kredit des Landes einen großen Dienst. Auf diese Weise werden auch jene werthvollen Beziehungen fester gefügt, welche von Seite der maßgebenden Faktoren des heimischen Geldmarktes im allgemeinen Interesse von jeher mit dem Auslande aufrechterhalten werden und welche gleichzeitig berufen sind, bei der Lösung des Valutaproblems in ihrer Sphäre im Interesse des Landes mitzuwirken. Die Kommerzialbank hat Zeugniß davon abgelegt, daß die vor langer Zeit aufgebauten Grundlagen ihrer Rentabilität derart feste sind, daß angesichts der großzügigen Entwicklung ihres laufenden Geschäftes und ihrer erprobten Geschäftspolitik auch nach der Kapitalserhöhung nicht nur das bisherige Erträgniß der Aktien als gesichert angesehen werden kann, sondern daß nach wie vor gewiß mit einer steigenden Rentabilität gerechnet werden darf.

Österr. Volkszeitung
5./XII. 1916



# Kapitalserhöhungen österreichischer und ungarischer Banken.

## Unionbank.

Die Unionbank trifft nunmehr die Vorbereitungen zur Durchführung der von uns bereits angekündigten Kapitalserhöhung. Sie folgt mit dieser Maßnahme dem Beispiel der meisten anderen österreichischen und ungarischen Finanzinstitute, die im laufenden Jahre ihr Kapital vermehrten oder es in nächster Zeit zu vermehren in Aussicht gestellt haben. Von den Wiener Großbanken haben in diesem Jahr ihr Aktienkapital vergrößert: Bodenkreditanstalt (um 9 auf 63), Kreditanstalt (um 20 auf 170) und Anglobank (um 30 auf 130); von den Wiener Mittelbanken Depositenbank (um 7 auf 40) und Verkehrsbank (um 9·8 auf 60·2 Millionen). Zu Beginn des kommenden Jahres werden, wie bereits jetzt feststeht, Depositenbank und „Merkur" ihr Kapital erhöhen und auch in Ungarn werden die Finanzinstitute in den nächsten Wochen an die Ausgabe neuer eigener Aktien schreiten zuerst die Ungarische Kreditbank, die ihr Aktienkapital um 40 auf 120 und die Pester Kommerzialbank, die ihr Aktienkapital um 15 auf 80 Millionen erhöhen will.

Angesichts dieser allgemeinen Tendenz der österreichischen und ungarischen Bankwelt nach Erweiterung der eigenen Mittel, die von den Banken mit der Notwendigkeit zureichender Rüstung für die Friedenswirtschaft begründet wird, will offenbar auch die Unionbank hinsichtlich ihrer Kapitalskraft nicht zurückbleiben. Die Unionbank besitzt die staatliche Genehmigung zur Kapitalserhöhung um 30 auf 100 Millionen. Die Verwaltung will nunmehr auch seitens der Aktionäre die Ermächtigung erhalten, bis zu dieser Grenze eine Kapitalserhöhung vornehmen zu können. Sie wird dabei den Aktionären jedenfalls 35.000 neue Aktien zum Bezuge anbieten, was einer Kapitalsvermehrung von 14 auf 84 Millionen Kronen entspricht. Ob und in welchem Umfange sowie in welchem Zeitpunkte sie eine über diesen Betrag hinausgehende Kapitalserhöhung im Wege freihändigen Verkaufes oder durch Begebung an ein Syndikat vornehmen wird, darüber wird vorerst keine Mitteilung gemacht und liegen vielleicht auch noch keine bestimmten Pläne vor. In früheren Jahren pflegte die Unionbank ihre Kapitalserhöhungen derart durchzuführen, daß bloß ein Teil der Neuemission den Aktionären eingeräumt, der übrige Teil auf andere Art zur Ausgabe gelangte. Vielleicht wird die Unionbank aus diesmal diesen Vorgang wählen.

Ueber die Angelegenheit erhalten wir folgende Verlautbarung: Der Verwaltungsrat der Unionbank beruft die Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung für den 20. d. M., um die Ermächtigung zur Erhöhung des Aktienkapitals der Bank von 70 auf 100 Millionen Kronen anzusprechen, für welche die staatliche Genehmigung in den Statuten bereits Ausdruck findet. Die Verwaltung beabsichtigt vorerst, zu Beginn des nächsten Jahres den Aktionären auf je fünf derzirkulierenden Aktien eine neue Aktie mit Dividendenberechtigung per 1917 zum Bezuge anzubieten.

## Pester Kommerzialbank.

Aus Budapest, 4. d., wird uns telegraphiert: Die Direktion der Pester Ungarischen Kommerzialbank hat heute beschlossen, einer für den 21. d. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 65 Millionen auf 80 Millionen Kronen zu beantragen. Den Aktionären soll auf je vier alte Aktien das Bezugsrecht auf eine neue Aktie angeboten werden. Durch die Erhöhung des Aktienkapitals auf 80 Millionen Kronen und Erhöhung der offenen Reserven auf zirka 152 Millionen Kronen werden die eigenen Mittel der Bank insgesamt ungefähr 232 Millionen Kronen betragen. Der Emissionskurs sowie die Termine der Einzahlung werden später festgestellt.

Neues Wiener Tagblatt
6./XII. 1916


**(Entlastung der Reichsbank zum Ultimo.)**

Aus Berlin, 5. Dezember, wird telegraphiert: In der letzten Novemberwoche erfuhr die Anlage der Deutschen Reichsbank dank der starken Geldflüssigkeit eine wesentliche Entlastung, wobei auch ins Gewicht fiel, daß am 24. November die zweite Einzahlung, und zwar in der Höhe von 20 Prozent, auf die fünfte Kriegsanleihe fällig war. Die bankmäßige Deckung ging um 307·9 auf 3075·7 Millionen Mark und die gesamte Kapitalsanlage um 302·5 auf 8163·6 Millionen Mark zurück. Zur gleichen Zeit des Vorjahres war eine Vermehrung der bankmäßigen Deckung um 4·9 und der Kapitalsanlage überhaupt um 11·3 Millionen Mark eingetreten. Die Entlastung der Reichsbank wird zum Teil durch die Vermehrung des Darlehensbestandes bei den Darlehenskassen aufgewogen, die sich auf 168·9 Millionen Mark berechnet und den gesamten Darlehensbestand bei den Darlehenskassen auf 2902 Millionen Mark gesteigert hat. Die fremden Gelder verringerten sich nach der sehr starken Vermehrung in den Vorwochen um 511·9 auf 3661·9 Millionen Mark, wobei zu erwähnen ist, daß auch im Vorjahre bei Ablauf des November eine wenn auch geringere Verminderung der fremden Gelder stattgefunden hat. Der Goldbestand stieg um 0·25 auf 2518·48 Millionen Mark. Die Geringfügigkeit dieses Goldzuwachses, trotz des großen Zuflusses aus der Schmuckwarensammlung, erklärt sich aus der recht erheblichen Goldausfuhr nach dem Auslande, die sich in der vergangenen Woche als erforderlich erwies. Recht groß war ungeachtet der Goldflüssigkeit der Bedarf an kleinen Zahlungsmitteln, der es neben der Erhöhung des Notenumlaufes um 206·6 Millionen Mark erforderlich machte, daß die Reichsbank 133·2 Millionen Mark in Darlehenskassenscheinen dem Verkehr übergab. Auf die fünfte Kriegsanleihe wurden in der letzten Novemberwoche, in welche der zweite Pflichteinzahlungtermin fiel, 313·1 Millionen Mark neu eingezahlt, mit dem Ergebnis, daß nunmehr 9499·8 Millionen Mark des Nennwertes der fünften Kriegsanleihe voll gezahlt sind, gleich 89·2 Prozent des bisher bekanntgewordenen Zeichnungsergebnisses von 10,651·7 Millionen Mark. Angesichts des Umstandes, daß bisher an Pflichteinzahlungen nur zusammen 50 Prozent zu zahlen waren, ist dieses Ergebnis ein sehr günstiges.

Pester Lloyd
Z. 1 XII. 1916



(Das Verbot der Teilnahme an Wiener Winkelbörsen.) Aus Wien wird uns telegraphiert: In der heute unter dem Vorsitz des Präsidenten v. Schoeller abgehaltenen Plenarsitzung der Börse für landwirtschaftliche Produkte wurde die von dem Präsidium bereits getroffene Maßnahme zur strengen Durchführung der bestehenden Ordnungsvorschriften genehmigt, wonach der Zutritt in das Börsenkaffeehaus wohl nur Börsenmitgliedern und Börsenbesuchern gestattet, das Kaffehaus aber nicht als Börsenraum anzusehen ist. Es wurde beschlossen, die Uebertretung des Verbots, wonach Geschäftabschlüsse und geschäftliche Unterhandlungen im Kaffeehaus als Teilnahme an einer Winkelbörse zu betrachten sind, unter die strengste Disziplinarsanktion zu stellen.

Die Zeit
7./XII. 1916



— (**Produktenbörse.**) In der gestrigen Plenarsitzung der Kammer der Börse für landwirtschaftliche Produkte genehmigte die Kammer die vom Präsidium bereits getroffenen Maßnahmen zur strengen Durchführung der bestehenden Ordnungsvorschriften, wonach der Zutritt in das Börsenkaffeehaus wohl nur Börsenmitgliedern und Börsenbesuchern gestattet, das Kaffeehaus selbst aber nicht als Börsenraum anzusehen ist, und beschloß, die Uebertretung des Verbots, wonach Geschäftsabschlüsse und geschäftliche Unterhandlungen im Kaffeehaus als Teilnahme an einer Winkelbörse zu betrachten sind, unter strengste Disziplinarsanktion zu stellen. In seinem Rückblick über die Geschäftstätigkeit der Kammer im Jahre 1916 führte der Vorsitzende aus, daß die Kammer, ohne Rücksicht auf die Beeinträchtigung der Berufsgruppen des Börsenverkehrs, die von der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet getroffenen Maßnahmen, soweit sie ihren Wirkungskreis betrafen, aufs strengste durchgeführt habe; um so mehr mußte sie darauf bedacht sein, schon jetzt der Regierung Vorschläge zu erstatten, durch die eine Wiederbelebung und selbständige Entfaltung der an der Börse vereinigten Wirtschaftszweige während der Uebergangszeit und nach Friedensschluß ermöglicht werden soll. Er appelliert hierbei an die Unterstützung des Börsenkommissärs Sektionsrat Gerstenkorn, dem er ebenso wie seinen Stellvertretern Sektionsrat Dr. Hochdorf und Ritter v. Hohenblum den Dank der Börsenkammer aussprach. Nachdem der Vorsitzende Präsident Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller den Funktionären der Kammer seinen Dank für die erfolgreiche Führung der Geschäfte ausgesprochen hatte, führte Börsenkommissär Sektionsrat Gerstenkorn aus, daß die berechtigten Bestrebungen der Kammer von der Regierung in wohlwollender Weise gewürdigt werden, und betonte die Notwendigkeit, daß die wirtschaftlichen Kreise des Hinterlandes durch Unterstützung und strenge Befolgung der behördlichen Maßnahmen auch ihrerseits zur siegreichen Beendigung des der Monarchie aufgezwungenen Krieges beitragen. In der vertraulichen Sitzung wurde der Konzipist Dr. Hans Herzl zum Schiedsgerichtssekretär ernannt.

Die Zeit
10./XII. 1916

150

— **(Kapitalsvermehrungen von Banken.)** Der Verwaltungsrat der Bank- und Wechselstuben-A.-G. „Mercur" hat beschlossen, von der in den Statuten vorgesehenen Ermächtigung, das Aktienkapital von 50 auf 60 Millionen Kronen zu erhöhen, nunmehr Gebrauch zu machen und beruft zu diesem Behufe für den 28. d. eine außerordentliche Generalversammlung ein. — Aus Budapest, 9. d., wird telegraphiert: Die Direktion der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank hat unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Baron Madarassy-Beck beschlossen, der für den 19. d. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals vorzuschlagen. Dieser Beschluß der Direktion wird damit begründet, daß einerseits die Bank bei den herantretenden großen wirtschaftlichen Fragen über genügend materielle Kräfte verfügen will, andererseits aber die seit der letzten Kapitalserhöhung durch die Bank verwalteten fremden Kapitalien von 130 auf 350 Millionen Kronen angewachsen sind, und die Bank daher zwischen dem eigenen Kapital und den verwalteten fremden Geldern einen gewissen Einklang schaffen will. Die Kapitalserhöhung wird ferner mit der Ausbreitung mehrerer industrieller Unternehmungen begründet, an denen die Bank beteiligt ist.

Der Morgen

11./XII. 1916

152

# Die Kapitalserhöhungen der Banken.

Das Bestreben nach Kapitalserhöhung ergreift eine Bank nach der andern. Bodenkreditanstalt, Kreditanstalt, Anglobank, Verkehrsbank, Mercur, Depositenbank haben Kapitalserhöhungen vorgenommen oder kündigen sie an. Die Unionbank steht unmittelbar vor der Durchführung. Werden die wenigen anderen großen Banken und wie lange diesem Reigen fernbleiben? Woher dieser alle Finanzinstitute bei uns wie in Ungarn gleichmäßig erfassende Zug nach Vergrößerung der eigenen Mittel? Man hört immer als Antwort: die Vorbereitung auf die Friedenswirtschaft. Und weiß daneben, wenn man es auch von den Banken nicht hört, daß Rangfragen hier mitspielen, denen vielleicht doch da oder dort überflüssige Bedeutung beigelegt wird. Ob die wirtschaftlichen Friedenswirkungen auf die Banken seinerzeit ihre jetzigen Zurüstungen tatsächlich rechtfertigen werden, kann heute kein Bankleiter vorhersagen, und mag er sich noch so weiser Voraussicht rühmen können. Daß jene Zurüstungen für die Friedenswirtschaft sich nicht als ein Gebot unbedingter, unausweichlicher Notwendigkeit darstellen, geht schon daraus hervor, daß die deutschen Banken, für welche der Übergang zur Friedenswirtschaft kaum andere Folgen nach sich ziehen wird als für die österreichischen und ungarischen Institute, bisher keine Neigungen zu Kapitalserhöhungen bekundet haben. Man kann also auch anderer Ansicht über die Rückwirkungen des Friedens auf unsere ganze Kreditorganisation sein — womit jedoch keineswegs gesagt werden soll, daß die österreichischen und ungarischen Bankleiter diesmal die Zukunft unrichtiger als ihre deutschen Kollegen beurteilen. Vielleicht wird diesen, vielleicht jenen die künftige Entwicklung des mitteleuropäischen Bankwesens recht geben. Aber jedenfalls ruht das Urteil darüber heute noch auf so schwankender Grundlage, daß ein immerhin so wichtiger Entschluß, wie ihn die Kapitalserhöhung einer Bank darstellt, doch auch festerer Stützen bedarf!

Die Leitung jeder Bank wird und muß vor jeder Kapitalserhöhung zwei Fragen prüfen und dann bejahen können: werden die neuen Aktien entsprechende Käufer finden und wird das neue, vergrößerte Aktienkapital eine der bisherigen entsprechende Verzinsung abwerfen? Hier stehen den Banken im allgemeinen greifbarere Anhaltspunkte zur Verfügung als bei allen Vermutungen über die Zukunft unserer Kreditwirtschaft. Sie kennen die Verfassung des Aktienmarktes und sie kennen die eigene Kraft. Sie wissen, daß die Gelegenheit zur Unterbringung neuer eigener Aktien jetzt so günstig ist wie selten vorher und wahrscheinlich günstiger als nachher und sie wissen offenbar, daß sie in den während der Kriegswirtschaft angesammelten Gewinnen bereits die Gewähr ausreichenden Ertrages auch für ein erhöhtes Aktienkapital — wenigstens für die allernächste Zeit — erblicken dürfen. Unter diesen Umständen können sie sich zweifellos leichter über etwaige Bedenken hinwegsetzen, ob die neuen Mittel wirklichem Bedarf — kommenden großen Kreditansprüchen und Vorbereitung um fangreicher Geschäfte — entspringen und gleich jene lohnende Verwendung finden werden, die sonst für die Aufrechterhaltung oder Steigerung des gegenwärtigen Bankenerträgnisses erforderlich wäre. Sie sind beruhigt über das Schicksal von Aktienbegebung und Aktienverzinsung — was sollte sie davor zurückhalten, die Kapitalserhöhung gerade in jenem Zeitpunkte durchzuführen, der am meisten Erfolg verheißt! Früher oder später braucht jede Bank, nach allen Erfahrungen zu schließen, ein größeres Aktienkapital. Ob es gerade der Übergang zur Friedenswirtschaft verlangen wird, darüber zerbrechen sich unsere Bankleiter wahrscheinlich weniger den Kopf — als sie glauben machen wollen.

Der Abend
12/III. 1916

153

# Eine bedenkliche Gründung.

Die Verkehrsbank teilt eine Gründung mit, die auch bei abgehärteten Beobachtern ein verwundertes Schütteln des Kopfes hervorrufen wird. Handelt es sich doch um nicht mehr noch weniger als um die Umwandlung des sattsam bekannten Militärausrüstungsgeschäftes Tiller in eine Aktiengesellschaft! Gewiß haben diese Art Geschäfte in den letzten Jahren viel Geld gewonnen, allerdings nicht, ohne sich nachsagen lassen zu müssen, daß sie den Offizieren und Freiwilligen die Pflicht, dem Vaterlande zu dienen, etwas teurer als unbedingt notwendig gemacht haben. Ob es nun sehr angebracht sei, Betriebe solcher Art auf Aktien zu führen, aus den bescheidenen Einkünften der jungen Krieger Dividenden und Tantièmen herauszuschlagen, bleibe ununtersucht; ganz sicher scheint es uns zu sein, daß es nicht zu den volkswirtschaftlichen Aufgaben gehört, deren sich unsere Banken immer rühmen und die als Vorwand dienen müssen, wenn sie alle möglichen und so manche unmöglichen Vorrechte in Anspruch nehmen und erhalten. Wir stehen nicht an, es bedauerlich zu finden, daß die Erlaubnis zu dieser Gründung gegeben wurde, die die Anrechnung möglichst hoher Preise fast zu einer wirtschaftlichen Tat stempelt. Keinesfalls wird es als ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Verkehrsbank gelten können, die es wahrlich nötig hätte, in der Wahl ihrer Gründungen etwas wählerischer zu sein. Von unserem Standpunkte aus könnten wir diese Gründung, wie jede die das Aktienwesen bloßzustellen geeignet ist, willkommen heißen; wir wünschen aber nicht, daß dieser Beweis gerade auf Kosten der Mitglieder des Heeres geliefert werde.

Österr. Volkszeitung
12./XII. 1916



**(Die Spareinlagen bei den Banken.)** Das Ergebnis der Spareinlagenbewegung bei den großen Banken im November ist aus zwei Gründen besonders bemerkenswert: weil im abgelaufenen Monat zuerst der um ¼ Prozent auf 3½ Prozent ermäßigte Zinsfuß für Büchel- und Kassenscheineinlagen in Geltung war, und weil die zweite Monatshälfte im Zeichen der Kriegsanleihezeichnung stand. Aus beiden Ursachen konnte man auf eine Abwanderung der Spareinlagen schließen, sowohl wegen der an und für sich eingetretenen niedrigen Vergütung für Einlagsgelder, als wegen des begreiflicherweise weitaus größeren Anreizes, den die Kriegsanleihetitel mit ihrer höheren Verzinsung auf die Sparerkreise ausüben mußten. Nichtsdestoweniger zeigt der Einlagenstand bei den großen Wiener und den zwei größten Prager Banken, daß die in diesem Jahre anhaltende Steigerung der Einlagsgelder auch im November keine Unterbrechung erfahren hat. Im verflossenen Monat hat sich die Gesamtsumme der bei Anglobank, Bankverein, Depositenbank, Eskomptegesellschaft, Länderbank, Mercur, Unionbank und Verkehrsbank, sowie bei der Böhmischen Unionbank und der Zivnostenska banka befindlichen Einlagsgelder um 31 auf 1415 Millionen erhöht. Für die Kreditanstalt, die per Ende Oktober Einlagen in der Höhe von 213 Millionen ausgewiesen hatte, liegt der Novemberausweis noch nicht vor. An dem allgemeinen Resultat einer neuerlichen beträchtlichen Erhöhung der Einlagsgelder der großen Banken auch im November kann jedoch durch diese noch ausstehende Ziffer nichts geändert werden.

Fremdenblatt
13./XII. 1916



# Das Friedensangebot des Vierbundes und die Märkte.

Die amtliche Mitteilung über die Note, mit der die verbündeten Mächte ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen kundgeben, hat gestern die Diskussion an der Wiener Börse ausschließlich beherrscht. Die Bewegung, welche diese feierliche Kundgebung hervorgerufen, war eine tiefe und nachhaltige, und es währte lange, ehe das Geschäft in Fluß kam. Im Vordergrunde des Meinungsaustausches in den finanziellen Kreisen stand natürlich die Frage, welche Antwort die Note des Vierbundes finden werde, ob die Ententemächte auf dieses Anbot eingehen werden oder nicht. Einmütig kam die Würdigung einer Politik zum Ausdruck, die nach den glanzvollen Siegen in Rumänien, während der Feind sich dort in wilder Flucht befindet, entsagungsvoll auf das Recht des Siegers verzichtet, einmütig auch die unerschütterliche Ueberzeugung, daß eine Ablehnung unserer wohlgemeinten Vorschläge die Monarchie und ihre Verbündeten nicht unerwartet treffen würde, daß wir entschlossen sind, wenn es sein muß, den Kampf auch weiterhin, und dann erst recht, bis zum endgiltigen Siege durchzukämpfen.

In vollkommener Ruhe hat sich die Börse der neugeschaffenen Situation gegenüber orientiert. Rüstungswerte waren wohl schwächer, aber die Abgaben bewegten sich in engen Grenzen, und auch die Kursrückgänge waren verhältnismäßig nicht erheblich. Auf den übrigen Marktgebieten konnte sich die freundliche Stimmung der letzten Zeit behaupten, wobei für die sogenannten Friedenspapiere Interesse hervortrat. Lebhaft war die Nachfrage nach Kriegsanleihen und Renten.

Nachstehend die Berichte von den anderen Märkten.

### Budapester Börse.

**K. Budapest,** 12. Dezember. Die Börse eröffnete bei fester Grundstimmung in reservierter Haltung, was auf die in Aussicht gestellte Regierungserklärung während der heutigen Parlamentssitzung zurückzuführen war. Im späteren Verlaufe erhöhte sich die Geschäftstätigkeit, besonders in Schiffahrts- und Mühlenwerten, welche kräftig anzogen. Hingegen blieben Bank- und Industriewerte, letztere bei rückläufiger Kursbewegung, geschäftslos. Holzbank-Aktien konnten nach mehrfachen Schwankungen ihren gestrigen Kurs nicht behaupten. Andere Werte, wie Straßenbahn- und Stadtbahnaktien, schlossen behauptet. Clotilde-Aktien setzten ihre Aufwärtsbewegung fort. Der Schluß war reserviert.

### Berliner Börse.

**K Berlin,** 12. Dezember. Im Hinblick auf die mit großer Spannung erwarteten Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage machte sich an der heutigen Börse weitgehende Zurückhaltung geltend, und es herrschte wieder, wie bereits an den Vortagen, auf allen Marktgebieten bei kleinen Schwankungen Geschäftsstille vor. Aus dieser hoben sich lediglich wiederum Schiffahrtsaktien ab, die bei einigen Umsätzen im Kurse anziehen konnten. Auf dem Anleihenmarkte hielt das Interesse für die 3prozentigen und 3½prozentigen heimischen Anleihen an.

Fremdenblatt
13./XII. 1916



# Kapitalserhöhung der Ungar. Eskompte- und Wechslerbank.

Die Direktion der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank hat in ihrer am 8. d. M. unter Vorsitz des Präsidenten Baron Max Madarassy-Beck abgehaltenen Sitzung beschlossen, einer für den 19. d. M. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals der Bank in Vorschlag zu bringen. Die Direktion ging hierbei einerseits von der Erwägung aus, daß die Bank mit Rücksicht auf die großen volkswirtschaftlichen Aufgaben, welche der führenden Finanzinstitute harren, über eigene Kapitalien in entsprechender Höhe verfügen müsse; anderseits erschien eine Erhöhung des Aktienkapitals schon aus dem Grunde erforderlich, um die der Bank anvertrauten beträchtlich angewachsenen fremden Kapitalien (seit der letzten Kapitalserhöhung erhöhte sich der Betrag der bei dem Institute placierten Gelder von 130 auf 350 Millionen Kronen) mit dem eigenen Kapital in Einklang zu bringen. Eine Kapitalserhöhung des Institutes erscheint aber außerdem mit Rücksicht auf die kürzlich durchgeführten und einige demnächst durchzuführende Transaktionen begründet, bei denen die Bank durch Uebernahme größerer Aktienposten interessiert ist. Es sei hier u. a. auf die Kapitalserhöhung der kgl. ung. Fluß- und Seeschiffahrts-A.-G., der Ungarischen Verkehrsbank A.-G., der Ungarischen Ansiedlungs- und Parzellierungsbank A.-G., der Ungarischen Allgemeinen Realitätenbank A.-G., der Südungarischen Zuckerindustrie A.-G., ferner auf Uebernahme von Aktien der Gizella-Mühle und der „Boni" Fabriksbofs- und landwirtschaftliche A.-G. hingewiesen. Bei der fortschreitenden Entwicklung des Geschäftskreises der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank erscheint eine entsprechend günstige Verzinsung auch des erhöhten Aktienkapitals gewährleistet.

Die Zeit

14./XII. 1916



— („Moravia" Brauerei- und Malzfabriks-A.-G. in Brünn.) In den Lokalitäten der Brünner Filiale des Wiener Bankvereins wurde gestern die 18. ordentliche Generalversammlung abgehalten. Der Bericht des Verwaltungsrates wurde zur Kentnis genommen und sämtliche Anträge der Verwaltung von der Generalversammlung einstimmig zum Beschluß erhoben. Es gelangt demnach eine 9prozentige Dividende (gegenüber 7 Prozent im Vorjahre) zur Verteilung und wurde beschlossen, den Coupon pro 1915/16 ab 3. Januar 1917 mit K. 36 an den Kassen des Wiener Bankvereins und dessen Zweiganstalten einzulösen. In der nach der Generalversammlung abgehaltenen Verwaltungsratssitzung wurde der bisherige Präsident Direktor Bernhard v. Popper wiedergewählt.

Pester Lloyd
15./XII. 1916



(Hauptstädtische Finanzkommission.) Die Kommission hielt heute mittag unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bódy eine Sitzung, in der zunächst die Vorlage der volkswirtschaftlichen Sektion betreffend eine Erhöhung der Donauufergebühren um 30 Prozent verhandelt wurde. Josef Szabó nimmt die Vorlage an. Wilhelm Jencs wünscht, daß die Schiffahrtunternehmungen verhalten werden sollen, zum Zwecke des Lebensmitteltransports Schiffe einzustellen. Hiedurch würde die Approvisionierung der Hauptstadt wesentlich verbessert werden können. Redner beantragt, die Kommission möge die Vorlage an den Magistrat zurückleiten und ihn auffordern, die die vom Redner angeregte Idee zu verwirklichen. Heinrich v. Biró nimmt die Vorlage an, wünscht jedoch, daß die Lösung der Rauchfrage beschleunigt werde. Karl Szilágyi urgiert die Errichtung der Brücke zwischen Altofen und der Hungáriastraße. Nachdem Magistratsrat Dr. Emil Vita auf die Bemerkungen der Redner geantwortet hatte, wurde die Vorlage angenommen. Eine zweite Vorlage der volkswirtschaftlichen Sektion bezieht sich auf die Pacht des geschlossenen Kais durch die Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft. Nach der Vorlage würde die Gesellschaft für das nächste Jahr außer den erhöhten Ufergebühren noch eine Miete von 12.500 k statt der bisherigen 11.000 k zu bezahlen haben. Der Vertrag der Gesellschaft soll nur für ein weiteres Jahr verlängert werden. — Wilhelm Jencs wiederholt seinen früheren Antrag. — Dr. Béla Feleki bemerkt, die Verhandlung der Vorlage könne nicht aufgeschoben werden, da die Angelegenheit bis zum nächsten Monat erledigt werden würde. Redner beantragt, daß die Sektion angewiesen werde, die Frage einer Verbesserung des Waren- und Passagierverkehrs, sowie die Rauchfrage dringend zu studieren, damit die berechtigten Wünsche der Hauptstadt bei Schließung des neuen Vertrages zur Geltung gebracht werden konnten. — Josef Szabó wünscht, daß die Donauufer endgültig in den Besitz der Hauptstadt gelangen. Er beantragt, daß der Magistrat eine hierauf bezügliche Vorlage ausarbeite. — Franz Székely ist ebenfalls der Ansicht, daß die Verhandlung der Vorlage nicht aufgeschoben werden könne. Während des Krieges könne man die Unternehmungen ohnehin zu nichts zwingen; nach dem Kriege werde die Hauptstadt in der Lage sein, ihren berechtigten Wünschen Geltung zu verschaffen. Uebrigens werde die Bedeutung von Lebensmitteltransportschiffen sehr überschätzt. — Nachdem noch Béla Perczel, Dr. Franz Springer und Magistratsrat Dr. Emil Vita gesprochen hatten, wurde die Vorlage der Sektion samt den Anträgen Dr. Felekis und Josef Szabós unverändert angenommen. — Eine dritte Vorlage der Sektion schlägt eine Erhöhung der Platzgebühren der Trödlerhalle, sowie der Miete der Trödlerbuden um 30 Prozent vor. — Ivan v. Hüvös bittet unter Hinweis darauf, daß die Hauptstadt stets die Interessen der kleinen Leute beschütze, die Miete der Trödlerbuden bloß um 20 Prozent zu erhöhen; dadurch würde die Hauptstadt nicht im geringsten geschädigt. — Dr. Sigmund Hajós nimmt die Vorlage der Sektion an, Josef Szabó tritt mit der Begründung, daß das Trödlergeschäft sich während des Krieges sehr verschlechtert habe, für den Antrag Hüvös' ein. — Franz Székely bittet die Kommission, da es sich um arme Leute handelt, deren Existenz nicht zu sehr zu erschweren. — Dr. Franz Springer äußert sich in ähnlicher Weise. — Nachdem noch Béla Paksy gesprochen hatte, nahm die Kommission den Antrag Ivan v. Hüvös' einstimmig an; dagegen wurde der auf die Erhöhung der Platzgebühren der Trödlerhalle bezügliche Teil der Vorlage unverändert angenommen.

Neues Wiener Tagblatt
15./XII. 1916



**(Zwangsregistrierung der österreichischen Forderungen gegenüber dem feindlichen Ausland.)** Bisher besteht für Oesterreich lediglich ein Zwang, die Schulden, welche die österreichischen Staatsbürger an England, Frankreich und Rußland haben, anzuzeigen. Durch Ministerialverordnung vom 1. März 1915 wurde diese Pflicht dahin festgesetzt, daß alle auf Geld oder Wertpapiere lautenden Guthaben und Forderungen jeder Art, welche Angehörigen Großbritanniens, Frankreichs und Rußland einschließlich deren Kolonien und Besitzungen, dann Personen, welche in diesen Gebieten ihren Wohnsitz, beziehungsweise Sitz haben, gegen im Inland tätige Unternehmungen, öffentliche Verwaltungskörper, sonstige Körperschaften und Einzelpersonen zustehen, von diesen dem Finanzministerium binnen vierzehn Tagen seit dem Inkrafttreten obiger Verordnung angezeigt werden müssen. Hingegen ist bisher die Anmeldung von Forderungen und Außenständen gegenüber dem feindlichen Ausland bloß fakultativ geblieben, das heißt den Parteien war es freigestellt, ihre Anmeldungen an einer bestimmten Stelle vorzunehmen oder nicht. Auf diese Art wurden die Anzeigen betreffend die Außenstände in feindlichen Ländern bei der handelspolitischen Zentralstelle der Handels- und Gewerbekammern gesammelt und sollen beim Friedensschluß den Vertretern der Monarchie die Handhabe zu ihrer Geltendmachung bei den Verhandlungen bieten. Nunmehr wird regierungsseitig der Plan erwogen, eine Zwangsregistrierung, wie sie in Deutschland jetzt ebenfalls in Durchführung ist, auch für Oesterreich zu dekretieren.

Fremdenblatt Abendbl 15./XII. 1916

161 DC 15

# Anmeldung ausländischen Wertpapiere.

Eine heute verlautbarte Verordnung des Finanzministeriums über die Anmeldung ausländischer Wertpapiere enthält u. a. folgende Bestimmungen:

1. Die in den österreichischen Ländern tätigen Bank- und Kreditinstitute einschließlich der Kriegsdarlehenskasse, dann alle Firmen, welche in Oesterreich gewerbsmäßig Handelsgeschäfte betreiben, haben die bei ihnen unverschlossen zur Verwahrung oder als Pfand erliegenden ausländischen Wertpapiere, die sich in ihrem Gewahrsam befinden oder die unter ihrem Namen als Depot oder Pfand im Auslande erliegen, anzumelden; ebenso obliegt ihnen die Anmeldung im Auslande erliegender ausländischer Wertpapiere, wenn ihnen die Depot- oder Pfandscheine über diese Wertpapiere oder andere Bescheinigungen über den Erlag oder die Verpfändung unverschlossen übergeben worden sind.

2. Alle natürlichen oder juristischen Personen und Handelsgesellschaften, welche in den österreichischen Ländern ihren Wohnsitz (Sitz) oder dauernden Aufenthalt haben, sind verpflichtet, alle ausländischen Wertpapiere, welche ihnen gehören, dann die ihnen zur Verwahrung oder als Pfand übergebenen ausländischen Wertpapiere, welche im Auslande ansässigen Angehörigen feindlicher Staaten gehören, anzumelden, soferne die Anmeldung nicht gemäß Punkt 1 durch die dort bezeichneten Institute oder Firmen zu erfolgen hat.

Im Falle der Verhinderung dieser Personen obliegt die Anmeldepflicht ihren Vertretern.

Wenn ausländische Wertpapiere, welche nach Punkt 2 dieses Paragraphen in Oesterreich anzumelden sind, einem in den Ländern der ungarischen heiligen Krone oder in Bosnien und Herzegowina tätigen Bank- oder Kreditinstitute oder einer Firma, welche in diesen Ländern gewerbsmäßig Handelsgeschäfte betreibt, unverschlossen zur Verwahrung oder als Pfand übergeben worden sind, ist dieser Umstand in der Anmeldung ersichtlich zu machen.

Die Anmeldung ausländischer Wertpapiere (Punkt 1 und 2) kann unterbleiben, wenn feststeht, daß sie einem Ausländer gehören, der nicht Angehöriger eines feindlichen Staates ist.

## Die Anmeldepflicht.

Der Anmeldepflicht unterliegen von auswärtigen Staaten und öffentlichen Körperschaften, dann von anderen natürlichen oder juristischen Personen und Handelsgesellschaften, die im Ausland ihren Wohnsitz (Sitz) haben, ausgestellte Wertpapiere, und zwar Aktien, Kuxe und andere eine Beteiligung an einem ausländischen Unternehmen bescheinigende Wertpapiere, ferner auf den Inhaber lautende oder indossable Schuldverschreibungen und auf Namen lautende Teilschuldverschreibungen von Anleihen. Den Wertpapieren werden Schuldbuchforderungen, welche Bestandteile öffentlicher Anleihen bilden, gleichgestellt. Der Anmeldung unterliegen nicht: ausländische Lose, ferner Talons, Zins- und Dividendenscheine, dann Banknoten, Darlehenskassenscheine, Papiergeld, Anweisungen, Schecks und Wechsel.

Die Länder der ungarischen heiligen Krone sowie Bosnien und die Herzegowina sind nicht zum Auslande im Sinne dieser Verordnung zu rechnen.

## Anmeldestellen und Anmeldefrist.

Als Anmeldestellen fungieren die Bankanstalten der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Die Anmeldung ist bei jener Bankanstalt vorzunehmen, in deren Bezirk der Anmeldepflichtige seinen Wohnsitz (Sitz) oder dauernden Aufenthalt, beziehungsweise seine Hauptniederlassung hat.

Die Anmeldung hat nach dem Stande vom 15. Dezember 1916 unter genauer Bezeichnung der Wertpapiere, ihres Zinsfußes und Nennbetrages sowie der Währung, auf welche die Wertpapiere lauten, zu erfolgen. Wenn die anzumeldenden Wertpapiere sich im Auslande befinden, ist auch das Land, wo sie verwahrt sind, anzugeben. Wertpapiere, die als Sicherstellung für Forderungen oder Schulden gegenüber dem Auslande dienen, sind unter Angabe dieses Umstandes getrennt von den übrigen Wertpapieren auszuweisen. Werden ausländische Wertpapiere angemeldet, die Eigentum feindlicher Ausländer sind, so ist dies in der Anmeldung ersichtlich zu machen. Zur Anmeldung sind die bei den Anmeldestellen und bei Kreditinstituten unentgeltlich erhältlichen Formularien zu benützen, dabei sind die Wertpapiere nach den Ländern, in welchen sie ausgestellt wurden, getrennt in je einem besonderen Formular für jedes Land nachzuweisen.

Die Anmeldefrist reicht vom 15. Dezember 1916 bis 15. Jänner 1917, kann jedoch über Ansuchen des Anmeldepflichtigen von der Anmeldestelle verlängert werden. Nach § 1, Punkt 2, anmeldepflichtige Personen können sich von der Anmeldepflicht befreien, wenn sie die Wertpapiere oder die Bescheinigungen über deren Verwahrung im Auslande während der Anmeldefrist bei einem Institute oder einer Firma unverschlossen hinterlegen, welche nach § 1, Punkt 1, zur Anmeldung verpflichtet ist. Die während der Anmeldefrist erlegten ausländischen Wertpapiere sind von den in § 1, Punkt 1, bezeichneten Instituten und Firmen mit einem Nachtragsausweise zur Anmeldung zu bringen.

Fremdenblatt Abendb
15./XII. 1916



## Voreinlösung staatlicher Jännerfälligkeiten.

Die Staatszentralkasse ist angewiesen, eine Voreinlösung der im Jännertermin 1917 fällig werdenden Coupons der Effekten der allgemeinen Staatsschuld sowie der Staatsschuld der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder am 30. Dezember 1916 ohne Abnahme von Eskomptezinsen vorzunehmen. Hiebei sind die Coupons der in Goldgulden und der in Mark deutscher Reichswährung verzinslichen Effekten in Zahlungsmitteln der Kronenwährung (mit Ausschluß von Goldmünzen), und zwar nach dem auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 20. März 1915, R. G. Bl. Nr. 69, festgesetzten Umrechnungsmaßstabe von 100 Franken (40 Goldgulden) = 100 Kronen 50 Heller, beziehungsweise 100 Mark = 124 Kronen einzulösen.

Reichspost Abend
15./XII. 1916



## Das große Geschäft oder der mißliebige Friedensengel.

Aus dem „Abend" vom 13. Dezember:

Wiener Börse: Die Friedensbestrebungen wirkten auch heute noch hemmend auf den Geschäftsverkehr, der sehr geringen Umfang hatte. Es lagen besonders im Schranken Anbote vor, die keiner Nachfrage begegneten, trotzdem niedrige Kurse gefordert wurden. Sie trafen hauptsächlich Petroleum-, Gummi-, Kohlen- und schwere Kriegswerte, wogegen nach Schiffahrtsaktien Nachfrage herrschte.

Budapester Börse: Die Börse war ziemlich flau. Die Spekulation befürchtet, daß mit Eintritt des Friedens die jetzige große Geldflüssigkeit aufhören werde, infolgedessen fanden umfangreiche Verkäufe statt, die die Kurse allgemein drückten. Die lokale Spekulation war flau.

Folgende Einschaltung in der Abendausgabe der „N. F. Pr." vom gleichen Tage bringt die Erklärung für die Verstimmung der Börseaner:

Das große Geschäft, Roman von Friedel Köhne. Preis Mark 5.—, gebunden Mark 6.50. Dieser Roman nimmt eine ganz besondere Stellung in der Erzählungsliteratur der letzten Zeit ein. Er spielt während des Krieges und ist doch kein Kriegsroman. Die Handlung bewegt sich zwischen Hamburg, Berlin und Kopenhagen und schildert die Art, wie gewaltige Vermögen erworben, wie gleichsam aus dem Nichts Millionen hervorgezaubert wurden, es ist der Kaufmannsroman unserer Tage.

Und eine solche Anpreisung eines solchen Romanes muß gerade in der „N. F. Pr." erscheinen. Der Grubenhund im Inseratenteil. Und zwar einer, der noch viel indiskreter tut als alle seine Vorgänger.

Der Abend
15./XII. 1916

164

# Warnung.

Der „Abend" ist im allgemeinen kein Freund von Glücksspielen; er kennt zu sehr ihre Gefahren und weiß, wie selten der Gewinn, wie häufig der Verlust ist, als daß er nicht abraten sollte. Ganz besonders aber muß das geschehen, wenn zu allem übrigen noch kommt, daß der Käufer eines Loses gar zu außerordentlich überhalten wird; in diesem Falle muß es natürlich mit der größten Entschiedenheit heißen: Hände weg und Vorsicht!

Seit einiger Zeit findet man in Tagesblättern und Zeitschriften, die ja leider wahllos alles aufnehmen, wofür sie bezahlt werden, farbige Ankündigungen einer Brünner Unternehmung, die sich hochtrabend „Glücksrad"-Gesellschaft für Handel mit Wertpapieren G. m. b. H. nennt und zum Ankauf von Losen gegen monatliche Teilzahlungen einlädt. Wir bedauern sagen zu müssen, daß Erkundigungen, die wir eingezogen haben, uns zu einer dringenden Warnung vor einer Geschäftsverbindung veranlassen. Ohne auf eine Prüfung der Sicherheit einzugehen, die wir als vorhanden annehmen wollen, da uns das Gegenteil nicht bekannt ist, bezeichnen wir die geforderten Preise als unzulässige Übervorteilung. Es ist sicher, daß eine Wechselstube, die Lose gegen Ratenzahlungen verkauft, mehr als den Tageskurs verlangen muß und darf, da sie nicht allein Ersatz der Zinsen beanspruchen muß, sondern auch einen Gewinn erzielen will, ohne den sie ja das Geschäft nicht machen würde. Eine andere Frage — wir verneinen sie unbedingt — ist allerdings, ob es zweckmäßig sei, so verteuerte Lose zu erwerben; will man durchaus Lose kaufen, obwohl die meisten außerordentlich teuer und gewiß keine Sparanlage sind, so lege man das Geld so lange zusammen, bis es zur Barzahlung hinreicht. Alles andere ist unwirtschaftlich und auch bei einer rechtschaffenen Geschäftsführung zu teuer. Wie aber erst, wenn, wie in dem Falle der „Glücksrad"-Gesellschaft, geradezu übermäßige Profite genommen werden!

Auf Täuschung berechnet ist schon die Art der Anpreisung; wer, der nicht geradezu Fachmann ist, weiß, daß man ihm nicht ein wirkliches Los, sondern nur einen sogenannten Gewinnschein anbietet, wenn er in den Anzeigen der „Glücksrad"-Gesellschaft liest: ein 3% Bodenkreditlos-Gew. vom Jahre 1889 und ebenso ein ungarisches Rothes-Kreuz-Los-Gew.? Wer weiß, was sich hinter der Abkürzung „Gew.", die sicherlich von hundert Lesern kaum einer beachten wird, verbirgt? Angeboten wird ein österreichisches Kreuz-Los vom Jahre 1916, ein ungarisches Hypothekenlos-Gew. (also kein Los), ein Jo-sziv-Los und ein österreichisches Bodenkreditlos-Gew. (also wieder kein Los, sondern ein Gewinnschein, der keinen Anspruch auf den sogenannten kleinsten Treffer gibt). Sie sind alle zusammen in jeder Wechselstube für den Betrag von 102 Kronen zu haben, während die „Glücksrad"-Gesellschaft dafür nicht weniger als neunundvierzig Monatszahlungen zu 3 Kronen 60 Heller verlangt. Rechnet man zum Preise der Papiere die Zinsen zu 6 v. H. und einen Gewinn von 10 v. H., so würde dies 124 Kronen 44 Heller ausmachen; man bezahlt somit um 52 Kronen 50 v. H. zu viel, Geld, das man rein hinauswirft. Oder mit anderen Worten: Wenn man schon durch zwanzig Monate eingezahlt hat, so ist man noch immer so viel schuldig, wie der wirkliche Wert der Lose und Gewinnscheine ausmacht, und hat erst den Gewinn der „Glücksrad"-Gesellschaft ausgezahlt.

Es wird auch eine andere Gruppe angeboten, die mit 49 Raten zu 10 Kronen = 490 Kronen zu bezahlen ist, während sie in Wirklichkeit nicht mehr als 359 Kronen und unter Zurechnung der Zinsen und 10 v. H. Gewinn 437 Kronen 98 Heller wert ist. Daraus geht wohl zur Genüge hervor, daß die Anpreisungen auf Täuschung berechnet sind, und daß es Pflicht ist, davor zu warnen. Wir erwarten zwar nicht, daß sich die Zeitungen im allgemeinen dadurch werden abhalten lassen, die Ankündigungen zu verbreiten; aber einzelne, die doch Wert auf einige Reinlichkeit legen, werden es sich vielleicht überlegen, die bezahlten Helfershelfer so bedenklicher Geschäfte zu machen, nur weil sie dafür eine gewisse Summe bekommen. Jedenfalls aber ist es geboten, die Hand von Geschäften dieser Art zu lassen und andere davor zu warnen, wenn sie schon bedauerlicherweise gesetzlich nicht verboten sind.

Die Zeit
16./XII. 1916



— (Oesterreichische Bodenkreditanstalt.) Im Hinblick auf die großen Interessen, die das Haus Gebrüder S. & M. Reitzes an verschiedenen Unternehmungen besitzt, hat, wie uns mitgeteilt wird, Herr Hans Freiherr von Reitzes zur Vermeidung von Kollisionen, die aus seiner Stellung als Verwaltungsrat der Allgemeinen österreichischen Bodenkreditanstalt entstehen könnten, den Wunsch ausgesprochen, aus dem Verwaltungsrat der Bodenkreditanstalt zu scheiden. Der Austritt des Freiherrn v. Reitzes aus der Verwaltung der Bodenkreditanstalt erfolgt in vollem wechselseitigen Einvernehmen und ist vom Verwaltungsrat der Bodenkreditanstalt in seiner gestrigen Sitzung mit dem Ausdruck lebhaften Bedauerns zur Kenntnis genommen worden.

Die Zeit
16./XII. 1916

— (Die Festsetzung von Effektenpreisen zum Jahresschluß.) Bekanntlich ist nach deutschem Muster auch hier in Aussicht genommen, zum Schluß des Jahres eine Festsetzung von Effektenpreisen vorzunehmen, damit man im Kreise der Interessenten ein ungefähres Bild darüber gewinnt, welche Wertveränderungen seit dem Erscheinen des letzten amtlichen Kursblattes der Wiener Effektenbörse vom 25. Juli 1914 eingetreten sind. Wie wir erfahren, sind nunmehr die Vorarbeiten für diese unverbindlichen Wertbestimmungen abgeschlossen, so daß bereits in der allernächsten Zeit die Beschlüsse für das Erscheinen des in Aussicht genommenen Kursblattes für Orientierungszwecke gefaßt werden können. Diese Zusammenstellung von Effektenpreisen wird keineswegs jene Kurse enthalten, die zum Jahresschluß im beschränkten Privatverkehr an der Wiener Börse tatsächlich verzeichnet werden, da nach Anschauung der in Betracht kommenden Stellen die gegenwärtigen Tagespreise vielfach das Resultat einer anormalen Kriegskonjunktur sind. Die festzustellenden Preise werden wohl zumeist jene vom 25. Juli 1914 übersteigen, den geltenden Tagespreisen sich jedoch nur nähern.

Die Zeit 16./XII. 1916



# Die Anmeldung ausländischer Wertpapiere.

Eines der wirksamsten Mittel Englands, die Wertbeständigkeit seiner Währung gegenüber dem neutralen Ausland aufrechtzuerhalten, war nebst der Aufnahme von Anleihen und einem strengen Einfuhrverbot für Luxuswaren die Mobilisierung der im englischen Privatbesitz befindlichen Wertpapiere neutraler Staaten, in erster Linie Amerikas. Nach hunderten Millionen Pfund zählen die Beträge der von der englischen Regierung von englischen Bürgern gekauften oder entliehenen neutralen Wertpapiere, die im Mutterland teilweise verkauft, teilweise als Unterlage für Anleihen hinterlegt wurden. Der bei der ungeheuren Verschuldung Englands im Ausland relativ günstige Stand der Sterlingdevise ist nicht zuletzt auf diese Wertpapiertransaktionen der englischen Regierung zurückzuführen. Dem Beispiel Englands ist sein reicher Bundesgenosse Frankreich gefolgt, allerdings mit keinem auch nur annähernd ähnlichen Erfolg, weil sein Besitz an ausländischen Wertpapieren ganz anders zusammengesetzt ist als jener Englands. Während England große Mengen holländischer, skandinavischer und insbesondere amerikanischer Wertpapiere besaß, bestand der französische Besitz vornehmlich aus russischen, türkischen und nicht leicht verkäuflichen südamerikanischen Werten. Nichtsdestoweniger sind auch in Frankreich erhebliche Summen amerikanischer und spanischer Werte aufgebracht worden. Die anderen Alliierten, Rußland und Italien, haben über keinen nennenswerten ausländischen Wertpapierbesitz verfügt. Sie mußten daher einen großen Teil ihrer Goldschätze, die die Unterlage ihres Notenumlaufes bilden, als Sicherstellung für Anleihen der Bank von England überliefern.

In Deutschland wurde bisher offiziell von der Mobilisierung ausländischer Wertpapiere kein Gebrauch gemacht. Eines der größten Hindernisse für eine solche Maßnahme bildete der Umstand, daß der Großteil des deutschen Besitzes an ausländischen Wertpapieren, namentlich an amerikanischen, sich im feindlichen Ausland befand und daher der Verfügung der Eigentümer entzogen war. Immerhin sind im Laufe des Krieges bedeutende Beträge an neutralen, insbesondere skadinavischen, Wertpapieren von deutschen Besitzern an das Heimatland verkauft worden, ohne daß aber damit ein entsprechender Einfluß auf die Kursbewegung der deutschen Valuta im neutralen Ausland ausgeübt worden wäre. Erst vor kurzem hat der Bundesrat eine Zwangsregistrierung des deutschen Besitzes an ausländischen Wertpapieren verfügt, die gegenwärtig im Zuge ist.

Dem Beispiel Deutschlands ist nunmehr auch die österreichische Regierung gefolgt, die mit der gestern kundgemachten Verordnung eine unter Strafsanktion gestellte Anmeldung des Besitzes an ausländischen Wertpapieren verfügt hat. Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank ist in der Zeit vom 15. Dezember 1916 bis 15. Januar 1917 auf speziellen, bei der Bank und Kreditinstituten erhältlichen Formularen der Besitz an sämtlichen ausländischen Wertpapieren anzumelden, also nicht nur an feindlichen und neutralen Werten, sondern auch an Wertpapieren der Verbündeten: Deutschlands, Bulgariens und der Türkei. Ungarn und Bosnien gelten nicht als Ausland. Anzumelden sind Schuldverschreibungen (Schuldbuchforderungen), Aktien, Kuxe und andere Anteilscheine an ausländischen Unternehmungen. Ausgenommen sind: ausländische Lose, Talons, Coupons, Banknoten, Papiergeld, Darlehenskassenscheine, Anweisungen, Schecks und Wechsel. Anmeldepflichtig ist jeder Besitzer oder Verwahrer von ausländischen Wertpapieren, einerlei, ob er gewerbsmäßig den Handel und die Verwahrung von Wertpapieren betreibt. Banken, Bankiers und sonstige Handelsfirmen haben nur jene Wertpapiere anzumelden, die bei ihnen unverschlossen oder als Pfand hinterlegt wurden, ebenso auch die unter ihrem Namen im Ausland als Depot oder Pfand befindlichen ausländischen Wertpapiere. Weiters sind jene ausländischen Wertpapiere anzumelden, die für einen im feindlichen Ausland ansässigen Ausländer verwahrt werden. Die Anmeldung muß getrennt nach Ländern in der Währung, auf die das Wertpapier lautet, erfolgen. Wertpapiere, die als Sicherstellung für Forderungen oder Schulden gegenüber dem Ausland dienen, sind unter Angabe dieses Umstandes, getrennt von den übrigen Wertpapieren, auszuweisen. Anzumelden sind auch jene ausländischen Wertpapiere, die sich im freien Depot bei einer ausländischen Bank, Bankier oder sonstigen Verwahrern befinden. In der Verordnung ist den mit der Anmeldung betrauten Organen die Pflicht zur Verschwiegenheit auferlegt. Die Anmeldungen dürfen nicht für Zwecke der Steuer- oder Gebührenbemessung verwendet werden.

Von gestern ab ist bis auf weiteres die Veräußerung und Verpfändung anmeldepflichtiger Wertpapiere an Ausländer nur dann gestattet, wenn der zu erwartende Erlös, beziehungsweise die Darlehensvaluta in ausländischer Währung an die Oesterreichisch-ungarische Bank abgegeben wird.

Der österreichische Besitz an ausländischen Wertpapieren war seit jeher verhältnismäßig nicht bedeutend. Vereinzelte Großkapitalisten und hohe Feudalherren pflegten Teile ihres Vermögens im Auslande anzulegen. Soweit es sich hierbei um Anlagen in Wertpapieren des feindlichen Auslandes handelt, sind diese der Verfügung der Besitzer entzogen, weil sie sich zumeist im betreffenden heimatlichen Lande befinden. Der österreichische Besitz an amerikanischen und sonstigen überseeischen Werten entzieht sich gleichfalls der Verfügung, weil er sich hauptsächlich in Paris und London befindet. Werte der nordischen Staaten und der Schweiz dürften, wenn überhaupt, so nur in sehr geringen Beträgen sich im österreichischen Besitz befinden. Dagegen wird wohl der österreichische Besitz an deutschen, türkischen und bulgarischen Wertpapieren recht erhebliche Beträge repräsentieren.

Mit der zwangsweisen Anmeldung des ausländischen Wertpapierbesitzes verfolgt die Regierung vorerst den Zweck, eine klare Uebersicht über die im Inland befindlichen Reserven an ausländischen Währungstiteln zu erlangen. Heute steht es noch durchaus nicht fest, ob überhaupt und eventuell welche weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet ergriffen werden sollen.

### Die ungarische Verordnung.

**Budapest**, 15. Dezember. (KB)

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung, derzufolge ausländische Wertpapiere bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank bis 15. Januar 1917 anzumelden sind.

Neue Freie Presse
16./XII. 1916


# Die Anmeldung ausländischer Wertpapiere.

Von Dr. Max Sokal.

Wien, 15. Dezember.

Eine heute im Einvernehmen mit den beteiligten Fachministerien verlautbarte Verordnung des Finanzministeriums verfügt die Anmeldung der sowohl im Besitze von Kreditinstituten als im direkten Besitze der Inhaber befindlichen ausländischen Wertpapiere. Die in Oesterreich tätigen Bank- und Kreditinstitute, die Kriegsdarlehenskasse und alle Handelsfirmen haben die in offenen Depots oder als Pfand bei ihnen erliegenden ausländischen Wertpapiere ebenso wie die im Auslande erliegenden ausländischen Wertpapiere, worüber ihnen Depot- oder Pfandscheine unverschlossen übergeben wurden, anzumelden. Auf Safedepots findet die Anmeldepflicht also keine Anwendung. Ergänzt wird diese Bestimmung durch die Verpflichtung aller Einzel- und juristischen Personen sowie aller Handelsgesellschaften, die in Oesterreich dauernd wohnhaft sind, alle ihnen gehörigen sowie die ihnen zur Verwahrung oder als Pfand übergebenen ausländischen Wertpapiere, die im Auslande ansässigen Angehörigen feindlicher Staaten gehören, anzumelden. Nur dann kann die Anmeldung unterbleiben, wenn der Berechtigte einem verbündeten oder neutralen Staate angehört.

Anmeldepflichtig sind die von auswärtigen Staaten, öffentlichen Körperschaften, natürlichen oder juristischen Personen und Handelsgesellschaften, die im Auslande ihren Wohnsitz haben, ausgestellten Wertpapiere (Aktien, Kuxe, Schuldverschreibungen), also nicht bloß Werte des feindlichen Auslandes, sondern des Auslandes überhaupt, somit auch des verbündeten und neutralen Auslandes. Ausland im Sinne dieser Verordnung sind dagegen nicht Ungarn, Bosnien und die Herzegowina. Die an die Bankanstalten der Oesterreichisch-ungarischen Bank nach dem Stande vom 15. Dezember 1916 zu richtenden Anmeldungen müssen bis 15. Januar 1917 erstattet werden. Die mit der Entgegennahme und Anmeldung betrauten Organe sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und die Verordnung besagt ausdrücklich, daß die Anmeldungen für Zwecke der Steuer- oder Gebührenbemessung nicht benützt werden dürfen.

Der hauptsächliche Zweck dieser Maßnahme, der schon im § 4 der Verordnung, welcher die Bankanstalten der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu Anmeldestellen bestimmt, sichtbar wird, prägt sich in § 9 der Verordnung deutlich aus. Dieser Paragraph gestattet nämlich mit dem Inkrafttreten der Verordnung eine Veräußerung oder Verpfändung anmeldepflichtiger Wertpapiere an Ausländer nur dann, wenn der Gegenwert, beziehungsweise die durch Verpfändung der Wertpapiere erlangte Darlehensvaluta in ausländischer Währung der Oesterreichisch-ungarischen Bank zur Verfügung gestellt wird, ferner ist die Versendung oder Uebertragung anmeldepflichtiger Wertpapiere nach dem Auslande vorher anzumelden.

Der österreichischen Verordnung ist Deutschland bereits am 23. August d. J. mit einer Bundesratsverordnung über den gleichen Gegenstand vorangegangen, die sich im wesentlichen mit der österreichischen Verordnung deckt, im einzelnen aber von ihr Abweichungen zeigt, zum Beispiel in der Hinsicht, daß nach der deutschen Verordnung nicht nur die ausländischen Wertpapiere, sondern auch die deutschen Wertpapiere, die sich im Auslande befinden, anmeldepflichtig sind. In der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges ist zur Begründung der deutschen Verordnung gesagt worden, daß für die gesamte Handelspolitik, nicht zum wenigsten für die Devisenpolitik, eine möglichst genaue Kenntnis des vorhandenen Besitzes an ausländischen Wertpapieren unentbehrlich sei und die deutsche Handels- und Fachpresse hat derartige und noch viel weitergehende Maßregeln schon lange vorher verlangt. Man erblickte in dem gelungenen Resultat einer solchen Verordnung eine Handhabe für die Einflußnahme auf die Valuta. Bekanntlich ist man in England und in Frankreich schon sehr früh an die Verwertung des nationalen Besitzes an ausländischen Wertpapieren für die Zwecke der Kriegsfinanzierung geschritten und auch im Deutschen Reiche hat man schon vor der Bundesratsverordnung den Abverkauf der ausländischen Wertpapiere auf 2 Milliarden Mark geschätzt, die die deutsche Zahlungsbilanz verbessert haben. Wenn und soweit die freiwillige Entäußerung der ausländischen Werte sich einer zeitgemäßen Devisenpolitik nicht unterordnet, muß von Staats wegen eingegriffen werden. Die Bestandaufnahme der ausländischen Wertpapiere ist in dieser Richtung ein erster Schritt, dem im Deutschen Reiche, wo die Anmeldungsfrist wiederholt erstreckt worden ist, bisher noch kein zweiter Schritt gefolgt ist. Man hat angeregt, daß das englische System der Prämiengewährung für den freiwilligen Verkauf ausländischer Wertpapiere zur Anwendung kommen solle, hat jedoch festgestellt, daß schon die Ankündigung der Bestandaufnahme die Ausfuhr von ausländischen Wertpapieren gehoben hat.

Mit größtem Nachdruck ist bei der Erörterung der deutschen Bundesratsverordnung darauf hingewiesen worden, daß man zweierlei Arten von Wertpapieren unterscheiden müsse: solche, die zur Anknüpfung und Festhaltung geschäftlicher Beziehungen großen Stils im Auslande als Beteiligungen erworben werden, und solche, die lediglich der Kapitalsanlage oder der Spekulation dienen. Es wäre volkswirtschaftlich sehr verfehlt, die erste Kategorie lediglich aus valutapolitischen Gründen gleich der zweiten Kategorie abzustoßen. Anderseits kann auch bei der Friedensbeurteilung der Frage nicht geleugnet werden, daß selbst diese zweite Kategorie eine für Kriegszeiten verwendbare Valutareserve ist, deren Erwerbung im Frieden dem Inlande jetzt zugute kommt. Uebrigens wird es sich unter Umständen empfehlen, auch Auslandbeteiligungen — je nach Lage der Dinge — abzustoßen.

Hervorhebung verdient § 6 der Verordnung, in dem es heißt, daß sich die direkten Besitzer der Wertpapiere von der Anmeldungspflicht dadurch befreien können, daß sie diese Papiere innerhalb der Anmeldefrist bei einem zur Anmeldung verpflichteten Kreditinstitut oder Bankier unverschlossen hinterlegen. Die Anmeldung erfolgt sodann durch die betreffende Kreditstelle. Wer also über die Bestimmungen der Verordnung nicht recht im klaren ist, über einzelne Punkte Zweifel hat oder mit seinem Namen nicht hervortreten will, kann von dieser Bestimmung Gebrauch machen. Man darf annehmen, daß die etwaige Verwertung der ausländischen Wertpapiere unter entsprechender Bedachtnahme auf die verschiedenen zu berücksichtigenden Interessen vor sich gehen wird, so daß zu besonderen Besorgnissen kein Anlaß vorhanden sein dürfte. Im Interesse unserer Devisenpolitik hat sich die Maßnahme wohl schon seit längerer Zeit als unerläßlich gezeigt. Die Mobilmachung dieser Vermögensstücke kann je nach dem Ergebnis der Bestandaufnahme und den sich hieran etwa anschließenden freiwilligen Schritten der Besitzer eine mehr oder weniger ins Gewicht fallende Verbesserung unserer Zahlungskraft gegenüber dem Auslande bedeuten.

Reichspost

16./XII. 1916



# Die Anmeldung ausländischer Wertpapiere.

Unter dem Druck der sich zuspitzenden Verhältnisse am Devisenmarkt hat sich jetzt die Regierung veranlaßt gesehen, die Anmeldung der in österreichischem Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere zu veranlassen. Wie aus einer heute vom Finanzminister veröffentlichten Verordnung hervorgeht, haben sämtliche in den österreichischen Ländern tätigen Bank- und Kreditinstitute einschließlich der Kriegsdarlehenskasse sowie alle Firmen, welche gewerbsmäßig Handelsgeschäfte betreiben, die bei ihnen erliegenden ausländischen Wertpapiere anzumelden. Auch sämliche natürlichen oder juristischen Personen haben in ihrem Besitz befindliche fremdländische Wertpapiere bei den Bankanstalten der Oesterreichisch-ungarischen Bank in der Zeit vom 15. Dezember 1916 bis 15. Jänner 1917 anzumelden. Für den Fall, daß die Papiere bei einer ungarischen oder bosnisch-herzegovinischen Bank in Verwahr gegeben sind, muß dieser Umstand auf der Anmeldung ersichtlich gemacht werden. Der Anmeldung unterliegen sämtliche fremdländische Wertpapiere und Schuldbuchforderungen mit Ausnahme von ausländischen Losen, Talons, Zins- und Dividendenscheinen, Banknoten, Darlehenskassenscheinen, Papiergeld, Anweisungen, Schecks und Wechseln. Wenn die anzumeldenden Wertpapiere sich im Auslande befinden, so ist auch das Land, wo sie verwahrt sind, anzugeben. Handelt es sich dagegen um Effekten, die als Sicherstellung für Forderungen oder Schulden gegenüber dem Auslande dienen, so muß dies in den Anmeldeformularen, die bei allen Kreditinstituten erhältlich sind, eigens betont werden. Veräußerungen und Verpfändungen von anmeldepflichtigen Wertpapieren an Angehörige der Gesamtmonarchie sind, soforn die Papiere im Inlande bleiben, zulässig; müssen jedoch der Anmeldestelle angezeigt werden. Ist dagegen ein Verkauf oder eine Verpfändung an Ausländer beabsichtigt, so ist dies nur dann möglich, wenn auf Grund einer mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank getroffener Vereinbarung der Gegenwert in ausländischer Währung an die genannte Bank abgeführt wird.

Sinn und Zweck dieser Maßnahmen liegt auf der Hand. Es handelt sich um vorbereitende Schritte für eine Mobilisierung des nationalen Besitzes an fremden Effekten, um der bestehenden Knappheit am Devisenmarkt abzuhelfen. Die strengere Ueberwachung des Marktes, so wie sie vor nicht allzulanger Zeit angeordnet worden ist, hat ja die ersehnte Erleichterung nicht gebracht, konnte sie auch gar nicht bringen, da an den eigentlichen Hauptübeln, an denen unser Zahlungsverkehr mit dem Auslande schon seit langem krankt, überhaupt nicht gerührt worden war. Um eine Besserung herbeizuführen, heißt es erst Ware d. i. Devisen herbeischaffen, und dann mit dieser Ware möglichst sparsam umgehen. Was bisher an Devisen eingegangen ist, hat bei weitem nicht hingereicht, um den Bedarf an fremden Valuten zu decken, und in der Not griff man zur verstärkten Ausfuhr von Kronennoten, mit denen das neutrale Ausland sowie das verbündete Deutschland nachgerade überschwemmt wird. Die Folge davon ist ein Disagio, das mit der durch die offiziellen Devisenkurse gegebenen Parität ganz und gar nicht im Einklang steht und das den Preis der eingeführten Waren außerordentlich verteuert. Da es sich hiebei meist um Luxusimporte handelt, so fällt dieses letztere Moment nicht so sehr in die Wagschale. Bei den fabelhaften Einkünften der Kriegsmillionäre spielen einige Tausend mehr oder weniger keine Rolle. Den Schaden trägt dafür die Allgemeinheit, trägt vor allem auch der Staat, dessen Währung durch die sinnlose Verschwendung dieser Leute arg gefährdet wird. Sie auf das Unpatriotische ihres Verhaltens aufmerksam zu machen, nützt nichts. Das hat die Erfahrung hinlänglich gezeigt und so bleibt kein anderer Ausweg übrig als die völlige Unterbindung der Einfuhr von Luxusgegenständen und der Ausfuhr von Kronennoten. Bei der strengen Kontrolle, wie sie jetzt an der Grenze gehandhabt wird, ist es technisch nicht schwer, dieses Ziel zu erreichen. Die Hauptsache ist nur, daß man mit dieser unbedingt notwendigen Maßregel nicht noch länger zurückhält, denn es besteht sonst die Gefahr, daß die Devisenzentrale, deren Devisenbestand jetzt gestärkt werden soll, weiterhin auf dem Umweg über die Banken zur Deckung von Verbindlichkeiten herangezogen wird, die aus der Einfuhr von Juwelen usw. entstehen. Wir müssen mit unserem Guthaben um so mehr haushalten, als es bei der derzeitigen Lage auf dem Industriemarkt und angesichts des Rohstoffmangels und der vielen Ausfuhrverbote überaus schwer, wenn nicht unmöglich ist, einen vermehrten Warenabsatz nach dem Auslande herbeizuführen und dadurch den Eingang an fremden Valuten mehr in Fluß zu bringen. Wir müssen um so mehr sparen, als auch die Unterstützung, die uns bisher Deutschland gewährt hat, problematischen Charakter anzunehmen beginnt. Die Markwährung ist seit einiger Zeit äußerst heftigen Schwankungen unterworfen. Mag sein, daß hiebei die Gegner und gewisse uns mißgünstig gesinnte Finanzkreise die Hand im Spiele haben, um wenigstens dem finanziellen Ruf der Mittelmächte Abtrag zu tun, nachdem alle Versuche, uns militärisch unterzukriegen, gescheitert sind; Tatsache bleibt auf jeden Fall, daß das starke von österreichischer Seite ausgehende Markangebot den Kurs der deutschen Währung stark, und zwar ungünstig beeinflußt. Bei solcher Lage der Dinge bleibt nichts anderes übrig, als den gesamten nationalen Besitz an fremden Valuten heranzuziehen, um eine weitere Verschlechterung des Kurszustandes aufzuhalten. Die Regierung hat jetzt, wie bereits erwähnt die vorbereitenden Schritte für eine Mobilisierung des heimischen Effektenbesitzes getan. Was das reiche England schon längst durchgeführt hat, kann auch uns nicht als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden. Doch eines: Wir verfügen nicht über die Kapitalskraft Englands. Oesterreichs Besitz an ausländischen Wertpapieren ist eng begrenzt. Es ist ein nationaler Schatz, mit dem wir haushalten müssen. Wird der wahnwitzigen Luxuseinfuhr nicht alsbald ein Riegel vorgeschoben, so bedeutet dies einen Vorstoß gegen die Lebensinteressen unseres Landes.

Der Morgen
18/XII. 1916

M 18
171

# Vaterländischer Hilfsdienst des Wertpapierbesitzes.

Die Finanzverwaltung hat endlich eine Maßnahme getroffen, durch die ein wichtiger und namhafter Teil unseres Besitzes an leicht verwertbaren Vermögen im Auslande erfaßt und, falls dies notwendig sein sollte, der Landesverteidigung dienstbar gemacht werden kann. Man hat es bereits längst als selbstverständlich betrachtet, die verschiedensten Güter: Getreide, Metalle, Pferde, Fabriks-, sogar gewisse Haushaltungseinrichtungen, für die Landesverteidigung zu beschlagnahmen und die Verfügung darüber nicht dem Belieben des Einzelnen zu überlassen. Auf dem Wege der logischen Durchdenkung dieser Abart der allgemeinen Wehrpflicht ist man ja in Deutschland zum Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst gelangt, das heißt zur Heranziehung aller persönlichen Leistungs- und Arbeitsfähigkeit aller Bürger des Staates. Es ist nun natürlich, daß in einer Zeit derartiger Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes für die Zwecke der Landesverteidigung an dem Wertpapierbesitz nicht vorübergegangen werden kann. Der Besitz an ausländischen Wertpieren kann der Vaterlandsverteidigung dadurch dienen, daß er entweder verkauft oder verpfändet wird, was allerdings nur möglich ist bei Wertpapieren, welche im Inlande oder im befreundeten oder neutralen Auslande liegen. Werden auf dem einen oder anderen Wege mittels solchen Wertpapierbesitzes ausländische Zahlungsmittel erworben, so bieten uns diese die Möglichkeit, aus dem Auslande Lebensmittel oder andere unentbehrliche Bedarfsgegenstände der militärischen Rüstung zu beschaffen. Würde die Verfügungsfreiheit des Einzelnen über seinen ausländischen Wertpapierbesitz unbegrenzt fortbestehen bleiben, so hieße dies mit anderen Worten, daß es von dem Belieben vermögender Bürger abhinge, ob wir gewisse sonst uns erreichbare Lebensmittel oder Ausrüstungsgegenstände erhalten oder nicht. Es ist klar, daß die Regierung vor diese Wahl gestellt, ausschließlich die Interessen der Landesverteidigung wahren mußte.

---

Vorläufig handelt es sich bloß um eine Vorbereitung, die aber die notwendige Grundlage für entsprechende weitere Vorkehrungen bieten soll. Kein Besitzer ausländischer Wertpapiere wird sich beklagen dürfen, denn was ihm vielleicht bevorsteht, ist vorher der Landwirtschaft und Industrie fortwährend und im weitesten Umfang auferlegt worden. Wenn man bedenkt, welche Wichtigkeit es für uns jetzt oder in einem künftigen Zeitpunkte haben kann, über ausländische Guthabungen, bzw. Zahlungsmittel zu verfügen, so wird man es als eine naturgemäße Weiterentwicklung dieses Gedankens ansehen müssen, daß nicht bloß der ausländische Wertpapierbesitz oder alle bereits bestehenden oder noch entstehenden ausländischen Barguthabungen dem Verfügungsrechte der Staatsgewalt unterstellt werden, sondern daß auch dem Staate hinsichtlich der Verwertung aller jener Güter, welche zur Ausfuhr und damit zur Schaffung ausländischer Guthabungen geeignet sind, gewisse weitgehende Befugnisse eingeräumt werden. Es kann vielleicht ganz gut vorkommen, daß solche Güter da oder dort aufgestapelt werden, weil ihre Besitzer sich von der Zurückbehaltung ihrer Vorräte besondere Vorteile versprechen und ihre Verfügungen aus ganz anderen Gesichtspunkten als aus dem der bestmöglichen Berücksichtigung der Interessen unserer Landesverteidigung treffen.

Um welche Beträge es sich bei unserem ausländischen Wertpapierbesitz handelt, weiß niemand. Alle Schätzungen früherer Jahre haben derzeit wohl keine Geltung und beruhten niemals auf vollständigen und verläßlichen Angaben. Der Umfang der voraussichtlich seit Kriegsausbruch erfolgten großen Veränderungen entzieht sich jeder Beurteilung. Durch die jetzt angeordneten Erhebungen wird vor allem die Größe unseres ausländischen Wertpapierbesitzes festgestellt werden. Auch das ist eine dringende Notwendigkeit, daß der Staat über eines der bedeutendsten Elemente wirtschaftlicher oder finanzieller Natur, mit denen er in seinem Daseinskampfe zu rechnen hat, genau unterrichtet ist. Zumal wichtige und einschneidende Maßnahmen davon abhängig sind.

Es wird immer angenommen, daß gerade die Besitzer der mobilsten Kapitalsanlage, also von Wertpapieren, am meisten Gelegenheit und Neigung haben, der staatlichen Zwangsgewalt über ihr Vermögen auszuweichen. In der betreffenden Verordnung der Finanzverwaltung sind daher strenge Strafen, u. zw. auch Arrest bis zu sechs Monaten vorgesehen. Es entspricht nur dem Gerechtigkeitsgefühle, daß Übertretungen dieser der wirtschaftlichen Landesverteidigung dienenden Bestimmungen die schärfste Ahndung finden und die Veröffentlichung der Namen jener Wertpapierbesitzer, die sich dem ihnen vielleicht bevorstehenden vaterländischen Hilfsdienst entziehen wollen, zur Folge haben.

Neue Freie Presse
19/XII. 1916


# Der Berliner Effektenverkehr.

Von **Alfred Lansburgh.**

Berlin, 16. Dezember.

Die feste Grundtendenz, die im freien Verkehre an der offiziell noch immer geschlossenen Berliner Börse während des ganzen Frühherbstes vorgeherrscht hat, ist in der zweiten Novemberhälfte durch eine auffallende Unsicherheit abgelöst worden. Nicht als ob das Gewicht der guten Gewinnergebnisse aller für den Krieg arbeitenden Industrien sowie der Friedenserwartungen, die sich an die heute noch brachliegenden Gesellschaften knüpfen, sich irgendwie vermindert hätte. Aber seine Zugkraft ist durch eine Reihe schwerwiegender Gegengewichte fast vollständig aufgehoben worden. Befürchtungen der verschiedensten Art drängen das Moment der günstigen Betriebsergebnisse, gleichviel, ob diese bereits vorhanden sind oder erst für die Zeit nach dem Kriege erhofft werden, in den Hintergrund. Zunächst hat das Friedensanbot der Mittelmächte auf die deutschen Börsen vorübergehend stärkeren Einfluß geübt. Die Möglichkeit eines Friedens in absehbarer Zeit hat die Orientierung der Börsen wesentlich geändert. Die Kriegswerte, voran die Rüstungspapiere, aber auch die Hüttenwerksaktien gingen zurück, die Kurse der Friedenswerte, namentlich der Schiffahrtsaktien, stiegen. Indessen hat die Möglichkeit des Friedens doch nur jene Neigung zur Abschwächung, die bereits in der Börse lag, verstärkt, nicht erst geschaffen. Das sonst so wichtige börsentechnische Moment beeinflußt heute die Kurse nicht sonderlich. Allerdings hat der verschleierte Terminhandel, der sich im Berliner Verkehre lange Zeit ungebührlich breit gemacht hatte, in der Berichterstattung über Börsenvorgänge [illegible] Ausdruck gefunden. Die Schiffahrt von Dänemark und Norwegen [illegible] Friedensanbot [illegible] hat nach Meldungen aus Kopenhagen [illegible] Kopenhagen [illegible] Kopenhagen [illegible]

Pester Lloyd

20/XII. 1916



# Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 15. Dezember.

Die Eroberung der Walachei ist nicht nur militärisch, politisch und gesamtwirtschaftlich von größter Tragweite; auch das deutsche Kapital ist vielmehr in außerordentlicher Weise daran interessiert, da viele Millionen deutschen Geldes dort angelegt sind. Wie bekannt, ist Rumänien in den Jahren der engen und freundschaftlichen Beziehungen zum ehemaligen Dreibunde wirtschaftlich in erster Linie durch deutsches Kapital erschlossen worden. Der weitaus größte Teil der rumänischen Staatsanleihen befindet sich in deutschem Besitz; eine Anzahl rumänischer Banken ist unter erheblicher Beteiligung deutschen Kapitals gegründet worden; und endlich wendete sich die deutsche Unternehmungslust in immer steigendem Maße der rumänischen Erdölindustrie, der Hebung der gewaltigen Schätze dieses Gebietes, zu. Anfangs war es ausschließlich die Gruppe Diskonto-Gesellschaft—Bleichröder, die — in ihrer Eigenschaft als Bankgruppe der rumänischen Regierung — sich auch an der Erdölindustrie des Landes beteiligte; später kam die Deutsche Bank hinzu, und diese errichtete die heute größte aller rumänischen Petroleumgesellschaften, die Steaua Romana, deren gegenwärtiges Aktienkapital die stattliche Höhe von 100 Millionen Lei erreicht. Die Gruppe Diskonto-Gesellschaft—Bleichröder andererseits brachte ihre Erdölinteressen später in die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft ein, die bekanntlich während des Krieges einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat. Für beide Gesellschaften, Erdöl-Aktiengesellschaft und Steaua, ist es also von außerordentlicher Tragweite, daß die rumänischen Gebiete, in denen sich der wertvolle Besitz dieser Unternehmungen befindet, beinahe unversehrt in deutsche Hände gefallen ist. Angesichts der heute fast unbegrenzten Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Petroleum, Benzin und Schmieröl eröffnen sich daher den Werken die denkbar günstigsten Aussichten, und das deutsche Kapital ist vor einem schweren, ihm drohenden Verlust bewahrt geblieben. Die Aktien beider Gesellschaften erfuhren naturgemäß im Zusammenhang damit eine kräftige Steigerung im freien Verkehr der Berliner Börse.

Eine Frage, die seit kurzem unsere Börsen-, Bank- und Finanzkreise lebhaft beschäftigt, ist die der deutschen Valuta; denn so widerspruchsvoll es erscheinen mag, inmitten des Siegeszuges der deutschen Heere in Rumänien ist an den neutralen Börsen die deutsche Valuta nicht gestiegen, sondern im Gegenteil zurückgegangen. Zu irgendeiner Beunruhigung über diese Erscheinung liegt jedoch keine Veranlassung vor; denn lediglich in der Entwicklung unseres Außenhandels hat dieser Valutarückgang seine Ursache. Zwei unserer wichtigsten Ausfuhrartikel, nämlich Eisen und Kohle, können wir heute nicht mehr in demselben Maßstabe wie früher an das Ausland abgeben; die Gründe dafür sind bekannt; denn jedermann weiß, daß unser Bedarf an Kohle und Eisen ständig zunimmt, so daß in Deutschland selber eher Knappheit als Ueberfluß, zumal an Kohle, herrscht. Infolge der sinkenden Ausfuhr verschlechtert sich indessen unsere Zahlungsbilanz dem Auslande gegenüber automatisch, und so erklärt sich die für uns ungünstige Richtung, welche die fremden Wechselkurse einschlagen. Gefördert wird diese Bewegung noch dadurch, daß England mit allen Mitteln versucht, auf die deutsche Valuta einen Druck auszuüben, indem es beispielsweise in Kopenhagen große Posten Marknoten angekauft und diese an den Schweizer Börsen zu weichenden Kursen verkauft hat. Diese Operation war natürlich für die englische Regierung sehr kostspielig und verlustbringend; aber um den erwünschten Zweck zu erreichen, hat England dieses Opfer gern gebracht. Ob in nächster Zeit eine Erholung unserer Valuta eintreten wird, läßt sich gegenwärtig nicht übersehen. Unsere Handelsbilanz wird sich kaum nennenswert verbessern, da wir nicht mehr exportieren können als bisher; es bliebe also nur die Möglichkeit, ausländische Wertpapiere in steigendem Maße abzustoßen, oder auch Auslandsforderungen mit Schatzscheinen zu bezahlen. Den letzteren Weg hat England im Laufe der verflossenen Monate oft genug beschritten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in Deutschland die Ansicht Platz greifen wird, daß dieser Weg durchaus gangbar und zweckentsprechend sei. Dabei handelt es sich übrigens durchaus nicht etwa um ein Problem, das nur während des Krieges der Lösung bedarf; im Gegenteil wird nach Friedensschluß, sobald Deutschland in großem Maßstabe Rohstoffe einzuführen beginnen wird, die Valutafrage von noch weit erheblicherer Bedeutung sein als heute. Mit der Ueberwachung und Kontingentierung der Einfuhr allein ist das Ziel nicht zu erreichen; die Frage des Zahlungsmodus stellt sich vielmehr als eine ernste und schwierige Seite des Problems dar, und ihre Lösung dürfte die verschiedensten Vorschläge zeitigen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß nach Friedensschluß Deutschland sehr leicht die Möglichkeit haben wird, in neutralen Ländern eigene Anleihen unterzubringen, und daß auf diesem Wege bei gleichzeitigem planmäßigen Bestreben, eine Hebung der Ausfuhr herbeizuführen, mit ziemlicher Sicherheit eine schnelle Erholung der deutschen Valuta auf den früheren Stand vor dem Kriege zu erreichen sein wird. Irgendwelche gegenteilige Befürchtungen in dieser Beziehung sind durchaus unbegründet.

An der Börse war in den letzten Tagen der Geschäftsverkehr außerordentlich ruhig, und zwar zum Teil in Erwartung der Kanzlerrede am Dienstag. Ein bemerkenswertes Zeichen bildete es, daß schon einige Tage vorher „Friedenswerte", vor allem Schiffahrtaktien, ausgesprochen feste Haltung zeigten und sich dadurch, sowie durch lebhafte Umsätze von den übrigen Börsengebieten deutlich abhoben. Mit der denkbar größten Spannung sah man den Erklärungen des Reichskanzlers entgegen, und als gegen Schluß der Börse vom Dienstag Einzelheiten über den Inhalt der Rede, über das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten verlauteten, griff eine neue kräftige Aufwärtsbewegung aller Friedenswerte Platz. An der Spitze standen die Aktien der Schiffahrtgesellschaften; ferner zogen Kaliaktien, Kolonialwerte, Orientbahnen, Türkische Tabakaktien sowie einzelne Elektrizitätsaktien internationaler Natur stärker an. Allerdings vollzog sich diese ganze Bewegung, da die Börse infolge kürzlich erlassener Bestimmungen pünktlich um 2 Uhr geschlossen wird, in den letzten Minuten des Verkehrs. Wäre die Börse noch länger geöffnet gewesen, so hätte sich der Eindruck der Rede des Reichskanzlers naturgemäß weit stärker geltend machen können, und der Entwicklung in den nächsten Tagen muß man mit Spannung entgegensehen. In hohem Grade wird dabei die Meinung der Börse selbst als auch der gesamten Oeffentlichkeit über die Aussichten des deutschen Friedensvorschlags mitsprechen. Augenblicklich tastet man gerade in bezug hierauf noch in tiefem Dunkel, und eine Klärung der Lage kann erst das Echo der Kanzlerrede, ihre Aufnahme im feindlichen Auslande und die Antwort der feindlichen Regierungen bringen. Soviel indessen steht fest: weder im einen noch im anderen Falle, weder bei Annahme noch bei Ablehnung des deutschen Friedensangebots wird eine pessimistische Stimmung Platz greifen können. Daß die Wurzeln unseres Wirtschaftslebens kerngesund sind, daß Deutschland in der Lage ist, den Krieg auch noch Jahre hindurch auszuhalten, steht für jeden Kenner der Verhältnisse unzweifelhaft fest. Andererseits ist auch Vorsorge dafür getroffen, daß die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft sich ohne Krisen, ohne ernstliche Störungen vollziehen wird. Läßt man die allgemein menschlichen, sowie die politischen Gesichtspunkte ganz außer Betracht, prüft man die Dinge nur nach der wirtschaftlichen Seite hin, so muß man zu der Ansicht gelangen, daß wir für beide Möglichkeiten — Krieg oder Frieden — voll gerüstet sind, und daß wir allem, was die nächste Zukunft bringen mag, vertrauensvoll und in jeder Beziehung gewappnet entgegensehen können.

Die Zeit
20./XII. 1916
174

## Deutsche Reichsbank.

Berlin, 19. Dezember. (KB)

Im Zusammenhang mit der auf dem Geldmarkt herrschenden Flüssigkeit, die die Rediskontierung von Schatzscheinen fördert, ging bei der Deutschen Reichsbank in der Woche vom 7. bis 15. d. die gesamte Kapitalsanlage um 63·9 Millionen Mark auf 7968·5 Millionen Mark zurück, während sich zur gleichen Zeit des Vorjahres eine Zunahme um 282 Millionen Mark ergab. Der Goldbestand der Reichsbank wuchs um 114.000 Mark. In Wirklichkeit war aber der Goldzufluß weit größer, doch mußten erhebliche Beträge an das neutrale Ausland abgegeben werden. Entsprechend der Zunahme des Darlehensbestandes bei den Darlehenskassen, erhielt die Reichsbank von den Darlehenskassen 50 Millionen Mark in Darlehenskassenscheinen. Wegen der großen Nachfrage nach Zahlungsmitteln mußte demgegenüber die Reichsbank für 86·2 Millionen Mark Darlehenskassenscheine zum erheblichen Teil in kleineren Stücken dem Verkehr übergeben. Außerdem ist der Notenumlauf der Reichsbank um 69·6 Millionen Mark gewachsen, während die Zunahme des Notenumlaufes zur gleichen Zeit des Vorjahres 58 Millionen Mark betrug. Auf dem Konto der fremden Gelder ist eine weitere Abnahme um 128·7 auf 3295 Millionen Mark zu verzeichnen. Von der fünften Kriegsanleihe steht jetzt das endgültige Ergebnis fest. Es beträgt 10.698.994.900 Mark.

Bis zum 15. d. waren auf die fünfte Kriegsanleihe 9682 Millionen Mark, gleich 90·5 Prozent des Zeichnungsergebnisses, voll bezahlt worden. Die Darlehenskassen waren am 15. d. für die Zwecke der Zahlungen auf die fünfte Kriegsanleihe mit 272·2 Millionen Mark, gleich 2·81 Prozent des voll bezahlten Anleihewertes, in Anspruch genommen worden.

Nachstehend der detaillierte Ausweis:

Ausweis vom 15. Dezember.

| | Mark Stand | | Differenz |
|---|---|---|---|
| **Aktiva:** | | | |
| Metallbestand an kursfähigem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet ... | 2.535,414.000 | + | 308.000 |
| Darunter Gold ..... | 2.518,873.000 | + | 114.000 |
| Reichs- und Darlehenskassenscheine ..... | 228,101.000 | — | 35,973.000 |
| Andere Banknoten ..... | 7,941.000 | + | 2,502.000 |
| Wechsel, Scheck und diskontierte Schatzanweisungen ..... | 7.887,763.000 | — | 63,121.000 |
| Lombard-Forderungen ..... | 12,881.000 | + | 1,823.000 |
| Effekten ..... | 88,141.000 | — | 2,120.000 |
| Sonstige Aktiva ..... | 758,105.000 | + | 82,481.000 |
| **Passiva:** | | | |
| Grundkapital ..... | 180,000.000 | | unverändert |
| Reservefonds ..... | 85,471.000 | | unverändert |
| Notenumlauf ..... | 7.471,523.000 | + | 69,639.000 |
| Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten ..... | 3.294,978.000 | — | 128,687.000 |
| Sonstige Passiva ..... | 466,121.000 | + | 44,453.000 |

## Russische Staatsbank.

Petersburg, 14. Dezember. (KB)

Ausweis der Russischen Staatsbank (in Millionen Rubel):

Aktiva: Bestand an Gold 1473·4, Gold im Ausland 149·9, Silber- und Scheidemünzen 111·0, Wechsel 258·5, kurzfristige Schatzscheine 6185·1, Vorschüsse, sichergestellt durch Wertpapiere, 529·2, Vorschüsse, sichergestellt durch Waren, 45·1, Vorschüsse an Anstalten des kleinen Kredits 45·5, Vorschüsse an Landwirte 18·4, Vorschüsse an Industrielle 7·0, Guthaben bei den Filialen der Bank 306·6.

Passiva: Betrag der umlaufenden Noten 8383·4, Bankkapital 55·0, Einlagen 16·8, laufende Rechnung des Staatsschatzes 210·1, laufende Rechnung der Privaten 1571·7.

Pester Lloyd 21./XII. 1916

176

# Die Russische Reichsbank im Kriege.

Budapest, 20. Dezember.

Von allen Notenbanken der kriegführenden Länder ist keine durch den Krieg so in Mitleidenschaft gezogen, wie die Russische Reichsbank. Dies hängt einmal zusammen mit der Tatsache, daß sie als reine Staatsbank in erster Linie die russische Kriegsfinanzierung zu übernehmen hatte, zum anderen aber zeigte es sich, daß sie bei Durchführung dieser Aufgabe infolge des Darniederliegens des russischen Wirtschaftslebens, der Zurückhaltung der russischen Privatbanken und der Unzulänglichkeit des russischen Kapitalmarktes nicht die genügende Unterstützung fand. Die zahlreich aufgelegten russischen Kriegsanleihen konnten den erhofften Erfolg nur auf dem Papier aufweisen, in Wirklichkeit aber trugen sie nicht zu einer wesentlichen Entlastung der Bank bei. Während die Deutsche Reichsbank und die Bank von England ihre Hauptaufgabe in der Vermittlung der erforderlichen Kriegskredite suchten, war die Russische Reichsbank in noch höherem Maße als die Bank von Frankreich die alleinige Stütze der Staatsfinanzen, die Kreditquelle des Staates, indem sie dem Staat die auf dem Anleihewege nicht aufzubringenden Mittel zur Fortsetzung des Krieges durch schrankenlose Ausgabe von Noten vorstreckte.

In ihrem Jahresbericht von 1915 betont sie selbst, daß die Kriegsereignisse eine durchgreifende Aenderung ihrer Banktätigkeit verursacht haben. Um dem Staat die zur Bestreitung der Kriegsausgaben notwendigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen, hat sie nicht nur kurzfristige Schatzwechsel diskontiert und bei der Unterbringung der Kriegsanleihen mitgewirkt, sondern auch von den im Jahre 1915 aufgelegten inneren Anleihen zwei Fünftel des Anleihebetrages, nämlich $2^1/_2$ Milliarden Rubel, selbst übernommen. Wie Petersburger Blättern zu entnehmen ist, äußerte sich der russische Finanzminister Bark seinerzeit über die Mitwirkung der Bank bei der Kriegsfinanzierung wie folgt: „Ungeachtet der größeren Anleiheerfolge und der bedeutenden Aufnahmefähigkeit des russischen Marktes geht die Placierung der Kriegsanleihen verhältnismäßig langsam und nur stufenweise vonstatten. Die Folge davon ist, daß ein großer Teil der Kredite auf verschiedenen Konten der Staatsbank erscheint." Das Lombardkonto der Bank hat seit dem Kriege durch Beleihungen von Kriegsanleihen eine Zunahme von 366 auf 629 Milliarden Rubel erfahren und die Anlage in kurzfristigen Schatzwechseln ist in der gleichen Zeit bereits auf die enorme Summe von 6202 Millionen Rubel angewachsen. In gleicher Weise hat auch der Notenumlauf eine Zunahme erfahren, wie sie bisher in der Geschichte der Notenbanken noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Vor Ausbruch des Krieges betrug der Notenumlauf 1633 Millionen Rubel, nach dem letzten Ausweis sind mehr als acht Milliarden Rubel an Banknoten im Verkehr, so daß der Notenumlauf fast auf das Fünffache des Friedensstandes angewachsen ist, während die Golddeckung der Noten gleichzeitig von 98 Prozent auf 19·4 Prozent gesunken ist. Um diese starke Notenvermehrung mit den Statuten der Bank in Einklang zu bringen, mußte die zulässige Höchstausgabe von Banknoten ohne Golddeckung, die vor dem Kriege 300 Millionen Rubel betragen hatte, nach und nach bis auf 5500 Millionen erhöht werden. Die letzte Erhöhung um 2000 Millionen Rubel mußte im September 1916 durch den Zar auf dem Wege einer Notverordnung vorgenommen werden, da die Reichsduma ihre Sitzungen noch nicht wieder aufgenommen hatte. Bezeichnend ist, daß der russische Finanzminister in noch weit stärkerem Maße die russische Reichsbank in den Dienst der Kriegsfinanzierung stellen wollte. Im Februar dieses Jahres hatte er einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem die von der Staatsbank diskontierten kurzfristigen Schatzwechsel gleichwertig mit dem Goldbestand als gesetzliche Notdeckung betrachtet werden sollten. Gegen diesen Plan, der eine vollständige Verwässerung des Notenumlaufs zur Folge gehabt hätte, erhob sich in Rußland selbst der schärfste Widerspruch. So schrieb die Rußkija Wjedomosti: „Es ist leicht zu erkennen, daß dieser Vorschlag im Wesen darauf hinausläuft, die Bank von allen irgendwie gearteten Beschränkungen in bezug auf die Ausgabe von Noten zu befreien und dem Finanzministerium vollständige Handlungsfreiheit bei der Benutzung des Papiergeldapparates zu gewähren." Auch der bekannte russische Nationalökonom Tugan-Baranowski unterwarf den Gesetzentwurf einer scharfen Kritik, indem er in der Rjetsch (Nr. 48 vom 18. Februar 1916) schrieb: „Die Ueberfüllung des russischen Geldmarktes mit nicht einlösbaren Papierzeichen bedeutet ein großes wirtschaftliches Unglück, dessen Folgen sich in der nächsten wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes verhängnisvoll bemerkbar machen können." Wenn auch der obige Vorschlag des Finanzministers, der in der Geschichte des Notenbankwesens einzig dasteht, von der Reichsduma abgelehnt worden ist, so ist damit nicht gesagt, daß die Notenausgabe nun auf gesunder Grundlage stehe. Im Gegenteil bleibt die Notenausgabe allein schon durch ihre abnorme Höhe eine große Gefahr für die russische Kriegsfinanzierung. Aber auch die Art der Notendeckung ist nicht einwandfrei. In Rußland rechnet man die „Auslandsguthaben", die während des Krieges von 140 Millionen Rubel auf 2055 Millionen Rubel angewachsen sind, bei der Berechnung der Golddeckung mit zu dem Goldbestand. Diese Auslandsguthaben sind wahrscheinlich nichts anderes, als eine Forderung auf Gold, die, wie der russische Finanzminister Bark selbst zugibt, in der Hauptsache von England zur Bezahlung von Kriegsbestellung eröffnete Kredite darstellt. Eine Heranziehung dieses Postens, der den Betrag des tatsächlichen Goldbestandes bereits um fast 30 Prozent übersteigt, als Bardeckung der Noten ist selbst nach Ansicht der Nowoje Wremja (vom 5. August 1916) im Grunde unrichtig.

Eine weitere Verschlechterung des Standes der Russischen Reichsbank ist durch die Goldabgabe an die Bank von England erfolgt. Auch der Status der Bank von Frankreich ist bekanntlich aus dem gleichen Grunde ungünstig beeinflußt worden. Ihren Ausdruck findet diese ungünstige Entwicklung in den ausgewiesenen Goldbeständen. Der Goldvorrat der Bank von Frankreich stellte sich nach dem letzten Ausweis (30. November l. J.) um 376·7 Millionen Francs niedriger als vor dem Kriege (30. Juli 1914), der der Russischen Reichsbank am 29. November 1916 um 136·8 Millionen Rubel niedriger als am 29. Juli 1914.

Da bei einer Durchführung neuer Kreditoperationen der Status der Russischen Reichsbank wahrscheinlich ebenso wenig eine Entlastung erfahren wird wie bei den bisherigen Anleiheoperationen, bleibt für die russische Finanzverwaltung als letzter Ausweg nur die Möglichkeit, von neuem im Gesetzgebungswege das Recht der Staatsbank zur Ausgabe von Noten ohne Golddeckung zu erweitern. Hiedurch aber werden die Gefahren, die dem russischen System der Kriegsfinanzierung schon bisher anhafteten, sich noch weiter verschärfen, und es ist schließlich nur eine Frage der Zeit, wann dieses künstliche Kreditgebäude in sich zusammenstürzen muß.

Die Zeit
23./XII. 1916


# Finanzminister a. D. Freiherr von Engel über staatsfinanzielle Fragen.

In der Gesellschaft für christliche Soziologie hielt der gewesene Finanzminister Freiherr von Engel am 8. und 20. d. zwei Vorträge über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Oesterreichs.

In seinem ersten einleitenden Vortrag trat Freiherr v. Engel für rechtzeitige Vorbereitung der Friedenswirtschaft ein durch Einsetzung einer Kommission für die Uebergangswirtschaft nach deutschem Muster und behandelte eingehend verschiedene staatsfinanzielle Fragen, wie die Valutafrage, die Frage der Bedeckung der Kriegskosten und insbesondere Fragen des Budgets. Der Vortragende betonte während seiner Ausführungen über die einzelnen Fragen die unbedingte Notwendigkeit der Mitwirkung des Parlaments. Nur dann werden die schweren Lasten von der Bevölkerung erträglich gefunden werden, wenn sie durch ihre berufenen Vertreter bei der Realisierung mitwirken wird.

In seinem zweiten Vortrag behandelte Freiherr v. Engel die Kriegssteuern, und zwar in erster Linie die Kriegsgewinnsteuer. Diese entspreche nicht ihrem Namen, da sie nicht ausschließlich und in angemessener Weise die aus der Kriegskonjunktur und durch den Krieg gewonnenen Erträgnisse treffe. Steuertechnisch und finanztechnisch sei diese Steuer in ihrer gegenwärtigen Struktur nicht einwandfrei und weise auch Mängel in der Handhabung und Durchführung auf. Er betonte sohin die Notwendigkeit einer zeitlichen Erstreckung und einer gleichzeitigen entsprechenden Reform und Ausgestaltung dieser Steuer. Es müsse der Begriff des wirklichen Kriegsgewinnes festgehalten und abgegrenzt und eine entsprechende Differenzierung der Besteuerung nach der Art des Einnahmszuwachses ermöglicht werden, damit jene Einnahmsvermehrung, die auf der Kriegskonjunktur beruht und aus Kriegsgewinnen hervorgeht, einer anderen Steuerbehandlung unterzogen werde als die Einnahmenstärkungen, die auf Ersparungen und Einschränkungen bei unveränderten oder sogar verringerten Einnahmsmöglichkeiten zurückzuführen sind. Die Reform dürfe nicht etwa auf eine mechanische Erhöhung der Sätze hinauslaufen, sondern müsse eine individualisierende und spezialisierende Behandlung ermöglichen.

Der Vortragende geht hierauf auf die Erörterung der bei den direkten Steuern eingeführten Kriegszuschläge über und legt die Nachteile dar, die sich aus der Einführung so bedeutender Zuschläge und aus der hierdurch bewirkten Verschärfung der den verschiedenen Steuergattungen anhaftenden Mängel und Unvollkommenheiten ergeben. Es müsse jedoch die systemale Aenderung und Ausgestaltung unseres Steuersystems, soweit sie notwendig ist, der Zukunft vorbehalten werden.

Der Vortragende behandelte dann die Frage der zu verschärfenden Kontrolle der Fassionen durch Androhung eines strengeren Strafverfahrens und durch eine schärfere inquisitorische Ausgestaltung des Steuerveranlagungsverfahrens. Er spricht sich dafür aus, daß mit Rücksicht auf die im Jahre 1914 gepflogenen parlamentarischen Verhandlungen diese Angelegenheit der Beschlußfassung der Volksvertretung zu unterziehen und daß die notwendigen Voraussetzungen vorerst zu schaffen wären.

Freiherr v. Engel ging sodann in eine eingehende Erörterung des künftigen Friedensbudgets ein und trat hinsichtlich der bestehenden Auslagen zunächst für die Ausscheidung jener ein, die nicht einem tatsächlichen staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnis entsprechen; ferner für die Entlastung des Ausgabenbudgets durch eine Reform, Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, die sich auf eine Aenderung des Wesens, des Geistes und des Prinzips der Verwaltung, nicht bloß aber auf den Verwaltungsapparat und dessen technischen Vereinfachungen beziehen dürfe. Als einen dritten wichtigen Gesichtspunkt für die Entlastung des Ausgabenetats fordert dann der Vortragende die Fürsorge für eine angemessene Verteilung der notwendigen Ausgaben auf einen entsprechend langen Zeitraum, um dadurch das jährliche Erfordernis herabzumindern und dessen Bestreitung aus den budgetär erreichbaren Mitteln zu ermöglichen.

Er wies auf die große Bedeutung dieses Mittels in allen Erfordernisbelangen hin, insbesondere aber auch bezüglich der Amortisationen und Abstoßung der Staatsschulden.

Der Vortragende behandelte sodann eingehend die Frage der staatlichen Einnahmen und verwies auf die budgetären Reserven sowie auf die Reformfähigkeit einzelner Steuergattungen. Eine erhebliche Vermehrung der Staatseinnahmen sei durch eine Vermehrung und Intensivierung der staatlichen Betriebe und durch die Einführung von Zwangssyndikaten mit staatlicher Betätigung möglich, und zwar kommen hierbei insbesondere Eisen, Kohle, Zucker, Spiritus, Rohöl und seine Derivate, Munition und Armierung, Stickstoff, Elektrizität und Versicherungswesen in Betracht. Auch die Getreideproduktion müsse herangezogen und deren regelmäßiger Umsatz dem staatlichen Interesse dienstbar gemacht werden.

Die Ausführungen des Freiherrn v. Engel wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Reichspost

Abendbl. 23./XII. 1916



# Finanzminister a. D. Freiherr von Engel über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Oesterreichs.

Wie wir bereits berichtet haben, hielt Finanzminister a. D. Freiherr v. Engel am 20. d. in der Gesellschaft für christliche Soziologie den zweiten Teil seines Vortrages „Betrachtungen über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Oesterreichs".

Freiherr v. Engel knüpft an die Ausführungen seines kürzlich gehaltenen Vortrages, in dem u. a. von der Wiederaufrichtung des Mittelstandes und der Mitarbeit des Parlamentes bei der Durchführung der kommenden finanziellen Maßnahmen die Rede war, an und bespricht zunächst noch einzelne bereits getroffene finanzielle Maßnahmen, und zwar in erster Linie die Kriegsgewinnsteuer. Diese entspreche nicht ihrem Namen, da sie nicht ausschließlich und in angemessener Weise die aus der Kriegskonjunktur und durch den Krieg gewonnenen Erträgnisse treffe. Steuertechnisch und finanztechnisch sei diese Steuer in ihrer gegenwärtigen Struktur nicht einwandfrei und weise auch Mängel in der Handhabung und Durchführung auf, welche schon in der Publizistik zur Sprache gekommen sind. Der Vortragende berührt die Gründe und Anlässe, welche zur Wahl dieser Steuer geführt haben und erörtert die Unterschiede, die in der Besteuerung der einzelnen Personen einerseits und der größeren Unternehmungen und Gesellschaften anderseits bestehen. Die günstigere Behandlung der letzteren in verschiedenen Belangen wurde hiebei dargelegt. Er betonte sohin die Notwendigkeit einer zeitlichen Erstreckung und einer gleichzeitigen entsprechenden Reform und Ausgestaltung dieser Steuer. Es müsse der Begriff des wirklichen Kriegsgewinnes festgehalten und abgegrenzt und eine entsprechende Differenzierung der Besteuerung nach der Art des Einnahms-Zuwachses ermöglicht werden, damit jene Einnahmsvermehrung, welche auf der Kriegskonjunktur beruht und aus Kriegsgewinnen hervorgeht, einer anderen Steuerbehandlung unterzogen werde als die Einnahmenstärkungen, welche auf Ersparungen und Einschränkungen bei unveränderten oder sogar verringerten Einnahmsmöglichkeiten zurückzuführen sind. Die Reform dürfe nicht etwa auf eine mechanische Erhöhung der Sätze hinauslaufen, sondern müsse eine individualisierende und spezialisierende Behandlung ermöglichen, wobei die Gesichtspunkte, die bei der Veranlagung und Abstufung der Steuersätze zu berücksichtigen wären, im einzelnen dargelegt werden. Der Vortragende wies auch des näheren nach, durch welche Mittel die praktische Durchführung der Individualisierung und Differenzierung ermöglicht werden kann und reflektiert unter Betonung der notwendigen Wahrung des Gesichtspunktes der Gerechtigkeit, Leistungsfähigkeit und Einnahmssteigerung auf den Einwand, daß außerordentlichen geschäftlichen Leistungen auch ein außerordentlicher Verdienst entsprechen müßte und bemerkte, daß hier durch das staatsfinanzielle Interesse eine Schranke gezogen sei. Der Vortragende geht hierauf auf die Erörterung der bei den direkten Steuern eingeführten Kriegszuschläge über und erklärte die Tatsache, weshalb sie auf diese Zuschläge beschränkt wurden, indem er auf die Bedenken hinwies, präjudizierende einschneidende Systemänderungen ohne Mitwirkung der Reichsvertretung vorzunehmen, ferner auf das Risiko, das sich aus den gegenwärtig schwankenden wirtschaftlichen Verhältnissen und aus der Ungewißheit der Zukunft ergeben hätte, endlich auf den Mangel eines ausreichenden Apparates mit den für neue organisatorische Maßnahmen notwendigen geschulten Arbeitskräften, sowie auf die Kosten, welche die Schaffung neuer technischer Voraussetzungen und Grundlagen erfordert hätten. Der Vortragende unterließ es auch nicht, die Nachteile darzulegen, welche sich aus der Einführung so bedeutender Zuschläge und aus der hiedurch bewirkten Verschärfung der den verschiedenen Steuergattungen anhaftenden Mängel und Unvollkommenheiten ergeben. Es müsse jedoch die systemale Aenderung und Ausgestaltung unseres Steuersystems, soweit sie notwendig ist, der Zukunft vorbehalten werden.

In diesem Zusammenhange besprach der Vortragende weiters eine Reihe von Bestimmungen, welche in unseren Steuervorschriften bereits gegenwärtig ohne weitgehende Vorbereitung oder systemale Aenderungen aufgenommen werden konnten, wie insbesondere eine entsprechende Differenzierung der Einnahmsbesteuerung ebenfalls nach Maßgabe des Umstandes, woher die Einnahmen stammen, sowie die Abschaffung der sogenannten Quellentheorie bei der Einnahmen-Steuerveranlagung unter Hinweis auf den im preußischen Landtage gefaßten konformen Beschluß und die darüber abgeführte Diskussion. Der Vortragende behandelte dann die bereits in der Oeffentlichkeit zur Sprache gebrachten Frage der zu verschärfenden Kontrolle der Fassionen durch Androhung eines strengeren Strafverfahrens und durch eine schärfere inquisitorische Ausgestaltung des Steuerveranlagungsverfahrens. Er spricht sich dafür aus, daß mit Rücksicht auf die im Jahre 1914 gepflogenen parlamentarischen Verhandlungen diese Angelegenheit der Beschlußfassung der Volksvertretung zu unterziehen, und daß die notwendigen Voraussetzungen vorerst zu schaffen wären. Diese liegen in der einheitlichen Gestaltung der Steuerverwaltung, in der einheitlichen Ausbildung und Instruktion der Steuerorgane sowie deren ständige Kontrolle und Inspizierung, ferner in der Sicherung eines gleichmäßigen, durch einen entsprechend ausgebildeten Apparat gesicherten Vorgang bei der Veranlagung, bei der Erfassung des Einkommens nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit und nach dem tatsächlichen, nicht bloß errechneten Ertrag und bei der Handhabung der Steuervorschriften. Denn nur dadurch werde eine bedenkliche Prägravierung einzelner Klassen der Steuerträger und einzelner Kronländer, bzw. Städte vermieden. Nachdem der Vortragende noch einige Ertragsverbesserungen an den bestehenden Steuern, welche wie bei den Kriegszuschlägen bei der Erbsteuer, bei der Biersteuer ohne Systemaländerung bewirkt werden konnten, streifte, ging er in die Erörterung der weiter zu treffenden finanziellen Maßnahmen über, pflichtete der Forderung der Aufstellung eines Finanzplanes bei, welchem jedoch ein genügender und richtiger Inhalt gegeben werden müsse und bei welchem die Fehler der bisherigen zu vermeiden sein werden. Diese bestünden hauptsächlich darin, daß nicht das Ganze der Staatswirtschaft erfaßt, nicht die in den bestehenden Einnahmsquellen liegende Kraft der Entwicklung und natürlichen Ausbreitung berücksichtigt und daß der Zusammenhang zwischen der Schaffung neuer Einnahmsquellen und der Schaffung der hiezu nötigen wirtschaftlichen Voraussetzungen unbeachtet blieb. Er wies darauf hin, daß die Aufstellung eines Finanzplanes nicht bloß Sache der Steuerpolitik, sondern auch der Finanz-, Budget- und Finanzpolitik sei, und daß man die Soll- und Habenkonti unseres Staatshaushaltes im Ganzen einer Ueberprüfung unterziehen müsse. Bevor man an die Erörterung der neu hinzukommenden schreite, müsse aber das Bestehende genau untersucht werden. Nun wurde zunächst die Sollseite, der Ausgabenetat, einer eingehenden Besprechung unterzogen, indem von dem letzten Rechnungsabschluß 1913 das auch das letzte Friedensjahr war, als Grundlage ausgegangen wurde. Hinsichtlich der bestehenden Auslagen trat der Vortragende zunächst für die Ausscheidung jener ein, welche nicht einem tatsächlichen staatlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse entsprechen!

Ferner für die Entlastung des Ausgabenbudgets durch eine Reform, Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, welche jedoch nicht auf Grund eines von außen her aufgestellten Reformprogrammes oktroiert werden dürfe, sondern von innen heraus aus den einzelnen Verwaltungszweigen selbst hervorgehen müsse und sich auf eine Aenderung des Wesens, des Geistes und des Prinzipes der Verwaltung, nicht bloß aber auf den Verwaltungsapparat und dessen technischen Vereinfachungen beziehen dürfe. Nur auf diese Weise wird das Bestreben, den Verwaltungsapparat fortwährend auszudehnen und neue, nicht notwendige Arbeiten zu schaffen, wirksam unterbunden und die passive Resistenz, welche gegen mechanische Personalreduktionen und Aufhebung von Aemtern und Anstalten geübt wird, beseitigt. Außerdem müssen aber auch sofort wirkende Verfügungen getroffen werden, welche der durch den Krieg geschaffenen Erkenntnis Rechnung tragen, daß man auch für die gegenwärtigen Einrichtungen mit viel weniger Personal auslangen und die bestehende systematische Hypertrophie an Arbeitskräften beseitige. Weniger, aber entsprechend ausgebildete und geschulte, demgemäß auch honorierte Arbeitskräfte, ausgestattet mit der notwendigen Befugnis, aber auch belastet mit der erforderlichen Verantwortlichkeit müsse der leitende Grundsatz werden. Als einen dritten wichtigen Gesichtspunkt für die Entlastung des Ausgabenetats fordert dann der Vortragende die Fürsorge für eine angemessene Verteilung der notwendigen Ausgaben auf einen entsprechend langen Zeitraum, um dadurch das jährliche Erfordernis herabzumindern und dessen Bestreitung aus dem budgetär erreichbaren Mitteln zu ermöglichen. Er wies auf die große Bedeutung dieses Mittels in allen Erfordernisbelangen hin, insbesondere aber auch bezüglich der Amortisationen und Abstoßung der Staatsschulden.

Wenn auch durch die Anwendung aller dieser Gesichtspunkte eine sehr weitgehende Herabminderung der gegenwärtigen Belastung des Sollkontos erzielt würde, so sei doch das ziffernmäßige Ausmaß nicht so leicht festzustellen. Rücksichtlich der neu hinzukommenden Auslagen, welche insbesondere die Kriegswirtschaft bewirkt, empfiehlt der Vortragende die Anwendung ähnlicher Grundsätze wie bei der Behandlung der bereits vorhandenen Anforderungen. Hinsichtlich der Frage nach der ziffernmäßigen Höhe der künftigen Anforderungen machte der Vortragende auf den Mangel jeder verläßlichen, über bloße Vermutungen hinausgehenden Basis aufmerksam. Bezüglich der Zölle bemerkt der Vortragende, daß hier nicht viel für die staatsfinanzielle Retablierung wird gewonnen werden können, da auf unbedingt notwendige Einfuhrartikel voraussichtlich kein Zoll gelegt werden könne. Es müsse auch unsere Handels- und Wirtschaftspolitik das Ziel verfolgen, möglichst viel zu exportieren und möglichst wenig zu importieren. Schließlich kam der Vortragende noch auf die Erträgnisse aus den Staatsbetrieben und auch auf die Vermehrung der staatlichen Betriebe zu sprechen. Er will eine finanzielle Beteiligung des Staates an großen und einträglichen Unternehmungen, so z. B. am Bergbau und an der Rohöl-, Spiritus- und Elektrizitätsindustrie. Redner zog aus seinen Darlegungen den Schluß, daß hinsichtlich des finanziellen Wiederaufbaues ein übertriebener Pessimismus nicht am Platze sei. Den Ausführungen des Vortragenden folgte anhaltender Beifall. Nach den Dankesworten des Vizepräsidenten Dr. Swoboda entschied sich die Versammlung dahin, daß die Debatte über diesen Vortrag am Mittwoch den 27. d. stattzufinden habe.

Die Zeit

24./XII. 1916



# Der Weg nach dem Osten.

Vom Geheimen Rat Leo Lanczy,
Mitglied des Magnatenhauses, Direktionspräsident der Pester Ungarischen Kommerzialbank.

An die Gründungen der sogenannten „Balkan-Bankgruppen" hat man in der großen Oeffentlichkeit zahlreiche Hoffnungen geknüpft und vielfach die Erwartung ausgesprochen, daß nun rasch und tatkräftig eine wirtschaftliche Durchdringung des Orients erfolgen werde, insbesondere die Türkei in den ökonomischen Interessenkreis der österreichisch-ungarischen Monarchie gezogen werden dürfte. Es hat dabei auch an herber Kritik nicht gefehlt, und man warf den finanziellen Faktoren vor, daß sie viel zu spät die Wichtigkeit des Weges nach dem Osten erkannten, der, insofern er beschritten wird, angeblich sofort faßbare enorme materielle Erfolge im Gefolge haben müßte.

Vor tönenden Schlagworten im wirtschaftlichen Leben kann man nicht oft genug warnen. Deshalb ist auch eine Ueberschätzung der zu erwartenden Erfolge aller neuen Balkan-Bankgruppen nicht am Platze, wenngleich der offene Weg nach dem Osten eingeschlagen und allen Vorteilen nachgestrebt werden soll, die hier zu erlangen sind. Jedoch sei gleich bemerkt, daß diese Vorteile nicht allzu hoch in Anschlag gebracht werden dürfen, zumal jetzt noch nicht, wo der Krieg jede Entwicklung des Außenhandels überaus erschwert. Gewiß war es immer ein Ziel „des Schweißes der Edelsten wert", wirtschaftliche Verbindungen zwischen Oesterreich-Ungarn und den Balkanstaaten anzubahnen, und die maßgebenden Finanzkräfte Oesterreich-Ungarns sind seit vielen Jahren bemüht, in diesem Sinne zu wirken. Ihre diesbezügliche Tätigkeit hat da und dort nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Nutzen gebracht. Vielleicht sind es die wirtschaftlichen Pioniere gewesen, die unseren Diplomaten vorarbeiteten oder im Verein mit diesen den Boden pflügten, aus dem dann das politisch-militärische Bündnis mit Bulgarien und der Türkei emporwachsen konnte.

In Bulgarien fand die finanziell-wirtschaftliche Tätigkeit Oesterreich-Ungarns freundliche Aufnahme und werktätige Unterstützung schon vor dem grausamen Weltkrieg. In der Türkei zeigten sich ebenfalls Ansätze einer finanziell-wirtschaftlichen Kooperation. In Serbien, Rumänien und Griechenland kam es gleichfalls zu manchen geschäftlichen Transaktionen, die Aussicht auf weitere Ausgestaltungen eröffneten. Daß der Krieg all diese Verbindungen unterbrach, bedarf keiner Erklärung. Auch darüber braucht nicht gesprochen zu werden, daß während der Kriegsdauer eine Wiederanknüpfung der abgerissenen Fäden schwer möglich wäre. Wie sich nach dem Kriege die Situation gestalten wird, darüber können füglich nur Kombinationen geäußert werden, in manchen Fällen sind nicht einmal Mutmaßungen statthaft, denn niemand kann heute sagen, welches Ende der Weltkrieg politisch und wirtschaftlich haben wird und in welcher Form Serbien, Rumänien und Griechenland nach Abschluß des Friedens sich präsentieren werden.

So viel aber ist schon heute gewiß, daß Oesterreich-Ungarn keine leichte Aufgabe haben wird, um sich eine feste und einflußreiche Position auf dem Balkan zu erwerben. Ein großes Hindernis ist da unsere Valuta, die in der Kriegszeit, leider, sehr gelitten hat, und deren Verbesserung eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben der Staatsverwaltungen sein müßte. Mit einer schlechten Valuta ist der Import von Waren aus dem Ausland naturgemäß ungemein kostspielig und daher wenig nutzbringend; die Ansicht aber, daß durch das Disagio ein Export von Waren ins Ausland vorteilhaft wäre, ist irrig, denn nur zu bald wirkt das Disagio auf das Inland zurück und die Entwertung des Geldes erhöht die Erzeugungskosten, was wieder unseren Wettkampf erschwert. Und mit Konkurrenten [illegible], haben wir zu rechnen. Daß Deutschland stark, zielbewußt und energisch wie immer bestrebt sein wird, den Balkan finanziell und wirtschaftlich für sich zu gewinnen, ist gar keine Frage. Aber auch die Ententemächte, vor allem England und Frankreich, die seit jeher im Orient große Interessen hatten, werden Oesterreich-Ungarn alle möglichen Hindernisse in den Weg legen wollen. Allerdings sind jetzt, dank den Triumphen unserer Armee, die politischen Sympathien auf unserer Seite, und wir dürfen hoffen, daß auch die österreichisch-ungarische Diplomatie, durch die Erfahrungen des Krieges neuerdings belehrt, die Tätigkeit der wirtschaftlichen Kräfte auf dem Balkan mit mehr Nachdruck unterstützen wird als ehedem.

Doch ganz imposante Erfolge sind vorerst nicht zu erhoffen. Es werden ernste Anstrengungen vonnöten sein, um die alten Verbindungen wiederherzustellen, denn nicht nur die Valutaschwierigkeiten sind in Betracht zu ziehen, sondern auch die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen nationalökonomischen Verhältnisse aller jener Balkanstaaten, die sich seit vielen Jahren in fürchterlichen Kämpfen erschöpfen und verhältnismäßig noch mehr zu leiden hatten als die übrigen Völker Europas. Der Friede, den alle Länder und Nationen ersehnen, wird sicherlich auch den Balkanstaaten und den uns am nächsten stehenden Ländern, der Türkei und Bulgarien, Segen bringen, und nach der Vernarbung der Wunden kann die wirtschaftliche Tätigkeit auf allen Linien aufgenommen werden. Hoffentlich wird der volle Sieg der Mittelmächte das Prestige Oesterreich-Ungarns im Orient noch wesentlich erhöhen, aber damit allein können wir uns nicht begnügen. Wir müssen trachten, unsere militärischen und politischen Erfolge wirtschaftlich auszubeuten. Leicht ist diese Aufgabe, wie schon erwähnt, durchaus nicht, aber die Schwierigkeiten dürfen uns nicht zu Kleinmut führen und nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil. Mit verdoppelter Kraft und Energie müssen wir trachten, den Weg nach dem Osten für Oesterreich-Ungarn gangbar zu machen, und wenn auch noch nicht für die nächste Gegenwart, so doch für die nächste Zukunft uns neue Export- und Importgebiete zu eröffnen. Vor allzu sanguinischen Hoffnungen freilich müssen wir uns hüten, denn die wirtschaftliche Rechnung kann nur mit Nutzen für uns schließen, wenn wir alle Möglichkeiten in Kombination ziehen, uns vom Phrasenschwall nicht fortreißen lassen, sondern ruhig, gewissenhaft und stark jenen Zielen zustreben, die uns unsere Stellung in Mitteleuropa vorschreibt.

Die Zeit 24./XII. 1916



— (Die Banken im Jahre 1916.) Wie das gesamte Wirtschaftsleben, stand im abgelaufenen Geschäftsjahre auch der bankgeschäftliche Betrieb vollständig unter dem Einfluß jener Veränderungen, die durch den nun 2½jährigen Kriegszustand hervorgerufen wurden. Während früher die Befriedigung der kommerziellen Bedürfnisse der Kundschaft der ausgedehnteste und lohnendste Teil des Bankgeschäftes war, ist dieser Geschäftszweig aus wiederholt erörterten Gründen auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft, und zu den seltsamsten Besuchern in den Bankbureaus gehören heute Kaufleute und Industrielle, die als Kreditwerber auftreten. Direkt und indirekt arbeitet nahezu die gesamte Industrie für die Heeresverwaltung, erhält für die abgelieferten Erzeugnisse prompte Bezahlung, und so wird in den meisten Fällen aus dem Schuldner ein Kreditor, der teils seine flüssigen Mittel bei der Bank einlegt, teils in fest verzinslichen Werten oder in Papieren mit spekulativem Einschlag anlegt. Ein ungeahntes Anwachsen der Einlagen, steigende Kassenbestände drücken auf den Zinsfuß, und während früher die Hauptsorge in der Beschaffung der für die Kundschaft erforderlichen Mittel bestand, müssen heute die Leiter der Bankgeschäfte ihr Hauptaugenmerk der Unterbringung der ständig wachsenden Einlagen und der im Zusammenhang damit stehenden großen Barbestände zuwenden. Mit der geringeren Verwendungsmöglichkeit der Barmittel hängt naturgemäß ein Rückgang der Zinsenerträgnisse zusammen, weil an Stelle der normalen Geschäftsdebitoren hauptsächlich Schuldner treten, bei denen nur geringere Zinssätze zu erzielen sind, als dies in gewöhnlichen Zeitläuften der Fall war. Das Devisengeschäft, in früheren Zeiten durch Export und Import reichlich alimentiert, ist durch die zu Jahresbeginn geschaffene Devisenzentrale in einer Hand konzentriert und durch die Unterbindung des Handelsverkehrs auf ein Mindestmaß reduziert. Als Ertragsquelle kommt es daher für die Banken kaum mehr in Betracht. Der Trattenumlauf, der bei den großen Instituten einen namhaften Umfang hatte und durch seine Provisionen die Bilanzerträgnisse reichlich alimentierte, hat nahezu vollständig aufgehört, weil Kredite derzeit nur in barem Gelde und nicht in Form von Tratten gewährt werden. Auch das Eskomptegeschäft wirft keinen nennenswerten Ertrag mehr ab, weil in allen maßgebenden Branchen an Stelle der langfristigen Warenkredite Kassekonditionen in Kraft getreten sind. Günstiger lagen die Verhältnisse im Effektengeschäft, da dieser Geschäftszweig nahezu das ganze Jahr hindurch eine Lebhaftigkeit zeigte, die man in den ersten Kriegsmonaten nicht für denkbar gehalten hätte. Auch die Emissionstätigkeit war recht lebhaft, denn die starke Nachfrage nach Effekten ermöglichte es den Banken, Abverkäufe ihrer alten Bestände vorzunehmen. Zudem wurde eine Reihe von Aktien verschiedener Gesellschaften, die hauptsächlich mit Kriegslieferungen bedacht waren, emissionsreif, und im Kreise der eigenen Kundschaft und auch in weiteren Kreisen mit Nutzen untergebracht. Auch die große Zahl von Kapitalserhöhungen von Industriegesellschaften — Transaktionen, deren sachliche Berechtigung in vielen Fällen näher zu untersuchen wäre — bot zu reichlicher Betätigung Anlaß. Erfolgreich haben die Banken bei den im ablaufenden Geschäftsjahre zur Subskription aufgelegten Kriegsanleihen mitgewirkt, und bei diesem Anlaß hat sich die Organisation der Institute glänzend bewährt. Der günstigen Entwicklung der Erträgnisse steht ein abnormes Anwachsen der Regieauslagen gegenüber, die andauernd die Tendenz haben, weiter zu steigen und einen Großteil der Gewinne aufzuzehren; ein unaufhaltsamer Prozeß, der verschärft in Erscheinung treten wird, wenn wieder friedliche Verhältnisse herrschen und die Zufallsgewinne, wie sie die Kriegskonjunktur eben in allen Branchen mit sich bringt, wegfallen werden. Alles in allem genommen, dürften die Bilanzen der Banken für das Geschäftsjahr 1916 höhere Erträgnisse und in den meisten Fällen wohl auch höhere Dividenden bringen.

Neues Pester Journal 187 P 24
24./XII. 1916

# Ungarische Allgemeine Kreditbank.

Die Ungarische Allgemeine Kreditbank hielt heute eine außerordentliche Generalversammlung, deren einzigen Gegenstand die Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals von 80 auf 120 Millionen Kronen bildete. Die Generalversammlung wurde vom Präsidenten Geheimrath Grafen Anton Cziráky eröffnet, der mit warmempfundenen Worten des unendlich schmerzlichen Verlustes gedachte, welcher das Vaterland durch den Tod unseres geliebten Königs Franz Joseph I. betroffen. Redner gab seiner Hoffnung und Ueberzeugung Ausdruck, daß unser neuer König Karl IV. die großen leitenden Prinzipien seines großen Vorgängers sich zu eigen gemacht hat und sie zur Kräftigung und im Interesse des Aufblühens seiner Länder geltend machen wird.

Hierauf brachte Direktor Sebesta den Antrag der Direktion zur Verlesung. Denselben ist Folgendes zu entnehmen:

Zu der Vorlage unseres Antrags sehen wir uns einerseits dadurch veranlaßt, daß unser laufendes Geschäft in den letzten Jahren eine außerordentliche Steigerung erfahren hat und die Summe der uns anvertrauten fremden Gelder in solchem Maße angewachsen ist, daß hiezu unser eigenes Kapital nicht mehr in dem erwünschten Verhältniß steht, andererseits dadurch, daß wir uns für die Zeit nach dem Kriege für solche Aufgaben zu rüsten haben, welche von unserem Institut eine die bisherige weitaus übersteigende Thätigkeit und zweifellos auch eine größere Kapitalskraft erfordern werden. Die ständige Zunahme unserer Umsatzziffer erhellt am augenscheinlichsten aus den folgenden Daten: Seit dem Jahre 1906 bis 1915 erhöhten sich unsere gesammten eigenen Kapitalien von 65 auf 143·5 Millionen, das Portefeuille und die Debitoren von 217 auf 841 Millionen, die Summe der Spareinlagen und Kreditoren von 177 auf 768 Millionen und der jährliche Gesammtumsatz von 7·8 auf 30·6 Milliarden. Im Jahre 1916 weist die Entwicklung unseres laufenden Geschäfts einen die oben angeführten Daten noch weit übertreffenden neuerlichen Fortschritt auf, indem am 30. November l. J. der Stand des Wechselportefeuilles und der Debitoren auf zusammen 1260 Millionen Kronen gestiegen ist und die Gesammtsumme der Spareinlagen und der Kreditoren 1135 Millionen Kronen überschritten hat. Die Ausdehnung unserer Geschäfte bekundet sich ferner auch darin, daß seit dem Jahre 1911 die Anzahl unserer Filialen von 11 auf 15, diejenige der affiliirten Geldinstitute von 6 auf 29 angewachsen ist und daß sich die Anzahl der durch unser Institut gegründeten, beziehungsweise der unserem Interessenkreise angehörenden Unternehmungen in derselben Zeit von 54 auf 87 vermehrt hat, nicht hinzugerechnet die bedeutende Anzahl ihrer Subunternehmungen, welche ebenfalls eine wesentliche Zunahme aufweisen. Welchen Umfang die durch die vaterländischen Geldinstitute zur Abwicklung gelangenden finanziellen Transaktionen nunmehr annehmen, dafür bietet die Unterbringung der Kriegsanleihen das anschaulichste Beispiel. Unser Institut hat, indem es seine ganze Organisation in den Dienst der großen Sache stellte, bei der Ausgabe der ersten vier ungarischen Kriegsanleihen mit Hilfe seiner Filialen, der affiliirten Geldinstitute und der Substellen 1300 Millionen Kronen, das ist ein Fünftel der gesammten Zeichnungen, gesertigt. Bei der gestern abgeschlossenen — mittlerweile bis inklusive 8. Januar verlängerten — Subskription auf die fünfte Kriegsanleihe haben wir in ähnlichem Verhältnisse mitgewirkt.

Auf Grund obiger Erläuterungen beantragen wir nun der geehrten Generalversammlung, die Erhöhung des Grundkapitals unseres Instituts im Wege der Emission von 100,000 Stück mit 400 K. volleingezahlten Aktien von den bisherigen 80.000,000 K. auf 120.000,000 K. zu beschließen. Den Aktionären wird das Bezugsrecht auf die neuen Aktien im Verhältniß von zwei alten zu einer neuen Aktie eingeräumt. Für die von Seiten der Aktionäre auf Grund ihres Bezugsrechts zu beziehenden neuen Aktien sind per Stück 850 K., d. i. dem vollen Nominalwerth entsprechend 400 K. und für den Reservefonds 450 K., einzuzahlen, ferner die nach diesen Beträgen vom 1. Januar 1917 an bis zum Tage der Einzahlung gerechneten fünf Perzent Zinsen zu berichtigen. An den reichsdeutschen Stellen werden nur mit dem deutschen Reichsstempel versehene neue Aktien ausgegeben. Die Kosten dieses Stempels hat der Aktionär zu tragen. Die Besitzer der neuen Aktien nehmen an dem Geschäftsergebnisse vom 1. Januar 1917 an in gleicher Weise wie die Besitzer der alten Aktien theil. Zur Durchführung der beantragten Ausgabe von 100,000 Stück neuer Aktien haben wir ein aus den uns befreundeten Bankfirmen und Instituten bestehendes Garantiesyndikat gebildet, welches den Erfolg der Emission sicherstellt.

Die Generalversammlung nahm die Vorlage der Direktion zur Kenntniß und acceptirte einmüthig die auf die Kapitalserhöhung und die Ausübung des Bezugsrechts bezüglichen Anträge. Ebenso wurden auch die Anträge der Direktion betreffend die mit der Erhöhung des Aktienkapitals in Verbindung stehende Aenderung der Statuten einhellig angenommen.

Neues Pester Journal
24./XII. 1916

188

# Eine Centralbank für Mitteleuropa.

(Original-Mittheilung des „Neues Pester Journal".)

Wie wir von verläßlicher Seite erfahren, sind augenblicklich zwischen Großkapitalisten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Verhandlungen im Zuge, welche die Gründung einer neuen großen Bank in allen Staaten der Verbündeten Centraleuropas zum Zwecke haben. Nach dem Gründungsprogramm sollen sowohl in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, als in Wien, Budapest, Sophia und Konstantinopel Hauptanstalten errichtet werden, deren Aufgabe es wäre, durch die Aufstellung von Filialen in den übrigen großen Städten der verbündeten Staaten ein großes Netz zu installiren.

Der Plan, an dessen Verwirklichung hervorragende Männer Deutschlands thätig sind, ist nicht neu. Bereits zu Friedenszeiten hatte der Präsident einer großen Wiener Bank, die auch starke Relationen zu Ungarn hat, diesbezüglich ein Elaborat ausgearbeitet, dessen Verwirklichung jedoch an dem Widerstande einer finanzpolitischen Persönlichkeit scheiterte, die nicht geneigt war, den damals angetretenen politischen Ruhestand mit dem angebotenen Gouverneurposten zu vertauschen. Damals handelte es sich ebenso wie heute um die Organisirung unseres Kapitals auf Grund der wirthschaftspolitischen Zusammengehörigkeit und um unsere vollständige Emanzipirung vom Pariser Markte. Während jedoch vor sechs Jahren das Projekt in eine Versenkung verschwinden mußte, wurde es jetzt von ganz anderer Seite in einer Weise auf die Tagesordnung gestellt, die das Zustandekommen verbürgt. Heute sind es reichsdeutsche Wirthschaftspolitiker, die die Gründung anregten und durchführen wollen, wobei die Hauptanstalten ganz autonom, sozusagen von einander unabhängig ihre Organisation durchführen sollen. Der hervorragende reichsdeutsche Politiker, der an der Spitze des Gründungskomités steht, hat bereits ein Kapital von 1000 Millionen Mark zur Verfügung. Hiebei ist das österreichische und ungarische Kapital, welches sich für das Institut interessirt, noch nicht inbegriffen. Die Regierungen sollen ersucht werden, der Bank gewisse Vortheile zu gewähren, da der Hauptzweck der Neugründung in der kommerziellen Regelung und Anpassung der Valuta besteht, sowie der Schaffung eines entsprechenden Uebergangs der finanziellen Kriegswirthschaft in die Friedenswirthschaft. Mit der Gründung oder dem Ankauf von Industrieunternehmen wird sich das Institut nicht beschäftigen.

Die reichsdeutsche Interessengruppe hat ihre Vertrauensmänner nach Wien, Budapest und den Balkanhauptstädten entsendet, wo im Laufe des Monats Januar die diesbezüglichen Verhandlungen stattfinden sollen. Das neue Finanzunternehmen soll in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 seine Thätigkeit beginnen. Man beabsichtigt die Leitung der ungarischen Hauptanstalt — die in Form einer eigenen, ungarischen Aktiengesellschaft zu gründen wäre —, dem Gouverneur der österreichisch-ungarischen Bank, Geheimrath Dr. Alexander Popovics anzubieten, dessen Mandat bekanntlich mit Ende des nächsten Jahres abläuft.

22./IX. 1916 7

# Der amerikanische Geldmarkt und der Krieg.

Von Alfred Lansburgh.

Berlin, im September.

Am 13. Juli hat die Bank von England ihren Diskontsatz von 5 auf 6 Prozent erhöht und gleichzeitig hat das englische Schatzamt die Zinsvergütung auf seine Schatzwechsel um ½ Prozent, das heißt auf 5½ bis 6 Prozent, je nach der Laufzeit, hinaufgesetzt. Beides ist lediglich aus der Befürchtung heraus geschehen, daß der bis dahin so freigebige amerikanische Geldmarkt die Hergabe weiterer Kredite verweigern könnte. Seitdem blicken England und die übrigen Mitglieder des Vierverbandes mit ängstlicher Spannung nach Amerika hinüber. Inzwischen ist die englische Anleihe von 250 Millionen Dollar beim Hause Morgan zustande gekommen, aber unter den drückendsten Bedingungen, mit schweren Zinsen und dem Englands Nationalstolz tief demütigenden Zugeständnis einer speziellen Sicherheit durch Verpfändung amerikanischer Wertpapiere. Dennoch hat der englische Schatzkanzler alle diese Forderungen bereitwilligst erfüllt, um nur überhaupt Geld in Amerika zu erhalten. Denn von der Bereitwilligkeit Wallstreets, dem Vierverbande weitere Kredite zur Verfügung zu stellen, hängt nicht zuletzt die Dauer und der Ausgang des Krieges ab. Die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, Europa mit Kriegsmaterial zu versorgen, mag so groß sein, wie sie will, für einen Teil der kriegführenden Mächte tritt sie an Bedeutung weit hinter den amerikanischen Kredit zurück, weil dieser Kredit ja die unerläßliche Voraussetzung für die Möglichkeit des Fortbezuges jener Materiallieferungen bildet.

Der unmittelbare Anlaß der englischen Zinserhöhung hat darin bestanden, daß auf dem Newyorker Geldmarkt der Satz für tägliches Geld, der sich lange Zeit zwischen 2½ und 3 Prozent bewegt hatte, plötzlich bis auf 6 Prozent stieg. Das war in der Tat bedrohlich genug. Setzte sich die Zinsversteifung, die sich gleichzeitig in einer Steigerung der Sätze für ein- und mehrmonatliches Geld zu äußern begann, fernerhin fort, so war es mit den amerikanischen Krediten für den Vierverband ohne weiteres zu Ende. Und das noch dazu in einem überaus kritischen Moment. Frankreich unterhandelte damals gerade in Newyork wegen einer neuen 100-Millionen-Dollar-Anleihe, und gleichzeitig warb der russische Finanzminister in London um weitere englische Kredite, deren Bewilligung wesentlich davon abhing, ob Newyork die fällig werdenden englischen Schatzwechsel erneuerte oder nicht. Der Zeitpunkt war aber auch vom amerikanischen Gesichtspunkte aus ein recht kritischer, da im Juli die amerikanische Erntebewegung einzusetzen pflegt, die große Geldbeträge nach den entfernten Gegenden des Westens und Südens führt, von wo sie in der Regel erst nach Monaten wieder zurückfließen. Und gleichzeitig bewirkte die Zuspitzung des amerikanisch-mexikanischen Gegensatzes, daß die Abhebungen bei den Banken einen ungewöhnlichen Umfang annahmen.

Die Gefahr war dringend und mußte in irgendeiner Weise beschworen werden. Das einzige Entlastungsmittel, das Europa hiebei zur Verfügung stand, war die Entsendung möglichst großer Mengen Gold nach Amerika. Dadurch erreichte man zunächst, daß der Strom der Lieferungen von West nach Ost nicht unterbrochen wurde, daneben aber auch, daß die Barbestände der amerikanischen Banken sich wesentlich verstärkten. Das war von größter Wichtigkeit, da die Banken sonst nicht in der Lage gewesen wären, weitere Ausleihungen am offenen Geldmarkt vorzunehmen. Von der Höhe dieser Ausleihungen hing es aber wieder wesentlich ab, ob die großen Firmen, die das Kriegslieferungsgeschäft monopolisiert hatten, weitere Schatzwechsel des Vierverbandes in Zahlung nehmen konnten oder nicht. Daher bedeuteten die europäischen Goldrimessen eine im ureigensten Interesse der Versender geleistete Unterstützung des Newyorker Geldmarktes, eine Unterstützung, zu der in erster Linie russisches und französisches Gold herangezogen wurde. Indes ist die Wirkung zum Teil doch wieder dadurch paralysiert worden, daß Europa seine Massenverkäufe von Dollareffekten ohne Unterbrechung fortsetzte. Die großen Effektenmengen, mit denen der Vierverband den durch Kredite und Goldversendung ungedeckten Teil der amerikanischen Kriegslieferungen bezahlte, ergossen sich teils direkt, teils auf dem Umwege über Amsterdam auf den Newyorker Markt und in die großen amerikanischen Finanzhäuser, was naturgemäß die günstige Wirkung der Goldtransporte wesentlich beeinträchtigte.

Um so mehr hat Newyork selbst dazu beigetragen, der Steigerung der Zinssätze entgegenzuarbeiten. Vor allem setzte Wallstreet alle Hebel in Bewegung, um die bedrohliche politische Spannung zu beseitigen. Es hat in der ganzen Welt nicht geringe Verwunderung erregt, wie schnell an die Stelle der heroischen Geste, mit der die Vereinigten Staaten anfangs Mexiko gegenübergetreten sind, ein sehr wenig heroischer Rückzug getreten ist. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß der Einfluß der Newyorker Hochfinanz hiebei keine ganz untergeordnete Rolle gespielt hat. Die schwächliche Haltung gegenüber Mexiko war sicherlich nicht nach dem Herzen der Wilson und Lansing. Aber die Präsidentschaftswahlen standen vor der Tür, und wenn es Wilson sich nicht mit der Hochfinanz verderben und damit seine Aussicht auf eine Wiederwahl erheblich verschlechtern wollte, so durfte er damals keine politische Situation schaffen, die den Geldmarkt in Unordnung brachte und dadurch den Kriegslieferungsgeschäften der amerikanischen Magnaten ein Ende machte.

Aber die Großfinanz arbeitete auch auf dem rein finanziellen Gebiet energisch auf eine Entspannung hin. Sie tat das in der Weise, daß sie ihre Kredite an die Banken im Zentrum und im industriellen Westen in dem Maße einschränkte, wie die Gelder aus den großen Banken in die Ackerbaudistrikte abflossen. Die Abnahme der Depositen bei den Clearingbanken und der Rückgang der Ausleihungen dieser Institute geben dafür ein deutliches Zeugnis. Man zwang eben die Industrie, die Bahnen usw. mit ihren Kreditansprüchen einige Zeit zurückzuhalten, und machte auf diese Weise etwas gewaltsam die Mittel frei, die man in den offenen Geldmarkt pressen mußte, um auf den Zins zu drücken. Mit welchem Erfolg diese Praxis geübt worden ist, das zeigt die seitherige Entwicklung auf dem Newyorker Geldmarkt ganz deutlich. Der Satz für tägliches Geld ist auf den alten Stand von 2¼ bis 2½ Prozent zurückgegangen, ja er hat an einzelnen Tagen sogar nur 2 Prozent betragen. Und mit der Wiederkehr der alten Geldflüssigkeit ist auch das damit erstrebte Ziel erreicht worden: Der amerikanische Kredit hat sich, wesentlich unterstützt durch die Londoner Zinserhöhung, wieder nach Europa in Bewegung gesetzt. Die schwebenden Kredite wurden gewährt, neue erteilt, die erwähnte fundierte Anleihe von 250 Millionen Dollar wurde abgeschlossen.

Die amerikanische Finanzwelt hat dieses Resultat aber nur erreicht, indem sie eine Gewaltkur angewendet hat, wie sie noch vor ein paar Jahren undenkbar gewesen wäre. Früher würde sich ein Schrei der Entrüstung erhoben haben, wenn die Banken es hätten versuchen wollen, der inländischen Industrie den Kredit lediglich deshalb zu verkürzen, um bestimmte ausländische Interessen und die Interessen einiger großen Konzerne nachdrücklicher wahrnehmen zu können. Das hat sich aber in den letzten zwei Jahren von Grund aus geändert. Die Banken können sich heute auf dem Gebiete des Kredits ungleich freier bewegen, können es vor allem mit ihren Pflichten viel leichter nehmen, weil sie heute nicht mehr in demselben Grade unentbehrlich sind wie früher. Die Vereinigten Staaten verfügen heute über ein Institut, das jede Bresche, welche die Geldpolitik der Banken etwa in die Kreditversorgung des Landes reißt, unverzüglich wieder schließen kann. Dieses Institut ist das Bundesreserveamt.

Auf dieses Amt hat man vor zwei Jahren einen großen Teil der Barreserven aller 7600 amerikanischen Nationalbanken übertragen. Seitdem liegen 300 bis 400 Millionen Dollar baren Geldes bei den zwölf Zentralbanken, welche die ausführenden Organe des Bundesreserveamtes darstellen. Das bedeutet nach dem neuesten Bankgesetz der Vereinigten Staaten die Möglichkeit, rund eine Milliarde Dollar Bundesreservenoten auszugeben. Von dieser Möglichkeit haben die jungen Bundesreservebanken, im Gegensatz zu den alten Notenbanken Europas, bisher nur einen ganz geringfügigen, ziffernmäßig kaum in Betracht kommenden Gebrauch gemacht. Während manche europäischen Banken ihr Recht der Notenausgabe schon vor dem Kriege bis zu einem solchen Grade ausgenützt hatten, daß sie den Umfang ihrer Kredite kaum noch wesentlich erweitern konnten, ohne die Landeswährung in Gefahr zu bringen, sind die amerikanischen Bundesreservebanken heute noch sozusagen jungfräuliche Institute. Sie können auf Grund ihrer Barbestände ohne weiteres viele hundert Millionen Dollar in Verkehr setzen, sobald es aus Gründen des öffentlichen Wohles nötig erscheint. In normalen Zeiten würde freilich die daraus entstehende Ueberfülle an Zirkulationsmitteln auch in Amerika eine empfindliche Währungsverschlechterung herbeiführen. Augenblicklich aber steht infolge der starken europäischen Verschuldung die amerikanische Währung so gefestigt da, daß sie eine kleine Minderung ihrer Weltgeltung ohne weiteres vertragen kann. Das ist der eigentliche Grund, warum die Newyorker Finanzmatadore und die ihnen nahestehenden großen Nationalbanken heute eine viel willkürlichere Kreditpolitik treiben können als früher. Sie brauchen die öffentliche Kritik nicht zu fürchten, wenn sie bestimmte Kredite plötzlich einschränken, weil den dadurch geschädigten Kreisen durch die Vermittlung der Tausende von kleinen Nationalbanken der Rückgriff auf die große Reserve der Bundesreservebanken offen steht. Gleichviel, ob dieser Rückgriff im gegebenen Falle tatsächlich erfolgt oder nicht, bedeutet doch schon die Möglichkeit, sich jederzeit Ersatzkredit beschaffen zu können, für den amerikanischen Geldmarkt eine ganz erhebliche Entlastung.

Sonach scheint jetzt in Amerika die Notenpresse eine ähnliche Rolle spielen zu sollen, wie es seit jeher, besonders aber seit Kriegsausbruch, in vielen Ländern Europas der Fall ist. Auch drüben dürfte jetzt die mehr oder weniger ungedeckte Banknote den Deus ex machina abgeben, der im Bedarfsfalle die Kreditmittel liefert, die auf andere Weise nicht erhältlich sind. Schon im bisherigen Stadium des Krieges war es von hohem Interesse, zu sehen, wie Amerika dadurch, daß es sich weitgehend mit den Interessen eines Teiles der kriegführenden Länder identifizierte, wirtschaftlich in eine ganz ähnliche Lage geraten ist wie das vom Krieg aufgewühlte Europa. Es sieht ganz so aus, als wenn diese freiwillige Anpassung an Verhältnisse, denen man sich in Europa nur schweren Herzens und der Not gehorchend unterwirft, sich in Amerika demnächst auch auf das währungspolitische Gebiet erstrecken wird. Sollte der Wunsch der Newyorker Hochfinanz sich erfüllen und der Kunstkredit der Bundesreservebanken in großem Maßstabe an die Stelle der Kredite treten, welche die amerikanische Finanzwelt der Heimat entzieht, um sie den kriegführenden Mächten zur Verfügung zu stellen, so wird notwendigerweise der Dollar ein gut Teil seiner bisherigen Kaufkraft einbüßen. Und wenn auch die internationalen Geldbeziehungen zurzeit in solcher Verzerrung erscheinen, daß die etwaige Wertverminderung des Dollars wechselkursmäßig zunächst nicht zum Ausdruck kommen kann, so wird diese Wertminderung sich doch nach Wiederherstellung der normalen Geldverhältnisse in einem Rückgange des gegenwärtig so überaus hohen Dollarkurses bemerkbar machen müssen.

# Der Volkswirt.

## Oesterreichische Kreditanstalt.

### Semestralbilanz.

Nach einer durch den Krieg bewirkten Unterbrechung von zwei Jahren veröffentlicht die Kreditanstalt wieder eine Semestralbilanz. Aus den Vergleichsziffern, die heute dem Halbjahrsabschluß für 1916 gegenübergestellt werden, wird zugleich die Halbjahrsbilanz für 1915 bekannt, während hinsichtlich des Semestralabschlusses pro 1914 schon seinerzeit mitgeteilt wurde, daß sich infolge der Kriegsbegebenheiten die halbjährigen Abschlußziffern nur ungefähr feststellen ließen, weshalb eine Veröffentlichung kein vollkommen zutreffendes Bild hätte bieten können.

Die Semestralbilanz per 30. Juni 1916 ergibt einschließlich des Gewinnvortrages von 1·28 Millionen Kronen einen Reingewinn von 12,342,752 K., wobei die Ergebnisse der Konsortialgeschäfte, soweit letztere am 30. Juni 1916 vollständig abgewickelt waren, verrechnet erscheinen. Was speziell die Anleihesyndikate anlangt, sind einbezogen: die 5½prozentigen Wiener Kassenscheine vom Jahre 1916 und die 4prozentige Prioritätsanleihe der Kaschau-Oderberger Eisenbahn.

Das Gewinn- und Verlustkonto per 30. Juni 1916 setzt sich wie folgt zusammen:

| Erträgnisse: | 1. Semester 1916 in Kronen | gegen 1915 in Kronen |
|---|---|---|
| Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften . . | 2,073,297 | + 1,852,370 |
| Zinsen . . . . . | 14,987,044 | + 2,217,875 |
| Provisionen (inklusive des Gewinnes an Waren) . | 5,366,897 | + 1,175,560 |
| Devisen . . . . . | 584,619 | — 51,588 |
| Realitätenerträgnisse . . | 183,080 | — 10,724 |
| Nachträgliche Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen . . . . | 2,552 | — 292 |
| Unbehobene Dividenden . | 1,472 | + 448 |
| Gewinnvortrag . . . | 1,278,548 | + 756,137 |
| Zusammen . | 24,477,511 | + 6,002,391 |
| | | + 5,939,786 |

| Lasten: | 1. Semester 1916 in Kronen | gegen 1915 in Kronen |
|---|---|---|
| Gehalte . . . . . | 4,742,435 | + 449,235 |
| Spesen . . . . . | 1,610,768 | + 182,199 |
| Spenden anläßlich des Krieges . . . . . | 320,787 | + 131,187 |
| Abschreibungen von Realitäten und Inventar . . | 232,903 | — 18,734 |
| Steuern und Gebühren . | 4,708,262 | + 2,506,236 |
| Pensionsfondsbeitrag . . | 310,000 | — 20,000 |
| Erlittene Verluste an Forderungen . . . . . | 209,602 | — 198,836 |
| Zusammen . . | 12,134,759 | + 3,268,859 |
| | | + 3,031,788 |
| Reingewinn . . | 12,342,752 | + 2,907,997 |

Die Erträgnisse sind um 5·9 Millionen Kronen und nach Abzug des Plus von 756,000 K. aus dem Gewinnvortrag um rund 5·2 Millionen Kronen größer als im ersten Semester 1915. Die größte Steigerung zeigt das Konto „Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften". Hier weist die Halbjahrsbilanz bei einem Erträgnis von etwas über 2 Millionen Kronen ein Plus von 1·85 Millionen Kronen aus, da das erste Semester des Vorjahres, in welchem so gut wie keinerlei Konsortialgewinne erzielt wurden, im ganzen nur 220.000 K. erbrachte. Das namhafte Plus im abgelaufenen Halbjahr resultiert aus dem Verkaufe der Aktien des Ostrauer Bergbauvereines vormals Fürst Salm, welcher Besitz bekanntlich an die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft übergegangen ist, ferner aus der teilweisen Veräußerung von Mitterberger Kupferaktien und schließlich aus einer Anzahl kleinerer Effektentransaktionen, die im letzten Halbjahre zur Abwicklung gelangt sind. Sehr beträchtlich ist auch der Mehrgewinn an Zinsen. Das Erträgnis auf diesem Konto ist von 12·77 Millionen Kronen im ersten Semester des Vorjahres auf einen bisher noch nie erreichten Betrag von rund 14·99 Millionen Kronen, im ersten Halbjahr 1916 sonach um 2·22 Millionen Kronen gestiegen. Hiebei ist zu bemerken, daß die anläßlich der Kapitalserhöhung am 1. Jänner für den ganzen Kurswert der neuen Aktien eingezahlten fünfprozentigen Zinsen vorläufig, da die Transaktion noch nicht erledigt ist, nicht auf Zinsenkonto verrechnet wurden; dies wird erst im zweiten Halbjahr geschehen. Die außerordentliche Steigerung des Zinsenerträgnisses ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die Dividendenpapiere im Besitz der Kreditanstalt, so beispielsweise Hirtenberger, Skoda, Rothsche Kapselfabrik, Berndorfer, Brünner Lederwerke und noch mehrere andre Unternehmungen, für 1915 zum Teil wesentlich höhere Erträgnisse lieferten. Die Erträgnisse dieser Dividendenpapiere sind in der Semestralbilanz mit dem halbjährigen Betrage eingestellt. Ferner profitierte das Zinsenkonto von einer Ausdehnung des laufenden Geschäftes, da sowohl Kreditoren als Debitoren erhebliche Steigerungen erfahren haben; das namhafte Zinsenplus wurde bei ungefähr unverändertem Zinsfuß erzielt; der Zinsfuß im Report betrug 4·87 gegen 5·01 Prozent, im Eskomte 3·48 gegen 3·64 Prozent in der entsprechenden Vorjahrsperiode. Das Konto „Provisionen inklusive des Gewinnes an Waren" brachte bei einem Erträgnis von 5·37 heuer und 4·19 Millionen Kronen im ersten Halbjahr 1915 eine Gewinnsteigerung um 1·17 Millionen Kronen. Das Warengeschäft hat ungefähr mit den gleichen Ergebnissen wie im ersten Semester des Vorjahres abgeschlossen, immerhin profitierte es von erhöhten Provisionen als Folge der, wie bekannt, in den wichtigsten Artikeln des Warenverkehres eingetretenen Preiserhöhungen. Auf diesem Konto kommen auch die Provisionen von Kriegsanleihesubskriptionen abzüglich der damit zusammenhängenden Spesen zur Verrechnung. Der Gewinn an Devisen mit 584.000 K. gegen 636.000 K. im ersten Halbjahr 1915 verringerte sich um rund 52.000 K., was eine selbstverständliche Folge der Errichtung der Devisenzentrale und der Zentralisierung des Devisenumsatzes in dieser ist.

Die Gesamtsumme der Lasten mit 12·13 Millionen Kronen gegen 9·1 Millionen Kronen im ersten Vorjahrssemester hat sich um 3 Millionen Kronen erhöht, wobei die stärkste Steigerung auf das Konto „Steuern und Gebühren" entfällt. Diese erfordern im ersten Semester 1916 über 4·7 Millionen Kronen gegen 2·2 Millionen Kronen in der gleichen Periode 1915. Die Leistung für Steuern und Gebühren hat sich demnach im Bilanzabschluß für das erste Semester verdoppelt. Bei der Kreditanstalt besteht die Gepflogenheit, die auf den jeweiligen Zeitabschnitt, über welchen Rechnung gelegt wird, ungefähr entfallende Steuerquote dieser Periode anzulasten. Bei einer Steigerung des Reingewinnes um nahezu 3 Millionen Kronen würde sich unter Annahme von rund 20 Prozent des Mehrerträgnisses für Erwerbsteuer samt Zuschlägen ein Steuerplus zwischen 500,000 K. und 600,000 K. präliminieren lassen. Da die Semestralbilanz ein Plus von 2·5 Millionen Kronen in Rechnung zieht, sind in einem Betrage von ungefähr 2 Millionen Kronen eine Reserve für die Kriegsgewinnsteuer, den Kriegszuschlag, den Rentabilitätszuschlag 2c. (immer nur für das Halbjahr) zu erblicken. Die Steigerung der Gehalte um rund 450,000 K. auf 4·7 Millionen Kronen ist herbeigeführt durch die Notwendigkeit vielfacher Ersatzanstellungen, Teuerungszulagen und dergleichen. Weiter ist auf der Lastenseite eine Steigerung der Spesen um 182,000 K. ersichtlich: 1·61 Millionen Kronen im ersten Halbjahr gegen 1·43 Millionen Kronen im ersten Semester 1915. An Kriegsspenden hat die Kreditanstalt verausgabt 320,000 K. im ersten Semester des laufenden Jahres und 189,000 K. im ersten Halbjahr 1915.

Stellt man dem Gesamterträgnis von 24·47 Millionen Kronen die Lasten von 12·13 Millionen Kronen gegenüber, so resultiert ein Reingewinn von 12·34 Millionen Kronen gegen 9·34 Millionen Kronen im ersten Semester des verflossenen Jahres, somit ergibt sich, wie schon bemerkt, eine Steigerung des Reingewinnes um 2·9 Millionen Kronen und nach Abzug des höheren Vortrages eine solche um 2·2 Millionen Kronen.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, daß das besonders günstige Ergebnis des ersten Semesters zum Teil aus der andauernden Zunahme der laufenden Geschäfte resultiert, zum größeren Teil jedoch dem Umstand zuzuschreiben ist, daß zu den Unternehmungen, an welchen das Institut in mehr oder minder hervorragendem Maße partizipiert, eine Anzahl von Munitionsfabriken gehören, so neben Skoda, Hirtenberger und Roth auch die Berndorfer Metallwarenfabrik Krupp, welche sich auf die Patronenerzeugung eingerichtet hat, Unternehmungen, denen begreiflicherweise die militärischen Bestellungen besonders zustatten kommen. Auch andre Gesellschaften, an denen die Kreditanstalt interessiert ist, weisen, wie aus der folgenden Detaillierung hervorgeht, im Zusammenhang mit dem Krieg günstige Ergebnisse auf.

Was die geschäftlichen Aussichten des zweiten Semesters anlangt, sind diese, soweit bisher zu überblicken, gleich günstig wie im ersten Semester, so daß, wofern nicht unvorhergesehene Ereignisse dazwischentreten, eine mäßige Erhöhung der Dividende, etwa im Ausmaß von 2 K., auf das erhöhte Kapital von 170 Millionen Kronen als wahrscheinlich angenommen werden kann, ohne daß der Gewinnvortrag heranzuziehen wäre oder die Reservierungen geschmälert werden müßten.

* * *

### Die Konsortialunternehmungen.

Ueber die geschäftliche Entwicklung und das mutmaßliche Erträgnis der in die Interessensphäre der Kreditanstalt gehörigen Unternehmungen ist mit-

Fremdenblatt
23./IX. 1916

# Die Semestralbilanz der Kreditanstalt.

Gestern hat eine Sitzung des Verwaltungsrates der Kreditanstalt stattgefunden, in der die Semestralbilanz festgestellt wurde. Wie man sich noch erinnert, ist in den Jahren 1914 und 1915, also seit Kriegsausbruch, bisher die Mitteilung der Halbjahrsergebnisse unterblieben und es spricht gewiß für die seither eingetretene Konsolidierung der Verhältnisse der Volkswirtschaft, daß unsere großen Institute, allen voran die Kreditanstalt, nunmehr auch in der Lage sind, die Mitteilung ihrer Halbjahrsabschlüsse wieder aufzunehmen. Die Ergebnisse dieses ersten Halbjahres 1916 sind allerdings so ganz ausgezeichnet, daß die Kreditanstalt mit Genugtuung auf sie verweisen kann. Die unmittelbaren Schädigungen und Störungen des Geschäftes, wie sie der Krieg unmittelbar nach seinem Ausbruche und auch späterhin im vorigen Jahre gebracht hatte, sind nun längst überwunden und an ihre Stelle ist in vielen Geschäftszweigen eine überaus große Regsamkeit getreten. Das zeigt sich bei den einzelnen Posten der Erträgnisse des Gewinn- und Verlustkontos so recht deutlich und man sieht sich da vor Ertragszunahmen, die auch jene der vorangegangenen Friedensjahre weit hinter sich lassen. Gegenüber dem Erträgnis des vorjährigen ersten Semesters weist der Bruttogewinn eine Steigerung um etwa 30 Prozent und der Reingewinn eine beiläufig ebenso große Zunahme auf. Und wenn wir versuchen wollten, die Ergebnisse des ersten Semesters des Kriegsjahres 1916 mit dem ersten Semester 1913, also einem Friedensjahre, zu vergleichen, wobei allerdings nicht übersehen werden dürfte, daß die Höhe des Aktienkapitals seither gewachsen, auf 170 Millionen Kronen gestiegen ist, so würde sich zeigen, daß die Erträgnisse des heurigen ersten Semesters jene des ersten Halbjahres 1913 ganz wesentlich übersteigen. Der Halbjahrsabschluß der Kreditanstalt weist einen Reingewinn von rund 12,342.000 Kronen aus, was einer Zunahme um 2,907.000 Kronen gegenüber dem Reingewinn des ersten Semesters 1915 entspricht. Wenn man den Gewinnvortrag mit seinem Plus von 756.000 Kronen berücksichtigt, so verringert sich das heurige Reingewinnplus auf rund 2,150.000 Kronen.

Diese glänzenden Ergebnisse konnten in einem Jahre des Weltkrieges erzielt werden, in einer Zeit, von der man früher, in der Friedensära, wohl alles andere als eine solche Steigerung des Geschäftsgewinnes, sondern weit eher den Zusammenbruch der ganzen Volkswirtschaft besorgt hätte. An der Steigerung der Erträgnisse sind, wie die unten folgende Bilanz ersehen läßt, ganz besonders das Zinsen- und das Provisionen-Konto beteiligt. Diese Steigerung des Zinsenerträgnisses ist symptomatisch von größter Bedeutung für die allgemeine Entwicklung der Industrie Oesterreichs in der Zeit des Weltkrieges, denn diese Ertragssteigerung rührt in hervorragendem Maße aus der Zunahme des Erträgnisses einer Reihe von Industrieunternehmungen her, denen die Kreditanstalt nahesteht. Und wie sie eine führende Stellung in der Industrie Oesterreichs besitzt und an dieser in engster Weise beteiligt ist, so kommen dann selbstverständlich auch die Geschäftsergebnisse der Industrie im Geschäftsergebnis des Institutes deutlich zum Ausdruck.

Von der Kreditanstalt ist uns die nachstehende Mitteilung zugekommen:

Die zufolge § 52 der Statuten per 30. Juni 1916 aufgestellte vorläufige Uebersicht des Standes der Gesellschaft weist im Gewinn- und Verlustkonto folgende Posten nach:

| | I. Semester 1916 Kronen | | |
|---|---|---|---|
| **Erträgnisse:** | | | |
| Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften | 2,073.297 | + | 1,852.370 |
| Zinsen | 14,987.044 | + | 2,217.875 |
| Provisionen (inklusive des Gewinnes an Waren) | 5,366.897 | + | 1,175.560 |
| Devisen | 584.619 | — | 51.588 |
| Realitäten-Erträgnisse | 183.080 | — | 10.724 |
| Nachträgliche Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen | 2.552 | — | 292 |
| Unbehobene Dividenden | 1.472 | + | 448 |
| Gewinnvortrag | 1,278.548 | + | 756.137 |
| Zusammen | 24,477.511 | + | 5,989.786 |
| **Lasten:** | | | |
| Gehalte | 4,742.435 | + | 449.235 |
| Spesen | 1,610.768 | + | 182.199 |
| Spenden anläßlich des Krieges | 320.787 | + | 131.187 |
| Abschreibungen von Realitäten und Inventar | 252.903 | — | 18.734 |
| Steuern und Gebühren | 4,708.262 | + | 2,506.236 |
| Pensionsfondsbeitrag | 310.000 | — | 20.000 |
| Erlittene Verluste an Forderungen | 209.602 | — | 198.336 |
| | 12,134.759 | + | 3.031.788 |
| **Reingewinn** | 12,342.752 | + | 2,907.997 |

Der Bruttogewinn des ersten Halbjahres beträgt 24,47 Millionen Kronen, er stellt sich um 5,93 Millionen Kronen höher als im ersten Halbjahre 1915. Der Reingewinn beträgt 12,34 Millionen Kronen und ist um 2,90 Millionen Kronen gestiegen. Unter den Posten der Erträgnisse weisen die Effekten und Konsortialgeschäfte eine Ertragszunahme um 1,85 Millionen Kronen auf. Diese Steigerung beruht vor allem darauf, daß die Transaktion in den Aktien der Ostrauer Bergbau A. G. vorm. Fürst Salm nunmehr abgerechnet worden ist und ebenso das Ergebnis des Abverkaufes eines Teiles des Besitzes der Kreditanstalt an der Mitterberger Kupfer-Aktiengesellschaft sowie einige kleinere Konsortialgeschäfte. Abgerechnet wurden ferner im ersten Semester das Syndikat für die 5½prozentigen Wiener Kassenscheine vom Jahre 1916 und für die 4prozentige Prioritätsanleihe der Kaschau—Oderberger Eisenbahn, welch letzteres schon etwa 10 Jahre weit zurückreicht.

An der Spitze der Ertragssteigerungen steht die des Zinsenkontos, das gegenüber dem ersten Semester 1916 um 2,21 Millionen Kronen gestiegen ist. Dieser Aufschwung findet, wie wir schon oben angedeutet haben, seine Erklärung nicht so sehr in der Zinsfußkonjunktur, sondern in der Hochkonjunktur, die einer Reihe von Industriezweigen und damit auch Industrieunternehmungen, die der Kreditanstalt nahestehen und an denen diese letztere durch Aktienbesitz beteiligt ist, inmitten des Weltkrieges gegönnt war. Dieses Zinsenplus von 2,21 Millionen Kronen ist das bisher höchste aller Semestralbilanzen der Kreditanstalt. Wir müssen hier noch der diesjährigen Kapitalserhöhung der Kreditanstalt gedenken, bei der bekanntlich das Kapital mit Anrechnung der 5prozentigen Zinsen ab 1. Jänner 1916 eingezahlt wurde. Da diese Abrechnung aber bis zum Bilanztage — 30. Juni — noch nicht erfolgt war, so sind diese Zinsen im Zinsenerträgnisse der vorliegenden Semestralbilanz noch gar nicht enthalten. Dieses Zinsenplus beruht vielmehr zum großen Teile auf der Ertragssteigerung der Portefeuilleaktien der Kreditanstalt, auf deren erhöhten Dividenden — wir verweisen hier nur auf die Berndorfer, Hirtenberger und auf die Brünner Lederfabriksunternehmung. Dabei ist auch nicht außeracht zu lassen, daß die Dividenden der Portefeuilleaktien von der Kreditanstalt keineswegs mit dem vollen Betrage in der Halbjahrsbilanz erscheinen, sondern nur mit dem, welcher dem entsprechenden Zeitabschnitte gutzuschreiben ist. Im übrigen haben sowohl die Kreditoren wie die Debitoren im Vergleich zu jenen der vorjährigen Semestralbilanz eine recht erhebliche Steigerung erfahren. Dies gilt ebenso sehr von den regelmäßigen Debitoren wie von den Vorschüssen, die an die Kommittenten des Instituts auf Kriegsanleihe gewährt worden sind. Berücksichtigt man nun diese Zunahme sowohl der Kreditoren wie der Debitoren, so ergibt sich, daß auch die Spannung im Zinsenkonto auf einen größeren Betrag bezogen werden konnte, also ein größeres Ergebnis liefern mußte. Der Zinsfuß betrug im Report 4,875 Prozent gegen 5,01 Prozent des vorjährigen ersten Semesters, und der Zinsfuß im Eskompte stellte sich auf 3,481 Prozent gegen 3,643 Prozent des ersten Semesters des Jahres 1916.

Die Provisionen haben ein Mehr von 1,17 Millionen Kronen geliefert. Diese Zunahme schreibt sich schon daraus her, daß die Umsätze im laufenden Geschäfte, wie sich das auch aus der Zunahme der Debitoren und Kreditoren ergibt, gewachsen sind, ferner aus den Provisionen, die für die vierte Kriegsanleihe erzielt worden sind, ein Erträgnis, von dem aber wieder der Anteil an den Emissionsspesen in Abzug zu bringen ist, und schließlich aus den Provisionen im Warengeschäfte. Bei diesen letzteren mußte sich schon, ganz abgesehen von der Regsamkeit des Geschäftes speziell in Kohle und Zucker, schon im Anschlusse an die eingetretenen Preissteigerungen des Warenmarktes eine Zunahme ergeben, weil diese Preiserhöhungen wieder zu einer Zunahme der Fakturensumme veranlaßt hatten, von denen die Provisionen ja prozentuell bemessen werden.

Die Devisen bilden einen der wenigen Posten im Gewinn- und Verlustkonto, die ein Minderergebnis aufweisen. Diese Post hat eine Mindereinnahme von rund 0,051 Millionen Kronen zu verzeichnen, ein Ergebnis, das sich aber sehr leicht aus der im Laufe des ersten Halbjahres erfolgten Gründung der Devisenzentrale erklärt. Da die Devisenzentrale nicht schon beim Jahresbeginn errichtet worden ist, entspricht dieser Ausfall von rund 0,051 Millionen Kronen nur einem Teile der Wirkung, die der Bestand der Devisenzentrale innerhalb eines ganzen Jahres ausüben wird. Der Gewinnvortrag beziffert sich mit 1,278 Millionen Kronen, was einer Steigerung um 0,756 Millionen Kronen entspricht.

Unter den Lasten weisen die Gehalte eine mehr als 10prozentige Steigerung um 0,449 Millionen Kronen auf. Diese Zunahme des Gehaltsaufwandes beruht ebenso sehr auf den Anforderungen, die aus der Anstellung von Ersatzkräften für die zur militärischen Dienstleistung einberufenen Beamten erwachsen sind, wie — und das ist mit besonderer Genugtuung hervorzuheben — aus Zahlungen, die an die Familien jener eingerückten Beamten gewährt worden sind, sowie auf der Bewilligung von Teuerungszulagen. Die Post „Spesen" zeigt eine Steigerung um 0,182 Millionen Kronen, eine Zunahme, die großenteils auf der Erhöhung der Materialpreise beruht. Die Post „Spenden" anläßlich des Krieges hat abermals eine Zunahme um 0,131 Millionen Kronen erfahren. Die wesentlichste Steigerung unter den Lasten haben begreiflicherweise die Steuern und Gebühren aufzuweisen, eine Zunahme um 2,506 Millionen Kronen. Die Kreditanstalt lastet grundsätzlich die Steuern und Gebühren dem betreffenden Semester immer so an, wie sie auf Grund des Gewinnes dieses Semesters zu errechnen sind. Und so kommt ganz folgerichtig die Ertragssteigerung dieses ersten Halbjahres auch bei den Steuern und Gebühren zum Ausdrucke. Dazu gesellt sich aber auch die Mehrlast, die sich aus den vor kurzem verfügten Kriegszuschlägen zur Erwerbsteuer, ferner aus der Kriegsgewinnsteuer — die aus dieser Abgabe resultierende Belastung ist übrigens nicht allzu hoch anzusetzen — und aus den Zuschlägen zu anderen Personalsteuern, auch zur Personaleinkommensteuer, ergibt. Der Kriegszuschlag zur Personaleinkommensteuer kommt in diesem Falle in Betracht, weil die Kreditanstalt die Entrichtung der Steuern ihres Beamtenpersonals aus Eigenem trägt. Unter der Mehrbelastung an Steuern und Gebühren durch die neuen Abgaben ist auch die Erhöhung der auf die Einlagebücherzinsen entfallenden Abgaben zu erwähnen.

Blicken wir auf die vorliegende Halbjahrsbilanz der Kreditanstalt unter Würdigung all der Umstände hin, denen diese glänzenden Ergebnisse zu danken sind, Umstände, in denen auch seither eigentlich keine Verschiebung eingetreten ist, so läßt sich wohl sagen, daß, wenn im zweiten Halbjahr nicht etwa noch unvorhergesehene Aenderungen eintreten sollten, auf Grund dieser Ergebnisse eine mäßige Erhöhung der Dividende für das erhöhte Aktienkapital — 170 Millionen Kronen — in Aussicht zu nehmen sein dürfte. Man kann diese Dividendensteigerung wohl auf 2 Kronen, also von 32 auf 34 Kronen veranschlagen. Dies würde bei Berücksichtigung der jetzigen Aktienzahl einen Mehraufwand von mehr als 1 Million Kronen für die Dividende voraussetzen, wobei aber außerdem schon alle dem neuen Aktienkapital entsprechenden Reservierungen berücksichtigt sein werden.

Ueber die Unternehmungen, an denen die Kreditanstalt beteiligt ist, wurde in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates das Nachstehende mitgeteilt:

Der Geschäftsgang der Bielitz-Bialaer Eskompte- und Wechslerbank war im abgelaufenen Semester zufriedenstellend. Bei der Galizischen Bank für Handel und Industrie war der Geschäftsgang auch im abgelaufenen Semester durch die kriegerischen Ereignisse beeinflußt. (5 Prozent trotzdem.) Die Privilegierte Landesbank für Bosnien und Herzegowina arbeitet mit befriedigendem Erfolge. Die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr betrug neun Prozent. Bei der Alois Schweiger u. Co. Gesellschaft m. b. H. und bei der Austro-Orientalischen Handels-Aktiengesellschaft haben sich die Verhältnisse seit dem letzten Bericht nicht geändert. Die A. E. G.-Union Elektrizitätsgesellschaft ist im laufenden Jahre voll beschäftigt. Die Skoda-Werke Aktiengesellschaft in Pilsen sind bis zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Die Beschäftigung bei der Austriawerft A.-G. kann trotz der bekannten hemmenden Umstände als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Ringhoffer-Werke A.-G. sind recht gut beschäftigt. Es ist eine Dividendenerhöhung wahrscheinlich. Das gleiche gilt von der Aktiengesellschaft der Lokomotivfabrik vormals G. Sigl in Wiener-Neustadt. Die Eisenwerke Aktiengesellschaft Rothau-Neudek ist wie die meisten österreichischen Eisenwerke hauptsächlich mit Heeresaufträgen sehr stark beschäftigt, wird aber in der vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit durch Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung und Arbeitermangel behindert. Die Ertragsaussichten sind günstig. Die Mitterberger Kupfer-Aktiengesellschaft arbeitet gut. Die Aktiengesellschaft zur Nutzbarmachung der Wasserkräfte Dalmatiens blieb für das Geschäftsjahr 1915 dividendenlos. Der Geschäftsgang im Verlaufe des heurigen Jahres ist günstig, so daß die Aufnahme der Dividendenzahlung wahrscheinlich ist. Die Mineralölraffinerie-Aktiengesellschaft dürfte für das Geschäftsjahr 1915/16 ihre Dividende auf 15 Prozent erhöhen. Die Zuckerfabriken des Instituts haben im allgemeinen befriedigende Resultate erzielt. Die Restomitzer Zuckerraffinerie hat zehn Prozent Dividende, die Peceker Zuckerraffinerie 15 Prozent Dividende bezahlt. Die Karl Stummer Zuckerfabriken-Aktiengesellschaft hat wie im Vorjahre sechs Prozent Dividende ausgeschüttet. Der Verein mährischer Zuckerfabriken wird mindestens dieselbe Dividende wie im Vorjahre zahlen. Der Geschäftsgang der Mährischen Zuckerindustrie-Aktiengesellschaft ist nicht befriedigend. Die Zentralmährische Zuckerfabriken- und Oekonomie-Aktiengesellschaft arbeitet zufriedenstellend. Die Milchindustrie-Aktiengesellschaft hat wie schon seit einigen Jahren wieder zehn Prozent gezahlt, trotz schwieriger Verhältnisse hofft man, diese Dividende aufrecht erhalten zu können. Die Spiritusindustrie hat dadurch, daß die landwirtschaftlichen Betriebe zum größten Teil stillgelegt wurden, eine starke Einschränkung erfahren. Die industrielle Produktion hatte auch mit Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Materialien zu kämpfen und konnte deshalb den Betrieb nur in verringertem Umfange aufrecht erhalten. Trotzdem dürfte die Franz Xav. Brosche Sohn Aktiengesellschaft, die Kolíner Spiritus-Pottasche-Fabriks- und Raffinerieaktiengesellschaft und die Spiritus- und Pottaschefabriksaktiengesellschaft in Brüx zumindest das gleiche Erträgnis wie im Vorjahre erzielen. Die Zündwarenaktiengesellschaft „Helios" hat pro 1915 siebeneinhalb Prozent Dividende gewährt und arbeitet auch weiter mit günstigem Erfolge. Die Adriawerke Aktiengesellschaft für chemische Industrie sind, da im Kriegsgebiete gelegen, zum Stillstand gezwungen. Ueber den Grad der Beschädigung der Anlagen durch die kriegerischen Ereignisse stehen der Verwaltung positive Nachrichten nicht zur Verfügung. Die Golleschauer Portlandzementfabrik sowie die Oesterreichische Portlandzementfabriks-Aktiengesellschaft in Szczakowa haben unter dem ungünstigen Geschäftsgang in der Zementindustrie zu leiden. Im laufenden Jahre ist eine leichte Besserung in den Absatzverhältnissen zu konstatieren. Bei der „Mundus" Aktiengesellschaft der vereinigten österreichischen Bugholzmöbelfabriken sowie der „Mundus" Aktiengesellschaft der vereinigten ungarischen Bugholzmöbelfabriken hat der Krieg auch weiterhin die Produktion und den Absatz ungünstig beeinflußt. Die Gesellschaften waren bemüht, ihre Betriebe durch Aufnahme der Erzeugung verwandter Artikel besser auszunützen. Die k. k. priv. Guntramsdorfer Druckfabrik A.-G. hat ihre Vorräte zu günstigen Preisen abgesetzt. Die Erste Oesterreichische Linoleumfabrik ist mit dem Abverkaufe ihrer Vorräte beschäftigt. Die Wollchandelsgesellschaft m. b. H. entwickelt sich nach wie vor günstig. Bei der Spitzenindustrie A.-G. ist der Geschäftsgang relativ nicht unbefriedigend. Die A. Gerngroß Aktiengesellschaft hat zwölfeinhalb Prozent Dividende gezahlt. Der Geschäftsgang ist weiterhin sehr zufriedenstellend. Die Aktiengesellschaft der k. k. priv. Brünner Ledorfabrik vorm. Maxm. Grünfeld hat im vergangenen Jahre eine Dividende von 15 Prozent bezahlt und den Verlustsaldo (2—3 Jahre) getilgt. Der Geschäftsgang ist ein günstiger. Die Aktiengesellschaft der Oesterreichischen Fezfabriken ist mit Lieferungen für das Aerar gut beschäftigt. Bei den Vereinigten Brauereien Schwechat, St. Marx, Simmering-Dreher, Mautner, Meichl Aktiengesellschaft waren die Geschäftsergebnisse in dem am 31. August d. J. abgelaufenen letzten Geschäftsjahr nicht unbefriedigend. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr werden von der Versorgung mit Gerste abhängen, welche noch nicht gesichert ist. Die Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik vormals Keller u. Komp. sowie die G. Roth Aktiengesellschaft arbeiten sehr zufriedenstellend. Die Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A.-G. ist andauernd gut beschäftigt. Die Dividende dürfte eine Erhöhung erfahren. Die k. k. priv. Papierindustrie-Aktiengesellschaft Ollaschau hat pro 1915 mit einem Ueberschusse abgeschlossen; die Absatzverhältnisse sind auch im laufenden Jahre recht zufriedenstellend. Die Providentia Allgemeine Versicherungsgesellschaft arbeitet mit befriedigendem Erfolg.

Neue Freie Presse
24/IX. 1916



# Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Die Halbjahrsabschlüsse der Banken.

Wien, 23. September.

Die Anbahnung einer Rückkehr zu normalen Wirtschaftsverhältnissen im Kriege kommt in der Wiederaufnahme der Halbjahresbilanz der Creditanstalt sinnfällig zum Ausdruck. Drei Jahre lang waren diese Publikationen, die regelmäßig mitten im Jahre ziffermäßige Anhaltspunkte für die Entwicklung des Bankgeschäftes und wichtige Mitteilungen über weite Gruppen der Industrie boten, durch den Krieg unterbrochen. Daß sie jetzt neuerlich angeknüpft werden, beweist, daß sich die Wirtschaft auf den Krieg vollständig eingerichtet hat und wieder normal funktioniert. Der Halbjahresabschluß der Bodenkreditanstalt, die bereits im vorigen Jahre den Anfang gemacht hatte, wird in der nächsten Woche folgen; bei den anderen großen Banken werden die Interimsbilanzen zum Semesterschlusse nur für den inneren Gebrauch angelegt, dürften aber bereits feststehen. Als der Krieg ausbrach, schien nichts so sehr gefährdet als das Bankenkapital. Ein Industrieunternehmen hat seine sichere Grundlage in Schätzen des Bodens, die niemand rauben kann, in Häusern, Fabriken und Maschinen, die zwar im Kriege zerstört werden können, aber doch den Grundwert und den Plan ihrer Anlagen behalten, in Vorräten und Warenlagern, in der gewerblichen Tüchtigkeit ihrer Eigentümer und Leiter. Eine Bank beruht ausschließlich auf Vertrauen. Einlagen und Kreditoren übersteigen das Mehrfache des eigenen Vermögens und sind bei aller Vorsicht der Veranlagung doch großen Fährnissen, der Möglichkeit jederzeitiger Rückforderung im allerschwierigsten Zeitpunkte ausgesetzt. Im Kriege aber haben sich gerade die Banken als außerordentlich widerstandsfähig, das Gebäude der Kreditorganisation als fest gefügt und unerschütterlich erwiesen. In Frankreich mußte das Moratorium, das die großen Institute schützt, soeben zum zwölften Male verlängert werden. Die Bankriesen des Pariser Platzes haben ihren schweren Hieb davongetragen und müssen enorme Verluste jahrelang fortschleppen. Die österreichischen Banken sind mit relativ kleinen Einbußen davongekommen. Die Rücklagen eines einzigen Jahresgewinnes waren das äußerste Ausmaß der als notwendig erachteten Abschreibungen, und auch von diesen im Verhältnis zum Impegno geringen Summen dürfte noch ein ansehnlicher Teil zurückfließen. Kapital und Reserve sind unversehrt geblieben, keine einzige von ihnen ist ertraglos geworden, der Krieg hat auch den Banken neue erhöhte Verdienstmöglichkeiten geboten, und die Institute schicken sich an, zu den hohen Dividenden vorausgegangener Friedenszeiten zurückzukehren.

In der Halbjahrsbilanz der Creditanstalt und sicherlich auch bei den anderen Banken zeigen Zinsen und Provisionen, diese Säulen des regelmäßigen Geschäftes, die höchsten Ziffern. Schon im ersten Kriegsjahre waren die Zinsen gewachsen; das war damals aber beinahe eine Naturnotwendigkeit. Die Kredite aus früherer Zeit liefen fort und mußten zu den höheren Sätzen verzinst werden, die sich an die gestiegene Bankrate anlehnten; die Schuldner konnten nicht an Rückzahlung denken, die Spannung zwischen Zinsfuß im Debet und Kredit war außergewöhnlich groß. Im zweiten Kriegsjahre ist das Kreditgeschäft weniger lukrativ, es ist aber größer geworden. Die kaufmännischen Schulden, für welche mehr als sechs bis sieben Prozent Zinsen berechnet wurden, sind mit gewaltigen Beträgen zurückgezahlt worden und bei manchen Banken auf einen Bruchteil ihres früheren Umfanges zusammengeschrumpft. Die Banken haben ihre Mittel zur Belehnung von Kriegsanleihe und Vorschüssen an den Staat verwendet, erzielen hiefür höchstens fünf Prozent an Zinsen, die verborgten Summen waren aber wesentlich größer und die Masse der Umsätze hat die Abschwächung im Ertrage der Zinsen wettgemacht. Aufstellungen des finanziellen Standes werden während des Jahres bei keinem Institute veröffentlicht, die Bilanzsummen müssen aber heuer bei allen Banken einen Ruck nach vorwärts gemacht haben. Das Wachstum des Geschäftes ist naturgemäß auch in einer Vermehrung der Provisionen zum Ausdrucke gekommen. Im Bankgeschäfte sind die Zinsen, trotzdem auch hier die Tüchtigkeit kommerzieller Direktoren bei der Wahl der Veranlagung wesentlich in die Wagschale fallen kann, doch der überwiegend fast mechanische Ausfluß des riesigen Verwaltungsvermögens. Einer der angesehensten Berliner Bankleiter pflegte zu sagen: Sie glauben nicht, wie gescheit die Milliarde fremden Geldes ist, die ich besitze. Die Provisionen sind dagegen der Niederschlag und der Lohn des Fleißes, des angestrengten Geschäftes des Tages, der Millionen von Umsätzen, für welche die im einzelnen Falle mäßige, in der Gesamtsumme sehr bedeutende Vermittlungsgebühr eingeht. Das kaufmännische Geschäft der Banken ist jetzt sehr eingeengt, der Barverkehr überwiegt; gleichwohl ist es gelungen, einen Ersatz auf anderen Gebieten zu finden. Zum Teile war dies im Warengeschäfte möglich, das wegen der großen Verkäufe vom Lager und des stürmischen Bedarfes nach den verschiedensten Gebrauchsgegenständen für Kriegführung und Versorgung des Hinterlandes einen ungewöhnlichen Umfang hat; die exzessiv hohen Preise haben, da sich die Gebühr nach der Geldziffer des Umsatzes richtet, die Provisionen der Warenabteilungen und Bankfilialen ausgedehnt. Die Devisengewinne haben bei der Creditanstalt, trotzdem der Verkehr schon seit dem Februar in der Devisenzentrale vereinigt ist, im ersten Halbjahr nur einen kleinen Rückgang erlitten und sind noch immer, vom vorigen Jahre abgesehen, die höchsten seit zwanzig Jahren. Im Rahmen des großen Bankgeschäftes spielen die Gewinne aus fremden Zahlungsmitteln jetzt allerdings eine bescheidene Rolle. Die Devisendirektoren waren früher bei den Banken wegen ihrer Fachkenntnis und Geschicklichkeit die maßgebenden Mitglieder des Vorstandes. Im Jahre 1885 stellten bei der Creditanstalt die Devisengewinne ein Viertel der ganzen Zinsen und mehr als die Hälfte der Provisionen dar. Jetzt sind die Gewinne der Creditanstalt aus dem Umsatz von Valuten trotz der im Kriege gesteigerten Ziffer von 600.000 Kronen doch nur drei Prozent von Zinsen und Provisionen; das Devisengeschäft erfordert noch immer Geist und Tüchtigkeit, kommt aber für den Gesamtgewinn nicht mehr wesentlich in Betracht.

In höherem Maße gilt das von den außerordentlichen Gewinnen aus Effekten und Konsortialoperationen. Sie sind der Schauplatz für das eigentliche große Finanzgeschäft, das sich die leitenden Direktoren gewöhnlich selbst vorbehalten und nicht nur als Frage materiellen Erfolges, sondern auch des Prestiges ihres Instituts betrachten. Aus der Halbjahresbilanz der Creditanstalt ist jetzt erst bekannt geworden, daß die Effekten- und Syndikatsgewinne des Instituts im ersten Semester des vorigen Jahres unter die Ziffer von einer Viertelmillion Kronen gesunken waren. Jetzt hat sich das Blatt gewendet, die Kurse sind zumeist höher als vor dem Kriege, bergen vielfach sehr große Gewinne; die Abschreibungen haben sich in den meisten Fällen als überflüssig erwiesen, der lebhafte Verkehr gab die Möglichkeit der Abstoßung vom Lager mit sehr reichem Nutzen. Daß Pakete von Effekten, die noch immer in der ersten Hand sind, gesucht werden, beweist, wie hoch die Unternehmungslust des Publikums eingeschätzt wird, die bei dem eng begrenzten Vorrat an industriellen Aktien immer wieder auf die alten Werte zurückgreifen muß und diese zu oft stürmisch gesteigerten Preisen bezahlt. Charakteristisch für die heurigen Bankbilanzen ist auch die Erhöhung der Lasten, die bei der Creditanstalt mehr als die Hälfte des gesamten Gewinnes aufzehren. Die Verhältnisse sind heuer in zweifacher Richtung außerordentlicher Natur: an Gehalten haben die Banken im Kriege einen verdoppelten Aufwand zu tragen, für die ins Feld berufenen Beamten und ihre Familien und gleichzeitig auch für das Ersatzpersonal zu sorgen. Eine bleibende Beschwerung sind die erhöhten Steuern, die allerdings heuer exzeptionell groß sind, weil die Kriegszuschläge für zwei Jahre aus dem günstigen Erträgnisse gedeckt werden. Im Verhältnisse zu der gewaltigen Ausdehnung des Geschäftsumfanges sind die Lasten gleichwohl nicht übermäßig gewachsen, das erweiterte Geschäft wird mit dem bisherigen Apparat geführt.

Die wiedererwachte Vorliebe des Publikums für Aktien hat auch die Banken veranlaßt, ihre eigenen Mittel durch Vermehrung des Aktienkapitals zu stärken. Die Creditanstalt und die Bodenkreditanstalt haben bereits im Frühjahr die vor dem Kriege beschlossenen Kapitalserhöhungen durchgeführt, die Anglobank, die von der Kriegskonjunktur in besonders großem Umfange Nutzen gezogen hat, will jetzt den Plänen zur Aktienemission näher treten und zunächst die formelle Genehmigung der Generalversammlung erbitten. Kapitalserhöhungen haben die Banken in früheren Perioden vorgenommen, um ihr Geschäft auszudehnen; sie errichteten Filialen, legten sich neue Betriebe zu, stellten ihre Kreditierung und ihre industrielle Position auf eine erweiterte Grundlage, für welche durch die Einzahlungen auf die ausgegebenen Aktien die Mittel geschaffen werden sollten. Von alledem ist jetzt keine Rede; neue Filialen werden nicht in Aussicht genommen, das kaufmännische Geschäft erfordert keine größeren Mittel. Den Banken sind aber in stürmischem Tempo Einlagen zugeflossen. Vor dem Kriege betrugen die Spareinlagen der Wiener Großbanken eine halbe Milliarde Kronen, jetzt nähern sie sich der Milliarde, und die Banken sind vergebens bemüht, dem Anschwellen durch eine Herabsetzung des Zinsfußes Einhalt zu tun, um die Gelder den Anlagen in Renten und Kriegsanleihen zuzuführen. Das von den Statuten vorgeschriebene Verhältnis des eigenen Kapitals zu den Einlagen ist längst überschritten; die Banken haben Erleichterungen der Aufsichtsbehörde durchgesetzt und die neuen Aktienemissionen werden wenigstens zum Teile mit der Notwendigkeit begründet, ein richtiges Verhältnis zwischen fremden und eigenen Mitteln wieder herzustellen. Allerdings sind täglich rückziehbare Einlagen ein leicht entschwindendes Gut; nach dem Frieden werden sich die Vertreter der Industrie und des Handels, die jetzt die Erlöse für die ausverkauften Lager in barem Gelde bei den Banken besitzen und keine Verwendung für solche Mittel haben, bald wieder melden und ein sehr großer Bedarf nach Anlage- und Betriebskapital wird eine rasche und starke Verminderung der Einlagen bei den Banken bewirken. Für solche stärkere Abhebungen der jetzt hinterlegten Summen wollen die Banken durch Vermehrung ihres Kapitals Vorsorge treffen, wo die Möglichkeit des leichten Absatzes vorhanden ist. Den Aktionären müssen sie vielleicht zunächst etwas mehr an Dividenden vergüten, als sie mit dem Gelde erzielen können, sie zahlen aber für die Zwischenzeit eine mäßige Wartegebühr, um die im Frieden sich bietende erste Gelegenheit sofort auszunützen und gerüstet auf dem Platze zu sein. Die Kapitalsvermehrungen der Banken sind Vorbereitungen für den Frieden.

# Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 24. September.

## Kriegskonjunktur.

Die Abschlüsse der Alpinen Montangesellschaft, der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, der Kreditanstalt und schließlich die Kapitalserhöhung der Anglo-Oesterreichischen Bank: das sind vier Dinge, von denen man in Anlehnung an den alten Satz, es sei nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe machen, vorweg annehmen müßte, daß sie etwas ganz verschiedenes bedeuten. Aber in diesem Falle kommt es bei diesen vier Dingen, so verschieden sie untereinander sind, doch auf Eines hinaus, auf dasselbe, auf die Kriegskonjunktur. Die Industrie und mit ihr das dieser nahestehende Bankwesen lebt jetzt eigentlich vom Kriege, den man sonst für alles eher als einen Lebensspender angesehen hat. Die Anlagen und Betriebe der großen Montanwerke sind gegenwärtig so sehr mit Aufträgen überhäuft, daß die Vollausnützung der Werke schon jetzt bis weit in das nächste Jahr gesichert ist. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht auch unsere Industrie es verstanden hätte, ihre Lebensinteressen mit denen des Krieges in Uebereinstimmung zu bringen, sich also den Anforderungen des Krieges durchaus anzupassen. Der Betrieb ist allerdings wesentlich teurer geworden, den die Roh- und Hilfsstoffe sind in den Anschaffungskosten überaus hoch gestiegen, und mit ihnen auch der Personalaufwand. Und für das Uebrige sorgt dann noch begreiflicherweise das Geldbedürfnis des Staates, der die Geldansprüche des jetzt größten Arbeitgebers, des Krieges, zu befriedigen hat. Er muß sie befriedigen, ebensosehr zur Sicherung des Zinsendienstes der bisher aufgenommenen Kriegsanleihen, wie zur Vorbereitung etwa später folgender neuer Ansprüche. Und solche Ansprüche stellt ja nicht bloß der Krieg, sondern auch die Zukunft, in deren Schoß sich der Frieden birgt. Dann wird es gelten, bei der militärischen Rüstung des Reiches all das wieder zu ersetzen, was der Krieg verbraucht hat, und ebenso in der zivilen Verwaltung all das einzubringen und nachzuholen, was während des Krieges unvermeidlich zurückgestellt werden mußte. Schon von diesem Standpunkte aus läßt sich als ganz selbstverständlich voraussetzen, daß die jetzige Hochkonjunktur nicht mit dem dereinstigen Ende des Krieges abreißen, sondern auch noch über dieses hinaus vielleicht manches Jahr hindurch fortdauern wird. Der Kriegskonjunktur wird dann die Konjunktur der Wiederherstellung des Zerstörten und die Neuschaffung in all den Gebieten folgen, in denen die Kriegserfahrung wohl schon jetzt so manche Lücken aufgezeigt hat.

In diesem Sinne bekommt das Wort von der Uebergangswirtschaft denn auch eine ganz besondere Bedeutung. Es wird ein Uebergang von Werte zerstörenden Krieg, von Werte schaffenden Frieden werden müssen. Und da ein solcher Uebergang größte Ansprüche an das Kapital und dessen Markt stellt, so ist es ganz begreiflich, daß weit vorausschauende Bankpolitiker schon jetzt darangehen, sich diese Kraftmittel in ausreichendem Maße zu sichern. In diesem Sinne tritt nun die Anglo-Oesterreichische Bank an die Seite der Kreditanstalt und der Bodenkreditanstalt mit der Erhöhung ihres Aktienkapitals. Mit Recht sagt sich Präsident Dr. v. Landesberger: Bereit sein ist alles. Ist es klug, zum Kriege zu rüsten, wenn man den Frieden will, so ist es doch ebenso richtig und selbstverständlich, daß man außerdem auch den Frieden vorbereiten muß, der ja doch einmal kommen wird. Der Halbjahresabschluß der Kreditanstalt, der gestern veröffentlicht worden ist, bietet eigentlich die beste Erklärung für die Kapitalserhöhung auch in der Strauchgasse bei der Anglo-Oesterreichischen Bank. Dieser Halbjahresabschluß läßt in jedem seiner Posten erkennen, welch großen Aufschwung das Bankgeschäft genommen, wie weit sich dessen Umfang vergrößert hat. Ja, diese Erweiterung des Umfanges war vielleicht größer als die Steigerung des Ertrages des Geschäftes. Im Zinsenkonto entfällt ein großer Teil auf Kriegsanleihe-Debitoren, deren Beträge nur zu 5 Prozent anzurechnen sind. Wenn das gesamte Ergebnis sich bei alledem so zufriedenstellend gestaltet hat, so wurzelt dies ebensosehr in dem hohen Erträgnis der Industrie-Aktien der Banken, wie darin, daß der Geschäftsumfang selbst, wie wir schon betont haben, in so ganz außerordentlichem Maße gewachsen ist. Bei den Provisionen kommt begreiflicherweise speziell im Warengeschäfte das Preismoment zum Ausdrucke: die vielfachen Preissteigerungen auf dem Warenmarkte mußten bei der perzentuellen Bemessung der Provisionen ja selbstverständlich auch auf deren Gesamtergebnis vergrößernd einwirken. Das laufende Geschäft hat, das darf man ruhig sagen, in diesen zwei Kriegsjahren eine solche Steigerung erfahren, daß in ruhigen Zeiten wohl eine ganze Reihe von Jahren nötig gewesen wäre, um zur selben Zunahme des Geschäftes kommen zu lassen. Diese Riesenziffern der Kriegsbilanzen unserer leitenden Banken, jener Institute, die sich in dieser schweren, ernsten Zeit als wirkliche Grundpfeiler und Stützen der Volkswirtschaft des Reiches bewährt haben, diese Riesenziffern bilden denn auch den besten, den überzeugendsten Motivenbericht für die Kapitalserhöhungen dieser Institute. Und daß die Beträge dieser Kapitalserhöhungen, so wichtig und belangreich sie für die Institute, im vorliegenden Falle für die Anglo-Oesterreichische Bank sind, für den Markt selbst nicht ins Gewicht fallen, das bedarf wohl keiner längeren Begründung. Denn jetzt strotzt der Markt von anlagesuchendem Kapital und im übrigen haben wir uns ja in diesem Kriege, der nicht bloß Menschen, sondern auch Milliarden Geldes verbraucht, gewöhnt, in sehr vielstelligen Zahlen zu rechnen. So verschwindet denn auch ein solcher Kapitalsanspruch, wie die Anglo-Oesterreichische Bank ihn jetzt auf dem Markte zu stellen beabsichtigt, gegenüber den Ansprüchen des Staates auf ein Nichts. Und wenn es für die Folgerichtigkeit einer Sache bezeichnend ist, daß sie längst erwartet

Pester Lloyd
30./IX. 1916


# Wiener Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Wien, 29. September.

Durch die Herabsetzung des Zinsfußes der Banken für Einlagen von $3^3/_4$ auf $3^1/_2$ Prozent hat sich die Spannung zwischen dem Zinsfuß der Banken und dem der Sparkassen, sowie der diesen verwandten Spar- und Vorschußvereine noch verschärft. Es ist ja bekannt, daß die Sparkassen in Wien heute noch vier Prozent und die in der Provinz teilweise sogar mehr, bis $4^1/_2$ Prozent, an Zinsen vergüten. Wenn die Banken sich dennoch ziemlich rasch und leicht entschlossen haben, mit ihrem Zinsfuß herabzugehen, weil sie auf diese Weise die Rentensteuer überwälzen wollen, die sie ja seit jeher für ihre Kommittenten tragen, ist dies ein Beweis, daß sie glauben, nicht befürchten zu müssen, das viertel Prozent, welches sie nun neuerlich weniger bezahlen, könnte einen starken, für ihren Einlagenstand fühlbaren Abfluß nach den höher verzinsenden Instituten zur Folge haben. Es heißt allerdings, daß die Sparkassen gleichfalls mit einer Herabsetzung ihres Zinsfußes vorzugehen beabsichtigen, aber die Banken haben es in keinem Falle für nötig gefunden, das Ergebnis der diesbezüglichen Aktionen abzuwarten. Sie wissen sehr gut, daß sie bei der bekannten konservativen Gesinnung der Sparkasseleitungen, die ja in Oesterreich — im Gegensatz zu Ungarn — nicht auf Gewinn zu arbeiten haben, da sie hier keine Erwerbsunternehmungen sind, nicht mit Sicherheit auf eine baldige und fühlbare Verringerung der Spannung rechnen können. Die Erfahrung während des letzten Kriegsjahres hat sie aber gelehrt, daß sich die Psychologie, insbesondere des größeren Einlegers, vollständig geändert hat. Der Industrielle und der Kaufmann, die sonst schlaflose Nächte gehabt hätten, wenn eine Konjunktur unbenützt geblieben wäre, durch die ihnen die Verzinsung des für sie arbeitenden Kapitals auch nur um den Bruchteil eines Prozents höher geworden wäre, haben es vollkommen aufgegeben, einem viertel, ja sogar einem halben Prozent nachzulaufen. Je höher ihre Einlagen sind und je häufiger sie in die Lage kommen, sie zu erhöhen, umso mehr lassen sie sich ausschließlich von dem Gedanken der Bequemlichkeit und der mühelosen wie raschen Flüssigmachung des Geldes leiten. Da Unterschiede im Vertrauen, im Kredit, den die einzelnen Geldinstitute genießen, kaum mehr gemacht werden, so hängt die Wahl der Stelle, welcher die Einleger ihre flüssigen Kapitalien anvertrauen, fast ausschließlich von Gewohnheit, persönlicher Beziehungen und der Bequemlichkeit ab. Die neuen Kapitalisten sind ungemein großzügig und die alten, bei denen ja auch die Tradition ihrer Bankverbindung hinzukommt, folgen ihnen darin. So kommt es, daß die Banken ihren Entschluß, die Einlagen um ein viertel Prozent geringer zu verzinsen, in der Zuversicht machen konnten, daß ihr Entschluß eine größere Bewegung des Geldes, das heißt ein Abfließen erheblicher Beträge an höher verzinsende Institute nicht herbeiführen werde.

Die Psychologie des Einlegers muß natürlich ihren Zusammenhang mit allgemeineren Erscheinungen haben. Denn die Gleichgültigkeit des Kapitalisten gegen die Höhe des Zinsenertrages, den ihm sein Geld abwirft, ist an und für sich eine unnatürliche Erscheinung, die nur einer außergewöhnlichen Zeit entsprechen kann. Sie hängt natürlich mit der Unsicherheit aller wirtschaftlichen Verhältnisse im Kriege zusammen, die es dem Kapitalisten als die wichtigste Forderung erscheinen läßt, jederzeit die Hand auf sein Geld zu beliebiger Verwendung legen zu können. Gegenüber den Möglichkeiten, die sich ihm jeden Augenblick bieten können, spielt eine etwas höhere oder niedrigere Verzinsung im Geldinstitut keine Rolle. Etwas von dieser Großzügigkeit gegenüber kleineren Geldbeträgen hat die allgemeine Teuerung der unentbehrlichen Bedarfsartikel ja auch dem Nichtkapitalisten aufgezwungen, bis zu einer gewissen Grenze selbst jenen, die, wie man sagt, von der Hand in den Mund leben. Das Mißverhältnis zwischen ihrem normalen Haushaltsbudget, das sie sich im Frieden selbst nach ihren Einkünften gestellt haben und den Ausgaben, zu denen sie heute auch bei der äußersten Einschränkung ihrer Bedürfnisse gezwungen sind, macht sie teilweise unempfindlich gegen Beträge, die ihnen vorher als erheblich erschienen wären. Auch das Denken und Trachten des kleinen Mannes, ist vor allem darauf gerichtet, sich das, was er nicht entbehren kann, um jeden Preis sicherzustellen, das heißt nicht in erster Linie wirtschaftlich zu leben, sondern ohne alle Rücksichten, die er sonst in einem normalen Friedensbudget hochhält, durchzuhalten. Es hat sich also gezeigt, daß die Not zwar beten, aber nicht rechnen lehrt. So groß der Unterschied zwischen dem Kapitalisten ist, der auf einen Zinsenmehrertrag verzichtet, um rasch alle Möglichkeiten ausnützen zu können, die ihm flüssiges Geld verschaffen kann, und dem armen Teufel, der nicht mehr rechnet, weil ihm das Rechnen ohnedies nichts hilft, die Psychologie, aus der heraus die Empfindlichkeit beider gegen den Wert kleinerer Geldbeträge verringert wurde, hat ganz ähnliche Gründe.

Bei dieser Sachlage wirft sich vor allem die Frage auf, warum die Sparkassen und die Kreditinstitute der Herabsetzung des Zinsfußes für Einlagen nicht oder doch nur zögernd folgen. Man muß annehmen, daß auch sie, ja sie vielleicht am allersichersten, ein Abströmen des Geldes nicht zu befürchten hätten, denn die Psychologie der kleinen Einleger, insbesondere in der Provinz, hätte ihnen auch in Friedenszeiten ihre Klientel ziemlich unversehrt bewahrt. Für den kleinen Provinzeinleger ist der Zinsfuß seines heimischen Institutes eine Tatsache, an der er nur selten mäkelt, gleichsam ein Gesetz, dem er sich widerspruchslos unterwirft. Das Beharren dieser Institute bei ihrem Zinsfuß, mit dem sie jetzt ziemlich schlecht fahren, ist also nur konservative Gesinnung, die, wie bereits erwähnt, dadurch ermöglicht wird, daß diese Institute ja fast durchaus nicht auf Gewinn berechnet sind. Sie machen sich die Erfahrungen der großen Banken nur langsam zueigen und haben die große Aengstlichkeit, von der sie seit Kriegsbeginn erfüllt waren, noch nicht ganz abgelegt. Sie fürchteten, durch die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse, durch die Kriegsanleihen usw. zu rasch blutleer zu werden, hätten sich aber doch schon davon überzeugen können, daß sich die Gelder, die ihnen entzogen wurden, bisher immer wieder rasch und reichlich ersetzt haben. Die Einlagen sind überall im Steigen und damit auch die Sorgen dieser Institute, die ihnen zuströmenden Kapitalien so anzulegen, daß sie ihren hohen Zinsfuß für Einlagen einhalten könnten. Die bisherigen Kriegsanleihen haben, wie erwähnt, das Zuströmen der Einlagen in keiner Weise gehemmt, und so wird es auch bei einer neuen Kriegsanleihe nicht auf den etwas erhöhten Anreiz ankommen, den die jetzige Zinsfußherabsetzung der Einlagen für die weit höher verzinsliche Kriegsanleihe mit ausüben soll. Für denjenigen, der Kriegsanleihe nicht aus patriotischen Gründen zeichnet, sondern sie als Anlagepapier behandelt, ist sie eine Anlage für den künftigen Frieden. Der Einleger aber denkt an die Verwertung seines Geldes noch während der gegenwärtigen Kriegszeit.

In einem gewissen Zusammenhang mit diesen Ausführungen steht auch die Kapitalsvermehrung der drei großen Banken, die bei der Bodenkreditanstalt und bei der Kreditanstalt bereits durchgeführt ist und bei der Anglobank sich in Vorbereitung befindet. Es ist klar, daß diese Institute das erhöhte Kapital in ihrer gegenwärtigen Lage nicht brauchen, ja daß sie im Gegenteil damit eine erhöhte Zinsenlast auf sich nehmen, ohne durch die neuen Kapitalien ihre Geschäfte entsprechend ausdehnen zu können. Wenn, um ein Beispiel zu nennen, die Kreditanstalt ihre neuen Aktien zum Kurse von 575 aufgelegt hat und eine Dividende von 34 Kronen pro Aktie in Aussicht stellt, so verpflichtet sie sich zu einer sechsprozentigen Verzinsung, während sie sich selbst das neue Kapital kaum mit mehr als fünf Prozent wird verzinsen können. Der Gedanke, der die Banken bewogen hat, dessenungeachtet jetzt an den Markt heranzutreten, kann also nur der sein, daß sie die Marktlage jetzt für besonders günstig, das Publikum gegenüber neuen Aktien ihrer Institute für besonders aufnahmsfähig halten und gern die Zinsendifferenz draufzahlen, um die Kapitalien, die sie jetzt erhalten können, in dem Augenblick in der Hand zu haben, in dem sie dafür reichliche gewinnbringende Verwendung zu haben hoffen, das heißt nach Friedensschluß. Sie sind fest überzeugt, dann reichlich hereinbringen zu können, was sie heute auf die Beschaffung der Kapitalien verwenden müssen, wobei ihnen zugute kommt, daß sie aus ihren anderweitigen Gewinnen und ihren Gewinnreserven leicht den Verlust an Zinsen decken können, der sich ja so ziemlich übersehen läßt. Hier hat also die Bank die Gelegenheit ergriffen, dem Einleger seine Großzügigkeit, mit der er auch bei geringerem Zinsenertrag bei ihr ausharrt, nachzumachen und gleichfalls ein Opfer dafür zu bringen, um im richtigen Augenblicke möglichst viel Kapitalien möglichst leicht verfügbar zu haben. Während der Einleger aber dabei Kriegspsychologie betätigt, treibt sie schon Friedenspsychologie.

Dr. H. L.

Neues Wiener Tagblatt 1./X. 1916



# Das Geld als Waffe.

Hindenburg hat den Ausspruch getan: „Wir werden die Feinde nicht nur mit dem Schwerte, sondern auch mit dem Gelde schlagen. Das wird die Kriegsanleihe beweisen." Und der Berliner Oberbürgermeister Wermuth sagte anläßlich der neuen Kriegsanleihe: „Das Vaterland ruft auf, ihm die neue Waffe, deren es bedarf, schmieden zu helfen." Nächsten Donnerstag 1 Uhr mittags werden die Zeichnungen auf die fünfte deutsche Kriegsanleihe geschlossen. An demselben Tage beginnen in Frankreich die Zeichnungen auf die dortige Kriegsanleihe. Ihre Höhe ist nicht beschränkt, man hat auch das den Deutschen und uns nachgemacht. Von allen kriegführenden Staaten hat Frankreich die meisten sehr kurzfristigen Schuldscheine im Umlauf. Seine jetzige Anleihe ist der Versuch, möglichst viel in langfristigen Obligationen unterzubringen. Auch England und Rußland rüsten zu neuen Anlehensemissionen. Man hatte sich in Großbritannien eingebildet, daß man eine kolossale Uebermacht auf dem finanziellen Gebiete besitze, und drückte dies bekanntlich durch das geflügelte Wort aus: Mit silbernen Kugeln werde England den Feind niederzwingen. Man verstand darunter in London auch die Subventionen, mit denen man die Bundesgenossen, besonders die kleinen, Belgien, Serbien, Montenegro und die an der Seite Englands am Kriege teilnehmenden Kolonien, Kanada, Australien usw., unterstützen werde, und diese Subventionen sind tatsächlich bereits bis zur Höhe von Milliarden angeschwollen. Frankreich sah sich, da es bis zum Kriege als ein Land von unerschöpflichem Reichtume galt, genötigt, ebenfalls zur Unterstützung der Bundesgenossen tief in seine Tasche zu greifen. Aus dem letzten Wochenausweis der Bank von Frankreich ist ersichtlich, daß darin ein Posten von rund 1400 Millionen Franken unter dem Titel „Vorschüsse an die Verbündeten" sich vorfindet. Selbstverständlich hat der französische Staat für diese Vorschüsse, welche seine Notenbank den Bundesgenossen gewährt hat, die Garantie übernehmen müssen. Ob sie jemals an ihn werden zurückgezahlt werden können, ist sehr die Frage. Jedenfalls bilden sie für den französischen Staat eine sehr dubiose Post. Vor einigen Wochen ging durch die feindlichen Blätter die sensationelle Meldung, der russische Finanzminister Bark habe auf seiner Fahrt nach Paris und London zuwege gebracht, daß dem russischen Staate eine 20-Milliarden-Anleihe in England und Frankreich gesichert sei. Diese Ausstreuung mußte bei den Schwierigkeiten, die England und Frankreich bei Aufbringung ihrer eigenen Kriegskosten haben, den begründetsten Zweifeln begegnen. Es stellt sich jetzt heraus, daß diese Meldung nichts weiter als ein Manöver war, die Mittelmächte zu verblüffen und einzuschüchtern. Daß sie, wie man gleich argwöhnte, nur ein Bluff war, zeigt sich darin, daß Rußland Geld im Auslande höchstens dort findet, wo es Schulden für Heereslieferungen zu bezahlen hat, nämlich in Amerika und Japan. Bares Geld auf die Hand strömt aus dem Auslande nicht zu ihm hinein.

Amerika ist überhaupt für die Entente ein Finanzzentrum geworden. Zugunsten New-Yorks haben Paris und London abdizieren müssen. Die Feindesländer erscheinen in Amerika als Bittsteller und müssen sich demütigenden Bedingungen unterwerfen. Vor sechs Wochen mußte Frankreich in New-York hundert Millionen Dollar Effekten neutraler Staaten hinterlegen, um dort Kredit zu erlangen. Und zwei Tage später schloß England ebenfalls in den Vereinigten Staaten eine Anleihe von 250 Millionen Dollar gegen Sicherstellung durch amerikanische Effekten ab. Auch das stolze Albion mußte ein Pfand hinterlegen, und zwar nicht in seinen eigenen Staatspapieren. Um diese Pfänder aufzutreiben, mußten sowohl Frankreich als England sich die Papiere von ihren Besitzern unter ganz merkwürdigen Bedingungen ausleihen. Das englische Schatzamt vergütet während der Dauer der Hinterlegung den Eigentümern der ausgeborgten Papiere außer dem Betrage der ihnen gehörenden Coupons noch darüber hinaus ein halbes Prozent und verpflichtet sich, ihnen seinerzeit entweder Papiere von derselben Art zurückzugeben oder den Hinterlegungswert ihres Besitzes zuzüglich einer Vergütung von fünf Prozent auszuzahlen. Noch nie hat sich das Dichterwort: „Amerika, du hast es besser", so wahr erwiesen, wie in diesem Weltkriege. Die Vereinigten Staaten werden unermeßlich reich und sind auf dem besten Wege, aus einem Schuldnerstaat ein Gläubigerstaat zu werden. Die Stadt Paris hat soeben auch eine Dollaranleihe abgeschlossen, für die sie nominell 6 Prozent, in Wahrheit aber noch mehr an Zinsen zahlen muß. London, Liverpool, Manchester, Birmingham bemühen sich ebenfalls, in Amerika zu pumpen, aber die vorsichtigen Amerikaner verlangen sichere Pfandobjekte, und darüber konnte man sich bisher nicht einigen. Die Gemeinde Wien dagegen konnte bekanntlich vor einigen Monaten eine Anlehenstransaktion in wenigen Tagen im heimischen Bereich mit glänzendem Erfolg durchführen. Beinahe 11 Milliarden Kronen waren im letzten Budgetjahr der Ueberschuß der Ausfuhr Amerikas über seine Einfuhr. Eine New-Yorker Bank ging sogar mit dem Plan um, Zweigniederlassungen in Rußland zu errichten. Aber dagegen wehren sich die russischen Banken aus Leibeskräften.

Interessanter noch als dieses amerikanische Bankprojekt ist, was über ein englisches Bankprojekt verlautet. Die englischen Geldinstitute, die bisher fast nur das Bankier- und Depositengeschäft betrieben, sehen es mit scheelen Augen an, welche Erfolge die deutschen und österreichischen Banken auf dem industriellen Gebiete erzielt haben, und verkennen nicht, welche Dienste hiedurch auch den Mittelmächten geleistet worden sind. Also wieder etwas, was sie zur Nachahmung reizt. Gerade jetzt sind die Semestralbilanzen der Bodenkreditanstalt und der Kreditanstalt erschienen, welche neuerdings dartun, wie sehr die intensive Pflege der Industrie nicht nur diesen großen und vornehmen Instituten genützt hat. Indem sie sich und die zu ihrer Gruppe gehörenden Industriegesellschaften in den Dienst des Staates stellten, haben sie wesentlich dazu beigetragen, daß ganz im Gegensatze zu den feindlichen Staaten unsre heimische Industrie ausgerüstet und befähigt war, ohne ausländische Hilfe durch die Produktion im eigenen Lande allen Anforderungen zu genügen. Um in England wenigstens einigermaßen die Lücke auszufüllen, welche durch den Mangel eines industriellen Finanzierungsgeschäftes der dortigen Banken entstanden ist, hat eine von der englischen Regierung eingesetzte Kommission den Vorschlag gemacht, eine britische Handelsbank mit großem, mindestens 240 Millionen Kronen betragenden Kapital ins Leben zu rufen, die unter anderm eine Konkurrenz gegen die deutschen Farbenfabriken durch Gründung ähnlicher Industrieunternehmungen in ihr Programm aufnehmen soll. Aber was in vielen Friedensjahren versäumt worden ist, läßt sich nicht von heute auf morgen durchführen. Die Londoner Finanzwelt, die sonst nicht genug Worte findet, zum Kampf gegen Deutschlands Handel und Industrie wie zu einem heiligen Krieg aufzurufen, verhält sich merkwürdigerweise diesem offiziellen Bankgründungsplan gegenüber geradezu ablehnend. Sie fürchtet das Risiko, das mit den Kinderkrankheiten industrieller Unternehmungen verbunden ist, besonders solcher, die einen Industriekrieg mit Deutschland führen sollen, und zeigen sich wenig geneigt, Aktien der projektierten Bank zu zeichnen. Das Geld, welches ja nach den prahlenden Ausführungen Asquiths, Greys und Lloyd Georges die Hauptwaffe der Engländer ist, wollen sie für Gründungen zweifelhaften Erfolges nicht aufwenden. Und da redet man an der Themse von einem Wirtschaftskrieg nach dem Friedensschluß. Die Mittelmächte fürchten ihn nicht.

Fremdenblatt
12./X. 1916

43

# Die Kapitalserhöhung der Anglo-Oesterreichischen Bank.

### Außerordentliche Generalversammlung.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Professor Doktor Julius v. Landesberger fand gestern eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Anglo-Oesterreichischen Bank statt, um über den Antrag des Generalrates betreffend die Erhöhung des Aktienkapitals von 100,000.080 Kronen auf 130,000.080 Kronen Beschluß zu fassen. Als Regierungsvertreter fungierte der landesfürstliche Kommissär Ministerialrat Dr. Karl Wanschura, als Schriftführer Generalsekretär Siegfried Rosenbaum. Auch Notar Dr. Karl Wagner wohnte der Generalversammlung bei. Anwesend waren 74 Aktionäre, die 119.625 Aktien mit 4785 Stimmen vertraten. Der Vorsitzende teilte zunächst einen Erlaß des Ministeriums des Innern vom 5. Oktober mit, wonach aus dem durch die bekannten Verhältnisse bedingten Unterbleiben der Publikation der Generalversammlung in einer Londoner Zeitung ein Anstand in bezug auf die Formgiltigkeit der Generalversammlung nicht abgeleitet werden wird. Vor Eingehen in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Generalrate Adolf Klein einen überaus warmen Nachruf, in welchem er die hervorragenden Eigenschaften des Verblichenen, sowie seine unermüdliche dem Institute geweihte Tätigkeit in herzlichen Worten würdigte.

Zum Gegenstand der Tagesordnung machte Präsident Dr. Julius v. Landesberger die Mitteilung, daß der Generalrat an die Regierung das Ersuchen gestellt habe, dem Institute statutarisch das Recht einzuräumen, das Aktienkapital bis zum Betrage von 150 Millionen Kronen ohne formelle Genehmigung der Staatsverwaltung zu erhöhen, hiebei aber die Erklärung abgegeben habe, daß die Bank vorerst lediglich eine Kapitalserhöhung um 30 Millionen Kronen im Auge habe. Der Präsident brachte den zustimmenden Erlaß der Regierung zur Kenntnis der Versammlung. Der Zeitpunkt der Ausgabe, sowie die Festsetzung der Modalitäten der Begebung der neuen Aktien werden dem Generalrate überlassen. Nach einstimmiger Annahme der Anträge des Generalrates erklärte der Vorsitzende, daß der Generalrat von der ihm erteilten Ermächtigung in der allernächsten Zeit Gebrauch machen, daß die Verwaltung auch diese Emission in bezug auf die Aufnahmsfähigkeit des Marktes durch Abmachungen zu sichern bestrebt sein werde, daß aber die Absicht bestehe, das Bezugsrecht der Aktionäre weiter auszugestalten, als das bei den letzten Emissionen der Fall gewesen sei.

### Die Begründung der Kapitalserhöhungstransaktion.

Präsident Professor Dr. Julius v. Landesberger führte zur Begründung der Kapitalserhöhungstransaktion aus: Die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung ist formell ein ungewöhnlicher Schritt in der Praxis unseres Institutes, der jedoch durch die Verhältnisse solchermaßen begründet und gerechtfertigt erscheint, daß er in allen finanziellen und geschäftlichen Kreisen vollem Verständnis begegnet ist. Denn die Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals der Anglo-Oesterreichischen Bank von 100 Millionen auf 130 Millionen Kronen, zu der ich Sie heute im Namen des Generalrates einlade, ergibt sich einerseits durchaus als Resultante aus der geschäftlichen Entwicklung der Anglo-Oesterreichischen Bank, wie sie sich anderseits auch in jener Linie bewegt, welche durch die Vorbereitung für die zukünftige Arbeit im Frieden vorgezeichnet ist.

Was den ersteren Gesichtspunkt betrifft, so wollen Sie mir gestatten, in einigen Zügen die bisherige Entwicklung und Gestaltung unserer Bank und der ihr zur Verfügung stehenden Mittel darzustellen. Schon unter meinem Vorgänger stellte sich wiederholt die Notwendigkeit heraus, in Anpassung an den wachsenden Umfang und die steigende Bedeutung des Geschäftskreises unseres Institutes eine Kapitalserhöhung durchzuführen. Die Anglo-Oesterreichische Bank erhöhte im Jahre 1906 ihr Aktienkapital von 48 auf 60 Millionen Kronen und besaß nach dieser Kapitalserhöhung im ganzen 71 Millionen Kronen, ausgewiesene eigene Mittel, denen eine Bilanzsumme von 358 Millionen Kronen gegenüberstand. Dieser Kapitalserhöhung waren lange Jahre vorausgegangen, in denen die Bank zwar eine gesunde Entwicklung nahm, für die jedoch ihr altes Kapital genügt hatte. Dagegen wurde es schon wenige Jahre nach 1906 notwendig, das Aktienkapital neuerlich zu erhöhen, und zwar erfolgte diese Erhöhung im Jahre 1910 und im Jahre 1911 um je 20 Millionen Kronen. Nach der Kapitalserhöhung des Jahres 1911 verfügte die Anglo-Oesterreichische Bank über 100 Millionen Kronen Kapital und 22,7 Millionen Kronen Reserven und schloß ihre Bilanz mit 613 Millionen Kronen ab. Diese im Laufe der wenigen Jahre wiederholt erfolgten Kapitalserhöhungen haben dank den besonderen Abmachungen, welche wir jeweils treffen konnten, die Bewertung und Marktgängigkeit der Anglo-Aktien nicht beeinträchtigt, anderseits die Entwicklung des Institutes wesentlich gefördert. Denn ich sage Ihnen wohl nichts Neues, meine Herren, wenn ich darauf hinweise, daß auch seit dem Jahre 1911 die Umsatzziffern unserer Bank ununterbrochen angewachsen sind, wobei insbesondere die Dezentralisierung unseres Geschäftes durch die Eröffnung von Filialen und Wechselstuben fortschritt und unser laufendes Geschäft, ebenso wie die volkswirtschaftliche und finanzielle Bedeutung unseres industriellen Konzerns, sich stetig erweiterte. Zur Illustration darf ich aber vielleicht anführen, daß als wir im Jahre 1914 bei der ordentlichen Generalversammlung uns Ihre Ermächtigung zur Vermehrung des Aktienkapitals um 20 Millionen Kronen auf 120 Millionen erbaten, die Bilanzsumme 750,7 Millionen Kronen, daher mehr als die doppelte Höhe jener Bilanzsumme erreicht hatte, welche im Jahre 1906 bei einem Kapitale von 60 Millionen Kronen bestanden hatte und um rund eine viertel Milliarde Kronen höher war als die Bilanzsumme des Jahres 1910, auf Grund deren Sie dem Generalrate die letztvorerwähnte Ermächtigung zur Erhöhung des Aktienkapitales erteilt hatten.

Die kurz nach der Generalversammlung des Jahres 1914 eingetretenen weltbewegenden Ereignisse ließen eine Erhöhung des Aktienkapitales damals nicht als opportun und durchführbar erscheinen. Wir haben daher, wiewohl der Beschluß der Generalversammlung wegen Erhöhung des Aktienkapitals auch staatlicherseits bereits die Genehmigung erhalten hatte, von diesem Ihrem Beschlusse keinen Gebrauch gemacht, sondern im Jahre 1915 die uns erteilte Ermächtigung in Ihre Hände zurückgelegt, weil wir während einer so außerordentlichen und ungewöhnlichen Epoche es der Generalversammlung anheimstellen wollten, zu beurteilen, ob eine Kapitalserhöhung als angemessen und gerechtfertigt erscheinen würde. Dabei galt es uns auch als wichtig, einen Zeitpunkt abzuwarten, in welchem vom Standpunkte der Bewertung der Aktien und der Aufnahmsfähigkeit des Marktes diese Operation als eine durch die Verhältnisse getragene und aussichtsreiche erscheinen würde, so daß sich die Interessen des Instituts mit jenen der Aktionäre am besten vereinigen lassen würden. Wir glauben, daß dieser Zeitpunkt nunmehr gekommen ist.

Während dieser Periode ist aber die Anglo-Oesterreichische Bank auf ihrer Bahn keineswegs stillgestanden. Der Geschäftsumfang hat sich ganz außerordentlich erweitert. Ich bemerke ausdrücklich, daß dies nicht bloß von der Ausdehnung des industriellen Konzerns gilt, geschweige denn bloß von der Erweiterung des Kriegsindustriekonzerns, sondern daß auch das laufende Geschäft der Anglo-Oesterreichischen Bank, das eigentliche Bankgeschäft, extensiv und intensiv und in gesteigertem Entwicklungstempo beträchtlich zugenommen hat. Die Bilanz, die wir Ihnen in der ordentlichen Generalversammlung für das Jahr 1915 vorgelegt hatten, enthielt nicht die Ziffern der Londoner Niederlassung und summierte sich gleichwohl mit dem Betrage von 947,4 Millionen Kronen, das heißt um nahezu zweihundert Millionen Kronen, genauer gesprochen 196,7 Millionen Kronen höher als die letzte per 31. Dezember 1913 aufgenommene Friedensbilanz. Würden die Londoner Ziffern auch nur approximativ eingestellt worden sein, so hätte die Bilanzsumme die Milliarde beträchtlich überschritten. Ich glaube nun sagen zu dürfen, daß diese Entwicklung auch im Laufe des Jahres 1916 angedauert hat. Dieselbe umfaßte schon im Frieden alle Zweige des Bankgeschäftes und bewahrte auch im Kriege diesen allgemeinen Charakter, soweit nicht durch die Kriegswirtschaft selbst manche Gebiete banktechnischen Schaffens in den Vordergrund gerückt, andere aber in ihrer relativen Bedeutung zurückgedrängt worden sind. In welch hohem Maße die Anglo-Oesterreichische Bank auch während des Krieges den ihr durch den letzteren gestellten finanziellen und kreditwirtschaftlichen — ganz abgesehen von den kriegsindustriellen — Aufgaben gerecht worden ist, wird durch ihre Betätigung für die Aufbringung der Kriegsanleihen illustriert. Durch die Vermittlung der Anglo-Oesterreichischen Bank sind gezeichnet worden bei der ersten österreichischen und ungarischen Kriegsanleihe 190 Millionen, bei der zweiten 240 Millionen, bei der dritten 470 Millionen und bei der vierten 575 Millionen Kronen, zusammen nahezu eineinhalb Milliarden Kriegsanleihe, eine Ziffer, deren Größe Ihnen die Höhe der Organisation und das Ausmaß der Arbeitsleistung vergegenwärtigen kann, die im laufenden Geschäft, ungeachtet der Behinderung durch den Krieg, namentlich der Entziehung des Personales zu Kriegsleistungszwecken erreicht werden konnte und die, wie Sie sehen, auch während des Krieges eine steil nach oben sich erhebende Kurve eingehalten hat. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf bei diesem Anlasse wohl auch anführen, daß die Ertragsziffern des ersten Semesters 1916 — soweit sie uns vorliegen und die im Wesen als Ergebnisse des laufenden Geschäftes anzusprechen sind — gegenüber den Ertragsziffern des ersten Semesters 1915 eine namhafte Erhöhung aufweisen.

Wir waren nun jederzeit bestrebt, parallel mit der eben geschilderten Entwicklung des Umfanges unseres laufenden Geschäftes auch an die Vermehrung der eigenen Mittel aus den Geschäftsergebnissen zu schreiten. Wir haben, meine Herren, im Jahre der letzten Kapitalserhöhung, im Jahre 1911, einen Gewinnsaldo von 10¹/₄ Millionen Kronen ausgewiesen, im Jahre 1915 einen Gewinn von 15 Millionen Kronen. Wir haben die offenen Reserven inklusive der Erhöhung des Gewinnvortrages dotiert im Jahre 1911 mit 1,6 Millionen Kronen, im Jahre 1912 mit 2¹/₂ Millionen Kronen, im Jahre 1913 mit 3,2 Millionen Kronen, im Jahre 1914 haben wir eine Kriegsverlustreserve von 5 Millionen Kronen geschaffen und 1 Million Kronen dem Reservefonds und Gewinnvortrag überwiesen, im Jahre 1915 3,7 Millionen Kronen in die Reserven eingestellt. Die aus den Ergebnissen des Geschäftsbetriebes, der, wie Ihnen erinnerlich sein dürfte, immer nur das laufende Geschäft umfaßte, an ausgewiesenen dauernden Mitteln unserem Institute zugeführten Beträge summieren sich seit der letzten Kapitalserhöhung in fünf Jahren mit 17 Millionen Kronen und betragen daher über 40 Prozent jener Reserven, welche die Anglo-Oesterreichische Bank überhaupt während ihres Bestehens angesammelt hat.

Wir sehen uns gleichwohl, meine Herren, vor den Anlaß gestellt, Sie einzuberufen, um die Frage der Kapitalserhöhung Ihrer Beschlußfassung zu unterbreiten, weil wir nicht versäumen wollen, durch eine umfassende Operation unter erheblicher Stärkung unserer Reserven ein richtiges Verhältnis zwischen dem ausgewiesenen Eigenkapital unserer Gesellschaft und ihrem nunmehr so stark angewachsenen und fortschreitenden Geschäftsumfange für eine längere Zeitdauer herbeizuführen. Der Krieg hat ja bekanntlich zu einer weitgehenden Mobilität und Liquidität der Industrie und des Handels geführt. Die Ziffern der Einlagen gegen Sparbücher zum Beispiel sind ganz wesentlich gestiegen; es hat sich der Betrag der Einlagen von der letzten Friedensbilanz des Jahres 1913, wo er sich auf 74 Millionen Kronen belief, auch rund 171 Millionen Kronen per Ende September 1916 erhöht. Die gleiche Erscheinung ist auch bei den sonstigen Kreditoren-Konti hervorgetreten.

Wie immer auch die künftigen Probleme der Friedenswirtschaft sich gestalten mögen, so ist es klar, daß die Anlage dieser durch den Krieg und während des Krieges eingehenden Summen so zu erfolgen hat, daß dieselben den großen Bedürfnissen der neu einsetzenden Friedenswirtschaft prompt zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus werden aber auch spezifische Aufgaben der Retablierung an die Kreditinstitute herantreten, welche in der Stärke und der Verfügbarkeit ihrer eigenen Mittel ihre Fundierung werden finden müssen. Daher hat wohl unser Institut, so wie es andere Banken getan haben, sich auf jene Entwicklung vorzubereiten, welche in diesem Belange eintreten wird, sobald — wie wir alle aufs innigste hoffen und wünschen durch den siegreichen und ehrenvollen Ausgang des Krieges — an die Stelle der Kriegswirtschaft der Uebergang zur Friedenswirtschaft treten kann.

Und in der Tat, so groß und mannigfaltig die Aufgaben waren, welche einer Großbank während des Krieges gestellt worden sind und denen wir nach unseren Kräften zu entsprechen uns bemüht haben, so müssen wir doch auch im stärksten Getümmel, ja auf dem Höhepunkt des Krieges, den Blick auf jene Weltlage richten, deren Heraufkunft sicherlich weder den Gegenstand einer Prophezeiung, noch einer nüchternen Berechnung bilden kann, aber doch weitsichtigeren Plänen zugrundegelegt werden muß. Wenn man bisher nur gewohnt war, von einer Mobilisierung für Kriegszwecke zu sprechen, so gestatten wohl die Erfahrungen und Ergebnisse des Weltkrieges, auch den Ausdruck der Friedensmobilisierung anzuwenden. Mobilisierung nicht nur in dem Sinne, daß die Aufgaben jener Zeit so bedeutend, mannigfaltig und schwierig sein werden, daß sie den zielbewußten Einsatz aller wirtschaftlichen Kräfte erfordern werden, sondern auch in dem spezifisch banktechnischen Sinne, daß sie möglichst große Disponibilitäten der Kreditinstitute zur Voraussetzung und Bedingung dieses Gelingens haben werden. Ich glaube sagen zu dürfen, daß unser Institut gerüstet ist für diese weitreichenden und wichtigen Ziele und in diesem Sinne wird auch der Beschluß, den Sie heute erbringen werden, es wesentlich fördern, daß wir in den alsdann zu gewärtigenden Wettbewerb aller wirtschaftlichen Potenzen kraftvoll eintreten und auch im Frieden jene Leistungsfähigkeit behaupten und erweitern werden, von welcher die Anglo-Oesterreichische Bank im Kriege Zeugnis abgelegt hat. (Lebhafter Beifall.) Auf Grund aller dieser Ihnen dargelegten Erwägungen haben wir es bereits im Sommer dieses Jahres für richtig erachtet, an die hohe Regierung mit der Bitte heranzutreten, uns die Vorsanktion für einen durch die Generalversammlung zu fassenden Beschluß wegen Erhöhung des Aktienkapitals zu erteilen. Dabei haben wir an die Regierung das Ersuchen gestellt, uns statutarisch das Recht einzuräumen, das Aktienkapital bis zum Betrage von 150 Millionen Kronen ohne formelle Genehmigung der Staatsverwaltung zu erhöhen, hiebei aber die Erklärung abgegeben, daß wir vorerst lediglich eine Kapitalserhöhung um 30 Millionen Kronen im Auge haben. Wir sind nun in der Lage, Ihnen den diesbezüglichen Erlaß der hohen Regierung mitzuteilen.

Sämtliche Anträge der Verwaltung wurden, wie schon erwähnt, einstimmig angenommen und auch die bezüglichen Statutenänderungen genehmigt. Ferner wurde die Kooptierung des Erbprinzen Dr. Ferdinand Josef von Lobkowitz in den Generalrat durch die Generalversammlung per acclamationem bestätigt.

Fremdenblatt
15./X. 1916

47

# Berliner Finanzbrief.

Von Georg Münch.

Berlin, 11. Oktober.

Die Zeichnung auf die fünfte Kriegsanleihe ist vorüber. Sie ist ein neuer großer Erfolg geworden. 10.590 Millionen Mark Anmeldungen ließen sich bis zum 7. Oktober feststellen. Das ist aber nur ein vorläufiges Ergebnis. Es umfaßt noch nicht alle Feld- und Auslandszeichnungen. Durch solche vermehrte sich das provisorische Resultat der vierten Anleihe um fast 200 Millionen Mark. Aehnliches steht wohl auch diesmal zu erwarten. Das heißt also, daß die fünfte Anleihe hinter ihrer Vorgängerin so gut wie nicht zurückgeblieben ist. Jene hatte 10.768 Millionen Mark nom. erbracht, auf etwa das Gleiche dürfte die diesmalige Emission schließlich hinauskommen. Das Festhalten der Reichsfinanzverwaltung an dem Modus der vorigen Anleihe hat sich glänzend bewährt. Wie bei jener, so wurden auch diesmal neben 5prozentiger bis Oktober 1924 unkündbarer Reichsanleihe 4½prozentige, serienweise von 1923 bis 1932 zu verlosende Schatzanweisungen angeboten, nur daß man den Kurs der 5prozentigen Anleihe um ½ Prozent auf 98 Prozent herabgesetzt hatte; der Emissionspreis der Schatzanweisungen hingegen war unverändert 95 Prozent geblieben.

Die Freude über den neuen gewaltigen Erfolg auf finanziellem Gebiete ist allgemein. Die Erwartungen, welche an die Anleihe geknüpft worden waren, haben sich nicht nur erfüllt, nein, sie sind übertroffen worden. Einen vollen Monat hindurch war die Zeichnung offen gewesen. In diesem langen Zeitraum hat es an kleinmütigen Anwandlungen nicht gefehlt. Manchem gingen die Anmeldungen nicht flott genug vorwärts. Der wollte ein Nachlassen der Zeichnungen des kleinen Publikums bemerken, jener eine rege Beteiligung der landwirtschaftlichen Kreise vermissen. Alle diese Aengstlichen haben sich gründlich geirrt. Was vielleicht hier und da in den ersten Wochen der Subskription versäumt worden war, wurde in den letzten acht bis vierzehn Tagen vollkommen nachgeholt. Namentlich gilt das für die ländlichen Distrikte, in denen mit Hilfe der Landräte oder anderer berufener Personen eine tüchtige, aufklärende, anspornende Arbeit geleistet wurde.

Daß mit der Zeichnung viel Mühen verbunden waren, macht uns ihr glänzendes Ergebnis nur desto wertvoller. Man glaube auch nicht, daß die Reserven des deutschen Kapitals nun ausgeschöpft seien. Im Gegenteil war erneut bei dieser Emission zu beobachten, daß sich die Inanspruchnahme des Kredits bei der Reichsdarlehenskasse nur in verhältnismäßig engem Rahmen bewegt. Es liegt den Effektenbesitzern offenbar nicht recht, ihre Papiere bei der Kasse beleihen zu lassen, um daraufhin Anleihe zu zeichnen. Wenn dieses Vorurteil überwunden werden könnte, so würden mit einem Schlage viele Milliarden für Kriegsanleihezeichnungen frei. Lassen sich doch die bei den Darlehenskassen verpfändbaren Wertpapiere in deutschem Besitz schon auf den ersten Blick auf hundert Milliarden Mark veranschlagen: Auf 20 Milliarden nämlich die älteren deutschen Staatsfonds, auf ebenfalls 20 Milliarden die anderen deutschen festverzinslichen Werte; 36½ Milliarden Mark machen ferner die vier ersten Kriegsanleihen aus. Das macht zusammen rund 76 Milliarden Mark. Was alsdann noch an hundert Milliarden fehlt, bringen leicht die guten Dividendenwerte und ausländischen Papiere zusammen. Darin schlummern demnach noch bedeutende Reserven für etwa nötig werdende spätere Anleihen für Kriegszwecke. Die Darlehenskassen sind jedenfalls auf die denkbar höchsten Ansprüche eingerichtet. Ihre Befugnis, Darlehen zu gewähren und Scheine auszugeben, ist praktisch unbegrenzt. Das ist übrigens nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für die ersten Friedensjahre von großem Werte. Ist doch damit zu rechnen, daß alsdann hohe Beträge von Kriegsanleihen, zwecks Flüssigmachung von Kapital für gewerbliche Zwecke, zur Lombardierung oder zum Verkaufe kommen werden. Da haben die Darlehenskassen regulierend in Tätigkeit zu treten. Das ist schon heute von den Leitern unseres Finanzwesens in Aussicht genommen.

Gegenwärtig zwar ist am offenen deutschen Geldmarkt nichts von starkem Kreditbegehr zu spüren. Selbst die neue Kriegsanleihe hat seine Sätze nur mäßig berührt. Der Privatdiskont hält sich an der Berliner Börse seit langem unverändert auf etwa 4⅜ Prozent, also ⅜ Prozent unter dem Banksatz. Die Bewertung des täglich kündbaren Geldes allerdings hat merkliche und interessante Schwankungen durchgemacht. In meinem vorigen, an dieser Stelle veröffentlichten Artikel ging ich bereits auf die Wirkung ein, welche die Begebung kurzfristiger, am 30. September fällig gewesener Schatzwechsel des Reiches auf den Geldmarkt ausgeübt hat. Diese Wechsel, zu 4⁹/₁₆ Prozent begeben, zogen bis zum 20. September, an welchem Tage ihr Verkauf eingestellt wurde, alle verfügbaren Mittel an sich. Sogleich danach jedoch machte sich wieder ein Ueberfluß an täglichem Gelde bemerkbar, der dessen Wert von 4½ Prozent auf 3 Prozent drückte. Der Bedarf zum Ultimo und für die Anleiheeinzahlung, die mit dem 30. September begann, hob den Satz zwar bis auf 5 Prozent, indes doch nur vorübergehend; jetzt ist er schon wieder auf 4¼ bis 4½ Prozent zurückgegangen. Das ist gewiß ein billiger Zins im Vergleich mit den ungeheuren Leistungen, die das Anleihegeschäft vom deutschen Geldmarkte verlangt. Die Einzahlungen auf die Anleihe sind in vollem Gange. Sie haben bereits eine ganz außerordentliche Höhe erreicht. Am 30. September, dem ersten freiwilligen Einzahlungstermin, machten sie schon 5½ Milliarden Mark aus. Seitdem haben sie sich so energisch fortgesetzt, daß bis zum 18. Oktober, dem ersten Pflichteinzahlungstermin für 30 Prozent, wohl 70 bis 80 Prozent der Gesamtzeichnungen beglichen sein dürften.

Unter diesen Umständen stehen für die Reichsbankausweise des neuen Monats sehr starke, günstige Verschiebungen zu erwarten. Am 30. September war der Wechselbestand der Bank überaus hoch. In der letzten Woche des Monats hatte er um 3181 Millionen Mark zugenommen, und zwar im Zusammenhang mit dem Rückfluß jener in den letzten Monaten begebenen Schatzwechsel, von denen oben die Rede war. Ihre Besitzer gaben sie der Reichsbank zurück und bewirkten mit dem Erlöse sogleich Einzahlungen auf die Anleihe. Demgemäß zeigten die fremden Gelder bei der Reichsbank, unter denen sich ja auch die Guthaben des Reiches befinden, in der vierten Septemberwoche eine Steigerung um 2587 Millionen Mark auf 6266 Millionen Mark. Im Oktober nun werden die Wechselbestände der Bank sich rasch verringern, weil die Reichsfinanzverwaltung aus ihrem Riesenguthaben bei dem Institut dementsprechende Beträge Schatzwechsel zu tilgen vermag. Wie auf der einen Seite die Wechselanlage, so wird auf der anderen Seite also das Konto der fremden Gelder in der nächsten Zeit erheblich, auf ein für den Krieg normales Niveau sinken. Das sind, im Grunde genommen, innere Vorgänge bei der Reichsbank. Daß das Einzahlungsgeschäft für unsere Kriegsanleihe aber zu solcher Feinheit gedeihen konnte, ist darum nicht weniger bemerkenswert. Milliarden werden in Bewegung gesetzt, ohne daß der Geldmarkt dadurch sonderlich berührt würde. Der glückliche Ausbau dieses Systems zeigt sich bei der jetzigen Kriegsanleihe noch deutlicher als bei den früheren. Er wurde durch jene, nach einem großangelegten Plan vorgenommene Begebung von Schatzwechseln an Bankwelt und Kapitalistenpublikum aufs beste gefördert. Das Kapital wurde so schon Monate hindurch mobilgemacht, was zu dem großen Zeichnungserfolge nicht minder wie zu dem raschen Eingang der Einzahlungen auf die gezeichneten Summen in ausschlaggebender Weise beigetragen hat.

Es ist nur natürlich, daß die Tendenz des freien Verkehrs an der Berliner Effektenbörse durch das prächtige Gelingen der fünften Kriegsanleihe eine gute Stütze erhalten hat. Die entscheidenden Siege über die Rumänen, die siegreiche Abwehr der russischen Waffenanstürme in Wolhynien und des englisch-französischen Durchbruchversuches an der Somme haben die Zuversicht weiter gehoben. Neben gewissen Spezialwerten standen Montanpapiere und die Aktien der Rüstungsgesellschaften im Vordergrunde des Interesses. Für alles, was mit der Waffen- und Pulverherstellung im Zusammenhange steht, fanden sich immer wieder neue Käuferschichten. Hier wurden in der letzten Zeit neue Rekordkurse erzielt, wobei mit dem sicheren Inaussichtstehen einer großen Kapitalstransaktion gearbeitet werden konnte. Die letztere ist nunmehr bekannt geworden. Die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken schlagen der Generalversammlung ihrer Aktionäre eine Kapitalserhöhung von 16½ Millionen Mark auf 33 Millionen, also auf die Verdoppelung, vor. Gleichzeitig beantragt die eng mit ihr verbundene Rheinisch-westfälische Sprengstoff-A.-G. die Verdoppelung ihres Grundkapitals, das bisher 6½ Millionen Mark beträgt. Beide Unternehmen begründen diese Maßnahme mit der Ausdehnung, die das Geschäft im Kriege genommen hat. Doch das allein ist es nicht. Der Hauptgrund vielmehr scheint die Absicht der Verwaltungen zu sein, das Kapital dieser ganz besonders aus der Kriegskonjunktur Nutzen ziehenden Betriebe zu verwässern. Deutlich spricht diese Absicht aus der Bemessung des Ausgabekurses der neuen Aktien. In beiden Fällen ist er auf Pari zuzüglich 5 Prozent Stückzinsen vom 1. Jänner d. J. festgesetzt worden. Darin liegt für die bisherigen Aktionäre, die zu so günstigen Bedingungen je eine neue auf je eine alte Aktie erhalten, ein überaus wertvolles Geschenk. Stehen doch die alten Aktien der Köln-Rottweiler Pulverfabriken jetzt etwa 550, die der Rheinisch-westfälischen Sprengstoff-A.-G. etwa 450 bis 460 Prozent im freien Verkehr der Berliner Börse. Sie haben beide in letzter Zeit einen sehr stattlichen Kursaufschwung erlebt. Er macht bei der erstgenannten Aktie seit Anfang September rund 60 Prozent aus, doch war sie vorübergehend noch 10 Prozent über dem angegebenen Stande gewesen. Die Rheinisch-westfälischen Sprengstoffaktien sind in derselben Frist gar um mehr als 100 Prozent gestiegen, was sich allerdings daraus erklärt, daß sie vordem verhältnismäßig wenig beachtet worden waren. Hier wie da nehmen die neuen Aktien bereits an der Dividende für das Jahr 1916 voll teil. Bei der Köln-Rottweiler Aktie hat diejenige des Jahres 1915 35 Prozent (gegen 25 Prozent im Vorjahre), bei der anderen 28 Prozent (gegen 20) betragen. Die Verwaltungen versichern, daß auf das erhöhte Aktienkapital für das Jahr 1916 eine Dividende verteilt werden könne, welche „im Durchschnitt des höheren Kapitals eine der vorjährigen Dividende entsprechende Rentabilität gewährt". Das glaubt ihnen jedermann. Der Krieg ist für sie eine Zeit der denkbar höchsten Gewinne, an denen ihre Aktionäre auch deshalb so hervorragend beteiligt werden können, weil die Gesellschaften schon im Frieden ihre Bilanzen bis zur Grenze des Möglichen gesättigt hatten.

# Geldmarkt und Zahlungsverkehr.

Von **Dr. Alexander Erdély,**
Prokuristen der Pester Ungarischen Kommerzialbank.

Budapest, 18. Oktober.

Die Hast einer ruhelosen Arbeit, der wilde Kampf ums Dasein hat durch die plötzliche Einkehr dieser historischen Zeit jählings eine naturgemäße Unterbrechung erfahren. Nicht ohne Erschütterung kam die Einsicht über uns, daß unsere gegenwärtige Kraftentfaltung und Leistungsfähigkeit über das Schicksal von künftigen Jahrhunderten entscheidet. Der rauh abgebrochenen Friedensperiode folgte eine harte, entbehrungsvolle Zeit, die Dinge auf die Oberfläche warf, von denen Menschenwitz sich nichts träumen ließ; die Not der Stunde hat sittliche Energien sowie Kräfte hervorgebracht, deren Richtlinien im Hinblick auf die gegen uns stehende Mehrzahl der führenden Völker der Erde unserem Wirtschaftsleben neue Wege und Ziele weisen. Ein Frieden, der über so viel Haß und Verlästerung hinweg die abgerissenen Fäden wieder knüpfen sollte, wann wird er geschlossen sein?

Der Ausbruch der Weltkatastrophe hat zu Beginn eine starke Erschütterung der Kreditwirtschaft, des Zahlungswesens, sowie der Produktion, des Handels und des Verkehrs hervorgebracht, — denn um die eigene Zahlungsfähigkeit besorgt, suchte jeder sein Vermögen womöglich in die Bargeldform zu bringen, so daß die Tätigkeit der Börsen zeitweilig eingestellt und Moratorien erlassen werden mußten. Der internationale Verkehr wurde durch die gegenseitigen Zahlungsverbote, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen völlig unterbunden, die Devisenspekulation und Arbitrage wurde infolge staatlicher Organisierung des Devisenhandels eingestellt, die Finanzierung des internationalen Warenhandels lahmgelegt, wodurch die automatische Preisbildung der Devisen und Valuten unterbrochen und der Markt des Charakters des freien Marktes, des freien Spiels der Kräfte entkleidet wurde, so daß die Banken eine selbständige Tätigkeit nicht entfalten können.

England, das einen großen Teil der Welt mit kurzfristigem Kredit versehen hat, bekam die Störung des internationalen Kredit- und Zahlungsverkehrs arg zu spüren. Es wurde Notgeld in den verschiedensten Formen kreiert, die sogenannten Prämoratoriums-Wechsel wurden durch die Bank von England flüssig gemacht, Kapitalien aus dem Auslande geholt, der Geldmarkt durch das starke Anwachsen der schwebenden Staatsschuld stark in Anspruch genommen. Auch in Frankreich hat die unter der Wirkung des Moratoriums eingetretene Erstarrung des Verkehrs sich schwer fühlbar gemacht. Die Goldvorräte wurden von seiten des Publikums gehortet, so daß die Notenpresse in ungeheurem Maße in Anspruch genommen werden mußte, was das Emporschnellen der Warenpreise und die Verschlechterung der Valuta verursachte.

Nach Ueberwindung der angedeuteten ersten Schwierigkeiten aber hat sich des Geldmarktes eine große Flüssigkeit bemächtigt, die durch den Abverkauf der Warenvorräte und durch Hemmungen entstanden ist, die größere Investitionen nicht empfehlenswert erscheinen ließen. Die wichtigsten Geldmärkte der Gegenwart, jene von London, Paris und Berlin, wurden von der Unterbindung des internationalen Verkehrs in gleicher Weise betroffen, ebenso wie Wien und Budapest, welch letztere nur von lokaler Bedeutung sind. Auch der Geldmarkt hat sich den durchaus veränderten Bedingungen angepaßt. Eine örtlich konzentrierte Marktorganisation besteht für den Geldmarkt weder hier noch dort, denn Privatdiskonten, Devisen, Ultimogeld werden recht und schlecht ebenso am Telephon wie am Draht geschlossen; Wechsel wollen von der Kundschaft in individueller Behandlung genommen, Kontokorrent-Kredite jedem einzelnen Fall angepaßt werden. Nur im Effektenreportgeschäft hat sich ein Markt herausgebildet, während schon das Lombardgeschäft wieder häuslich erledigt wird. Es ist ein besonderes Merkmal all dieser Kreditgeschäfte, daß sie sich in den legalen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Rahmen bewegen; nirgend ist eine Ueberspannung, eher ein Abflauen bemerkbar, und nur der berechtigte Geldbedarf wird befriedigt. Der Geldbedarf hängt indes von der allgemeinen Entwicklung des Wirtschaftslebens, von der Steigerung der Gütererzeugung und des Verkehrs, sowie von der Entwicklung des Kreditwesens ab. Fassen wir den in erster Reihe in Betracht kommenden Betriebskredit ins Auge, so finden wir, daß dieser in der Regel durch Wechseldiskont, aber auch in Form von Kontokorrentkredit in Anspruch genommen wird. Wenn letzterer auch keine spezielle Unterlage hat, so wird er nur Unternehmungen gewährt, die entsprechende liquide Aktiven aufweisen können. Diese werden freilich nicht voll belehnt, daher immer ein entsprechender Teil Eigenkapital vorhanden sein muß. Auch dieser Kredit muß im Rahmen eines Zinsengeschäftes bleiben und die Rückzahlung nach Ablauf des Termins gesichert, d. h. die rasche und sichere Rückzahlung der Kredite muß gewährleistet sein. Im Interesse einer geordneten Wirtschaft wird diese Rückzahlung durch in Produktion oder in Verkehr befindliche Ware, eventuell durch Forderungen des Kreditnehmers gewährleistet sein, nur solcherart kann der gegebene Kredit liquid gehalten werden. Es ist eine Voraussetzung dieser Kreditgeschäfte, daß sie durch Waren fundiert sind und daß das geliehene Geld in gewissen Umschlagsfristen zurückkehren muß. Die Banken pflegen hierüber sehr streng zu wachen, damit der Kontokorrentkredit den Charakter des vorübergehenden Kampagne- oder Saisonkredits nicht einbüße. Der Geldmarkt konzentriert sich somit in der Hauptsache bei den Großbanken, die den Kreditverkehr beherrschen, die Kreditvermittlung durch einen einheitlichen, wirtschaftlich geschulten Willen leiten und die Volkswirtschaft vor unliebsamen Ueberraschungen bewahren.

Eine sehr wichtige Funktion des Kredit-, respektive Geldmarktes besteht in der Erleichterung des Wertübertragungsverkehrs. Der Kredit erleichtert Kompensationen, da Ueberweisungen nur anläßlich der Kreditgewährung vorgenommen werden. Der bankmäßig organisierte Kredit erleichtert das Zusammenfließen großer Ströme von Kreditkapitalien in den wenigen großen Sammelbecken der Banken, um von dort in die weiten Gebiete der Volkswirtschaft geleitet zu werden. Die Machtvollkommenheit der wirklichen Führer der Großbanken ist dadurch bis zur tatsächlichen Beherrschung des Geldmarktes gediehen. Im privatwirtschaftlichen Verkehr wird also von allen berufenen Faktoren darauf gesehen, daß die in Anspruch genommenen Kredite produktiven Zwecken zugeführt werden, die Ebbe und Flut des Geldbedarfes muß die Lebensfunktion eines gesunden wirtschaftlichen Organismus darstellen, und weder Störungen noch Hemmungen dürfen eintreten. Es ist somit ausgeschlossen, daß auf diesem Wege den Bedarf übersteigende Wertzeichenmengen in den Verkehr gelangen, die die Kaufkraft des Geldes beeinträchtigen könnten. Immerhin könnte eine Steigerung des Geldbedarfes durch steigende Intensität der Ausnützung der vorhandenen Umlaufsmittel verhindert werden, und eine solche Steigerung ist vor allem möglich durch die sich ohne Bargeldübertragungen vollziehenden Einrichtungen des bankmäßig organisierten Zahlungsverkehrs.

Die Verwendung des Zirkulationsgeldes wird durch Uebertragung der Kassenhaltung sowie des Zahlungsdienstes an die Banken eingeschränkt. Die Verwertung des Geldes ist dadurch auch für kurze Zeitabschnitte ermöglicht und dadurch der Bedarf auf jene Summe vermindert, die vorkommenden Falles notwendig ist. Die Banken dürfen die ihnen anvertrauten Kapitalien nur in der Weise verwenden, daß die Zahlungsfähigkeit bei Abhebung gesichert sei. Solche Entnahmen sollten nur durch Inanspruchnahme des bankmäßigen Zahlungsverkehrs erfolgen, damit die Verwendung von Bargeld vermieden werde. Soweit die Kassenbestände der Banken nicht ausreichen, muß die Notenbank in Anspruch genommen werden. Sie allein kann jene Mittel gewähren, die wirksame Hilfe schaffen, wenn der bankmäßige Ueberweisungsverkehr versagt. Von ihr hängt die Zahlungsfähigkeit der Volkswirtschaft ab und durch die Elastizität ihrer Notenausgaben können Verlegenheiten des Geldmarktes vermieden werden, denn selbst die größte Liquidität der Banken kann in Zeiten großer Abhebungen nicht ausreichen. Um dem bargeldlosen Zahlungsverkehr eine je größere Ausdehnung geben zu können, müssen die geldwirtschaftlichen Bedürfnisse aller Erwerbskreise Berücksichtigung finden. Die Landbevölkerung wird sich der veredelten Zahlungsmethode kaum bedienen, auch Gewerbetreibende werden im besten Falle sich dem Postscheckverkehr anschließen, da die kleinen Leute noch hartnäckig an den Barzahlungssitten festhalten. Der Scheck- und Giroverkehr müßte eigentlich die Domäne der industriellen und kaufmännischen Kreise werden. Nur bei verständnisvoller Mitwirkung aller Bevölkerungskreise und durch unausgesetzte Aufklärung durch die Presse kann die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs Erfolg haben.

Die glänzenden Erfolge der Kriegsanleihen haben die Flüssigkeit der zentralen Geldmärkte nicht zu beeinträchtigen vermocht; die Kriegsanleihen haben sogar eine der heilsamsten volkswirtschaftlichen Funktionen erfüllt, denn sie haben durch eine Rücksaugung der vermehrten Umlaufsmittel die drohende Ueberfüllung der Volkswirtschaft mit Geldzeichen und somit die weitergehende Schwächung der Kaufkraft des Geldes verhindert. Der Ausgabe der Anleihen des Krieges wird bald jene des Friedens folgen. Wenn sodann die Milliarden der Kriegskosten zu verzinsen sein werden, müssen neue Opfer, wohl nicht an Blut und Leben, sondern an Geld und Arbeit gebracht werden. Die Lasten werden aus der Arbeit, dem Vermögen und dem Einkommen des Volkes aufgebracht werden müssen. Die Umlaufsmittel werden dann mit Hilfe der Steuerschraube aus dem Verkehr genommen.

In Deutschland wetteifern Banken und Behörden in dem Bestreben, dem bargeldlosen Verkehr je größere Ausdehnung zu geben: so hat die Reichsbank die Gebühren im Postscheckverkehr der Reichsbank den bis dahin in Kraft befindlichen Bestimmungen gegenüber sehr erheblich ermäßigt. Ferner ist die Reichsbank ermächtigt worden, auf Antrag eines Girokontoinhabers von ihm ausgestellte Schecks mit einem Bestätigungsvermerk zu versehen, durch den sie sich zur Einlösung des Schecks innerhalb der gesetzlichen zehntägigen Vorlegungsfrist während der Geschäftsstunden verpflichtet, wodurch jedem Erwerber des Schecks die Gewißheit gegeben ist, daß der Scheck bei Vorzeigung durch die Reichsbank eingelöst wird. Die Reichsbank geht auch auf andere Weise daran, ihrer Notenemission eine gesunde Basis zu geben. Wenn sie einerseits darauf bedacht ist, einschränkend zu wirken, wird jetzt dafür Propaganda gemacht, daß der goldene Schmuck der Reichsbank zum Kaufe angeboten werde; denn die Vermehrung des Goldvorrates aus diesen Reserven der Volkswirtschaft ist ebenso wichtig wie die Einschränkung des Notenumlaufes, um die finanzwirtschaftliche Ueberlegenheit des Reiches zu sichern. Der Goldbestand der Reichsbank ist seit Ausbruch des Krieges durch Ablieferung von Goldmünzen aus allen Schichten der Bevölkerung von $1^1/_4$ auf $2^1/_2$ Milliarden Mark gestiegen. Obwohl der Notenumlauf derzeit etwas über 7 Milliarden Mark beträgt, ist die gesetzliche Drittelbedeckung noch immer eingehalten worden; damit dieses Zahlenverhältnis auch weiter aufrechterhalten werden

für auswärts.

**Bezugspreise:**

bei täglich zweimaliger Zustellung
für Wien:
monatlich . . . . . K 5.90
vierteljährlich . . . . . „ 11.50
halbjährlich . . . . . „ 23.—

Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 4.60
vierteljährlich . . . . . „ 13.50
halbjährlich . . . . . „ 27.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 3.90
vierteljährlich . . . . . „ 11.50
halbjährlich . . . . . „ 23.—

Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

oft.

reich-Ungarns.

1916 XXIII. Jahrgang

Reichsp

# an der Narajowka.

## tig abgewiesen. — Erfolg- er Somme.

## Vierverband in Athen.

die goldaufsaugende Tätigkeit der Reichsbank ist ein Zustand geschaffen worden, wie er bei uns schon jahrelang vor Ausbruch des Krieges bestanden hat, wo man sorgfältig mit dem Goldumlauf zurückhielt. Es sind die Goldmünzen vollkommen aus dem Verkehr verschwunden und hüben wie drüben kommen als Goldreserven nur mehr Goldgeräte, Goldschmuck und zurückbehaltene Goldmünzen in Frage. Wie groß der Betrag ist, den letztere ausmachen, läßt sich schwer feststellen. Wahrscheinlich ist jedoch, daß die Zahl der versteckten Goldmünzen ziemlich groß ist und in Deutschland ist man jetzt in Fachkreisen so ziemlich einig darüber, daß selbst heute noch mehr als 500 Millionen Mark von den Ueberängstlichen zurückgehalten werden. Mag sein, daß aus dieser Sorte von Leuten, die sich bisher allen Mahnungen gegenüber taub verhalten haben, diesmal manche dem Geiste der Zeit sich eher beugen. Ihrer viele werden es jedoch kaum sein und so bleibt vorläufig, so lange keine allgemeine Beschlagnahme des in Privatbesitz befindlichen Goldes ausgesprochen wird, nur der Ankauf von Goldschmuck und Goldgeräten übrig. Dieser Ankauf muß jetzt vor sich gehen, wenn die sogenannte Dritteldeckung in Gold, wie sie in Deutschland vorgeschrieben ist, weiterhin aufrechterhalten und eine Gefährdung der Valuta vermieden werden soll.

Die gleiche Notwendigkeit besteht auch bei uns. Da die Veröffentlichung der Ausweise der Oesterreichisch-ungarischen Bank gleich bei Beginn des Krieges aus naheliegenden Gründen eingestellt worden ist, so ist man sich in unserer Oeffentlichkeit vollkommen im Unklaren über den tatsächlichen Stand unserer Notenbank und das hat eine gewisse Interesselosigkeit hervorgerufen, die in der oft gehörten Meinung gipfelt: „Es wird schon gehen!" Man hört jetzt wohl von dem neuen Goldsammelwerk in Deutschland, findet in ihm etwas Außerordentliches, doch man denkt kaum daran, etwas ähnliches auch bei uns ins Werk zu setzen, obwohl unsere Valuta noch mehr der Stärkung bedürftig ist. Es ist richtig, die außerordentlichen, das wirtschaftliche Leben des Landes schwer schädigenden Kursschwankungen, die für den hiesigen Devisenmarkt lange Zeit kennzeichnend waren, haben wir ja glücklich überwunden, jedoch — die Unterstützung durch den deutschen Goldmarkt, die dies ermöglicht und die gleichbedeutend ist mit einer Verschuldung unserseits, muß einmal ein Ende nehmen. Sie muß es aus dem einfachen Grunde, weil selbst das kapitalkräftige Deutschland nach dem Kriege mit allen Händen zu tun haben wird, um seine eigene, dann zweifellos zu ungeheurem Umfang anschwellende Einfuhr ohne Gefährdung seiner Valuta zu finanzieren. Oesterreich-Ungarn wird dann auf sich selbst gestellt sein und gewaltige Goldmengen benötigen, einzig und allein, um das bestehende Disagio zu beseitigen. Die Rohstoff einführenden Industrien, die ihre Lager nach dem Kriege wieder auffüllen müssen, werden ganz außerordentliche Anforderungen an die Notenbank stellen. Welche Beträge da in Frage kommen, erhellt daraus, daß sich im Jahre 1912 unsere Einfuhr in Baumwolle allein schon auf rund 330 Millionen Kronen belief. Daneben wird sich ein starkes Kreditbedürfnis bei jenen Zweigen der Industrie geltend machen, die eine Rückwandlung aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft vornehmen müssen und auch die Wiederaufnahme des Zinsendienstes für jene Anleihe-

## Die Stärkung des Goldschatzes.

Wien, am 18. Oktober.

In Deutschland ist man gegenwärtig daran, der Reichsbank eine neue Goldquelle zu erschließen. Allenthalben haben sich unter der Leitung der Verwaltungsbehörden aus den Vertretern der verschiedensten Berufskreise Ehrenausschüsse gebildet, um den Ankauf von Goldschmuck und Goldgeräten in die Hand zu nehmen und das derart gesammelte Gold an die Reichsbank abzuliefern, wo es eingeschmolzen und dem Goldschatz der Bank, der Goldreserve des Staates, einverleibt wird. Die Anregung zu dieser großzügigen, von Vaterlandsliebe getragenen Unternehmung ist aus dem Volke gekommen, nicht etwa von den Behörden ausgegangen, und der Eifer, mit dem das Werk einsetzt, verspricht Erfolg. Das Reich braucht Gold, um die Steigerungen des Agios zu hemmen, der Verteuerung der Einfuhr Einhalt zu tun, dem Geldwesen zum Nutzen der Allgemeinheit die feste Unterlage zu sichern. Freilich so reichlich werden die Quellen, die diesmal der Goldrüstung der Reichsbank zugute kommen sollen, nicht fließen wie zu Beginn des Krieges, da unter tätiger Mithilfe aller Schichten der Bevölkerung der Goldbestand der Zentralnotenbank in kürzester Zeit von rund 1·25 Milliarden Mark auf das Doppelte erhöht wurde. Bei der sogenannten „Gold in die Reichsbank!-Bewegung" standen die außerordentlich umfangreichen Beträge an Goldmünzen zur Verfügung, die in Friedenszeiten den deutschen Geld- und Zahlungsverkehr auszeichneten; diesmal ist die Lage eine andere. Durch

# Der Volkswirt.

## Warnungen gegen die Ueberspekulation in Berlin und Budapest.

Das Ueberhandnehmen der Effektenspekulation ist gegenwärtig eine den Börsen der Mittelmächte gemeinsame Erscheinung, welche in der zuversichtlichen Beurteilung der Gesamtlage wurzelt, die ihrerseits in den großen militärischen Erfolgen auf den maßgebenden Kriegsschauplätzen wie nicht minder in der günstigen Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse fest verankert erscheint. Sowohl in Berlin als auch hier und in Budapest sind sprunghafte Aufwärtsbewegungen bei nicht sehr erheblichen Umsätzen an der Tagesordnung. Diese Preiskonjunktur im Effektenhandel reicht schon ziemlich weit zurück und hat bisher trotzdem noch nicht an Intensität eingebüßt. Speziell in Budapest hat das Vorwärtsstürmen der Kurse einen solchen Grad erreicht, daß, wie bereits mitgeteilt, der dortige Börsenvorstand sich bemüßigt fühlt, die Vorgänge auf dem Effektenmarkt einer näheren Prüfung zu unterziehen und Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation sowie zur Fernhaltung unberufener Elemente vom Geschäftsbetrieb der Börse zu erwägen. Die betreffende Budapester Meldung hat gestern hier den direkten Anstoß, wenn auch nicht zu einem Stimmungswechsel, so doch zu einer mäßigen Abschwächung und einer teilweisen Einschränkung des Verkehres gegeben. Wenn die Börse die Zeichen der Zeit versteht, wird sie bei dem ersten Schritt nicht stehen bleiben, sondern auch weiterhin auf die Drosselung der Bewegung und dadurch auf die Abwendung der Gefahren, welche eine übermäßige Effektenspekulation stets in sich birgt, bedacht sein, bevor noch die berufenen Faktoren in die Notwendigkeit versetzt werden, sich neuerdings ins Mittel zu legen und das zu erzwingen, was besser aus eigenem Antrieb der Börse geschehen sollte.

Wie in Budapest, hat die allzu lebhafte Beteiligung des außenstehenden Publikums am Börsenhandel auch schon in maßgebenden Kreisen des Berliner Marktes Bedenken erregt, und es sollen, wie uns telegraphisch gemeldet wird, um den Andrang von bisher der Berliner Börse fernstehenden Personen zurückzuweisen, die Vorschriften der Börsenordnung betreffs Zulassung zu den Börsenversammlungen und zum Börsenhandel verschärft werden.

Es läßt sich allerdings nicht behaupten, daß die Warnungen und die Ankündung der geplanten Maßnahmen gegen die Ueberspekulation in Budapest und Berlin selbst eine sichtbare Wirkung hervorgerufen haben. Es geht dies aus den offiziellen Berichten über den Verlauf der beiden Börsen am gestrigen Tage hervor. Die Berichte lauten wie folgt:

**Budapest**, 19. Oktober. Die Börse eröffnete in strammer Haltung, wobei sich auf einigen Gebieten eine stürmische Aufwärtsbewegung entwickelte, was in der Folge zu einer Belebung des ganzen Marktes führte. Von Bankwerten waren Ungarische Kreditaktien bevorzugt, während Industrie-, Munitions- und Eisenwerte auf der ganzen Linie namhafte Steigerungen erfuhren. Während der ersten Hälfte der Börsezeit wurden bedeutende Kaufaufträge erteilt, nach deren Durchführung Realisationen eine Abschwächung bewirkten, von der Oberungarische Berg- und Hüttenaktien stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden. Auch auf anderen Gebieten wurden die höheren Kurse vielfach zu Abgaben benützt, doch hatten die meisten Werte am Schlusse gegen gestern noch immer Besserungen zu verzeichnen. Auf dem Rentenmarkt kam es ebenfalls zu namhafteren Abschlüssen. Die Börse schloß trotz Realisationen im Grundton fest.

**Berlin**, 19. Oktober. An der Börse setzten anfangs bei zunehmender Geschäftstätigkeit die Kurse der Industriewerte ihre Aufwärtsbewegung fort. Bevorzugte Beachtung fanden dabei wiederum Montanwerte, wie Luxemburger, Bochumer, Phönix- und Oberschlesische Eisenbahnbedarfsaktien. Eine bedeutende Steigerung erfuhren Thale Eisenhütten. Im Verlaufe gaben die vorangegangenen Steigerungen zu Gewinnsicherungen Anlaß, unter deren Einfluß einzelne Werte mäßige Abschwächungen erlitten, die Grundtendenz blieb aber fest. Von Bahnen waren Schantung- und Prinz Heinrich-Bahn wiederum gebessert. Auf dem Anlagemarkt zeigte sich

**Bezugspreise:**
bei täglich zweimaliger Zustellung
für Wien:
monatlich . . . . . K 5.90
vierteljährlich . . . . „ 11.50
halbjährlich . . . . „ 23.—
Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 4.60
vierteljährlich . . . . „ 13.50
halbjährlich . . . . „ 27.—
Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 3.90
vierteljährlich . . . . „ 11.50
halbjährlich . . . . „ 23.—
Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

oft.

reich-Ungarns.

916 XXIII. Jahrgang

Reichspo

# n der Narajowka.

## o- und Fleimstalgebiet.

## nach den Vereinigten Staaten

Mit anderen Worten, das großmächtige England vermag heute nur mehr zu einem Satze von 6% Geld anfzutreiben, jenes Land, in dem der Typus der 2½%igen Konsols geschaffen worden ist! Mac Kenna müßte kein Engländer sein, um nicht das Unerhörte in diesem Wandel der Dinge, die Wucht dieses Umschwunges mit empfindsamer Seele zu begreifen. Um die Mitglieder des Parlaments etwas zu beruhigen, versuchte er eine Darstellung, als ob die neuen Schatzscheine vornehmlich für das Ausland, besonders Amerika berechnet seien. Mag sein, daß man in London auf eine starke amerikanische Nachfrage rechnet. Der Anreiz, der in der 6%igen Verzinsung gelegen ist, wird ja wohl seine Wirkung ausüben. England macht aber nicht den ersten Versuch, kurzfristige Papiere in New-York unterzubringen, und wenn es jetzt trotz der bisherigen üblen Erfahrungen neuen Anlauf dazu unternimmt, so ist dies nur ein Beweis dafür, daß es über andere Mittel zur Finanzierung seiner Kriegsbestellungen nur noch in bescheidenem Maße oder überhaupt nicht mehr verfügt. Der von den Händen der englischen Bevölkerung umschlossene Vorrat an amerikanischen Eisenbahnwerten, mit denen die Regierung die amerikanischen Kriegslieferungen beglich, ist offenbar erschöpft und um einem weiteren Anschwellen der Goldausfuhr vorzubeugen, soll jetzt mit Hilfe der neuen Schatzscheine ein Guthaben in New-York geschaffen worden. Das ist dringlich, denn die Verschuldung an Amerika wird immer stärker. Mac Kenna gesteht auch dies. Nicht weniger als 2 Millionen Pfund Sterling, das sind rund 50 Millionen Kronen, hat nach seiner Erklärung England heute Tag für Tag an die Vereinigten Staaten zu zahlen. Ein wahrhaft ungeheuerlicher Betrag, ein Aderlaß, wie ihn selbst dies mächtige Reich nicht lange vertragen kann. Und dabei sind diese Aufwendungen nach Mac Kennas eigenen Angaben immer noch im Wachsen begriffen.

So bedeutet es nur einen schwachen Trost für das englische Volk, wenn sein Schatzkanzler eine langfristige Anleihe und damit eine Abkehr von den jetzigen Finanzierungsmethoden in Aussicht stellt. Viel Eindruck wird er damit nicht hervorrufen, denn in der City, dem weltüberschauenden Geldmarkte Londons, weiß man ganz genau, daß Mac Kenna mit seinem Hinweis auf Amerika, für das die neuen Schatzscheine angeblich bestimmt sind, nur halb die Wahrheit sagt. Sicher ist, daß man mit dem 6%igen Zinsfuß die amerikanischen Kapitalisten zu locken versucht; ebenso sicher ist aber, daß man damit auch den Eifer der heimischen Geldwelt anspornen will, die selbst für die schönen und in England noch nicht dagewesenen 5%igen Treasury Bills, mit denen man in letzter Zeit den Krieg ausschließlich finanzierte, auffallend kühl geworden war. Der Patriotismus der City-Leute ist genau so gut oder schlecht, wie jener der Kriegsspekulanten anderer Länder, das heißt, ihm ist das Geschäft alles und höhere Beweggründe sind ihm nichts. Und dieser Geschäftssinn läßt es dem englischen Kapitalisten nicht mehr rätlich erscheinen, seinem Staate Kredite zu einem Satze zu liefern, zu dem eben jetzt Deutschland seine fünfte Kriegsanleihe glänzend aufgebracht hat.

Das sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß heute der englische Kapitalist die Sicherheit der Spekulation, die England im Weltkriege unternommen hat, mißtrauisch bezweifelt und nur mehr durch ungewöhnliche Zinsversprechungen gewonnen werden kann, den Kredit des eigenen Landes zu stützen. Es hat Zeiten am Anfang des Krieges gegeben, wo man in London, die Gegner

## Britische Geständnisse.

Wien, 20 Oktober.

Als die englische Regierung vor rund einem Monat die Ausgabe von 6%igen Schatzscheinen beschloß, da war man sich im Auslande und auch an der Londoner Börse darüber klar, daß diese neueste Kreditform — die neunte seit Beginn des Krieges — dem Ruf Englands als der ersten Finanzmacht der Welt schlimmen Schaden zufügen werde. In der Presse, in der Finanzwelt, in den parlamentarischen Kreisen Londons, überall machte sich eine heftige Strömung gegen die neueste Art der englischen Kriegsfinanzierung geltend. — Schatzminister Mac Kenna hat jetzt im Unterhause für das Vorgehen des Schatzamtes eine Verteidigungsrede gehalten und die Erhöhung des Zinsfußes auf 6% — ein in der englischen Finanzgeschichte noch nicht dagewesenes Ereignis — als eine unvermeidliche Folgeerscheinung des Krieges hinzustellen gesucht. Er hat wohl recht, wenn er ausführt, daß der Betrag, den der kriegführende Staat jetzt zu leisten hat, außer allem Verhältnis stehe zu irgend einer Anleihe, die vor dem Kriege gemacht worden ist. Er hat auch recht, wenn er folgert, daß es daher unmöglich sei, Vergleiche mit den Verhältnissen anzustellen, die vor dem Kriege bestanden. Dies gilt jedoch ebenso von den anderen kriegführenden Staaten; vor allem auch von den Mittelmächten, denen der finanzielle Zusammenbruch schon ein dutzend Mal von den berühmtesten Volkswirtschaftern Englands und Frankreichs prophezeit worden ist, und die trotz der 27 Monate, die der Krieg schon dauert, trotz oder gerade infolge der von England verhängten Blockade bisher von ihrer wirtschaftlichen Spannkraft nichts eingebüßt haben. Die wirtschaftliche Mattsetzung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands ist nicht geglückt und immer häufiger werden jetzt die Anzeichen, die darauf hindeuten, daß eher den Urhebern dieses Planes selbst das Los zuteil werden wird, das sie uns so liebenswürdig zugedacht hatten. Mit Englands finanzieller und wirtschaftlicher Kraft geht es überraschend schnell bergab. Es ist zugleich ein Geständnis, wenn Mac Kenna beteuert, es sei „nicht wahrscheinlich, daß das Schatzamt mehr Zinsen zahle, als es gezwungen war zu zahlen."

Neue Freie Presse
22./X. 1916



# Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Die heimischen Banken im Orient.

Wien, 21. Oktober.

Die Creditanstalt und die Ungarische Kreditbank sind in die Deutsche Orientbank eingetreten. Beide Institute haben von dieser bisher ausschließlich unter deutscher Führung gestandenen Bank Aktien für mehrere Millionen erworben, erlangen leitende Stellungen in der Verwaltung und wollen die seit zwölf Jahren bestehende Deutsche Orientbank zur Grundlage einer ausgreifenden Vertretung der österreichischen und ungarischen Interessen im nahen Osten benützen. Die gewaltigsten Umwälzungen, welche der Weltkrieg gerade auf dem Balkan und in der Türkei bewirkt hat, werden wohl auf lange Zeit hinaus auch große Verschiebungen in der finanziellen und Kreditorganisation dieser Länder auslösen. In der Türkei war durch Jahrzehnte der Einfluß des französischen, erst in zweiter Linie der des englischen Kapitals tonangebend. Frankreich hat an türkischen Staatswerten einen Besitz von zwei Milliarden. Jahrzehntlang wurden die meisten türkischen Anleihen auf dem Pariser Platz finanziert, und erst im Balkankriege ist Deutschland, mit einer bescheidenen Quote auch Oesterreich-Ungarn, in die Reihe der Geldgeber für das Reich der Pforte eingetreten. Die Banken in der Türkei und ihre Niederlassungen in Kleinasien und Aegypten unterstanden vor dem Kriege überwiegend dem französischen und englischen Einfluß. Eine überragende Stellung hat die Banque Ottomane, die, mit dem wertvollsten Privileg der Notenbank ausgestattet, auch für die Kreditvermittlung die maßgebende Stelle bildete; sie war von Pariser und Londoner Financiers gegründet und geleitet, wurde aber im Kriege ganz dieser Verbindung entzogen und zur türkischen Staatsbank umgestaltet. Von den finanziellen Niederlassungen der Westländer hatte der Credit Lyonnais seine führende Rolle bereits vor dem Kriege verloren; die Banque de Salonique, in deren Leitung die österreichischen Interessenten den französischen Banken den Platz geräumt hatten, war mehr in der Provinz als in Konstantinopel tätig gewesen. Die unter englischer Patronanz von Sir Ernest Cassel gegründete türkische Nationalbank, die der jungtürkischen Partei den Stützpunkt bot, blieb ein verkümmertes Gebilde und soll jetzt in Liquidation treten. Dagegen hat die Filiale der Deutschen Bank in Konstantinopel eine starke Entwicklung genommen; der Wiener Bankverein hat sich durch seine Konstantinopler Niederlassung eine maßgebende Rolle in der Kreditgewährung und im Einlagengeschäft geschaffen; die Deutsche Orientbank war in der Türkei, in Kleinasien und im ägyptischen Baumwollgeschäft erfolgreich tätig und wußte ihre Wirksamkeit bis nach Marokko auszudehnen; die Ungarische Bank- und Handelsgesellschaft hat gleichfalls eine Niederlassung in Konstantinopel seit einigen Jahren im Betriebe. Die Unionbank paßt im Anschluß an die Agentien des Lloyd Filialen in Konstantinopel und Smyrna. Das staatliche Kreditgeschäft blieb zum großen Teil die Domäne der französischen Banken, das kommerzielle Geschäft hatten die deutschen und österreichischen Banken schon vor dem Kriege fast zur Gänze an sich gerissen.

Der Eintritt der Creditanstalt und der Ungarischen Kreditbank in die Deutsche Orientbank bekundet den Willen, in der Türkei sich dauernd festzusetzen und das wirtschaftliche Leben der Balkanländer dem Einflusse der Mittelmächte in gemeinsamer Tätigkeit anzugliedern. Schon vor einiger Zeit sind die Creditanstalt und die Kreditbank in die Leitung der vom Bankvereine seinerzeit gegründeten Banque Balcanique in Sofia an Stelle der französischen und belgischen Interessenten eingetreten. Bulgarien wird so der finanziellen Einflußsphäre Oesterreichs maßgebend unterstellt, die bestehenden Verbindungen werden weiter ausgebildet werden. In der Türkei ist ein Zusammenarbeiten der deutschen und österreichischen Finanz ins Auge gefaßt, um in diesen unerschlossenen Ländern die Bedingungen einer erfolgenden kaufmännischen und industriellen Betätigung zu schaffen. Auch vom Gesichtspunkte des inneren finanziellen Gefüges ist die neue Kombination von besonderem Interesse. Die Deutsche Orientbank untersteht der Führung der Dresdner Bank, daneben war auch der Schaaffhausensche Bankverein und die Nationalbank in ihr vertreten. Das rheinische Institut, das ja in die Diskontogesellschaft aufgegangen ist, scheidet aus, die Diskontogesellschaft wird, trotzdem sie eine maßgebende Rolle in der Verwaltung der türkischen Staatsschuld besitzt und gemeinsam mit der Firma Bleichröder dort Delegierte der deutschen und österreichischen Gläubiger ernennt, doch keine direkte Vertretung in der Türkei haben, an der kommerziellen Kreditgewährung nicht unmittelbares Interesse nehmen. Zwischen der Dresdner Bank und der Deutschen Bank bestanden seit Jahren, wie allgemein bekannt, innere Gegensätze, und durchaus nicht immer behagliche Verhältnisse. Es ist vielleicht zum erstenmal, daß die Deutsche Bank an einem von der Dresdner Bank patronisierten größeren Geschäfte teilnimmt und dadurch der im Kriege eingetretenen Annäherung sichtbaren Ausdruck verleiht. Die heimischen Banken der Rothschild-Gruppe treten in einen Finanzkonzern, der nicht von ihrer regelmäßigen Verbindung geleitet wird, sondern von einer Gruppe, die eher die Konkurrenz gebildet hat. Allerdings waren die Beziehungen zur Deutschen Bank schon seit Jahren sehr freundliche; bei der letzten türkischen Anleihe in den Jahren vor dem Balkankriege, bei der Sanierung der Südbahn und manchen anderen Finanzgeschäften war bereits ein Zusammenarbeiten der Creditanstalt und der Deutschen Bank mit günstigen Erfolgen in die Wege geleitet worden.

Die erste und maßgebende Aufgabe der Banken, die im Frieden die wirtschaftliche Erschließung dieser Länder und die kommerzielle Verbindung mit der Monarchie und Deutschland anbahnen sollen, wird die Pflege des Warengeschäftes sein. Die Banken waren bisher in der Türkei vorwiegend als Finanzierungsbanken tätig und sollen jetzt Kreditbanken werden. Die Türkei und die Levante werden uns in weit stärkerem Maße als bisher Rohstoffe liefern, sie werden dafür von uns im Austausche mannigfache Industrieartikel, Maschinen, Apparate, Textilprodukte, Kleider, Schuhe, Wäsche erhalten. Diesen Warenumsatz durch Kredit zu erleichtern, ist die Sache von Finanzinstituten, die zur Förderung des Interesses beider Länder errichtet wurden und tätig sind. Die Rohstoffe werden nach den bestehenden Gepflogenheiten zum weitaus überwiegenden Teile sofort bar bezahlt und bedürfen des Kredits nicht; den Banken sind hier gleichwohl wichtige Aufgaben gestellt in der Beschaffung der nötigen ausländischen Zahlungsmittel und Wechsel, in der Vermittlung der Beförderung und Versicherung, in der Erleichterung der Abwicklung. Für die Bezüge von Industriegegenständen aller Art ist die Tätigkeit der Banken von weit größerer Tragweite. Der Kaufmann in der Türkei, der sich mit Ware aus Oesterreich oder Deutschland versorgt, wird nur in den seltensten Fällen in der Lage sein, aus seinen eigenen Mitteln sofort bar zu bezahlen, er braucht den Kredit, und zwar einen möglichst langen Kredit, weil er nur langsam abverkaufen, auch sein Artikel in weit entlegene Gegenden verschicken und selbst längere Zeit auf das Einlangen des Geldes warten muß. Für ihn tritt nun die dort ansässige Bank ein; sie gibt ihm Kredit und setzt ihn in die Lage, prompt zu bezahlen, so daß er selbst ungehindert, leichter und billiger beziehen kann. Die Bank mit dem Sitze in Konstantinopel oder einem größeren Platze der Levante kennt die meisten Kaufleute ihres Standortes, ist in der Lage, deren Kreditwürdigkeit einzuschätzen und für sie einzustehen. Der deutsche und österreichische Exporteur arbeitet so überwiegend gar nicht direkt mit dem türkischen Kaufmann, sondern mit der Bank; auch der türkische Exporteur bedient sich dieser Vermittlungsstelle, die über seine Vertrauenswürdigkeit und Leistungsfähigkeit alle erforderlichen Auskünfte erteilen, Lieferung, Transport und Zahlung vermitteln kann. Der Warenverkehr ist nach dem Kriege eines großen Aufschwunges fähig und die deutschen und österreichischen Banken in der Türkei werden das wichtigste Organ seiner Entwicklung bilden.

Nicht minder bedeutsam kann die Tätigkeit der Banken als Finanzierungsinstitute werden. Neue Industrien und Handelsunternehmungen werden im Frieden auf dem Balkan und in der Levante emporschießen, wie in allen Ländern wird das Bestreben maßgebend sein, an der Erzeugungsstätte des Rohprodukts oder an der Küste, wo die günstigste Versendungsmöglichkeit vorliegt, die Verarbeitung wenigstens zum Teile in die Wege zu leiten. Der hinreichend vorhandene Rohstoff und die im Orient billige Arbeitskraft sowie die leichtere Anpassung an die Bedürfnisse des Konsums werden das Entstehen von Fabriken und industriellen Großbetrieben fördern. Das Bahnnetz ist namentlich in Kleinasien noch wenig ausgebaut, neben dem gleichfalls noch unvollendeten Schienenstrang von Konstantinopel nach Bagdad ist Raum für Tausende von Kilometern neuer Linien vorhanden, die wichtige Gebiete mit den günstigsten Naturbedingungen erschließen werden. Kleinasien hat Getreide in reicher Menge, Baumwolle, Wolle, Metalle, Erdöle, Kohle; nur der geringste Teil dieser Schätze ist noch gehoben. Die politische Freundschaft, die im Kriege geschaffen wurde, wird im Frieden fortbestehen; die Bewilligung für neue Unternehmungen dieser Art, namentlich für Bahnen und Bergwerke, wird sicherlich in erster Reihe und auf längere Zeit ausschließlich dem deutschen und österreichischen Kapital erteilt werden. Hand in Hand wird selbstverständlich die Befriedigung der Kreditbedürfnisse des Staates gehen müssen, große Anleihen werden den Preis für die Einräumung industrieller Konzessionen bilden. Hier wird das gesamte deutsche und österreichisch-ungarische Kapital seine Kräfte daransetzen, um den Balkan, namentlich die Türkei und Bulgarien, mit ihren Hinterländern bis zum Suezkanal und zum Persischen Golf dauernd mit unseren Interessen zu verknüpfen. Die Banken an Ort und Stelle, die österreichischen und deutschen Niederlassungen in Konstantinopel, Sofia, Smyrna und anderen Plätzen dieser Länder werden die natürlichen Organe der Sammlung und Aufsaugung, der Uebertragung des Kredits und der Heranziehung der verfügbaren lokalen Kräfte bilden. Die Kleinarbeit des kommerziellen Geschäftes ist vielleicht noch wichtiger als die sich in großen Zügen bewegende Tätigkeit des Finanzgeschäftes. Ein reiches Arbeitsfeld ist diesen neugegründeten Organisationen nach dem Frieden gesichert.

Neue Freie Presse 26. I. 1916



# Ein amtliches Kursblatt für die Wiener Börse.

## Aeußerungen von Fachmännern.

Wien, 25. Oktober.

### Sektionschef a. D. Dr. Moritz Ritter v. Pöschel.

Ehemaliger Börsekommissär der Wiener Börse.

Während des seit Kriegsbeginn andauernden Stillstandes des offiziellen Börseverkehres ist in Deutschland sowie bei uns die Ermittlung und Veröffentlichung der im zugelassenen Privatverkehre vorgefallenen Kurse bekanntlich untersagt. Gleichwohl besteht naturgemäß ein Bedürfnis nach authentischer Information über die Kurse der im Verkehre stehenden Wertpapiere, da das Wertpapierwesen auch in der Kriegswirtschaft nicht aufgehört hat, ein notwendiges Glied des modernen Wirtschaftsorganismus zu sein, ja in wichtigen Beziehungen, wie die Kriegsanleihen zeigen, noch an Bedeutung gewonnen hat. Die Benützbarkeit der letzten amtlichen Kursnotierung, die vor Einstellung des offiziellen Börseverkehres stattgefunden hat, bei uns also des Kursblattes der Wiener Börse vom 25. Juli 1914, als Bewertungsbehelf, mußte ganz besonders angesichts der seitherigen bedeutenden Wertverschiebungen mit dem Fortschreiten der Zeit immer geringer werden, sowohl für die vielfachen beteiligten Privatinteressen, als auch für die Interessen der Gebührenbemessung und überhaupt des Abgabenfiskus, für welche bisher die letzte vor dem Kriege erfolgte amtliche Kursnotierung der Wiener Börse in mehreren Verordnungen zur Richtschnur bestimmt worden ist.

In Deutschland ist nunmehr zufolge einer im Reichstage eingebrachten Gesetzesvorlage eine besondere amtliche Feststellung und Veröffentlichung der Kurse der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere für den 31. Dezember 1916 in Aussicht genommen, an welchem Termine es mehr als 2½ Jahre sein werden, seitdem die letzte amtliche Kursnotierung an der Berliner Börse unmittelbar vor Einstellung des offiziellen Verkehres erfolgt war. Nach dieser Gesetzesvorlage wird die besondere Kursfeststellung für die Veranlagung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer angeordnet, die praktische Bedeutung wird aber zweifellos weit darüber hinausgehen, da sowohl für andere Abgabenberichte als auch für den allgemeinen Verkehr und für Bilanzzwecke das Bedürfnis nach einem einigermaßen aktuellen Anhaltspunkte für eine authentische Wertfeststellung bei Wertpapieren täglich dringender wird. Unter diesem Gesichtspunkte hat die Sache ihre Bedeutung auch in Oesterreich, wo eine Besitzsteuer und eine Kriegssteuer nach deutscher Art nicht bestehen, und die Zweckmäßigkeit einer analogen Verfügung läßt sich auch hierlands nicht von der Hand weisen. Es ist offenbar, daß es bei der wesentlichen Preissteigerung einer großen Zahl von Wertpapieren den Interessen der Gebührenbemessung besser entsprechen muß, von einer authentischen neueren Wertgrundlage auszugehen als von dem Kursstande des 25. Juli 1914. Anderseits würde bei Bewertung von Kautionseffekten die übliche Ansetzung einer angemessenen Quote des neuen Kurswertes für den Sicherstellungszweck vollends ausreichen. Bei den Bilanzaufstellungen ist man bisher seit Schließung der Börse auch ohne Kursblatt ausgekommen und könnte es in Oesterreich um so mehr, als bei uns auch für regelmäßige Zeitläufte nicht wie in Deutschland auf den Börsenkurs bezugnehmende Bilanzvorschriften bestehen und die richtige Bewertung der Bilanzposten lediglich auf die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes abgestellt ist. Man ließ es hiebei auch nach Wegfall des amtlichen Kursblattes bewenden und hat vor zwei Jahren inmitten eines lebhaften Meinungsstreites von der Erlassung von Zwangsvorschriften für Bewertung von Bilanzposten ganz abgesehen. Doch ganz verschieden davon wäre eine allgemeine authentische Wertfeststellung von Wertpapieren aktuellen Datums, die bei uns so wenig wie früher das amtliche Kursblatt eine Zwangsnorm bedeuten könnte, wohl aber sicher bei den Bilanzierungen als ein sehr wertvoller Behelf begrüßt werden dürfte, der in vielen Fällen eine Sicherung und Rechtfertigung gewähren würde. Noch mehr würde dem legitimen Bedürfnisse des gesamten Wertpapiere besitzenden Publikums, also weiter Bevölkerungsschichten vom Palast bis zur Hütte, gedient sein, über den Wert seines Besitzes eine einigermaßen benützbare authentische Kenntnis zu erlangen und hiemit die Möglichkeit einer Vorausbeurteilung von Veräußerungen, Tauschgeschäften, Lombardierungen, also Dingen, die auch für die Förderung der Kriegsanleihen nicht von geringem Belange sind. Eine vermehrte Begünstigung spekulativer Tendenzen ist von einer in längeren Zeitabschnitten erfolgenden Kursfeststellung, wie sie hier in Rede steht, wahrlich nicht zu befürchten. Solche Tendenzen können genugsam gedeihen, wenn die Kenntnis der Bewertung überall verbreiteter Wertpapiere Monopol und Geheimnis bleiben muß. Die mangelnde Information des Publikums über die Kurse der Wertpapiere war und ist eines der schwersten Folgeübel der notwendig gewordenen Schließung der Börse und Einstellung des amtlichen Kursblattes. Mit der vor einigen Monaten erfolgten Regelung des privaten Börsenverkehres konnte der Uebelstand nicht sogleich beseitigt werden, doch die Hoffnung seines allmählichen Abbaues wurde erweckt. Ein erster — freilich sehr bescheidener — Anfang könnte mit der zeitweisen Aufstellung einer amtlichen Kursliste gemacht werden, vorausgesetzt allerdings, daß die Zwischenräume bedeutend kürzer ausfallen, als der derzeit seit der letzten amtlichen Kursnotierung vor dem Kriege verflossene Zeitraum.

Es ist zu beachten, daß die durchzuführende einmalige authentische Kursfeststellung, wenn auch möglicherweise wiederholt, so doch nicht regelmäßig und auf anderer Grundlage als die frühere amtliche Börsenotierung erfolgen soll. Nach dem deutschen Entwurfe ist daselbst die Kursfeststellung nicht durch die autonome Börsenleitung, sondern durch die Kriegsbehörde (vorläufig Reichskanzler, später eventuell Bundesrat) vorzunehmen, und zwar auf Grund der sachverständig ermittelten Erfahrungen und Umsätze nicht bloß des Privatverkehres eines Börseortes, sondern auch anderer, und nicht bloß eines Tages, sondern eines umfassenderen Zeitraumes, wenngleich die Feststellung für den 31. Dezember erfolgt, also mindestens die ungefähre Geltung der Kurswerte für dieses Datum möglich machen muß. Der deutsche Entwurf befaßt den Reichskanzler mit der vorläufigen Feststellung der Kursliste und behält deren eventuell längstens bis 15. Januar 1917 kundzumachende Richtigstellung vor. In ähnlicher Weise würde auch bei uns die Regelung, wenn man sich zu dieser entschließt, zu erfolgen haben. Diese Kursfeststellung würde nach ihren formellen und materiellen Voraussetzungen, ohne eine irgendwie streng begrenzte Durchschnittsermittlung darzustellen, Gewähr bieten können gegen willkürliche oder tendenziöse Beeinflussungen nach der einen oder anderen Seite. Die frühere Feststellung der Liquidationskurse an der Börse, wenn auch an sich von ganz anderer Bedeutung, könnte hinsichtlich der hiebei obwaltenden Freiheit im kleinen als Vorbild dienen. Es würde zu weit führen, hier auf Einzelheiten des Vorganges der Kursfeststellung einzugehen, die internen Vorschriften zu überlassen wären. Nur sei bemerkt, daß es, wenn überhaupt nötig, ganz gut möglich wäre, hinsichtlich der Staatswerte besondere Vorsichten eintreten zu lassen, ohne deshalb schon mit Rücksicht auf manche gleich gerichtete Maßnahmen des Auslandes Bedenken vom Standpunkte unseres Staatskredits mit Grund zu erregen.

### Börserat Maximilian Kraus.

Direktor der österreichischen Länderbank.

Ich habe seinerzeit in der Börsekammer an der Schaffung der Einrichtungen zur Herstellung eines beschränkten Börsenverkehres und an der Beratung der Bedingungen für eine Wiedereröffnung der Börse mitgewirkt. Eine dieser Bedingungen ging dahin, daß von der Ausgabe eines täglich erscheinenden Kursblattes Umgang genommen werde. Damals ließ sich die Börsekammer von der Erwägung leiten, daß die tägliche Ausgabe eines Kursblattes gewisse Unzukömmlichkeiten im Gefolge haben könnte. Sehr hohe Kurse könnten die Spekulation in Dividendenpapieren in weite Kreise tragen; ein plötzlicher Kurssall könnte im Auslande gegen die Monarchie ausgenützt werden. Beides wollte man gleichmäßig vermeiden. Mittlerweile hat sich die Sachlage doch einigermaßen geändert. Der Krieg dauert viel länger, als man damals angenommen hatte. Glücklicherweise haben wir auf große militärische Erfolge hinzuweisen; die Kurse haben sich in einem Ausmaße und in einer Richtung entwickelt, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. In weiten Kreisen ist es bekannt, daß ein Börsenverkehr seit Monaten besteht, der allerdings der früheren offiziellen Börse nicht vollkommen gleichkommt, aber doch öffentlich anerkannt ist, vom staatlichen Börsekommissär besucht wird und regelmäßig funktioniert. Auch die Kurse sind nicht mehr das Geheimnis der Gemeinde, die sich im Börsensaal versammelt, sondern werden in weiteren Kreisen genannt und es werden große Abschlüsse in Aktien vorgenommen. Das Motiv, welches in Deutschland geltend gemacht wird, daß nämlich der Fiskus wegen der Besitzsteuer und der Besteuerung des Wertzuwachses ein Interesse an der Feststellung der Kurse hätte, besteht zwar in Oesterreich nur in geringerem Maße, weil unser Steuersystem nicht auf der Besteuerung des Kapitalswertes, sondern des durch Bekenntnisse festzustellenden Einkommens aufgebaut ist. Trotzdem wäre es von Vorteil, wenn wir in gewissen Zeitabschnitten — als einen solchen ersten würde ich den 31. Dezember des heurigen Jahres besonders geeignet ansehen — ein Kursblatt herausgeben würden. Eine große Zahl von Verrechnungen muß gemacht, viele Schätzungen müssen angestellt werden; für diese fehlt jetzt der Maßstab, denn die Kurse des letzten Börsentages, des 25. Juli 1914, sind hiefür längst nicht mehr geeignet und überholt. Ich sehe nicht ein, weswegen man Kurse, die jetzt schon die Grundlage bedeutender Transaktionen bilden, nicht durch ein offizielles Kursblatt der breiteren Oeffentlichkeit zur Verfügung stellen sollte. Darin erblicke ich keine Gefahr, vielmehr glaube ich, es ist eine Notwendigkeit, daß von Zeit zu Zeit der Oeffentlichkeit von berufsmäßigen Kreisen, von der Leitung der Börse, in amtlicher Form mitgeteilt wird, wie die Effekten bewertet werden. Anderseits würde ich mich im jetzigen Augenblick gegen das tägliche Erscheinen eines Kursblattes aussprechen; der Zeitpunkt hiefür ist noch nicht gekommen. Da aber die Börsekammer und die Regierung es in der Hand haben, festzusetzen, wann mit der regelmäßigen täglichen Veröffentlichung des Kursblattes begonnen werden soll, glaube ich, daß es von Vorteil wäre, wenn man sich entschließen würde, für den 31. Dezember 1916 ein solches amtliches Kursblatt, das für die Bilanzen der Aktiengesellschaften und jedes einzelnen, für die Gebühren von Vermögensübertragungen und Erbschaftsteilungen die feste Grundlage bilden würde, durch die Börsekammer herauszugeben.

### Börserat Leopold Langer.

Vizepräsident der Allgemeinen Verkehrsbank.

Die Aufstellung eines amtlichen Börsenkursblattes nach dem Stande vom 31. Dezember 1916, wie sie in Deutschland jetzt durch ein Gesetz verfügt wird, würde sich auch bei uns aus verschiedenen Gründen sehr empfehlen. Zunächst würde hiedurch den Besitzern von Wertpapieren ein Anhaltspunkt für die Bewertung ihres Vermögens gegeben werden. Das letzte amtliche Kursblatt ist vom 25. Juli 1914. Seit diesem Tage sind die größten Veränderungen eingetreten. Im freien Verkehre haben sich die Kurse vieler Wertpapiere fast durchwegs sehr bedeutend gehoben, es sind neue Papiere dazugetreten, der Handel konzentriert sich vielfach auf ganz anderen Gebieten als seinerzeit. Gleichwohl gibt es keine amtliche Feststellung und die tatsächlichen Marktpreise der Effekten sind nur den unmittelbar beteiligten Kreisen, den Mitgliedern der Börse, den Banken und wenigen Unterrichteten bekannt. Es braucht aber nicht bemerkt zu werden, daß an den Marktpreise von Effekten jeder einzelne Besitzer in hohem Grade interessiert ist; gerade für den 31. Dezember 191[illegible] den Stichtag für die aufzustellenden Bilanzen der Aktiengesellschaften und einzelnen Vermögensbesitzer, wäre die Feststellung der Kurse durch ein auszugebendes amtliches Kursblatt von ganz besonderem Werte. Sodann aber bildet das Kursblatt die Grundlage für die Bemessung der Gebühren und insbesondere auch der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Wenn Vermögen jetzt vererbt werden, so erfolgt die Gebührenbemessung seitens der Finanzbehörde auf Grund der Kurse vom 25. Juli 1914. Auf die seither eingetretenen, bei Konjunkturpapieren oft viele Hunderte von Kronen betragenden Höherbewertungen wird hiebei keine Rücksicht genommen und dem Fiskus entgehen auf diese Art Gebühren von Millionen, die er gerade in den jetzigen schwierigen Zeiten zur Verzinsung der Kriegsanleihe dringend benötigen würde. Ich glaube, daß aus diesen Gründen der gleiche Weg wie in Deutschland gewählt und ein amtliches Kursblatt nach dem Stande vom 31. Dezember unter Zuziehung von sachverständigen Elementen aus den Kreisen der Börse aufgestellt werden sollte.

Arbeiterzeitung 28/X. 1916

tung

erreich.

nachmittags.

Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich 60 h,
monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen:
Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn:
Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljähr. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 18, Telephon 9191
II. Pazmanitengasse 80, Tel. 40226
X. Wielandplatz 5, Telephon 56244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 53126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 84146
XVII. Lacknergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

XXVIII. Jahrgang.

begönnert zu werden; für den Staat Oesterreich taugt ein solches Verhältnis seines dualistischen Genossen nicht. Es wird doch auch nicht ewig Krieg sein und einmal wird man über den Frieden und seine Gestalt nachdenken müssen. Daß dabei der Einfluß Oesterreichs lebendig ist, daß die Interessen Oesterreichs dabei gewahrt werden, ist eine große Notwendigkeit; und wie aussichtslos das bei der gegenwärtigen Regierung der Fall war, weiß jeder. Das Gefühl, das man Herrn v. Körber entgegenbringt, ist eigentlich dieses: daß jener einschnürende Druck, der alles im Staate lähmte, nun aufhört, daß die Widernatürlichkeit, wonach ein paar Menschen über unser gesamtes Wohl und Wehe souverän entscheiden, von einer vernunftgemäßen Ordnung abgelöst wird. Es kommt nun eine neue Regierung, und man meint doch, es müsse eine neue Zeit kommen. Warum? Weil die alte unerträglich war und alles darangesetzt werden muß, daß Staat und Volk vor ihrer Wiederkehr behütet werden.

# Ein neuer Schatzkanzler.

Ein junger Gelehrter, Dr. Hans Patzauer, hat in einer zahlenreichen Studie *) einen Versuch unternommen, der so naheliegt und dennoch bisher unterlassen worden ist: er hat die Staatshaushalte Ungarns, Oesterreichs und Bosniens unter einheitliche Rubriken gebracht und sodann nicht nur Post für Post verglichen, sondern auch in eins zusammengezogen, um ein Gesamtbild der staatsfinanziellen Leistungen und Bedürfnisse der Wehr- und Wirtschaftsgemeinschaft zu gewinnen, wie sie heute nach außen in Europa auftritt. Nach außen zu erscheint und wirkt ja doch die Gemeinschaft und nicht jeder Teil für sich. Der Studie liegt das letzte Friedensjahr, 1913, zugrunde, das letzte in der Reihe der achtundvierzig Friedensjahre seit 1866, das ein halbes Jahrhundert stetigen und organischen inneren Wirtschaftsaufstieges abschließt. Nach ihm folgen die Kriegsjahre; die verhängnisvollen Jahre durchgreifenden Wandels, von denen das Buch schon zwei in Rechnung stellen kann, von deren endgiltiger Zahl und Dauer noch sichere Kunde fehlt. Der Verfasser hat recht: Für alle staatsfinanziellen Untersuchungen der Zukunft wird der Rechnungsabschluß 1913 der Ausgangspunkt und Vergleichsmaßstab bleiben.

Patzauer rechnet im Schlußabschnitt aus. Die Monarchie, das sind Oesterreich, Ungarn und Bosnien, verließ die achtundvierzig Friedensjahre mit einer öffentlichen Schuld von rund zwanzig Milliarden und hatte nach zwei Kriegsjahren mit rund fünfzig Milliarden zu rechnen. Die Summe ist inzwischen wohl noch gewachsen, aber halten wir sie zunächst als Maßstab fest.

Das Verhältnis zwei zu fünf drückt mit zahlenmäßiger Deutlichkeit aus, um wie viel intensiver die Staatlichkeit der Zukunft sich gestalten muß. Zwischen zwei und fünf liegt eine große Spannung: Wir erleben in diesen Kriegsjahren jeder einzelne nicht bloß mehr als in vielen, langen Friedensjahren, auch unseren öffentlichen Einrichtungen ergeht es so und ihre Ausweitung im Kriege ist viel gewaltiger als durch ein Menschenalter des Friedens. Der Staatshaushalt hat sich zwischen 1870 und 1910 lange nicht so gewandelt als zwischen 1914 und 1917. Wenn wir in den heißersehnten Friedenszeiten die Muße haben werden, den Blick ins Staatsinnere zurückzukehren, werden wir die Ueberraschung des Mannes teilen, der einen jungen Burschen nach zwanzig Jahren wiedersieht und ganz erstaunt ist, einen starken Mann zu sehen. Der Staat von 1917 wird sich zu jenem von 1913 verhalten wie fünf zu zwei! Gar bald werden wir uns auch überzeugen, daß hier wie sonst die Quantität in die Qualität, die Zahl in Art umschlägt.

Es hält bis jetzt schwer, den Mitmenschen, die ganz und gar in der Vorstellungswelt der Vorkriegszeit eingeschlossen sind, den furchtbaren Unterschied von morgen und ehegestern anschaulich zu machen. Und doch muß es geschehen, wenn sie sich in den Zeiten, die bevorstehen, halbwegs zurecht finden sollen. Augenblicklich, so scheint es, liegen wir alle im Starrkrampf, weilen wir in der Hypnose. Denn wir sehen nur

*) Oesterreichs und Ungarns Staatswirtschaften, Wien, bei Manz.

ministerium einen wirklichen Schatzkanzler. Natürlich müßte der ganze Stil der Persönlichkeit in beiden Fällen abweichen von dem, was wir in der idyllischen Zeit kleiner Verhältnisse und Verpflichtungen, in der beinahe schon verschollenen Vorkriegszeit als Staatsmänner zu bewundern gehalten waren. Das war ja die köstliche Zeit der Grund- und Hausklassensteuernachlässe, der erquicklichen Subventionen, der Kontingente und Bonifikationen, der größeren und kleineren Sanierungen, des finanziellen Trinkgeldermarktes. Gewissermaßen reizend war diese Epoche der Steuernippes, diese Biedermeierepoche unserer Finanzen — nur schade, daß sie auf immer dahin ist! Wir haben nun im Zyklopenstil zu bauen — und dazu gehören starke Arme, breite Schultern und solide Köpfe. Wir brauchen einen Schatzkanzler!

Fremdenblatt
29./X. 1916

81

# Berliner Finanzbrief.

Von Georg Münch.

Berlin, 26. Oktober.

Ein eigentümliches, höchst lehrreiches Zusammentreffen von Ereignissen ist es, daß sich der englische Schatzkanzler just in demselben Augenblicke, da der deutsche Reichsschatzsekretär und der Reichsbankpräsident von allen Seiten die ehrlichsten Glückwünsche zum Gelingen der fünften deutschen Kriegsanleihe empfangen, der herbsten Angriffe gegen seine Finanzpolitik zu erwehren hat. Während in Deutschland eine Kombination zwischen 5- und 4½prozentigem Kriegsanleihetypus einen neuen Triumph erlebte, mußte sich die englische Regierung dazu bequemen, 6prozentige Schuldverschreibungen auszugeben. 6prozentige Schatzscheine mit etwas mehr als dreijähriger Laufzeit nämlich, welche al pari erhältlich sind. Gleichzeitig hat sie den Verkauf von 5prozentigen mehrjährigen Schatzanweisungen eingestellt. Mac Kenna, darüber in der englischen Presse getadelt und im Parlament zur Rede gestellt, hat weiter nichts sagen können, als daß es nicht anders zu machen gewesen wäre. Der Zeitpunkt für die Aufnahme einer neuen fundierten Kriegsanleihe sei leider noch nicht gekommen. In der Tat sind die beiden ersten englischen Kriegsanleihen Fehlschläge ersten Ranges gewesen. Die 3½prozentige unterliegt heute einem Verlust von 10 Prozent, die 4½prozentige einem solchen von 5 Prozent gegen den Emissionskurs. Das Publikum hatte und hat keine Neigung zu ihrem Erwerb. Ja, so belastet blieben die Banken mit den Titeln, daß man im April d. J. den Instituten den Umtausch der in ihrem Besitz befindlichen 4½prozentigen Anleihe in 5prozentige Schatzwechsel auf Basis von 97⅞ anbot. Heute nun hat auch der 5prozentige Typus abgewirtschaftet, und man muß den 6prozentigen wählen. Doch selbst auf den heimischen Absatz dieser hochverzinslichen Schuldverschreibungen scheint der englische Schatzkanzler nicht allzu große Hoffnungen zu setzen. Wie würde es sich sonst erklären, daß er im Unterhause soeben frank und frei aller Welt zugegeben hat, er rechne darauf, daß New-York Interesse für die neuen Schatzbonds zeigen werde! Aus dem allem spricht eine so hochgradige Verlegenheit der englischen Kriegsfinanzierung, daß weder der Finanzmann noch der Politiker achtlos daran vorübergehen kann. Man vergegenwärtige sich nur, daß England erst vor wenig Wochen mit amerikanischen Häusern eine Schatzscheinanleihe abschloß, die nominal zwar 5prozentig ist, effektiv aber weit mehr Zinsen bringt, da sie zu 99 Prozent herauskam und schon nach einem Jahre zu 101 Prozent zur Einlösung präsentiert werden kann; indes nicht genug damit, ist diese Anleihe durch Unterlagen in Gestalt guter neutraler Werte um 20 Prozent überdeckt. Was mutet Mac Kenna also den Amerikanern zu, wenn er ihnen neben einer so verführerisch ausgestatteten Emission jetzt noch zum Ueberfluß 6prozentige Schatzbonds anbietet, die keine besondere Deckung haben? Die Verwirrung, die in den leitenden Kreisen Großbritanniens herrscht, kann kaum noch überboten werden!

Diese englischen Verlegenheiten wurzeln einmal in dem Ueberhandnehmen der Zahlungsverpflichtungen ans Ausland, sodann in der mangelhaften Beteiligung des britischen Publikums an der Uebernahme von Kriegsanleihen. Genau das Gegenteil sehen wir in Deutschland. Die freundliche Sorge unseres britischen „Retters" um unsere „Aushungerung" zwingt uns zu einer ganz außerordentlichen Sparsamkeit. Sie ist uns gewiß nicht gerade angenehm, aber sie hat die segensreiche Wirkung, daß sich unsere Zahlungsverbindlichkeiten dem neutralen Auslande gegenüber in erträglichen Grenzen halten. So kommt es ja auch, daß unsere Kriegsausgaben, die Gewerbe befruchtend, fast ganz im Lande bleiben, und weiter, daß die solcher Art gekräftigte Industrie sich in größtem Maßstabe an der Zeichnung der Kriegsanleihen beteiligen kann. Wieweit das geschieht, dafür gibt der Ausfall der Einzelzeichnungen von je 100.000 Mark an aufwärts Aufschluß. Ihre Summe macht bei der fünften Kriegsanleihe allein rund 47 Prozent des Gesamtergebnisses von 10.652 Millionen Mark aus. Nichtsdestoweniger schneiden aber auch die kleinen Zeichner nicht schlecht ab. Die 5045 Millionen Mark, die sie aufgebracht haben, setzen sich aus 3,800.349 Einzelanmeldungen im Betrage von je 100 bis zu 100.000 Mark zusammen. Das ist eine geradezu glänzende Leistung. Um sie richtig würdigen zu können, muß man sich gegenwärtig halten, daß es vor dem Kriege in Preußen rund 8 Millionen Haushaltungsvorstände und selbständige Einzelpersonen mit einem Einkommen von mehr als 900 Mark, dem Existenzminimum, gegeben hat. Auf das Reich übertragen, wären das etwa 13 Millionen. Von diesen hat also jeder dritte bis vierte Mann gezeichnet. Wir sind zwar an gleichartige Resultate von unseren früheren Kriegsanleihen her schon gewöhnt. Trotzdem überraschen sie uns jedesmal von neuem. Unser Reichsschatzsekretär kann sich der überaus wertvollen Beobachtung freuen, daß das ganze Volk Verständnis und Interesse für das Gelingen der Anleiheoperationen des Reiches im Kriege hat.

Unterdessen sind die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe so flott vorwärts geschritten, daß bis zum 14. Oktober bereits 69 Prozent, nämlich 7334 Millionen der insgesamt gezeichneten 10.652 Millionen Mark, eingegangen waren. In der gleichen Frist sind die Darlehenskassen nur mit der winzigen Summe von 57 Millionen Mark oder 0,77 Prozent des vollbezahlten Anleihebetrages für Zwecke der fünften Kriegsanleihe beansprucht worden. Die Riesenleistung der Milliardeneinzahlung vollzog der Geldmarkt also ohne fremde Hilfe. Trotzdem hielt sich der Satz für tägliches Geld nur auf 4¼ Prozent, der Berliner Privatdiskont unentwegt auf 4⅝ Prozent.

Daß dadurch das Kraftgefühl unserer Börsenwelt gehoben wurde, ist nicht verwunderlich. Wir haben eine neue Haussezeit hinter uns, die sich namentlich im freien Verkehr der Montan-, Elektrizitäts-, Maschinenfabriks-Aktien zu erkennen gab. Die glänzenden Abschlüsse der großen deutschen Montanunternehmen führten dem Markte immer neue Käufer zu. Erstaunlich sind in der Tat die letzten Jahresergebnisse der Eisenwerke. Der Phönix in Hoerde weist für 1915/16 rund 56 Millionen Mark Rohgewinn aus, gegen 37¼ Millionen im Vorjahre, Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttengesellschaft rund 33 Millionen (gegen 17 Millionen), der Bochumer Verein 22,6 Millionen (gegen 11,8), die Mannesmannröhrenwerke 22,6 Millionen Mark (gegen 12,6), die Rheinischen Stahlwerke 13,3 Millionen (gegen 7,8), die Bismarckhütte 12 Millionen (gegen 8,4), die Laurahütte 11,4 Millionen (gegen 8,9) und so fort. Dementsprechend treten durchwegs ansehnliche Dividendensteigungen hervor, teilweise auf ein Niveau, das in der Friedenszeit als phantastisch gegolten hätte. Der Bochumer Verein, der seine Aktionäre an Dividenden von 12 bis 14 Prozent gewöhnt hatte, erklärt jetzt 25 Prozent! Der Phönix läßt seine Dividende, die in den letzten Friedensjahren zwischen 15 und 18 Prozent geschwankt hatte, vorsichtigerweise „nur" auf 20 Prozent klimmen. „Deutsch-Luxemburg" entschädigt seine Aktionäre für zwei rentenlose Jahre jetzt mit einer Rate von 7 Prozent. Die Vereinigte Königs- und Laurahütte erinnert mit ihrer jetzigen Dividende von 10 Prozent ihre Aktionäre an gute alte Zeiten. Die Bismarckhütte heimst nunmehr mit Zins und Zinseszinsen die Rente für die großen Summen ein, die sie in den letzten Jahren für den Erwerb und den Ausbau der Falvahütte wie für andere planmäßig durchgeführte große Neuanlagen aufgewendet hat. Ihre Dividende beträgt diesmal 25 Prozent, nachdem sie für 1913/14 noch 9 Prozent betragen hatte und in den Jahren 1910/11 und 1911/12 gänzlich ausgefallen war. Auch kleinere Werke unserer Eisenindustrie sind voll in den Genuß der Konjunktur getreten. Manche bescheidene Existenz ist mit einem Male zu hohen Gewinnen und solidem Ausbau ihrer finanziellen Unterlagen gekommen. Auf gewissen Spezialgebieten des Maschinenbaues, der Elektrotechnik, der Motorindustrie ist es ebenso, ganz zu schweigen von dem Aufblühen der Waffen- und Pulverfabrikation. Man kann es der Börse wahrlich nicht übelnehmen, daß sie solcher Hochkonjunktur in den Kursen der Aktien Ausdruck zu verleihen trachtet. Umso mehr war sie versucht, dies zu tun, als das Publikum oder, richtiger gesagt, alle möglichen Außenseiter ihr die Papiere förmlich aus der Hand rissen. Da gibt es viele, in den guten Geschäftsgang von Industrieunternehmen eingeweihte Persönlichkeiten, die ihre Kenntnis gern in Käufe von Dividendenwerten umsetzen; da sind ferner viele durch den Krieg reich gewordene Liefranten, die ihr Vermögen in Aktien anlegen möchten; da sind endlich Scharen von Mitläufern, die sich bei jeder Börsenbewegung einfinden, um an diesem Feuer auch ihr Süppchen zu kochen.

Es ist nicht zu leugnen, daß aus dem Zusammenwirken all dieser Momente schließlich eine Börsenverfassung entstand, die nicht so recht mit der Zurückhaltung spekulativer Neigungen, welche die Kriegszeit gebietet, in Einklang zu bringen war. Vielleicht wäre auch von oben her eine Mahnung zur Mäßigung oder gar ein Eingriff erfolgt, wenn man sich nicht davor gescheut hätte, die Börse, die bei der Kriegsanleihezeichnung wiederum einwandfrei funktioniert hat, vor den Kopf zu stoßen. Inzwischen hat die Börsenwelt selbst das Unzeitgemäße einer weiteren Fortsetzung des Haussetreibens eingesehen. Sie ist zu einer Abrüstung geschritten, die just an dem Tage zum ersten Male deutlicher in die Erscheinung trat, als ein großer militärischer Erfolg eigentlich Anlaß zur Jubelstimmung hätte werden können, am Tage des Falles von Constantza nämlich. Allerdings suchte man die zum Durchbruch gelangte Realisationsneigung mit „Friedensaussichten" zu erklären, ohne daß man indes selbst den darüber verbreiteten Gerüchten Glaubwürdigkeit beimaß. Immerhin ist es beachtenswert, daß in dem Maße, wie vorher begünstigte Eisen- und Rüstungswerte abgegeben wurden, sich das Interesse für sogenannte Friedenswerte, das sind in erster Linie Schiffahrtsaktien, mehrte.

Wer Verständnis für die Bedeutung der Effektenbörse besitzt, kann ihre völlige Ausschaltung im Kriege nicht als ein erstrebenswertes Ziel ansehen. Eben deshalb wird er wünschen müssen, daß sie sich des Ernstes der Zeit stets bewußt bleibt und Uebertreibungen im Keime zu ersticken weiß. Darum wäre es zu begrüßen, wenn die Berliner Börse den in diesen Tagen beschrittenen Weg der Mäßigung weiter verfolgen würde. Der guten Kriegskonjunktur für die Industrie folgen im übrigen die Kriegsgewinnsteuern, deren spätere Erhöhung durchaus nicht ausgeschlossen ist, auf dem Fuße. Und was die erste Zeit nach dem Kriege bringen wird, kann heute noch niemand mit Gewißheit voraussehen.

Neues Wiener Ta

## Die Kurse einst und jetzt.

In Berlin ist von Amts wegen ein Ausschuß eingesetzt worden, der, aus Sachverständigen bestehend, unter Mitwirkung der Regierung die Kurse feststellen soll, die sich am 31. Dezember des laufenden Jahres im Berliner Börsenverkehr ergeben werden. Es wird damit nicht beabsichtigt, bereits zur täglichen Veröffentlichung eines amtlichen Kursblattes überzugehen, aber aus verschiedenen Zweckmäßigkeitsgründen soll die Welt, sowohl das Inland als das Ausland, erfahren, welchen Wert die nach Milliarden zählenden Effekten repräsentieren, die sich im Besitze des Publikums befinden. Wenn einer die Zeit seit dem Kriegsausbruche wie ein Fakir verschlafen oder sich um die Kurse nicht gekümmert hätte, so wird er, wenn er ihren jetzigen Stand mit dem vom 25. Juli 1914 vergleicht, seinen Augen nicht trauen. Verheerungen im Kursblatte hatte man befürchtet, die der Krieg herbeiführen werde, Entwertungen, schmerzhafte Zusammenschrumpfungen der großen und der kleinen Vermögen. Und was ist statt dessen geschehen? Wir dürfen keine Kurse nennen, aber soviel kann gesagt werden, weil es ja gerade für die beteiligten Kreise kein Geheimnis ist, daß sich während der Kriegszeit ein Aufschwung der Kurse vollzogen hat, wie er von niemand vorausgesehen werden konnte. Eine ähnliche Preissteigerung wie auf dem Warenmarkte hat sich auf dem Effektenmarkte vollzogen. Diese Höherbewertung, wenn sie auch in einzelnen Fällen nicht frei von Uebertreibung ist, brachte eine recht angenehme Enttäuschung allen jenen, die ihr Vermögen oder einen großen Teil desselben in Papieren angelegt haben und durch den Krieg ruiniert zu werden fürchteten. Zu denen, die heute noch keine Kenntnis von dem erfreulichen Umschwunge der Dinge haben, gehören die in feindlicher Kriegsgefangenschaft befindlichen Besitzer von Wertpapieren. Auf die entstellten feindlichen Berichte angewiesen, sind sie, wie aus ihren Briefen hervorgeht, nicht ohne Besorgnis. Man wird auch von ihnen sagen können: Die werden schauen, bis sie wieder daheim sind.

Die Veröffentlichung eines amtlichen Kursblattes, wenigstens für den einen Tag des Jahresschlusses, die in Deutschland beabsichtigt und hier in Erwägung gezogen wird, kann auch ihre Wirkung auf das feindliche Ausland nicht verfehlen. An Stelle einer zerrütteten Volkswirtschaft, wie die Gegner hofften, werden sie einen gestiegenen Wohlstand schon aus dem Stande der Kurse ableiten können. Die Preise der Wertpapiere haben eine überaus beredte Sprache. Mit Staunen und Bestürzung werden die Feinde erkennen, daß ihre eigenen Effekten, seien es Renten oder Dividendenpapiere, sich bei weitem nicht so gut gehalten haben wie die der von ihnen wirtschaftlich Boykottierten und bis aufs Messer Bekämpften. Ein amtliches Kursblatt nach so langer Zeit hat aber auch noch einen andern Zweck. In zahlreichen Hinterlassenschaften finden sich Papiere vor. Wenn nun der Staat die Erbsteuer bemessen und einheben will, soll er da die weit niedrigeren Kurse vom 25. Juli 1914 zur Grundlage nehmen? Es gibt Papiere, die heute das Doppelte und manche sogar mehr als das Doppelte des damaligen Kurswertes haben, so daß in demselben Maße die Steuerleistung höher wird, wenn der Behörde ein authentischer, zuverlässiger, dem wirklichen Stande entsprechender Kurs zur Basis der Berechnung an die Hand gegeben wird. Und wenn man Bilanz macht, kann es da ein richtiger Rechnungsabschluß genannt werden, wenn die so grundverschiedenen Kurse von einst und nicht die von jetzt in die Aktiva eingestellt werden? Der Unterschied ist ja ein ganz enormer. Der Grund, weshalb die Kurse des noch verschiedenen Beschränkungen unterliegenden Börsenverkehres nicht öffentlich bekanntgegeben werden dürfen, war ursprünglich ein ganz anderer als der, der jetzt noch der regelmäßigen Herausgabe eines Kursblattes im Wege steht. Heute sind es nicht mehr tiefgesunkene Kurse, durch deren Veröffentlichung man fürchten würde, Beunruhigung im Publikum zu erzeugen, sondern es handelt sich gegenwärtig im Gegenteil lediglich darum, die Spiellust nicht anzufachen, die durch Hochkurse bei manchen geweckt wird. Bei andern wird vielleicht gerade die Kenntnis stark gestiegener Kurse von Konjunkturpapieren ein Anlaß sein, diese Papiere gegen eigentliche Anlagepapiere, Renten und Kriegsanleihe einzutauschen.

Es wird heute vielen Unternehmungen, mögen sie noch so gute Geschäfte machen, schwer fallen, bei den Hochkursen, die ihre Aktien erlangt haben, den festverzinslichen Anlagewerten, von denen besonders die Kriegsanleihen rund 6 Prozent an Zinsen abwerfen, es an Rentabilität gleichzutun. Freilich frägt die Spekulation gar nicht nach Rentabilität und Bilanzgestaltung, solange das Spiel geht. Der Augenblick kann aber gar nicht ausbleiben, da der Umsatz schwerfälliger wird und neue Käufer sich nur bei namhaften Preiskonzessionen finden. Das zeigte sich deutlich in der abgelaufenen Woche. Die Spekulation fängt nun an, zwischen Werten der Kriegsindustrie und Friedenswerten zu unterscheiden. Man konnte in den letzten Zeiten als zum Beispiel an der New-Yorker Börse Friedensgerüchte auftauchten, die Wahrnehmung machen, daß sofort die Aktien jener amerikanischen Gesellschaften, welche große Lieferungen von Kriegsmaterialien an die Ententemächte haben, stark ausgeboten wurden, während die Aktien solcher Gesellschaften, die vom Frieden die Wiederaufnahme ihrer Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn erhoffen, lebhafter Nachfrage begegneten. Auch im Berliner und Wiener Börsenverkehr zeigte sich wiederholt Geneigtheit, Kriegswerte, oder wie man sie hier nennt: Munitionswerte, gegen Effekten solcher Gesellschaften, die von der Wiederherstellung des Friedens profitieren werden, umzutauschen. Kriegswerte, von denen man sagen könnte, daß ihre Rolle mit der Beendigung des Krieges ausgespielt sein wird, gibt es hier übrigens kaum. Abgesehen davon, daß jederzeit auch im Frieden Bestellungen erforderlich waren, um die Heeresausrüstung zu vervollständigen, richten sich jetzt schon die großen Unternehmungen der Kriegsindustrie auf den Uebergang zur Friedenswirtschaft ein, indem sie auch andre Artikel, nach denen im Frieden lebhafter Begehr sein wird, in den Kreis ihrer Produktion ziehen. So wie die verschiedensten Industrien bei uns es verstanden haben, sich rasch und in wirksamer Weise dem Kriege anzupassen, werden sie sich auch dem Frieden anzupassen vermögen. Und was wird nicht alles im Frieden nachzuholen sein! Im Frieden muß man sich auf den Krieg, im Krieg sich aber ebenso auf den Frieden vorbereiten. Große Aufgaben werden zu lösen sein, und man darf nach dem, was unsre Industrien im Krieg geleistet haben, der bestimmten Erwartung Raum geben, daß sie auch im Frieden, allen feindseligen Behinderungen zum Trotz, sich auf der Höhe der Produktion und der Technik erhalten. Ob auch die Höhe des Gewinnes und speziell der Kurse sich behaupten wird, ist freilich eine andre Frage von allerdings sekundärer Bedeutung.

# Volkswirtschaft.

## Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 3. November.

Eine vielbesprochene und vielgedeutete Erscheinung bildet die im freien Verkehr der Berliner Börse in jüngster Zeit eingetretene starke Aufwärtsbewegung von Schiffahrtaktien, zumal da sie sich bei recht bedeutenden Umsätzen vollzog. Es lag nahe, in dieser auffälligen Höherbewertung Anzeichen eines kommenden Friedens zu erblicken, da naturgemäß erst dann aus den Aktien der Schiffahrtgesellschaften wieder gewinnbringende Papiere werden. In Wirklichkeit aber hat diese Aufwärtsbewegung ganz andere Ursachen, und es haben sich im Laufe des verflossenen Monats sehr bemerkenswerte Besitzverschiebungen auf diesem Gebiete ergeben. Um die ganzen Zusammenhänge zu verstehen, muß man ein paar Jahre zurückgehen, in die Zeit vor dem Kriege. Damals bildete die Hamburg-Amerika-Linie ein Unternehmen, in dem die ausschließlichen Hamburger Interessen weit überwogen, an dem das in den Berliner Großbanken vertretene Kapital ebensowenig in stärkerem Maße beteiligt war wie andere wichtige Kreise, etwa die deutsche Schwerindustrie. In bezug auf den Norddeutschen Lloyd gilt das gleiche; nur mit dem Unterschied, daß der Lloyd in noch höherem Grade ein reines Bremer Unternehmen bildete als die Hamburg-Amerika-Linie ein Hamburger. Bekannt ist, daß die Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften viele Jahre hindurch keineswegs freundschaftlich waren, daß im Gegenteil mehrfach scharfe Gegensätze hervorgetreten sind, die sogar zu langwierigen Ratenkriegen führten, und daß eine starke Rivalität zwischen den beiden größten deutschen Schiffahrtgesellschaften herrschte. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß man die Bedeutung der großen Reedereien für ein Land ganz anders wertet als in der Zeit vordem, und verschiedene Gruppen im deutschen Wirtschaftsleben erkannten, daß eine stärkere Einflußnahme bei den führenden Schiffahrtgesellschaften ohne Frage ein bedeutsames Ziel darstelle. Diese Gruppen waren die Großbanken sowohl als die rheinisch-westfälische Schwerindustrie. Es haben im Zusammenhang damit bedeutende Besitzverschiebungen in den Aktien des Lloyd und der Hapag stattgefunden, und als Ausdruck dessen sind auch in den Aufsichtsräten der beiden Unternehmungen wichtige Veränderungen vor sich gegangen. Der vorhin erwähnte, gleichsam lokale Charakter der Schiffahrtgesellschaften kam auch in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats zum Ausdruck, der im wesentlichen nur aus einigen leitenden Persönlichkeiten der hanseatischen Reederei- und Großhandelskreise bestand und in dem zum Beispiel das Bankelement nur eine ganz unbedeutende Rolle spielte.

In dieser Beziehung sind jetzt sehr weitreichende Veränderungen vor sich gegangen. In den Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie ist Direktor v. Gwinner von der Deutschen Bank eingetreten, ferner der bekannte rheinische Großindustrielle Hugo Stinnes; dagegen wird in den Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd das Mitglied des Direktoriums der Aktiengesellschaft Krupp, Freiherr v. Bodenhausen eintreten. Die Beziehungen zwischen Großschiffahrt, Großbanken und Großindustrie werden also zusehends enger, und die Ursache dafür ist ohne Frage die, daß in der Zeit nach dem Kriege, wo in der ganzen Welt ein Mangel an Frachtraum bestehen wird, den Schiffahrtgesellschaften eine weit größere Bedeutung für das Wirtschaftsleben eines Landes zukommt als früher, und daß es eine wichtige nationale Aufgabe darstellt, die richtige Schiffahrtpolitik zu treiben. Zugleich hat auch eine Annäherung der beiden großen Reedereien selber stattgefunden, die äußerlich darin zum Ausdruck kommt, daß die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd gemeinsam die Woermann-Linie in Hamburg übernommen haben. Daß die erwähnten Vorgänge einen wesentlichen Besitzwechsel in den Aktien der Schiffahrtgesellschaften zur Folge hatten, bildet eine ganz natürliche Erscheinung; dieser Besitzwechsel war mit einer Aufwärtsbewegung der Kurse verknüpft, was gleichfalls nicht überraschen kann, da die Börse die großen Käufe bemerkte und sich auch ihrerseits bis zu einem gewissen Grade daran beteiligte. Aber gerade wenn man diese ganzen Zusammenhänge kennt, hat man nicht nötig, haltlose Kombinationen an die Kurssteigerung der Schiffahrtaktien zu knüpfen, wie es in urteilslosen Kreisen vielfach geschehen ist.

Die gute Stimmung, in der sich die Börse fortgesetzt befindet, bildet aber jedenfalls eine sehr bemerkenswerte Erscheinung, und sie erklärt sich größtenteils aus den andauernd günstigen Nachrichten aus der Industrie. In den Generalversammlungen der Harpener Bergbaugesellschaft und des Bochumer Vereins, die am gleichen Tage stattfanden, sprachen sich die Verwaltungen übereinstimmend äußerst zuversichtlich aus; in der Generalversammlung der Laurahütte erklärte der Vorstand, das verflossene Geschäftsjahr sei das beste seit Bestehen der Gesellschaft gewesen; in der Generalversammlung der Mannesmannröhrenwerke, welche für 1915/16 ihre bisher höchste Dividende gezahlt haben, wurde mitgeteilt, daß die Umsätze und Gewinne im neubegonnenen Jahre wiederum ansehnliche Fortschritte gegen das Vorjahr aufweisen; kurzum, es werden fast Tag für Tag von den berufenen Stellen die zuversichtlichsten Erklärungen über die Geschäftslage und die Zukunftsaussichten abgegeben. Dazu kommt, daß die in den jüngsten Monaten vielerörterte Frage der Erhöhung der Kohlenpreise in nicht ferner Zeit in bejahendem Sinne entschieden werden dürfte. Wie schon früher mitgeteilt, scheiterten bisher alle Bestrebungen der Bergwerksbesitzer, eine Erhöhung durchzusetzen, an dem Widerstande des preußischen Handelsministers. Natürlich aber war der Handelsminister jederzeit bereit, seinen Widerstand aufzugeben, sobald sich die Voraussetzungen für seine Stel-

# Volkswirtschaft.

## Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 3. November.

Eine vielbesprochene und vielgedeutete Erscheinung bildet die im freien Verkehr der Berliner Börse in jüngster Zeit eingetretene starke Aufwärtsbewegung von Schiffahrtaktien, zumal da sie sich bei recht bedeutenden Umsätzen vollzog. Es lag nahe, in dieser auffälligen Höherbewertung Anzeichen eines kommenden Friedens zu erblicken, da naturgemäß erst dann aus den Aktien der Schiffahrtgesellschaften wieder gewinnbringende Papiere werden. In Wirklichkeit aber hat diese Aufwärtsbewegung ganz andere Ursachen, und es haben sich im Laufe des verflossenen Monats sehr bemerkenswerte Besitzverschiebungen auf diesem Gebiete ergeben. Um die ganzen Zusammenhänge zu verstehen, muß man ein paar Jahre zurückgehen, in die Zeit vor dem Kriege. Damals bildete die Hamburg-Amerika-Linie ein Unternehmen, in dem die ausschließlichen Hamburger Interessen weit überwogen, an dem das in den Berliner Großbanken vertretene Kapital ebensowenig in stärkerem Maße beteiligt war wie andere wichtige Kreise, etwa die deutsche Schwerindustrie. In bezug auf den Norddeutschen Lloyd gilt das gleiche; nur mit dem Unterschied, daß der Lloyd in noch höherem Grade ein reines Bremer Unternehmen bildete als die Hamburg-Amerika-Linie ein Hamburger. Bekannt ist, daß die Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften viele Jahre hindurch keineswegs freundschaftlich waren, daß im Gegenteil mehrfach scharfe Gegensätze hervorgetreten sind, die sogar zu langwierigen Ratenkriegen führten, und daß eine starke Rivalität zwischen den beiden größten deutschen Schiffahrtgesellschaften herrschte. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß man die Bedeutung der großen Reedereien für ein Land ganz anders wertet als in der Zeit vordem, und verschiedene Gruppen im deutschen Wirtschaftsleben erkannten, daß eine stärkere Einflußnahme bei den führenden Schiffahrtgesellschaften ohne Frage ein bedeutsames Ziel darstelle. Diese Gruppen waren die Großbanken sowohl als die rheinisch-westfälische Schwerindustrie. Es haben im Zusammenhang damit bedeutende Besitzverschiebungen in den Aktien des Lloyd und der Hapag stattgefunden, und als Ausdruck dessen sind auch in den Aufsichtsräten der beiden Unternehmungen wichtige Veränderungen vor sich gegangen. Der vorhin erwähnte, gleichsam lokale Charakter der Schiffahrtgesellschaften kam auch in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats zum Ausdruck, der im wesentlichen nur aus einigen leitenden Persönlichkeiten der hanseatischen Reederei- und Großhandelskreise bestand und in dem zum Beispiel das Bankelement nur eine ganz unbedeutende Rolle spielte.

In dieser Beziehung sind jetzt sehr weitreichende Veränderungen vor sich gegangen. In den Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie ist Direktor v. Gwinner von der Deutschen Bank eingetreten, ferner der bekannte rheinische Großindustrielle Hugo Stinnes; dagegen wird in den Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd das Mitglied des Direktoriums der Aktiengesellschaft Krupp, Freiherr v. Bodenhausen eintreten. Die Beziehungen zwischen Großschiffahrt, Großbanken und Großindustrie werden also zusehends enger, und die Ursache dafür ist ohne Frage die, daß in der Zeit nach dem Kriege, wo in der ganzen Welt ein Mangel an Frachtraum bestehen wird, den Schiffahrtgesellschaften eine weit größere Bedeutung für das Wirtschaftsleben eines Landes zukommt als früher, und daß es eine wichtige nationale Aufgabe darstellt, die richtige Schiffahrtpolitik zu treiben. Zugleich hat auch eine Annäherung der beiden großen Reedereien selber stattgefunden, die äußerlich darin zum Ausdruck kommt, daß die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd gemeinsam die Woermann-Linie in Hamburg übernommen haben. Daß die erwähnten Vorgänge einen wesentlichen Besitzwechsel in den Aktien der Schiffahrtgesellschaften zur Folge hatten, bildet eine ganz natürliche Erscheinung; dieser Besitzwechsel war mit einer Aufwärtsbewegung der Kurse verknüpft, was gleichfalls nicht überraschen kann, da die Börse die großen Käufe bemerkte und sich auch ihrerseits bis zu einem gewissen Grade daran beteiligte. Aber gerade wenn man diese ganzen Zusammenhänge kennt, hat man nicht nötig, haltlose Kombinationen an die Kurssteigerung der Schiffahrtaktien zu knüpfen, wie es in urteilslosen Kreisen vielfach geschehen ist.

Die gute Stimmung, in der sich die Börse fortgesetzt befindet, bildet aber jedenfalls eine sehr bemerkenswerte Erscheinung, und sie erklärt sich größtenteils aus den andauernd günstigen Nachrichten aus der Industrie. In den Generalversammlungen der Harpener Bergbaugesellschaft und des Bochumer Vereins, die am gleichen Tage stattfanden, sprachen sich die Verwaltungen übereinstimmend äußerst zuversichtlich aus; in der Generalversammlung der Laurahütte erklärte der Vorstand, das verflossene Geschäftsjahr sei das beste seit Bestehen der Gesellschaft gewesen; in der Generalversammlung der Mannesmannröhrenwerke, welche für 1915/16 ihre bisher höchste Dividende gezahlt haben, wurde mitgeteilt, daß die Umsätze und Gewinne im neubegonnenen Jahre wiederum ansehnliche Fortschritte gegen das Vorjahr aufweisen; kurzum, es werden fast Tag für Tag von den berufenen Stellen die zuversichtlichsten Erklärungen über die Geschäftslage und die Zukunftsaussichten abgegeben. Dazu kommt, daß die in den jüngsten Monaten vielerörterte Frage der Erhöhung der Kohlenpreise in nicht ferner Zeit in bejahendem Sinne entschieden werden dürfte. Wie schon früher mitgeteilt, scheiterten bisher alle Bestrebungen der Bergwerksbesitzer, eine Erhöhung durchzusetzen, an dem Widerstande des preußischen Handelsministers. Natürlich aber war der Handelsminister jederzeit bereit, seinen Widerstand aufzugeben, sobald sich die Voraussetzungen für seine Stel-

Die Zeit
8./XI. 1916

100

# Programmrede des Finanzministers.

## In der Staatsschulden-Kontrollkommission.

In der gestrigen Sitzung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates begrüßte der Präsident den zum erstenmal erschienenen Finanzminister Marek und gab der Freude Ausdruck, daß es zum viertenmal geschehe, daß das wichtige Portefeuille der Finanzen einem Beamten der Finanzverwaltung übertragen wurde, und glaubt darin die Kontrollkommission eine besondere Anerkennung für die Finanzverwaltung an allerhöchster Stelle erblicken zu dürfen. Die Kommission könne an den Herrn Finanzminister nur die Bitte richten, offen und aufrichtig heranzutreten, er werde bei der Kommission immer die größte Bereitwilligkeit finden, im Interesse des Staates und seines Kredits im Rahmen ihres Wirkungskreises unter Bedachtnahme auf ihren parlamentarischen Ursprung wirksam zu werden.

Finanzminister Marek dankte für die freundlichen Worte der Begrüßung und fuhr dann fort: „Ich glaube, daß das durch die Verfassung umschriebene Verhältnis zwischen Regierung und Kontrollkommission dann am gedeihlichsten in den Dienst des Staates gestellt werden kann, wenn wir einander mit voller männlicher Aufrichtigkeit begegnen. Sehe ich doch in der Kontrollkommission nicht den Wächter, sondern das mahnende Gewissen des Finanzministers. Die Zeiten sind nicht danach, daß wir Arbeit und Mühe zwecklos opfern, um über Kompetenzen zu hadern. Das Staatsschiff steuert scharf gegen den Wind: Da will mich bedünken, daß alle Mann an Bord müssen, und daß es gemeinsame Pflicht ist, unser Bestes zu geben. Ich habe in meinen bisherigen Tätigkeiten immer daran festgehalten, daß der sicherste Weg zum Erfolg Aufrichtigkeit und Vertrauen sind. Ich weiß daher sehr wohl, daß ich in diesem Kreise von Männern, denen das Vertrauen des Reichsrates Amt und Stimme gegeben, dann Vertrauen finden werde, wenn ich ihnen mit aller Offenheit entgegentrete. Ich bitte, mir Vertrauen mit Vertrauen zu lohnen. Mein besonderer Dank gilt dem Herrn Präsidenten, dessen Erfahrungen und Erinnerungen noch in jene fernen Tage zurückreichen, in denen die Notwendigkeit der Stärkung des Staatskredits sich mit der Einführung konstitutioneller Einrichtungen verband. Dankbar sind wir uns alle bewußt, daß die ständige Kontrolle des Schuldenwesens durch Organe der Legislative dem Staatskredit Oesterreichs förderlich gewesen ist.

### Der Staatskredit.

Es scheint mir nicht unangemessen, bei meinem ersten Erscheinen vor der Kommission meine grundsätzliche Auffassung vom Staatskredit auseinanderzusetzen. Kredit leitet sich sprachlich von credere, glauben, vertrauen, ab. Ich bin der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß wir unter allen Bedingungen, und selbst unter den stärksten Entbehrungen, die Verpflichtungen des Staates peinlich genau erfüllen müssen. Nur jener Staat wird nach dem Krieg daheim oder im Ausland Kredit finden, der seinen Verpflichtungen mit aller Genauigkeit nachkommt. Lieber darben und hungern, als seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, das scheint mir Pflicht und Gewissen zu gebieten. Der Staatskredit hat in diesen Kriegsjahren inhaltlich eine tiefe Wandlung erfahren. Staatswirtschaft und Volkswirtschaft sind unendlich inniger miteinander verwachsen als jemals zuvor. In den dem Kriege vorangegangenen Jahren wäre es wohl denkbar gewesen, daß die Volkswirtschaft eines Staates trotz sinkendem Staatskredit als ausreichend kreditwürdig befunden worden wäre. Dieser theoretischen Möglichkeit hat der Krieg ein Ende gemacht. Die Volkswirtschaft eines Staates ist mit ihrer eigenen Staatswirtschaft durch die Ereignisse des Krieges so sehr verschweißt worden, daß ein Staat, dessen Staatswirtschaft kreditunwürdig würde, auch für seine Volkswirtschaft nirgends in der Welt Kredit finden könnte. Ich brauche Ihnen als Kenner der Volkswirtschaft nicht weiter auszuführen, welche Folgen sich aus dieser Tatsache ergeben. Unsere Volkswirtschaft braucht nach dem Kriege vor allem Auslandskredit, um dem Rohstoffbedarfe zu entsprechen. Sie wird diesen Kredit nur dann finden, wenn das Ausland die Ueberzeugung hat, daß der Staatskredit Oesterreichs in dem furchtbaren Sturm, in dem unser Vaterland mutig ausharrt, unerschüttert geblieben ist. Deshalb müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf den einen Punkt konzentrieren: Was ist vorzusorgen, damit unser Volk in Waffen, das nun seit mehr als zwei Jahren für das Dasein unseres Vaterlandes kämpft und blutet, nach seiner Rückkehr geordnete Verhältnisse findet? Nicht Hoffnungslosigkeit darf die aus dem Felde zurückkehrenden, ihrer friedlichen Tätigkeit wiedergegebenen Staatsbürger erfüllen, sondern der Glaube, daß Arbeit und Sparsamkeit eine zwar langsame, aber stetige Besserung aller Verhältnisse sichern.

### Sicherung des Zinsendienst-s.

Was haben wir dann vorzukehren? Alles das, was geeignet ist, den Zinsendienst unter allen Umständen zu sichern. Ich stimme daher vollkommen mit der Kommission überein, daß beständig an die Erhöhung der Staatseinnahmen gedacht werden muß. Man kann über viele der bisher getroffenen Maßnahmen verschiedener Auffassung sein; ich bitte aber, bei ihrer Beurteilung stets zu erwägen, daß alle derartigen staatsfinanziellen Maßnahmen damit nicht abgeschlossen sind, wenn das Reichsgesetzblatt die neuen Normen veröffentlicht, sondern daß jede Maßnahme auch einen technischen Apparat zu ihrer Durchsetzung voraussetzt. Ganz neue Maßnahmen bedürfen gerade im Anfang, bis sie vom Verwaltungsapparat und auch von der abgabepflichtigen Bevölkerung geistig verarbeitet sind, eines längeren Zeitraumes. Deshalb scheinen mir einstweilen, aber nur aus der Not der Stunde geboren, Kriegszuschläge zu den bestehenden Abgaben als geeignetste Form erhöhter Einnahmen. Kriegszuschläge sind kein Ideal und können nach dem Kriege nicht die dauernde Form bleiben. Ich glaube mich aber in voller Uebereinstimmung mit der Kommission, wenn ich die Behauptung wage, daß es mit den bisher üblichen Arten staatlicher Einnahmen allein in keinem Staat, und sei es selbst im reichen England, gelingen werde, den Aufwand für die ungeheuren Kriegsschulden dauernd zu decken. Der 31. Juli 1914, der Tag unserer allgemeinen Mobilisierung, scheint mir der Schlußpunkt einer Periode des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger zu sein. Hier beginnt eine neue Zeit, die wir vielleicht noch nicht vollkommen verstandesgemäß erfassen, aber doch wohl gefühlsmäßig ahnen können. Eine Zeit, in der jeder einzelne wird empfinden müssen, daß sein Dasein unendlich stärker und fester wie in irgendeiner anderen Geschichtsperiode mit dem Dasein des Staates verbunden ist. Das Abgabeleisten darf nicht mehr als eine unbehagliche, in das Individualrecht eingreifende Maßnahme empfunden werden, sondern als eine selbstverständliche und freudige Pflicht: als etwas, das der einzelne Bürger nicht als ein Opfer empfindet, sondern als eine Leistung im eigenen Interesse. Dieser Prozeß wird sich in allen Staaten vollziehen müssen, weil er unausweichlich geworden ist. Jener Staat aber, dessen Bürger diesen geistigen Prozeß rascher in sich aufnehmen und verarbeiten werden, wird einen bedeutenden Vorsprung vor allen übrigen haben, da er schneller und sicherer als die zögernden Staaten in konsolidierte Verhältnisse gelangen wird.

Diese neue Vorstellung vom Staat wird allerdings manche alte und bis vor Kriegsausbruch wohl auch richtige Vorstellung zerbrechen müssen. Weder mir noch meinen Nachfolgern wird es leicht werden, alle Hemmungen und Widerstände im Kampfe der alten Vorstellungen mit den neuen sofort und auf der ganzen Linie siegreich zu bekämpfen. Ich sehe große und mühevolle Arbeit voraus; aber ich bin davon durchdrungen, daß eine radikale Finanzpolitik in Wahrheit konservativ wirken muß, weil nur mutiges und unerschrockenes Handeln gegen gewisse im Kriege entstandene Auswüchse die Idee der bürgerlichen Wirtschaftsordnung neu zu verankern und zu sichern vermag.

Sie werden in diesem Augenblick nicht ein in allen Einzelheiten umschriebenes Finanzprogramm von mir erwarten. Ich bin mir bewußt, daß sich die Wandlungen der Ideen nicht dadurch vollziehen können, daß eine neue Regierung und neue Minister an die Leitung der Staatsmaschine gestellt werden. Ich werde mich aber stets redlich bestreben, den Geist der neuen Zeit zu erfassen und ihn geistig zu verarbeiten. Ueber das Mehr oder Weniger und auch über das Tempo kann man verschiedener Auffassung sein. Wir mögen vielleicht in vielen und vielleicht in allem anderer Meinung sein: was uns aber alle vereinigt, das ist das feste Vertrauen in den Bestand des Vaterlandes und in die Tüchtigkeit und den Opfermut seines Volkes. Ist Oesterreich und das Heil seiner Bürger das gemeinsame Ziel, dann mögen wir vielleicht auf dem Wege rascher oder langsamer vorwärts schreiten, dann mag der eine oder der andere von uns auf dem Wege zurückbleiben, zusammen werden wir doch manches Gute zu erreichen vermögen, wie dies immer geschieht, wenn ehrliche und redliche Männer einander vertrauen und ihr höchstes Ideal in das Bewußtsein treu geleisteter Pflicht setzen."

### Die neue Kriegsanleihe.

Sodann machte der Finanzminister Mitteilungen über die Form der bevorstehenden fünften Kriegsanleihe, die in 5½prozentigen, in vierzig Jahren amortisablen Schuldverschreibungen und in 5½prozentigen Schatzscheinen von 5½jähriger Laufzeit bestehen wird. Die Kontrollkommission hat hinsichtlich der langfristigen Anleihe einstimmig, rücksichtlich der Schatzscheine mit allen gegen eine Stimme die Kontrasignierung beschlossen, wobei in der Debatte bei der Erörterung der mit der Begebung der fünften Anleihe im Zusammenhang stehenden Verhältnisse auf dem Geldmarkt die überaus große Spannung zwischen den Aktiv- und Passivzinsen, die bei den Banken in Geltung, bei den Sparkassen in Aussicht gestellt ist, als außerordenlich auffällig zur Sprache kam.

Neue Freie Presse 12./XI. 1916

109 12

# Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Die große Zinsfußspannung bei Einlagen und Krediten.

Wien, 11. November.

In der Sitzung der Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates, welche die verfassungsmäßig vorgeschriebene Gegenfertigung der neuen Kriegsanleihe erteilte, wurde auch eine Frage erörtert, die mit der Geldbeschaffung des Staates in keinem unmittelbaren Zusammenhange steht, aber doch die ungewöhnlichen Verhältnisse des Geldmarktes beleuchtet: die außerordentlich hohe Spannung im Zinsfuße für Einlagen und Kredite, aus welcher die Banken ihre großen Gewinne ziehen. Der Krieg, der für die Industrie auf den weitesten Gebieten die Quelle reichsten Nutzens geworden ist, hat auch die Verdienste im Bankgeschäfte durch eine ganz eigenartige Konstellation des Zinsfußes mächtig gesteigert: der Abstand zwischen dem Zinsfuße, den die Banken im Kredit zahlen und jenem, den sie im Debet berechnen, hat sich ungemein erweitert. Ehedem betrug er durchschnittlich zwei Prozent, blieb auch hinter diesem Abstande zurück. Die Geschäftsbedingungen der Banken waren derart geregelt, daß sie ihren Gläubigern ein Prozent unter dem jeweiligen Bankfatze vergüteten, ihren Schuldnern ein bis 1½ Prozent über der Bankrate anrechneten; für jene Gelder, die nicht im Kontokorrent verborgt, sondern in den flüssigen Anlagen des Eskompte und Report gehalten wurden, schrumpfte der Abstand noch mehr zusammen. Jetzt hat sich die Lage geändert. Den Debitoren rechnen die Banken noch immer bei der Unterlage von Wertpapieren 1¼, bei anderweitig gesicherten Krediten oder offenen Buchforderungen 1½ Prozent über dem Bankzinsfuße, gegenwärtig also 6¼ bis 6½ Prozent Zinsen an; den Einlegern auf Sparbücher gewähren sie aber für das Kapital nur 3½ Prozent, den Kontokorrenteinlegern zumeist nur 3 Prozent und der Zwischengewinn, der ihnen verbleibt, berechnet sich bei dieser normalen Gelddisposition auf drei Prozent und darüber. Die Bedingungen der Debetzinsen sind von altersher vielfach durch Verträge festgelegt, die Sätze schmiegen sich automatisch dem jeweiligen Bankzinsfuße an. Den Zinsfuß für Einlagen in Sparbüchern haben die Banken kürzlich um ¼ Prozent auf den gegenwärtigen Stand von 3½ Prozent herabgesetzt; die Sparkassen stehen im Begriffe, in der kommenden Woche den gleichen Schritt einer Zinsfußermäßigung von 4 auf 3¾ Prozent zu tun. Die nie dagewesene Spannung und Höhe der Umsätze werden die Wiener Institute ausnahmslos in die Lage setzen, heuer zu den besseren Dividenden der früheren Friedenszeiten zurückzukehren, in einzelnen Fällen noch über sie hinauszugehen.

Die Wurzel dieser eigentümlichen Sachlage liegt im Bankzinsfuße von fünf Prozent, welcher eine Folge des Krieges, aber nicht der augenblicklichen Lage des Geldmarktes darstellt. Im freien Verkehr herrscht eine märchenhafte, noch nie dagewesene Ueberfülle der verwendungslosen Mittel. Die große Menge von Noten, die nicht auf dem organischen Wege des kaufmännischen Kredits, sondern für die Geldbeschaffung zu Zwecken des Krieges aus der Bank entnommen werden, macht ihre Wirkung immer mehr geltend. Der laufende Wechselverkehr, der früher die flüssigen Mittel des Marktes und der Banken auffog, hat ganz aufgehört, der kaufmännische Wechsel ist eine Seltenheit, fast nur noch in den östlichen Teilen des Reiches zu finden. Bei der Notenbank ist das Portefeuille der eskomptierten Wechsel auf einen seit Jahrzehnten nicht mehr verzeichneten Tiefstand gesunken, die privaten Banken suchen kaufmännische Diskonten förmlich mit Lichtern, auch der Report ist sehr eingeengt, die früheren Gelegenheiten zur Veranlagung flüssiger Mittel werden immer schwieriger und seltener. Auch in Friedenszeiten bestand wiederholt, namentlich in der Periode der großen Goldzuflüsse, stärkere Geldüberfülle, der dann durch eine Herabsetzung des Bankzinsfußes bis auf 3½ Prozent einigermaßen gesteuert wurde. Im heurigen Frühjahr machte sich gleichfalls eine Anregung geltend, die Bankrate auf 4½ Prozent zu ermäßigen, die Bewegung wurde aber im Keime erstickt und eine Veränderung des Diskonts steht nicht in Frage. Der Zinsfuß der Notenbank hat zwar im Kriege, wo die großen Schlagadern des Weltverkehrs unterbunden sind und weder ausländische Kapitalszuflüsse noch die Wechselkurse beeinflußt werden können, bei weitem nicht die Bedeutung wie ehedem; gleichwohl wird es mit Recht für ganz untunlich erachtet, daß die Monarchie einen niedrigeren Leihpreis haben sollte als das doch weit stärkere Deutschland, dessen Ressourcen für unsere eigene Kapitalswirtschaft von außenher jetzt einzig noch in Frage kommen. Auch Deutschland hat große Ueberfülle papierener Umlaufsmittel, die Zirkulation an Banknoten und Darlehenskassenscheinen beträgt dort über acht Milliarden Mark, viermal so viel wie in Friedenszeiten, und doch machen sich die Erscheinungen der Geldüberschwemmung nicht so stark geltend wie bei uns. Der Grund liegt darin, daß die Deutsche Reichsbank die überschüssigen Gelder des Verkehrs unausgesetzt durch Begebung von Reichsschatzwechseln abschöpft, die dann jeweilig aus den Einzahlungen einer kommenden Kriegsanleihe eingelöst werden. Bei uns ist dieser Organismus, der die Mittel des Marktes in ununterbrochener Folge der Sicherung der Kriegskosten dienstbar macht, nicht in solcher Vollkommenheit ausgebildet; der Staat nimmt von einer Kriegsanleihe zur anderen Vorschüsse bei den Banken auf, die nur einen Teil des Ueberschusses aufzehren und den freien Markt ganz unberührt lassen. Die Stauung der freien Gelder findet so keinen Abzug, und der Zinssatz des Marktverkehrs ist bei gleich hoher Bankrate um fast drei Prozent niedriger als in Deutschland. Geld, das nicht auf längere Zeit gebunden werden soll, sondern jederzeit zurückgefordert werden darf, ist nahezu unabhängig.

Diese Gestaltung des Geldmarktes war die Ursache der Zinsfußermäßigung im Sparverkehre. Den Banken und Sparkassen ist seit dem Kriegsausbruche, trotzdem große Beträge für die Einzahlungen auf die Kriegsanleihen entnommen worden sind, doch gegen eine Milliarde an Einlagen auf Sparbücher zugeströmt; eine Veranlagung dieser Gelder ist praktisch nur in den Vorschüssen an den Staat möglich, die bei jeder Bank, namentlich in der Zeit vor der Emission einer Kriegsanleihe, eine bedeutende Höhe erreichen. Für solche Vorschüsse bewilligt der Staat 4¼ Prozent an Zinsen. Die Banken und Sparkassen müssen aus Eigenem die Rentensteuer von den Spareinlagen bezahlen, die mit dem Kriegszuschlage und den autonomen Umlagen jetzt bereits mehr als ¼ Prozent vom Kapital ausmacht, sie müssen die Quote ihres Verwaltungsapparats bestreiten und haben es sich kalkuliert, daß sie nur bei dem ermäßigten Einlagenzinsfuß von 3½ oder bei Sparkassen von 3¾ Prozent ihre Rechnung finden. Weit größerer Nutzen verbleibt naturgemäß aus den Einlagen im Kontokorrent, für welche nur drei und bei längerer Bindung 3¼ Prozent Zinsen vergütet werden, zumal die Institute bei der Anlage dieser Gelder sich auch erheblich freier bewegen können. Indes besteht kein volkswirtschaftliches Interesse, die Zinsen dieser müßigen Gelder zu erhöhen, da diese doch so viel als möglich den definitiven Veranlagungen namentlich in den neuen Werten des Staates zugeführt werden sollen. Die Zinssätze für Debitoren der Banken sind staffelförmig aufgebaut, bei Wechselskompte berechnen die Banken nebst der Provision die Bankrate oder den Satz des Privatverkehres, bei Reportvorschüssen den Preis des freien Effektenmarktes, im Kontokorrent bis zu 1½ Prozent über dem Bankfatze. In Friedenszeiten haben die Schuldner des öfteren versucht, eine Ermäßigung zu erzielen, da die Zinsen namentlich bei einem hohen Stande des offiziellen Diskonts vielen recht drückend waren und manche Geschäfte durch sie schwer möglich oder minder rentabel wurden. Auch jetzt wäre es den Banken nahezulegen, auf den einzelnen Fall Rücksicht zu nehmen und namentlich dort, wo ein Unternehmen durch den Krieg in seiner Ertragsfähigkeit sehr gelitten hat, die Zinsenlast zu erleichtern. Die Wucht des hohen Zinsfußes trifft aber einen weit geringeren Teil der Industrie als in Friedenszeiten. Große Gruppen industrieller Betriebe haben ihre Schulden zurückgezahlt oder sind Gläubiger der Banken geworden. Die kommerziellen Debitoren der Finanzinstitute sind auf diese Art sehr zusammengeschmolzen. Eine der Wiener Großbanken hatte in der letzten Bilanz vor dem Kriege eine Gesamtsumme der gewährten Kontokorrentkredite von 500 Millionen Kronen ausgewiesen. Jetzt ist die Debitorensumme ziffermäßig bedeutend höher als damals, die geschäftlichen Außenstände dürften aber kaum 200 Millionen Kronen ausmachen, der weitaus überwiegende Teil sind Vorschüsse an den Staat, die mit 4¼ Prozent verzinst, und Verrechnungen von Kriegsanleihe, für welche vereinbarungsgemäß 5 Prozent Zinsen berechnet werden. Die gleichen Verhältnisse dürften bei allen Finanzinstituten zu beobachten sein. Die Spannung von drei Prozent besteht nur für einen Teil der durch die Kassen der Banken laufenden Gelder. Die hohen Gewinne sind überwiegend eine Folge der vervielfachten Umsätze, von denen die meisten auf die Kreditbeschaffung für den Staat zurückgreifen. Anderweitige große Finanzoperationen sind vereinzelte Ausnahmen; der billige Massenbetrieb ist die Nährquelle des Bankgeschäftes.

Die Ermäßigung des Einlagenzinsfußes schmälert das Einkommen mancher Schichten mittlerer Sparer, die durch die Teuerung hart getroffen werden, kann aber anderseits die wirksame Peitsche werden, um die Ersparnisse für die Geldbeschaffung des Staates in Bewegung zu setzen. Die Kriegsanleihen bieten den Sparern die Möglichkeit, die Zinsen ihres Kapitals fast zu verdoppeln, bei höchster Sicherheit anstatt 3½ oder 3¾ Prozent vielmehr aus dem Coupon und Kapitalsgewinn der seinerzeitigen Rückzahlung 6¼ Prozent als Jahreseinkommen zu beziehen. In einer Zeit, wo alle Kräfte angespannt, alle Mittel in den Dienst des Staates gestellt werden müssen, ist diese Triebfeder von besonderer Wichtigkeit, und bei der Ermäßigung des Einlagenzinsfußes hat gewiß die Absicht mitgewirkt, der Kriegsanleihe neue Käuferschichten zuzuführen. Es ist allerdings zu bedauern, daß die Schuldner der Banken hieraus keinen Vorteil ziehen; eine neue Konstruktion der Kreditbedingungen, welche mit der Ermäßigung des Zinsfußes im Kredit auch den Debetzinsfuß verwohlfeilen könnte, wäre im allgemeinen Interesse zu erwägen, das Volkstümlichkeit und Billigkeit des Bankkredits erfordert. Anderseits könnte eine Erleichterung jenes Verkehrs, der den Effektenhandel mit geborgten Mitteln anstrebt, kaum begrüßt werden. Daß die Geldbesitzer, insbesondere die Industrie, ihre Mittel, die vorwiegend aus der Auflösung der Betriebe und der Veräußerung von Vorräten stammen, in Milliarden bei den Banken liegen lassen, ist begreiflich und volkswirtschaftlich vollkommen gerechtfertigt. Mit dem Abschlusse des Krieges, vielleicht schon früher, wenn der Friede in sichtbare Nähe rückt und die wirtschaftliche Vorbereitung für die Zukunft beginnt, wird sofort große Nachfrage nach Kapitol einsetzen, Industrie und Handel werden ihre jetzt müßig liegenden Gelder rasch benötigen. Die Vorräte werden wieder aufgefüllt, die einströmenden Rohstoffe bezahlt, die Produktion aufgenommen und auf die Friedenswirtschaft umgestellt werden müssen. Der Anbruch der neuen Zeit wird die jetzt verwendungslosen riesigen Summen aufzehren und das Bild des Geldmarktes grundstürzend ändern.

Fremdenblatt 15./XI. 1916

# Berliner Finanzbrief.

Von Georg Münch.

Berlin, 9. November.

Der Effektenbörse ist vor wenigen Tagen die Ehre wiederfahren, daß sich der Reichstag mit ihren Angelegenheiten befaßte. Eigentlich aus Anlaß der Veranlagung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer. Das Kriegssteuergesetz nämlich hat den 31. Dezember 1916 als Stichtag für die Feststellung des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses, der sich in den drei Jahren 1914 bis 1916 ergibt, angesetzt. Das gilt auch für die Börsenpapiere. Wie soll man deren Kurse aber feststellen, wenn es, wie jetzt, keinen Börsenverkehr amtlichen Charakters gibt? Darum galt es, ein besonderes Gesetz zu schaffen, welches die Aufstellung eines amtlichen Kurszettels auch in dieser börsenlosen Zeit ermöglicht und gewährleistet. Ein solches Gesetz ist nunmehr vom Reichstage beschlossen worden. Es bestimmt, daß der Bundesrat für die Veranlagung der genannten Steuern Kurse der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere auf den 31. Dezember d. J. normieren kann. Der Reichskanzler ist ermächtigt, diese Kurse, die an Stelle der Börsennotierungen treten, vorläufig festzusetzen. Weicht die endgiltige Festsetzung durch den Bundesrat von der vorläufigen ab, so ist die Abweichung bis zum 15. Jänner 1917 bekanntzumachen. Bei der Aufstellung der Kurse sind die Börsenvorstände der betreffenden Plätze anzuhören, die ihrerseits ihr Urteil nach Maßgabe der in der Kriegszeit eingetretenen Kursveränderungen des freien Verkehrs an den deutschen Börsen oder aber auch — für die ausländischen Papiere — auf Grund der Kursentwicklung im Auslande abgegeben werden. Wir werden also zum Ende des laufenden Jahres, ungeachtet des Fehlens eines amtlichen Börsenverkehrs, die Herausgabe von offiziellen Kurszetteln für die Berliner Fondsbörse und alle anderen deutschen Effektenbörsen erleben.

Es lag nahe, daß die Beratung dieses Gesetzes im Reichstage die Frage auftauchen ließ, ob denn nicht die Zeit für eine Wiedereröffnung der Börsen gekommen wäre. Interessante Gegensätze zeigten sich da. Während der eine Redner die Meinung anführte, daß der jetzige private Charakter des Börsengeschäftes wenigen, den Unternehmungen Nahestehenden die Erzielung spekulativer Gewinne erleichtere, meinte ein anderer, daß bei Wiederaufnahme des Börsenverkehrs in vollem Umfange Ausschreitungen der Spekulation zu befürchten seien. Beide Ansichten haben etwas für sich. Es ist richtig, daß der jetzige Verkehr, indem er der Kontrolle der Oeffentlichkeit entzogen ist, die Gefahr des Uebervorteilwerdens für das Publikum in sich birgt. Ebenso richtig aber ist es, daß die Aufhebung jeglicher Beschränkung eine allgemeine Spekulation an die Stelle der gegenwärtig doch nur ziemlich bescheidenen setzen würde. Wir haben jetzt keinen Ultimoverkehr, kein Effektengeschäft gegen Bankierkredit; im Verkehr befinden sich stets nur relativ wenige durch die Kriegskonjunktur bevorzugte (oder auch einmal durch Friedenshoffnungen angeregte) Werte. Die Mehrzahl der Börsenpapiere liegt tot. — Die Arbeit der generellen Kursfestsetzung zum Jahresschluß wird eben darum keine leichte, ja zum Teil eine äußerst schwierige sein.

Dies Gefühl beherrschte offensichtlich auch die Abgeordneten bei der Beratung des Gesetzes. Es wurde der Sorge Ausdruck gegeben, daß der Staat bei der Festsetzung der Kurse zu Steuerzwecken Interesse an einer „Plusmacherei" bekunden könnte. In der Praxis werden ja einer solchen fiskalischen Tendenz die zur Mitarbeit heranzuziehenden Börsenvorstände wirksam entgegentreten können. Die Gefahr, zu hoch eingeschätzt zu werden, besteht also für den Effektenbesitzer kaum. Doch, daß man an sie denkt, ist sehr lehrreich. Nicht minder eine im Laufe der Verhandlungen gefallene Bemerkung, daß die Börsenkurse die stillen Reserven der Aktienunternehmen nicht berücksichtigen! Wie reimt sich das mit den von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Mahnungen privater und offiziöser Natur an die Börsenwelt, sich keiner Uebertreibung schuldig zu machen? Ist es doch nicht anzuzweifeln, daß die Dividendenwerte, welche die sensationellen Kurssteigerungen in der Kriegszeit erfahren haben, diese nicht nur den gesteigerten Gewinnaussichten, sondern auch ihrem hohen inneren Werte zu danken haben. Man denke nur an die Werte des Loewekonzerns, an die bevorzugten Automobil-, Elektrizitätsaktien und ähnliches. Mit der zuversichtlichen Einschätzung des inneren Wertes ihrer Lieblingspapiere hat demnach die Börsenwelt nichts Unrechtes getan, ja eigentlich eine Arbeit geleistet, die — beim Fehlen eines solchen Anhalts — die Behörde nachholen müßte. Die letztere wird nicht unglücklich darüber sein, daß ihr die Verantwortung für die Aufstellung von Börsenkursen von der Börse selbst gerade für die heikelsten Fälle im voraus abgenommen worden ist.

Deshalb wäre es widersinnig, käme eben jetzt die Behörde etwa mit einer neuen Ermahnung zur Einschränkung der Börsenspekulation heraus. Es hat nicht an Anregungen dazu gefehlt. Gewisse Kreise wittern stets, wenn die Börse ein wenig aus sich heraus geht, Unheil. Demgegenüber steht der gesunde Sinn der Börsenwelt, der es ihr, zumal in heutiger Zeit, von selbst gebietet, Zucht und Ordnung im eigenen Hause zu halten. Er hat sich just in diesen Tagen beredt in einer auf Antrag des Berliner Börsenvorstandes erfolgten Aenderung der hiesigen Börsenordnung gezeigt. Durch diese Aenderung ist dem Börsenvorstande eine Handhabe gegeben worden, die Zulassung solcher ins Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Personen zur Börse abzulehnen, die zur Teilnahme am Börsengeschäft, weil sie ihm bisher völlig fern standen, nicht geeignet erscheinen. Vordem durfte den eingetragenen Kaufleuten die Börsenzulassung nur dann versagt werden, wenn sich Beanstandungen ihrer geschäftlichen Tätigkeit ergaben. Jetzt darf die Zulassung nicht erfolgen, wenn der betreffende Kaufmann dem Handel mit Wertpapieren oder börsengängigen Waren gänzlich fernsteht. Der Zweck liegt klar auf der Hand: Man, das heißt der Börsenvorstand selbst, will die Börse frei von allen unberufenen Elementen halten. Solche hatten sich nämlich in der Kriegszeit, zumeist auf dem Wege über die räumlich nicht von der Fondsbörse getrennte Produktenbörse, Zutritt zum Börsenverkehr verschafft, was zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt hat. Die Börse aber hat gerade jetzt in der Kriegszeit ein ganz besonderes Interesse daran, daß ihr Ruf unbefleckt bleibt.

Wenn Bankiers und Makler dieses Gebot überhaupt vergessen könnten, so würden sie die Drohungen der börsenfeindlichen Kreise, die sich von Zeit zu Zeit immer wieder melden, daran erinnern. Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die im ganzen feste Tendenz, die bald nach Kriegsausbruch im hiesigen freien Effektenverkehr auftrat und sich mit spärlichen Unterbrechungen behauptete, die Börsenwelt in den Ruf der rücksichtslosen Ausnützung der Kriegskonjunktur gebracht hat. Einen schweren Ansturm ihrer Feinde hatte unsere Effektenbörse, wie erinnerlich, erst im Hochsommer dieses Jahres zu bestehen. Nichts Geringeres als die völlige Erdrosselung des freien Wertpapierhandels, durch ungemein hohe Umsatzsteuersätze zumal, war geplant. Das Unvernünftige, das in solcher Absicht lag, rief indes alle dafür zuständigen Vertretungen mit so scharfen Protesten auf den Plan, daß der schon ziemlich fertige Steuerentwurf unter den Tisch fiel. Nur eine durchaus erträgliche Verschärfung der Befugnisse der Aufsichtsorgane der Börse kam heraus: das laute Ausrufen von Kursen wurde verboten; nur reine Kassageschäfte dürfen abgeschlossen werden; keine Kurs- und Stimmungsberichte dürfen vom Bankier unaufgefordert erstattet werden. Und endlich wurde auch die strenge Einhaltung der Börsenzeit von 12 bis 2 Uhr den Börsenbesuchern zur Pflicht gemacht. Auf dieser Grundlage ließ sich arbeiten. Ja, man gewöhnte sich allgemein — innerhalb wie außerhalb der Börse — so gut an diese mehr äußerlichen Beschränkungen, daß allmählich der Verkehr zu recht beträchtlicher Ausdehnung gedieh. Einen gewissen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in der dritten Oktoberwoche. Seitdem ist eine Art Abrüstungsneigung in weitere Spekulantenkreise gedrungen. Die Kursbewegung ist nicht mehr einheitlich nach oben gerichtet. Vielmehr wechseln Stunden und Tage von Realisationslust mit solchen von Kauflust ab.

An diesem Wandel hatten zuvörderst verschiedentliche Mahnungen zur Besonnenheit Anteil. Mochten sie auch im einzelnen über das Ziel hinausschießen, so bewiesen sie doch, daß man in den die Börse überwachenden Regierungskreisen eine Eindämmung der Aktienspekulation für erwünscht halte. Als Ausläufer hiervon ist die heute seitens des Berliner Börsenvorstandes ergangene Bekanntmachung aufzufassen, daß vom Montag den 13. November ab (in Gemäßheit jener oben schon erwähnten Anordnungen vom Juli dieses Jahres) streng auf den 2 Uhr-Börsenschluß geachtet werden wird. Nach dem Glockenschlag 2 Uhr dürfen keine Geschäfte mehr abgeschlossen werden; sämtliche Börsenräume sind sofort zu verlassen, auch nicht mehr Arbeiten an den gemieteten Tischen im Börsensaal zu erledigen. Zuwiderhandelnde setzen sich einem Disziplinarverfahren aus.

Im übrigen werden für den Aktienhandel fürs erste die Anregungen deshalb dürftiger fließen, weil die Mehrzahl der großen industriellen Jahresabschlüsse nunmehr heraus ist; und über die paar, die noch fehlen, ist die Börse so genau unterrichtet, daß ihr von dieser Seite her kaum noch Ueberraschungen blühen werden. So kann es schon jetzt als feststehend gelten, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, deren Abschlußsitzung am 11. November stattfindet, 12 Prozent, gegen 11 Prozent im Vorjahre, an Dividende verteilen wird; dabei ist diesmal auf besonders hohe sichtbare und unsichtbare Rückstellungen, auf vorsichtigste Bewertung der Auslandinteressen, auf die Kosten der späteren Wiederumstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft Bedacht genommen worden; auch verlautet, daß die Liquidität des Unternehmens alles Frühere übertreffe und daß sein Auftragsbestand dem vorjährigen zum wenigsten gleichkomme. Vor Jahresfrist betrugen die Bankguthaben 103 Millionen, die Aufträge 334 Millionen Mark.

Es ist jetzt bereits zweifelsohne eine an der Börse häufig übliche Vorausbewertung günstiger Faktoren eingetreten. Dasselbe gilt von den bevorstehenden Kohlenpreiserhöhungen. Es ist bekannt geworden, daß sowohl die Oberschlesische Kohlenkonvention als auch das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat vor der Festsetzung höherer Preise stehen. In Schlesien soll die Erhöhung (der Inlandspreise) 1½ bis 2 Mark für die Tonne ausmachen. Aehnliches dürfte in Rheinland-Westfalen kommen. Das dortige Syndikat hat die Preise seit Kriegsbeginn dreimal heraufgesetzt. Zuerst mit Wirkung vom 1. April 1915 ab um durchschnittlich 2 Mark, alsdann im September 1915 für Kohlen und Briketts um 1 Mark und für Koks um 2 Mark, endlich ab 1. April 1916 für Koks um 1½ Mark und für Briketts um 50 Pfennig per Tonne. Inzwischen sind die Selbstkosten durch Löhne, Kriegsfürsorge, Materialpreissteigerungen weiter in die Höhe gegangen. Darum hat auch der Fiskus, der ja sein Veto gegen einen Preisaufschlag einlegen kann, jetzt nichts gegen eine mäßige Heraufsetzung der Kohlenpreise einzuwenden. Sie wird sowohl Fett- wie Magerkohlen betreffen, da man den ungünstigeren Verhältnissen, unter denen die Magerkohlenzechen arbeiten, Berücksichtigung zuteil werden lassen will. Hausbrand- und industrieller Verbrauch werden also durch teurere Kohlenpreise belastet werden. Man wird damit rechnen müssen, daß die organisierte Großindustrie ihrerseits durch Preissteigerungen ihrer Erzeugnisse diese diese neue Last von sich abwälzen wird. In erster Linie dürfte das wohl die Eisenindustrie tun, welche die Neigung zu Preiserhöhungen ohnehin nur schwer unterdrückt.

Fremdenblatt
26. IX. 1916



# Der Handel in nichtnotierten Wertpapieren.*)

Von Walter Federn.

Als der große Saal im Börsegebäude im Frühjahre wieder zu einem nichtoffiziellen Handel eröffnet wurde, geschah es, um den Mißständen, die sich in dem ganz ungeregelten und gesetzlich unerlaubten Geschäft, das sich in einem Nebenraum der Börse, in Kaffeehäusern, auf der Straße und auf telephonischem Weg entwickelt hatte, nach Möglichkeit vorzubeugen. Man hoffte, daß die größere Oeffentlichkeit in der der Verkehr trotz des Mangels amtlicher Notierungen und Kursberichte sich abspielen würde, die wilden Kurssprünge, die in dem geheimen Verkehr die Regel gewesen waren, aufhören würden, daß dadurch ein erfahrungsgemäß der Spekulation stark Vorschub leistendes Moment wegfallen und daß das Publikum vor Ausbeutung durch gewissenlose Geschäftsvermittler besser geschützt sein würde, wenn wieder die Umsätze in den meisten Papieren täglich zu einem Einheitskurs abgewickelt und die Kunden immerhin Gelegenheit haben würden, sich die Kenntnis der tatsächlich vorgekommenen Preise durch Anfrage bei den Banken und bei der Börsekammer zu verschaffen. Ob seither wirklich die Bedienung der Kunden zuverlässiger geworden ist, das entzieht sich der Beurteilung; anzunehmen ist, daß unsolide Vermittler auch jetzt noch Gelegenheit haben und benützen, auf Kosten unerfahrener Kunden große unberechtigte Gewinne zu erzielen. Wenn darin eine Besserung eingetreten sein sollte, so ist das jedenfalls der einzige Erfolg, den die Eröffnung des großen Börsensaales gebracht hat. Denn die Kurssprünge sind nicht geringer, die spekulativen Umsätze noch viel größer geworden als je zuvor. Skeptische Beurteiler sind allerdings von vornherein dieser Meinung gewesen. Sie meinten, daß die eigentümlichen Verhältnisse des Geld- und Kapitalsmarktes im Krieg die zügellose Kauflust in Aktien auch weiterhin nähren würden und daß dies durch die Verbreiterung des Marktes nur gefördert werden würde. Sie sehen gegen die Kursexzesse nur ein Mittel, nämlich daß das Publikum zur Besinnung komme, daß während und nach dem Krieg alle Bewertungen vernünftigerweise nach dem Wert der Kriegsanleihen sich richten müssen, weil der Staat alle wirtschaftlichen Unternehmungen in jenem Umfang besteuern wird müssen, der nötig ist, um den Dienst der Kriegsanleihen und allen Staatspapieren sicherzustellen. Es ist also sinnlos, den Ertrag der Kriegsanleihen mit mehr als 6 Prozent und der Hochkonjunkturdividenden von Aktienunternehmungen mit 5,4 und 3 Prozent zu kapitalisieren. Solange das Publikum aber die Aktien auch bei Hochkursen anderen Anlagewerten vorzieht, kann die Bewegung auf dem Markt, so gefährlich sie auch sein mag, nicht zum Stillstand kommen. Es wäre möglich gewesen, die Exzesse ein wenig einzudämmen, wenn man durch entsprechende Reformen das Geschäft auf jene Kreise des Publikums eingeschränkt hätte, die die Aktien gegen Bargeld erwerben, aber von solchen in Erörterung gestandenen Reformen hat man leider abgesehen. Wenn trotzdem auch diese skeptischen Beurteiler sich für die Eröffnung des Börsensaales aussprachen, so geschah es nur, weil auch sie annahmen, daß gewisse Mißbräuche in der Behandlung der Kunden seltener werden würden als zuvor.

Nun ist in diesem inoffiziellen Markt eine neue Frage aufgetaucht, nämlich ob der Handel in nicht zur Notiz zugelassenen Effekten, der großen Umfang angenommen hat, überhaupt geduldet und ob er durch die amtlichen Sensale abgewickelt werden soll. Gegen die Einstellung dieses Handels wird so wie gelegentlich der Eröffnung des Börsensaales eingewendet, daß es für das Publikum besser sei, wenn dieser Handel sich nicht in der Stille abspiele. Das kann auch zugegeben werden und trotzdem wird man sagen müssen, daß die Dinge ganz anders liegen als damals, als es sich um die Eröffnung des Börsensaales handelte. Den Sensalen ist durch das Börsengesetz die Vermittlung des Geschäftes in nicht zur Notiz zugelassenen Wertpapieren ausdrücklich verboten und es geht doch nicht an, zuzuschauen, daß diese beamteten Vermittler gesetzlich verbotene Geschäfte in großem Umfang ausführen. Nun wird allerdings behauptet, der gegenwärtige Verkehr im Börsensaal sei keine Börse. Die Regeln, die für den Börsenverkehr durch Gesetz und Statuten erlassen worden sind, hätten für diesen Verkehr keine Geltung. Das scheint mir aber eine unhaltbare Auffassung. Ist denn das Börsengesetz oder das Börsenstatut aufgehoben worden? Nein! Es ist nichts geschehen, als daß die Börsekammer verfügt hat, daß die amtliche Kursfestsetzung und Abfassung des amtlichen Kursblattes unterbleibt und daß alle Geschäfte per Kassa abgeschlossen und daher Zeitgeschäfte unterlassen werden müssen. Und es sind noch einige andere besondere Vorschriften erlassen worden. Ferner ist auf polizeilichem Weg verfügt worden, daß die Zeitungen keine Kursberichte veröffentlichen dürfen und es ist auch den Banken und anderen Kommissionären die Verbreitung von Kursberichten untersagt worden. Durch den Mangel eines amtlichen Kursblattes hat der Verkehr seinen „offiziellen" Charakter zeitweilig verloren, im übrigen aber bleiben alle nicht ausdrücklich aufgehobenen oder suspendierten Bestimmungen des Börsengesetzes und Statuts vollständig aufrecht. Kurz, die Börse hat durch die Kriegsbeschränkungen nicht aufgehört eine Börse zu sein. Sie ist nur eine unvollständige Börse geworden.

Und für diese Börse gilt nach wie vor die Vorschrift, daß nur jene Wertpapiere gehandelt werden dürfen, für die das Finanzministerium über Antrag der Börsekammer die Bewilligung zum Handel erteilt hat, und das gilt insbesondere für die Sensale, welchen der Handel in nicht zugelassenen Papieren, wie erwähnt, ausdrücklich durch das Gesetz verboten ist. Daß die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel an gewisse Bedingungen geknüpft ist, an eine Prüfung der Eignung der Papiere in formeller und materieller Hinsicht, hat in erster Linie den Zweck, das große Publikum von Wertpapieren, die sich zur Kapitalsanlage nicht eignen oder über deren Eignung noch kein Urteil möglich ist, fernzuhalten. Und da ist es ganz gleichgiltig, ob das Publikum sie an der offiziellen oder der inoffiziellen Börse erwirbt. Papiere, die die Börsekammer und das Finanzministerium nach ihrer Eignung nicht geprüft hat, sollen vom Markt ferngehalten werden. Mögen immerhin vermögende Kunden der Banken, die in einem speziellen Vertrauensverhältnis zu diesen stehen, solche Papiere direkt von der Emissionsbank erwerben, ein regelmäßiger Verkehr darin, durch welchen die Aktien zu ganz anderen Kursen als die von den Banken festgesetzten (oft selbst schon übermäßig hohen) Emissionskursen in andere Hände übergehen, soll nicht bestehen, so lange die Zulassung nicht ausgesprochen ist. Sind Papiere aber einmal Gegenstand eines regelmäßigen Handels, dann wird der Prüfung durch die Börsekammer präjudiziert, weil die Verweigerung der Zulassung das große Publikum nicht mehr vom Erwerb abhalten kann und daher nur die Besitzer schädigen würde. Nun hat die Börsekammer seit Kriegsausbruch Zulassungsansuchen nicht mehr in Verhandlung genommen. Es ist allerdings nicht Sache der Banken, die Aktien der von ihnen finanzierten Unternehmungen jahrelang im Portefeuille zu halten, und so haben sie ohne Zulassungsbewilligung die Aktien zahlreicher Unternehmungen aus ihren Portefeuillen emittiert. Dabei sind einzelne Banken aber mit wenig Wahl und Maß in der Ausnützung der Konjunktur vorgegangen und haben eine ganze Reihe von Papieren plaziert, für die die Börsekammer bei gewissenhafter Prüfung der Unterlagen die Notierungsbewilligung kaum noch hätte gewähren können, weil ein sicherer Maßstab für ihre Bewertung überhaupt noch nicht vorliegt. Es sind Unternehmungen, die vor dem Krieg überhaupt noch nicht mit entsprechendem Gewinn gearbeitet haben und erst durch die Kriegskonjunktur zu einer Prosperität gelangt sind, deren Dauerhaftigkeit umsoweniger beurteilt werden kann, als sie zur Ausnützung der Konjunktur im Krieg ungeheure Neuanlagen geschaffen haben, von denen niemand wissen kann, ob sie auch im Frieden nutzbringende Beschäftigung finden werden. Diese Plazierungen haben auch nur deshalb solchen Umfang annehmen können, weil die Börsekammer von ihrer Befugnis, diesen Handel sofort zu unterdrücken, keinen Gebrauch gemacht hat und in dem allgemeinen Taumel jedes neu emittierte Papier sofort im Kurs hinaufgewirbelt worden ist.

Hätte die Börsekammer den Handel in solchen Wertpapieren durch die Sensale unterdrückt, dann hätten immer noch Umsätze darin vorkommen können, da die Aufsichtspersonen natürlich nicht jedes im Stillen gemachte Geschäft kennen lernen können. Aber diese Umsätze wären vereinzelt geblieben. Die nicht zugelassenen Aktien wären noch heute zum überwiegenden Teil im Besitz der ersten Erwerber. Sie wären nicht zu Spekulationszwecken von einer Hand in die andere gegangen und schließlich von den unkundigsten Erwerbern zu oft um die Hälfte höheren Kursen gekauft worden. Demgegenüber wäre es ein weit geringeres Uebel gewesen, wenn gelegentlich ein oder das andere Mal bei einem Besitzwechsel der Kommissionär auf Kosten seines Kunden einen ungerechtfertigten Nutzen erzielt hätte. Die Sanierung der nun einmal eingerissenen Uebel ist natürlich viel schwieriger, als es die Unterdrückung von Anfang an gewesen wäre. Heute haben eben schon zahlreiche Personen solche Papiere zu hohen Kursen erworben, heute besteht ein großes Umsatzbedürfnis darin. Trotzdem wäre ich der Meinung, daß es das Richtigste wäre, den Handel durch die Sensale als ungesetzlich zu verbieten, schon damit die Emissionen, deren Qualität sich gewiß nicht verbessert, für die Kriegszeit verhindert oder doch wesentlich eingeschränkt würden. Es zeigt sich ja, daß die Duldung des Handels diese Emissionen in unwillkommenem Maße begünstigt hat. Nur weil man in Oesterreich immer zu Kompromissen neigt, auch wenn die gesetzliche Basis dafür fehlt, konnte der Vorschlag auftauchen, daß die Börsekammer künftig die Duldung des Handels an die Bedingung knüpft, daß die betreffenden Papiere der Prüfung durch die Börsekammer in gewohnter Weise unterworfen werden. Es müßten also die Notierungsgesuche mit den üblichen Unterlagen eingereicht werden, die Börsekammer würde sie prüfen und aussprechen, ob sie bei Bestand eines normalen Börsenverkehrs die Gesuche dem Finanzministerium „befürwortend vorzulegen" bereit wäre oder nicht. Im ersten Fall dürften dann die Sensale den Handel vermitteln, im anderen Fall müßte der Verkehr darin aufhören. Das ist tatsächlich das Minimum dessen, was zur unzulänglichen Sanierung des Uebelstandes geschehen kann. Und es ist zu wünschen, daß die Börsekammer solche Notierungsgesuche, mögen sie nun bereits im Handel befindliche Papiere oder für die der Handel erst angestrebt wird, betreffen, noch viel strenger prüft, als sie es im Frieden gewohnt war. Die Erwerber dürften an manchen dieser Papiere wenig Freude erleben. Allerdings, ob es die heutigen Besitzer sein werden oder die künftigen, das hängt von Umständen ab, die sich heute der Beurteilung entziehen.

*) Dieser Artikel ist uns zugekommen, bevor die Wiener Börsekammer den bekannten Beschluß bezüglich des Handels mit nichtnotierten Wertpapieren gefaßt hat. Sein Abdruck hat sich unter der Einwirkung der gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten verzögert.

Pester Lloyd
17./XI. 1916

# Die staatsfinanzielle Potenz der Monarchie.

Budapest, 16. November.

Die beiden Staaten der Monarchie sind sowohl staatsrechtlich wie auch finanziell voneinander getrennte, unabhängige Rechtssubjekte mit gesonderten Staatsvoranschlägen und Rechnungsabschlüssen. Daß es keine amtliche Publikation gibt, die die Posten der beiden Staatshaushalte zusammenfassen würde, entspricht nur dem geltenden öffentlichrechtlichen Zustande. Der Grund aber, warum auch die Finanzliteratur keine derartigen Hervorbringungen aufzuweisen hat, liegt in Schwierigkeiten teils politischer, teils finanztechnischer Natur. Die Zusammenlegung der Ergebnisse der voneinander unabhängigen Staatswirtschaften kann leicht den Schein des finanziellen Einheitsstaates erwecken, den aber jeder Finanzpolitiker, der Anspruch auf Wahrhaftigkeit und Objektivität erhebt, begreiflicherweise meiden will. Technisch jedoch ist eine Summierung der beiden Staatswirtschaften deshalb äußerst schwierig, weil die Staatsbudgets und Rechnungsabschlüsse Ungarns und Oesterreichs nicht nach demselben Schema aufgebaut sind. Selbst die Verwaltungsressorts sind in den beiden Staaten nicht gleich, ganz abgesehen davon, daß die Einreihung zahlreicher Posten der Staatsgebarung in den zwei Staaten teilweise unter verschiedenen Prinzipien und Gesichtspunkten erfolgt.

Um also eine einwandfreie Zusammenfassung und Schilderung der staatsfinanziellen Kraft der Monarchie vornehmen zu können, ist es vorerst politisch notwendig, die rechtliche Lage der getrennten Staatswirtschaften nicht nur hervorzukehren, sondern nachdrücklichst zu betonen. In technischer Hinsicht aber müssen die beiden Staatshaushalte auf gleiche Komponenten aufgelöst und somit eine Vergleichsbasis gefunden werden, die eine Zusammenlegung der Ziffern beider Staatswirtschaften ermöglicht. Wert und Notwendigkeit einer solchen Arbeit stehen heute, inmitten des Weltkrieges, außer jedem Zweifel. In ihrer militärischen Kraftentfaltung erscheint die Monarchie nach außen trotz der Selbständigkeit ihrer beiden Staaten als einheitlicher Machtfaktor, dessen finanzielle Leistungsfähigkeit und Kraft zu schildern und in der überzeugenden Sprache der Ziffern nach außen zu dokumentieren kein überflüssiges Beginnen sein kann. Staatsrechtlich und finanziell marschieren wir und Oesterreich getrennt, außenpolitisch aber und militärisch schlagen wir vereint. Es muß daher einen Maßstab geben, an dem die finanzielle Macht der vereint kämpfenden Monarchie verläßlich gemessen werden kann. Das Aufstellen dieses Maßstabes allein wird die dualistische Wesenheit der Monarchie in keiner Weise verdunkeln.

Dieser politisch heiklen und finanztechnisch schwierigen Arbeit hat sich Dr. Hans Patzauer in seinem jüngst erschienenen Buche: „Oesterreichs und Ungarns Staatswirtschaften"*) mit großem Geschick und vollem Erfolg unterzogen. Schon in der äußeren Struktur bringt das Werk die Selbständigkeit der zwei Staatswirtschaften zum Ausdruck, indem es die Staatsgebarung Ungarns, wie auch jene Oesterreichs in gesonderten Abschnitten behandelt, um sodann unter Hinzuziehung des gemeinsamen Aufwandes, sowie der Finanzen Bosniens und der Herzegowina einen Ueberblick der finanziellen Gesamtkraft der Monarchie zu bieten. Die Darstellung des dualistischen Rechtszustandes auch in den Finanzen, sowie des gegenseitigen Verhältnisses der beiden Staaten zueinander ist von gewissenhafter Genauigkeit. Wir kennen kein publizistisches Werk österreichischer Faktur von ähnlicher Korrektheit und Präzision in der Wiedergabe des beiderseitigen Rechtsverhältnisses. Nur bei dieser absoluten Objektivität durfte sich der Autor an die gefährlichen Klippen einer Arbeit heranwagen, die die beiden Staatswirtschaften in eine arithmetische Einheit zusammenfügt, ohne hiebei den leisesten Gedanken an den finanziellen Einheitsstaat aufkommen zu lassen. Stets bleibt sich der Leser — vom Autor darauf immer wieder aufmerksam gemacht — dessen bewußt, daß die Finanzgröße Macht, die unserer Monarchie innewohnt, keine organ Einheit verkörpert, sondern bloß durch Zusammenle der Finanzkräfte beider Staaten zustande kam. F von den Deutungskünsteleien und Unterlegu experimenten, die die neuzeitliche transleitha Publizistik bei der Behandlung gemeinsamer Frage des staatsrechtlichen Verhältnisses wieder so häufig beharrlich anzuwenden pflegt, trübt den klaren Diese Korrektheit und Sachlichkeit erzwingt sich Vertrauen und man folgt den Ausführungen des fassers im sicheren Gefühle der politischen Tendenzf seiner Ziele. Es ist nicht der Politiker, der zu uns s es ist der klar schauende, kühl erwägende, nur auf statierung der Tatsachen bedachte Rechner. Restlos h Staatsrechtler im Buche Dr. Patzauers seine gefa Aufgabe erfüllt.

Das finanztechnische Problem der Auflösun beiden Staatswirtschaften in einheitliche Besta ist dem Autor im Wege einer geschickt angew Systematik ganz geglückt. Sowohl bei den Ausgab auch bei den Einnahmen sind in den Voranschläge Schlußrechnungen der beiden Staaten unterei wesentliche Abweichungen vorhanden, die in erster davon herrühren, daß in Oesterreich zwei zentral waltungsstellen, nämlich das Eisenbahnministerium das Ministerium für öffentliche Arbeiten, bestehen, Ungarn überhaupt nicht existieren. Die Finanze Staatsbahnen, der Straßenbauten, aller Eise investitionen sind in Ungarn im Portefeuille des H ministeriums enthalten, während in Oesterreich da wesen aller Ressorts zum Ministerium für öff

arbeiten gehört, die Eisenbahnfinanzen aber dem Eisenbahnministerium zugewiesen sind. Ferner ressortieren auch die Domänen und die übrigen Betriebe in Oesterreich und in Ungarn zu verschiedenen Verwaltungsbehörden. Schon dieser Unterschied zeigt zur Genüge, daß ein Zusammenfassen dieser zweiartigen Staatsgebarungen nach ihrer ursprünglichen Veranlagung undurchführbar ist. Daher mußte die Systematik der staatlichen Budgetierung, die sich auf die Grundlage der Verwaltungszweige stützt, von allem Anbeginn ausgeschieden und es mußte eine Gruppierung gefunden werden, die in beiden Staatshaushalten einheitlich durchgeführt werden kann. Der Verfasser wählte hiebei den Weg der begrifflichen Abstraktion. Seine Methode, die er anwendet, ist vorerst analytisch, indem jeder Posten des Staatshaushaltes geprüft und aus dem rein mechanischen Zusammenhange des Verwaltungsressorts hinausgehoben wird; sodann aber synthetisch, indem die begrifflich und bestimmungsmäßig zueinander gehörigen Posten zusammengefaßt und in einige Gruppen hineingestellt werden, die gegenüber der verwaltungstechnischen Detailschematisierung der Staatsgebarung höhere Begriffseinheiten repräsentieren. Die Staatseinnahmen werden der wirtschaftlichen Natur ihres Ursprungs gemäß in die Hauptgruppen: öffentliche Abgaben, Monopole, Staatsbetriebe, Schatzgebarung und Verwaltungseinnahmen eingereiht. In die Gruppe der öffentlichen Abgaben gehören die direkten Steuern, die Zölle, die Verzehrungssteuern und die Gebühren. In der Gruppe „Schatzgebarung" sind die Anlehenserlöse und die Interessorteinnahmen zusammengefaßt. Von noch höherer Ordnung in der Vereinheitlichung ist die Systematik der Staatsausgaben, die den gesamten Aufwand in drei Hauptgruppen einteilt, und zwar in Ausgaben zur Beschaffung der Einnahmen, in Verpflichtungen und in den Verwaltungsaufwand. Die erste Hauptgruppe bilden die gesamten Betriebsausgaben bei den Monopolen und Betrieben, einschließlich der Investitionen. Ferner alle Ausgaben, die dem Verwaltungsapparate zur Beschaffung der öffentlichen Abgaben erwachsen. Zur Gruppe der „Verpflichtungen" gehört der Staatsschuldendienst und die Pensionen. Zum „Verwaltungsaufwand" gehören die Ausgaben für die höchsten Staatsorgane, jene für Außenschutz und die Ausgaben für Innenverwaltung. Durch diese Auflösung der Staatsfinanzen und Zusammenfassung der begrifflich zusammengehörigen Aufwände und Einnahmen sind die Staatshaushalte der beiden Staaten auf einheitliche Elemente zergliedert, und es steht nunmehr der Zusammenlegung der auf einen Generalenner gebrachten Bruchteile zu einem Ganzen kein Hindernis mehr im Wege. Allerdings erheischte diese sehr komplizierte Arbeit der Auflösung und Gruppierung eine sehr exakte Durchdringung der beiden Staatshaushalte. Als Resultat dieser peinlich genauen Rechenarbeit erhalten wir die ziffermäßige Summierung des Aufwandes der beiden Staaten, sowie der Bedeckung, die sich mit den Endergebnissen der amtlichen ressortmäßigen Staatsgebarung vollständig deckt. Dadurch erbringt der Autor den ziffermäßigen Beweis der Zahlenprobe für die Richtigkeit und Totalität seiner Aufstellung.

Die Grundlage der Berechnungen des Verfassers bilden die Rechnungsabschlüsse des letzten Friedensjahres 1913. Es erfolgt sodann eine übersichtliche Zusammenfassung und Gliederung der Staatsschulden Oesterreichs und Ungarns, und zwar im Zeitpunkte unmittelbar vor Kriegsausbruch, nämlich zum Schlusse des ersten Halbjahres 1914. Ueberaus interessant sind die Abschnitte über die größten Staatsbetriebe der beiden Staaten: die Staatsbahnen Oesterreichs und jene Ungarns. Sodann werden die Finanzen der zwischen Ungarn und Oesterreich gemeinsamen Ressorts, ferner die Finanzwirtschaft Bosniens und der Herzegowina eingehend und sehr übersichtlich dargestellt.

Auf Grund der ermittelten Ergebnisse der beiden Staatswirtschaften geht sodann Dr. Patzauer an das Werk, die gesamte finanzielle Kraft der Monarchie durch Zusammenlegung der Staatshaushalte Oesterreichs, Ungarns und Bosniens festzustellen. Als Endsumme ergibt sich der Gesamtbetrag von staatlichen Einnahmen in der Monarchie in der Höhe von 5928½ Millionen Kronen. Hievon entfallen auf Oesterreich 3461, auf Ungarn 2360, auf Bosnien-Herzegowina 92 Millionen Kronen, überdies haben die Einnahmen der vier zwischen Oesterreich und Ungarn gemeinsamen Ressorts 13·7 Millionen Kronen abgeworfen. In diesen Einnahmen sind die Anlehenserlöse der beiden Staaten im Gesamtbetrage von 788·2 Millionen mitinbegriffen (Ungarn 450, Oesterreich 338·1 Millionen Kronen).

Der rund sechs Milliarden betragende Gesamtaufwand der Monarchie verteilte sich auf folgende Hauptgruppen (in Millionen Kronen): Beschaffung der Einnahmen 2210·7 (Ungarn 861, Oesterreich 1349·7), Schuldendienst 862·1 (336·2, beziehungsweise 525·8), Pensionen 174·2 (43·4, beziehungsweise 137), höchste Staatsorgane 42·3 (22·5, beziehungsweise 19·7), Außenschutz 1190·6 (421·1, beziehungsweise 769·5), Innenverwaltung 1341·7 (676·2, beziehungsweise 665·4). Diesem Aufwande stehen die folgenden Einnahmen gegenüber: Oeffentliche Abgaben 2137·8 (Ungarn 821·9, Oesterreich 1315·9), Monopole 668·5 (235·4, beziehungsweise 433·1), Betriebe 1952·9 (744·6, beziehungsweise 1208·3), Interessorteinnahmen 153·7 (47·6, beziehungsweise 106·1), Verwaltungseinnahmen 120·4 (60·9, beziehungsweise 59·4).

Die Staatsbahnen als größte Betriebe der Staatsverwaltungen haben brutto 1345·9 Millionen Kronen abgeworfen, und zwar die ungarischen 459·2, die österreichischen 886·7. Laut der Aufstellung Patzauers lieferten die Staatsbahnbetriebe das folgende Ergebnis: Nettoeinnahme (Betriebsüberschuß) in Ungarn 91·7, in Oesterreich 195·9 Millionen Kronen. Das Anlagekapital der Staatsbahnen beziffert sich mit 3237·6 Millionen in Ungarn und 5828·7 Millionen in Oesterreich. Berücksichtigt man den Zinsenaufwand und die planmäßige Tilgung dieser Anlagekapitalien, so verbleibt eine Differenz von 42·7 Millionen Kronen in Ungarn und 50·8 Millionen Kronen in Oesterreich als durch Staatszuschuß zu deckender Ausfall der Staatsbahnbetriebe.

Die Staatsschulden der Monarchie beliefen sich unmittelbar vor Kriegsbeginn, nämlich am 30. Juni 1914, insgesamt auf 20·3 Milliarden. Hievon entfallen auf Ungarn unter Hinzurechnung des sogenannten ungarischen Blocks der allgemeinen Staatsschuld 8413 Millionen Kronen, auf Oesterreich 11.655·1 Millionen Kronen, auf Bosnien-Herzegowina 243·2 Millionen Kronen. Rechnet man den Betrag der allgemeinen Staatsschuld in der Höhe von zusammen 5132·1 Millionen Kronen, die vor dem Ausgleich durch den österreichischen Einheitsstaat entriert wurde, ab, so verbleiben als eigentliche Schulden Ungarns 7064·1 Millionen Kronen, Oesterreichs aber 7871 Millionen Kronen. Die 20 Milliarden Staatsschulden erheischten einen Aufwand an Staatsschuldendienst im Gesamtbetrage von 872·2 Millionen Kronen (Ungarn 336·2, Oesterreich 525·8, Bosnien 10·1 Millionen Kronen).

Es ist ein unzweifelhaftes Verdienst Dr. Patzauers, die finanzielle Leistungsfähigkeit und Kraft der Monarchie in das klare Licht der Ziffern gestellt zu haben. Die sechs Milliarden, die die beiden Staatswesen vor dem Kriege an jährlichen Einnahmen aufgebracht haben, zeugen für die wirtschaftliche Gesundheit Oesterreich-Ungarns, deren Bedeutung und Gewicht durch diesen großen Aufwand beleuchtet und erwiesen wird. Die Monarchie, die im Kriege so viel Proben ihrer militärischen Kraft und wirtschaftlichen Unerschöpflichkeit geliefert hat, wird die große Belastung, die ihr der Krieg auferlegt, ungeschwächt und ungebrochen ertragen können. Staaten, die schon im Frieden zur Bestreitung ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Aufgaben einen jährlichen Aufwand von sechs Milliarden aufzubringen vermochten, sind lebenskräftig genug, um die finanziellen Folgen des Krieges erschwingen zu können. Die finanzielle Machtentfaltung vor dem Kriege bürgt für die finanzielle und wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Monarchie auch nach dem großen Weltbrande.

Reichspost

19./XI. 1916

119

Berlin, 18. November.

Das Wolffsche Bureau meldet:

**18. November 1916. Abends.**

**Ein durch gewaltigen Artillerieeinsatz vorbereiteter englischer Durchbruchsversuch auf beiden Ancre-Ufern ist fehlgeschlagen. Bei Grandcourt ist der Kampf noch im Gange.**

**In der westlichen Walachei guter Fortschritt unserer Truppen.**

**An der Mazedonischen Front neue schwere Kämpfe.**

---

# Die Nutznießer des Krieges.

Wien, am 18. November.

Nach christlicher Anschauung ist materieller Besitz letztlich ein Lehen Gottes, ist der Wirtschaftsbetrieb ein Amt, im Einklang mit den Geboten Gottes, in Uebereinstimmung mit den Gesamtinteressen der Gesellschaft, des Staates zu verwalten. Die Wirtschaftsproduktion ist lediglich Mittel zum Zweck; sie hat die Aufgabe, das vernünftige Bedürfnis zu befriedigen, dem allgemeinen Nutzen zu dienen. Auf alle Fälle bleibt sie den höheren Kulturinteressen untergeordnet.

Nach kapitalistischer Anschauung ist der Einzelmensch unumschränkter Herr über sein Hab und Gut, unumschränkter Herr im Gebrauch; nach kapitalistischer Anschauung ist der wirtschaftliche Prozeß Selbstzweck, etwas Souveränes. Seine Ziele sind die größten Produktions- und Umsatzziffern, die höchsten Gewinne, die reichsten Dividenden. Ob die Methoden der Wirtschaft den sittlichen Anschauungen entsprechen, ob die gesteigerten Umsätze und Gewinne gewonnen werden auf dem Wege der Ausbeutung und Versklavung immer breiterer Volksmassen — das ist den Vertretern des Kapitalismus gleichgültig.

Schon lange seufzen die Völker unter dem Druck des Kapitalismus. Im Weltkrieg ist dieser Druck fast unerträglich geworden. Zwar hat der Abschluß der Grenzen, das Aufhören von Einfuhr und Ausfuhr, die Knappheit der Rohstoffe, das Fehlen des Weltmarktes zusammen mit vielfältigen durch den Krieg bedingten Einengungen des Wirtschaftslebens, das Produzieren und Handeln als solches weithin in enge Bahnen gezwungen. Aber die Vertreter des Kapitalismus haben diese Schranken

[illegible] schließen wollen zum Kampfe gegen kapitalistische Korruption, gegen Wucher und Ausbeutung; in Wochen auch, wo das Volk von einer neuen Regierung einschneidendste Maßnahmen zur Unterbindung des Auswucherns der Plutokratie erwartet.

* * *

Die mächtigsten Wirtschaftsinstitute sind die Banken. Die Wiener Großbanken verfügten zu Beginn des Krieges über ein Gesamtvermögen (Aktienkapital und Reservefonds) von über 1200 Millionen Kronen; sie bestimmen vermöge ihrer Anteilnahme an Industrie- und Handelsunternehmungen und ihres entscheidenden Einflusses direkt über eine Summe von etwa 7 Milliarden; indirekt gebieten sie in gewisser Hinsicht über das gesamte Wirtschaftsleben von Zisleithanien. Diese Banken haben nie bessere Geschäfte gemacht wie seit Kriegsbeginn, bezw. sich ihre Geschäfte nie besser honorieren lassen. Im Geschäftsjahr 1915 erzielte nach ihren eigenen offiziellen Angaben die Kreditanstalt bei 19·89 Millionen Kronen Reingewinn (ohne Vortrag) 10% Dividende, die Unionbank bei 6·4 Millionen 7·5%, die Verkehrsbank bei 4·42 Millionen 6·43%, die Eskomptegesellschaft bei 13·5 Millionen 11%, der Bankverein bei 12·56 Millionen 7%, die Bodenkreditanstalt bei 14·8 Millionen 20%, die „Merkur"-Gesellschaft bei 4·95 Millionen 7%, die Allgemeine Depositenbank bei 4·82 Millionen 8·5%, die Länderbank bei 14·35 Millionen 6%, die Anglo-Oesterreichische Bank bei 15 Millionen Reingewinn 8¾% Dividende. Das sind die offiziellen Gewinne der Banken in den offiziellen zur Beruhigung des Publikums und zur bestmöglichen Sicherung gegenüber der Steuerbehörde künstlich konstruierten, in den Gewinn- und Dividendenziffern möglichst nieder gehaltenen Bilanzen. Die wirklichen Gewinne sind viel, viel höher. Die offiziellen Gewinne verblieben, nachdem vorher ganz außerordentliche, das Normale der Friedensjahre meist weit übersteigende Reservierungen (Zuweisungen an den Reservefonds, Vortragungen für die Zukunft, Abschreibungen, außerordentliche Spesen- und Tantièmenberechnungen) erfolgten. Außer den offiziellen Reservefonds besitzen die Banken aber noch stille, geheime Dispositionsfonds. Aus vielen Anzeichen geht hervor, daß von den Banken gerade diese stillen Fonds vor Gewinnaufstellung jeweils ganz außerordentlich hoch bedacht wurden. Aber die eigentlichen Gewinne, die Hauptgewinne der Banken liegen anderswo. Sie liegen in der Tatsache,

Der Abend
20./XI. 1916

120

# Die Modena-Gründe des Herrn Dr. Sieghart.

(Vgl. den „Abend" vom 29. September: „Der große Wurf".)

Wegen der Zensur verspätet.

Wir haben das Geschäft der Bodenkreditanstalt und der Ungarischen Kommerzialbank gestern vom Standpunkte der öffentlichen Gemeindeinteressen betrachtet; wir wollen es heute von ein paar anderen Gesichtspunkten ansehen. Zunächst dem der Mieter in den angrenzenden Bezirksteilen. Sie werden keinen Anlaß haben, von der neuen Nachbarschaft sonderlich erfreut zu sein. Es mag ihrer Eitelkeit schmeicheln, in der Nähe von Herrschaften zu wohnen, die in der angenehmen Lage sind, den Geviertmeter mit durchschnittlich 420 K zu bezahlen; aber die Befriedigung dieser Eitelkeit wird sie Geld, sogar viel Geld kosten, und es ist sehr die Frage — aber allerdings frägt man nicht die Besitzer kleiner Wohnungen in bescheidenen Seitengassen, wenn die großen Herren — Finanzherren — große Geschäfte mit großen Profiten machen wollen.

Und sie machen ein großes Geschäft.

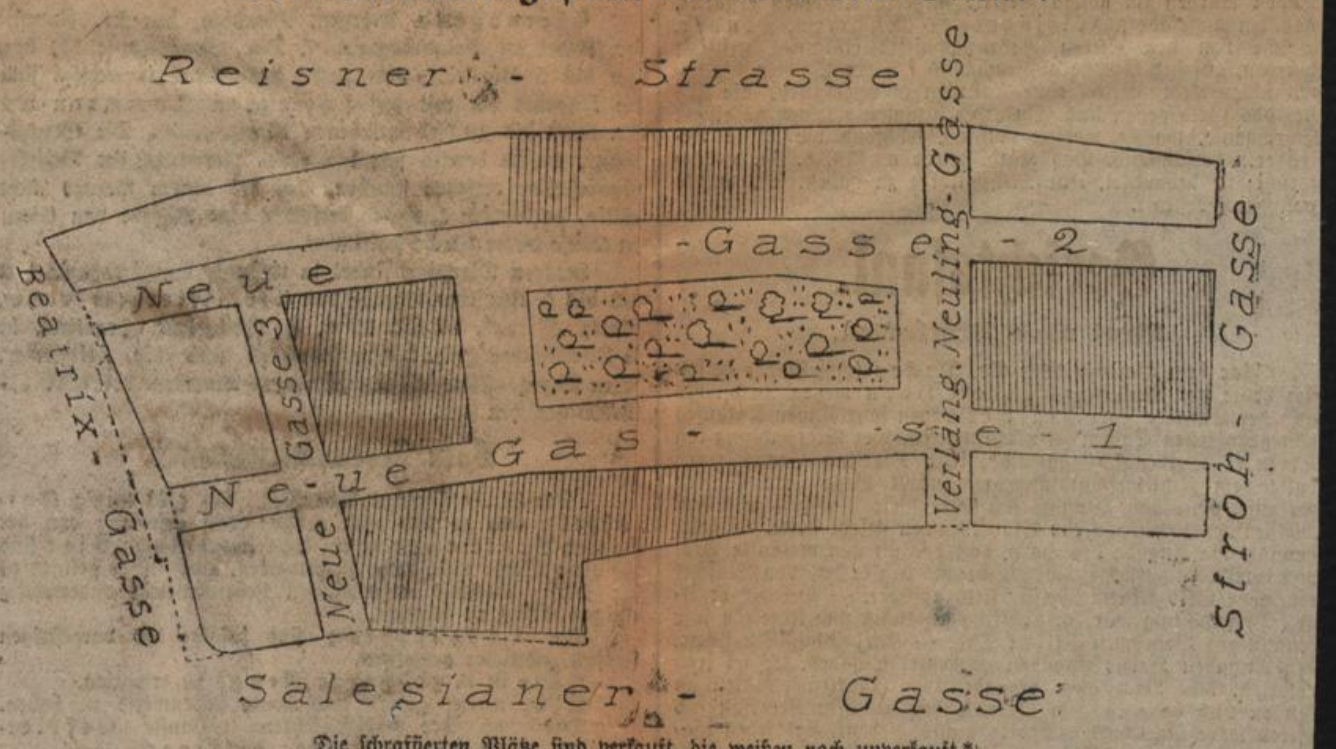
Im Jahre 1893 kostete ein Grundstück in der Reisnerstraße, also in der unmittelbaren Nähe der Modenagründe, ungefähr 105 K der Geviertmeter. Der durchschnittliche Preis von K 142.50, den die Bodenkreditanstalt und ihre Ungarische Geschäftsfreundin bezahlte, war sohin durchaus angemessen. Welche außerordentliche Steigerung die Preise der Grundstücke und damit auch der Mieten in der Umgebung jetzt erfahren werden, bedarf kaum der Erörterung. Andere Grundstückwucherer werden sich nicht wollen durch das Beispiel der Bodenkreditanstalt beschämen lassen, und wenn diese durchschnittlich 420 K für die 142½ nimmt, werden andere nicht zurückbleiben wollen. Schließlich könnte uns dieses gleichgültig sein, wenn es sich nur um Paläste von Gouverneuren u. dgl. handelte. Leider ist es aber im Leben so eingerichtet, daß der Mieter die Kosten des Grundstückes verzinsen muß, und es ist deshalb tote Gewißheit, daß die Mietzinse nicht nur in den neuen Palais auf den Modenagründen, sondern auch in den Häusern der Nebengassen sehr erheblich steigen werden. Die Bodenkreditanstalt und die Kommerzialbank lassen sichs schmecken und die kleinen Leute im dritten Bezirk bezahlen die Zeche, auch die, deren Fenster nicht auf den Platz münden, dessen Freihaltung für einen Park sich die Gemeinde vorbehalten hat. Nebenbei bemerkt, sind wir keineswegs dagegen, daß sich die Gemeinde Parks vorbehalte; wir meinen nur, sie müsse auch dafür sorgen, daß die Kosten von denen bezahlt werden, deren Fenster in diese Parks gehen, und nicht auch von den armen Leuten in den Hofwohnungen der Seitengassen.

Erheblich besser wird es Se. Exz. der Herr Gouverneur der Bodenkreditanstalt haben. Er hat sich rechtzeitig einen hübschen Bauplatz gesichert, und wird die Annehmlichkeiten des mehrerwähnten Parkes in vollen Zügen genießen können. Sein Palais wird sich auf der Baustelle — in dem Parzellierungsplan sind es der Baustellen vier — erheben, die von der Salesianergasse und den beiden derzeit noch namenlosen neuen Gassen begrenzt wird. Das Palais wird, wie man uns mitteilt, etwas weniger als 2500 Geviertmeter Baufläche bedecken. Jedermann wird es begreiflich finden, daß der Herr Gouverneur etwas billiger als die übrigen Käufer bedient wurde. Diese bezahlten 417½ K für den Geviertmeter, der Gouverneur für 2469·69 Meter 907.611 K 65 h, also K 367.40 den Meter, 50 Kronen weniger als die Nachbarn. Bedenkt man übrigens, daß das Grundstück neunmalhunderttausend und etliche Kronen kostet, so fällt die Ersparnis von 125.000 K kaum in Betracht und nur die Schadlucht könnte etwas darin auszusetzen finden.

Dies war offenbar auch die Meinung der Mehrheit, als der Gemeinderat vom 11. Juli l. J. unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner über ein Ersuchen der Bodenkreditanstalt beriet. Er scheint gefunden zu haben, daß man einem Manne wie dem Herrn Gouverneur nicht leicht nein sagen könne und die Freude an seinem neuen Palais in keiner Weise beeinträchtigen dürfe, und so wurde nach einer kurzen anregenden Aussprache zwischen dem G.-R. Skaret und dem Berichterstatter G.-R. Zatzka beschlossen, daß die kleine Gasse, die von der Salesianergasse ausgehend, an dem künftigen Palais des Herrn Gouverneurs entlang führt, dem öffentlichen Verkehr entzogen und als Gartenanlage ausgestaltet werden solle. In der Antwort auf ein paar vielleicht nicht ganz bequeme aber sicherlich berechtigte Fragen des G.-R. Skaret wurde mitgeteilt, daß diese Abschließung der Gasse nicht für ewige Zeiten, wie es verlangt worden war, sondern nur auf fünfundzwanzig Jahre erfolge, und daß dafür ein Jahreszins von tausend Kronen bezahlt werde, was innerhalb fünfundzwanzig Jahren fünfundzwanzigtausend Kronen ausmacht, ein Betrag, von dem Herr Zatzka, in solchen Dingen offenbar Fachmann, meinte, es sei ein Geld, das nicht zu verachten ist.

Es gibt Geld, das zu verachten ist, aber nicht jeder verachtet es.

## Der Verbauungsplan der Modena-Gründe.




Die schraffierten Plätze sind verkauft, die weißen noch unverkauft.*)

*) Wir müssen dazu einen Vorbehalt machen. Dieser Plan muß infolge von Zensurschwierigkeiten (!) mehr als zwei Monate verspätet erscheinen. Es wäre also möglich, daß seither noch ein oder der andere Bauplatz verkauft worden wäre.

Pester Lloyd
28./XI. 1916



# Die österreichisch-ungarischen und deutschen Banken in London.

Von L. Leonhard.

Wien, 26. November.

„Für die meisten City-Leute ist es ein Mysterium, warum es den großen deutschen Banken in London noch immer gestattet wird, ihre Türen offen zu halten.“ So äußerte sich vor kurzem der in England und vornehmlich in der englischen Finanzwelt angesehene Daily Telegraph, der jedoch mit dieser Feststellung keineswegs vereinzelt dasteht. Denn im Augenblicke führen nicht nur die Northcliffe-Blätter, sondern auch noch die anrüchigen Financial News, ein Hetzorgan erster Güte, und ganz besonders die famose Morning Post einen überaus erbitterten „Feldzug“ gegen die noch bestehenden österreichisch-ungarischen und deutschen Bankfilialen der britischen Hauptstadt. Die Hetzblätter fordern aber nicht nur, daß diese Institute so bald wie möglich geschlossen werden, sondern man dürfte auch nach dem Kriege ihre Wiedereröffnung nicht gestatten, da sie eine Gefahr für das Vereinigte Königreich bedeuten würden. Sogar der sonst etwas gemäßigtere Daily Telegraph erklärt: „Weil das Handelsministerium auf unerklärliche Weise die Schließung der feindlichen Banken so lau betrieben hat, herrscht bei den österreichischen und deutschen Instituten zweifellos die Meinung vor, daß sie nach Beendigung des Krieges ihre Geschäfte wie früher würden aufnehmen dürfen.“ Und das genannte Blatt heischt gebieterisch: „Wenn nicht bewiesen werden kann, daß diese Banken dem britischen Handel wirklich von Nutzen sind, so soll ihnen die Fortführung ihrer Geschäfte auf dem hiesigen Platze auf viele Jahre hinaus verboten werden.“

Angesichts dieser Preßkampagne, die an Feindseligkeit nichts zu wünschen übrig läßt und Albions Wirtschaftskrieg nach dem Kriege auch auf die Bankwelt ausdehnen möchte, ist es nicht uninteressant, die Rolle der österreichisch-ungarischen und deutschen Banken in London während des Weltkrieges zu beleuchten. Vor dem August 1914 legten bekanntlich die Engländer den Fremden in ihrer Mitte und deren Geschäftsunternehmungen, somit auch den ausländischen Banken, keine Hindernisse in den Weg. Diese Gastfreundschaft wurde nicht aus Gründen der „Humanität“ gewährt, sondern um möglichst viele und große Geschäfte nach England und besonders London zu ziehen und die englische Metropole zum Handelszentrum der Welt zu machen. Die Anglobank und Länderbank, die Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft und Dresdner Bank eröffneten dort ihre Filialen, die bald nicht nur hohes Ansehen auch bei den britischen Firmen genossen, sondern auch starke Umsätze machten und alle Banktransaktionen mit gutem Erfolg betrieben. Wie ausgedehnt die Geschäfte der Deutschen Bank in London waren, geht daraus hervor, daß sie ein Personal von nicht weniger als 400 Beamten beschäftigte und zuletzt 35 Millionen Pfund Sterling gedeckte und 7½ Millionen ungedeckte Kredite bewilligt hat. Außer den sehr regen Konnossementen- und sonstigen Belehnungsgeschäften beschafften sich diese Banken durch Wechseldiskontierungen bei dem niedrigen Londoner Zinsfuß zu billigen Sätzen Geld, sie machten sich den billigen englischen Kredit zunutze und förderten dadurch selbstredend auch deutsche Unternehmungen. Das kann die Londoner Finanzwelt noch immer nicht verwinden und die Morning Post klagt jetzt in einem Leitartikel in bewegten Tönen: „Deutschland verstand es, seine Banken für seine Geschäftsverbindungen und seinen Export auszunützen. Wir ließen unsern Export in den Händen von Firmen, denen es gleich ist, ob sie englische oder fremde Waren absetzen, die deutschen Banken dagegen haben sich gänzlich deutschen Interessen zur Verfügung gestellt.“

Da England „die Zerschmetterung des deutschen Handels“ gleich nach Ausbruch des Krieges auf seine Flagge schrieb, zwang es bekanntlich alle „feindlichen“ Unternehmungen zur Liquidation. Die Zentralstaaten griffen zu Repressalien und erwiderten mit Vergeltungsmaßnahmen. Von der englischen Zwangsliquidation wurden auch die Bankfilialen in London betroffen. Aber bis jetzt ist es noch nicht zu ihrer vollständigen Auflösung gekommen, wofür die britische Regierung gute Gründe hat. Der Liquidationszustand dauert bereits über zwei Jahre. Man ließ sie bestehen, damit sie ihren Verbindlichkeiten an englische Firmen nachkommen und ihre Verpflichtungen erfüllen könnten, erklärt jetzt der von den genannten Blättern stark angegriffene Schatzkanzler Mac Kenna zur Rechtfertigung des Handelsministeriums. Außerdem sei den Banken gestattet worden, ihre Aktiven zu verwerten. Den Ausführungen Mac Kennas zufolge sind nunmehr sämtliche Schulden dieser Banken an britische Firmen, an Geschäftshäuser der befreundeten Mächte und an Neutrale vollkommen beglichen. Die Deutsche Bank verfügte dann noch über ein Plus von etwa 400.000 Pfund Sterling, das sie der Bank of England übergeben mußte, und zwar zu dem Zwecke, um noch weitere eventuelle Außenstände der Deutschen Bank, die sich nachträglich herausstellen sollten, zu decken. Außerdem mußte die Deutsche Bank sämtliche Wertpapiere an die Bank of England abführen und die Guthaben der „alien enemiers“-Kunden (feindliche Staatsangehörige) unter die Kontrolle englischer Aufsichtsorgane, des „public trustee“ stellen, wie das bei derartigen Guthaben, die sich im Besitze britischer Banken befanden, längst der Fall gewesen war. (Die Beträge aus Schulden an „feindliche Firmen“ und „feindliche Untertanen“ waren und sind ebenfalls an den „public trustee“, den öffentlichen Kurator, zu überweisen, der sie vorläufig mit Beschlag belegt.) Die Geschäfte der Diskonto-Gesellschaft und der Dresdner Bank sind nach dem Berichte Mac Kennas noch nicht vollkommen abgewickelt. Da es sich dabei um komplizierte, über die ganze Erde ausgedehnte Transaktionen handle, sei es unmöglich, die Banken zu sperren und das frühere Personal zur Gänze zu entlassen; die Direktoren und mit ihnen eine Reihe von Beamten seien unentbehrlich.

Mac Kenna hat jedoch einen höchst wichtigen Punkt unerwähnt gelassen. Er weiß recht gut, warum er diese Institute bestehen ließ. Er nützte die österreichisch-ungarischen und deutschen Bankfilialen noch zu einem andern, für England verhältnismäßig weit wichtigeren Zwecke aus: zur Mobilisierung von Wertpapieren. Im Juni trat man an die Banken mit der Forderung heran, die österreichisch-ungarischen und deutschen Kundschaften im feindlichen Auslande sollten die Beträge bis längstens 31. Juli begleichen, womit ihre Wertpapiere belehnt waren, dies gehöre mit zur Liquidation; andernfalls müßten die betreffenden Effekten zwangsweise verkauft werden und den Erlös würde vorläufig der Public Trustee in Verwahrung nehmen. Selbstredend erwies sich diese Art von Liquidierung der belehnten Beträge, die geforderte Deckung des Debetsaldos, als unmöglich. Damit jedoch hatte die Regierung gerechnet und so gelangte sie in den Besitz der gewünschten amerikanischen und sonstigen neutralen Papiere. Dieser bedurfte sie zu einem doppelten Zweck: erstens zur Hebung der Valuta und Besserung des Pfund-Sterling-Kurses in Newyork; zweitens zu den Hinterlegungen, die seitens der Bankiers in den Vereinigten Staaten zur Deckung der amerikanischen Anleihen gefordert wurden. Je länger der Krieg dauert und je mehr Deckungen England zur Befriedigung der ins Riesenhafte gesteigerten Finanzansprüche benötigt, umso wichtiger und schwieriger wird die Beschaffung dieser amerikanischen und sonstigen neutralen Effekten. Die Depots von österreichischen, ungarischen und deutschen Kunden bei den genannten Londoner Banken sind beträchtlich, sie gehen in die Millionen und bestehen nicht nur aus englischen und überseeischen, sondern vorzüglich aus amerikanischen Werten, darunter besonders amerikanischen Eisenbahnpapieren und Stahltrust-Anteilscheinen. Die Besitzer solcher Effekten gaben vor Ausbruch des Krieges hiesigen oder deutschen Banken Kaufaufträge, die sie an ihre Londoner Vertretung weitergaben. Diese nahmen sie nach erfolgtem Kauf in Depot, da es mit hohen Stempelkosten verbunden gewesen wäre, die Papiere nach Oesterreich-Ungarn oder Deutschland zu beziehen.

Mac Kenna hat also genau gewußt, warum er die „feindlichen“ Banken bestehen ließ und jedenfalls läßt er sie — wenigstens vorläufig — nicht grundlos weiterbestehen: wahrscheinlich ist noch nicht ihr ganzer Besitz an amerikanischen und neutralen Papieren erschöpft. Damit aber wollen sich seine Angreifer nicht zufrieden geben. Sie sind empört darüber, daß ein Bankdirektor deutscher Herkunft sich unterfängt, Tag für Tag nach wie vor in die City von London zu kommen. Das Hauptorgan Northcliffes, die Times, gebärdet sich höchst erregt: trotz aller Einwendung und Proteste der britischen Kaufmannschaft dürften die Agenten deutscher Banken auf dem britischen Markt umherschnüffeln und wichtige Dinge ausspionieren. Sensale deutscher Abkunft dürften auf der Stock Exchange nach wie vor Geschäfte treiben. Es sei höchste Zeit, diesem gefährlichen Treiben ein Ziel zu setzen, die Banken und Firmen endgültig zu schließen. Sonst begönne nach erfolgreicher Beendigung des Krieges das böse alte Spiel von neuem und Britannia hätte umsonst ihre besten Söhne auf dem Felde der Ehre geopfert. Noch wütender schäumt die Morning Post und schlägt um sich. Sie leidet an einer krankhaften Angst, an furchtbaren Ahnungen. Daß die „feindlichen“ Banken noch immer existieren, hat sie völlig aus dem Gleichgewicht gebracht und sie macht Vorschläge. Aber Vorschläge, die man diesem Blatte, das sich so unendlich erhaben über das verachtenswerte Germany wähnte, früher nie zugemutet hätte. Man höre und staune: die Morning Post empfiehlt die Nachahmung deutscher Methoden! So erklärt sie u. a.: „Nur dann können wir von deutschem Einfluß loskommen, wenn wir eine tüchtige Neuorganisation schaffen. Sind die deutschen Methoden gesund, dann sollten wir nicht die falsche Scham zeigen, selbst vom Feinde zu lernen.“ Die Morning Post schlägt dann eine Neugründung, die British Bank of Commerce, vor, ohne sich klar darüber zu sein, ob dies ein staatliches oder Privatunternehmen werden solle.

Doch die Morning Post — und mit ihr ein gut Teil der englischen Finanzwelt und des englischen Publikums — hat nicht nur Angst vor den deutschen Banken. An die Erörterung dieses Problems, besonders wie es nach dem Krieg zu lösen sein wird, knüpft sie die bange Frage: „Was wird denn mit den übrigen neutralen Banken (soll wohl heißen mit den amerikanischen!) nach dem Krieg geschehen?“ Und sie gibt sich selbst die Antwort: „Es ist ja recht schön und gut, daß London wegen seiner Position als der größte Geldmittelpunkt der Welt den Bankinstituten sämtlicher Nationen Gastfreundschaft gewährt, und fern sei es von uns, abstreiten zu wollen, daß gerade deshalb viele Geschäfte nach England kamen. Dessenungeachtet bleibt die Tatsache bestehen, daß die neue Lage in Zukunft unsererseits einschränkende Maßnahmen oder von seiten der anderen Länder größere Reziprozität erfordert. Man sollte dessen eingedenk sein, daß unsere Vettern jenseits des Atlantischen Ozeans schon jetzt eine aggressive Tätigkeit in allen Geschäftszentren der Welt entwickeln. (!!) Und die weitere Tatsache bleibt bestehen, daß infolge der Schutzzollpolitik verschiedener ausländischer Regierungen es den englischen Banken ganz und gar nicht leicht fällt, diese Besuche zu erwidern.“

Diese Ausführungen des englischen Blattes sprechen Bände. Sie spiegeln die Stimmung in England gegen Onkel Sam mehr als deutlich wider. Jeder Kommentar scheint überflüssig.

Pester Lloyd
29./XI. 1916
182 29

gewählt, zum ersten Vizepräsidenten Max Hopfengarten, zum zweiten Vizepräsidenten Handelskammerrat Bayer gewählt.

(Acieries George de Firminy.) Aus Paris wird uns telegraphiert: Die Acieries George de Firminy verdreifachen ihr Grundkapital, wobei jede Aktie nicht nur das Bezugsrecht auf eine Freiaktie erhält, die aus der Reserve voll bezahlt wird, sondern außerdem auch das Bezugsrecht auf eine weitere Aktie zum Parikurs. (Frankfurter Zeitung.)

(Wirtschaftliche Nachrichten aus Amerika.) Aus New York wird uns gekabelt: Viele führende Fabrikantenverbände kündigten Lohnerhöhungen an. Fünfzehntausend Werkarbeiter in Passaic erhielten eine Aufbesserung ihres Lohnes um zehn Prozent. Die Preise der Drahtprodukte wurden um drei Dollar erhöht. — Elektrolytisches Kupfer notiert für das erste Quartal 1917 33 bis 40 Cents, für das zweite Quartal 1917 32 bis 34 Cents. — Der Goldversand nach Südamerika beträgt 1½ Millionen, nach San Francisco eine halbe Million Dollar, die Goldeinfuhr aus Kanada 7½ Millionen Dollar.

(Landes-Agrikulturverein.) Das Jahrbuch des Vereins, das der für den 10. Dezember anberaumten Generalversammlung unterbreitet wird, ist heute erschienen. Das über 200 Druckseiten starke Jahrbuch berichtet eingehend über die Vereinstätigkeit, namentlich über die kriegswirtschaftlichen Verfügungen landwirtschaftlicher Natur und die in Verbindung mit diesen von dem Verein eingeleiteten Aktionen. Mit Genugtuung hebt der Bericht hervor, daß es trotz der riesigen Schwierigkeiten gelungen ist, die Kontinuität der landwirtschaftlichen Arbeiten zu sichern. Obgleich zahlreiche Regierungsverfügungen den Landwirt in seiner Bewegungsfreiheit hinderten, hat die Landwirtschaft doch ihrer Bestimmung Genüge getan. Der Bericht beschäftigt sich auch mit den Angriffen gegen die Landwirtschaft und verweist darauf, daß wie auf der ganzen Welt, so auch naturgemäß bei uns Schwierigkeiten in der Approvisionierung bestehen, doch liege die Hauptschwierigkeit darin, daß zu wenig produziert wird. Die Haupttätigkeit des Vereins erstrecke sich daher auf die Lösung des Problems der Mehrproduktion. Das im Patria-Verlag erschienene Jahrbuch ist auch im Buchhandel erhältlich.

## Generalversammlungen.

### Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft.

Zu der heute nachmittag unter dem Vorsitze des Geheimen Rates Dr. Josef v. Schmidt abgehaltenen ersten ordentlichen Generalversammlung der Kriegsprodukten-A.-G. waren 38 Aktionäre erschienen, die insgesamt 1477 Aktien vertraten. Nachdem der Vorsitzende die Beschlußfähigkeit konstatiert hatte, betraute er den Rechtsanwalt Hofrat Dr. Aurel v. Egry mit der Führung, die Aktionäre Robert Haggenmacher und Dr. Emerich Strasser aber mit der Authentikation des Protokolls. Als Mitglieder der Skrutiniumskommission wurden Robert v. Auer, Koloman Frey und Alexander Hoffer delegiert. Auf die Tagesordnung übergehend, legte der Präsident den Jahresbericht vor, der wie folgt lautet:

„Ebenbürtig hat sich den auf allen Schlachtfeldern des Weltkrieges von den Zentralmächten ausgefochtenen gigantischen Kämpfen der uns auch auf den Gebieten des Wirtschaftslebens aufgezwungene Krieg angeschlossen. Das erste Erfordernis der wirtschaftlichen Kampfbereitschaft war die Versorgung des Feldheeres und der bürgerlichen Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln, also mit Brotfrucht und Futter. Die im Weltkriege begründeten Verhältnisse hatten all jene Vorteile, die der freie Handel unter anderen Umständen den Verbrauchern zu bieten pflegt, in Nachteile verwandelt, und es wäre unmöglich gewesen, bei gesperrten Landesgrenzen im Wege des freien Kaufverkehrs den Konsum hinsichtlich der Preise und der beanspruchten Mengen von der Kaufkraft des Publikums unabhängig zu machen. So sind denn immer tiefergehende Eingriffe der Staatsgewalt in die Gestaltung des Wirtschaftslebens nötig geworden und in deren Verfolg die Schaffung solcher Einrichtungen, die, gegründet auf für den Kriegsfall lautende Ausnahmegesetze, geeignet waren, den Bedarf des Feldheeres an landwirtschaftlichen Produkten zu decken und auch die quantitativ gerechte Verteilung der Vorräte unter die Zivilbevölkerung unter Vermeidung von Preistreibereien und der Abhängigkeit von der Kaufkraft der Verbraucher herbeizuführen. In der Schaffung solcher Kriegseinrichtungen ist unser mächtiger Bundesgenosse, Deutschland, vorangeschritten, während in Ungarn und Oesterreich solche Institutionen erst zu einem späteren Zeitpunkt ins Leben gerufen wurden. So sind in Ungarn schon zu Ende 1914 gewisse Vorkehrungen getroffen worden, um die zentralisierte Beschaffung und Verteilung der Getreide- und Hartfuttermengen im Wege der Requisition zu ermöglichen, aber erst im Frühjahr 1915 hat sich die Regierung veranlaßt gesehen, mit der teilweisen Abwicklung der neuen Ernte ein besonders zu errichtendes Institut zu betrauen, das einerseits der unbedingten Aufsicht der Regierung unterstand, andererseits die Vertretung aller an dieser Abwicklung beteiligten Interessen darstellte.

Diesem Entschluß der Regierung verdankt unsere Gesellschaft ihre Entstehung. Die Gründung hat mit 20 Millionen Aktienkapital, von dem 30 Prozent = k 6,000.000 durch die Aktionäre eingezahlt worden sind, stattgefunden. Die eine Hälfte der Anteile unserer Gesellschaft ist vom königlich ungarischen Schatzamt übernommen worden, während die andere Hälfte unter die städtischen und Komitatsbehörden, Grundbesitzer, Industrieunternehmungen und Getreidehändler nach einem von Sr. Exzellenz dem Herrn Handelsminister aufgestellten Schlüssel aufgeteilt wurde. Die Direktion ist im Sinne der Statuten vom kön. ung. Ministerium aus den Vertretern der Regierung und jener Interessentenkreise gebildet worden, in deren Besitz sich die Aktien befinden. Die Gesellschaft hat ihre Gründerversammlung am 26. Juni 1915 abgehalten und demzufolge ihre tatsächliche Wirksamkeit erst zu Beginn des vorjährigen Junimonats aufnehmen können. Schaffung und Organisierung einer mit der Abwicklung eines bedeutenden Teils der Ernte betrauten Gesellschaft zu einer Zeit, da auf den Feldern Ungarns die Erntearbeiten schon im vollsten Zuge waren, darf wohl ohne Uebertreibung eine außerordentliche Aufgabe genannt werden. Darum weisen wir auch mit doppelter Befriedigung darauf hin, daß wir die Anfangsschwierigkeiten schon in den ersten Tagen bezwungen, mit 300 Kommissionären, sowie mit 70 Mühlen Verträge abgeschlossen und den hiezu erforderlichen zentralen Betrieb in Gang gebracht haben. Ursprünglich hatte die Regierung unserer Gesellschaft die Versorgung des Heeres und Oesterreichs zum Ziele gesetzt; so konnten wir bis zu der im November des Vorjahres ergangenen Verfügung der allgemeinen Requisition nur als mit den übrigen einkaufsberechtigten Behörden und Institutionen gleichberechtigt auftreten. Die Wirkung unserer Tätigkeit hat sich, da die Requisition erst an der

Arbeiterzeitung
3./XII. 1916

II

140

Bankkapital und Bankdirektoren.

1910. Kapitalsmangel kann es also nicht sein, der diese Bank veranlaßt, in einer Zeit ungeheurer Kapitalsfülle neues Geld aufzunehmen. Aber da ihr das Leihkapital jederzeit entzogen werden kann, scheint es ihr zweckmäßig, es in Eigenkapital umzuwandeln. Vollzieht sich doch auch in Ungarn ein ähnlicher Aufsaugungsprozeß wie in Oesterreich, was die Ungarische Kreditbank selbst zugibt, indem sie anführt, daß seit 1910 die zu ihrem Konzern gehörigen Unternehmungen von 54 auf 87 gestiegen seien. An den Kapitalserhöhungen sind neben den Banken auch die Bankleitungen hervorragend interessiert und vielleicht ist dies mit ein Grund für diesen stürmischen Ausdehnungstrieb. Die Bankpräsidenten und Bankdirektoren sind die eigentlichen Träger des Einflusses, der in den Banken vereinigt ist. Sie gebieten unumschränkt über die Milliarden eigenen und fremden Vermögens und sie ziehen aus den Geschäften auch für sich die allergrößten Vorteile. Der Bankaktionär spielt neben ihnen, sofern er sich nicht durch einen sehr ins Gewicht fallenden Aktienbesitz Geltung verschaffen kann, eine recht untergeordnete, beinahe klägliche Rolle. Um ihn kümmert sich die Direktion sehr wenig, da er ein anonymer Besitzer ist, der sich erst legitimiert, wenn er für die Generalversammlung seine Aktien hinterlegt. Gewöhnlich aber besorgt dieses Geschäft irgend eine Bank, die die Aktien nur selten auf den Namen ihres rechtmäßigen Besitzers deponiert, sondern sie der anderen Bank zur Ausübung des Stimmrechtes überläßt. Eine Hand wäscht da die andere und das gegenseitige Ausborgen der Aktientitel zur Beherrschung der Generalversammlungen bildet das wertvollste Mittel der Bankleitungen, ihre Herrschaft zu behaupten und sich jede Opposition vom Leibe zu halten. Mit jeder Kapitalserhöhung steigen die Tantièmen, welche Bankverwaltungen und Bankdirektoren für ihre „Mühewaltung" beziehen. Denn von dem neuen Kapital ist nur das eingezahlte Nominale und auch dieses nur bis zu 5 Prozent Erträgnis tantièmenfrei, während der Ertrag von dem eingezahlten Agio und alles, was über 5 Prozent verdient wird, den Bankleitungen abgabepflichtig ist. Es handelt sich hier keineswegs um geringfügige Beträge. Die Kreditanstalt beispielsweise hat im Jahre 1899 bei 80 Millionen Kapital der Verwaltung und Direktion nur 645.000 Kronen an Tantièmen abgeworfen, während diese Bezüge im Jahre 1915 auf 1,136.000 Kronen gestiegen waren. Dabei ist die Dividende der Aktionäre von 36 auf 32 gesunken, so daß die höhere Tantième ausschließlich aus der Vermehrung der eigenen Mittel von 80 auf 150 Millionen Kronen resultierte! Aehnlich hat sich die Tantième bei anderen Banken erhöht, die ihr Kapital vermehrt haben, so speziell beim Bankverein von 461.000 Kronen im Jahre 1900 auf 1,129.000 Kronen im Jahre 1915 bei gleichzeitiger Ermäßigung der Dividende von 30 auf 28 Kronen.

Aber das ist nicht der Hauptnutzen der Bankleitungen. Weit größer sind die Anteile, die ihnen aus den Gründungen und Finanzierungen erwachsen, zu denen ihnen das neue Kapital Gelegenheit gibt. Es ist charakteristisch, daß das Haupteinkommen der Bankdirektoren nicht aus den Gehalten und Tantièmen herrührt, die sie von ihren Instituten beziehen, so beträchtlich diese Einkünfte auch sind, sondern aus den Verwaltungsratsstellen, die sie bei den verschiedenen zum Interessenkreis der Bank gehörigen Industriegesellschaften bekleiden. Jede neue Gründung schafft neue Verwaltungsratsmandate, neue Einkünfte und neue Möglichkeiten, sich einflußreicher Personen durch das Anbot von Stellen zu versichern und bei anderen den Wunsch wachzurufen, auch einmal an die goldene Schüssel zu gelangen. Ein Bankdirektor, der etwas auf sich hält, muß heute über ein paar Dutzend Verwaltungsratsmandate die Verfügung haben, die er vergibt wie Feudalherren die Lehen. Im Frieden waren diese Stellen nicht durchwegs einträglich, im Kriege sind sie die Quelle enormer Einkünfte geworden. Die Waffenfabrik ist nicht die einzige Unternehmung, die sechsstellige Tantièmen verteilt, auch andere sind in derselben glücklichen Lage, und 40.000 bis 50.000 Kronen werfen heute selbst kleine Gesellschaften ab. Die Prager Eisenindustrie hat an zwölf Verwaltungsräte 1,355.000 Kronen, die Alpine an fünfzehn 1,578.000 Kronen hinausbezahlt, bei der Hirtenberger Patronenfabrik bezogen neun Personen 490.000 Kronen, bei der Patronenfabrik G. Roth sieben Personen 741.000 Kronen, bei Krupp acht Personen 656.000 Kronen, bei Fanto dreizehn Personen 829.000 Kronen u. s. w.

Neue Geschäfte haben aber noch die Annehmlichkeit für Bankgouverneure, Bankpräsidenten und Bankdirektoren, daß mit ihnen sehr einträgliche Syndikatsbeteiligungen verbunden sind. Kürzlich hat sich die Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp in das Handelsregister des königlichen Amtsgerichtes Berlin-Mitte eintragen lassen und bei diesem Anlaß erfuhr man, daß die Gründer dieser Gesellschaft nicht bloß Herr Arthur Krupp und die Kreditanstalt sind, sondern daß an dieser Gründung auch die Direktoren der Kreditanstalt Neurath, Dr. Spitzmüller, Raumann, Dr. Hammerschlag, Lechner, Löwy und Wißmayer beteiligt wurden. Es ist sehr schätzenswert, daß in Berlin solche Dinge, die man bei uns mit dem Schleier des Geheimnisses umgibt, veröffentlicht werden müssen. Es wäre beispielsweise auch für die Steuerbehörde zweckmäßig, wenn sie wüßte, wer an dem großen Fischzug beteiligt war, den die hochrentierenden Gesellschaften Fanto, Kosmanos, Isaak Mauthner und Sohn, Flesch, Gerlach und Moritz und andere unternommen haben, als sie bei Rekorddividenden, die die Börse mit einem Agio von mehreren hundert Prozent bewertet, neue Aktien zum Parikurs ausgaben. Will man sich wundern, wenn Exzellenzen, Aristokraten, hohe Staatsbeamte und selbst Männer der Wissenschaft, geblendet durch diesen Reichtum, keinen sehnlicheren Wunsch haben, als auf dem behaglichen Fauteuil eines Bankfunktionärs zu landen?

Die Kapitalserhöhungen der Banken regen, wie man sieht, nach manchen Richtungen zum Nachdenken an. In diesen Großunternehmungen hat sich das Kapital Hochburgen seiner Macht errichtet, durch die es sich die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Staates, den öffentlichen und privaten Kredit, den Verdienst des Arbeiters und den Konsum der breiten Massen dienstbar gemacht hat. Den Banken und Bankleitungen hat daher auch der Krieg nichts anhaben können. Wie sie im Frieden aus falliten Unternehmungen oftmals großen Vorteil gezogen haben, so sind sie auch die Nutznießer dieses erschütternden Zusammenbruchs, der über Kultur und Menschlichkeit hereingebrochen ist. Die Bankleitungen, die bei Ausbruch des Krieges, von Angst und Entsetzen geschüttelt, nach dem Moratorium riefen, sonnen sich jetzt im Glanze der Erfolge, die ihnen ohne persönliches Verdienst zugefallen sind und deren sie sich rühmen, als ob sie das Werk ihrer eigenen Tüchtigkeit wären. Und der Staat selbst war es, der ihr Selbstbewußtsein genährt hat, indem er sie

Fremdenblatt
5./XII. 1916



# Berliner Finanzbrief.

Von Georg Münch.

Berlin, 30. November.

Es ist kaum überraschend, daß der Krieg auch im geschäftlichen Leben das Gefühl der Zusammengehörigkeit verwandter Interessen fördert. Die Kraft, die in der Einigkeit steckt, offenbart sich täglich aufs neue in dem Kampf der mitteleuropäischen Nationen gegen eine Welt in Waffen. Alle stehen für einen, einer für alle. Unwillkürlich überträgt sich das auch auf die privatwirtschaftlichen Verhältnisse. Umso leichter, als aus der Not der Zeit heraus eine Fülle von staatlichen Eingriffen geboren worden ist, die das freie Spiel der Kräfte beschränken oder gar ganz ausschalten. Verzichtleistungen, die man vor dem Kriege für ganz unmöglich gehalten hätte, werden heute fast als etwas Selbstverständliches hingenommen. Jeder fühlt, daß er als ein Glied in dem Riesenkörper seines Volkes vor allem die Pflicht hat, sich dem Ganzen unterzuordnen. Das ist die Grundlage, auf welcher sich etwas so Unvergleichliches wie die allgemeine Hilfsdienstpflicht bei uns aufbauen wird. Das ist aber auch der Boden, auf dem allerhand neue Zusammenschlüsse von Interessentengruppen gedeihen. Damit wird zugleich für die Zeit nach dem Kriege Vorarbeit geleistet, dürften doch alsdann an die Leistungs- und Tragfähigkeit der Gewerbe Ansprüche gestellt werden, die nur von gutorganisierten Unternehmen ohne Schaden erfüllt werden können. Als charakteristisch sei die Tatsache angeführt, daß in keiner Zeit in unserer Eisenindustrie so viele Syndikate und Verbände entstanden sind wie im laufenden Jahre. Das Jahr 1916 ist geradezu das Jahr der Syndizierung, das Jahr des Zusammenschlusses. In der Großeisenindustrie sind es die neuen Verbände für Stab-, Band- und Universaleisen, Grob-, Mittel- und Feinbleche, Walzdraht, gezogenen Draht und Drahtseile, ferner für schmiedeeiserne und gußeiserne Röhren, kaltgezogenes Stangeneisen und Wellen sowie kaltgewalztes Bandeisen; in der Kleineisenindustrie wurden Verbände für Eisenbahnwagen-Beschlagteile, Fässer, Fittings, Flanschen, Herde, Oefen, Schaufeln und Spaten, Schlösser und Schlüssel, Sensen und Sicheln geschaffen. Diese Auswahl mag genügen. Ihr stehen in den anderen Industriezweigen ähnliche Bildungen zur Seite, desgleichen auch im Handel. Ihm ist eine bedeutsame Organisation in Gestalt des „Zentralverbandes des deutschen Großhandels" erstanden; er umfaßt eine große Zahl führender Großhandelsverbände und sehr zahlreiche Einzelfirmen. Als seine Aufgabe hat er sich die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Großhandels gestellt, er gedenkt insbesondere an dem Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft nach dem Kriege tatkräftig mitzuwirken.

Von dem Gedanken rechtzeitiger Vorarbeit für die Friedenszeit ist ferner der Entwurf eines Konditionen-Kartells im Bankgewerbe getragen, der in diesen Tagen bekannt geworden ist. Langwierige Verhandlungen zwischen dem Verein für die Interessen der Fondsbörse und der Berliner Bankenvereinigung (Stempelvereinigung) haben zu einem Ergebnis geführt, das, wenn es auch noch kein endgiltiges ist, doch die größte Beachtung verdient. Was man im Frieden vergeblich erstrebt hatte, eine alle Teile des deutschen Bankgewerbes umfassende Regelung seiner Arbeitsbedingungen im Verkehr mit der Kundschaft, nähert sich jetzt im Kriege seiner Verwirklichung. Eine alte Klage ist's, daß Banken und Bankiers eine gar zu geringe Vergütung für ihre Arbeitsleistung im regulären Geschäft erhalten. Durch immer schärferen Wettbewerb der Banken untereinander und mit den Privatbankiers sind die Provisionssätze allmählich auf einen Stand gedrückt worden, der nicht im Einklang mit der Mühewaltung und dem Risiko steht. Längst schon ist es ein Wunsch führender Kreise, diesem Uebelstande ein Ende zu machen, ein Wunsch der Reichsbank auch, welche auf dem Wege über eine Hebung der Provisionssätze der Banken die Geneigtheit der Institute zur Haltung immer größerer Barreserven fördern möchte. Vielleicht verspricht sich diese leitende Stelle unseres Bank- und Geldwesens zugleich eine Einschränkung des rein spekulativen Börsenverkehrs durch die erhöhte Belastung der Kundschaft. Jedenfalls handelt es sich bei dem, was geplant ist und voraussichtlich auch in die Tat umgesetzt wird, um eine recht ansehnliche Verteuerung der Sätze im Vergleich mit denjenigen der Friedenszeit. (Die Verhältnisse der Kriegszeit sind ja nicht als Norm anzusehen.) Die neuen Bedingungen, die mit der Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs, also wohl erst mit dem Kriegsschluß in Kraft treten sollen, sehen vor: Bei Umsätzen in festverzinslichen Werten für Groß-Berliner Kunden 1 vom Tausend, für auswärtige Kunden ½ Prozent Provision vom Nennwert für jedes Geschäft, bei Umsätzen in Dividendenwerten für Groß-Berliner Kunden 2 vom Tausend, für auswärtige Kunden ¼ Prozent Provision vom ausmachenden Betrag für jedes Geschäft. Das sind gegenüber den früheren Sätzen für Dividendenwerte Aufschläge, die einer Verdoppelung gleichkommen, während für festverzinsliche Werte im wesentlichen an den bisherigen Gepflogenheiten festgehalten wird. Alles das gilt für die Privatkunden der privaten Bankfirmen. Im Verkehr dieser Firmen mit der Bankierkundschaft soll bei Geschäften in festverzinslichen Werten ½ vom Tausend, bei solchen in Dividendenwerten 1 vom Tausend vom ausmachenden Betrage für jedes Geschäft als Provision berechnet werden. Bisher wurde in der Regel ein Provisionssatz von ½ vom Tausend von der größeren Seite des Kontos gefordert. Bei der Prolongation von Termingeschäften, die als ein Geschäft und maklergebührenfrei behandelt werden dürfen, soll die Provision bei festverzinslichen Werten ¾ vom Tausend vom ausmachenden Betrage für den Nichtbankier und ½ vom Tausend für den Bankier betragen, bei Dividendenpapieren 1, beziehungsweise ½ vom Tausend. Nettoprolongationen sind gegenüber dem Publikum nicht zulässig, gegenüber dem Bankier nur dann, wenn die Provision von ½ vom Tausend oder aber mindestens ½ Prozent Zinserhöhung im Aufschlag zum Schiebungs- oder Geldsatz der Börse enthalten ist. Alle diese neuen Bestimmungen sollen nur Mindestsätze, die nicht unterboten werden dürfen, festlegen. Die Großbanken und ersten Bankhäuser sind im Verkehr mit Berliner Privatkunden und auswärtigen Bankiers an etwas höhere Sätze gebunden; damit bezweckt man, den Berliner Privatbankier konkurrenzfähig zu erhalten. Den Außenseitern soll Geld- und Stückeleihe verweigert werden. Den Maklerfirmen sollen Geschäfte mit Nichtbörsenbesuchern untersagt sein.

Wie man schon aus der Aufzeichnung dieser Grundlinien des Konditionenkartells sieht, will es der Bankwelt erheblich bessere Bedingungen schaffen. Seine Basis wird eine „Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr" sein. Ihr treten örtliche Vereinigungen an anderen Plätzen zur Seite. Alle Gruppen aber werden — so ist der Plan — sich unter Leitung der Berliner Stempelvereinigung, der bekannten Vereinigung der Berliner Großbanken und ersten Bankiers, zu einem Ganzen verschmelzen. In Berlin ist die Einigung in vollem Zuge. Jeder Tag bringt neue Zustimmungserklärungen. Bisher sind etwa drei Viertel aller in Betracht kommenden Firmen beigetreten. Das Werk erscheint also gesichert. Es würde endlich einmal eine den Mühen, Sorgen und Wagnissen des Bankgewerbes entsprechende Grundlage schaffen, wie sie übrigens an anderen Weltbörsen schon seit langem besteht. Der Bankierstand könnte alsdann den Anforderungen, welche die Zeit nach dem Kriege auch an ihn, ja in mancher Hinsicht zuvörderst an ihn stellen wird, zuversichtlicher entgegensehen. Das Bankgewerbe wird nicht nur durch höhere Gehälter und soziale Lasten gesteigerte Unkosten zu bestreiten haben, sondern es dürfte auch schwer durch neue Steuern betroffen werden. Daß es trotzdem in allen seinen Gliedern lebensfähig bleibt, liegt im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse; und dieses Ziel wird mit Hilfe der neuen Geschäftsbedingungen erreicht werden können, ohne daß das große Publikum eine ungebührliche Belastung erfährt. Sollte die Spekulationssucht an der Effektenbörse wirklich darunter leiden, so wäre das nur ein weiterer Gewinn für das allgemeine Wohl.

Was die gegenwärtige Verfassung des Berliner Effektenverkehrs angeht, so hat sich in den letzten Wochen nichts an dem Zustande geändert, den ich in meinem letzten Finanzbriefe als Abrüstungsneigung bezeichnete. Das Geschäft bleibt im freien Verkehr verhältnismäßig beschränkt, ja es ist gerade in der jüngsten Zeit weiter zusammengeschrumpft. Der Börse sind die teils gut gemeinten, teils von ihren grundsätzlichen Gegnern stammenden Mahnungen zur Zurückhaltung, die im vorigen Monat an sie ergingen, in die Glieder gefahren. Weiteren Anlaß zur Enthaltsamkeit gegenüber neuen Geschäften bietet die Erörterung der Zivildienstpflicht. Sie wird, bei aller Rücksichtnahme auf private wirtschaftliche Interessen, doch manchen hemmenden Eingriff, manche neue Umwälzung bringen. Die Ungewißheit darüber macht sich als ein die Unternehmungslust an der Börse hemmendes Moment unverkennbar geltend. Hinzukommt, daß die Pressekundgebungen und die Verhandlungen mit den Abgeordneten über die Zivildienstpflicht immer wieder den Gedanken einer verschärften Heranziehung der Rüstungsindustrie auch zu den geldlichen Kriegsleistungen in den Vordergrund schoben. Man ging sogar soweit, eine Verstaatlichung dieser Industrie zu befürworten. Von solchen, wenig klar durchdachten Ideen ist es zwar wieder still geworden, aber lebendig bleibt bei vielen der Wunsch, daß die Gewinne der Kriegsindustrien noch stärker als in dem ersten Kriegssteuergesetz herangezogen werden sollten. Und welche Regierung wird sich allzu lange weigern, Steuern anzunehmen, die ihr förmlich aufgedrängt werden?

# Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 29. November.

Immer noch bildet die Frage der Einführung der „Zivildienstpflicht" den wichtigsten Gegenstand der Erörterung für alle wirtschaftlich interessierten Kreise. Während man aber anfangs dieser großen Neuordnung der Dinge ziemlich ratlos gegenüberstand, beginnt sich jetzt das Dunkel ein wenig zu lichten und der Gesetzentwurf bestimmtere Formen anzunehmen. Die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstages haben diese Klärung herbeigeführt, und im Laufe der Ausschußberatungen hat der Leiter des neugeschaffenen Kriegsamtes, General Groener, den Ausspruch getan, man solle doch nur nicht etwa denken, daß die Absicht bei der Heeresverwaltung bestehe, nunmehr „das Unterste zu oberst zu kehren". Diese Worte waren sehr am Platze; denn in weiten Kreisen hegte man offenbar ganz übertriebene Vorstellungen und Befürchtungen wegen der Folgen der Zivildienstpflicht, und es war sehr erfreulich, daß gerade die maßgebendste Persönlichkeit es war, die sie zu zerstreuen für richtig und angebracht hielt. In der Tat wird ja gegenwärtig in mancher Beziehung und an manchen Stellen eine Verschwendung mit menschlicher Arbeitskraft, diesem jetzt doppelt kostbaren Gute, getrieben. Beispielsweise in der Textilindustrie; es ist bekannt, daß infolge der Rohstoffknappheit die betreffenden Fabriken nur eine bestimmte Anzahl Stunden in der Woche, das heißt vier bis fünf volle Arbeitstage, arbeiten dürfen. Wäre es da nicht viel vernunftsgemäßer, sie arbeiteten sechs Tage, aber mit geringerer Arbeiterzahl, und die dadurch freiwerdenden Arbeiter würden in Kriegsindustrien, denen neue Arbeitskräfte sehr willkommen wären, beschäftigt? Die Textilindustrie ist indessen nicht die einzige, die solche unvollständig beschäftigte Kräfte zu entbehren in der Lage ist; auch zum Beispiel aus der keramischen Industrie lassen sich viele Arbeiter in eine besser beschäftigte Industrie verpflanzen, ohne daß irgend jemand Nachteil dadurch hätte, weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber. Alle solchen Verpflanzungen von Arbeitern aus einer Arbeitstätte in eine andere sollen jetzt nach einheitlichen, großzügigen Gesichtspunkten geregelt werden, und dazu bedarf es vor allem auch der gesetzlichen Vollmachten, die nunmehr geschaffen werden sollen. Ob manche Betriebe der Luxusindustrie gänzlich stillgelegt werden sollen, entzieht sich einstweilen noch der Beurteilung; jedenfalls aber würden solche Maßnahmen keineswegs allzusehr in das gesamte Wirtschaftsleben einschneiden.

Daß auf dem wirtschaftlichen Gebiete große Veränderungen vor sich gehen müssen, daß man in mancher Beziehung rationeller vorgehen muß als es bisher der Fall war, unterliegt keinem Zweifel. Ebenso wie man mit Nahrungsmitteln, mit Metallen, mit Gummi und so weiter haushälterisch umgehen muß. Das gleiche gilt von der Kohle. Gewiß haben wir in Deutschland Kohlenschätze ungeheuersten Umfangs, aber ihre Förderung sowohl als ihre Beförderung auf Eisenbahnen, Schiffen usw. erfordert menschliche Arbeitskraft, diesen Schatz, mit dem wir sparsam umzugehen gezwungen sind. Es liegt also nahe, auch Kohle für überflüssige Zwecke künftig nicht mehr zu verbrennen und unseren Bedarf daran einzuschränken. Zum Teil kann das erreicht werden durch frühere Schließung aller Restaurants, Cafés und Vergnügungslokale; durch weniger langes Offenhalten der Ladengeschäfte; ferner durch eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs. Alle diese Dinge sind in der Vorbereitung begriffen und ihr hauptsächlichster Zweck ist der, Arbeitskraft freizubekommen für wichtigere Zwecke.

Die Kohlenförderung in Deutschland wird zwar jedenfalls nicht kleiner werden; im Gegenteil ist man bemüht, sie nach Möglichkeit zu heben; jedoch ausschließlich für den Bedarf der unmittelbaren und mittelbaren Kriegsindustrie. Man darf dabei nicht übersehen, daß während des Krieges eine ganze Anzahl großer Industriewerke gegründet worden ist, die alle einen starken Kohlenverbrauch haben. Es sei nur etwa an die verschiedenen neuen Schiffswerften erinnert, die im Laufe der jüngsten Monate entstanden sind, ferner an die Bayerischen Kruppwerke in München oder die soeben mit 30 Millionen Mark Kapital ins Leben gerufenen Bayerischen Aluminiumwerke. Dazu kommen die gewaltigen Erweiterungsbauten der sämtlichen Rüstungswerke, der Automobilfabriken, der Maschinenfabriken, zahlreicher Stahlwerke und anderer Unternehmungen. Nach alledem ist es verständlich, daß der Kohlenverbrauch für mittelbare Kriegszwecke gewaltig gestiegen und außerdem in ständiger Zunahme begriffen ist, und daß man daher jeden überflüssigen Verbrauch an Brennstoff vermeiden muß.

Das Wirtschaftsleben in Deutschland wird also, nachdem diese ganze Materie einheitlich geregelt sein wird, in mancher Beziehung andere Formen annehmen als bisher; aber sein Pulsschlag wird nicht stocken, wird nicht minder schnell und stürmisch sein als bisher. Die Industrie wird noch mehr produzieren, als sie heute schon tut; nur wird nichts Entbehrliches, nichts Ueberflüssiges mehr erzeugt werden; wenigstens nicht mehr, als es in den großen „Reichsarbeitsplan" paßt, der von höheren Rücksichten, von dem Gebot der Notwendigkeit diktiert wird. Aber diese Umwandlung wird sich planmäßig, ohne Ueberstürzung vollziehen, und niemand denkt daran, um nochmals das Wort des Leiters des Kriegsamtes anzuwenden, „das Unterste zu oberst zu kehren".

Hand in Hand mit dieser einschneidenden Neuerung ist an den leitenden Stellen auch die Preisfrage bei Kriegslieferungen nochmals in ausgiebigster Weise besprochen worden. Indessen ist es hier, im Gegensatz zu vorher vielfach verbreiteten Ansichten, nicht zu einer Neuordnung der

Reichspost 10./XII. 1916

151

# Unser Gold und Silber im Weltkrieg.

Von Dr. phil. et jur. August R. v. Loehr, Kustos der kaiserlichen Münzensammlung.

Das k. k. Staatsdenkmalamt übermittelt uns folgende Ausführungen des Kustos der kaiserlichen Münzensammlung Herrn Dr. phil. et jur. August R. v. Loehr, welche die Notwendigkeit überlegten Vorgehens bei dem jetzigen Verbrauch von Gold und Silber dartun:

Der furchtbar harte Kampf, den unsere tausendjährige Heimat mit einer Welt von Feinden um ihren Bestand, um ihre Eigenart, um ihre höchsten Kulturgüter zu führen hat, stellt in immer steigendem Maße alle Kräfte, alle Güter in seinen Dienst. Stark durch das tiefwurzelnde Zugehörigkeitsgefühl zum Vaterland, zu heimischer Art und Sitte haben Oesterreichs Völker die schwersten Opfer gebracht, heute vor hundert Jahren, als Fremdherrschaft Europa bedrohte, vor hundertfünfzig Jahren, als alle Nachbarn die Monarchie zu zerreißen und ihrer rechtmäßigen Erbin zu entziehen suchten, vor zweihundert Jahren, als durch Generationen hindurch der Osten mit Verwüstung drohte. Aber auf die Türkenzeit folgte die Glanzepoche der letzten Habsburger, die Oesterreich in höchster Kultur erblühen ließ, auf den österreichischen Erbfolgekrieg die große Regierung Maria Theresias, die dem Reiche unzerstörbare Festigung gab, auf die Franzosenkriege Oesterreichs großer Einfluß in Politik (Metternich) und Kultur (Wiener Kongreß, Biedermeier). Der geschichtliche Rückblick erfüllt uns mit Zuversicht, daß auch der jetzige schwerste Kampf, sobald die unerschöpflichen Kräfte Oesterreichs in richtiger Weise zur Entfaltung gelangen, zu einem glücklichen Ende gebracht wird und die tiefen Wunden sich rasch schließen werden.

Hervorragende Feldherren, vor allem der berühmte General von Clausewitz, haben die Ansicht vertreten und im Krieg durchaus kein selbständiges Endziel des Staates, sondern nur die Fortsetzung der Politik des Friedens gesehen, also einen vorübergehenden Zustand, den vieles andere überragt und überdauert und der dem unverrückbaren Ziele des Staates: Schutz seiner Bürger und der Eigenart seiner Kultur, der Erhaltung seiner Kulturgüter, nicht übergeordnet werden darf. Dieser richtigen Erkenntnis folgend, haben, um nur einen Fall zu nennen, unsere Militärbehörden, die die Einziehung aller Gegenstände aus Zinn oder Kupfer für die Bedürfnisse der Munitionsherstellung verfügen mußten, die Freigabe alles dessen, was sich nach sachverständiger Prüfung als kulturgeschichtlich oder historisch von dauerndem Werte erwies, angeordnet und die Ueberprüfung der freiwillig gespendeten Stücke und Aufbewahrung des kulturell wertvollen Hausrates befohlen. Damit ist dem Vaterlande und der Geschichte seiner Kultur ein unschätzbarer Dienst erwiesen und doch die Munitionsherstellung nicht gestört worden. Von noch größerer Wichtigkeit aber wird wohl überlegtes, ruhiges und den Pflichten gegenüber der Gesamtheit angepaßtes Vorgehen bei den Edelmetallen Gold und Silber sein.

Zweifellos gibt es massenhaft Ketten, Armbänder, Ringe, Tischzeug, Leuchter und ähnliche Fabriksware, die völlig entbehrlich, deren Verwendung für die finanziellen Zwecke des Staates geradezu eine Pflicht ist. Die Hilfsaktion „Gold gab ich für Eisen" hat in namhafter Weise den Staat unterstützt. Man wird in dieser Richtung noch weiter gehen, den Appell an die Bevölkerung noch dringlicher gestalten und sogar vielleicht in mancher Hinsicht durch einen sanften Druck unterstützen können und müssen. Aber wenn irgendwo, ist hier eine sorgsame Prüfung und Scheidung nötig. Die große Menge geschmackloser Massenartikel mag ruhig in die Schmelze wandern. Aber Gegenstände, die irgendwie, sei es einen Pietätswert oder einen historischen oder künstlerischen Wert, oder auch nur einen kunstindustriellen Mehrwert haben, oder die irgendwie mit ihrem derzeitigen Aufbewahrungsort durch alte Bande verknüpft sind, sollten vielleicht nicht einmal hergegeben werden, auf gar keinen Fall dürfen sie der Zerstörung anheimfallen.

In besonders erhöhtem Maße und aus tiefliegenden Gründen ist dies bei Gegenständen mit künstlerischem, historischem oder kulturellem Wert der Fall. Was an solchen Dingen hingegeben wird und als wichtiges Denkmal der vaterländischen Geschichte oder als charakteristisches Erzeugnis heimischer Kultur erkannt wird, gehört — natürlich gegen angemessene Entschädigung — in die öffentlichen Schatzkammern, in die Museen. Arme kleine Dinge, die pietätvolle Erinnerung eines vollen Lebens oder ganzer Geschlechter tragen, sind überhaupt nur als ganz freiwillige Gaben auf dem Altar des Vaterlandes denkbar.

Das entscheidende Urteil über die ganze Edelmetallfrage muß aus der Erwägung geschöpft werden, daß im zwischenstaatlichen Verkehr nach uralter Erfahrung nur mit Gütern (Waren und Leistungen) endgültig gezahlt wird. Bei ganz ursprünglichen Verhältnissen ist ein unmittelbarer gegenseitiger Ausgleich denkbar. Bei unseren heutigen verwickelten Lebensformen bedarf es eines allgemeinen Tauschmittels als Zwischenstufe in der Form, daß etwa der Staat für seinen Machtbereich mit seiner Autorität ein solches Tauschmittel schafft (Papiergeld), oder daß der internationale Handel allgemein ein solches Ausgleichsmittel anerkennt (Gold), oder daß das Vertrauen auf spätere Erfüllung von Gegenleistungen Leistungen hervorruft (Kredit). Immer aber muß schließlich der Austausch durch Waren oder Arbeitsleistungen erfolgt sein.

Die internationale Finanzpolitik des Staates muß also unbedingt das Ziel verfolgen, für geforderte Leistungen Gegenleistungen vorzubereiten. Alles andere, also auch Gold und Geld, ist nur vorläufig und von untergeordneter Bedeutung. So richtig und notwendig es ist, Edelmetall zu beschaffen, so darf das nur im vollen Bewußtsein geschehen, daß damit nur eine zeitweilige Hilfsquelle erschlossen ist, und die Ordnung in umfassender Weise auf ganz anderer Grundlage nicht vernachlässigt werden darf.

Wie groß der private Besitz an entbehrlichem Edelmetall ist, entzieht sich der Kenntnis, soviel läßt sich aber sicher sagen, daß selbst weitgehende Heranziehung nur für ganz kurze Zeit genügen kann. Es wird also ganz gewiß der private Besitz an entbehrlichem Edelmetall zur teilweisen und zeitweiligen Regelung unserer ausländischen Verpflichtungen herangezogen werden können und müssen, aber nur unter voller Schonung aller berechtigten Interessen, nur in der ertragreichsten Weise und nur nach sicherer Feststellung der Entbehrlichkeit durch eine sorgfältige sachverständige Prüfung. Die Prüfung muß aber eine sachverständige sein; im Staatsdenkmalamt, in den öffentlichen Museen und ihren Beamten stehen dem Staate die nötigen Organe zur Verfügung. Für diese Institute ist in so schwerer Zeit die Gelegenheit gegeben, in ausgedehntem Maße das Vertrauen der gesamten Oeffentlichkeit zu gewinnen, den Beweis zu liefern, daß sie nicht bloß der toten Anhäufung von Ausstellungsobjekten dienen, sondern in höchst wichtiger Weise sich in den Dienst der Gesamtheit zu stellen vermögen, indem sie in dem schweren Kampf, der für unsere heimische Kultur geführt wird, ihrerseits ein Hort gefährdeter Kultur und Kunstdenkmäler werden. Nicht wie im Frieden bloßer Besitzwechsel oder nur Verlust an das Ausland bedroht die Denkmale unserer Geschichte und Kultur, sondern völlige Vernichtung und nicht bloß der Bedarf an Metall, sondern die wirtschaftliche Not bringt Sparpfennige und Kostbarkeiten mancher Familie, Dinge, die einen wertvollen Teil des nationalen Vermögens ausmachen, in Gefahr; sie dem Untergange, in manchen Fällen dem Verluste an das Ausland zu entziehen und sie dem Vaterlande zu sichern, ist eine patriotische Pflicht. An Mitteln für diese Tätigkeit kann und darf es den öffentlichen Sammlungen nicht fehlen. Der gesamte Bedarf für die Einlösung dieser Objekte wird ganz bestimmt die Kosten eines einzigen Kriegstages nicht erreichen und wird aufgebracht werden können durch die öffentlichen Faktoren, sobald diese die ernste Notwendigkeit der Vermeidung nicht mehr zu verbessernden Schadens erkannt haben, oder durch die Mithilfe jener Mitbürger, denen großer Kriegsgewinn mancherlei Verpflichtung auferlegt hat. Was sonst noch mehr als den reinen Materialwert hat, muß möglichst ertragbringend und mit Schonung verwertet werden, also Deponierung bis zum Frieden in den öffentlichen Versatzämtern, die den nötigen Apparat besitzen. Es ist durchaus denkbar, sie nach ihrem Schätzungswert, sie nur als Deckung für Staatsscheine analog den Darlehensscheinen für verpfändete Ware oder Wert zu verwenden. Ist die Veräußerung unerläßlich, so muß sie mit den unzerstörten Objekten geschehen. Die sinnlose Verwüstung oder Zerstörung des Mehrwertes ist unbedingt zu vermeiden, nur Massenartikel mit bloßem Materialwert können und sollen eingeschmolzen werden.

Es handelt sich vielfach um Dinge, die als Zeugen wichtiger Daten des Familienlebens, als hervorragende Schöpfungen des heimischen Kunsthandwerkes, als Andenken an wichtige Abschnitte unserer vaterländischen Geschichte, als Belohnung für der Oeffentlichkeit geleisteter Dienste die Familie und ihre Tradition mit der Oeffentlichkeit innig verbinden. Gerade Oesterreich ist ein Staatswesen, das seinen Bürgern nicht die phantastischen Ideale unbegrenzter nationaler Ziele bietet, sondern die tiefwurzelnde Tradition einer langen gemeinsamen, scharfe Gegensätze ausgleichenden, von der Dynastie geleiteten Kulturarbeit. Es muß daher mit der besten Umsicht alles gefördert werden, was in dieser Richtung wirkt und bei uns mehr als anderswo als staatserhaltend bezeichnet werden muß.

Einer der allerwichtigsten Faktoren, der in dieser Weise wirkte und wirkt, war die katholische Kirche, die dem rein nationalen Ziel der Völkerteile unserer Monarchie durch Lehre und Kult andere staatsfördernde, einheitlich wirkende Ideale zu geben wußte. (Oesterreichs Ruthenen, Rumänen, Südslaven, die den katholischen Ritus angenommen haben). Der katholische Ritus hat aber nicht nur für seine gottesdienstlichen Handlungen eine große Zahl Gerätschaften, er hat auch das private Leben mit vielen Dingen (Medaillen, Taufandenken, Kruzifixen usw.) bereichert, die in höchster Verehrung gehalten werden, deren Dienstbarmachung für öffentliche Zwecke nur nach völlig freiwilliger opferfreudiger Hingabe und gewissenhafter Ueberlegung erfolgen könnte, wenn nicht eine schwere Verletzung tiefster Gefühle entstehen sollte. Schon während der Franzosenkriege ist eine so weitgehende Inanspruchnahme der Bestände an Kirchengeräten erfolgt, daß, wie die Inventare erweisen, kaum mehr vom Standpunkt der Edelmetallbeschaffung beträchtliche Mengen vorhanden sind, einzelne Geräte von höchstem Kunst- oder Geschichtswert ausgenommen. Das 19. Jahrhundert hat aber wenig

# Volkswirtschaft

## und kaufmännische Interessen.

## Das Friedensanbot und die Börsen.

Unter dem Eindruck des Friedensanbots des Vierbundes trat an allen auswärtigen Börsen gestern eine intensive Verflauung der Kurse ein. In New-York waren bereits am 12. d. bei einem Aktienumsatz von rund 2½ Millionen Stück empfindliche Kursrückgänge eingetreten.

Nachstehend die eingelangten Telegramme über den Verlauf der Börsen im Ausland:

### Budapester Börse.

**Budapest, 13. Dezember. (KB.**

Die heutige Börse eröffnete in Erwartung der Wirkung der Friedensnote auf die westlichen Märkte in reservierter Haltung. Da jedoch die Berliner Börse eine schwache Tendenz bekundete, machte sich auch hier im späteren Verlauf eine schwächere Stimmung geltend, und nur einzelne Werte, namentlich Schiffahrt-, Kohlen- sowie einige Industriewerte, zeigten gegenüber dem Angebot eine stärkere Widerstandskraft. In Bankaktien kam dagegen viel Ware zum Vorschein, wodurch die Kurse fast ausnahmslos stärker gedrückt wurden. Ausgesprochen matt lagen Munitionswerte, wie Klothilde-, Ungar. Waffen- und Liptak-Aktien, die ebenfalls erheblichere Einbußen erlitten. Verhältnismäßig gut waren Staatsbahn-, Straßenbahn- und Stadtbahnaktien veranlagt, die nur um einige Kronen im Kurse nachgaben. Ungar. Zuckerindustrieaktien schlossen um ein Geringes höher, Mühlen- und Ziegelwerte lagen geschäftslos. Für fest verzinsliche Anlagewerte erhielt sich ungeschwächtes Interesse. Die Börse schloß in reservierter Haltung.

### Berliner Börse.

**Berlin, 13. Dezember. (KB)**

Das Friedensangebot der Mittelmächte hat an der heutigen Börse eine ähnliche Wirkung wie an der New-Yorker Börse gehabt. Während Rüstungs- und Kriegswerte bei stark herabgesetzten Kursen eine weichende Tendenz zeigten, waren die sogenannten Friedenswerte, von diesen besonders die führenden Schiffahrtaktien, Gegenstand lebhafter Kauflust bei weiter kräftig erhöhten Kursen. Außerdem wurden noch Kali- und Kolonialwerte, Schantung-Aktien und russische Bahnen höher umgesetzt. Montan- und Elektrische Werte erfuhren bei stillem Geschäft nur geringfügige Veränderungen. Von ausländischen Pfund-Renten notierten besonders Japaner wesentlich niedriger. Im Zusammenhang mit der Besserung der deutschen Wechselkurse im Ausland setzten auf dem Anlagemarkt die 3prozentigen Anleihen ihre Besserung fort. Die übrigen heimischen Werte lagen unverändert fest.

### Pariser Börse.

**Paris, 11. Dezember. (KB)**

3prozentige französische Rente 61.10, 5prozentige französische Anleihe 88.05, 4prozentige Spanier 101.20, 5prozentige Russen —.—, 3prozentige Russen 54.—, 4proz. unif. Türken 58.—, Banque de Paris 1020.—, Crédit Lyonnais 1148.—, Union Parisienne —.—, Métropolitain 389.—, Nord d'Espagne 430.—, Saragossa 425.—, Suezkanal 4100.—, Thomson Houston 700.—, Raff. Fay 432.—, Caoutchouc 129.—, Malacca Rubber 121.—, Baku Naphtha 1630.—, Briansker 439.—, Lianosoff 825.—, Maltzeff 655.—, Le Naphthe 884.—, Toula 1341.—, Rio Tinto 1775.—, Cape Copper 126.—, Chine Copper 410.—, Utah Copper 719.—, Tharsis 149.—, Debeers 343.—, Goldfields —.—, Lena Goldfields —.—, Tanganhika —.—, Randmines 99.—.

### Londoner Börse.

**London, 12. Dezember. (KB**

Die Stimmung an der heutigen Börse war eine gedrückte. Heimische Staatspapiere, von denen die 4½prozentige Kriegsanleihe 95⅛, die 3½prozentige 83¼ notierte, und Amerikaner schwach, die fremden Staatsrenten, von denen die neue französische Kriegsanleihe zu 79½, die brasilianische Fundinganleihe zu 75 gehandelt wurde, unregelmäßig. Südafrikaner träge, die britischen Bahnwerte lustlos, Schiffahrtaktien flau. Behauptet blieben die argentinischen Bahnwerte, Gummiaktien (Rohgummi 3/3½ sh.) und Oelwerte. Shells 102/6, Koninglikes 44. Geld war nach wie vor flüssig: Taggeld 4½ Prozent, Wochengeld 5 Prozent; Diskonte ruhig: Zweimonatswechsel 5⅜ Prozent, Dreimonatswechsel 5⁷/₁₆ Prozent. Der Handel an der Metallbörse wurde eingestellt.

2½prozentige englische Konsols 54.—, 5prozentige Argentinier 94.37, 4prozentige Brasilianer 47.—, 4prozentige Japaner 71.25, 3proz. Portugiesen 54.—, 5prozentige Russen 1906 79.62, 4½prozentige Russen 1909 —.—, Baltimore —.—, Canada Pac. 173.25, Erie 38.25, National Rw. of Mex. —.—, Pennsylvania —.—, South. Pac. —.—, Union Pac. 152.—, Steel 137.25, Anac. Copper (neue Aktien) 19.17/6, Rio Tinto 63.2/6 Pfd. St., Chartered 11/1 sh., Debeers 13.3/9 Pfd. St., Goldfields 1.10/— Pfd. St., Randminen 3.11/3 Pfd. St.

Privatdiskont 5¹⁷/₃₂ Prozent, Silber (pro Standard-Unze) 35⅜ d.

### New-Yorker Börse.

**New-York, 12. Dezember. (KB)**

Die rückläufige Kursbewegung, die im gestrigen Börsenverkehr hervorgetreten war, fand heute eine kräftige Fortsetzung. Auf allen Umsatzgebieten kam es im Zusammenhang mit dem Friedensangebot des Vierbundes zu außergewöhnlich großen Liquidationen, die sich naturgemäß in erster Linie auf Kriegswerte erstreckten. Letztere sowie Steels verloren 4 Dollar, Kupferaktien 2 bis 5 Dollar. Aehnliche Verluste wiesen auch die Anteile der Ausrüstungsgesellschaften, Schiffahrt-, Zucker- und Gummiwerte auf, dagegen waren Eisenbahnaktien widerstandsfähiger. Immerhin waren auch deren Kursrückgänge nicht unbedeutend. Um die Mittagsstunde griff eine Erholung Platz, die teilweise Kurshesserungen von 1 bis 2 Dollar [illegible]

Neue Freie Presse
17./XII. 1916


# Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Ausländische Wertpapiere im österreichischen Kapitalsbesitz.

Wien, 16. Dezember.

Eine Verordnung des Finanzministeriums regelt eine Erhebung über den Besitz des heimischen Kapitals an ausländischen Wertpapieren, um diese den Zwecken der Währung dienstbar zu machen. Die österreichischen Banken und Kreditinstitute, die Kriegsdarlehenskasse und alle Kaufleute haben die in offenen Depots oder als Pfand bei ihnen erliegenden auswärtigen Papiere und ebenso die für Kunden an Stellen des Auslandes in Verwahrung übergebenen Werte dieser Art der Notenbank bis Mitte Januar anzumelden. Ebenso hat jeder private Vermögensbesitzer die gesamten eigenen, nicht von einer Bank verwalteten ausländischen Effekten sowie auch die von ihm verwahrten Wertpapiere feindlicher Untertanen mitzuteilen, und nur die fremden Lose sind von der Angabepflicht befreit. Das Geheimnis der Bankfaches wird nicht angetastet, die Banken haben keine Verpflichtung und kein Recht, die Schrankfächer ihrer Kunden zu öffnen und vom Inhalt der Behörde Kenntnis zu geben. Auch dieser verschlossene Besitz kann aber der öffentlichen Aufsicht nicht entgehen, da er vom Eigentümer selbst angezeigt werden muß und die Nichteinhaltung dieser Vorschrift mit harten Strafen bedroht ist. Der weitaus überwiegende Teil des Wertpapiervermögens wird von Banken verwaltet und wird von diesen bekanntgegeben werden. Der Zeitpunkt für die Erhebung ist richtig gewählt, weil er mit dem Jahresende zusammenfällt. Zum 31. Dezember schließen die Banken ihre Bücher ab und schreiben den Kunden nebst den Kontokorrentauszügen die Verzeichnisse der für ihre Rechnung verwalteten Wertpapiere aus; sie werden diesmal bei der Aufstellung die Bestände an ausländischen Papieren ausscheiden und eine abgesonderte Aufstellung der Oesterreichisch-ungarischen Bank übermitteln. Vom Tage der Kundmachung ist jede Verfügung der Besitzer über die ausländischen Wertpapiere unter die öffentliche Kontrolle gestellt. Neue Anlagen dieser Art zu machen war bereits seit geraumer Zeit praktisch unmöglich, das verhinderte der hohe Preisstand der auswärtigen Zahlungsmittel sowie die Schwierigkeit, ausreichende Valuten für solche Zwecke zu beschaffen. Auch die Geltendmachung von Bezugsrechten aus Kapitalsvermehrungen ausländischer Gesellschaften unterlag den gleichen Behinderungen. In Hinkunft wird die Veräußerung auswärtiger Papiere heimischer Besitzer nicht erschwert, im Gegenteile begünstigt werden, ein Tausch gegen anderen solchen Besitz wird aber nicht durchgeführt werden können, denn die aus der Realisierung einfließenden Zahlungsmittel werden der Oesterreichisch-ungarischen Bank zur Verfügung gestellt werden müssen, der auch der Verkauf und die Versendung nach dem Auslande bekanntzugeben ist. Binnen wenigen Wochen wird der gesamte Besitz des österreichischen Kapitals, die volle Höhe der im Inlande und bei den auswärtigen Geschäftsverbindungen erliegenden, Oesterreichern gehörenden ausländischen Wertpapiere bekannt sein und der Verwertung für öffentliche Zwecke unterstellt bleiben.

Aehnliche Verfügungen sind auch bereits in den meisten fremden, in den Krieg verwickelten Staaten getroffen worden. Die Verordnung des Finanzministeriums ist einer Anordnung nachgebildet, die in Deutschland gegen Ende August erlassen wurde und jetzt in der Durchführung steht. Der Besitz des deutschen Kapitals an ausländischen Wertpapieren war stets sehr bedeutend und mußte so sein; der deutsche Handel umspannte vor dem Kriege die ganze Welt, die deutsche Industrie lieferte nach allen fünf Erdteilen, und solche Bestellungen mußten stets mit der Kapitalsbeschaffung, der Uebernahme der hiefür notwendigen Anleihen oder Obligationen verbunden sein. Verläßliche Berechnungen schätzten die gesamte Kapitalsanlage Deutschlands im Ausland vor dem Kriege mit 25 Milliarden Mark, während die Beteiligung dieser Art für das französische Kapital mit 50, für das englische Kapital mit 70 bis 80 Milliarden Mark angenommen worden war. Der größte Stock auswärtiger Papiere im deutschen Besitz sind amerikanische Werte, Aktien von Bahnen und Industriegesellschaften, vorwiegend aber festverzinsliche Bonds, die wegen ihrer hohen Verzinsung für Anlagezwecke gekauft wurden. Soweit diese Papiere nicht effektiv nach Deutschland eingeführt wurden, erliegen sie zum überwiegenden Teile nicht in London, sondern in Newyork, und bleiben so während des Krieges von dem gewalttätigen Zugriff der englischen Regierung verschont. An den deutschen Börsen selbst waren vor dem Kriege Bonds und Aktien der Pennsylvaniabahn, der Canada-Pacificbahn und andere Werte dieser Art notiert. Von amerikanischen Industrieaktien bildeten die Titres des Stahltrusts, der General Electric, der Union-, Southern- und Northern-Pacificbahn den Gegenstand vorwiegend spekulativen Zwecken dienender, zuweilen bedeutender Umsätze. Das deutsche Kapital hat in großen Beträgen österreichische und ungarische Renten, Pfandbriefe, Prioritäten und Aktien, dann türkische, rumänische und serbische Anleihen übernommen; sein Besitz an Mexikanern, Argentinern, Bonds von Chile und Venezuela, chinesischen und japanischen Papieren ist seit jeher beträchtlich gewesen, das größte Kapitalsinteresse besteht seit vielen Jahrzehnten an russischen Werten. Schon im Kriege wurden davon gewaltige Posten abgestoßen, die auf mehr als zwei Milliarden geschätzt werden. Die Aufnahme der Bestände wird als vorbereitender Schritt aufgefaßt, dem vielleicht ein ähnlicher Vorgang wie in England und Frankreich folgen soll. Dort wurde es den Besitzern gegen Gewährung ausgiebiger Prämien nahegelegt, ihre Papiere der Regierung zu überweisen, die Effektendepots feindlicher Untertanen wurden aber mit Beschlag belegt und zwangsweise liquidiert. In der City wurde angenommen, daß etwa eine Milliarde Dollars amerikanischer Wertpapiere nach den Vereinigten Staaten verkauft wurden, während sich die Abgabe aus französischem Besitz in weit engeren Grenzen hielt. Den deutschen Kapitalisten wird ein Zwang nicht auferlegt werden, ihre patriotische Bereitwilligkeit wird aber, wenn dies das öffentliche Interesse fordert, nicht zögern, solche Papiere dem Reiche zur Verfügung zu stellen und gegen heimische Werte zu tauschen. Jedenfalls besitzt aber Deutschland an diesen auswärtigen Effekten noch viele Milliarden, um die durch den Krieg gerissenen Lücken seiner Zahlungsbilanz zu füllen und die Währung zu stützen.

Die Höhe des österreichischen Besitzes an ausländischen Werten hält sich naturgemäß in weit bescheideneren Grenzen. In den vom Finanzministerium im Jahre 1903 veröffentlichten, außerordentlich verdienstvollen Tabellen zur Währungsstatistik wurden die im Inlande erliegenden, der Abstempelung unterzogenen ausländischen Wertpapiere mit 600 Millionen Kronen angenommen, wovon 250 Millionen fremde Prämienanleihen, vornehmlich Türken- und Serbenlose, waren. Weit größer dürfte aber jener Besitz sein, der nicht nach Oesterreich eingewandert ist, sondern zu Zwecken der Kostenersparnis bei auswärtigen Verbindungen belassen wurde. Hier spielen deutsche Industrie- und auch einzelne Bankwerte die erste Rolle. Rheinische und schlesische Kohlenpapiere, manche Eisenhütten- und chemische Aktien sind in großen Posten vom heimischen Kapital erworben worden, die Montangruppe hält alle Gottesberger Aktien, die Firma J. Petschek in Aussig hat einen bedeutenden Besitz von Hohenlohe-Aktien und Anteilen sächsischer Kohlenwerke, die Prager Brüder Petschek haben im Kriege die Mehrheit der Aktien der Werschen-Weißenfelser Kohlenzechen an sich gezogen. Ehedem hatte das österreichische Kapital, namentlich der Triester Platz, große Pakete italienischer Rente, die aber mittlerweile zusammengeschmolzen sind. Während der letzten Jahrzehnte sind Balkanwerte aller Art, die Aktien der Orientbahnen, Renten- und Städteanleihen Bulgariens, für czechische Kreise auch russische Werte erworben worden. Im Zusammenhange mit den Kanonenbestellungen wurden von der Skoda-Gruppe chinesische Bonds übernommen. Das heimische Kapital hat sich seit etwa zehn Jahren mit größeren Summen in amerikanischen Werten engagiert. Soweit diese bei Londoner Bankniederlassungen lagen, wurden sie zwangsweise liquidiert; eine Wiener Bank, die von jeher rege direkte Geschäftsverbindungen mit Newyork unterhielt und direkt mit dem dortigen Platze arbeitete, hat die Effekten ihrer Kunden in Amerika belassen und ihnen auch während des Krieges eine beschränkte Verfügungsmöglichkeit erhalten. Die Bestände an italienischen Werten wurden vor dem Ausbruche des Krieges aus den Kellern der dortigen Banken in die Schweiz gebracht. Die auswärts liegenden, dem österreichischen Kapital gehörigen Wertpapiere dürften jedenfalls trotz der Londoner Liquidierung noch erhebliche Summen ausmachen, und als Ergebnis der Erhebung dürfte wohl auch beim österreichischen Kapital ein Milliardenbesitz an ausländischen Wertpapieren zutage treten.

Die Aktion, die mit der Verordnung des Finanzministeriums eingeleitet wurde, will keine gewaltsame Verschiebung des Besitzes einleiten. Zwangsmaßregeln werden überhaupt nicht getroffen und sollen natürlich gegen das heimische, befreundete und neutrale Kapital auch in Zukunft nicht angewendet werden. Was jetzt geschieht, ist eine Erhebung über den Besitz; für Steuerzwecke darf sie in keiner Weise benützt werden. Die Banken geben den Namen der Kontoinhaber nicht bekannt, sondern teilen bloß die Kategorien und Beträge der bei ihnen erliegenden Papiere mit. Der private Besitzer kann seine Person dadurch aus dem Spiele bringen, daß er seine Papiere bei einer Bank hinterlegt. Die Eigentümer sind nach wie vor in keiner Weise gehindert, ihre ausländischen Papiere auch weiterhin unveräußert zu lassen, sie können sie im eigenen Depot, bei heimischen Banken oder bei Stellen im Auslande nach ihrer Wahl verwahren. Eine Beschränkung tritt lediglich in der Richtung ein, daß die Eigentümer über den Erlös aus einem eventuellen Verkaufe nicht frei verfügen, die eingeflossenen Valuten auch nicht behalten oder für anderweitige Zwecke verwenden dürfen, sondern sie der Devisenzentrale abliefern müssen. Das Ergebnis der Erhebung wird dafür entscheidend sein, ob weitere Schritte ergriffen werden sollen. Sie können nur auf der Bahn der Freiwilligkeit liegen, für sie dürfte das Vorgehen Deutschlands richtunggebend werden, namentlich die Frage, ob das zu erzielende Resultat die Aufwendung eines Apparats der Prämiengewährung und öffentlichen Aufbietung lohnen kann. Wir sind nicht in der gleichen Lage wie Deutschland, unser Vermögen in ausländischen Werten erreicht nur einen Bruchteil seiner gewaltigen Kapitalsanlage, aber auch unsere auswärtigen Verpflichtungen sind mit wesentlich bescheideneren Summen zu begleichen. Für die Besserung der Zahlungsbilanz und die Herstellung der Währung werden naturgemäß in erster Reihe der Verkauf österreichischer Werte im Ausland, später auch der Abschluß auswärtiger Anleihen entscheidend sein; in schwierigen Zeiten wie der jetzigen kann aber auch unser heimischer Bestand an fremden Werten eine willkommene Reserve bilden.

Fremdenblatt Abendt 20/XII. 1916

# Die Kapitalsvermehrung der Unionbank.

(Außerordentliche Generalversammlung vom 20. Dezember.)

Heute vormittags hat die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Unionbank stattgefunden, auf deren Tagesordnung die Anträge der Verwaltung auf Erhöhung des gesellschaftlichen Aktienkapitals standen. Den Vorsitz in der Generalversammlung führte der Präsident des Verwaltungsrates Herr Eugen v. Minkus.

Es waren 46 Aktionäre erschienen, welche 14.686 Aktien mit 716 Stimmen repräsentierten. Als landesfürstlicher Kommissär war Ministerialrat Doktor Josef Künstler erschienen.

Direktor Alois Weishut brachte nach Erledigung der Formalitäten den nachstehenden Bericht des Verwaltungsrates zur Verlesung.

### Die Gründe der Kapitalsvermehrung.

Wir hielten es geboten, die geehrten Aktionäre unseres Instituts zu einer außerordentlichen Generalversammlung einzuberufen, weil wir den Zeitpunkt für gekommen erachten, die in der Generalversammlung vom 28. März 1912 bereits angekündigte Vermehrung des Gesellschaftskapitals nunmehr ins Werk zu setzen. Die Unionbank hat, mit anderen Wiener Instituten Schritt haltend, während des letzten Jahrzehntes dreimal das Aktienkapital erhöht, und zwar im Jahre 1905 von 32 auf 50 Millionen Kronen, im Jahre 1908 auf 60 und im Jahre 1911 auf 70 Millionen Kronen. Die Voraussetzungen, die wir an diese Kapitalsvermehrungen knüpften, sind vollauf zugetroffen; der Umfang der Geschäfte hat eine wesentliche Steigerung erfahren, die es ermöglichte, auch für das größere Betriebskapital gleich nutzbringende Verwertung zu erzielen. Die Erweiterung unseres laufenden Bankgeschäftes, die sich in einer starken Zunahme der Klientel und der Umsätze kundgab, ging Hand in Hand einerseits mit der Steigerung der Kreditansprüche, die an uns gerichtet wurden, anderseits mit der Vermehrung der Barmittel, die uns zuflossen. Die vorgenommene Kapitalserhöhung war zweckmäßig, weil dem neuen Kapital fruchtreiche Arbeit verbürgt erschien; sie war notwendig, weil sie das eigene Kapital in ein richtiges Verhältnis zu den fremden Geldern zu bringen hatte. In dieselbe Zeit fällt die stetige Ausdehnung der Großindustrie und die wachsende Verknüpfung unseres Instituts mit hervorragenden Unternehmungen, welchen wir mit neuem Kapital gewinnbringenden Betrieb zu sichern vermochten.

Einige Ziffern aus den Bilanzen unseres Instituts mögen die Ausbreitung unserer Tätigkeit sowie den Aufstieg der Erträgnisse beleuchten. Am Ende des Jahres 1904 betrug das Aktienkapital der Unionbank 32 Millionen Kronen, die Summe der Konti, welche die fremden Gelder umfassen, 155 Millionen Kronen und das gesamte Verwaltungskapital, das in den verschiedenen Geschäftszweigen und Anlagen arbeitete, 197 Millionen Kronen. Am Ende des Jahres 1915 verzeichneten wir bei einem Aktienkapital von 70 Millionen Kronen in den Rubriken für die fremden Gelder 341 Millionen Kronen, sohin mehr als das Doppelte des Jahres 1905, im Abschluß aller Aktiven den Betrag von 516 Millionen Kronen, daher nahezu das Dreifache dieses Jahres. Die Bruttogewinne der Bank sind im selben Zeitraume von 4,9 auf 11,4 Millionen Kronen, die ausgewiesenen Reserven von 8,2 auf 20 Millionen Kronen gestiegen.

Als wir der ordentlichen Generalversammlung des Jahres 1912 über die im vorhergegangenen Jahre durchgeführte Kapitalserhöhung von 60 auf 70 Millionen Kronen Bericht erstatteten, haben wir der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die stetige Erweiterung des Geschäftsumfanges unserer Bank die Notwendigkeit einer weiteren Vermehrung unserer eigenen Geldmittel in absehbarer Zeit voraussetzen lasse; die Generalversammlung hat auch, dieser Auffassung beipflichtend, zugestimmt, den § 7 unserer Statuten in der Weise abzuändern, daß uns ermöglicht werde, das Aktienkapital der Unionbank auf Grund eines der staatlichen Genehmigung nicht mehr unterliegenden Beschlusses der Generalversammlung auf einmal oder sukzessive um 30 Millionen Kronen, somit auf 100 Millionen Kronen zu erhöhen. Diese Statutenänderung hat die Genehmigung der hohen Regierung erhalten und steht in Rechtskraft.

Das laufende Geschäft unseres Instituts hat seither einen weiteren beträchtlichen Aufschwung genommen, welchen die Bilanz des Jahres 1916, deren Abschluß wir entgegengehen, Ihnen in den Details erläutern wird.

Ein besonderer Beweggrund, der eine Reihe von Banken zur Kapitalsvermehrung geführt hat und auch für uns bestimmend sein muß, entspringt den außergewöhnlichen Geldverhältnissen, die sich in der Kriegswirtschaft herausgebildet haben. Beträchtliche Ueberschüsse suchten die bankmäßige Verwertung. Aus dem oft schwer zu befriedigenden Kreditnehmer ist ein imposanter Kreditgeber geworden. Ein wesentlicher Teil der Gelder, die in die Bankkassen geströmt waren, stand den Kriegsanleihen zur Verfügung. Die Banken waren die Vermittler und erwiesen sich als kräftige Helfer der Finanzverwaltung. Die ganze Bewegung kommt in den Bankbilanzen der Kriegsjahre zum Ausdruck; die hochgewachsenen Konti der fremden Gelder tragen das Gepräge der Kriegswirtschaft.

### Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Noch dauert der Krieg an; doch schon erscheint es angezeigt, sich auf die Rückkehr des Friedens vorzubereiten, demnach alle tunlichen Vorkehrungen zu treffen, damit der Uebergang aus der Kriegswirtschaft zur friedlichen Arbeit sich möglichst glatt vollziehe. Es ist zu erwarten, daß die Industrie und die Kaufmannschaft einen namhaften Teil der Guthaben, die, wie erwähnt, jetzt unter den fremden Geldern der Banken eine hervorragende Rolle spielen, allmählich zurückziehen werden, um die ursprüngliche Betätigung wieder aufnehmen und ausgestalten zu können. Der Staat, die Landesverwaltungen und die Städte, die jetzt schon nahezu drei Jahre hindurch jedwede Investition unterlassen mußten, werden sich der Notwendigkeit nicht entziehen können, das Versäumte nachzuholen. Insbesondere aber darf nicht unerwähnt bleiben, daß alle auf die monetäre Regelung nach dem Kriege abzielenden staatlichen Maßnahmen in erster Linie die Einschränkung der Umlaufsmittel zur Voraussetzung haben müssen. Die Banken werden einerseits weit geringere Bestände an fremden Geldern besitzen, anderseits wesentlich erhöhten Kreditansprüchen gegenüberstehen. Nicht nur das eigene Erwerbsinteresse also, sondern auch die Rücksicht auf den Dienst, der den Geldinstituten in der Volkswirtschaft obliegt legen ihnen die Pflicht auf, für die gedeihliche Arbeit der friedlichen Zukunft Vorsorge zu treffen. Eine solche Vorsorge ist die Vermehrung des Aktienkapitals, die wir Ihnen vorschlagen und die dazu dienen soll, die Kräfte des Instituts zu stärken und dessen Bedeutung zu heben.

Die allgemeine Marktlage und die Wertung der Aktien unserer Bank liefern die Bürgschaft für die erfolgreiche Durchführung der Operationen, welche wir in der Weise bewerkstelligen wollen, daß wir zunächst lediglich 37.500 Aktien im Nominalbetrage von 15 Millionen Kronen mit Dividendenberechtigung pro 1917 emittieren, hievon 35.000 Stück unseren Aktionären zum Bezuge anbieten und die restlichen 2500 Aktien dem für die Sicherung des Bezuges zu bildenden Syndikate überweisen. Eine weitere Emission unserer Aktien innerhalb der von Ihnen auf Grund unserer Anträge gezogenen Grenze werden wir in einem späteren Zeitpunkte und, wie Sie überzeugt sein können, unter fürsorglichster Bedachtnahme auf die Lage des Geldmarktes und die spezielle Marktlage unserer Aktien vollziehen.

### Die Anträge.

Die Anträge, die wir Ihnen hiernach zu stellen die Ehre haben, lauten:

Die Generalversammlung wolle beschließen:

Antrag I.

a) Das Gesellschaftskapital wird durch Ausgabe von 75.000 Stück neuen, auf den Ueberbringer lautenden, bar und voll eingezahlten Aktien a 400 Kronen um 30 Millionen, demnach auf 100 Millionen Kronen erhöht.

b) Der Verwaltungsrat wird ermächtigt, im eigenen Wirkungskreise diese neuen Aktien im ganzen oder in Teilbeträgen zu begeben, die näheren Modalitäten der Begebung und insbesonder den Begebungskurs, jedoch mit der Beschränkung, daß die Aktien nicht unter Pari ausgegeben werden dürfen, ferner den jeweiligen Zeitpunkt der Begebung und jenen der Teilnahme der neuen Aktien an den Geschäftsergebnissen festzusetzen und überhaupt alle Maßnahmen zu treffen, welche zur Durchführung der Kapitalsvermehrung erforderlich sind oder von den kompetenten Behörden diesbezüglich gefordert werden.

Antrag II.

Die Generalversammlung ermächtigt den Verwaltungsrat, im eigenen Wirkungskreise die anläßlich der beschlossenen Kapitalserhöhung nötig werdenden oder sonst von den kompetenten Behörden gewünschten Statutenänderungen mit denselben zu vereinbaren und durchzuführen.

Wir haben Ihnen die tiefbetrübende Mitteilung von dem am 24. Oktober d. J. erfolgten Ableben unseres Verwaltungsrates Herrn Wilhelm Hirsch zu erstatten, dem Sie in Ihrer Versammlung im April d. J. neuerlich das Mandat als Verwaltungsrat der Unionbank übertragen haben. Der Dahingeschiedene, dessen hervorragende Verdienste um unser Institut wir pietätvoll mit innigggefühltem Danke anerkennen, war uns ein durch fachmännisches Wissen, durch seltenen Arbeitseifer und allseitig anerkannte Charaktereigenschaften hochgeschätzter Kollege, dessen Andenken im Kreise der Unionbank fortleben wird.

Nachdem der Vorsitzende auf mehrere Bemerkungen des Aktionärs Dr. v. Hofmannsthal eingehend geantwortet hatte (es handelte sich um die Frage des Bezugsrechtes der Aktionäre und um die näheren Modalitäten der Emission, sowie über die Bildung eines Garantiesyndikates für die neu zu emittierenden Aktien), erfolgte die Abstimmung über die Anträge der Verwaltung, die sämtlich einstimmig angenommen wurden.

Die Generalversammlung wurde sodann geschlossen.

Neue Freie Presse 22./XII. 1916 477

# Kapitalsvermehrung der Pester Ungarischen Kommerzialbank.

Budapest, 21. Dezember.

Heute fand unter dem Vorsitze des Präsidenten Geheimen Rates Magnatenhausmitgliedes Leo Lanczy die außerordentliche Generalversammlung der Pester Ungarischen Kommerzialbank statt, in welcher über die Vermehrung des Aktienkapitals auf 80 Millionen Kronen Nominale Beschluß gefaßt wurde. Der Bericht des Direktionsrates, in welchem die beantragte Kapitalsvermehrung begründet wird, hat folgenden Wortlaut:

Geehrte Generalversammlung! Nahezu fünf Jahre sind seit dem Zeitpunkte verflossen, wo wir zuletzt, und zwar in der Generalversammlung vom 17. Februar 1912, die Kapitalserhöhung unseres Instituts durch Ausgabe von neuen Aktien beantragt hatten. Die Entwicklung der Dinge im Verlaufe dieser Periode, in welche die großen Ereignisse des Weltkrieges und die damit zusammenhängenden tiefgehenden Umwälzungen wirtschaftlicher und finanzieller Natur fallen, hat uns nun zu der Ueberzeugung gebracht, daß wir jetzt an eine weitere beträchtliche Steigerung unserer Kapitalskraft schreiten müssen. Wir können den Traditionen unseres Instituts, welchen wir die nunmehr auf ein dreiviertel Jahrhundert sich erstreckende Entwicklung verdanken können, nur so gerecht werden, wenn wir treu den Grundprinzipien unserer Bank nach wie vor bestrebt sind, die Mobilität des Instituts zu wahren und die eigenen Mittel mit

| | Aktienkapital und Reservefonds der Bank | Gesamtumsatz | Titresumsatz | Eskomptierte Wechsel | Wechselportefeuille | Einlagen u. Kreditoren | Debitoren und Vorschüsse gegen Effekten |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Millionen Kronen am 31. Dezember | | | | | | |
| 1881 | 5·058 | 978 | 20 | 41·3 | 9·6 | 11·8 | 8·52 |
| 1888 | 11·2 | 2.137 | 39·4 | 149·3 | 21·2 | 32·9 | 25·2 |
| 1892 | 20·6 | 5.236 | 84·2 | 161·9 | 27·6 | 77·6 | 45·7 |
| 1894 | 28·08 | 7.418 | 133·2 | 190·2 | 40·4 | 88·3 | 56·3 |
| 1897 | 40·14 | 7.568 | 202·7 | 202·2 | 48·8 | 106·2 | 60·5 |
| 1904 | 57·2 | 10.300 | 336·7 | 255·7 | 68·9 | 157·9 | 92·2 |
| 1906 | 72 | 12.527 | 372·4 | 278·4 | 82·3 | 223·9 | 124·4 |
| 1910 | 109·6 | 16.852 | 487·5 | 377·2 | 107·8 | 311·4 | 211·7 |
| 1911 | 118·6 | 19.482 | 557·8 | 405 | 113·7 | 368·2 | 242·2 |
| 1916 31. Oktober | 168·5 | 30.150 | 600·2 | 144·3 | 68·6 | 1150 | 1151 |

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht, in welcher Weise die Kapitalserhöhungen einerseits die Ertragsfähigkeit unseres Instituts gefestigt und gesteigert, anderseits auf die Gestaltung des Aktienkurses eingewirkt haben.

| | Aktienkapital der Bank im Jahre der Kapitalserhöhung | Reserven | Reingewinn in Kronen | Reingewinn in Prozenten | Zinsenerträgnis | Provisionen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1881 | 5 | 0·058 | 492.408 | 9·848 | 0·53 | 0·02 |
| 1888 | 10 | 1·21 | 1,913.338 | 19·13 | 1·12 | 0·34 |
| 1892 | 16 | 4·59 | 3,450.748 | 17·25 | 2·04 | 0·47 |
| 1894 | 20 | 8·08 | 3,802.460 | 19·01 | 2·41 | 0·56 |
| 1897 | 25 | 15·14 | 5,046·814 | 20·187 | 3·35 | 0·81 |
| 1904 | 30 | 27·02 | 6,209.774 | 20·70 | 4·36 | 0·93 |
| 1906 | 35 | 37 | 7.826·882 | 22·36 | 5·77 | 0·99 |
| 1910 | 42 | 67·6 | 10,052.691 | 23·93 | 7·54 | 1·112 |
| 1911 | 50 | 68·6 | 12,109.424 | 24·22 | 9·51 | 1·208 |
| 1916 | | | | | | |

nommenen neuen Aktien freihändig, aber nicht unter dem für die Aktionäre festzustellenden Emissionskurse verkaufen zu können.

2. Von dem bei der Placierung der von der letzten Kapitalserhöhung herrührenden 2500 und der jetzt zur Ausgabe gelangenden 15.000 Aktien erzielten, beziehungsweise zu erzielenden Aufgelde werden 40 Millionen Kronen dem ordentlichen Reservefonds zuzuführen sein, wodurch sich dieser auf 80 Millionen Kronen erhöhen wird.

Der sodann verbleibende Betrag wird nach Abzug der mit der Aktienausgabe verbundenen Spesen dem außerordentlichen Reservefonds zuzuführen sein.

Demgemäß ersuchen wir, die §§ 5, 6 und 60 abzuändern.

Bei dieser Gelegenheit und insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Leitung der Bank stets von dem Bestreben geleitet wurde, den Angestellten des Instituts ein entsprechendes Einkommen zu sichern, welchem Gesichtspunkte wir heute inmitten der besonders schwierigen, teuren Lebensverhältnisse in erhöhtem Maße Rechnung tragen müssen: gestatten wir uns, der geehrten Generalversammlung auf Grund eines aus eigener Initiative einstimmig erbrachten Beschlusses der Direktion den Antrag zu unterbreiten, es möge die vom Reingewinne mit 6 Prozent fixierte Tantieme der Direktion auf 5 Prozent herabgesetzt und die zu Remunerationszwecken für die Beamten dienende Tantiemebeteiligung um dieses eine Prozent, also von 3 Prozent auf 4 Prozent des Reinerträgnisses, erhöht werden. Diese Erhöhung tritt mit dem Geschäftsjahre 1917 in Kraft.

Dementsprechend erlauben wir uns, die folgenden Statutenabänderungen vorzuschlagen:

Zufolge der unter Punkt 1. und 2. fallenden Beschlüsse wird § 5 der Statuten folgendermaßen modifiziert:

„§ 5. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt achtzig Millionen Kronen, zerlegt in 80.000 (achtzigtausend) Stück volleingezahlte, über je 1000 K. Nennwert lautende Aktien."

Der dritte Absatz des § 6 ändert sich wie folgt:

„Der auf diese Weise erzielte, den Nennwert der Aktien und die mit der Aktienemission verbundenen Kosten übersteigende Ueberschuß ist zur Vermehrung der Reservefonds der Gesellschaft zu verwenden."

§ 60 ändert sich wie folgt:

„§ 60. Von dem nach Abzug der 5prozentigen Zinsen des Aktienkapitals sich ergebenden Gewinne werden: 5 Prozent zur Dotierung des ordentlichen Reservefonds verwendet; als Tantieme gebühren: 5 Prozent den Mitgliedern der Gesamtdirektion; 1 Prozent den Mitgliedern des Exekutivkomitees (§ 49) und 5 Prozent den geschäftsführenden Direktoren (§ 48). Es steht der Generalversammlung jedoch frei, den Reservefonds auch eine größere Quote des Gewinnes zuzuführen. Die festgesetzte Dotation von 5 Prozent ist dem Reservefonds insolange zuzuschlagen, bis dieser den Betrag von 80,000.000 (achtzig Millionen) Kronen erreicht. Sollte der auf diese Höhe gebrachte Reservefonds in Anspruch genommen werden, so müssen demselben die obigen 5 Prozent des Jahresgewinnes neuerdings insolange zugeführt werden, bis der Reservefonds wieder auf den vollen Betrag von 80,000.000 (achtzig Millionen) Kronen ergänzt ist. Es werden ferner von dem bilanzmäßig ausgewiesenen Reingewinne, das ist ohne Rücksicht auf die 5prozentige Verzinsung des Aktienkapitals: 2 Prozent dem Pensionsfonds der Beamten und der Diener der Anstalt zugewendet und 4 Prozent dienen als Remuneration für die Beamten, über deren Verteilung die Direktion nach eigenem Ermessen beschließt. Der nach diesen Abzügen verbleibende Reingewinn wird samt den nach dem Aktienkapital sich ergebenden 5prozentigen Zinsen als Dividende gegen Einlieferung der am 1. Mai fälligen Coupons an die Aktionäre verteilt, soferne die Generalversammlung nicht anderweitig verfügt. Diese Art der Aufteilung des Gewinnes tritt von dem Geschäftsjahre 1917 angefangen in Kraft, während hinsichtlich des Erträgnisses des Geschäftsjahres 1916 noch die bisher in Geltung gewesenen Statuten Anwendung finden.

Die Generalversammlung genehmigte alle gestellten Anträge und beschloß die Kapitalsvermehrung.

Neues Wiener Tagblatt
23./XII. 1916
178

# Die Friedensgerüchte und die Börsen.

Das Friedensanbot der Mittelmächte hat in den letzten Tagen an der New-Yorker Börse eine Baissebewegung ausgelöst, die sich namentlich in dem heftigen Kurssturz der Rüstungswerte und der Eisenaktien äußerte. Bethlehem Steel-Aktien sind in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von 700 auf 475 Dollar gefallen; parallel damit sind U. St. Steel-Aktien von zirka 140 auf 101 Dollar gewichen. Die „Friedensbefürchtungen" der New-Yorker Börsenspekulation sind auch in dem panikartigen Rückgange der Aktien zahlreicher andrer Unternehmungen der amerikanischen Kriegsindustrie zum Ausdruck gebracht worden.

Die beabsichtigte Einleitung einer Friedensaktion durch Deutschland hat ferner an der Börse in Tokio eine Panik entfesselt, welche die Vorgänge an der New-Yorker Börse noch weit in den Schatten gestellt hat und die Schließung dieses einzigen großen japanischen Effektenmarktes für mehrere Tage herbeigeführt haben soll. Bekanntlich ist neben Amerika auch Japan der bedeutendste Kriegslieferant der Entente.

Ueber die Wirkung des Friedensschrittes des amerikanischen Präsidenten auf die weitere Haltung des New-Yorker Marktes lag gestern eine telegraphische Meldung aus Berlin vor, wonach die Note Wilsons an der New-Yorker Börse eine neue Baisse hervorgerufen hat. Bedeutende Einbußen erlitten dort neben den Werten der Rüstungsindustrie auch Eisenbahnaktien.

Die Wiener Börse stand gestern in ihrem Eröffnungsstadium unter dem Eindruck des Kurssturzes der Kriegspapiere auf dem New-Yorker Markt und im weiteren Verlauf unter dem der Note Wilsons an die kriegführenden Staaten. Die Wirkung dieser Anregungen war wohl keine durchschlagende und die Haltung eine andauernd ruhige, immerhin aber wurde die Stimmung dadurch insofern beeinflußt, daß die Werte der Kriegsindustrie auch hier in die schwache Richtung gedrängt wurden, indes für die sogenannten Friedenspapiere Nachfrage hervortrat. Zu einer kräftigeren Bewegung kam es aber nicht, da schon die Nähe der Feiertage die Unternehmungslust niederhielt und überdies in Erwartung der heute zu überreichenden Antwort der Entente auf das Friedensanbot der Mittelmächte sich geschäftliche Zurückhaltung von selbst gebot. Neben Rüstungsaktien waren auch Montaneffekten, Petroleum- und Gummifabriksaktien billiger angeboten, wogegen Eisenbahn- und Schiffahrtsaktien sowie einzelne Kohlen-, Maschinenfabriks-, Leder- und Zündwarenaktien zu höheren Preisen, allerdings in kleinen Posten, umgesetzt wurden. Der Anlagemarkt war unverändert fest unter Bevorzugung der staatlichen Fonds und insbesondere der Kriegsanleihen.

**Budapest**, 22. Dezember. Die Budapester Börse eröffnete in schwerfälliger Haltung. Infolge der bevorstehenden Feiertage verhielt sich die Spekulation reserviert. Späterhin überwog Realisierungsbedürfnis, und es kamen tiefere Kurse zum Vorschein. Das Geschäft bewegte sich auch später in engen Grenzen, und die Tendenz blieb bis zum Schluß matt.

An der gestrigen Berliner Börse bildete der Vorschlag des Präsidenten Wilson zur Herbeiführung des Friedens den ausschließlichen Gegenstand der Erörterungen. Wenn man auch zu einer einmütigen Auffassung über die Tragweite dieses Schrittes nicht kam, so überwog doch die Meinung, daß er eine Förderung der Friedensbestrebungen bedeute. Im Einklang mit dieser Ansicht machte sich in den Werten der Kriegsindustrie starkes Angebot geltend, das zu bedeutenden Kursänderungen in diesen Papieren führte, während Schiffahrtsaktien zu erheblich höheren Kursen lebhaft umgesetzt wurden.

**London**, 21. Dezember. Bei unregelmäßiger Gesamthaltung lagen die heimischen Staatspapiere, von denen die 4½prozentige Kriegsanleihe 95¼, die 3½prozentige 85¼ notierte, ruhig, ebenso Kupferwerte, ferner die britischen Bahnwerte, Südafrikaner, von denen Goldfields 29 notierten, sowie Oelwerte ruhig. Von letzteren wurden Shells zu 10,7,6, Koninglikes zu 45 gehandelt. Behauptet blieben die argentinischen Bahnwerte, fremde Staatsrenten, von denen die neue französische Kriegsanleihe auf 80 anzog, und Gummiwerte (Rohaummi 2,11½ Schilling), während Amerikaner schwach lagen. Geld blieb flüssig: Taggeld 4½ Prozent, Wochengeld 5, Prozent; Diskont ruhig: Zweimonatswechsel 5 7/16 Prozent, Dreimonatswechsel 5½ Prozent.

* * *

## Die Vorgänge an der New-Yorker Börse

Aus New-York, den 21. d., wird uns gekabelt: Die aus Washington eingetroffenen Nachrichten über die Friedensbemühungen des Präsidenten Wilson versetzten die Börse in eine fieberhaft erregte Stimmung. Auf allen Umsatzgebieten wurde Ware in außerordentlich großen Posten auf den Markt geworfen, worunter am meisten Industriewerte zu leiden hatten, namentlich die Werte der Rüstungsindustrie. Aber auch Eisenbahnaktien, die vorübergehend fester tendierten, litten später unter dringendem Angebot. Industrieaktien verloren 5 bis 15 Dollar, Eisenbahnwerte bis 6 Dollar. Zeitweise riefen Interventionskäufe eine etwas bessere Stimmung hervor, doch gestaltete sich der Schlußverkehr wieder entschieden flau. Aktienumsatz 3,180,000 Stück.

Der heutige Aktienumsatz ist der größte seit dem Jahre 1901 erreichte. Steels wurden in enormen Mengen angeboten, so ein einziger Posten von 50,000 Stück zum Kurse von 104½ bis 105½. Insgesamt wurden 747,000 Stück Steels umgesetzt. Viele Makler waren entmutigt und kauften die lebhaft fluktuierenden Spezialwerte nur gegen Kassa, andre weigerten sich, weniger als 50 Prozent Unterlage, selbst für Standardpapiere, anzunehmen.

Arbeiterzeitung 23./XII. 1916

179

# Industrielle Kapitalsverwässerungen.

Eine Kapitalstransaktion der Skoda-Werke ist in der Finanzpresse lang und breit und mit jener Verehrung, die diese Presse jedem industriellen Großbetrieb entgegenbringt, besprochen worden. Es handelt sich um eine Erhöhung des Aktienkapitals von 45 auf 72 Millionen Kronen, die mittlerweile in einer am 22. d. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung beschlossen wurde. Während sonst Kapitalserhöhungen nur vorgenommen werden, wenn eine Aktiengesellschaft Geld braucht, hat diese Kapitalserhöhung die Eigentümlichkeit, daß sie keinen Heller neuen Kapitals einbringt und in den Vermögensverhältnissen des Unternehmens nicht die geringste Veränderung erzeugt. Die Kapitalserhöhung erfolgt in der Weise, daß der aus Agiogewinnen entstandene Kapitalsreservefonds der Skoda-Werke herangezogen wird, um das Nominale der Aktien, das derzeit 200 Kronen beträgt, auf 320 Kronen zu erhöhen. Man bezeichnet dies mit einem technischen Ausdruck als Kapitalsaufstempelung. Zur Durchführung dieser Transaktion sind 27 Millionen Kronen notwendig, so daß der ganze Kapitalsreservefonds bis auf einen Rest von 122.971 Kronen aufgebraucht wird.

Die ziemlich gleichlautenden Kommentare der Blätter bemühen sich, diese Operation als eine harmlose Formalität hinzustellen. Wenn es aber eine harmlose Formalität ist, dann drängt sich vor allem die Frage auf, weshalb sie überhaupt und weshalb sie gerade im Kriege durchgeführt wird und weshalb es die Verwaltung gar so eilig hatte, daß sie sie noch knapp vor Jahresschluß durchdrücken mußte. In diesem furchtbaren Ringen auf den Schlachtfeldern, in welchem die modernen Geschütze ihr entsetzliches Zerstörungswerk verrichten, Hunderttausende blühender Menschen hinmähen und Stätten der Kultur in trostlose Wüsteneien verwandeln, schweifen die Gedanken unwillkürlich auch zu jenen mächtigen Betrieben hinüber, die in angespannter Arbeit bei Tag und Nacht ohne Rast und Ruh damit beschäftigt sind, jene höllischen Maschinen zu erzeugen, die den Schrecken dieses Krieges bilden. Und man denkt nicht ohne tiefinnere Beklemmung an den Leiter einer solchen Waffenschmiede, an die Schwere seiner Pflichten, an die Zentnerlast seiner Verantwortung und an die gewaltigen Anforderungen, die an seine Energie und an die Spannkraft seiner Nerven gestellt werden. Hängt doch von dem ungestörten Betrieb auch unser militärischer Erfolg ab. Wie eine schmerzliche Enttäuschung empfinden wir es daher, daß Freiherr v. Skoda, von dem wir glaubten, daß sein ganzes Sinnen und Trachten seinen betriebstechnischen Aufgaben gelte, mitten im Kriege noch Zeit zu finanziellen Spielereien findet, wie es diese Aufstempelung der Aktien ist.

Will man der Finanzpresse, die in diesem Falle die Ansichten der Skoda-Werke wiedergibt, glauben, so verfolgt die Kapitalserhöhung weder direkt noch indirekt materielle oder spekulative Zwecke. Als Hauptgrund wird angegeben, daß der Aktionär aus dem Nennwert der Aktien entnehmen soll, wie viel Kapital er tatsächlich in das Unternehmen eingebracht hat. Die Regierung hat bei den Neuemissionen, die die Skoda-Werke in den letzten Jahren in ziemlich rascher Folge vorgenommen haben, immer darauf gesehen, daß der Emissionskurs möglichst hoch bemessen werde, damit nicht ein wohlfeiles Bezugsrecht spekulative Nebenwirkungen erzeuge. Die Regierung wollte also, daß die Skoda-Werke bei möglichst geringer Erhöhung des Aktienkapitals doch möglichst viel neues Geld erhalten, sie wollte mit anderen Worten, daß durch die Kapitalserhöhung in erster Linie die Reserven des Unternehmens gestärkt werden. Man muß annehmen, daß sie mit dieser Einmengung in die Begebungsmodalitäten auch bestimmte Zwecke verfolgte. Und wenn nun nachträglich die Skoda-Werke das eingezahlte Agio wieder in Aktienkapital umwandeln, dann durchkreuzen sie eben diese Absichten. Die Verwaltung behauptet auch, daß die Kapitalserhöhung aus Rücksichten des Wettbewerbes wünschenswert sei, der nach ihrer Ansicht nach dem Kriege unter den Waffenfabriken aller Länder ausbrechen wird. Man beurteile die Leistungsfähigkeit einer Unternehmung zumeist nach der Höhe des Aktienkapitals, besonders in den romanischen Ländern, und die Skoda-Werke wären bei der Bewerbung um Aufträge im Nachteil, wenn sie ein geringeres Aktienkapital hätten als die Geschützfabriken anderer Länder. Wenn nichts anderes, so müßte dieses Argument beweisen, welche Verlegenheiten es der Verwaltung bereitet, für ihren Finanzplan einen halbwegs glaubwürdigen Vorwand zu finden. Welcher ernste Mensch wird sich einreden lassen, daß es irgendwo in der Welt eine Kriegsverwaltung gibt, die sich bei der Auswahl der Geschütze statt von ihrem militärischen Werte von der Höhe des Aktienkapitals der offerierenden Gesellschaft leiten läßt? Selbst den südamerikanischen Republiken darf man solche Oberflächlichkeit nicht zumuten und die dortigen Militärbehörden werden sich ob der Aeußerungen des Freiherrn v. Skoda wenig geschmeichelt fühlen.

Den wahren Gründen der Kapitalsaufstempelung wird man näherkommen, wenn man über sie das Urteil der Börse einholt. Dort hat schon in den Sommermonaten eine stürmische Kurssteigerung der Skoda-Aktien stattgefunden, weil durch eine vielleicht nicht unbeabsichtigte Indiskretion der Plan der Verwaltung schon früher bekannt geworden war. Die Börse hat ihr eigenes Einmaleins, sie weiß sehr genau, daß zweimal zwei nicht immer vier ist und daß man beruhigt die Aktien einer Gesellschaft kaufen könne, wenn die Verwaltung Gratisaktien ausgibt, das Aktienkapital aufstempelt oder eine ähnliche Manipulation vornimmt, die rechnungsmäßig das gesellschaftliche Vermögen nicht erhöht. Wenn die Skoda-Werke die Aktien aufstempeln, so wollen sie vor allem die Dividende zum Aktiennominale prozentuell in ein günstigeres Verhältnis bringen. 17 Prozent von 320 Kronen sind 54 Kronen 40 Heller, während es bisher nur 34 Kronen waren. Die Dividende kann also um mehr als 30 Kronen erhöht werden, ohne daß der Aktionär mehr als ein Erträgnis von 17 Prozent bezogen hätte. Es mag in der gegenwärtigen Zeit, in der man den Kriegslieferanten scharf auf die Finger sieht, den Skoda-Werken nicht unwillkommen sein, ihre Gewinne geringer erscheinen zu lassen, als sie wirklich sind. Auch das Herabdrücken des Reservefonds unter das statutarische Maximum mag ihnen passen, da sie durch Wiederaufnahme der Dotierung einen Teil des Erträgnisses unauffällig von der Verteilung ausschließen können. Der Hauptvorteil liegt jedoch auf staatsrechtlichem Gebiet, weil sich mit der Herabdrückung des prozentuellen Ertrages auch die Zusatzsteuer ermäßigt, die hochrentierende Aktiengesellschaften zu entrichten haben. Seltsamerweise sucht die Finanzpresse gerade diesen Vorteil und seine Bedeutung zu bagatellisieren. Ob die Dividendenzusatzsteuer viel oder wenig ausmacht, kommt aber erst in zweiter Linie in Betracht. Die Tatsache, daß die Skoda-Werke durch die Kapitalsaufstempelung überhaupt steuerrechtlich besser davonkommen, ist das Entscheidende. Der Fiskus verzichtet ja auch sonst bei niemandem auf seine gesetzlichen Ansprüche und es ist daher nicht einzusehen, weshalb er gerade bei einer reichen Gesellschaft eine Ausnahme dekretieren sollte. Es ist auch durchaus nicht ausgemacht, daß sich der Vorteil, der der Gesellschaft auf Kosten des Fiskus zufallen wird, gar so gering darstellen werde. Mag sie auch bisher keine Konjunkturbilanzen veröffentlicht und scheinbar aus den Geschützlieferungen keine großen Gewinne gezogen haben, so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Gewinne nicht in einer spätern Zeit zum Vorschein kommen werden. Vergeblich wird man der Oeffentlichkeit einreden wollen, daß die ungeheuren Bestellungen der Kriegsverwaltung zur Hebung der Rentabilität der Skoda-Werke nichts beigetragen haben sollten. Ein Massenbetrieb, wie ihn das Unternehmen etablieren konnte, muß die Gestehungskosten sehr stark herabgedrückt und schon aus diesem Titel den Ertrag gewaltig gesteigert haben. Niemand als Freiherr v. Skoda kennt die wirklichen Bilanzen der Skoda-Werke, niemand als er hat einen verläßlichen Einblick in die wahren Erträgnisse, aber niemand hat auch andererseits ein so lebhaftes Interesse, diese Gewinne noch geheimzuhalten. Könnten doch hohe Dividenden ihm möglicherweise die Preise verderben, die die Kriegsverwaltung für seine Erzeugnisse bezahlt. Die Zukunft wird erst die volle Wahrheit an den Tag bringen und dann könnte die Steuerersparnis, die aus der Kapitalsaufstempelung resultiert, vielleicht eine andere Bedeutung gewinnen, als ihr jetzt scheinbar zukommt. Die Börse, die in derlei Dingen klarer urteilt, wird schon wissen, weshalb sie sich gerade bei den Aktien der Skoda-Werke mit einer Rentabilität von drei Prozent begnügt.

Was sich bei den Skoda-Werken ereignet, ist übrigens kein Einzelfall. Aehnliche Transaktionen, wenn auch in anderer Form, haben auch andere Gesellschaften durchgeführt und sie sind in der letzten Zeit immer häufiger geworden. Verfolgen die Kapitalserhöhungen der Banken vor allem den Zweck, den Einfluß des Finanzkapitals zu vermehren, so entspringen die Kapitalserhöhungen der industriellen Gesellschaften, abgesehen von den Agiotageinteressen, die dabei mitspielen, dem Bestreben, die Kriegsgewinne zu verbergen und sie vor dem allzu festen Zugriff der Steuerbehörde zu schützen. Denn was hätte es für einen Sinn, daß sich gerade die Unternehmungen beeilen, das Aktienkapital zu erhöhen, die es am wenigsten nötig haben? Textilfabriken ohne Baumwolle, Gummifabriken ohne Gummi, Zuckerfabriken mit reduziertem Betrieb entdecken plötzlich, daß sie für die Friedensbeschäftigung nicht genügend gerüstet sind. Selbst eine Zementfabrik kündigt eine Kapitalserhöhung an. So oft eine Bank ein neues Papier an die Börse bringt, wird vorher das Aktienkapital erhöht, wie dies bei Gerngroß, Flesch, Gerlach und Moritz, Enzesfeld und Kosmanos der Fall war. Die Banken wissen, daß ihnen die Aktien einer neuen Gründung aus den Händen gerissen werden, und je mehr Aktien sie verkaufen haben, um so höher ihr Gewinn.

Eine besondere Spezies unter den Kapitalserhöhungen sind jene innerhalb von Syndikaten. Die Bodenkreditanstalt hat damit angefangen und die anderen Banken haben das Beispiel nachgeahmt. Unternehmungen, deren Aktien noch nicht das Licht des freien Marktes erblickt haben, die gewissermaßen noch zur Familie der Gründungsbank gehören, werden in Kapitalserhöhungen hineingetrieben, obschon sie keinen Kapitalsbedarf haben. Ist es einer Industriegesellschaft gelungen, dank der Kriegskonjunktur hohe Erträgnisse zu erzielen, dann wird rasch das Kapital vergrößert, um das Erträgnis auf eine größere Zahl von Aktien aufzuteilen. In Amerika bezeichnet man solche Plusmachereien als Kapitalsverwässerungen. Wie man Milch und Wein verfälscht, indem man Wasser dazu gießt, so verdünnt man auch die Erträgnisse der Aktien, indem man das Material vermehrt. Welche Nebenabsichten dabei noch mitspielen und wie sich einzelne Bankfunktionäre bei solchen Geschäften bereichern, das gelangt fast niemals zur Kenntnis der Oeffentlichkeit. Die Kapitalserhöhungen innerhalb von Syndikaten sind die mühelosesten und risikofreiesten Art, auf die sich eine Bank Gewinne verschafft. Fanto beispielsweise hat im letzten Geschäftsjahr 70 Prozent des Aktienkapitals verdient und zwanzig Prozent Dividende ausgeschüttet; aber die neuen Aktien, die geschaffen wurden, sind von dem Syndikat nur mit dem Parikurs eingezahlt worden. Und schon hat diese Gesellschaft eine neue Kapitalserhöhung um acht Millionen Kronen beschlossen, weil die unausgesetzt steigenden Gewinne sie erhoffen lassen, daß sie auch ein noch höheres Kapital werde verzinsen können. Industrielle und Bankfunktionäre haben es leicht, Paläste zu bauen, wenn es in ihrer Macht liegt, mit einem Federstrich ohne die geringste Mühe und Anstrengung die Millionen hervorzuzaubern. Die Steuerbehörde, die neuestens die Bezugsrechte der Besteuerung unterwirft, sollte auch diesen Geschäften mehr Aufmerksamkeit zuwenden, sollte sich insbesondere fragen, ob nicht auch solche Emissionen als Bezugsrechte anzusehen und zu versteuern sind.

Die Staatsverwaltung behauptet, sie sei machtlos gegen diese Auswüchse. Die Gesellschaften, die ihr Kapital erhöhen, seien in der Lage, ältere Ermächtigungen auszunützen, die ihnen unter anderen Verhältnissen erteilt worden seien. Aber wir könnten eine ganze Reihe von Fällen aufzählen und zu diesen gehört auch die Kapitalsaufstempelung der Skoda-Werke, in denen keine alten Ermächtigungen vorlagen und die Zustimmung zu den Kapitalserhöhungen doch erteilt worden ist. Was nützen die Warnungen an die Effektenspekulation, wenn die Handlungen der Behörden mit ihren Worten so wenig im Einklang stehen? Wenn einmal die Geschichte dieses Krieges geschrieben werden wird, dann wird man auch den finanziellen Begleiterscheinungen ein besonderes Kapitel widmen müssen. Neben der zur höchsten Energie gesteigerten Arbeitskraft der Besitzlosen blüht das arbeitslose Einkommen, neben Notstand und Entbehrung macht sich ein häßliches Spekulanten- und Jobbertum breit, für das die Einschränkungen in der Lebenshaltung nicht bestehen. Wohl noch nie zuvor war die Profitgier und die Jagd nach Reichtum so zur höchsten Leidenschaft aufgestachelt wie in diesem Kriege. Jeder möchte von den Milliarden, die der Staat in diesem Ringen um seine Existenz ausgibt, möglichst viel in seinen Taschen auffangen. Auf dem Wege des wirtschaftlichen Kreislaufes wächst der Kriegsprofit ins Unermeßliche. Der Gewinn an Kohle, Eisen, Petroleum, Zucker, Spiritus, Tuch und Baumwollwaren und an allen Artikeln des täglichen Bedarfes setzt sich in Dividenden um, die Dividenden in Agio und das Agio in neue Aktien. Das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt zwar, es sei immer ein gutes Zeichen, wenn Kapitalserhöhungen möglich sind, aber für wen es ein gutes Zeichen ist, das unterläßt das Blatt zu sagen. Sicherlich nicht für die breiten Massen, die sich in die bescheidene Rolle der Konsumenten fügen müssen.

Pester Lloyd Abendbl 23./XII. 1916 121

# Kapitalserhöhung der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank.

Budapest, 28. Dezember.

Unter überaus regem Interesse der Aktionäre hat heute vormittag die außerordentliche Generalversammlung stattgefunden, die von der Direktion der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank zur Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals von 80 auf 120 Millionen einberufen wurde. Die Generalversammlung, die mit einer Trauerkundgebung für den dahingeschiedenen Monarchen und einer Huldigung für den jungen König begann und mit der einhelligen Annahme der Anträge der Direktion endete, nahm folgenden Verlauf:

Präsident Geheimer Rat Graf Anton Cziráky begrüßte die versammelten Aktionäre und stellte fest, daß für die heutige außerordentliche Generalversammlung von 322 Aktionären 92.065 Aktien deponiert wurden und 74 Aktionäre in Vertretung von 88.635 Aktien mit 4761 Stimmen anwesend sind. Der Präsident konstatierte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlußfähigkeit der Generalversammlung, betraute den Direktor Klaudius Sebesta mit der Führung und die Aktionäre Baron Ludwig Lévay und Karl v. Végh mit der Authentizierung des Protokolls.

Vor der Tagesordnung hielt Präsident Graf Cziráky nachstehende Rede:

„Seit unserer jüngsten Generalversammlung hat unser Vaterland ein unendlich schmerzlicher Verlust betroffen. Der unerbittliche Tod hat uns unseren glorreichen König Franz Josef I. entrissen. Die zielstrebige Weisheit seiner Regierung hat ganz Europa ungeteilt anerkannt und die ungarische Nation war seit der Ueberwindung der unsicheren Verhältnisse der Anfangsjahre von dem dankerfüllten Gefühl durchdrungen, daß das höchste Ziel der väterlichen Fürsorge seines Königs die politische Konsolidierung und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bildete. Der beste Beweis hiefür ist der allgemeine, aufrichtige Schmerz und die tiefe Trauer, die jedermann im Lande ob des Hinscheidens unseres glorreichen Königs ohne Ausnahme erfüllen, sowie jene allgemeine Kundgebung der Liebe und Dankbarkeit, die aus Anlaß dieses schweren Schlages nicht nur von allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen, sondern auch von seiten der Privaten ausnahmslos geäußert wurde. Die weit ausblickende, zielstrebige Weisheit der Regierung Franz Josefs I. hat jedoch ihre höchste Feuerprobe in diesem Weltkriege bestanden, in welchem die gesamten Völker Oesterreich-Ungarns mit beispielloser Begeisterung für ihr unverändertes brüderliches Beisammenbleiben, für das Vaterland und den geliebten Herrscher zu den Waffen griffen, den unsere Existenz mit der Vernichtung bedrohenden Feind mit todesverachtender Entschlossenheit und unvergleichlichem Heldenmut angriffen und aller Uebermacht trotzend nunmehr bereits seit dritthalb Jahren siegreich kämpfen. Ein solches Zusammenhalten, ein solcher Heldenmut und ein so siegreicher Kampf können nur die Folge der weisesten Regierung sein.

Unser glorreicher König hat auf die wirtschaftliche Erstarkung und das Aufblühen seiner Länder allezeit besondere Sorgfalt verwendet, und dem ist es zu danken, daß wir den ungeheure Kapitalien erfordernden und unermeßliche Vermögen verheerenden Weltkrieg auch wirtschaftlich ungebrochen durchkämpfen können. Der Fortschritt, der im wirtschaftlichen Leben unseres Vaterlandes, namentlich in den letzten fünf Jahrzehnten wahrnehmbar ist, hat das Land aus seinem früheren primitiven Zustand zu einem vollkommen modernen Staat entwickelt, der aus eigener Kraft Schritt zu halten vermag mit den außerordentlich angewachsenen wirtschaftlichen Forderungen der jetzigen Zeiten. In dieselbe Epoche fällt auch die Gründung und die Tätigkeit unseres Instituts, so daß dessen günstige Entwicklung und Erstarkung gleichfalls den wirtschaftlichen Fortschritt widerspiegelt, den Ungarn während dieser Zeit aufzuweisen hat.

Für all diese segensreichen Früchte der weisen Regierung und der väterlichen Fürsorge Franz Josefs I. schuldet auch unser Institut im Vereine mit dem ganzen Lande seinem unvergeßlichen Andenken nie erlöschenden Dank.

Unser neuer König Se. Majestät Karl IV. hat die Regierung übernommen, und die ungarische Nation nimmt die edlen leitenden Ideen, die sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung schon in seinen bisherigen Verfügungen zum Ausdruck kamen, dankbar auf. Unser junger König steht unmittelbar vor der Krönung und die zwischen ihm und der ungarischen Nation bestehende innige Harmonie kann uns in jeder Hinsicht die Gewähr bieten, daß er die großen leitenden Prinzipien seines großen Vorgängers sich zu eigen gemacht hat und daß er sie zur Kräftigung und im Interesse des Aufblühens seiner Länder geltend machen wird. Mit der ganzen ungarischen Nation blicken auch wir mit heißer Liebe und unverbrüchlicher Anhänglichkeit zu unserem jungen König auf und hoffen zuversichtlich, daß er mit seinem auf dem Schlachtfelde erprobten bewundernswerten Heldenmut und seiner Tatkraft uns in Bälde den Frieden schaffen und nach glorreicher Beendigung des Krieges trotz aller durch ihn verursachten Verheerungen fest und zweckbewußt Ungarns große Zukunft erbauen wird.

Von solchen Hoffnungen beseelt, blicken wir der Regierung unseres neuen Königs, der ferneren Entwicklung unseres Vaterlandes und der künftigen Tätigkeit unseres Instituts entgegen."

Die warmen Worte des Präsidenten wurden von der Versammlung in feierlicher Stille stehend angehört und am Schlusse mit begeisterten Eljenrufen akklamiert.

Zur Tagesordnung übergehend, brachte Direktor Josef Sebesta sodann die Vorlage der Direktion betreffend die Erhöhung des Aktienkapitals und die Abänderung der Artikel 7, 8, 9, 10, 13, 16, 22, 24 und 31 der Statuten, sowie betreffend die entsprechende Richtigstellung der in den Artikeln 23, 25, 42, 50 und 53 enthaltenen Artikelbezugnahmen zur Verlesung. Die Vorlage lautet wie folgt:

Geehrte Generalversammlung! Wie es den geehrten Aktionären aus der zur Veröffentlichung gelangten Kundmachung bekannt ist, haben wir für den heutigen Tag eine außerordentliche Generalversammlung deshalb einberufen, um derselben betreffs Erhöhung des Aktienkapitals unseres Instituts unseren Antrag zu unterbreiten. Zu der Vorlage dieses Antrages sehen wir uns einerseits dadurch veranlaßt, daß unser laufendes Geschäft in den letzten Jahren eine außerordentliche Steigerung erfahren hat und die Summe der uns anvertrauten fremden Gelder in solchem Maße angewachsen ist, daß hiezu unser eigenes Kapital nicht mehr in dem erwünschten Verhältnis steht, andererseits dadurch, daß wir uns für die Zeit nach dem Kriege für solche Aufgaben zu rüsten haben, welche von unserem Institut eine, die bisherige weitaus übersteigende Tätigkeit und zweifellos auch eine größere Kapitalskraft erfordern werden. Wir sind naturgemäß derzeit nicht in der Lage, diese Aufgaben der Zukunft näher zu bezeichnen, doch findet unser Antrag auch schon durch jene Daten eine genügende Begründung, welche den heutigen Stand unserer Bank darlegen und für die Zukunft entsprechende Folgerungen gestatten.

Die ständige Zunahme unserer Umsatzziffern erhellt am augenscheinlichsten aus der nachstehenden Tabelle, in welcher wir die ziffermäßigen Daten unserer letzten Bilanz, beziehungsweise unseres Geschäftsberichtes pro 1915 mit den in den Jahren 1906 und 1910 ausgewiesenen Daten zu einem Vergleiche heranziehen, welch letztere unseren geehrten Aktionären bekanntlich bei unseren zwei letzten Kapitalserhöhungen zur Grundlage gedient haben.

| | Im Jahre 1906 Kronen | Im Jahre 1910 Kronen | Im Jahre 1915 Kronen |
|---|---|---|---|
| Aktienkapital | 44,000.000 | 60,000.000 | 80,000.000 |
| Reservefonds | 21,000.000 | 37,000.000 | 63,500.000 |
| Gesamte eigene Kapitalien | 65,000.000 | 97,000.000 | 143,500.000 |
| Summe der Spareinlagen u. der Kreditoren | 177,000.000 | 286,000.000 | 768,000.000 |
| Reingewinn | 5,837.000 | 7,929.000 | 12,361.000 |
| Summe des Portefeuilles und der Debitoren | 217,000.000 | 328,000.000 | 841,000.000 |
| Endsumme des Bilanzkontos | 264,000.000 | 423,000.000 | 957,000.000 |
| Jährlicher Gesamtumsatz | 7.830,000.000 | 15.030,000.000 | 30.650.000.000 |

Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß sich unsere beiden vorhergehenden Kapitalserhöhungen als vollkommen berechtigt und ersprießlich erwiesen haben, indem mittels derselben nebst einer weiteren namhaften Belebung der Geschäftstätigkeit unseres Instituts auch eine Erhöhung der Rentabilität des vermehrten Aktienkapitals erreicht werden konnte. Die Dividende betrug bekanntlich pro 1906 k 40, pro 1910 k 42 und pro 1911 schon k 45, welche Dividende auch im vorigen Jahre zur Auszahlung gelangt ist. Ueberdies haben wir unsere Reserven von Jahr zu Jahr in steigendem Maße dotiert, indem wir von den in den Jahren 1906—1915 erzielten Gewinnen zusammen annähernd k 13,000.000 den Reservefonds zugeführt und k 6,200.000 von den Bau- und Einrichtungsspesen unseres neuen Bankgebäudes, sowie von den Interkalarzinsen abgeschrieben haben. Außerdem haben wir natürlicherweise bei der Bilanzierung stets die größte Vorsicht beobachtet, welche geeignet ist, die Bewertung der in unserer Bilanz vorkommenden Vermögensposten jedweder absehbaren Eventualität gegenüber zu sichern.

In diesem Jahre weist die Entwicklung unseres laufenden Geschäftes einen die obenangeführten Daten noch weit übertreffenden neuerlichen Fortschritt auf, indem am 30. November l. J. der Stand des Wechselportefeuilles und der Debitoren auf zusammen 1260 Millionen Kronen gestiegen ist und die Gesamtsumme der Spareinlagen und der Kreditoren 1135 Millionen Kronen überschritten hat.

Die Ausdehnung unserer Geschäfte bekundet sich ferner auch darin, daß seit dem Jahre 1911 die Anzahl unserer Filialen von 11 auf 15, diejenige der affiliierten Geldinstitute von 6 auf 29 angewachsen ist und daß sich die Anzahl der durch unser Institut gegründeten, beziehungsweise der unserem Interessenkreise angehörenden Unternehmungen in derselben Zeit von 54 auf 87 vermehrt hat, nicht hinzugerechnet die bedeutende Anzahl ihrer Subunternehmungen, welche ebenfalls eine wesentliche Zunahme aufweisen. Diese Unternehmungen werden nach Beendigung des Krieges zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Friedensbetriebes, sowie insbesondere bei der zu verteuerten Preisen erfolgenden Ergänzung ihrer außerordentlich gelichteten Rohstoffvorräte natürlich mit großen Geldansprüchen an uns herantreten, deren Befriedigung unserem Institut sehr bedeutende Kapitalien entziehen wird.

Die jetzt angeführten ziffermäßigen Daten bezeugen schon an und für sich zur Genüge, wie notwendig und zeitgemäß es ist, daß unser Institut, Schritt haltend mit der großzügigen Ausdehnung des Geschäftes, das eigene Kapital entsprechend vermehre. Doch wollen wir auch noch darauf hinweisen, daß unsere Anstalt als Leiterin des zur Placierung der ungarischen Staatsanleihen bestehenden Konsortiums, ihre Dienste in stets steigendem Maße der Finanzverwaltung zur Verfügung stellt und es schon im Interesse der für die Zeit nach dem Kriege zu gewärtigenden großen staatlichen Anleiheoperationen erforderlich erscheint, daß wir mit größerer Kapitalskraft ausgerüstet seien. Welchen Umfang die durch die vaterländischen Geldinstitute zur Abwicklung gelangenden finanziellen Transaktionen nunmehr annehmen, dafür bietet die Unterbringung der Kriegsanleihen das anschaulichste Beispiel. Unser Institut hat, indem es seine ganze Organisation in den Dienst der großen Sache stellte, bei der Ausgabe der ersten vier ungarischen Kriegsanleihen mit Hilfe seiner Filialen, der affiliierten Geldinstitute und der Substellen 1300 Millionen Kronen, das ist ein Fünftel der gesamten Zeichnungen, gefertigt. Bei der gestern geschlossenen — mittlerweile bis inklusive 8. Januar verlängerten — Subskription auf die fünfte Kriegesanleihe haben wir in ähnlichem Verhältnisse mitgewirkt.

Auf Grund obiger Erläuterungen beantragen wir der geehrten Generalversammlung, die Erhöhung des Grundkapitals unseres Instituts im Wege der Emission von 100.000 Stück mit k 400 voll eingezahlten Aktien von den bisherigen k 80,000.000 auf k 120,000.000 zu beschließen. Wenn die geehrte Generalversammlung diesen unseren Antrag annimmt, bitten wir, die im nachstehenden angeführten, mit der Kapitalserhöhung im Zusammenhange stehenden, sonst erforderlich erscheinenden Statutenänderungen gutheißen und die Direktion mit der Durchführung derselben betrauen zu wollen.

Im Sinne der Statuten steht den Aktionären auf sämtliche zur Ausgabe gelangenden neuen Aktien ein Bezugsrecht zu, betreffs dessen Ausübung wir Ihnen folgenden Antrag unterbreiten. Die geehrte Generalversammlung möge beschließen:

1. Den Aktionären wird das Bezugsrecht auf die neuen Aktien im Verhältnis von zwei alten zu einer neuen Aktie eingeräumt. Aktienbruchteile werden nicht berücksichtigt.

2. Die Anmeldung des Bezugsrechtes hat vom 3. bis einschließlich 11. Januar 1917 nebst Einreichung der alten Aktien zum Zwecke des Versehens derselben mit der Anweisungsklausel zu geschehen.

3. Für die von seiten der Aktionäre auf Grund ihres Bezugsrechtes zu beziehenden neuen Aktien sind pro Stück k 850, d. i. dem vollen Nominalwert entsprechend k 400 und für den Reservefonds k 450 einzuzahlen, ferner die nach diesen Beträgen vom 1. Januar 1917 an bis zum Tage der Einzahlung gerechneten fünf Prozent Zinsen zu berichtigen. Bei Anmeldung des Bezugsrechtes werden die für den Reservefonds bestimmten k 450 nebst fünf Prozent Zinsen nach diesem Betrage vom 1. Januar 1917 an bis zum Anmeldungstage einzuzahlen sein, während die Einzahlung der dem Nominalwerte entsprechenden k 400, zuzüglich fünf Prozent Zinsen, vom 1. Januar 1917 bis zum Einzahlungstage gleichzeitig mit der Anmeldung erfolgen kann, spätestens jedoch bis zum 10. Februar 1917 vorzunehmen ist. Ueber diese Einzahlungen erhält der Aktionär eine Bestätigung, gegen deren Rückstellung, beziehungsweise gegen die geleistete volle Einzahlung die mit Kupons ab 1. Mai 1918 versehenen neuen Aktien vom 1. März 1917 an ausgefolgt werden.

4. An den reichsdeutschen Stellen werden nur mit dem deutschen Reichsstempel versehene neue Aktien ausgegeben. Die Kosten dieses Stempels hat der Aktionär zu tragen.

5. Der Aktionär, welcher sein Bezugsrecht während der im Punkte 2 erwähnten Frist nicht anmeldet, wird desselben verlustig. Ferner wird jeder Aktionär, welcher den dem vollen Nominalwerte der Aktie entsprechenden Betrag während des im Punkt 3 festgesetzten Termins nicht eingezahlt, sowohl des Bezugsrechtes, als der für den Reservefonds geleisteten Einzahlung verlustig.

6. Jener Betrag von neu auszugebenden Aktien, auf welchen die Aktionäre das Bezugsrecht nicht ausgeübt haben, ist von der Direktion im Sinne der Statuten zu verwerten.

7. Die außer dem Nominalwerte der Aktien für den Reservefonds geleistete Einzahlung von k 450 pro Aktie, sowie auch der den Nominalwert übersteigende Mehrerlös der laut Punkt 6 zum Verkaufe gelangenden neuen Aktien wird im Sinne der Statuten dem gesellschaftlichen Reservefonds zugeschlagen werden. Die Direktion wird ermächtigt, die mit der Ausgabe der neuen Aktien verbundenen Spesen aus dem Geschäftsergebnisse zu decken.

8. Die Besitzer der neuen Aktien nehmen an dem Geschäftsergebnisse vom 1. Januar 1917 an in gleicher Weise, wie die Besitzer der alten Aktien teil.

Zur Durchführung der beantragten Ausgabe von 100.000 Stück neuer Aktien haben wir ein aus den uns befreundeten Bankfirmen und Instituten bestehendes Garantiesyndikat gebildet, welches den Erfolg der Emission sicherstellt.

Die Generalversammlung nahm die Vorlage der Direktion zur Kenntnis und akzeptierte einmütig die auf die Kapitalserhöhung und die Ausübung des Bezugsrechtes bezüglichen Anträge.

Ebenso wurden auch die Anträge der Direktion betreffend die Aenderung der Statuten einhellig angenommen. Die wichtigsten Aenderungen enthalten die Artikel 7—9 der Statuten, deren neuen Text wir in folgendem mitteilen:

Art. 7. Das Grundkapital der Gesellschaft ist mit hundertzwanzig Millionen Kronen festgesetzt und in 300.000 auf den Inhaber lautende, volleingezahlte Aktien zerlegt. Von diesen Aktien lauten 85.000 Stück über je 200 Gulden ö. W. und 215.000 Stück über je 400 Kronen.

Art. 8. Die Aktien sind mit Nummern versehen; sie sind unteilbar und die Gesellschaft kann für eine Aktie nur einen Eigentümer anerkennen.

Die Gesellschaft kann Aktien auch in über 25 Stück lautenden Titres ausfolgen; sie kann die entsprechende Anzahl einzelner Aktien gegen derartige Titres und diese gegen die entsprechende Anzahl einzelner Aktien umtauschen.

Art. 9. Im Falle einer Kapitalserhöhung haben die Aktionäre auf die neu auszugebenden Aktien nach Verhältnis ihres Aktienbesitzes zur Zeit der Ausgabe zu den von der Generalversammlung über Antrag der Direktion festzustellenden Modalitäten das Bezugsrecht. Aktien, welche während des seitens der Direktion veröffentlichten Zeitraumes durch die Aktionäre nicht bezogen werden, können zugunsten des Kapitalkontos — jedoch nicht unter dem Nominalwerte — frei veräußert werden. Ein den Nominalwert etwa übersteigender Mehrerlös fällt dem Reservefonds zu.

Mit der Annahme der Statutenänderung war die Tagesordnung erschöpft und die Generalversammlung wurde unter lebhaften Eljenrufen geschlossen.

Die Zeit

24./XII. 1916

183

# Finanzielle Weihnachtsbetrachtung.

Vom **Geheimen Rat Dr. Ignaz Gruber R. von Meninger,**
**Vizegouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank.**

Zum drittenmal begehen wir das dem Frieden geweihte Weihnachtsfest während des seiner Dauer nach noch nicht absehbaren Krieges. Auch heuer sind die militärischen Erfolge an Großartigkeit nicht zurückgeblieben. Der fachlich nicht unterrichtete Beobachter bewundert dieselben mit der ganzen Tiefe seiner moralischen Empfindung. Sie löst in ihm das Gefühl aus, dem Horaz in seiner Ode III, 3, mit den Worten „Tenax propositi vir" Ausdruck gibt.

Es ist eine schwere Pflicht für uns Hinterländler, uns würdig zu erweisen des Schutzes, den wir der ehernen Mauer unseres Heeres und unserer Flotte verdanken. Selbst wenn wir viel tun, werden wir nicht genug getan haben. Immerhin verdient volle Würdigung die Bereitwilligkeit, mit der wir dem Staate die finanziellen Mittel zur Kriegführung zur Verfügung stellen, indem wir uns zugleich in unserer Lebensführung nicht zu unterschätzende Opfer auferlegen. In diesem Hinblick fand die große Zeit ein seiner Pflichten großzügig bewußtes Volk.

Die genial erdachte Finanzkunst, mit der die Bedeckung für die bislang unerhört riesigen Kosten beschafft wird, die wir von Deutschland her rezipierten, befreit die Kriegsverwaltung von der Sorge für die unentbehrlichen materiellen Mittel. Meines Wissens war keine österreichische Heeresleitung bis nun je in dieser glücklichen Lage gewesen. Daß damit der Aufwand an Finanzkunst nicht erschöpft ist, verdient insofern einer besonderen Hervorhebung, als der hier waltende Geist, der emsige Fleiß in ihrer Tätigkeit und ihren unmittelbaren Erfolgen nur sehr wenig offen zutage treten. Staatsdiener und die sogenannte hohe Finanz erwarben sich da gleicherweise Verdienste. Freilich erübrigt die große Frage, wie wir nach dem Abschluß des Krieges unsere Finanzen und unsere gesamte Volkswirtschaft in jene Ordnung bringen sollen, die nicht allein an die der früheren Friedensperiode anknüpft, sondern jenen erweiterten Gesichtspunkten Rechnung zu tragen haben wird, die im Laufe des langwierigen Krieges erwuchsen. Für die finanzielle Lösung dieser Frage kommen Gesichtspunkte allgemeiner Natur in Betracht, die schon jetzt ins Auge gefaßt werden können, da noch von der Aufstellung eines Finanzplanes keine Rede sein kann.

Die österreichische Staatsschuld erfährt durch den Aufwand für den Bedarf der Kriegsverwaltung eine Erhöhung, die alle bisherigen Voraussetzungen übersteigt. Ein Grund zu Besorgnissen ist dennoch nicht geboten. Die Statistik zeigt auf, daß ein Mißverhältnis gegenüber unserer Kapitalskraft und unserer Erwerbsfähigkeit nicht eintritt. Allerdings werden an die Opferwilligkeit der Staatsbürger für längere Zeit große Anforderungen gestellt werden. Dieser zu entsprechen, ist keine geringere Ehrenpflicht als die, mit Leib und Leben für die militärischen Erfolge einzutreten, wenn die Waffenehre des Staates engagiert ist. Die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, hat für das wirtschaftliche Staatsleben dieselbe Bedeutung wie im wirtschaftlichen Leben der einzelnen. Diese Pflichterfüllung stärkt und schafft den Kredit und stählt die Tatkraft unserer Nachkommen. Die Regierung hat bereits wiederholt ihren festen Willen dazu bekundet. Es ist zu erwarten, daß dieses Pflichtgefühl in allen Kreisen der Bevölkerung so feste Wurzeln fasse, daß die Anforderungen der Regierung stets und unentwegt ein bereitwilliges Entgegenkommen finden. Man darf zudem nicht übersehen, daß in die Reihe jener, die freiwillig sich bereit finden, dem Staate ihre Mittel zur Verfügung zu stellen, ganz allgemein auch jene Personen getreten sind, die sich ihren Verdienst im Schweiße ihres Angesichtes verdienen und für die zurückgelegte Groschen eine ganz besondere Bedeutung besitzen. Ihr Interesse zu wahren, hat nicht nur moralischen Wert, sondern ist die größte Förderung der Arbeitslust und des Sparsinnes, dem die Volkswirtschaft weittragende Wirkung zuerkennen muß. Wiederholt ist dargelegt worden, daß von einer Erschütterung unserer Währung keine Rede sein kann. Wir leiden unter denselben Störungen des ausländischen Zahlungsverkehrs wie andere, auch die reichsten Länder. Allerdings waren wir auf dem Gebiet des Währungswesens in der Friedenszeit noch nicht auf die volle Stufe der Entwicklung gelangt, der Ausgangspunkt ist daher für uns ein anderer, an den im Frieden wieder anzuknüpfen sein wird. Erhebliche Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, um dort wieder anzulangen. Im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung zu verharren, ist aber ebenso unsere moralische Verpflichtung, wie es unser wirtschaftliches Wohlergehen gebietet.

Bei aller Entschiedenheit, mit der dieser Weg zu betreten und zu begehen sein wird, werden aber doch jene Gesichtspunkte zu wahren sein, die für die Durchführung unserer Währungsreform maßgebend waren. So heißt es im damaligen Motivenbericht: „Dem Verkehr dürfen nicht durch vorzeitige Maßnahmen [illegible] gegenwärtigen Mittel benommen werden", und an einer anderen Stelle wird wiederholt: „Bei der Durchführung der Münz- und Währungsreform ist jede Beschränkung des legitimen Bedarfes an Geld und Kreditmitteln grundsätzlich fernzuhalten." Die wiederholte Betonung dieser Grundsätze schien notwendig, weil wir bei dem vorausgegangenen Versuch einer Restituierung unserer Währung mit einer terminlich voraus festgesetzten Restriktion unserer Zahlungsmittel die übelsten Erfahrungen gemacht hatten. Nicht erst durch den Ausbruch des Krieges des Jahres 1866 schon vordem hatte sich die Einhaltung des von der Gesetzgebung entgegen den Anträgen des Finanzministers v. Plener aufgenommenen Planes des Dr. Herbst als volkswirtschaftlich verderblich, ja geradezu unhaltbar erwiesen. Die Volkswirtschaft fand sich von einem schweren Druck befreit, sie atmete auf, als im Jahre 1865 dem Halt geboten wurde. Wir sind dagegen nicht schlecht gefahren, indem wir bei der Neugestaltung unserer Währung die bezeichneten Grundsätze strikt befolgten. Die Ordnung der Währungsverhältnisse darf eben verständigerweise niemals ein Selbstzweck sein, der von den Rücksichten auf die volkswirtschaftlichen Exigenzien losgetrennt wird.

Notwendigerweise beschäftigen wir uns mit Gedanken über den Einfluß, die die neueren politischen Gestaltungen auf unser Wirtschaftsleben üben werden, ja dem unausweichlich wird Raum zu geben sein. Staats- und Wirtschaftspolitik können nicht unter sich ein Fremdleben führen. In der praktischen Politik die richtige Abgrenzung zu finden, ist für den Staatsmann eines der allerschwierigsten Probleme. Dazu haben das wirtschaftliche Leben und der wirtschaftliche Verkehr eine so vielseitige und verwickelte Gestaltung gewonnen, daß Beispiele aus der Vergangenheit kaum herangezogen werden können. Immerhin bietet die gemeine Erfahrung einige Anhaltspunkte, die wohl einer Bedachtnahme würdig sind. Niemals sollen aus rein politischen Gründen wirtschaftliche Verpflichtungen eingegangen werden, die in ihrer Aktualität oder doch absehbaren Bedeutung nicht vollkommene und klare Abwägung gestatten. Und ebenso und im Hinblick auf das Gesagte, muß dem heimischen Wirtschaftsleben die selbständige Evolutionsfähigkeit gewahrt bleiben. Baron Bruck sah sich infolge aus politischen Gründen getroffener Abmachungen gezwungen, in einem Zeitpunkte die metallischen Reserven dem Verkehr verfügbar zu stellen, in dem die äußere politische Konstellation die sorgsamste Sammlung aller staatsfinanziellen Kräfte erfordert hätte. Ein ständiges Aufblühen unserer Volkswirtschaft ist erst wahrnehmbar, als sie nach dem Jahre 1870 einem politischen Druck nicht mehr unterlag.

Passen vorstehende Ausführungen für ein Weihnachtsfest? Ich denke, der ernsten Zeit entsprechen ernste Worte, und dem Charakter des Festes ist wohl angemessen, sich mit Gedanken zu beschäftigen, die das allgemeine Wohlergehen in der Zukunft betreffen.

Es ist gewiß eine gemeinhin herrschende Empfindung, daß wir das heurige Weihnachtsfest nicht begehen können, ohne unseres dahingegangenen Monarchen herzlichst zu gedenken. Wir sind gewöhnt, unter dem Gefühle zu stehen, daß unser väterlich gütiger Herrscher, indem er in sinniger Weise in dem Kreise seiner Lieben unter dem Christbaum weilte, unser aller gedachte mit dem innigen Wunsche, jedem seiner Untertanen möge an diesem Weiheabend eine Freude beschieden sein. Unsere zuversichtliche Hoffnung ist, daß wir unter der jugendkräftigen Führung unseres Kaisers Karl die nächsten Weihnachten, wenn es nicht gelingen sollte, bis dahin die Kriegswut unserer Feinde zu stillen, mit derselben stolzen Befriedigung werden feiern können, wie die heurigen.

Neue Freie Presse 24./XII. 1916 186

# Staatsfinanzielle Friedensaufgaben.

Von **Max Feilchenfeld.**
Präsident der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft.

Wien, 23. Dezember.

Das hochherzige Friedensangebot der verbündeten Mittelmächte hat der Entwicklung des Krieges eine neue Wendung gegeben. Seit dem 12. Dezember, dem Tage, an dem das Friedensanerbieten Oesterreich-Ungarns und Deutschlands erfolgte, hat die Welt gleichsam ein anderes Gesicht bekommen. Die frühere volle Aussichtslosigkeit auf eine baldige Beendigung des mörderischen Krieges beginnt zu schwinden. Nach zweieinhalbjährigem Ringen der Völker erscheint der Friede als ein mögliches Ziel, dem wir allmählich näher kommen. Gerade die Aufnahme, die unsere schlichten Vorschläge in der feindlichen Presse gefunden haben, beweist, wie sehr sie einen Schuß ins Schwarze getan und den Lebensnerv der Völker getroffen haben. Der Friede und seine Bedingungen sind vom Sieger auf die Tagesordnung gestellt und werden nicht mehr aus der Erörterung verschwinden. Schien vor einem Jahre ein solches Ziel noch in nebelhafter Ferne, so ist es jetzt zulässig und sogar geboten, bereits die Möglichkeiten einer Wiederherstellung normaler Zustände nach den furchtbaren Zerstörungen zu erörtern.

Die staatsfinanziellen Probleme werden im Vordergrunde stehen und ihre Lösung wird die größten Schwierigkeiten bieten. Ueber unklare Vorstellungen und vage Befürchtungen, wie die Monarchie die Folgen des Krieges verwinden werde, braucht nicht weiter gesprochen zu werden. Die Last ist drückend und schwer, aber unsere Schultern sind kräftig genug, sie zu tragen. Die Kriegskosten haben einen erheblichen Teil des Volksvermögens aufgezehrt, und es wird viele Jahre dauern, bis der Zustand früherer Wohlhabenheit und vollständiger Konsolidierung in den gleichen Schichten, in denen er vor dem Kriege bestand, wieder erreicht werden wird. Wir befinden uns jedoch in der Gesellschaft aller europäischen Staaten, die sämtlich, soweit sie in den Krieg eingetreten sind, ihre Staatsschulden in der ungeheuersten Weise steigern mußten. Der Krieg hat in dieser Richtung den Abstand, der uns von den reichsten Ländern trennte, nicht vergrößert, sondern im Gegenteile eher etwas verringert. Das reiche England wird ebenso schwer zu leiden haben wie das ärmere Deutschland und unsere Monarchie; bei einer Berechnung der künftigen Belastung und Verschuldung auf den Kopf der Bevölkerung werden wir nicht schlechter abschneiden als die übrigen Großmächte. Die Sorgen für die Unterbringung der Anleihen und die Verzinsung der Staatsschuld werden bei uns kaum größer sein als in irgendeinem der anderen Länder. Ja, ich wage die Behauptung, daß die Einrenkung der Staatsfinanzen sich bei uns verhältnismäßig leichter vollziehen wird als beispielsweise in Frankreich, wo die Bevölkerung bisher ganz ungewohnt war, zu den Lasten des Staates mit zureichenden direkten Steuern beizutragen.

Die Aufgaben, die in staatsfinanzieller Richtung zu lösen sein werden, sind dreifacher Natur. Ich darf wohl vorausschicken, daß niemand in Oesterreich und Ungarn an der Einhaltung der Versprechungen des Staates auch nur im geringsten zweifelt. Couponkürzungen, eine Herabsetzung des Renteneinkommens sind ganz veraltete Mittel, mit denen der moderne Staat in der reichen Entfaltung seiner Steuertechnik längst aufgeräumt hat. Der Coupon der Kriegsanleihen und Renten ist absolut und für alle Zeiten gesichert, eine Zwangskonversion ist ausgeschlossen und wird niemals erfolgen, die Besitzer der Kriegsanleihen können vielmehr mit Bestimmtheit auf die Einhaltung der Verpflichtungen des Staates, auf Kapital und Zinsen rechnen. Diese Zuversicht ist auch die feste Grundlage unseres Kredits. Sie hat bewirkt, daß in fünf Kriegsanleihen vom heimischen Kapital beider Staaten der Monarchie über 25 Milliarden Kronen aufgebracht wurden und daß auch noch weitere Bedürfnisse aus der gleichen Quelle gedeckt werden dürften. Diese imponierende Kraftprobe wird auch, namentlich wenn wir nach dem Frieden mit Ernst und Entschiedenheit an die Herstellung des Geldwertes gehen, unserem Kredit im Auslande außerordentlich zugute kommen, so daß wir in der Lage sein werden, auswärtige Anleihen, welche für die Beschaffung der Rohstoffe und die Regenerierung der Wechselkurse unbedingt nötig sind, an den fremden Plätzen in zureichender Menge und zu annehmbaren Bedingungen zu erlangen.

Das oberste Bestreben muß auf die Herstellung des Gleichgewichtes im Budget gerichtet sein. Im Kriege wurde bei uns kein Budget veröffentlicht, was aber privat verlautet, läßt erkennen, daß die Steuerkraft der Bevölkerung auch im Kriege nicht erschüttert wurde, daß die Steuern regelmäßig und reichlich eingehen und daß die normale Gebarung des Staates, wenn man von den Auslagen für den Krieg naturgemäß absieht, keinen wesentlichen Rückschlag erlitten haben dürfte. Gleichwohl werden die Lasten der Zukunft ungemein bedeutend sein. Aus den Mitteilungen der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates und aus den jüngsten Reden des ungarischen Finanzministers sind die Kriegskosten der Monarchie mit fast ziffermäßiger Deutlichkeit zu erkennen. Der bei weitem größte Teil wurde durch Krigsanleihen konsolidiert, nicht unerhebliche Summen sind aber auch noch in Krediten bei der Notenbank und den privaten Geldinstituten vorläufig offen geblieben. Aus den Angaben über die Kriegskosten und Kriegsschulden ist zu entnehmen, daß die Staatswirtschaft der Zukunft — immer vorausgesetzt, daß der Krieg im Laufe des nächsten Jahres sein Ende erreicht — mit einer Jahreslast von mindestens zwei Milliarden Kronen regelmäßiger staatlicher Mehrausgaben zu rechnen haben wird. Hierunter wären die Verzinsung der Kriegsschulden, die Kosten der Wiederherstellung und der Invalidenversorgung inbegriffen. Schon im Kriege wurden Steuern eingeführt und bestehende Abgaben erhöht, welche mehr als 35 Prozent dieses Gesamterfordernisses (über drei Viertelmilliarden Kronen) jährlich decken. Es wird dann noch ein Rest von etwa einundeinviertel Milliarden Kronen aufzubringen sein. Die Beschaffung solcher Summen wird die Steuertechnik und Finanzkunst künftiger Regierungen beschäftigen. Es ist nicht meine Aufgabe, an dieser Stelle Vorschläge zu machen und neue Steuern zu entwerfen; das werden die Finanzverwaltungen schon selber in ausreichender Menge besorgen, darum ist mir gar nicht bange, denn im Zugreifen war man in Oesterreich, namentlich soweit das bewegliche Kapital in Betracht kam, niemals schüchtern. Ich zweifle jedoch keinen Augenblick, daß das Problem nach einigen Jahren des Ueberganges wirklich gelöst werden wird. Die Steuerkraft der Bevölkerung ist stark genug, um auch so riesige Beträge durch Monopole, Erhöhung bestehender und Einführung neuer direkter und indirekter Steuern restlos zu beschaffen. Man darf in dieser Richtung auch nicht engherzig sein und sich nicht etwa auf die Verzinsung der Kriegsanleihen beschränken wollen, denn eine der dringendsten Aufgaben wird die baldige Rückzahlung der Vorschüsse bei der Notenbank bilden. Die niedrige Verzinsung von einem Prozent, die für diese zu leisten ist, darf von der Tilgung dieser Schulden nicht abhalten, denn diese ist eine Lebensfrage für die künftige Ordnung des Geldwesens, für die Wiederherstellung eines elastischen Notenumlaufes, für die Besserung der Währung. Selbstverständlich können die in großer Menge ausgegebenen Noten nicht von einem Tage zum anderen aus dem Umlaufe gezogen werden. Nach dem Deutsch-französischen Krieg hat es neun Jahre gedauert, bis die Notenzirkulation der Bank von Frankreich auf den normalen Stand gebracht war. Aber die Aufgabe ist wichtig und unaufschiebbar und wird mit Ernst und Energie sofort nach dem Friedensschlusse in Angriff genommen werden müssen.

Die Höhe des Notenumlaufes in Oesterreich-Ungarn ist offiziell nicht bekanntgegeben worden, weil die Bankausweise seit dem Ausbruche des Krieges eingestellt worden sind. Manche Schätzungen, die in dieser Richtung verbreitet sind, werden auf das richtige Maß zurückgeführt werden müssen, und wenn nach dem Kriege die Notenbank einen Bericht über ihre Tätigkeit während der harten, schweren Jahre veröffentlicht, so wird es sich zeigen, daß auch bei uns die Ueberschreitung jener Höhe der Banknotenzirkulation, die vor dem Kriege ausgewiesen wurde, verhältnismäßig kaum viel stärker war als in anderen Ländern. Hat sich doch in England durch die Ausgabe der Staatsnoten, die keine andere Deckung als das Gold der Notenbank besitzen, der Notenumlauf während des Krieges vervierfacht, bei der Bank von Frankreich fast verdreifacht, und selbst bei der Deutschen Reichsbank ist eine Verdreifachung der Zirkulation eingetreten. Die Inflation ist eben eine Folgeerscheinung des Krieges in allen Staaten. Naturgemäß wird im Frieden die Einziehung der Noten allmählich erfolgen müssen. Allerdings ist zu bedenken, daß der Notenumlauf auch nach dem Kriege einen namhaft größeren Betrag als vorher durch längere Zeit wird festhalten müssen. Die Warenpreise sind außerordentlich stark gestiegen und werden nur allmählich abgebaut werden können. An die Stelle des Kreditverkehrs ist die Barzahlung getreten, welche viel mehr Geldmittel erfordert und gleichfalls erst allmählich wieder Geschäftsabschlüssen auf längere Borgnung wird Platz machen können. Zu der Verringerung des Notenumlaufes könnte sicherlich auch beitragen, wenn es gelingen würde, in weiten Kreisen dem bargeldlosen Zahlungsverkehre Eingang zu verschaffen. In Deutschland ist eine höchst energische Agitation in dieser Richtung eingeleitet worden. Oesterreich hat zwar mit dem Ueberweisungsverkehre der Postsparkasse schon vor dreißig Jahren den Anfang gemacht und ist in dieser Richtung Deutschland voraus gewesen, während in Deutschland der Giroverkehr der Reichsbank und der Scheckverkehr der Banken viel weiter ausgebaut sind. Eine Popularisierung des Giro- und Schecwesens ist bei uns noch dringender notwendig als in anderen Ländern. Wird diese eingeleitet und zielbewußt durchgeführt, so würde sich dadurch von selbst ein starker Rückfluß der Noten und eine Einschränkung des Umlaufes ergeben. Durch eine Gesundung des Geldwesens würde die drückende Teuerung aller Lebensmittel eingedämmt und ein allmähliches Sinken der Preise angebahnt werden.

Die letzte Stufe nach dem Uebergange zur Friedenswirtschaft wird die Wiederherstellung der Währung sein. Das große Werk der Valutaregulierung, das in der Entwicklung eines Zeitraumes von beinahe einem Vierteljahrhundert zu hoher Vollkommenheit gebracht worden war, ist durch den Krieg zerrüttet worden. Die Parität der Wechselkurse ist verloren gegangen und wird erst in mühsamer, zäher Arbeit wieder erobert werden müssen. Aehnliche Sorgen bedrücken auch andere Staaten, namentlich auch Deutschland, das seinen Export im Kriege zum großen Teile verloren hat. Auch die deutschen Devisen auf neutrale Länder, auf Holland, die Schweiz, Skandinavien und Amerika stehen erheblich über der Parität, und auch in Deutschland werden angesichts der Schwierigkeiten, die der Wiederherstellung des Exports entgegenstehen, die Wechselkurse nicht leicht und jedenfalls nicht sofort ins Gleichgewicht gebracht werden können. In Oesterreich sind die Schwierigkeiten stärker als auswärts. Unser Export hatte auch vor dem Kriege keine besondere Schwungkraft, und vorläufig werden Exportgüter überhaupt so gut wie gänzlich fehlen, da wir unsere Rohvorräte erschöpft haben und zumindest im ersten Jahre große Mengen von Rohstoffen werden importieren müssen, was neuen Bedarf an auswärtiger Valuta schaffen wird. Ein planmäßiges Vorgehen, eine genaue Regelung des Rohstoffimports, die Einschränkung dieser Bezüge auf reine Produktionsmittel, eine kluge Förderung des Exports, endlich für die Uebergangszeit der Abschluß einer auswärtigen Goldanleihe werden aber sicherlich imstande sein, nach und nach auch dieser großen Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Bevölkerung und namentlich die finanziellen Kreise können die Tätigkeit der Regierung unterstützen. Sie sollen in berechtigtem Vertrauen im Staate und zur Wiederherstellung der Währung Vermögensanlagen im Auslande nach Tunlichkeit vermeiden, schon bestehende Anlagen dieser Art lösen, auswärtige Wertpapiere verkaufen, was bei dem gegenwärtigen Stande der Kurse der Effekten und der Valuten mit Vorteil verbunden ist. Die Mittelmächte werden die Einfuhr der notwendigen Rohstoffe aus überseeischen Ländern unter staatlichen Einfluß nehmen, jeden Wettbewerb vermeiden, um die Preise nicht noch mehr in die Höhe zu treiben, den relativ geringen zur Verfügung stehenden Schiffsraum vernunftig aufzuteilen, die Frachten nicht ins Ungemessene steigen zu lassen und die vorhandenen Devisen für die wirklich wichtigen Bedürfnisse zu verwenden. So sehr ich sonst jede staatliche Bevormundung im wirtschaftlichen Leben ablehne, so liegt hier ein Ausnahmsfall vor, da es ohne eine solche Beschränkung für das Uebergangsstadium gar nicht abgehen kann. Den Kaufpreis der aus dem Auslande zu beschaffenden Rohstoffe können wir bei einem beschränkten Vorrat auswärtiger Zahlungsmittel nicht sofort in barem Gelde begleichen und müssen die Borgung anstreben; mit den Rohstoffkäufen muß eine große auswärtige Anleihe Hand in Hand gehen. Dabei würde ich empfehlen, daß die Anleihe in ihrem Gesamtbetrage höher gegriffen werden soll, als der Zahlungsbedarf für die Rohstoffbezüge erfordert. Der Ueberschuß soll zur Erfüllung der dringendsten auswärtigen Verpflichtungen verwendet werden, die während des Krieges nicht abgestattet werden konnten. Schon aus der Zeit vor dem Kriege haften größere Beträge in Londoner Tratten aus, deren Ablauf und Abwicklung durch den Krieg unterbrochen wurde; im Kriege selbst wurden Verpflichtungen an feindliche Untertanen nicht abgezahlt. All dies muß nach dem Frieden beglichen werden; wir müssen Luft schöpfen können, damit wir später in die Lage kommen, die regelmäßigen Zahlungen aufzunehmen. Zur Herstellung geordneter Verhältnisse der Wechselkurse muß der gleiche Weg betreten werden wie bei der Einleitung der Valutaregulierung, nämlich der Abschluß einer auswärtigen Anleihe, nur daß es sich hier um namhaft größere Summen handeln wird. Wenn die Regierungen bei den Bedingungen nicht allzu kleinlich sein werden, halte ich das Problem für gar nicht unlösbar. Man muß über die Schwierigkeiten der ersten Jahre hinwegkommen, bis sich Volkswirtschaftsleben und Staatsfinanzen wieder in normalen Bahnen bewegen können. Budget, Notenumlauf, Währung sind die drei großen staatsfinanziellen Probleme. An ihre Lösung kann naturgemäß erst im Frieden geschritten werden. Die restliche Zeit des Krieges muß aber dazu verwendet werden, das Verständnis für diese Frage in weitere Kreise zu tragen, über die Mittel Klarheit zu gewinnen, alle vorbereitenden Maßregeln zu treffen, damit dann unverzüglich und ohne Zeitversäumnis an die Ausführung geschritten werden kann.